Der

Fall des Hauses Stuart

und die

Succession des Hauses Hannover

in Groß-Britannien und Irland

im Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von

Onno Klopp.

Sechster Band.

Die Kriegesjahre 1692, 1693 und 1694.

Wien, 1877.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Inhalt.

Sechszehntes Buch.

Das Kriegesjahr 1692.

Siebenzehntes Buch.

Das Kriegesjahr 1693.

Achtzehntes Buch.

Das Kriegesjahr 1694.

Sechszehntes Buch.

Das Kriegesjahr 1692.

Spät am Abende des 19./29. October 1691 traf der König Wilhelm III. in Whitehall ein. Die Ankunft zu vorgerückter Stunde ist bei ihm ein durchgehender Zug, welcher entsprang aus seiner Abneigung gegen ceremoniellen Empfang. Die Stadt London indessen war hell durch Illumination und Freudenfeuer. Der Willkommensruf des Volkes hallte ihm entgegen, und geleitete ihn nach Kensington, wohin er mit der Königin, die in Whitehall seiner harrte, sogleich hinausfuhr [1]).

Am 22. October/1. November trat der König vor das versammelte Parlament. In seiner Thronrede hob er hervor, daß er das Parlament so früh wie möglich berufen, damit um so zeitiger die Mittel wider den Feind berathen und beschlossen werden könnten. Der Erfolg des Feldzuges in Irland, welches fortan für England nicht mehr eine Last sein werde, sei eine Bürgschaft des ferneren Gelingens. Die große Macht des Feindes mache eine starke Flotte erforderlich, wie nicht minder ein beträchtliches Landheer, nicht bloß zur Vertheidigung, sondern auch zum Angriffe. Das allein seien die Mittel die künftige Ruhe und die Wohlfahrt dieser Königreiche zu begründen, wie den Frieden und die Sicherheit von ganz Europa.

Beide Häuser des Parlamentes erwiederten im gleichen Sinne. Sie sprachen ihre Freude aus über die glückliche Rückkehr des Königs

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. October.

nach so manchen ausgestandenen Gefahren. Sie versprachen nach allen Kräften beizutragen für einen nachdrücklichen Krieg wider Frankreich, damit der König einen ehrenhaften und dauernden Frieden erringe für die eigenen Länder, und für die Nachbaren Sicherheit gegen die Gewalt und das Unrecht des gemeinsamen Unterdrückers [1]).

Der Eifer war groß. Der Gemeinderath von London richtete an den König eine ähnliche Adresse, mit der Betheuerung, mit Hab und Gut ihm zur Seite stehen zu wollen, damit er im Stande sei den König von Frankreich zu bringen zur Vernunft oder zum Untergange [2]).

So bereitwillig im allgemeinen das Parlament war: so entsprach doch der Gang der Beschlüsse nicht dem Eifer des Königs. Es beschäftigte sich auch mit Angelegenheiten, wie dem Freibriefe der ostindischen Compagnie und anderen, die damals dem Sinne des Königs fern lagen. Es war seine Absicht, damit nicht abermals, wie 1691, die Franzosen ihm zuvorkämen, bereits zu Mitte Februar wieder in Holland zu sein. Deshalb schauete er in die Verhandlungen hinein mit unverkennbarer Ungeduld. Sie gibt sich kund in seinen Aeußerungen an Heinsius. Am 6./16. November berichtet er: „Das Unterhaus hat heute beschlossen, mir die Mittel zur nachdrücklichen Kriegführung wider Frankreich zu bewilligen. Die Neigung erscheint also ziemlich gut; aber man kann sich nicht eher völlig darauf verlassen, als bis die Sache zu Ende gebracht ist". Vier Tage später, am 10./20. November, meldet er: „Die Dinge im Parlamente gehen nicht nach Wunsch. Heute ist das Streben dahin gerichtet, alles in die Länge zu ziehen. Dies würde unheilvoll sein". In Wirklichkeit jedoch scheint die Verzögerung mehr dem Parteihader zur Last zu fallen. Die französischen Kaper hatten im Laufe des Jahres 1691 dem englischen Handel schwere Verluste zugefügt. Die Tory-Partei strebte die Verantwortlichkeit dafür auf den Admiral Russel zu wälzen als einen Whig: die letztere Partei suchte den Vorwurf zu bringen auf den Präsidenten des geheimen Rathes, Caermarthen, den Tory. Der König schritt vermittelnd ein [3]).

---

[1]) Commons' Debates. Vol. II, p. 389.

[2]) To reason or to ruin. Hoffmanns Bericht vom 16. November.

[3]) Hop an Heinsius, 19./29. November: Ick kan U. E. G. in secretesse seggen, tamelyk wel geinformeert te syn, dat de koning middelen gevonden heeft, om dese heevigheyt te temperen. Bei v. d. Heim p. 36.

Zehn Tage nach jener Kundgebung des Verdrusses, an 20./30. November, meldet er wieder an Heinsius: „Die Angelegenheiten im Parlamente nehmen doch wieder eine bessere Wendung, und mein Vertrauen steigt. Wir haben mit sonderbaren Persönlichkeiten zu thun. Darüber jedoch lieber mündlich als schriftlich". Wiederum neun Tage später, am 29. November/7. December: „Bei der Langsamkeit im Parlamente muß ich die Hoffnung aufgeben, daß bis zu Weihnachten alles beendet sein kann. Dies thut mir sehr leid" [1]).

Die Ungeduld des Königs war im Wachsen. Das Unterhaus bewilligte eine und eine halbe Million Pfund Sterling für die Flotte. Es war bereit die Mittel für ein Landheer von 65,000 Mann zu gewähren. Aber dies zog sich hin. Der König benutzte am 14./24. December die Gelegenheit der Sanction einiger Bills zur nachdrücklichen Anmahnung. Nach seinem Danke für die Bills fuhr er fort: „Ich muß jedoch nicht ohne Bekümmernis Euch auch bemerken, daß das neue Jahr herannaht, und daß nicht bloß unsere Rüstungen weiter zurück, sondern auch diejenigen unserer Feinde, allem begründeten Vermuthen nach, weiter gefördert sind als im verflossenen Jahre zu dieser Zeit. Diese Wahrnehmung versetzt mich in die Nothwendigkeit, Euch Herren vom Unterhause die Beschleunigung derjenigen Bewilligungen, welche Ihr für den Krieg zu machen gedenkt, nachdrücklich anzuempfehlen". Er richtete dann abermals seine Mahnung an das gesammte Parlament. „Die Zeit ist bereits so weit vorgerückt, daß die Session nicht lange mehr dauern kann. Ich empfehle daher die Beschleunigung aller Beschlüsse" [2]).

Der König hegte nämlich damals, um die Jahreswende von 1691 auf 1692, nicht geringe Besorgnisse für die Haltbarkeit der großen Allianz. Ueberlassen wir also einstweilen das Parlament seinen Discussionen, und fassen diese Besorgnisse des Königs ins Auge, welche die wichtigsten Beziehungen der großen Allianz, eine nach der anderen, uns vor Augen führen werden.

Wie Ludwig XIV. seinerseits bereits im November 1691 hoffen durfte, daß es ihm gelungen sei, die Bemühungen um den Frieden des

---

1) Grovestins t. VI, p. 274.

2) Commons' Debates Vol. II, p. 392.

Kaisers mit den Türken erfolgreich zu durchkreuzen: so machte Wilhelm III. eben damals vor Heinsius kein Hehl aus dieser Besorgnis. „Wenn es aber nicht gelingt, fuhr er dann fort, den Frieden mit den Türken noch in diesem Winter zu Stande zu bringen: so müssen wir für uns gefaßt sein auf einen noch weniger glücklichen Feldzug als den abgelaufenen" [1]).

Die Nachrichten von Constantinopel her wurden im Laufe der nächsten Wochen noch weniger günstig. Im Januar 1692 war es eine zweifellose Thatsache, daß auf diesen Frieden nicht mehr zu hoffen sei. Der Kaiser berief die Landtage seiner Erblande. In demjenigen von Nieder-Oesterreich legte der Graf Stratemann der Aeltere den Stand der Dinge dar. Er berichtete, daß die Türken nach ihrer Niederlage bei Salankemen bereit gewesen seien zur Anerkennung des Besitzstandes, daß dann jedoch abermals die französische Arglist den Frieden vereitelt. Er verlangte daher neue Hülfe. Auch der Kaiser Leopold sprach dann zu den Ständen. „Seine Worte, sagt ein holländischer Berichterstatter, waren der Ausdruck seines väterlichen Eifers und seiner Liebe für seine Völker." Im Namen der Stände sprach der Graf von Abensperg und Traun die Bereitwilligkeit aus [2]).

Für den König Wilhelm III. lag demnach die Thatsache vor, daß auch im Jahre 1692 auf die gesammte Macht des Kaisers nach Westen hin nicht zu rechnen war.

Vielmehr wuchs für den König und Heinsius die Besorgnis, daß diese Kunde der Fortdauer des Türkenkrieges befruchtend wirken werde für den alten Plan einer dritten Partei, welche bestehen würde namentlich aus Schweden, Hannover, Münster und Kursachsen. Ein Bündnis jedoch derselben war nicht geschlossen. Den etwaigen Neigungen zu demselben war zuvorzukommen. Und zwar bei dem Herzog Ernst August zu Hannover zunächst durch die Befriedigung seines Ehrgeizes. Wir erinnern uns, daß dieses Ziel war die Kurwürde. Die Verhandlungen darüber in Augsburg im Jahre 1690 hatten kein Ergebnis gebracht. Im Herbste 1691 berief Kur-Brandenburg die Truppen aus Ungarn ab, die bei Salankemen so wichtige Dienste geleistet. Dies gab den

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 262.
[2]) Sylvius t. IV, b. 32, p. 15.

Anlaß zu erneuerten Verhandlungen zwischen dem Kaiserhofe und Hannover, befürwortet von dem Könige Wilhelm und der Republik. Wir werden diese Verhandlungen später kennen lernen.

Münster und Kursachsen dagegen waren durch Geld zu gewinnen. In Betreff des letzteren war aber nicht der junge Kurfürst Johann Georg IV. die wichtigste Persönlichkeit, sondern der Feldmarschall Hans Adam von Schöning. Wir erinnern uns der schmerzlichen Klage Capraras im Feldzuge von 1691 über diesen Mann. Die Geltung Schönings war nach dem Tode Johann Georgs III. bei dem Sohne Johann Georg IV. eher noch gestiegen. Er ward vom Kaiser, von Wilhelm III., von Heinsius, mit dem entschiedensten Mistrauen betrachtet. Und doch trug man Bedenken gegen ihn vorzugehen. Im Januar 1692 fand in Leipzig eine Zusammenkunft der beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg statt. Wilhelm III. glaubte Gutes davon hoffen zu dürfen; aber Schöning werde nicht beitragen. In der Antwort auf diese Rede schlug Stratemann vor: der König und die Republik möchten an jede Bewilligung für den Kurfürsten von Sachsen die Bedingung knüpfen, daß Schöning nicht ein Commando erhalte. Der König erwiederte: bei der Voreingenommenheit des jungen Kurfürsten für den Schöning sei eine Bedingung solcher Art eine delicate Sache [1]).

Aber wollte Wilhelm III. überhaupt für Johann Georg zahlen? — Dieser hatte bei dem Kaiser die Forderung von 400,000 Reichsthalern gestellt, bevor er ausrücke, und der Kaiser ließ durch Windischgrätz im Haag, durch Stratemann bei Wilhelm III. auf einen Beitrag dazu antragen. Wilhelm III. äußert sich darüber zu Heinsius: „Ich habe es geradezu abgeschlagen; denn es ist für mich und die Republik nicht zu ertragen, mitzahlen zu sollen für ein Kriegeslager am Rheine, für ein anderes in Piemont, wo dasjenige in Flandern und die Seerüstung uns allein zur Last fällt. Wollen diese Verbündeten nichts auf sich nehmen, so muß die Allianz aus einander fallen. In Betreff Schönings bin auch ich Ihrer Ansicht, daß man trachten muß ihn

---

[1]) In den Auszügen aus der Correspondenz von Wilhelm III. und Heinsius bei Grovestins t. VI, die Berichte von Windischgrätz und Stratemann.

gütlich zu gewinnen, da mit Nachdruck zur Zeit nichts gegen ihn auszurichten ist" [1]).

Schöning selber hatte den Weg dazu gebahnt. Er hatte, wie der Fortgang zeigen wird, durch ein Schreiben direct an den König seinen Preis angegeben.

Obwohl Wilhelm III. hiernach einen Beitrag zu der Kaufsumme für Kursachsen geradezu abgeschlagen: so werden wir doch ersehen, daß der Handel damit nicht beendet war. Auf eben dasselbe Ziel liefen die Correspondenzen mit dem Fürstbischofe von Münster hinaus. Auch sie schleppten sich Monate lang hin. Für die geschichtliche Charakteristik dürfte indessen die Angabe der Thatsache genügen.

Der berechtigte Unmuth des Königs über die Geldgier deutscher Fürsten ward überboten durch die Besorgnis, welche die Bemühungen des Papstes Innocenz XII. um den Frieden ihm einflößten. Wir haben das Wort des Königs zu dem Grafen Windischgrätz vernommen, daß, wenn eine der vier Hauptmächte der Allianz sich aus derselben löse, sie zerfallen werde. Diesem Hinweise lag zu Grunde die Erwartung, wie der Kaiser und Carl II. von Spanien sich stellen würden zu der Friedensmahnung, welche Innocenz XII. an alle katholischen Fürsten ergehen ließ. Der König Wilhelm sprach dies bestimmter aus zu Heinsius. „Der Schritt des Papstes, schreibt er am 5./15. Januar 1692, macht mir schwere Sorge. Er kann verderbliche Folgen haben. Ich sehe nicht ab, wie wir zuvorkommen können. Wenn es möglich ist, so kann es nur durch das Haus Oesterreich geschehen" [2]).

Dies führt uns auf die Frage der inneren Haltbarkeit der großen Allianz im Jahre 1692, namentlich auch von der kirchlichen Seite angesehen. Zunächst tritt in der Hauptfrage Spanien für uns in den Vordergrund.

Die Schwierigkeit Belgien zu behaupten, brachte, wie Burnet berichtet, den spanischen Staatsrath auf den Gedanken, dem Könige Wilhelm die Statthalterschaft von Belgien anzutragen [3]). Wenn diese

---

[1]) v. d. Heim: het Heinsius Archief p. 76.

[2]) Grovestins t. VI, p. 271.

[3]) Burnet II, 97. Burnet ist, so viel ich sehe, die Quelle aller Anderen für diese Angabe. Weder in den Anglicis, Hollandicis, noch den Hispanicis des k. k. Archivs habe ich eine Bestätigung auffinden können.

Nachricht begründet ist: so ist es folgerecht auch die andere, daß der König abgelehnt. Diese Ablehnung indessen bot die Gelegenheit eine andere Persönlichkeit vorzuschlagen, nämlich den Kurfürsten Max Emanuel von Bayern. In so tiefem Geheimnisse auch von Seiten des Kaisers der Ehevertrag seiner Tochter, der Erzherzogin Maria Antonia, mit Max Emanuel von Bayern im Jahre 1685 gehalten war: so war doch gleich damals so viel bekannt geworden, daß, im Falle der Eröffnung der spanischen Succession durch den kinderlosen Tod Carls II., der Kaiser Belgien dem Kurfürsten cediren werde. Es lag also dem Könige Wilhelm III. nahe, den Kurfürsten als Statthalter für Belgien in Madrid vorzuschlagen. Denn Max Emanuel würde dadurch mit dem Rechte Carls II. im voraus das eigene Recht vertheidigen.

In so weit war die Ansicht richtig. Es kam dazu, daß der von dem Kurfürsten in Ungarn erworbene Kriegsruhm, namentlich von 1688, noch in hellem Glanze strahlte. Allein es wurden nach und nach auch andere Urtheile laut. Carl II. genehmigte den Vorschlag, der sowohl vom Kaiser als vom Könige von England bei ihm unterstützt wurde. So am 3. December 1691.[1]) Bevor dem Grafen Windischgrätz die Kunde zugekommen, warf er eines Tages dem alten Fürsten Waldeck im Haag die Frage hin, ob man noch nicht wisse, wer zum Statthalter von Belgien ernannt sei. „Daß sich Gott erbarme, erwiederte Waldeck, der Kurfürst von Bayern ist es geworden. Der Kaiser hat es freilich so gewollt: wer mag doch diesen Kurfürsten dort empfohlen haben?“ — Windischgrätz erwiederte, der König von England habe dafür gesprochen. „Freilich ich weiß es, versetzte Waldeck, aber so viele Haare der König auf dem Haupte, so viele Male thut es ihm leid. Er hat ihn von Italien her besser kennen gelernt. Der Kurfürst wird das bis auf den Grund erschöpfte Land vollends aufzehren. Im Uebrigen wird es gehen wie zu den Zeiten des Don Juan und des Prinzen von Condé. Sie werden auf einander treffen. Und in solchem Falle ist der König so hitzig wie irgend ein anderer Herr.“ Windischgrätz

[1]) Gemäß der Relation des venetianischen Botschafters Carlo Ruzzini in der Sammlung von Barozzi und Berchet, Serie I, Vol. II, p. 563, war die Ernennung das Werk der Königin-Mutter, die sich auf die Empfehlung Wilhelms III. stützte, wider den Wunsch des Kaisers. Die Berichte des Grafen Lobkowitz aus jener Zeit im k. k. Archive sind sehr lückenhaft.

sprach die Hoffnung aus: der Kurfürst werde immer eine große Deferenz vor dem Könige haben. Waldeck jedoch war einmal ins Reden gekommen. „Wenn der König von Spanien stirbt, fuhr er fort: so werden wir artige Komödien erleben. Da ist der König von Frankreich, da ist der Kurfürst, da sind ferner die Granden von Spanien, die auch jeder seinen Theil haben wollen." Windischgrätz meinte: „Das beste Lösungsmittel wäre ein eigener Erbe des Königs". Heinsius, der mit anwesend war, schwieg [1]).

Unzweifelhaft war die Antwort von Windischgrätz richtig. Aber die Aussicht auf die Erfüllung derselben war sehr gering. Die ersten Jahre nach der zweiten Heirath des Königs Carl II. hatten sich die Völker einer solchen Hoffnung hingeben dürfen. Indem sie nicht in Erfüllung ging, indem statt dessen im Jahre 1691 mehrmals das Gerücht einer Krankheit des nun dreißigjährigen Königs Europa durcheilte, stieg auch die düstere Wolke der Ungewisheit über die Succession in Spanien wieder empor. Demgemäß vernehmen wir verschiedene Plane der Lösung. Unter denselben ist ein Gerücht namentlich bemerkenswerth. Der König von Spanien, sagt dasselbe, werde den zweiten Sohn des Dauphin, den Herzog von Anjou, nach Madrid berufen und ihn dort als Prinzen von Asturien spanisch erziehen lassen. Für dies Entgegen-Kommen von spanischer Seite werde der König von Frankreich sich verpflichten, den Stand des pyrenäischen Friedens für Spanien herzustellen, mithin alle seit jener Zeit an Spanien gemachten Eroberungen zurückzugeben. Dies letztere war eben dasselbe Ziel, welches die große Allianz für Spanien aufstellte, das Ziel, um dessen willen Carl II. derselben zugetreten war. Das Gerücht dieses Planes verlautete bereits im Juli 1691 [2]). Wie stand es, wenn Ludwig XIV. wirklich diesen Plan hegte? Wilhelm III. durfte von 1678 her nicht allzu starkes Vertrauen in die Festigkeit des spanischen Staatsrathes setzen. Es mochte ihm daher nicht undenkbar erscheinen, daß jener Plan in Madrid geneigte Ohren fand. Eben daher entsprang die von ihm

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 28. December 1691.

[2]) Sylvius t. III, b. 31, p. 107. Der Band trägt die Jahreszahl 1698, ist aber, wie der Kenner desselben ersieht, im Laufe des Krieges von Stück zu Stück zusammen gestellt.

zu Heinsius ausgesprochene Besorgnis, wie der König Carl II. die Friedensmahnung von Innocenz XII. aufnehmen würde.

Diese Mahnung, vom 8. December 1691, war allerdings eindringlich genug. Sie legt in ergreifender Weise die schmerzlichen Leiden der Völker dar. Sie bittet und fleht den Kaiser und den König, denselben ein Ende zu machen. Allein sie weist hin nur auf dieses Ziel, gibt nicht den Weg an, auf welchem dahin zu gelangen, unterläßt jede Erörterung der Frage, wie es dahin gekommen, von wem die Friedensstörung ausgegangen [1]).

Die Antwort des Kaisers, vom 20. Januar 1692, wies darum mit scharfem Nachdrucke zurück auf diesen Ursprung. Innocenz XII. war früher Nuntius in Wien gewesen. Die Antwort des Kaisers deutet darauf hin. „Ew. Heiligkeit wissen aus eigener Kenntnis und Erfahrung, daß uns nichts schmerzlicher ist als der Krieg. Die Christenheit beseufzt und die Nachwelt wird es verwünschen, daß der Allerchristlichste König unseren vollen Siegeslauf gegen die Türken gerade dann unterbrochen, als wir im Vertrauen auf die so eben mit ihm erneuten Verträge allzu sorglos waren, und daß er dann mit Raub, Brand und Mord alles erfüllt, bevor er den Krieg uns nur angesagt. Denn er hat lieber alle göttlichen und menschlichen Rechte mit Füßen treten wollen, als die günstige Gelegenheit zur Erweiterung seiner Grenzen am Rheine ungenutzt lassen. Darum haben wir, kraft der Pflicht unseres kaiserlichen Amtes, wider das ehrenrührige Zusammenhalten des allerchristlichsten Königs mit den Feinden des christlichen Namens, uns vereinigt mit Freunden und Bundesgenossen zur Abwehr wider die ungerechte Gewalt. Das Fundament dieses Bündnisses ist die Gemeinsamkeit des Handelns. Sie wie wir sind geneigt zum Frieden, aber zum Frieden auf Grund der Herstellung der Verträge, die der König von Frankreich gebrochen. An ihn also als den Urheber des Krieges wollen Ew. Heiligkeit die Mahnung zum Frieden richten, ihn bewegen zu jener Herstellung. Vermögen Ew. Heiligkeit dies zu erlangen, so werden wir alles aufbieten, um auch unsere Bundesgenossen zu bewegen zum Eingehen auf die Vermittelung Ew. Heiligkeit."

---

[1]) Alle drei Schreiben in holländischer Uebersetzung bei Sylvius t. IV, b. 32, p. 36 enz. — Lateinisch in Lünig: Sylloge negot. publ. p. 1182.

Daß der Kaiser in solcher Weise antworten würde, mochten Wilhelm III. und Heinsius erwartet haben. Es kam für sie an auf Carl II. von Spanien. Hier jedoch ist vor allen Dingen die Persönlichkeit wichtig, nämlich die Verschiedenheit derselben in Betreff des Willens und der Kraft.

Denn so gering auch die Leistungen der Macht Spanien im Kriege sich erwiesen, so war doch der Schluß von dieser geringen Leistungsfähigkeit auch auf den Willen nicht berechtigt. Carl II. dachte damals nicht entfernt an das Eingehen auf eine freundliche Stellung mit Frankreich, am wenigsten an ein Abkommen solcher Art über die Succession, wie jenes Gerücht es meldete. Mochten auch noch so viele Andere glauben, daß auf eine Descendenz dieses Königs nicht mehr zu rechnen sei; er selbst, der dreißigjährige Mann, hoffte damals und hoffte noch Jahre lang [1]). Dies persönliche Moment ist für die Geschichte jener Zeit schwer wiegend. In Frankreich, oder auch unter den Granden von Spanien, mochte man immerhin solche Entwürfe ausspinnen wie denjenigen der Berufung des Herzogs von Anjou nach Madrid, seiner Erziehung dort als Prinzen von Asturien: wer jedoch hätte es auf sich nehmen dürfen, dem dreißigjährigen Könige Carl II. einen solchen Vorschlag zu machen? — Die delicate Frage der Succession in Spanien konnte überall anderswo leichter behandelt werden als vor der entscheidenden Persönlichkeit selbst. Indem aber Carl II. von Spanien mit zäher Festigkeit hielt an der Hoffnung, welche immerhin außer ihm sehr wenige Personen noch theilen mochten, an der Hoffnung einer eigenen Descendenz, überwog in seiner Seele dem Könige von Frankreich gegenüber nicht etwa das Bedürfnis oder das Verlangen nach einem Ausgleiche, sondern das brennende Gefühl der zahllosen Kränkungen, die von Kindheit an er von diesem seinem furchtbaren Schwager erlitten.

Demgemäß fiel die Antwort Carls II. aus, nämlich stärker, schärfer noch als diejenige des Kaisers. „Es ist hoch nöthig, beginnt er, Ew. Heiligkeit darzulegen, daß, so lange die Macht des Königs von Frankreich nicht niedergeworfen, nicht durch Gewalt in ihre recht=

---

[1]) Sein Schreiben an Kurpfalz vom 23. Januar 1694, in Lünigs Sylloge p. 1281. Dasselbe wird später hervorzuheben sein.

mäßigen Grenzen zurückgewiesen ist, Europa auf einen beständigen Frieden nicht rechnen darf." Dann legt das Schreiben in kurzem Ueberblicke die Geschichte der letzten Jahrzehnte dar, und zwar so, daß zu bezweifeln ist, ob eine andere so wuchtige Anklageschrift gegen Ludwig XIV. existirt. Die Anklage des Bundes mit den Türken tritt hier sogar schärfer auf als in der Antwort des Kaisers. „Wie der König von Frankreich, sagt Carl II., durch seine Gesandten die Türken aufgefordert zum Beharren im Kriege, so hat er auch, darüber hinaus (welche Gottlosigkeit!), ihnen nicht bloß Geld und Soldaten geschickt, sondern auch Ingenieure und Offiziere zum Zwecke des Unterrichtens in der Kriegführung" [1]). Das Schreiben hebt dann die lange Kette der Uebergriffe Ludwigs XIV. gegen den päpstlichen Stuhl hervor. Es schließt mit den Worten: „Demgemäß, heiliger Vater, gibt es keinen anderen Weg zu einem sicheren Frieden als denjenigen des Beharrens im Kriege, welcher nothwendig ist nicht bloß für die allgemeine Sicherheit, sondern selbst auch für Ew. Heiligkeit, für die Autorität des römischen Stuhles, für die sichere Ausbreitung der Kirche. Wir hoffen, daß Ew. Heiligkeit, in der Erkenntnis dessen, fortfahren werden in der Darbringung von Beihülfe für den Kaiser zum Schutze der Christenheit wider die Türken".

Diese Antwort reichte hin, um dem Könige Wilhelm III. jegliche Besorgnis vor einem Abspringen Spaniens von der großen Allianz für längere Zeit zu benehmen.

Es bedarf dagegen nicht des Nachweises, daß eben diese Antwort, und namentlich der Schluß derselben auf den König von Frankreich in hohem Grade herausfordernd wirkte. Er suchte zu begegnen durch einen Vortrag seines Botschafters Rebenac bei Innocenz XII. Und zwar tritt uns hier die kirchliche Seite der großen Allianz schärfer entgegen. Wir haben also, bevor wir zu Wilhelm III. und der Lage der Dinge in England zurückkehren, die kirchliche Seite der Sache im Zusammenhange zu überblicken.

Wie die Antwort Carls II. von Spanien die nachdrücklichsten Anklagen gegen Ludwig XIV. zusammen drängt: so ist der Vortrag

---

[1]) Y adelante pasando (que impiedad) a embiarlo no solo medios y soldados, sino Ingenieros y cabos que ensenen a sus milicias el arte de la guerra.

Rebenacs bei dem Papste Innocenz XII. der Inbegriff der leidenschaftlichsten Angriffe, welche jemals von französischer Seite gegen das gesammte Haus Oesterreich erhoben worden sind.

Rebenac greift nicht direct die Personen des Kaisers und des Königs von Spanien an. Er wirft die Schuld auf die Räthe der beiden Fürsten. Dann jedoch, nachdem er so sich den Weg gebahnt, rollt der Strom seiner Anklagen daher. „Diese Minister, sagt er, haben durch eine Politik, welche bei der Nachwelt zum Aergernisse gereichen wird, die katholische Religion in England vernichtet. Sie haben einen rechtmäßigen König unter die Füße getreten, um auf den Thron desselben einen Usurpator zu setzen, welcher keine andere Macht besaß, als die er fand in der Unterstützung des Hauses Oesterreich, welcher für sein Unternehmen keinen anderen Vorwand hatte als die Gottesfurcht des rechtmäßigen Königs, den Eifer desselben für die katholische Religion, die Ergebenheit für den päpstlichen Stuhl. Es ist aller Welt bekannt, daß dies die einzigen Gründe sind, auf welche einerseits die Usurpatoren, andererseits ketzerische Unterthanen sich berufen für ihre Empörung."

So der Beginn. Ihm entspricht der Fortgang. Die römischen Kaiser aus dem Hause Oesterreich erscheinen hier nicht als die wirklichen, die historischen Personen, sondern als solche, wie sie gewesen sein würden, beseelt von dem Streben Ludwigs XIV. „Das Haus Oesterreich behauptet, sagt Rebenac, daß der Titel des römischen Kaisers, den es wie erblich gemacht, ihm ein natürliches Anrecht verleihe auf alle Länder, welche einst Carl der Große besessen, und glaubt demnach, daß jeder Fürst es als eine große Gnade anzusehen habe, wenn es ihn im Besitze seiner Länder belasse, dagegen die Rechte der Souveränetät an sich ziehe, namentlich das Recht der Besteuerung der Völker." Wir erinnern uns an die eigene Darlegung Ludwigs XIV. vor dem Dauphin (Bd. I. S. 46 u. f.). Rebenac selber mochte wissen, daß diese seine Anklage, mochte er sie nun aus sich vorbringen oder auf Befehl, bei dem besser unterrichteten Papste sehr schweren Eingang finden würde. Deshalb fügte er die Bekräftigung hinzu, daß dies nicht eine leere Beschuldigung sei, wie die Erbitterung sie eingebe, sondern die Wahrheit der Thatsachen.

Das Bemühen Ludwigs XIV. in dieser Rede Rebenacs die eigenen Gedanken dem Kaiser unterzulegen, und an dem Kaiser das-

jenige Streben zu tadeln, welches dieser nicht hatte, welches dagegen Ludwig XIV. an der Stelle des Kaisers gehabt haben würde, setzt sich weiter fort. Die Welt erscheint in der Rede Rebenacs wie umgekehrt. „Das Haus Oesterreich, sagt er, opfert alles seiner Herrschsucht auf, die Religion wie die gemeine Freiheit. Diese Herrschsucht ist so verzehrend, daß sie dem Interesse der Feinde des christlichen Namens den Frieden der Christenheit zum Opfer bringt. Im Jahre 1688 hatte das Haus Oesterreich die begründete Hoffnung die türkische Herrschaft zu vernichten. Es ließ dieselbe fahren, zu dem Zwecke, um desto stärkere Kraft anzuwenden zur Ausrottung der Katholiken in England, zur Stütze dagegen der Calvinisten. Es suchte die Protestanten aufrecht zu halten zu einer Zeit, in welcher der König, mein Herr, durch viele Mittel ihren Untergang unvermeidlich gemacht hatte. Wollen dagegen die Kaiserlichen sich berufen auf ihren letzten Sieg über die Türken, so weiß ganz Europa, und Ew. Heiligkeit am besten, daß sie diesen Sieg einer besonderen Schickung Gottes verdanken, zu einer Zeit wo sie die Mehrzahl ihrer Truppen ausgesendet zur Plünderung von Italien."

Diese letzten Worte enthüllen eins der hauptsächlichen Ziele des Gesandten. Er legt auch fortan den stärksten Nachdruck auf die kaiserlichen und spanischen Waffen in Italien. „Die Ketzerei, sagt er, und die Fortschritte dieser Waffen stehen in gleichem Verhältnisse. Eben darum macht das Haus Oesterreich so ausgiebigen Gebrauch von den Ketzern, den unversöhnlichen Feinden des heiligen Stuhles. Nicht um Frankreich zu bekriegen, wie sie vorgeben, stehen die kaiserlichen Truppen in Italien, sondern um dieses Land sich zu unterwerfen."

Und immer stärker schlägt dann Rebenac die Saite an, deren Klang unter Innocenz XI. und Alexander VIII. wirkungslos verhallt war: diejenige des Religionskrieges.

„Ew. Heiligkeit werden erkennen, fährt er fort, daß der König, mein Souverän, die höchsten Interessen seiner Krone aufopfert für den Eifer, den er der katholischen Religion entgegen trägt, während seine Feinde ihrerseits dieselbe Religion ihren besonderen politischen Zwecken dienstbar machen. Der König vertilgt die Ketzerei in seinen Staaten, und hat darum eine sehr große Zahl seiner Unterthanen in die Verbannung geschickt. Sein Eifer treibt ihn die wahre Religion

überall aufrecht zu halten, wo sie sich findet. Das Haus Oesterreich dagegen hetzt die verbannten Unterthanen auf. Es bewaffnet sie wider ihren rechtmäßigen König. Es tastet den katholischen Glauben in England an, um den protestantischen zum herrschenden zu machen. Unter dem Schutze des Hauses Oesterreich durch die Gewalt seiner Waffen wird täglich in Piemont die Ketzerei offen gepredigt. Der Prinz von Oranien nimmt von daher den Vorwand zur eigenen Verherrlichung, gleich als habe er einen Triumph über die römische Kirche davon getragen. Und so oft er seine Partei zu einer besonderen Kraftleistung ermuthigen will, stellt er von daher ihr in Aussicht die Vernichtung der Kirche"[1]).

Wir sehen die zwei hauptsächlichen Objecte des Vortrages in Wechselwirkung mit einander: dasjenige des Religionskrieges und als das andere die Erregung des Papstes gegen die kaiserlichen Waffen in Italien. Dieses als das nächste und eigentliche Object des Königs von Frankreich tritt immer klarer hervor. Der nach Verhältnis kostspieligste und zugleich gefährlichste Krieg für ihn war der savoyische. Er strebte daher vor allen Dingen sich von diesem frei zu machen. Nun lag es aber in der Natur der Dinge, daß die Hülfsvölker für den Herzog Victor Amadeus, namentlich die kaiserlichen, weil sie die zahlreichsten, ihren Unterhalt zum großen Theile ziehen mußten aus dem hinter ihnen liegenden Lande, daß demnach die sämmtlichen Regierungen von Italien, mit eingerechnet der Papst, das Aufhören dieses Krieges wünschten. Dies war die einzige wirkliche Basis jener Reden des Botschafters Rebenac. Allein eben von dieser Basis aus, in welcher die Interessen sich berührten, war die Brücke zu bauen zwischen Frankreich und den italienischen Mächten. Frankreich seinerseits bot für Italien die Neutralität an, welche den Wünschen dieser Regierungen entsprach.

Der Kaiser war eben so wenig wie seine Bundesgenossen im Haag, in London und Madrid, geneigt diesen Wünschen zu willfahren. Der Verlust von Montmelian an Catinat allerdings wog schwer gegen den Plan einer Offensive dort gegen Frankreich. Wir sehen Wilhelm III. und Heinsius in Folge dessen im Winter 1691 auf 92 ihre Besorgnisse

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 32, p. 63.

austauschen, zumal da sie außer Stande waren, dem Kaiser die Subsidien zu bewilligen, die er vielleicht verlangen würde. Am 15./25. Januar 1692 sprach Wilhelm III. dem Grafen Stratemann offen seine Besorgnis aus, daß der Kaiser in Piemont nur defensiv verfahren werde. Stratemann verneinte. Er hatte Recht. Am 20./30. Januar ließ der Kaiser durch diesen Gesandten dem Könige seinen Beschluß der nachdrücklichen Offensive kund thun [1]).

Eben aber weil dadurch unvermeidlich die am Kriege direct nicht betheiligten Italiener eher für Frankreich als für die große Allianz wohlwollend gesinnt waren: so lag es dem Kaiser ob, der französischen Politik jeglichen anderen Vorwand zu benehmen, den sie im Vatican oder sonst wirken lassen konnte. Vor allen anderen war es derjenige der Religion. Jene Rede Rebenacs erreichte darin den Gipfelpunct. Aber auch vorher waren ähnliche Anklagen von französischer Seite nie verstummt. Demnach mußte der Kaiser wünschen im Vatican darüber die Wahrheit vorlegen zu können. Dies war das äußere Motiv. Es verband sich mit dem inneren und positiven des Kaisers, seine schützende Hand zu breiten über die Uebung der katholischen Religion, wo immer es sein mochte. Deshalb sehen wir ihn gegen das Ende des Jahres 1691 und zu Anfang 1692 im Haag und London wiederholte Fragen erheben. Wir haben, zur Klarstellung des Sachverhaltes, auf diese näher einzugehen, zunächst jedoch auf die eigenen Schritte des Kaisers daheim.

Wir erinnern uns der kirchlichen Reunionsplane des Bischofs Spinola von Wiener-Neustadt (Bd. III, S. 90 u. f.). Wir haben vernommen, daß der Papst Innocenz XI., bei aller günstigen Gesinnung für das Wirken des Bischofs, dennoch, aus Besorgnis vor den Misdeutungen Frankreichs, nicht wagte, dasselbe öffentlich anzuerkennen, daß er dagegen den Kaiser und Spinola mahnte im eigenen Namen fortzufahren. So noch vor der Aufhebung des Edictes von Nantes. Von da an indessen schwiegen für eine Reihe von Jahren diese Verhandlungen über eine kirchliche Reunion in Deutschland wie in Ungarn.

---

[1]) Die Schreiben des Königs und Heinsius bei Grovestins t. VI, p. 288 et suiv. — Stratemanns Berichte vom 25. und 30. Januar 1692.

Im Jahre 1691 dagegen gedachte der Kaiser Leopold sie wieder aufzunehmen, und zwar mit Zustimmung des Papstes Innocenz XII. [1]). Spinola war willig wie zuvor. Der Fürst Paul Esterhazy, Palatin von Ungarn, und der Primas Paul Szecheny, Erzbischof von Gran, versprachen ihre eifrige Mitwirkung. Der Kaiser trat dies Mal mit der Sache offen hervor. Er gab Spinola den Auftrag eine Vollmacht aufzusetzen. Es geschah. Sie ging aus mit der Unterschrift des Kaisers. Die Vollmacht an sich kennzeichnet die ganze Sache. Wir haben daher sie zu vernehmen.

„Leopold von Gottes Gnaden erwählter römischer Kaiser u. s. w. Wir entbieten allen und den einzelnen getreuen Ständen von Ungarn und Siebenbürgen, und den anderen unseren Unterthanen, die dies lesen oder vernehmen werden, welches Standes, Amtes, oder welcher Würde sie seien, unseren gnädigen Gruß. Entsprechend der Pflicht, welche das göttliche und das menschliche Gesetz, so wie eine Reihe von Reichsabschieden auferlegt, haben in neuerer Zeit sehr viele eifrige Protestanten, welche in den letzten Jahren mit unserem getreuen, dem hochwürdigsten Bischof Christoph Spinola von Neustadt persönlich sich beredet, es als hohe Nothwendigkeit ausgesprochen, daß man in den christlichen Reichen sowohl in Deutschland als außerhalb, zumal bei den jetzigen bedrohlichen Gefahren zu einer völligen Einigung gelangen möge. Und zwar dies sowohl in weltlichen Dingen als namentlich in geistlichen, welche den wahren Glauben und die Gottesverehrung betreffen, so daß, wenn nicht die Differenzen sämmtlich — wie wir mit Gottes Hülfe durch das Mittel der heil. Schrift und richtiger Vernunftschlüsse hoffen dürfen — erledigt und verglichen würden, doch wenigstens die hauptsächlichen Controversen in Betreff des Glaubens verringert und aufgehoben werden könnten. Diese Hoffnung steigt durch die von verschiedenen Seiten gemachte Wahrnehmung und Beobachtung, daß die Trennung der Gemüther und der Meinungen über die wichtigeren Puncte herstamme aus dem Mangel an gegenseitiger, liebreicher Geduld, ferner an aufrichtiger Einsicht und klarem Verständnisse der Gedanken, dann an genauer Auslegung und treffender Bezeichnung,

[1]) Biographie Spinolas von Hansiz S. J. in den Handschriften der k. k. Hofbibliothek. Die Worte sind: Ipse Augustissimus, aula Pontificia denuo approbante, illum ursit, ut opus resumeret.

endlich auch aus der Verschiedenheit oder auch Veränderlichkeit der Namen. Wir haben dazu den Erfolg und den Nutzen erwogen, mit welchem sowohl diese kirchliche Frage, als auch alle Angelegenheiten, die das Wohl unseres Königreiches Ungarn betreffen, von dem vorgenannten Bischofe behandelt worden sind, theils im Reichstage, theils außerhalb desselben."

„Aus diesen Gründen ertheilen wir, so weit unsere königliche Autorität darin betheiligt ist, ihm Vollmacht und den allgemeinen Auftrag, mit den Ständen und Körperschaften unserer Königreiche und Länder, ganz besonders aber mit denen von Ungarn und Siebenbürgen, so wie ferner mit allen und jeglichen Privatpersonen des protestantischen Bekenntnisses, in Verhandlung zu treten über die Wiedervereinigung des Glaubens, oder über die Abschaffung oder Verringerung aller unnützen Streitigkeiten, sei es daß die Verhandlung geschehe durch ihn persönlich, sei es durch andere von ihm dazu Deputirte, oder auch durch Briefe. Mit solchen Personen, wo immer es sei, soll er im Ganzen und im Einzelnen dasjenige erwägen, was er für ersprießlich und zweckmäßig erachtet, ihre Zuneigung zu gewinnen und das Ziel der Heilung des kirchlichen Spaltes zu erreichen, mit Vorbehalt jedoch der Genehmigung des Papstes einerseits, und der unseren andererseits."

„In Bezug darauf geben wir unseren protestantischen Unterthanen in Ungarn und Siebenbürgen, eingerechnet die Prädicanten, die volle Freiheit mit dem vorgedachten Bischofe zusammen zu treten, möge er in Oesterreich sich befinden, oder irgendwo anders, ferner Boten an ihn zu entsenden, ob öffentlich, ob geheim."

„Wir gebieten Allen, welchen es obliegt, insgesammt und einzeln, ernst und nachdrücklich und bei schwerer Strafe, daß keiner derjenigen Personen, welche auf die Ladung des Bischofs in dieser wichtigen Angelegenheit sich hierher begeben, ein Hinderniß in den Weg gelegt, sondern aller Vorschub geleistet werde. Wie wir denn auch den Bischof in aller Beziehung unserer Gnade versichern. Wien, am 20. März 1691. Leopold." Das Document ist gegengezeichnet von Blasius Jacklin, Bischof von Neitra.

In dieser kaiserlichen Vollmacht für Spinola wird Bezug genommen auf die entgegen kommenden Aeußerungen vieler Protestanten in Deutschland. Eine lange Reihe solcher Briefe in dem Nachlasse

Spinolas liegt mir vor. In ähnlicher Weise ward ihm von Ungarn aus auf seine Anfragen geantwortet. Die Vertreter der evangelischen Gemeinde von Preßburg erwiederten: „Wir nehmen die Kunde der Absicht E. V. G. in Betreff der Wiedervereinigung der Religion und der Herstellung des kirchlichen Friedens aufrichtig entgegen, und beten aus tiefster Seele zu Gott, daß er Ihre Bemühungen gnädig segnen und hinausführen wolle zur Ehre seines Namens und zum Wachsthume seiner Kirche". So am 22. Juni 1691 [1]).

Der Plan Spinolas war derselbe wie früher. Er wollte mit Deutschen zugleich und mit Ungarn vermitteln. Dies einerseits deshalb, weil er von Anfang an bei vielen deutschen Fürsten und Theologen ein bereitwilliges Entgegenkommen gefunden, andererseits weil die ungarischen Protestanten, die nicht ein eigenes Bekenntnis aufgerichtet, sondern entweder demjenigen von Augsburg oder dem helvetischen sich angeschlossen, wissenschaftlich von jeher ihre Anlehnung in Deutschland gesucht hatten.

Der Gang der Dinge wird uns später auf diese Versuche zurückführen. Es genügt hier dargethan zu haben, daß von Seiten des Kaisers Leopold in dieser Beziehung den Ungarn eine wohlwollende Gesinnung entgegen getragen, daß diese Gesinnung von ungarischer Seite als solche anerkannt wurde.

Von dem Boden dieser letzten Thatsachen aus redete der römische Kaiser Leopold zu seinen protestantischen Bundesgenossen, dem Könige von England und den Generalstaaten. Im September 1691 erließ er an seine Gesandten, die Grafen Windischgrätz und Stratemann, die folgende Weisung.

„Wir sehen mit besonderer Zufriedenheit die Fortschritte des Königs Wilhelm in England, und wünschen deshalb nichts so sehr wie die vollkommene innerliche Beruhigung seiner Königreiche und Länder,

---

[1]) Deum intimis cordis suspiriis orantes, ut hunc D. V[ae] Ill[mae] ac R[ae] laborem clementer secundare et ad nominis sui gloriam Ecclesiaeque suae incrementum dirigere velit. Unterzeichnet: Universi Evangelici liberae ac Regiae civitatis Posoniensis. Darunter sieben Siegel. — Dies Schreiben findet sich gedruckt in Lünigs Literae Procerum Europae t. III, p. 343. — Da ich nur unzweifelhafte Documente zu Grunde lege, so wird man von mir eine Polemik gegen die vielfach hergebrachten Irrthümer über das Verhalten Leopolds gegen die Protestanten in Ungarn nicht erwarten.

demgemäß ihm eine beständige glückliche Regierung. Daneben jedoch leben wir zu S. L. der gänzlichen Zuversicht, daß, eben so wie in unserem Erbkönigreiche Ungarn die Nicht-Katholiken bisher unter unserem Schutze ihre Religion ganz unbekümmert in öffentlichen Kirchen üben und fortführen, eben so auch der König die Katholiken in seinen Reichen unser wegen in etwas schützen, nicht unmilde gegen sie verfahren, nicht eine Verfolgung gestatten werde. Denn dessen hat ja der König beim Beginne seiner Regierung durch den Freiherrn von Görtz uns vielfältig versichern lassen" [1]).

Die Antwort des Grafen Windischgrätz betraf zunächst die Republik.

„Ich kann Ew. kaiserlichen Majestät versichern, antwortet der Graf Windischgrätz aus dem Haag, daß, mit Ausnahme des Gebrauches der Glocken, die katholische Religion hier eine solche Freiheit genießt, daß man keine Ursache hat zur Klage, sondern durchaus zur Freude. Auf dem Lande rings um diese Stadt sind fast alle Unterthanen und Bauern katholischer Religion. Sie haben ihre Kirchen und ihre Priester, mit gutem Willen und Vorwissen ihrer Obrigkeiten. In der Stadt befinden sich, außer den Capellen der fremden Gesandten, acht Kirchen, die eine jede ihren Pfarrer haben. Dazu sind andere Priester da, wie z. B. Jesuiten und Carmeliter. Die Katholiken bezahlen ein Schutzgeld, und demnach ist die Obrigkeit über den Stand der Dinge genau unterrichtet. Die Leute gehen zu ihrem Gottesdienste öffentlich ein und aus, und werden dabei in nichts behelligt. Kramprich hat mir versichert, daß die Freiheit früher nicht so weit gehend gewesen sei, wie heutzutage" [2]).

„Was dann England betrifft, fährt der Graf Windischgrätz fort, so hat sich der König nicht bloß einmal, sondern oft gegen mich erklärt, daß er den Katholiken mehr Freiheit gestatten wolle, als die Grundgesetze erlauben. Er für seine Person werde die Religion nie verfolgen, sondern den Katholiken je und allewege alles Gute gern gönnen."

Aber der Kaiser hatte verschiedene Fälle namhaft gemacht, nämlich diejenigen einiger Priester in Schottland, und des Grafen Perth, der, nach dieser Ansicht, lediglich um der Religion willen gefangen saß.

---

[1]) K. Rescript an Windischgrätz und Stratemann, vom 25. September 1691.
[2]) Bericht des Grafen Windischgrätz, vom 30. October 1691.

Die Nennung dieser Fälle beweist, daß man, von welcher Seite immer dies geschehen sein mochte, sich beschwerend an den Kaiser gewandt hatte.

Für jene Priester hatte der Graf Windischgrätz sich schon einige Monate vorher verwendet, und den Befehl des Königs erwirkt, sie auf freien Fuß zu stellen. Weder der König noch der Staats-Secretär Sidney wollten daher im October 1691 glauben, daß dies nicht geschehen sei. Dennoch wurde ein abermaliger Befehl sogleich erlassen, — Anders dagegen stand die Sache mit dem Grafen von Perth. Der König erwiederte, daß dieser wie der Bruder, der Graf Melford, ein eifriger Anhänger des Königs Jacob sei und sich betheiligt habe bei der letzten Verschwörung. Windischgrätz bestritt die Möglichkeit, da Perth seit langer Zeit im Gefängnisse. Der König erwiederte, daß er unverzüglich Bericht einfordern wolle, und daß, wenn nichts Anderes vorliege, Perth um der Religion willen, und in Rücksicht auf die Verwendung des Kaisers, auch nicht Eine Stunde in Haft bleiben solle [1]).

Der Kaiser beschränkte sich nicht auf diese Verwendungen. Er machte bald darauf eine andere geltend für Irland.

Wir haben vernommen, daß die Capitulation von Limerick sich nicht auf diese Stadt beschränkte, sondern für Irland im allgemeinen den kirchlich-politischen Zustand aus der Zeit Carls II. herstellte. Die Capitulation ward im englischen Parlamente erörtert. Sie war vielen Mitgliedern nicht erwünscht, und im Unterhause zeigte man sich geneigt zu Feststellungen, die mit derselben nicht verträglich waren. Das Oberhaus jedoch erhob Einwendungen. Die Capitulation ward bestätigt [2]).

Während die Verhandlungen darüber im Parlamente stattfanden, gelangten nach Rom heftige Beschwerden über die Behandlung der Katholiken in Irland. Demgemäß ersuchte der Papst Innocenz XII. den Kaiser bei dem Könige Wilhelm III. ein Fürwort einzulegen. Dieses Fürwort und die Erwiederung des Königs geben volle Klarheit über die Intentionen Wilhelms III. [3]).

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz, vom 30. October 1691.

[2]) Macaulay, in Ch. XVIII, berichtet darüber Einzelnheiten. — Der Biograph Jacobs II., in the life of James. Vol. II, p. 468, sagt kurz: The treaty of Limerick, being afterwards confirmed by Act of Parliament, ought to have been more duly observed.

[3]) Anlage I.

„Bei der römischen Curie, sagt der Kaiser, ist die Beschwerde erhoben, daß die Katholiken in Irland, besonders die Priester, aus Haß gegen die Religion schwer, ja bis zum Tode mishandelt werden. Der Papst verlangt daher unsere Verwendung bei E. D., damit den Unglücklichen gestattet werde, ihr Leben ungefährdet und ruhig zu verbringen, ohne Besorgnis einer Bedrückung, welche die Religion zum Vorwande nimmt. Obwohl wir diese Anklage für übertrieben halten, oder doch der Ansicht sind, daß, bei dem dort noch nicht völlig geordneten Stande der Dinge, so etwas jedenfalls ohne Vorwissen und wider den Willen E. D. geschehen sei: so leben wir doch der Hoffnung, daß, in Betracht der uns obliegenden Pflicht, unserer Sorgfalt für das Gemeinwohl und zugleich für den Ruhm E. D., es Ihnen nicht unlieb sein werde, wenn wir jener dringenden Bitte willfahrend dieselbe Ihnen mittheilen. Eben aber diese Mittheilung ist, bei dem wahrhaft frommen Sinne und zugleich der Umsicht E. D., genügend und reichlich. Wir geben uns daher der Hoffnung hin, E. D. werden sich diese Unglücklichen angelegen sein lassen, damit einerseits dem Feinde die Waffe der Verleumdung genommen werde, durch welche er die gemeinsame Sache zu lockern sucht, damit andererseits E. D. Ihre Reiche mit allseitiger Zufriedenheit und mit dem willigen Gehorsam Ihrer Unterthanen glücklich regieren mögen. Desgleichen vertrauen wir, daß E. D., wenn in irgend einer Sache, so vor allem in dieser, unserem Wunsche entsprechen werden. Wir unsererseits werden dies ansehen als einen Beweis Ihrer brüderlichen Zuneigung für uns."

Der Graf Stratemann überreichte dies Schreiben. Der König erwiederte ihm: „Melden Sie dem Kaiser, daß die Capitulation von Limerick genau gehalten und nicht ein Unschuldiger mit den Schuldigen leiden soll" [1]). Dann erließ er, am 29. Februar 1692, eine directe Antwort auf jenes kaiserliche Schreiben. Sie lautet wie folgt.

„Wir haben die Mittheilung der Beschwerde vernommen, welche über die Behandlung der Katholiken, namentlich der Priester in Irland, vor Ew. kaiserlichen Majestät erhoben worden ist. Diese fabelhafte und jeglichen Grundes entbehrende Angeberei setzt uns nicht in Verwunderung; denn wir kennen ja die Arglist und die ruhelosen Umtriebe

---

1) Bericht des Grafen Stratemann, vom 22. Februar.

Frankreichs. Wir wissen ja, daß dieser gemeinsame Feind und Verstörer des Friedens von Europa nichts unversucht läßt, was nach seiner Ansicht dienen kann, die engen Bande unserer Allianz zu lockern. Wir leben der Hoffnung, daß menschliche Kraft oder List dies nicht vermöge. Jedoch halten wir um unserer Freundschaft willen mit Ew. kaiserlichen Majestät, und damit wir nach allem Vermögen der französischen Arglist begegnen, es für unsere Pflicht, auf jene Angabe zu erwiedern, daß niemals unsere Unterthanen in Irland oder irgend einer von ihnen wegen der Religion eine Strafe erlitten haben, weder auf unseren Befehl, noch außer und wider denselben. Denn so lautet der eingezogene Bericht, dem wir Glauben schenken. Daß es auch in Zukunft nicht geschieht, dafür werden wir Sorge tragen. Denn nichts liegt uns ferner als das. Vielmehr soll es den Katholiken gleich wie unseren anderen Unterthanen frei stehen, unter unserer königlichen Autorität und dem Schutze der Gesetze, frei und unangetastet aller Güter des Lebens sich zu erfreuen, so lange sie unseren Gesetzen Folge leisten und uns Treue und Gehorsam in hergebrachter Weise geloben und halten. Dies ist unser wohl überlegter Entschluß. Daß derselbe von Allen, welche unseren Befehlen unterstehen, ausgeführt werden soll, so weit die Gesetze des Reiches es verstatten, davon dürfen Ew. kaiserliche Majestät, gemäß Ihrer wohlwollenden Gesinnung für uns, sich überzeugt halten. Möge daran die Arglist der Feinde zu Schanden werden, möge dagegen die zwischen uns und den übrigen Mächten der Allianz aus so vielen Gründen gewobene Freundschaft täglich mehr sich festigen!" —

Es bedarf nicht des Nachweises, daß der Kaiser von dieser Antwort des Königs von England nach Rom Kunde gegeben, daß also der Papst Innocenz XII., eben so wie seine Vorgänger Innocenz XI. und Alexander VIII., über den wirklichen Stand der Dinge in den drei Reichen Wilhelms III. sich ein eigenes Urtheil zu bilden vermochte, nicht abhängig von den Anklagen der beiden Könige in Versailles und St. Germain.

Ueberhaupt aber liegt es aus allem diesem vor Augen, daß im Beginne des Jahres 1692 der König Wilhelm III. mit Genugthuung blicken konnte auf das moralische Zusammenhalten der vier Hauptmächte der Allianz. Daß die materiellen Leistungen, namentlich der spanischen Monarchie, dem guten Willen Carls II. nicht entfernt ent-

sprachen, wußte Niemand so genau wie der König von England. Für den Krieg kam es wesentlich darauf an, was er selber, nämlich die von ihm geführten Mächte, England und die Republik, leisten würden.

Seine Plane hatten im Laufe des Winters von 1691 und 1692 sich erweitert. Er hatte, gemäß seinem ursprünglichen Feldzugsplane für 1692, vom Unterhause zuerst nur verlangt, daß es die Mittel für ein Landheer von 65,000 Mann bewillige. Er steigerte diese Zahl um 8000, indem er dabei unter der Hand einigen Mitgliedern des Parlamentes die Zusicherung gab, daß diese Mehrforderung eine Landung in Frankreich bezwecke [1]). Gingen auch diese Bewilligungen langsam von statten, nicht entsprechend dem drängenden Eifer des Königs: so erfolgten sie doch seiner Vorlage gemäß. Bis zum 2./12. Januar 1692 waren über vier Millionen Pfund Sterling, oder dreißig Millionen damaliger Reichsgulden bewilligt.

„Demnach sollte man glauben, fügt Stratemann seinem Berichte hinzu, daß hier das Geld zur Bestreitung der Kriegeskosten reichlich vorhanden sei. Dies ist jedoch nicht der Fall. Nicht bloß ist im Schatzamte kein erheblicher Vorrath an Geld, sondern die Rückstände für die Armee wie für die Flotte schwellen mehr und mehr empor. Die Engländer haben den Verdacht, daß der König die ganze Kriegeslast gegen Frankreich allein trage, und daß ihr Geld den Bundesgenossen zufließe. Dies ist jedoch irrig; denn außer demjenigen, was für Savoyen gezahlt wird, vernimmt man nichts von beständigen Subsidien" [2]).

In Wirklichkeit dürfte doch der Verdacht der Engländer besser begründet gewesen sein als die Ansicht Stratemanns. Wir haben aus dem Vertrage mit Brandenburg ersehen, in welche Form die Subsidien sich kleideten. (Bd. V, S. 242 u. f.)

Stratemann gibt für das Nicht-Ausreichen der bewilligten Mittel einen anderen Grund an. „Die Unzulänglichkeit, sagt er, rührt hauptsächlich daher, daß der König um ein Drittel der Gelder, wenn nicht

---

[1]) Stratemanns Bericht vom 12. Februar: Das Parlament hat die 8000 Mann mehr als der König anfangs verlangt, anders nicht verwilligt als auf die unter der Hand gegebene Versicherung, daß man sich derselben zur Anlandung gebrauchen wolle.

[2]) Bericht Stratemanns vom 12. Januar.

um mehr, hintergangen wird. Man dürfte nicht sagen, daß er das nicht weiß. Das Geld geht durch die Hände von Mitgliedern des Parlamentes, denen gegenüber man nicht bloß ein Auge zudrücken, sondern auch, um den Schaden zu verhüten, den sie anrichten können, noch sogar schön thun muß" [1]).

Der Plan der Landung in Frankreich tritt für uns in den Vordergrund. Der König erwog denselben mit dem Herzoge von Leinster, dem ältesten Sohne des Marschalls Schomberg, mit Ruvigny, Marlborough, uud dem Admiral Russel. Die beiden letzteren Persönlichkeiten fordern unsere besondere Aufmerksamkeit.

Wir haben erfahren, daß Marlborough bereits seit dem Beginne des Jahres 1691 in Verbindung mit St. Germain stand. Im Herbste 1691 hatte auch Russel dort angeknüpft.

Wir lernen die Persönlichkeit dieses Mannes näher kennen aus einem Schreiben, welches er am 10. Mai 1691 von der Flotte aus an den König Wilhelm richtete. Dasselbe ist erfüllt mit Klagen über die Nicht-Anerkennung seiner geleisteten Dienste. Zwar habe der König ihm eine Stelle gegeben, die ihm 3000 £ bringe; aber die verschiedenen Seereisen verzehrten diese Summe und dazu sein eigenes Vermögen, so daß er in beträchtlichen Schulden stecke. Dazu habe er einen Bruder, eine Schwester, denen der König nichts gäbe. Es kränke ihn, daß es dem Könige gefalle, so offen an den Tag zu legen, wie wenig die Familie Russel bei ihm in Gnaden stehe. Er schließt mit den Worten, daß, wie auch seine oder seiner Familie Lage beschaffen sei, der König ihn immer erfinden werde voll Pflicht und Treue [2]).

Im Herbste des Jahres 1691 suchte Jacobs Emissär Lloyd diesen Admiral auf. Russel sprach den lebhaften Wunsch aus dem Könige Jacob zu dienen. Das englische Volk sei wohl geneigt, wenn nur der König Jacob den richtigen Weg einschlage. Wenn er als katholischer König über ein protestantisches Volk regieren wolle: so müsse er zunächst alles Vergangene vergessen und eine allgemeine Amnestie gewähren. Dann würde er, Russel, nach Kräften zur Herstellung bei-

---

[1]) A. a. O. Das Geld passirt durch Hände, so vom Parlamente sein, mit welchen man nicht allein zu conniviren, sondern sie noch gar dazu, um des Schadens willen, den sie thun können, zu caressiren hat.

[2]) Dalrymple III II p. 270.

tragen, ohne für sich selber etwas zu bedingen. Als dennoch Lloyd einige Vorschläge dieser Art machte, wollte Russel sie nicht anhören. Es handelte sich, sagte er, um die allgemeine Wohlfahrt, nicht um einen Privatvortheil. Er sage ihm dagegen bestimmt voraus: wenn er die französische Flotte treffe, so werde er sie angreifen, auch wenn der König Jacob selbst an Bord wäre. Das Mittel seinerseits dem Könige Jacob zu dienen, sei das Ausweichen mit der englischen Flotte, damit dem Könige die Gelegenheit gegeben werde zu landen[1]).

Diese Unterredungen zwischen Russel und Lloyd fallen in den December 1691. Russel hatte im Jahre 1691 das Commando der Flotte geführt, nicht mit allgemeiner Zustimmung. Der Vice-Admiral Killigrew hatte nur sehr ungern sich ihm untergeordnet, so daß der Dienst darunter litt. Aber auch von Anderen ward dem Admiral Russel nicht die Ueberlegenheit der Befähigung zuerkannt. Er selber war oder schien für das Jahr 1692 nicht sehr willig. Man sah es als einen Gewinn an, daß er auf die Mahnung des Königs Wilhelm III. dennoch das Commando wieder übernahm. Es geschah am 11./21. Januar 1692[2]).

Demnach fragt es sich, wie man in St. Germain jene Antwort Russels aufgenommen. Sie ließ offenbar Raum zu verschiedenen Deutungen. Daß man in St. Germain später auch über die ungünstige Seite derselben sich völlig klar geworden ist, liegt vor Augen. Es scheint jedoch, daß man damals zunächst die günstige vorgezogen hat. Es liegt hier besonders die Frage nahe, ob Russel und Marlborough im Einverständnisse waren. Die Antwort wird sich an den Thatsachen erledigen.

Wir kennen Marlboroughs Verhalten im Beginne des Jahres 1691, seine Verheißungen von damals für St. Germain. Er hatte dann einige Zeilen von der Hand Jacobs verlangt, und als besonderes Motiv dafür angegeben, daß dies ihn in den Stand setzen würde ein-

---

[1]) The life of James. Vol. II, p. 489. — Macpherson's Original Papers Vol. I, p. 242.

[2]) Stratemanns Bericht darüber vom 22. Januar: So weit ist es bereits mit dieser Nation gekommen, daß man auch diejenigen, so eben nicht allerdings zur Vertretung eines officii fähig sind, aus Mangel anderer Subjecte noch dazu zu disponiren suchen muß.

zuwirken auf die Prinzessin Anna. Nachdem er einmal das Schwierigste überwunden, nämlich in St. Germain wieder Glauben zu finden, stand der Erfüllung seiner anderen Bitten dort kein Hindernis mehr im Wege. Es ist demnach anzunehmen, daß er die von St. Germain erhaltenen Zeilen verwandt habe zu dem von ihm angegebenen Zwecke.

Das Mittel, welches zunächst das Ehepaar Marlborough ergriff, ist zu erkennen aus einer Bitte, welche die Prinzessin und der Prinz Georg, jeder durch ein eigenes Schreiben, im August 1691 an den König Wilhelm richteten. Sie erinnerten ihn an ein früheres Versprechen, an Marlborough den Hosenband-Orden zu verleihen. Der Prinz sagte in seinem Schreiben: es sei die einzige Bitte, die er jemals dem Könige gestellt. Die Prinzessin sprach sich aus: der König werde sicherlich den Orden keinem verleihen können, der ihm bei der Umwälzung mehr zu Dienste gewesen als Marlborough. Die Bitte des prinzlichen Paares ward von dem Könige nicht gewährt [1]).

Es vergingen einige Monate. Am 1. December 1691 schrieb die Prinzessin Anna an ihren Vater, den König Jacob in St. Germain, einen Reuebrief über ihr Verhalten von 1688. „Es würde mir ein großer Trost gewesen sein, sagt sie darin, wenn ich ein Mittel gefunden, diese meine reuevollen Gedanken eher auszusprechen; aber ich hoffe, die Verspätung wird andererseits den Vortheil mit sich bringen, daß die Aufrichtigkeit um so weniger in Zweifel gezogen werden kann." Lloyd, der den Brief zu überbringen hatte, wurde aufgehalten theils durch die Furcht vor Entdeckung, theils durch andere Hindernisse. So kam es, daß der Brief erst im Mai 1692 in die Hände des Königs Jacob gelangte, zu einer Zeit, wo die Kunde von der Existenz desselben längst auch nach anderen Seiten durchgesickert war. Mündliche Nachricht darüber mag der König Jacob vielleicht noch vor dem Ende des Jahres 1691 empfangen haben [2]).

Daß der König Wilhelm III. jedenfalls bis tief in den Monat Januar 1692 noch keinen Verdacht auf Marlborough geworfen, ergibt

---

1) Dalrymple III II p. 273.

2) The life of James. Vol. II, p. 477. — Macpherson's Original Papers. Vol. I, p. 241.

sich daraus, daß er ihn zur Berathung des Planes einer Landung in Frankreich heranzog. Am 20./30. Januar 1692 wandelte sich in wenigen Stunden die Stellung Marlboroughs. Am Morgen dieses Tages war er als Kammerherr vom Dienste beim Könige. Noch vor dem Mittage erschien bei ihm der Graf Nottingham als Staats-Secretär mit der Erklärung, daß der König der Dienste Marlboroughs ferner nicht bedürfe, ihm alle seine Aemter nehme und ihm den Hof verbiete. Diese Aemter, die bisher Marlborough besessen, waren sieben an der Zahl, die sämmtlich wohl dotirt, ihm etwa 7000 £ jährlich eintrugen. Das Gerücht durcheilte schnell die Stadt London. Ueber die eigentliche Ursache erging man sich in Vermuthungen [1]).

Wir erfahren diese Ursache von dem Könige Jacob selbst.

Im folgenden Jahre verfaßte Jacob II. für den König Ludwig XIV. eine Denkschrift über den Stand seiner Angelegenheiten. Darin spricht er sich aus wie folgt. „Im verflossenen Jahre hatten meine Anhänger die Absicht, mich durch das Parlament zurück zu berufen. Das Verfahren war festgestellt. Churchill sollte im Parlamente beantragen, alle Nicht-Engländer hinauszuweisen, sowohl aus dem Rathe als der Armee, als auch aus dem Königreiche. Wäre der Prinz von Oranien auf diesen Antrag eingegangen, so hatten sie ihn in ihrer Gewalt. Hätte er geweigert, so stand das Parlament gegen ihn. Zugleich sollte dann Churchill mit der Armee sich für das Parlament erklären, desgleichen die Flotte. Dann war meine Rückberufung gesichert. Man hatte bereits in diesem Sinne gearbeitet, und eine starke Partei gewonnen. Dann jedoch schöpften einige meiner Anhänger einen nicht wohl überlegten Verdacht. Sie bildeten sich ein, daß Churchill nicht sowohl für mich thätig sei, als für die Prinzessin Anna. Indem sie mir zu dienen glaubten, begingen sie die Unbesonnenheit, die Sache dem Bentink zu entdecken und dadurch den Schlag abzuwenden" [2]).

---

[1]) Dalrymple III[II] p. 273. Das Schreiben von Lord Basil Hamilton. — Ferner Anlage II.

[2]) Die Denkschrift Jacobs in Macpherson's Original Papers I, p. 440. — Macaulay hat, in Ch. XVIII, diese Stelle auch im französischen Original-Texte beigebracht. Für die Verschiedenheit meines Urtheiles von demjenigen Macaulays beziehe ich mich hauptsächlich auf die Anlage II.

Diese Worte des Königs Jacob bieten Stoff zu Erwägungen von mancherlei Art.

In der Hauptsache zunächst dürfte es die Frage sein, ob nicht seine Anhänger, deren Unbesonnenheit er tadelt, die Sachlage richtiger auffaßten als er. Die Erhebung der Prinzessin Anna zur Königin verhieß dem Ehepaare Marlborough ungleich mehr als die Herstellung des Königs Jacob. Ja man dürfte sogar noch einen Schritt weiter gehen. Es ist nicht unmöglich, daß am letzten Ende in der Seele Marlboroughs Plane Cromwellischer Art schlummerten. Die Jugend Marlboroughs reichte hinauf bis in die Zeit des eisernen Protectors. Und von diesem ja bleibt, nach Abstreifung des gesammten puritanischen Phrasengeklingels der Heuchelei und der Lüge, als Realität übrig der glückliche Soldat. Marlborough hatte noch nicht die Gelegenheit gehabt, sein Feldherrn-Talent im großen Stile zu zeigen. Daß er, nach so manchen Feldzügen, dieses Talentes, welches Andere an ihm noch nicht im vollen Umfange erkannten, sich selber durchaus bewußt war, dürfte nicht zu bezweifeln sein. Die Prinzessin Anna war nicht gesund. Ihre Kinder erwiesen sich als nicht lebensfähig. Die Succession in England war über sie hinaus nicht festgestellt. Was kam dann? — Es ist sehr wohl möglich, daß Marlborough den Gedanken dieser Art niemals irgend welchen Ausdruck gegeben. Und doch führt sein gesammtes Verhalten dahin, sie als wahrscheinlich bei ihm anzunehmen. Aus der Zwietracht der Mitglieder des Hauses Stuart wuchsen für ihn weit reichende Hoffnungen empor.

Eine andere Frage ist die, ob der Plan, welchen, nach dem Berichte des Königs Jacob, Marlborough mit anderen Jacobiten verfolgte, sich als wohl begründet erwiesen hätte. Daß Marlborough in dieser Richtung vielfach zu wirken gesucht, verlautete bald. Auch gab es der Anhaltspuncte genug, welche Stoff boten den nationalen Eifer gegen die Fremden zu erregen. Das Commando in England und Schottland hatte der Herzog von Leinster, der, wenn auch immer naturalisirt, dennoch von Geburt ein Ausländer blieb. Die Truppen in Irland standen unter dem Holländer Ginkel, diejenigen in Flandern unter dem Grafen Solms. Wie wenig von den auswärtigen Angelegenheiten der König seinen zwei englischen Staats-Secretären anvertraute, mochten die Mitglieder des Parlamentes selbst nicht genau wissen. Als allgemein

bekannte und unzweifelhafte Thatsache dagegen lag vor, daß der geborene Holländer Bentink als Lord Portland der erste und in vielen Dingen alleinige Rathgeber des Königs war.

Allein man dürfte doch daraus nicht zu viel folgern. Immerhin mochte das viele Misstimmung hervorrufen. Immerhin auch mochten von daher viele Mitglieder des Parlamentes lieber wünschen, daß die Fremden von allen Aemtern ausgeschlossen würden. Aber es ist die Frage, ob eine erhebliche Anzahl von Mitgliedern des damaligen Parlamentes bereit war zu solchen Beschlüssen, wie Jacob II. und seine Partei sie wünschten, zu Beschlüssen, deren Feindseligkeit gegen Wilhelm III. doch Allen sich erschließen mußte. Besonders dürfte es schwer sein durch Thatsachen zu beweisen, daß die nationale Eifersucht gegen Holland, welche in dem Blute von Beachy Head einstweilen ertränkt schien, durch die Freisprechung von Torrington in solchem Maße wieder neue Lebenskraft empfangen haben sollte. Die Freisprechung war im Parlamente nicht mit Freuden aufgenommen. Demnach konnte sie auch kaum moralisch nachtheilig gegen Holland wirken. Angenommen aber auch, daß diese nationale Eifersucht dennoch reger war, als sie nach dem Gesagten uns erscheint, so war in jedem Falle nicht Marlborough diejenige Persönlichkeit, welche die dem Könige widerstrebenden Elemente unter seiner Führung zu einigen vermochte. Mochte Jacob II. ihm das Verhalten von 1688, namentlich Salisbury, verziehen haben: bei den Engländern selbst ward damals noch nicht dieser schwarze Fleck überstrahlt durch den Glanz der späteren Siege. Der kaiserliche Gesandte Graf Stratemann fügt seinem Berichte über die Ungnade Marlboroughs die Erinnerung an Salisbury bei, und schließt mit den Worten: „Der Sturz dieses Mannes, der sich allein durch Meineid und Undankbarkeit groß gemacht, wird von Jedermann mit Freuden angesehen“.

Demgemäß erschien das Verfahren des Königs nicht als ein Act der Willkür. Dies ist deshalb auffallend, weil mit Grund anzunehmen ist, daß die Jacobiten, welche dem Grafen Portland jene Kunde zubrachten, sich ausbedungen haben nicht compromittirt zu werden. Andererseits aber bedurfte doch der König für sein rasches Vorgehen irgend einer Rechtfertigung: er bedurfte des Mitwissens einer Anzahl von Personen, die dann bereit waren und bereit sein mußten, jeglichen Vor-

wurf einer Willkür von ihm abzuwehren. Diese Personen waren die Mitglieder des geheimen Rathes. Die Frage also ist: welchen Beweis für die Rechtfertigung des Verfahrens gegen Marlborough hatte der König dem geheimen Rathe vorzulegen.

Wir haben dafür aus einer holländischen Quelle eine Nachricht, die, wenn auch bisher geschichtlich völlig unbeachtet geblieben, dennoch weder der inneren, noch der äußeren Glaubwürdigkeit ermangelt.

Gemäß dieser Nachricht waltete noch ein besonderer Verrath ob, an welchem nicht bloß Marlborough selbst, sondern auch Lady Sarah persönlich betheiligt war.

Wir erinnern uns, daß der König vom Unterhause eine Mehrbewilligung erhalten hatte für den Zweck einer Landung an der französischen Küste. Das Object derselben war Abbeville in der Picardie. Das Geheimnis des Planes kannten außer dem Könige nur zwei Personen, von denen eine der Graf Marlborough war. Als der geheime Rath dem Könige sein Erstaunen über die plötzliche Entlassung Marlboroughs nicht verhehlte, legte er einen Brief der Gräfin Marlborough vor, welcher von Frankreich aus ihm in die Hände geliefert war. Der Brief gab nach Frankreich hin Auskunft über den Landungsplan. Der geheime Rath trug daher dem Könige über das Verfahren gegen Marlborough die allgemeine Zustimmung entgegen [1]).

Die holländische Quelle, welcher dies entnommen ist, kennt nicht jene von Jacob II. selbst gebrachte Nachricht, daß einige Jacobiten den Plan Marlboroughs an Portland kund gegeben. Dies thut indessen dieser anderen Nachricht keinen Eintrag. Die Thatsache der einen Entdeckung kann bestehen mit der anderen. Der König suchte dann namentlich die Anklage zu entkräften, welche Marlborough hernahm von der Verwendung der Holländer für seinen Dienst. Er beeilte sich die zunächst hervorragende Persönlichkeit auf dem Boden seiner Königreiche heimisch zu machen. Am 27. Januar/6. Februar 1692 ernannte er den General Ginkel zum Grafen von Athlone [2]).

Marlborough dagegen, obwohl durch die Entlassung aus seinen Aemtern in dem einen Plane schon durchkreuzt, ließ darum nicht ab

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 33, p. 25. Er leitet den Bericht ein mit den Worten: Soo veel echter werd ons van goeder hand bericht enz.

[2]) Stratemanns Bericht vom 8. Februar.

von dem anderen, demjenigen der Entzweiung der königlichen Schwestern. Der König eröffnete der Prinzessin die Gründe seines Verfahrens gegen Marlborough. Demgemäß erwarteten er und die Königin, daß die Prinzessin Anna auch die Gräfin Marlborough entlassen, und nicht, durch die Beibehaltung derselben, dem Gemahle einen Vorwand geben würde am prinzlichen Hofe zu verbleiben. Die Prinzessin schien den Wink, der in jener Eröffnung lag, nicht zu verstehen. Sie handelte nicht jener Erwartung gemäß. Vielmehr erschien sie, am Abend des 4./14. Februar, begleitet von der Gräfin Marlborough, am Hofe zu Kensington.

Ueber dieses Erscheinen in Kensington berichtet die spätere Herzogin von Marlborough in ihren alten Tagen, daß es lange gedauert, bis ihre besten Freunde sie dazu hätten überreden können. Wenn diese Worte der Wahrheit entsprechen, wie es kaum denkbar ist: so dürfte es fraglich sein, ob diese besten Freunde, unter denen sie Godolphin nennt, den ganzen Sachverhalt gekannt haben. Das königliche Paar faßte die Sache anders auf. Es sah in diesem Auftreten der Gräfin eine Frechheit, in demjenigen der Prinzessin einen Mangel an Rücksicht. Am nächsten Tage schrieb die Königin an ihre Schwester einen Brief, in welchem der königliche Ton den schwesterlichen überwiegt, so jedoch daß man das ganze Schreiben der Sachlage nach nicht unfreundlich nennen dürfte.[1]) Aber es enthielt die bestimmte Weisung, daß bei den Umständen, in denen der Graf Marlborough sich befinde, die Gräfin am Hofe der Prinzessin nicht länger weilen dürfe. Die Prinzessin erwiederte: „Es gibt kein Elend, das ich nicht bereitwilliger tragen würde als den Gedanken, mich von der Gräfin Marlborough zu trennen". Das königliche Paar griff durch. Der Oberkammerherr überbrachte der Prinzessin das Verbot für die Gräfin länger in dem Palaste, dem Cockpit, zu verweilen. Die Prinzessin entgegnete: die Gräfin werde gehorchen, jedoch auch sie selber nicht länger dort bleiben. Dem Worte folgte die That. Es ward ein Landhaus des Herzogs von Somerset gemiethet, zehn Meilen von London, und am letzten Tage des Monates

---

[1]) In dem Schreiben der Königin vom 5./15. Februar heißt es: I need not repeat the cause he (Marlborough) has given the king to do what he has done. In Conduct of the Duchess of Marlborough. p. 43.

Februar zog die Prinzessin, ungeachtet ihres Zustandes, mit der Marlborough und dem Hofstaate dort hinaus. Demgemäß ging auch mit der Gemahl, der Prinz Georg [1]).

In späterer Zeit sind in England in Betreff dieses Zwistes oft ungünstige Urtheile über die Königin gefällt worden, namentlich nachdem die Herzogin von Marlborough durch ihre Schrift, deren besondere Stärke besteht im Verschweigen der Wahrheit, den rechten Sachverhalt verdunkelt hatte. Dieser Sachverhalt tritt uns klarer entgegen aus dem Berichte derjenigen, die mit unbefangenem und unparteiischem Blicke in den Gang der Dinge hinein schauten, der Vertreter des Kaisers, Stratemann und Hoffmann. Sie sprechen ihre Verwunderung aus über das seltsame Benehmen der Prinzessin, welche das Zusammensein mit einer durchweg gehaßten Persönlichkeit höher stelle als die Zuneigung des königlichen Paares. So in Anlaß jener Antwort der Prinzessin. Als diese dann den Entschluß ausführt, am 19./29. Februar, fügen sie ihrem Berichte an den Kaiser hinzu: „Ueber dieses unweise Verfahren der Prinzessin ärgert sich Klein und Groß. Da sie aber bei der englischen Nation nicht in einem höheren Credite steht, als welchen die Geburt ihr gibt: so wird ihr Handeln keinen anderen Erfolg haben, als daß der Hof für diese Hartnäckigkeit seine Maßregeln gegen sie treffen wird" [2]).

Die Haltung des Berichtes läßt erkennen, daß damals weder diese Gesandten, noch auch die Engländer eine Kunde hatten von der Existenz des Reuebriefes der Prinzessin an den König Jacob, vom 1. December 1691. Eben dieser Brief aber, oder die Intention, welche durch die Thatsache desselben sich kund gibt, ist der letzte Schlüssel des für die Engländer damals räthselhaften Verhaltens der Prinzessin. Es handelt sich demnach nicht um einen Frauenzank, der lediglich ein psychologisches Interesse in Anspruch nehmen würde, sondern um eine tief eingreifende Frage von der schwersten politischen Bedeutung, wenigstens der Intention nach. Wir werden erfahren, daß das Verhalten der Prinzessin,

---

[1]) Die Briefe der Schwestern in Conduct of the Duchess of Marlborough. p. 43 sqq. — Ueber den Verlauf der Sache Anlage III.

[2]) Bericht vom 29. Februar. — Burnet spricht bekanntlich einen Tadel über die Königin aus. Aber seine ganze Darstellung ergibt, daß der genauere Sachverhalt ihm verborgen geblieben ist.

namentlich die Thatsache ihres Reuebriefes vom 1. December 1691, in Frankreich seine Wirkung übte.

Bereits im Februar 1692 verlautete in England die Kunde, daß in der Normandie französische Truppen sich sammelten. Der König Wilhelm sah diese Bewegungen an als die Folge seines in Versailles kund gewordenen Planes einer Landung in Frankreich. Er legte darauf noch nicht viel Gewicht. Es drängte ihn hinüber zu gehen nach dem Festlande, um den Feldzug zu eröffnen.

Am 24. Februar/5. März begab er sich in das Oberhaus und ließ das Unterhaus an die Schranken desselben bescheiden. Nachdem er eine Reihe von Bills sanctionirt, sprach er dem Unterhause seinen besonderen Dank aus für die großen Bewilligungen zur Fortführung des Krieges, und versprach dieselben zu verwenden zur Befriedigung der Nation. Er sei besorgt, sagte er dann, daß seine Ueberfahrt nach dem Festlande sich schon allzu lange hinaus gezögert habe. Die Jahreszeit sei vorgerückt, ein fernerer Aufschub würde sehr nachtheilige Folgen haben: deshalb mache er der gegenwärtigen Session ein Ende [1]).

Der kaiserliche Gesandte faßt sein Urtheil über den Verlauf der Dinge im Parlamente zusammen in die Worte: „Die Thronrede hat eine Session beendet, deren man sich in aller Beziehung zu rühmen hat". Die Abfahrt ward auf acht Tage später angesetzt.

Bevor dieselbe geschah, mochte zu den Ohren des Königs die erste Nachricht einer That in Schottland gelangen, die nach der Ansicht Vieler einen dunkelen Schatten auf seinen Namen geworfen hat. Es war der Mord von Glencoe.

Nach dem Siege von Killikranky, der durch den Tod von Lord Dundee gleich nachher für die Sache Jacobs II. völlig fruchtlos blieb, waren die Bewohner der schottischen Hochlande heimgekehrt. Sie legten jedoch die Waffen nicht nieder. Im Jahre 1690 dämpfte dann die Niederlage Jacobs an der Boyne auch die Hoffnungen in Schottland. Jacob beließ seinen Anhängern dort die Freiheit entweder den Kampf fortzusetzen, oder wenn sie das für geeignet hielten, in Geduld einer späteren Gelegenheit zu harren [2]).

---

[1]) Commons' Debates. Vol. II, p. 407.

[2]) The life of James. Vol. II, p. 469.

Es war dem Könige Wilhelm schon früher der Vorschlag gemacht, daß für eine verhältnismäßig geringe Summe von 12,000 bis 15,000 £ die Häupter dieser jacobitischen Clans abgekauft und der neuen Ordnung der Dinge dienstbar gemacht werden könnten. Im Jahre 1691 beauftragte der König Wilhelm den schottischen Grafen Breadalbane mit dieser Unterhandlung. Die Wahl dieser Persönlichkeit war nicht eine glückliche. Es schien, daß Breadalbane, dessen Besitzungen vor den Raubzügen der Clans in beständiger Gefahr sich befanden, eifrig sein müsse für die Herstellung des Friedens. Aber er nährte zugleich in sich alten Groll, namentlich gegen Macdonald, den Häuptling des Clans von Glencoe, gewöhnlich Mac Jan genannt. Er forderte von diesem den Ersatz des durch ihn erlittenen Schadens. Mac Jan durchschaute, daß er demgemäß von jenem Gelde nichts erhalten würde: er wandte allen seinen Einfluß auf, um die Unterhandlungen auch mit den anderen Stammeshäuptern zu durchkreuzen.

Zugleich jedoch hatte die Regierung in Edinburg den Clans eine Frist gesetzt. Eine Proclamation sicherte den Rebellen in Schottland, die bis zu dem Ende des Jahres 1691 der Regierung Treue geloben würden, volle Straflosigkeit für das früher Vorgefallene. Die meisten Clans erkannten, daß, wenn auch die Geldangelegenheit nicht geregelt war, es zunächst darauf ankam, diese Frist inne zu halten. Ihre Gegner, voran unter denselben der Staats-Secretär für Schottland, Graf Stair, und Breadalbane, hofften, daß es nicht geschehen, daß durch die Versäumnis der gestellten Frist die Clans die Gelegenheit geben würden zum militärischen Einschreiten wider sie. Noch vier volle Wochen vor dem Ablaufe der Frist, am 3. December 1691 verlangt jener von diesem einen Plan sie zu zerschmettern [1]). Denn die Sache leide keinen Verschub. Man dürfe auf die Undankbarkeit und Treulosigkeit dieser Menschen nicht bauen; „sondern delenda est Carthago".

Ein Clan nach dem anderen jedoch erschien binnen der gestellten Frist. Am letzten Tage fehlte nur noch einer der Häuptlinge, der gehaßteste, der gefürchtetste von allen, Macdonald von Glencoe. Es war nicht sein Wille zu fehlen. An diesem selben Tage erschien er vor dem Commandanten des nahen Forts William, und bat den Eid leisten zu

[1]) Dalrymple III[II] p. 256: Your scheme of mauling them.

dürfen. Er hatte sich an den unrechten Ort gewendet. Der Militär-Commandant war nicht befugt den Eid abzunehmen. Er wies den Häuptling an den Sheriff von Inverary. Macdonald eilte dahin. Aber es war Winter. Schneestürme hielten ihn auf. Erst am vierten Tage des neuen Jahres trat er vor den Sheriff. Die Frist war abgelaufen. Dennoch ließ der Sheriff sich durch die Bitten des alten Mannes erweichen, und nahm von ihm den Eid entgegen.

Es ist nach der ganzen Sachlage anzunehmen, daß das Certificat des Sheriffs über diese Eidesabnahme in Edinburg verworfen wurde. So entsprach es dem Wunsche der drei Schotten, Stair, Argyle, Breadalbane, welchen das Ohr des Königs in Kensington offen stand. Es ist demnach nicht wahrscheinlich, daß der König Wilhelm von jenem Vorgange der nachträglichen Eidesabnahme eine Kunde gehabt habe. Er sah den Häuptling von Glencoe an als hartnäckig rebellisch. Jene drei Männer legten ihm einen Befehl vor, in welchem sich die Worte finden: „Was Mac Jan von Glencoe und seinen Clan betrifft, so wird es, im Falle diese Leute von den anderen Bewohnern der Hochlande genau zu unterscheiden sind, zweckmäßig sein, zur Herstellung der öffentlichen Gerechtigkeit, diese Diebesbande auszurotten". Der König fügte, nach der damals üblichen Weise, diesem Befehle seinen Namen zweimal hinzu, sowohl oben wie unten. Burnet hat später den Zweifel erhoben, ob der König das Schriftstück gelesen. Denn er habe oft Papiere sich aufhäufen lassen, und dann rasch viele auf einmal gezeichnet. Wir Andere müssen dies dahin gestellt sein lassen. Aber auch, wenn Wilhelm III. den Befehl zuvor gelesen: so ist kaum anzunehmen, daß die elastische Dehnbarkeit desselben ihm die Ahnung dessen vor Augen gestellt haben würde, was jene drei Männer beabsichtigten.

Die von Macdonald und seinem Clan bewohnte Bergesschlucht, in der Tradition der Hochländer gefeiert als die Heimstätte Fingals, hieß das Thal der Thränen. Dort erschienen im Februar 1692 zwei Compagnien Soldaten, unter der Führung von Campbell, einem Verwandten der Macdonald von Glencoe. Sie kamen nicht als Feinde. Sie wurden gastfreundlich aufgenommen. Sie weilten so vierzehn Tage. Sie beriethen in dieser Zeit, unter dem Obdache ihrer Wirthe, deren Mahl sie theilten, die Ausführung des Befehles, mit welchem sie gesandt. Es war der Befehl, wie Stair und Breadalbane lange vorher es

genannt, des Zerschmetterns, richtiger des Mordes mitten in der Nacht. Das Zeichen ward gegeben um fünf Uhr Morgens. Dennoch hatten die Mörder nicht den vollen Muth ihres Verbrechens. Sie begannen die That nicht mit der blanken Waffe, sondern mit Flintenschüssen. Die Folge war, daß die Zahl der erreichbaren Opfer nur sechs und dreißig betrug, daß dagegen viele der Unglücklichen sich flüchteten, obwohl freilich auch davon manche wieder dem Froste und dem Hunger erlagen.

Das war der Mord von Glencoe. Burnet sagt, daß die einzige Strafe, welche Wilhelm III. später verhängte, bestand in der Entlassung des Grafen Stair als Staats-Secretär für Schottland. Er fügt hinzu, daß die Nicht-Ahndung des Mordes von Glencoe angesehen ward als der schwärzeste Flecken in der Regierung des Königs.

Die That, begangen von Schotten an Schotten, entspricht nicht dem Charakter des Königs, welcher vielfach bewiesen, daß persönliche Rachgier ihm fremd war. Wir haben öfters die Urtheile der unparteiischen kaiserlichen Gesandten über ihn vernommen, und werden ferner sie vernehmen. Den Berichten derselben gemäß war der König immer eher geneigt zur Milde und zur Schonung. Ein Holländer jener Zeit sagt: „Es war das größte Glück der zahlreichen Verräther dieser Zeit, daß sie unter einer so milden und blutlosen Regierung lebten, wie weder England noch irgend ein anderes Reich bis dahin gesehen" [1]). Jedenfalls aber bleibt jener Vorwurf, daß die Hand des Königs nicht schwerer auf die eigentlichen Thäter hernieder fiel. Eine authentische Aeußerung des Königs selber über sein Verhalten in der Angelegenheit ist, meines Wissens, nicht bekannt. Demnach würde eine Erörterung der Gründe, die er für sein Verhalten haben mochte, hinüber greifen in das nicht begrenzte Gebiet der Vermuthungen.

Am 19./29. März 1692 meldete der König Wilhelm III. dem Kaiser seine Ankunft auf dem Festlande für den Zweck des Feldzuges. Der Congreß der Gesandten im Haag bestand noch, jedoch mehr im Namen als in der That. Nur stückweise wurden dort einige Angelegen-

[1]) Sylvius t. IV, b. 35. p. 47. — Aehnlich Pietro Venier bei Barozzi e Berchet: Francia t. III, p. 543: castigando senza sangue. — Man vergleiche die Trauerreden von Graevius und Trigland bei Lünig: Orationes Procerum Europae t. III. p. 407 und p. 441. Der erstere sagt: Lenitas ejus et clementia anta fuit in eos, qui gravissime illum offenderant, ut nonnullis modum excessisse putaretur.

heiten verhandelt. Der König Wilhelm machte kein Hehl aus dem Mistrauen, welches er wider mehrere der Gesandten dort gefaßt. Thatsächlich bildete sich in Folge dessen ein engerer Congreß, neben welchem jener weitere alle Bedeutung verlor. Dieser engere Congreß bestand aus Windischgrätz, Waldeck, Portland und Heinsius. Sie traten in wiederholten Conferenzen zusammen. Sie stimmten überein in der grundsätzlichen Anschauung, daß man nicht die französischen Schläge successiv zu erwarten, sondern allerseits zugleich offensiv vorzugehen habe [1]).

Der Wille war gut: die Ausführung jedoch traf in der Organisation der Allianz auf eine Reihe von Hindernissen. Es ist zur Klarstellung der Sache erforderlich mit einigen Strichen darauf einzugehen.

Die stärkste Armee der großen Allianz stand in Belgien, unter der Führung des Königs Wilhelm. Sie ward unterhalten hauptsächlich durch holländisches und englisches Geld, zum geringeren Theile damals noch durch spanisches. Die Truppen jedoch bestanden zu einem sehr bedeutenden Theile aus deutschen Soldaten, für welche die Reichsfürsten von jenen Mächten die Subsidien zogen. Gerade deshalb weil ein so erheblicher Theil der deutschen Truppen in den Niederlanden verwendet wurde, war die Macht des Reiches am Oberrheine in der Regel so schwach, daß sie sich in der Defensive halten mußte.

Der Kaiser suchte nun diese Armee am Oberrheine zum Zwecke der Offensive zu verstärken. Er wollte namentlich die brandenburgischen und hessischen Truppen dahin ziehen. Der Graf Windischgrätz machte bei Heinsius einen Anwurf in dieser Richtung. Der Rathspensionär wich aus. Der kaiserliche Gesandte kam jedoch wieder. „Im vorigen Feldzuge, sagte er, haben die brandenburgischen, cellischen und hessischen Truppen in der Armee des Königs und der Generalstaaten gedient, während sie doch die größten Beiträge und die Anweisungen der Quartiere aus dem Reiche erhalten, und diese nicht aufgeben." Heinsius erwiederte: „Das ist allerdings sehr unbillig. Allein dem Könige und den Generalstaaten ist durch diese Leistungen des Reiches auch nicht ein Kreuzer an Werth erspart worden. Denn sowohl England als Holland haben diese Hülfe um ihr baares Geld erkaufen müssen" [2]).

---

[1]) Conferenz-Protokoll vom 22. und 24. März, ferner Bericht vom 29. März.

[2]) Die Berichte des Grafen Windischgrätz vom 11. Februar und 7. März. — Man vgl. auch Wagner t. II, p. 215 sqq.

Die Antwort ließ die Weigerung durchblicken: der König und Heinsius wollten jene Truppen in Belgien behalten. Der Kaiser war also für die Verstärkung am Oberrheine wieder hingewiesen auf Kursachsen. Und zwar forderte der junge Kurfürst, nach der Weise aller dieser Fürsten, Subsidien. Es handelte sich daher für den Kaiser um die schwierige Frage, wie in diesem Falle jener Uebelstand zu vermeiden sei. Er gab dem Grafen Windischgrätz den betreffenden Auftrag mit folgenden Worten: „Damit es mit diesem Fürsten nicht wieder ergehe, wie mit etlichen anderen, welche, obwohl sie von England und Holland ansehnliche und zwar so austrägliche Subsidien empfangen, daß sie davon allein die im Felde stehende Mannschaft unterhalten können, dennoch nicht verzichten wollen auf die Quartier-Anweisungen im Reiche: so ist vorzuschlagen, daß dasjenige, was England und Holland dem Kurfürsten von Sachsen geben wollen, durch uns an ihn gelange" [1]).

Windischgrätz brachte diesen Vorschlag an Heinsius und bat, daß demgemäß in diesem Falle nicht wieder wie früher, ohne Vorwissen des Kaisers unterhandelt und abgeschlossen werden möge. Heinsius sagte zu [2]).

Denn nach und nach hatten der König und er der Erwägung Raum gegeben, daß, ungeachtet des ersten Abschlages, doch nicht die gesammte Summe, welche Kursachsen für den Ausmarsch forderte, 400,000 Reichsthaler, dem Kaiser zur Last fallen dürfe. Denn auch der Kaiser vertheidigte am Rheine nicht ein Erbland, sondern die gemeinsame Sache wider Frankreich. Heinsius gab also im Namen des Königs dem Gesandten Heemskerk in Wien kund, daß der König und die Republik für dies eine Mal und ohne Consequenz 100,000 Reichsthaler, also ein Viertel jener von Kursachsen geforderten Summe beitragen würden [3]).

Selbst aber auch, wenn die Kursachsen nun wirklich ausrückten, so war es doch noch zweifelhaft, ob das Reichsheer am Rheine dadurch zu einer solchen Stärke gebracht wurde, daß es, wie jener Conferenz-Beschluß der Vertreter der Hauptmächte es wollte, mit Nachdruck die Offensive ergreifen konnte.

---

[1]) Kaiserliches Rescript vom 18. Februar.

[2]) Bericht des Grafen Windischgrätz, vom 7. März.

[3]) Heinsius an Heemskerk, 17. April.

Fassen wir jedoch auch die Hauptmacht ins Auge, das stattliche Heer in Belgien unter dem Commando des Königs. Jenes Wort des Königs Wilhelm, daß Holland und England allein die Last desselben trugen, ist nicht buchstäblich zu nehmen, wenigstens noch nicht im Jahre 1692. Denn damals zahlte auch noch Spanien etwas, wenn auch unregelmäßig. Und gerade von daher erhoben sich besondere Gefahren für den Bestand dieses Heeres, um so mehr also für die Fähigkeit desselben zur Operation. Die spanischen Subsidien für Kur-Brandenburg waren seit einigen Monaten rückständig. Demgemäß ließ der Kurfürst im März 1692 dem Rathspensionär eröffnen, daß er die für spanischen Sold in Belgien stehenden Truppen zurückberufen werde. Vom Haag aus ergingen sofort nachdrückliche Verwendungen nach Madrid.

Es fragte sich jedoch, ob Carl II. von Spanien auch bei allem guten Willen die Mittel zur Zahlung besaß. Er glaubte einen gewichtigen Streich gegen Frankreich ausgeführt zu haben durch die Ernennung des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern zum Statthalter von Belgien. Denn er hoffte, daß der Kurfürst für die Vertheidigung desselben seine bayerische Mannschaft verwenden werde. Am 26. März hielt Max Emanuel seinen feierlichen Einzug in Brüssel. Er ward von dem Volke begrüßt wie ein rettender Engel [1]). Wir erinnern uns dagegen an das Urtheil des Fürsten von Waldeck, welches dem noch jungen Kurfürsten die erforderlichen Eigenschaften nicht beimaß. Noch weniger aber war es auf Seiten Spaniens gerechtfertigt, auf die Person des Kurfürsten allein die Hoffnung zu setzen, ohne ihm die erforderlichen Mittel zu gewähren. Wir vernehmen darüber das Urtheil des Königs, in Anlaß jener brandenburgischen Forderung an Spanien. Auf die wiederholte Mahnung von Brandenburg, welche bereits den 15. Mai als Frist des Abzuges der Truppen setzte, sprach sich der König zu dem Grafen Windischgrätz aus mit folgenden Worten: „Man muß so mit einander leben, daß nicht einer allein zu essen habe, und die Anderen dabei Hunger leiden; sondern eben so wie wir mit einander fechten, so müssen wir auch mit einander leben und subsistiren können. Nun ist ja bekannt, daß der Kurfürst von Bayern in Belgien in ein

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 33, p. 41.

völliges Wirrsal hinein gekommen, daß er weder Truppen noch Geld vorgefunden, und daß er genug zu thun haben wird, die völlig verfallene Sache dort in etwas wieder aufzurichten. Deshalb muß Kur-Brandenburg eine kleine Weile Geduld haben: dann wird ihm werden was billig ist" [1]).

Es gelang dem Könige Wilhelm die Mitwirkung derjenigen brandenburgischen Truppen, welche für spanischen Sold in Belgien dienten, auch noch ferner zu erhalten. Als später Spanien gar nicht mehr zu zahlen vermochte, wurden die 20,000 Mann Brandenburger in Belgien völlig auf englischen und holländischen Sold übernommen, zu zwei Dritteln auf Kosten des Königs, zu einem Drittel auf Kosten der Republik [2]).

Diese Beschaffenheit der großen Allianz hat oft das Urtheil hervorgerufen, daß die Last des Krieges gegen Frankreich fast lediglich auf den Seemächten geruht habe. Die anderen Fürsten, sogar der Kaiser Leopold nicht ausgenommen, verlangten Geld von jenen beiden Mächten. Ja es findet sich vielfach die Behauptung, welche zuerst, so viel sich ersehen läßt, der Engländer Burnet aufgebracht, daß der Kaiser unbekümmert um die Dinge im Westen, ausgegangen sei nur auf die Fortsetzung des Krieges gegen die Türken in seinem Interesse [3]).

Die Thatsachen bisher haben dargelegt, wie wenig begründet dieser Vorwurf ist. Dennoch muß desselben ausdrücklich gedacht werden wegen der großen Verbreitung, namentlich in der englischen Geschichts-Literatur. Es ist von Interesse einen besonderen Gegensatz dieses haltlosen Vorwurfs hervorzuheben. Die französische Politik machte nämlich damals bei den italienischen Mächten die Anklage geltend: die weit aussehenden Plane des Kaisers auf Italien legten sich am klarsten dar in dem Preisgeben seiner Angelegenheiten in Ungarn, wo er bereit sei zu einem schimpflichen Abkommen mit den Türken, so sehr, daß auch

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 9. Mai: Der König hat ihnen (nämlich Kur-Brandenburg) darin ganz nicht Recht gegeben, sondern dieser formalia sich gebraucht.

[2]) So melden Soranzo und G. Venier 1696, bei Barozzi e Berchet: Inghilterra p. 516.

[3]) Burnet t. II, p. 97, 117.

der Staatsrath von Madrid bereits seit dem Beginne des Krieges sich darüber in Sorge und Unruhe befinde [1]).

Die Unkunde bei Burnet und denen, die ihm gefolgt sind, wird hier aufgewogen durch die Unwahrheit. Wir werden den Stand der türkischen Angelegenheit im Beginne des Jahres 1692 zu vernehmen haben von den Räthen des Kaisers und von ihm selbst.

In Betreff der großen Allianz ist dabei vor allen Dingen der eine Punct im Auge zu behalten, daß Ludwig XIV., wie er im April 1691 in jenem Schreiben an den König von Schweden sich ausgesprochen, seine Hoffnung des Obsiegens über die Allianz wesentlich setzt auf das Beharren der Türken im Kriege wider den Kaiser. Nach dem Urtheile dieses Königs war also für sein Interesse zwischen dem Kriege im Westen und demjenigen im Osten nicht ein wesentlicher Unterschied. Mit gleichem Rechte konnte der Kaiser die Kraftanstrengung, die er gegen Osten zu richten gezwungen wurde, ansehen als für die große Allianz gleichwiegend mit einer solchen im Westen.

Nicht anders betrachteten die Unbetheiligten die Sache. „Frankreich, sagt im Jahre 1695 der Venetianer Pietro Venier, hat gegenüber der großen Zahl seiner Feinde den Vortheil, daß es die Schweizer, die italienischen Fürsten und die Kronen des Nordens in der Neutralität erhält, vor allen Dingen aber, daß es sein Einverständnis zu gegenseitigem Interesse mit der Pforte bewahrt. Denn der Nutzen, den Frankreich zieht von dieser Diversion im fernen Osten, ist nicht geringer als derjenige seines Widerstandes in der Nähe" [2]).

Auch dürfte man nicht sagen, daß der König Wilhelm und Heinsius dies nicht anerkannt hätten. Wir erinnern uns, daß der Fürstbischof von Münster gegen eine Sendung seiner Truppen Schwierigkeiten erhob, die nur durch Geld zu überwinden waren. Der König meldete dem Rathspensionär seine Bewilligung mit den Worten: „Es ist doch eine unerhörte, man möchte sagen, lächerliche Sache, daß ich und die Republik dem Fürstbischof von Münster 120,000 Reichsthaler zahlen, um ihn zu nöthigen, daß er 4000 Mann nach Ungarn schickt" [3]).

---

[1]) Mémoires et lettres du maréchal de Tessé t. I, p. 29.

[2]) Barozzi e Berchet: Francia t. III, p. 506.

[3]) Sirtema de Grovestins t. VI, p. 304, Schreiben des Königs vom 16./26. Februar 1692.

So auffallend immerhin die Sache sein mochte, so gerechtfertigt die Verwunderung des Königs über das eigene Thun: so ist es andererseits eben so einleuchtend, daß der König sich dazu entschloß nicht zunächst um des Kaisers, sondern um der gemeinsamen Sache willen.

Einige Monate später faßte Heinsius sein Urtheil über die Leistungen der Mächte zusammen in eine Rede zu dem Grafen Windischgrätz. „Er betheuerte hoch, meldet dieser dem Kaiser, daß für die gemeinsame Sache Niemand als Ew. kaiserliche Majestät, der König von England und die Generalstaaten etwas Rechtschaffenes thäten. Die Krone Spanien leiste so wenig, daß es fast für nichts zu rechnen. Das Uebelste aber sei, daß die Kurfürsten und Fürsten des Reiches nicht handelten aus Eifer und Liebe für das Gemeinwohl, sondern meistens, um sich zu bereichern und sich groß zu machen" [1]).

Die Richtigkeit dieser Worte ergibt sich, auch ohne daß wir noch tiefer in die unerfreulichen Einzelnheiten der Habgier hinabsteigen, aus den angeführten Beispielen, namentlich denen der doppelten Schadloshaltung.

Von besonderer Wichtigkeit dagegen war es, daß eben damals einer der mächtigsten Fürsten in Norddeutschland, nicht ohne Zuthun der Seemächte, durch die Befriedigung seines Ehrgeizes, sich dauernd und nachhaltig mit dem Kaiser und der großen Allianz verband. Es war der Herzog Ernst August von Braunschweig-Lüneburg zu Hannover. Wir haben auf diese Angelegenheit tiefer einzugehen theils wegen ihrer Folgen, andererseits und zunächst, weil der Gang der Verhandlungen selbst uns einen klaren Einblick gewährt in den damaligen Stand der Dinge, namentlich des Kaisers gegenüber den Türken.

Wir erinnern uns, daß das Ziel des Ehrgeizes bei Ernst August war die Erlangung einer Kurwürde, oder in seinem Sinne, die Wiedererlangung derselben. Er hatte diesen Wunsch, mit der Zustimmung fast aller Kurfürsten, dem Kaiser vorgebracht auf dem Wahltage zu Augsburg, im Beginne des Jahres 1690. Der Kaiser hatte weder bewilligt, noch abgeschlagen, sondern die Frage hinausgeschoben. Als im Winter 1691/2 mit der Kunde, daß die Türken von ihrer früheren Friedensneigung zurückgetreten, zugleich die andere einkam, daß ihre

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 20. Mai 1692.

Rüstungen für den nächsten Feldzug alle bisherigen überstiegen, hielt der Herzog Ernst August die Zeit für günstig mit dem Anerbieten seiner Hülfe in Ungarn sein Ansuchen um die Kurwürde zu erneuern. Es geschah im Januar 1692 durch den Abgesandten Limbach [1]).

Wilhelm III. kannte die Sachlage. Seine Ansicht über dieselbe prägt sich aus in seinen Worten zu dem kaiserlichen Gesandten Windischgrätz: „Ich will mich nicht zum Advokaten des Herzogs Ernst August machen; aber ich rathe daß der Kaiser das was er thun will, bald thun möge" [2]).

Der Kaiser überwies, wie früher, die Sache der Conferenz seiner Minister. Es waren die Fürsten Dietrichstein und Salm, die Grafen Königsegg, Harrach, Kinsky, Waldstein, Oettingen, Stratemann, und der Secretär Consbruch. Bei der Ueberweisung hob der Kaiser hervor, daß man, nach allen Nachrichten, in dem kommenden Feldzuge auf 100,000 Mann Türken gefaßt sein müsse, daß dagegen, nach den Meldungen des Hof-Kriegesrathes, auch wenn alle beabsichtigten Werbungen gelängen, dennoch das kaiserliche Heer um 9000 Mann geringer sein und, in Betreff der Qualität, viele ungeübte Bauern enthalten werde.

Die Ansichten der Conferenz waren getheilt [3]). Die Minderheit beharrte bei der früheren Meinung, daß die Verleihung einer neuen Kurwürde streitig sei mit den Grundgesetzen des Reiches, nämlich der goldenen Bulle und dem westfälischen Frieden, demnach mit dem Eide des Kaisers auf dieselben. Sie legten kein Gewicht auf das Anerbieten des Vertrages einer ewigen Union, und bezogen sich für den Undank in solchen Fällen auf die Erfahrungen, welche die Kaiser Carl V. und Ferdinand II. an Sachsen und Bayern gemacht. Die Vergünstigungen für die katholische Religion, welche der Herzog in seinen Ländern verspreche, seien unerheblich. Die Hülfe von 6000 Mann erklecke wenig gegen 100,000 Türken. Sie riethen ab.

Die Mehrheit dagegen befürwortete das Gesuch in folgender Weise. „Wenn es wahr wäre, daß durch die Gewährung dieses Gesuches der Kaiser seinen Eid und seine Pflicht verletzen, und dadurch den Zorn Gottes über sich und sein Haus herauf beschwören würde: so sind

---

1) Die betr. Acten im k. k. Archive.

2) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 18. März.

3) Das Protokoll der Conferenz vom 17. Januar 1692, im k. k. Archive.

auch wir der Ansicht, daß lieber alles zu Grund gehen möge, als daß wir dem Kaiser dazu rathen könnten."

„Wir haben auch sonst gegen das Ansuchen wichtige Bedenken."

„Allein die augenscheinliche Nothlage verpflichtet uns für die Gewährung zu sprechen, und zugleich darauf hinzuweisen, daß die Unterlassung viel größere Uebel und Gefahren nach sich ziehen würde."

„Erwägen wir also zunächst die erste Frage, diejenige des Eides und der Pflicht."

„Der Kaiser hat in dieser Beziehung bereits vor einiger Zeit alle Gründe für und wider durch gelehrte und gewissenhafte Theologen prüfen lassen. Dies ist geschehen zu einer Zeit, wo die Gefahr vor den Türken noch nicht so groß war wie heute, wo der Mangel an Truppen auf unserer Seite und die ungemein starke Kriegsverfassung der Türken noch nicht in solchem Contraste einander gegenüber standen. Damals haben diese Theologen dafür gehalten, daß es nicht allein nicht wider das Gewissen des Kaisers sei, für das Wohl der gesammten Christenheit und gegen die Erlangung einer so stattlichen Hülfe, einzugehen in die Bedingung die neunte Kurwürde dafür zu verleihen, sondern daß vielmehr der Kaiser im Gewissen verpflichtet sei, sich dieser Hülfe zu bedienen. Wir treten dieser Ansicht bei auch in Betreff des Eides, welchen der Kaiser auf die Grundgesetze des Reiches geleistet. Allerdings ist der Kaiser nicht befugt, für sich allein, ohne Zustimmung der Kurfürsten und der anderen Stände des Reiches, eine wesentliche Aenderung dieser Grundgesetze vorzunehmen. Allein durch die Verleihung der Kurwürde an das Haus Hannover erfüllt der Kaiser nur das Ersuchen, welches vor zwei Jahren das gesammte Kur-Collegium — mit Ausnahme von Kurpfalz — ihm ausgesprochen."

„Dazu kommt, daß die Gefahr sowohl von Westen als von Osten zur Zeit weit nachdrücklicher herantritt als damals, wo die Theologen ihr Gutachten für die Gewährung gegeben haben. Vor wenigen Tagen noch sind neue Nachrichten eingelangt, betreffend die ungeheueren Rüstungen der Türken und die Absicht ihres frühzeitigen Aufbruches. An unserer Seite dagegen ist Mangel nicht blos an Mannschaft, sondern namentlich an kriegsfähiger, und die Berichte des Hof-Kriegsrathes und des Commissariates fordern unablässig auf zur Herbeiziehung neuer Truppen um jeden Preis."

„Im Reiche dagegen droht nicht bloß die Gefahr von Westen. Es ist fast außer Zweifel, daß, wenn man die Bildung einer dritten Partei nicht unterbricht, wenn man nicht das fürstliche Haus Braunschweig aus derselben zu ziehen trachtet, ein schändlicher und nachtheiliger Friede kaum zu vermeiden steht. Das Haus ist nämlich mit der Krone Schweden und dem Fürstbischofe von Münster eng verbunden. Wir unsererseits sind in Unsicherheit über den Kurfürsten von Sachsen. Der Kurfürst ist mit dem Könige von Dänemark so hart an einander gerathen, daß dieser König bereits öffentlich sich geäußert: er werde sich für die erlittene Beleidigung zu rächen wissen. Daher liegt die Besorgnis nahe, daß auch der Kurfürst sich zu dieser dritten Partei schlagen dürfte, es sei denn daß man ihn in den beiden Kreisen Schwaben und Franken nach Gefallen dominiren lassen wollte. Diese Besorgnis steigt durch die Nachricht, daß der hannöversche Minister Grote an den Kurfürsten von Sachsen gesendet ist, und daß die Absicht dahin geht, dem Kurfürsten, gegen den Verzicht auf seine Ansprüche an Lauenburg, zu dem Besitze des Erfurtischen zu verhelfen. Wenn man dagegen das Haus Braunschweig aus dieser Partei an sich bringt: so ist die Communications-Linie unterbrochen, und der Kurfürst von Sachsen wird sich richten müssen nach dem Willen des Kaisers. Dies ist die Ueberzeugung aller Alliirten. Deshalb haben England und Holland dem Herzoge Ernst August angeboten monatlich 50,000 Thaler, ihre guten Dienste für die Erlangung der Kurwürde, und ein besonderes Commando. Der Herzog hat abgelehnt, weil er hofft seinen Wunsch direct bei dem Kaiser durchzusetzen."

„Es ist richtig, daß 6000 Mann die 100,000 Türken uns nicht abwehren werden. Wie viel indessen 6000 Mann guter Soldaten mit den anderen zusammen gegen einen solchen Feind auszurichten vermögen, haben wir in dem vorigen Feldzuge gesehen. Denn, gemäß der einhelligen Aussage aller Offiziere, wäre bei Salankemen, ohne das rechtzeitige Eingreifen des brandenburgischen Hülfscorps, die ganze kaiserliche Armee aufgerieben worden. In Folge dessen wäre nicht nur das Königreich Ungarn, sondern auch vielleicht die Residenzstadt Wien in den Händen der Türken und demgemäß von der katholischen Kirche abgerissen. Diese Gefahr droht stärker heran als im vorigen Jahre. Sollte aber dieses Unglück eintreten, welches, wenn nicht eine größere als bisher und

wohl geübte Macht dem Feinde entgegen tritt, nach dem Urtheile aller Kriegsverständigen zu befürchten steht: so darf der Kaiser nicht den Vorwurf auf sich geladen haben, daß er dasjenige Mittel ausgeschlagen, welches, menschlicher Weise zu reden, das Unheil verhütet haben würde."

„Nicht also, schließen diese Räthe des Kaisers, um der anderen Erbietungen des Herzogs willen, auf welche auch wir geringen Werth legen, sondern zur Abwendung des der gesammten Christenheit bevorstehenden Unheils und zu desto sicherer Rettung der Erbkönigreiche und Länder, rathen wir dem Kaiser die Bitte des Herzogs von Hannover zu gewähren."

Das Gutachten wurde am 19. Januar 1692 dem Kaiser vorgelegt. Er fügte seine Entscheidung hinzu in den folgenden Worten: „Die Entscheidung in dieser Sache ist schwer. Ich habe allerdings etliche Theologen darüber befragt. Diese waren einstimmig der Ansicht, daß ich mit gutem Gewissen gewähren könne; einige auch waren der Ansicht, daß ich schuldig sei es zu thun. Ich erinnere mich aber nicht genau, ob ihnen die Frage meines Eides auf die Grundgesetze des Reiches klar genug dargelegt ist. Jedoch ward auch die Ansicht geltend gemacht, daß das Collegium der Kurfürsten dieses Hemmnis beseitigen könne. Andererseits aber betrachte ich auch den gegenwärtigen gefährlichen Zustand der Christenheit und meine eigene Sache in Ungarn, so wie die Folgen, welche diese Sache für das Wohl der Christenheit und das Reich haben kann. Deshalb fasse ich meinen Entschluß dahin, daß man mit Limbach, dem Abgesandten des Herzogs, in Unterhandlung treten soll" [1]).

Durch diesen Entschluß des Kaisers war die Angelegenheit im Principe bereits entschieden. Die Verhandlungen erreichten ihren Abschluß am 22. März 1692. Der Kaiser zeichnete an diesem Tage zwei Rezesse: den eigentlichen Kur-Tractat, und denjenigen der ewigen Union, das ist des immerwährenden Bündnisses der Häuser Habsburg und Braunschweig-Lüneburg dieser jüngeren Linie.

In dem ersten der Verträge beruft sich der Kaiser darauf, daß zwei Jahre zuvor auf dem Wahltage in Augsburg, von den Kur-

---

[1]) Diese Entscheidung ist von dem Kaiser, wie es seine Weise, unter das Protokoll geschrieben.

fürsten die Verleihung einer neuen Kur an das Haus Braunschweig-Lüneburg seinem kaiserlichen Willen und Gutbefinden anheim gestellt worden sei. Er habe dann, sagt er, erwogen den Glanz dieses uralten Hauses, die besonderen vielen und ersprießlichen Dienste, welche die beiden Herzöge, die Brüder Georg Wilhelm und Ernst August zu Celle und Hannover, dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation, der gesammten werthen Christenheit und dem Gemeinwohle Europas erwiesen, sowohl in Kriegs- als Friedenszeiten, in unverbrüchlicher Treue, mit sorgfältigstem Eifer, und mehrmaliger Darsetzung der eigenen Person. Der Kaiser spricht die Ueberzeugung aus, daß die Herzöge Willens sind, noch ferner dem Gemeinwohle solche Dienste zu erweisen. Die wohlbedächtige und reife Erwägung dieser und anderer Gründe, namentlich bei dem gegenwärtigen Zustande des werthen Vaterlandes und der Christenheit, hat den Kaiser vermocht, zum Nutzen und zur Wohlfahrt des gemeinen Wesens, dem Herzoge Ernst August die von ihm und von seinem Bruder Georg Wilhelm für ihn nachgesuchte Kurwürde zu verleihen. Der Kaiser verspricht die Zustimmung des gesammten Reiches dafür zu erwirken.

Die hauptsächliche Gegenleistung der Herzöge war die sofortige Entsendung von 6000 Mann gedienter Truppen auf eigene Kosten nach Ungarn, für zwei Jahre, und dazu für den Türkenkrieg eine Subsidie von einer halben Million Reichsthaler. Gegen Frankreich versprachen die beiden Brüder, statt ihres Reichs-Contingentes, 3000 Mann an den Rhein zu senden.

Der zweite Vertrag, den der Kaiser am selben Tage zeichnete, enthielt die Puncte des immerwährenden Bündnisses, welches der Herzog Ernst August zum Beweise seiner Dankbarkeit angeboten. Der Kaiser und der Herzog verpflichten sich beiderseitig für sich und für ihre Nachkommen, immer für Einen Mann zu stehen, das gegenseitige Beste zu suchen, vor Schaden zu warnen und denselben abzuwenden. Der Herzog verpflichtet sich, so weit es nicht gegen Gott und das Vaterland und die eigenen Rechte, auf Reichs- und Kreistagen und in anderen Zusammenkünften conform mit dem Kaiser zu gehen, und bei künftigen Wahlen des Oberhauptes seine Stimme dem Erstgeborenen des Kaiserhauses zu geben. Das Bündnis mit der Pflicht der gegenseitigen Unterstützung solle gelten nicht bloß für die Länder im Reiche, sondern auch

für das Königreich Ungarn. Dazu versprach der Herzog in gleicher Weise seine Hülfe für den Fall der Eröffnung der spanischen Succession.

In einem besonderen Artikel versprach der Herzog die Gestattung des öffentlichen katholischen Gottesdienstes in der Stadt Hannover, und für die Zukunft auch in Celle. So gering dieses Zugeständnis war, und so leicht dem Herzoge persönlich bei seiner conciliatorischen Gesinnung dies Anerbieten geworden sein mag, zumal da er thatsächlich den katholischen Gottesdienst längst gestattete: so ist es doch merkwürdig, daß dafür ein Separat-Artikel aufgestellt wurde. Es geschah weniger aus Rücksicht auf die Unduldsamkeit anderer protestantischer Fürsten, als weil diese Gestattung des öffentlichen Cultus einen Verzicht enthielt auf ein Hoheitsrecht in kirchlichen Dingen, welches die Reichsfürsten seit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 als eins der vornehmsten Regalien zu betrachten gewohnt waren.

Durch die Erlangung der längst ersehnten Würde hatte der Herzog Ernst August auf der Bahn, die er sich vorgezeichnet, nämlich der Erneuerung der alten Größe seines Hauses, einen wichtigen Schritt vorwärts gethan. Der Kaiser hatte in den Motiven für die Verleihung dieses alten Glanzes kurz gedacht. Der Herzog hob, vor den Landständen von Calenberg, diese Seite der Sache stärker hervor. „Durch die Verleihung dieser Würde, sagte er, ist zum Theile dasjenige wieder hergestellt, was schon vor etlichen hundert Jahren, in der Verwirrung der damaligen unglücklichen Zeiten, hinweg genommen worden ist." Die Worte deuten auf das Streben des Herzogs, dasjenige was sein Ahn Heinrich der Löwe durch die Gewalt und das Unrecht des Kaisers Friedrich Barbarossa eingebüßt, nach Kräften wieder herbei zu bringen, die Führung des niedersächsischen Volksstammes wieder zu erwerben. Wie der Herzog früher bei der Feststellung der Primogenitur in seinem Hause ausgegangen war von dem Gedanken, daß der Nutzen und das Wohl des Fürstenhauses mit demjenigen des Landes untrennbar verbunden sei: so hielt er auch nun seinen Landständen gegenüber fest an dem Gedanken, daß eben so die Ehre des Fürstenhauses sei diejenige des Landes.

Der Vertrag über die Kurwürde ist ein Markstein in der Geschichte dieses Fürsten und seines Hauses. Wir sehen fortan ihn im festen Bunde mit dem Kaiser und den anderen Mächten der großen

Allianz. Nicht jedoch wirkte dafür mit, wie Burnet [1]) es ausgesprochen hat, eine Rücksicht auf die Thronfolge in England. Es liegt keine Aeußerung des Herzogs und neuen Kurfürsten vor, die zu einem solchen Schlusse berechtigen würde. Vielmehr spricht gegen eine Rücksicht dieser Art die fortdauernde Neigung für die kirchlichen Reunions-Bestrebungen des Bischofs Spinola, der, wie wir gesehen, eben damals seine Thätigkeit in Ungarn mit regem Eifer wieder aufgenommen hatte. Die Bill der Rechte von 1689 dagegen schloß von der Thronfolge aus wie die geborenen Katholiken, so nicht minder diejenigen, welche, nach dem Ausdrucke derselben, reconciliirt waren mit der römischen Kirche. Entscheidend aber ist vor allen Dingen jenes Streben des Fürsten selbst für die Herstellung seines Hauses auf dem Boden, dem es angehörte, mit welchem es verwachsen war durch die Geschichte einer langen Reihe von Jahrhunderten. Mit diesem Streben war das Trachten nach einem auswärtigen Ziele unvereinbar. Dazu kam, daß es sich in Betreff Englands ja niemals handelte um den Kurfürsten Ernst August, der gar kein Anrecht auf den Thron dort besaß, sondern um seine Gemahlin, die Prinzessin Sophie, und dann die Descendenz derselben. Das Verhalten der Prinzessin gegenüber der möglichen Aussicht auf den Thron von England haben wir kennen gelernt im Jahre 1689, in Anlaß des damaligen Versuches von König Wilhelm III. (Bd. IV, S. 479 u. f.) und werden ferner im Laufe der Zeiten es kennen zu lernen haben.

Die Verleihung der neuen Würde von Seiten des Kaisers war da; aber noch nicht die Anerkennung der anderen Betheiligten. Diese stieß vielmehr sofort auf starke Hindernisse.

Der Kaiser hatte in dem Rezesse der Verleihung das Versprechen gegeben, die Investitur vorzunehmen, sobald die Zustimmung der Kurfürsten eingetroffen sein würde. Dieser Zustimmung glaubte er von den Kundgebungen der Kurfürsten in Augsburg her, im Jahre 1690, sicher zu sein. Eben darum hatte er, wie wir gesehen haben, in dem Kur-Vertrage diese Zustimmung vorangestellt. Indem er dies sämmtlichen Kurfürsten eröffnete, wies er darauf hin, daß die Gründe, welche damals sie bewogen, seitdem noch dringender geworden seien, und daß

---

[1]) Burnet I, 861.

er daher das ausdrückliche Aussprechen dieser Zustimmung erwarte. So der Kaiser am 27. März 1692 [1]).

Die Antworten der Kurfürsten ließen lange auf sich warten. Zugleich erwuchs im Reiche eine weit verzweigte Opposition.

Eben dieselbe aber regte sich auch wieder am Kaiserhofe. Sie wurzelte in dem alten Mistrauen wider den Herzog. Die Träger derselben waren namentlich der Fürst Salm und der alte Graf Oettingen. Man wies hin auf die Anwesenheit des hannöverschen Ministers Grote an dem zweifelhaften Hofe in Dresden. Jedenfalls, hieß es, müsse man dem Herzoge, bevor man ihm den fertigen Kur-Vertrag ausliefere, noch die Bedingung stellen, zu verzichten auf alle und jede Verbindung mit Frankreich.

Zugleich jedoch erfolgte ein starker Druck zu Gunsten des Herzogs von Seiten der Seemächte. Der holländische Gesandte Heemskerk erhob dringende Vorstellungen. „Die Generalstaaten, sagte er, sind der Ansicht, daß der völlige Abschluß keinen Verzug leiden darf. Denn nur so ist das Unheil der Bildung einer dritten Partei abzuwenden, dem Kaiser dagegen die erforderliche Hülfe gegen die Türken zu sichern." Heemskerk weist das Gerücht einer Collusion von Seiten der Herzöge mit Frankreich als unbegründet zurück, und theilt zum Beweise dessen im Vertrauen mit, daß ein Vertrag der Generalstaaten mit denselben über die Stellung von 8000 Mann gegen Frankreich zum Abschlusse vorliege [2]).

Diese Mittheilung scheint die letzten Bedenken des Kaisers gehoben zu haben. Denn am zweiten Tage hernach, am 30. April 1692, erfolgte die Absendung der Original-Urkunde an den neuen Kurfürsten. Der Kaiser sprach zugleich die Hoffnung und Erwartung aus, daß Ernst August nun sogleich die 6000 Mann nach Ungarn entsenden und der großen Allianz beitreten werde [3]).

So geschah es. Am 23. Mai nahm bei Northeim der kaiserliche General Breuner die Truppen in Empfang. „Ich habe, meldet er dem Kaiser, an dieser vortrefflichen Mannschaft nicht eine einzige Ausstellung zu machen gewußt. Wenn ich ja etwas tadeln könnte, so

[1]) Die Acten der neunten Kurwürde im k. k. Archive.

[2]) Schreiben Heemskerks vom 28. April.

[3]) Kaiserliches Schreiben an den Herzog Ernst August, vom 30. April 1692.

müßte ich sagen — was doch ein sehr guter Tadel sein würde — daß die Dragoner allzu gut beritten sind, so daß in diesem Falle kein Unterschied ist zwischen Cavallerie und Dragonern. Die Offiziere sind von solcher Qualität, daß Ew. kaiserliche Majestät sich nicht bloß aller guten Ordnung von ihnen zu versehen haben, sondern auch ersprießlicher Dienste" [1]).

Damals mochte es scheinen, daß die Angelegenheit der neuen Kurwürde damit glücklich erledigt sei. Bereits setzte der Kaiser den 20. Juli zur Investitur an. Allein die Misstimmung der anderen Reichsfürsten war im raschen Emporwachsen. Die Investitur mußte hinausgeschoben werden. Wir werden zu ersehen haben, daß die Angelegenheit der neuen Kur anschwillt zu einem der wichtigsten Fermente für die innere Zwietracht des Reiches, und daß diese Bedeutung der Sache wohl erkannt und gewürdigt wird von der einen Seite her, welche ihren Nutzen zu ziehen wußte aus fremder Zwietracht.

Zunächst haben wir unsere Blicke zurück zu wenden nach dem Westen. Wir haben von dem Haag aus, im März, den Ausdruck des Eifers bei den gewichtigsten Persönlichkeiten vernommen, daß von allen Seiten zugleich die nachdrückliche Offensive gegen Frankreich ergriffen werden möge. Es war ein Wunsch. Auch im Jahre 1692 erfolgte die Thatsache der Offensive von Frankreich aus.

Wir erinnern uns, daß im Winter 1691 auf 1692 Ludwig XIV. von seinem Schützlinge Jacob ein Gutachten verlangte über eine Landung in Schottland. Jacob II. begnügte sich nicht mit der Beantwortung der einen Frage. Er reichte eine andere Denkschrift ein über die Zweckmäßigkeit einer Landung in England. Er bedürfe dazu, sagt er, einer Truppenmacht von 25,000 bis 30,000 Mann. Dann werde alles gelingen. Er hebt hervor, daß eine Landung in England mit Waffenmacht noch jedes Mal Erfolg gehabt, und daß noch niemals derjenige, der die Landung versucht, auf einen so starken Anhang in England habe bauen dürfen wie er. Die wesentliche Bedingung jedoch sei die Bereitschaft der französischen Flotte vor derjenigen der Verbündeten. Denn, wenn erst die letztere in See, so könne nichts mehr unternommen werden [2]).

---

1) Bericht des Grafen Breuner an den Kaiser, vom 23. Mai.

2) Die Denkschriften in Macpherson's Original Papers. Vol. I, p. 394 sqq.

In den Augen des Königs Jacob II. stellten dabei seine Aussichten sich dar in glänzendem Lichte. „Die Bevölkerung von England, sagt er, theilt sich in zwei große Parteien, diejenige der Hochkirche und diejenige der Non-Conformisten. Die Non-Conformisten, beinahe die Hälfte der Bewohner, sind völlig für mich, weil der Prinz von Oranien sie sich entfremdet hat. Obwohl sie zu der Revolution erheblich mitgewirkt, so hat er doch seitdem sie bei Besetzung von Aemtern nicht berücksichtigt. Sie sind dagegen wohl eingedenk, daß ich ihnen Gewissensfreiheit verliehen, daß ich niemals sie der Verfolgung der Hochkirche von England preis geben wollte, und daß darum ihr Interesse liegt in meiner Herstellung." „Die Hochkirche von England, fährt Jacob II. fort, umfaßt reichlich die andere Hälfte der Nation. Sie theilen sich in diejenigen, welche dem Prinzen von Oranien den Eid geleistet, und diejenigen, welche sich weigern es zu thun. Diese letzteren sind alle für mich. Sie machen mindestens drei Viertel der Hochkirchlichen aus; denn nach einigen Angaben sind es neun Zehntel. Diejenigen, welche den Eid geleistet, zerfallen in zwei Parteien. Die eine ist dem Prinzen von Oranien anhänglich, die andere hat sich gefügt um des Friedens willen, mit einer Erläuterung des Eides, welche ihn durchlöchert. Diese letztere Partei wird zu mir treten, so bald die Gelegenheit sich bietet" [1]).

So der König Jacob gemäß den Berichten, welche ihm Ferguson und ähnliche Agenten dieser Art abstatten mochten. Man dürfte fragen, was denn für den König Wilhelm in England noch übrig blieb.

In einem anderen Lichte sah Ludwig XIV. die Dinge. Wir erinnern uns, daß er im Sommer 1690, während seine Flotte nach dem Siege von Beachy Head die Herrschaft des Meeres unbestritten besaß, auch ungeachtet des Erfolges von Fleurus zu Lande, alle Bitten von Jacob II. um eine Landung an der englischen Küste zurückwies. Damals, hat man gesagt, lebte Louvois, welcher der Sache des Königs Jacob sich nicht geneigt zeigte. Aber die Politik Ludwigs XIV. regelte sich, bei Lebzeiten wie nach dem Tode von Louvois, nicht nach Neigungen und Abneigungen solcher Personen, sondern lediglich und allein nach dem Interesse des Königs. Dieses Interesse forderte damals, vor dem Wagnisse einer Landung von französischen Truppen eine Erhebung in

---

[1]) Macpherson a. a. O. p. 409.

England selbst. Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß Ludwig XIV. im Jahre 1692 über sein Interesse anders geurtheilt habe als im Jahre 1690.

Dagegen haben wir bereits die Thatsache vernommen, daß im März und April 1692 in der Normandie französische Truppen sich ansammelten. Bis gegen das Ende des Monats April ward weder in England, noch in der Republik darüber eine erhebliche Besorgnis laut. Man meinte, jene Ansammlung geschehe zur Abwehr gegen den kund gewordenen Plan einer englischen Landung in Frankreich. Auch dann als das Gerücht eines französischen Planes gegen England stärker auftrat, blieben im Haag noch viele der Meinung: das Gerücht werde absichtlich ausgebreitet, damit es die Besorgnis verdecke, welche man in Frankreich vor dem englischen Plane hege [1]).

In England namentlich zogen zunächst noch andere Dinge mehr die Aufmerksamkeit auf sich. Die Königin Marie Beatrice in St. Germain war guter Hoffnung. Der König Jacob, eingedenk der herben Erfahrung, welche er durch den Mangel an Vorsicht am 10./20. Juni 1688 gemacht, sandte rechtzeitig nach England eine lange Reihe von Einladungsschreiben auf die Mitte des Monates Mai. Sie ergingen an die Mitglieder seines ehemaligen geheimen Rathes, ferner an andere Persönlichkeiten der Aristokratie von England, so wie an den Arzt Chamberlain in London. Der König verhieß, in seinem Namen und demjenigen des Königs von Frankreich, sicheres Kommen und Gehen. Mit wenigen Ausnahmen lieferten die Mitglieder der englischen Aristokratie die erhaltenen Schreiben an die Königin in Whitehall ab [2]).

Nach einem Berichte aus London an Heinsius fand sich in einem der Schreiben, welche der Königin eingeliefert wurden, nach Abnahme der ersten Enveloppe eine zweite mit der Aufschrift: Pour la Princesse d'Orange. Die Königin habe darin die Handschrift ihres Vaters erkannt, und sei mit dem Briefe sofort zurückgetreten in ihr Cabinet [3]).

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 34, p. 47. — Bericht des Grafen Windischgrätz vom 9. Mai.

[2]) Die Einladung in the life of James. Vol. II, p. 474. — Hoffmanns Bericht vom 22. April.

[3]) Bericht von L'Hermitage an Heinsius, vom 2. Mai 1692, bei Grovestins t. VI, p. 307.

Was immer Jacob II. damit hat bezwecken wollen: die nochmalige Betheuerung der Echtheit seines Sohnes dürfte überflüssig gewesen sein. Es ist kaum zu denken, daß die Königin Mary daran noch irgend einen Zweifel gehegt haben sollte. Aber dies änderte nicht die Sachlage. Jacob II. und seine Anhänger wiederholten gern die Behauptung, daß der Prinz von Oranien seine Absicht der Usurpation der Krone erreicht durch das Ausstreuen der schmählichen Verleumdung. Wir erinnern uns, daß der Plan des Prinzen von Oranien nicht seinen Schwiegervater zu entthronen, sondern ihn zu einer anderen Politik nach innen und nach außen zu nöthigen, fertig war vor der Geburt des Sohnes, daß der Prinz von Oranien sich dann mit Widerstreben in die Aufnahme jener von England her ihm aufgenöthigten falschen Anklage gefügt, daß dann nicht diese Anklage die neue Ordnung der Dinge geschaffen, sondern daß diese letztere die Consequenz war der Flucht des Königs Jacob. Andererseits hatte Jacob II. selber die Dinge auf ein Gebiet gebracht, auf welchem auch sogar eine öffentliche Erklärung der Königin Mary, wenn sie dieselbe hätte geben wollen, ihm nichts genützt hätte. Jacob II. hatte über die Geburt seines Sohnes einen feierlichen Act der Verification vorgenommen, und dadurch, wie Ludwig XIV. damals gleich bemerkte, dem englischen Parlamente ein formelles Recht gegeben, die Untersuchung für sich zu beanspruchen. Diese Untersuchung aber hatte wieder Jacob II. selbst unmöglich gemacht durch die Entfernung der Betheiligten, und fast aller directen Zeugen, aus England. Was hätte dagegen seine Tochter Mary vermocht? — Sie konnte höchstens ihren subjectiven Glauben aussprechen, ohne alle und jede Beweiskraft für diejenigen, welche berechtigt zu sein vermeinten zu zweifeln.

In denselben Tagen trat an diese Königin eine andere Erfahrung heran, vielleicht herber und schärfer als sogar die Vorwürfe des Vaters.

Wir erinnern uns, daß die Prinzessin Anna ihre Wohnung einige Meilen von London genommen. Nicht bloß ihre geliebte Missis Freeman, die Lady Marlborough, war mit dahin gezogen, sondern auch der Gemahl selber. Da die Prinzessin durch die Eröffnungen des Königs Wilhelm die ganze Sachlage kannte: so hat ihr gesammtes Verhalten einen Sinn nur durch die Annahme, daß es ihre Absicht war, entsprechend dem Briefe vom 1. December 1691 an den König Jacob, im gegebenen

Falle mitzuwirken für eine Gegen-Revolution. Obwohl die ferner Stehenden dies nicht durchschauten: so ergab sich doch aus den Wahrnehmungen der einzelnen Schritte so viel, daß die Prinzessin Anna eine Aussöhnung mit dem königlichen Paare in Kensington nicht bezweckte. Ein Versuch des Erzbischofs von Canterbury und des Bischofs von London in dieser Richtung blieb fruchtlos. Man vernahm, daß die Prinzessin beabsichtigt habe, einen Palast gegenüber dem St. Jamesparke zu miethen, an der Straße nach Kensington. Man folgerte daraus, daß es ihr Plan gewesen sei, ihren Hof dem königlichen gegenüber zu stellen, ihn zum Mittelpuncte der Unzufriedenen zu machen. Daß die Absichten noch weiter hinaus gehen könnten, lag, bei der Unkenntnis jenes Briefes an den König Jacob, noch nicht vor [1]).

Am 17./27. April brachte die Prinzessin Anna ein vorzeitiges Kind zur Welt, das achte dieser Art, einen Knaben. Das Kind konnte noch die Nothtaufe empfangen. Dann starb es. Die Prinzessin Anna hatte der Königin vorher Meldung machen lassen. Mary eilte hinaus nach Sion House, dem Wohnsitze ihrer Schwester. Was dort vorgefallen, ist mit Sicherheit nicht zu ermitteln. Der scheinbar zuverlässigste Bericht müßte derjenige sein, welchen Sarah Marlborough aus dem Munde der Prinzessin selbst vernommen haben will. Allein Sarah Marlborough verneint in derselben Schrift vorher und nachher, daß ihr Gemahl damals mit dem Könige Jacob in Verbindung gestanden. Sie berichtet über den damaligen Plan einer Gegen-Revolution, an welchem sie nach der Lage der Dinge einen hervorragenden Antheil nahm, mit folgenden Worten: „Bald nach der Uebersiedelung der Prinzessin nach Sion brach ein furchtbares Complot aus, welches irgendwo verborgen gewesen sein sollte, ich weiß nicht wo, in einem Blumentopfe, und Lord Marlborough ward in den Tower gebracht" [2]).

Daß Lady Marlborough vierzig Jahre später die damalige Mitwelt über diese Dinge so zu täuschen suchte, ist denkbar; daß sie sich selbst darüber getäuscht haben sollte, ist undenkbar. Vielmehr zwingt sie uns zu dem Urtheile, daß sie hier wissentlich und absichtlich die Unwahrheit geredet. Demnach hat auch ihr Bericht über die Zu-

[1]) Verschiedene Berichte im März und April 1692 von L'Hermitage an Heinsius, bei Grovestins t. VI, p. 315 et suiv.

[2]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 60.

sammenkunft der beiden königlichen Schwestern keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit. So viel jedoch läßt auch dieser Bericht erkennen, daß Rochester, der Oheim der beiden Schwestern, und Stillingfleet, der Bischof von Worcester, nicht das Verhalten der Prinzessin billigten [1]).

Wir haben unser Urtheil zu bemessen nach dem Zeugnisse eines unparteiischen Beobachters.

Hoffmann meldet dem Kaiser: „Sobald die Königin von der Prinzessin Kenntnis empfangen, hat sie sich nach Sion hinaus erhoben, unangesehen die große Mishelligkeit, die zwischen ihnen stattfindet. Um welcher Güte willen sie von Jedermann um so mehr geliebt, die Prinzessin dagegen wegen ihrer andauernden Hartnäckigkeit um so mehr getadelt wird" [2]). Der Bericht läßt erkennen, daß auch da noch diejenigen, welche in solcher Weise über die Schwestern urtheilten, von der Anknüpfung der Prinzessin Anna in St. Germain keine Kunde besaßen. Es dürfte eben so zweifelhaft sein, ob die Königin Mary damals darum wußte.

In den nächsten Tagen nach diesem Vorfalle häuften sich die Gerüchte von der Absicht einer französischen Landung in England. Man vernahm, daß in der Normandie 25,000 Mann Truppen sich angesammelt, daß in Paris der Plan ganz offenkundig sei, daß der König Jacob und der Marschall Bellefonds sich bereits dahin begeben, daß in Folge dessen die französischen Damen bei der Königin Marie Beatrice erschienen, um zur bevorstehenden Herstellung Glück zu wünschen, daß das englische Gefolge von St. Germain wegen des baldigen Aufbruches von dort die Privat-Angelegenheiten ordne. Zugleich hoben die Jacobiten in England das Haupt empor. Es verlautete, daß eine Declaration des Königs Jacob im Lande umlief [3]). Richten wir zuerst auf diese unsere Blicke.

Die Declaration, abgefaßt von dem früheren Oberrichter Herbert, den Jacob zum Lord-Canzler ernannt, war nicht ein Meisterstück dieser Art. Viele Jacobiten tadelten daran, daß sie nicht die Einladung der

---

[1]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 70.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 29. April.

[3]) Hoffmanns Berichte vom 2. und 6. Mai. Diejenigen von L'Hermitage bei Grovestins t. VI, p. 316 et suiv. — Sylvius t. IV, b. 34, p. 47.

Engländer zur Rückkehr für den König voranstelle, sondern die Hülfe und die Ermuthigung des Königs von Frankreich. Sie tadelten ferner, daß die Declaration diejenige des Prinzen von Oranien von 1688 nicht widerlege, daß sie keine Gründe anführe für die erste Flucht Jacobs von Whitehall aus. Die in der Declaration verheißene Amnestie, sagten sie, erstrecke sich nicht weit genug. Es seien fünfhundert mit Namen von derselben ausgeschlossen, und im Grunde keiner wirklich amnestirt, wenn er nicht durch eine That es sich verdiene. Es sei des Königs nicht würdig, die Fischerleute von Feversham von der Amnestie auszunehmen [1]).

So die Kritik der Jacobiten. Wir Spätere müssen noch einen Schritt weiter gehen. Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV. seine Hoffnung auf den endlichen Sieg in diesem Kriege wesentlich setzte auf die Ausdauer der Türken wider den Kaiser, daß demnach die Türken von Ludwig XIV. vor seinen Freunden als seine Bundesgenossen anerkannt wurden. Mithin waren sie auch diejenigen des Königs Jacob. Demgemäß gaben die Jacobiten in England bei den Erfolgen der Türken ihre Freude kund, bei den Niederlagen derselben ihre Trauer. Jacob II. dagegen nennt in dieser Declaration, gemäß dem bis dahin in Westeuropa üblichen Ausdrucke, die Türken den gemeinsamen Feind. Er beklagt den allgemeinen Krieg der christlichen Mächte unter einander zu einer Zeit, wo für die Ausbreitung des Christenthumes nach Osten sich die herrlichste Gelegenheit geboten, die es seit dem Sturze des einstigen römischen Reiches gegeben. Er behauptet, daß seine Herstellung, welche durch seine Vermittelung bei Frankreich den allgemeinen Frieden wieder bringen werde, eine gewichtige Angelegenheit sei für alle Christen [2]).

Wir erinnern uns, daß der Einbruch Ludwigs XIV. in die Pfalz und überhaupt das Reich, im September 1688, früher war als die Expedition des Prinzen von Oranien, und der letzteren erst die Bahn eröffnete. Demnach befindet sich diese Rede Jacobs II. mit dem Thatbestande von 1688 in offenbarem Widerspruche. Wenn es möglich ist, bei solchen Reden noch eine subjective Wahrhaftigkeit des

---

[1]) The life of James. Vol. II, p. 489.
[2]) A. a. O. p. 484.

unglücklichen Königs gelten zu lassen: so enthielt diese Rede den abermaligen Beweis, daß dem umdüsterten Kopfe desselben die klare Erkenntnis der Sachlage unzugänglich sei, und demgemäß für den Kaiser und den König von Spanien die erneuerte Mahnung, die Sache des Oraniers in England zu betrachten als die eigene.

Eben so richtig in Betreff der Declaration Jacobs war jene Kritik der Jacobiten in England. Die Fischerleute von Feversham erschienen darin auf gleicher Höhe der Strafwürdigkeit mit Sunderland und Marlborough, mit Burnet und vielen Anderen. Jacob indessen trug Sorge, den Grafen Marlborough, den er als seinen hauptsächlichen Agenten damals ansah, durch ein besonderes Schreiben zu sichern. Jacob war der Ansicht, daß die Nicht-Ausnahme von Marlborough die Stellung desselben vorzeitig zu offen kund gegeben haben würde. Immerhin mochte dies richtig sein. Dieselbe Vorsicht war indessen nicht mit gleicher Schärfe überall beobachtet. In dem Berichte über die Vorgänge vom Herbste 1688 sagt der König: „Das Gift ließ nicht einmal unsere eigenen Kinder in jener Zeit unangesteckt" [1]). Der Zusatz „in jener Zeit" war, wenn etwa im April und Mai 1692 ein anderweitiger Verdacht sich gegen das prinzliche Paar in Sion House erhob, nicht geeignet, denselben zu entkräften.

Es verlautete in den nächsten Tagen, daß die Prinzessin Anna einer Dame, welche sie angemahnt sich mit der Königin auszusöhnen, zur Antwort gegeben: sie bedürfe keiner Versöhnung als mit Gott und ihrem Vater [2]). — Demnach dachte sich die Prinzessin den Weg, den sie unter der Leitung des Ehepaares Marlborough betreten, als denjenigen der Pflicht.

Die Nachrichten von Frankreich her häuften sich. Die Briefe von dort, die am 22. April/2. Mai in London eintrafen, schienen allen Zweifel an dem Plane einer Landung benehmen zu müssen. Bei dieser Lage der Dinge sah man in England es als ein großes Glück an, daß das französische Geschwader von Toulon, durch die nördlichen Winde zurückgehalten, noch nicht eintreffen konnte. Man durfte nun noch hoffen rechtzeitig zu begegnen. Demgemäß wurde die Ausrüstung be-

---

[1]) But not even to leave our own children at that time uninfected.

[2]) Bericht von L'Hermitage vom 29. Mai, bei Grovestins t. VI, p. 319.

schleunigt. Noch am selben Tage glitten dreißig Linienschiffe, fertig gestellt, die Themse hinunter. Auf das Gutachten des geheimen Rathes befahl die Königin, mit der Einschiffung der Regimenter nach Belgien inne zu halten. Es waren reichlich 6000 Mann. Zwei bereits eingeschiffte Regimenter stiegen wieder aus. In Allem hielt die Königin 8000 Mann zurück. Sie entsendete einen Courier an den König[1]).

Die Nachrichten dieser Art aus Frankreich drängten sich. Sie deuteten hin auf die Prinzessin Anna. Am 26. April/6. Mai schritt die Königin gegen ihre Schwester vor. Sie ließ durch den Grafen Dorset dem königlichen Hofstaate jeglichen Verkehr mit dem prinzlichen zu Sion untersagen.

Am 29. April/9. Mai faßt Hoffmann den Stand der Dinge zusammen mit folgenden Worten: „Nach den Briefen aus Frankreich scheint es, daß man dort Hoffnung setze auf eine für den König Jacob hier bereits fertige Partei. Hier indessen läßt sich davon nichts spüren, es wäre denn daß man die zwischen dem Hofe und der Prinzessin obwaltende Mishelligkeit als die Lebensäußerung einer öffentlichen Gegenpartei ansehen wollte. Darin jedoch dürfte der König Jacob sich sehr irren. Denn diese Prinzessin hat in der Nation gar keinen Anhang. Den geringen Credit, den sie vorher gehabt haben mag, hat sie verloren durch ihren Streit mit der Königin, weil derselbe stammt aus ihrer Parteinahme für eine durchgehends verhaßte Frau. Das Verbot, welches die Königin gegeben, fortan zur Cour bei der Prinzessin zu erscheinen, hat man zuerst der Kühle, um nicht zu sagen, der Unhöflichkeit zugeschrieben, mit welcher die Königin bei ihrem Besuche zur Niederkunft von der Prinzessin empfangen worden ist. Es verlautet jedoch, daß mehr darunter stecke, nämlich daß die Prinzessin an den König Jacob geschrieben haben soll. Dieses Schreiben dürfte eben dasjenige sein, auf welches in Frankreich ein so nachdrückliches Gewicht gelegt wird".

„Möge es demnach mit dem Plane einer französischen Landung sein wie es wolle: so ist von demselben nicht so sehr eine Gegen-Revo-

---

[1]) Die Berichte von Hoffmann vom 2. und 5. Mai, und diejenigen von L'Hermitage, bei Grovestins t. VI, p. 319 et suiv. Sie stimmen im Wesen überein. Ueber die Prinzessin sagt L'Hermitage: On ne voit jusqu'à présent personne qui ne condamne son procédé, les Jacobites déclarés exceptés.

lution hier zu besorgen, als daß der Plan einer englischen Landung in Frankreich dadurch zum Scheitern gebracht und demnach Frankreich gegen einen nachdrücklichen Angriff dieser Art abermals für ein Jahr lang sicher gestellt wird"[1]).

So der Stand der Dinge in England nach der Auffassung kundiger Beobachter. Wir haben zu sehen, wie der König Wilhelm über diese Angelegenheiten urtheilte.

Er hatte einige Wochen in Loo verweilt. Dorthin gelangten an ihn die Nachrichten der Ansammlung von Truppen in der Normandie. Er legte darauf anfangs nicht großes Gewicht. Am 24. April/4. Mai jedoch meldete er an Heinsius: „Ich fasse lebhafte Besorgnis vor dem französischen Plane einer Landung in England. Anfangs erschien mir die Sache unglaublich; aber die von allen Seiten einkommenden Nachrichten lauten so bestimmt, daß man kaum noch zweifeln darf. Das einzige Gegenmittel ist die schleunige Ausrüstung der holländischen Flotte. Leider haben wir Gegenwind. Gott wolle bald ihn wenden"[2]).

Dann brach der König auf nach dem Haag. Dort trat, am 26. April/6. Mai, der Graf Windischgrätz vor ihn mit dem Glückwunsche des Kaisers zu dem neuen Feldzuge. Der König antwortete mit seiner gewohnten Ehrerbietung für die Person des Kaisers. Dann fuhr er fort: „Ich bin abermals aus England herüber gekommen, um mein Leben für das Gemeinwohl zu wagen und den hochmüthigen Feind nach Kräften zu dämpfen. Ich glaube auch, daß darum der König von Frankreich den Plan dieser Unternehmung gegen mich entworfen hat[3]). Sagen Sie mir aufrichtig was Sie von der Sache halten". — Windischgrätz erwiederte: ein Plan solcher Art setze zwischen Frankreich und England ein Einverständnis voraus, das ihm unglaublich erscheine. Wenn der König von Frankreich wirklich ein solches Unternehmen vorhabe wie dasjenige einer Landung in England: so würde er nicht so öffentlich davon geredet und dadurch Anlaß gegeben haben, den Verräthern nachzuforschen. Dies laute Gerede in Frankreich spreche gegen die Ernstlichkeit der Absicht. Endlich sei es doch undenkbar, daß

---

1) Hoffmanns Bericht vom 9. Mai.

2) Grovestins t. VI, p. 331.

3) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 9. Mai: Er glaube auch daß daher komme, daß der König von Frankreich ihm in particulari an den Hals wolle.

Frankreich sich in ein so zweifelhaftes Unternehmen einlassen werde, weil es dadurch, bei dem Mangel eines Hafens im Canale, seine Flotte bei jeder Windesveränderung der englisch-holländischen preis gebe. Das ganze Unternehmen habe einen Sinn nur unter der Voraussetzung, daß Ludwig XIV. sich des Königs Jacob entledigen wolle. Der König Wilhelm erwiederte: „Daß die Franzosen mit England eine ausgebreitete Correspondenz unterhalten, ist unzweifelhaft. Diese freilich fürchte ich am wenigsten. Was Sie Ihrerseits mir entgegen halten, habe ich auch erwogen. Die Vorbereitungen in der Normandie sind jedoch überaus groß, während die Franzosen Belgien gegenüber sich ganz still verhalten. Dennoch hat der König erklärt, daß er am 10. Mai von Versailles dahin aufbrechen wolle. Dies macht mich irre".

Wir haben dabei uns zu vergegenwärtigen, daß der Aufbruch Ludwigs XIV. ins Feld zu bedeuten pflegte, daß er eines auszuführenden Streiches moralisch sicher war. In der Regel, wie im Jahre zuvor mit Mons geschehen, nannte er ausdrücklich den Ort. Er hatte dies Mal sein Ziel nicht näher bezeichnet [1]).

Der König Wilhelm fuhr fort in seiner Rede zu Windischgrätz: „Auch ich bin der Ansicht, daß der König von Frankreich sehr wünscht des Königs Jacob ledig zu werden, damit er auch im Falle des Mislingens sagen könne: er habe für seinen Schützling alles gethan. Auch ich vertraue, daß sein Plan mislingt; allein es ist schon schlimm genug, daß er mir den meinigen durchkreuzt hat. Denn ein Courier der Königin meldet mir, daß sie die 8000 Mann, die ich noch hier erwartet, hat zurückhalten müssen. Ich erwäge noch, ob ich Portland dahin senden soll, zur Stütze für die Königin. Erfreulich dagegen ist, daß, wie Sie wissen, das vorgestern ausgelaufene Geschwader von Amsterdam, 19 Linienschiffe stark, seinem Ziele bereits nahe sein muß".

Der Graf Windischgrätz, welcher durchfühlte, daß in der Seele des Königs Wilhelm die Frage der eigenen Rückfahrt nach England aufkeimte, bezweifelte dennoch die ernstliche Absicht einer Landung in England. „Die Kaufleute von Amsterdam, sagte er, haben einen eigenen

---

[1]) Windischgrätz im Berichte vom 13. Mai: Die Meldung aus Paris, daß der König am 10. Mai ins Feld gehen werde, kann man nicht begreifen, indem er vor diesem nicht gewohnt gewesen ins Feld zu gehen, wo er nicht seinen gewissen Streich gewußt.

Kundschafter nach Nantes geschickt, um hinter die Wahrheit zu kommen. Dieser versichert, daß die vorhandenen Transport-Fahrzeuge kaum für 4000 Mann ausreichen." Er zog andere Berichte an, ähnlichen Inhalts. Eine solche Eitelkeit, meinte er, dürfe man doch dem Könige von Frankreich nicht zutrauen, daß er hoffen wolle den König von England durch Gerüchte heim zu schrecken. Gerade jetzt, sagte er, thue eine Diversion am Oberrheine oder in Piemont dringend Noth. Der König erwiederte: „Ich will mit Ihnen reden nicht als einem Minister, sondern wie einem Freunde. Da muß ich Ihnen denn sagen, daß ich zu der Armee am Oberrhein schlechtes Vertrauen habe. Ich sehe dort keinen General fähig zum Oberbefehl über 50,000 Mann. Ich kenne sie alle durch die Urtheile des Herzogs von Lothringen. Er hat mir gesagt: Führen Sie Caprara an den Feind und zeigen Sie ihm, dort müsse er schlagen: so thut er es gewis und weicht nicht einen Schritt. Aus sich selber aber thut er nichts. Der Markgraf von Baireuth — ich schweige über ihn. Styrum, Steinau, Thüngen sind gut, aber nicht befähigt für ein höchstes Commando. Ich sollte denken, daß die Armee in Ungarn auch ein Anderer zu führen vermöchte. Dann würde der Kaiser den Markgrafen Ludwig von Baden an den Rhein entsenden können. Auch in Piemont bedürfte es eines umsichtigeren Generals. Es steht ja lediglich bei dem Kaiser nach eigener Wahl zu ernennen, wen er will".

In rascher lebhafter Erörterung berührte der König dem Grafen Windischgrätz gegenüber den Stand aller anderen Angelegenheiten der Allianz. Heemskerk aus Wien habe gemeldet, sagte Windischgrätz, daß nach dem günstigen Ausgange der hannöverschen Angelegenheit der Kurfürst von Sachsen es viel leichter geben werde. „Freilich, fiel der König ein; aber die Sache ist wieder erschwert durch seine Eigenmächtigkeit gegen Erfurt." — Windischgrätz bat ihn dann einzuschreiten, damit nicht, wie zu befürchten stehe, abermals wieder die Uebergriffe der Kaper von Seeland den nordischen Kronen zum Steine des Anstoßes gereichten. Der König versprach es. Dann legte Windischgrätz Verwendung ein für einen Laienbruder des Benedictiner Ordens, der in London eingesteckt und sogar mit dem Tode bedroht sei. „Ich weiß es, erwiederte der König: man hat ihn für einen Spion gehalten. Auf Ihre Verwendung soll er sofort entlassen werden." Der Gesandte

hatte dadurch sich den Weg gebahnt für Andere, nämlich für die früher bereits erwähnten Priester, die in Schottland gefangen saßen. „Aber sie sind ja längst frei," entgegnete der König. „Nicht doch, sagte Windischgrätz. Es ist mir abermals ihre Klage zugekommen."

Noch am Abend erschien der Staats-Secretär für Schottland bei dem Grafen Windischgrätz und eröffnete ihm, daß die einzige Schwierigkeit für die Freilassung sei, eine Form zu finden, welche den schottischen Gesetzen gegenüber die Sache möglich mache. Aber der Befehl des Königs sei absolut, und demgemäß verspreche auch er, daß er diese Form finden werde.

Die Unterredung des Königs mit Windischgrätz war verlaufen nach dem Wunsche des letzteren. Am Abende jedoch entbot ihn der König noch einmal zu sich, um ihm offen zu sagen, daß durch die im Laufe des Tages eingekommenen Nachrichten seine Besorgnis vor einer französischen Landung in England gestiegen sei. „Ich sage Ihnen im engsten Vertrauen, fuhr der König fort, daß im Falle der Lärm dort steigt, ich selber eine Fahrt dahin wagen werde." — „Aber, erwiederte Windischgrätz, eben das ist es ja, was Frankreich zu bewirken trachtet." — „Ich weiß es, sagte der König; aber meine Ehre, mein Gewissen, mein Interesse sogar gestatten nicht, daß ich im Falle der Noth die Königin und die Reiche sich selber überlasse. Einstweilen habe ich den Grafen Portland jetzt wirklich abgesendet, damit er der Königin zur Stütze diene" [1]).

Portland traf in London ein, spät am 2./12. Mai. Seine Ankunft erschien Vielen wie eine Bestätigung des französischen Planes einer Landung. In den ersten zwei Tagen drängten sich die englischen Vornehmen heran zu seiner Begrüßung. Rasch erfolgten dann durchgreifende Schritte. Am 5./15. Mai wurden der Lord Mayor und die Sheriffs von London in die Sitzung des geheimen Rathes entboten. Es lagen Verhaftsbefehle vor gegen achtzig Personen: die hauptsächlichste unter ihnen war Marlborough. Der Befehl lautete, wie für die Verhaftnahme eines Pairs erforderlich, auf Hochverrath. Eins der Mitglieder des geheimen Rathes, Lord Montague, hatte sich geweigert mit zu unterzeichnen. Lord Godolphin war vorsichtiger Weise nicht

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 9. Mai.

erschienen. Marlborough wurde in den Tower gebracht, jeglicher Verkehr mit ihm untersagt. Dasselbe geschah mit einer Reihe Anderer, den Lords Huntingdon, Brudenel, Fanshaw, ferner mit Ferguson. Mehrere, die gesucht wurden, wie Lord Litchfield und Andere, hatten rechtzeitig sich verborgen. Gegen sie erschien eine Proclamation, welche drei und zwanzig Personen namentlich benannte und die Verhaftung derselben anbefahl [1]).

Ferner erging, wie herkömmlich, eine andere Proclamation, welche die Katholiken auf zehn Meilen von London verwies. „Weil das nun schon so oft geschehen, fügt Hoffmann seinem Berichte darüber hinzu, und dennoch immer nur gegen Vagabunden in Vollzug gesetzt worden ist: so dürfte es auch dies Mal dabei sein Bewenden haben."

Wichtiger war eine andere Proclamation, welche das Parlament einberief auf den 24. Mai/3. Juni. Sie verkündete offen die Gefahr. „Die Königin wünscht, hieß es darin, daß das Parlament sich versammele zur Beschlußfassung über wichtige Angelegenheiten und über alles, was erforderlich ist zur Sicherheit des Königreiches gegenüber einer bedrohlichen Invasion." Wir bemerken den geraden Gegensatz dieser Haltung der Königin zu derjenigen ihres Vaters Jacob im November 1688. Die Haltung hob das Vertrauen. Westminster errichtete drei Regimenter Freiwillige, die Stadt London sechs. Die

---

1) Die Berichte Hoffmanns vom 13. und 16. Mai. Ferner diejenigen von L'Hermitage bei Grovestins t. VI, p. 322 et suiv. — Sylvius t. IV, b. 33, p. 59. — Macaulay führt die Verhaftung von Marlborough, so wie einigen Anderen, auf die Angeberei des Young zurück. Allein die Anklagen desselben, wie Macaulay sie darstellt, reichen nicht aus zur Erklärung der Maßregeln der Regierung. Andererseits nennen weder Hoffmann, noch L'Hermitage, noch die Berichte bei Sylvius den Namen des Young. Demnach müssen der Regierung andere und zwar besser begründete Berichte vorgelegen haben, als die ersonnenen Angaben des Young. Weil später eine eingehende Untersuchung, ein gerichtliches Verfahren in Betreff der Hauptsache nicht stattfand: so konnte diese in Vergessenheit gerathen. Die Nebensache dagegen, das falsche Plot des Angebers Young, wurde lebendig erhalten durch die Schrift: Sprat's relation of the late wicked contrivance of Stephen Blackhead and Robert Young 1692, und wuchs später sogar über die Hauptsache weit hinaus durch das Geschick, mit welchem die Herzogin von Marlborough die ganze Sache abthut mit den früher bereits erwähnten Worten (Conduct p. 60): Soon after the Princess' going to Sion, a dreadful plot broke out, which was said to have been hid somewhere, I don't know where, in a flower pot; and Mylord Marlborough was sent to the Tower.

Königin erwies ihnen die Ehre der Heerschau. Der Lord Mayor, zum Erweise seines Eifers, ritt als Commandirender voran [1]).

Ferner ward für die Sicherheit der Königin Sorge getragen. Achtzehn Kanonen aus dem Tower wurden um Whitehall aufgepflanzt. Der Herzog von Leinster und der Graf von Galway, nach ihren früheren Namen Schomberg und Ruvigny, erhielten das Commando der Truppen um Whitehall. Auch in der Nähe von Sion House erblickte man ein Piquet Soldaten [2]). Es war nicht eine Ehrenwache.

Die Schritte gegen bestimmte Personen deuteten an, daß der Regierung sichere Anhaltspuncte vorlagen. Als den Entdecker derselben nannte man Johnson, früher englischen Residenten zu Berlin, damals Secretär von Schottland. Die Einzelnheiten des Planes der Verschwörer verlauteten nicht. Erst dem versammelten Parlamente sollte das Ganze vorgelegt werden. Das ist später nicht geschehen. Die Gerüchte sagten, daß auf die erste Nachricht der Landung Jacobs der Graf Litchfield sich in den Besitz von Whitehall habe setzen wollen, und daß ein hauptsächliches Ziel bei der entstehenden Verwirrung gewesen sei die Ermordung der Königin [3]).

Die Stimmung des Volkes von London prägte sich aus in einem besonderen Vorfalle.

Lady Sarah Marlborough bat bei der Königin um die Erlaubnis ihren Gemahl im Tower zu besuchen. Die Bitte ist charakteristisch für eine Persönlichkeit, deren Haß gegen diese Königin noch lange Jahrzehnte nach dem Tode derselben hervorblickt aus ihren Verleumdungen gegen sie. Nicht minder charakteristisch für die Königin ist ihre Antwort auf die Bitte. Sie gewährte sie. Jedoch nur für das eine Mal. Die Gräfin blieb drei Stunden dort. Die Erregung des Volkes wider sie war ihr nicht unbekannt geblieben: sie hatte deshalb der Vorsicht wegen die Livree ihrer Dienerschaft geändert, und dieselbe einrichten lassen wie diejenige der Dienerschaft des Lords Lexington, des Stallmeisters des Prinzen Georg. So passirte sie unbehelligt die Straßen von London. Nicht so glücklich war nachher die Lady Lexington. Nachdem jene

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 20. Mai.

[2]) Sylvius t. IV, b, 34, p. 60: Men leyde ook sterke wacht om Sion Huys, het verblyf van de Princesse v. D.

[3]) A. a. O.

Aenderung bekannt geworden, hielt das Volk den Wagen der Lady Lexington für denjenigen der Lady Marlborough. Der Wagen ward angehalten, die Frau herausgerissen und mishandelt, so daß sie eine Fehlgeburt davon erlitt. Der Berichterstatter L'Hermitage fügt hinzu: „Wenn man auf die Beharrlichkeit des Volkes hier in seinen Neigungen und Abneigungen bauen darf, so wird auch die Prinzessin Anna aus diesem Vorfalle Folgerungen ziehen nicht zu eigenen Gunsten" [1]).

Es kam jedoch zunächst und hauptsächlich auf die Flotte an.

Der nördliche Wind dauerte an, demnach wenig günstig für ein Unternehmen von Frankreich aus gegen England, zumal da eben deshalb das Geschwader von Toulon ausblieb. Dennoch stieg in England die Besorgnis durch die Nachricht, daß die französische Flotte von Brest, 53 Schiffe stark, in den Canal gekommen sei. „Frankreich, sagte man, setzt dadurch diese Flotte in große Gefahr. Demnach muß es Gründe haben, die einer solchen Gefahr werth sind" [2]).

Dieser Gedanke beherrschte in den nächsten Tagen die Gemüther. Vernehmen wir die Erwägungen einer Persönlichkeit, die mitten in den Dingen stand.

„Die französische Flotte, meldet Hoffmann am 13./23. Mai, hält sich noch immer im Canale, auf der Höhe von Dartmouth, und macht Anstrengungen, sich weiter her zu ziehen, während jedoch der Wind ihr entgegen bläst. Man weiß nicht, was man von dieser ihrer Frechheit urtheilen soll. Entweder weiß sie nicht, daß die verbündete Flotte in solcher Stärke da ist, oder sie fürchtet dieselbe nicht, weil sie vielleicht ein Verständnis in derselben hat. Dies jedoch ist kaum anzunehmen; denn die Capitaine würden nicht die ganze Mannschaft verblenden, noch weniger zum Verrathe bewegen können. Sei dem wie ihm wolle, die französische Flotte steht in keiner geringen Gefahr. Sie ist höchstens 60 Segel stark; denn das Geschwader von Toulon liegt noch bei Lissabon. Die verbündete Flotte dagegen, zu welcher gestern wieder zehn holländische Schiffe gestoßen, beträgt an 100 Segel, nämlich 80 Schiffe von der Linie und 20 schwere Fregatten. Die zehn Schiffe haben noch drei Regimenter unter der Führung von Talmash

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 328.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 20. Mai.

herüber gebracht. Dem Anscheine nach dürfte der König sie dort nöthiger haben, als sie es hier sind. Die Wirkung dagegen auf die englische Nation ist eine sehr günstige, eben so wie das rasche Herankommen des holländischen Geschwaders. Die Admirale Russel und Delaval haben sich wegen des hohen Seeganges noch nicht vereinigt. Der erstere liegt jedoch vor St. Helens, der letztere auf der Rhede von Spithead."

Der Admiral Russel stand in beständiger Correspondenz mit dem Könige Jacob. Ob es geschah mit Einwilligung des Königs Wilhelm und der Königin Mary, wie oft vermuthet worden ist, müssen wir dahin gestellt sein lassen. Die Vorschläge, die er dem Könige Jacob machte, erscheinen als ernstlich gemeint zu Gunsten des Königs Jacob, nicht freilich Frankreichs. Der eine Vorschlag war, daß Jacob seinen Plan der Landung vertage auf den Winter, während Russel inzwischen die Flotte besetze mit jacobitisch gesinnten Offizieren. Der andere Vorschlag war, daß Russel nicht gehindert werde an einer Landung bei St. Malo, durch welche er der französischen Flotte ihrerseits die Gelegenheit gebe zur Landung an der englischen Küste. Als die wesentliche Bedingung wiederholte Russel stetig die von Anfang an gestellte, daß der König Jacob ein Zusammentreffen der Flotten verhindere: denn in diesem Falle müsse er als Admiral von England schlagen, auch wenn er den König Jacob auf dem Hinterdecke des französischen Admiralschiffes erblicke[1]).

Diese letztere Mahnung berechtigt nicht zu dem Urtheile, daß sie als Vorwand gedient habe. Der holländische Berichterstatter L'Hermitage in London meldet dem Rathspensionär Heinsius: „Wenn es jacobitisch gesinnte Commandanten auf der Flotte gibt, so würde ihnen der Ueberlauf sehr schwer fallen, bei der Besorgnis, die sie haben müssen, von der sehr wohl gesinnten Mannschaft ins Meer geworfen zu werden"[2]).

Die Gerüchte jedoch über die Unzuverlässigkeit von Seeoffizieren erhielten sich. Die Königin Mary handelte denselben gegenüber in würdiger Weise. Sie ließ durch den Grafen Nottingham dem Admiral

---

[1]) Dalrymple I[II] p. 224.

[2]) Grovestins t. VI, p. 324. Bericht vom 16. Mai.

Russel schreiben: sie halte die Gerüchte, welche gegen einige Seeoffiziere umliefen, für das Werk der Feinde derselben und ihrer eigenen. Es sei deshalb ihr Wille, daß keine Aenderung vorgenommen werde. Fast gleichzeitig wurden Briefe aus einem aufgefangenen Aviso-Fahrzeuge, gerichtet an Tourville den Führer der französischen Flotte, dem englischen Admiral ausgeliefert. Diese Briefe bestätigten die Nachrichten aus Paris, nämlich daß Tourville den Befehl habe zu schlagen; denn er werde zu thun haben nur mit den Holländern, da die Engländer entschlossen seien nicht zu kämpfen [1]). Auf französischer Seite erwartete man demnach, daß die Dinge gehen würden ähnlich wie zwei Jahre zuvor bei Beachy Head. Unter diesen Umständen sandten die Flaggen-Commandanten und Capitäne der Flotte, im Namen aller Offiziere und der gesammten Mannschaft, am 15./25. Mai, zur Erwiederung auf jene Worte der Königin eine Adresse ein, in welcher sie sich bereit erklärten, zu sterben für die Sache der Königin und des Vaterlandes. Russel selber unterzeichnete nicht die Adresse. Die Königin gab zur Antwort: „Ich habe von den Befehlshabern der Flotte immer diese Meinung gehegt. Aber es ist mir lieb, daß es so gekommen ist zur Befriedigung Anderer" [2]).

Bei dieser Lage der Dinge war die Gefahr einer französischen Landung bereits verblaßt. Am selben Tage, an welchem die Königin jene Adresse erhielt, dem 16./26. Mai, erließ sie eine Proclamation. Darin sagte sie, daß sie das Parlament einberufen wegen Angelegenheiten von großer Wichtigkeit. Nun jedoch wo die Flotte ins Meer gelaufen und, verstärkt durch diejenige der Bundesgenossen, stark genug sei zur Abwehr der Feinde, vertage sie das Parlament weiter hinaus auf den 14./24. Juni.

Die Bereitschaft der verbündeten Flotte zum Schlagen übte auch nach der anderen Seite hin die entsprechende Wirkung. Die Jacobiten in London, wenige Tage vorher so erwartungsvoll, ließen die Köpfe sinken. Man hatte von ihnen die Worte vernommen, daß die Herstellung des Königs Jacob die Vernichtung der Republik Holland nach sich ziehen würde. „Denn daher, sagten sie, ist all unser Leid gekommen."

---

[1]) L'Hermitage bei Grovestins t. IV, p. 330. Vom 27. Mai.

[2]) Sylvius t. IV, b. 34, p. 60.

Dies war gewis richtig. Sie maßen alle Schuld dem widrigen Winde bei [1]). In der That war ja bis dahin irgend ein Streich von menschlicher Hand noch nicht geführt. Aber bereits war diese erhoben.

Ueberblicken wir die Lage der Dinge vor dem Seetreffen mit dem Auge eines kundigen Beobachters der Dinge in London.

„Seit sechs Tagen, berichtet Hoffmann am 17./27. Mai, wird die französische Flotte nicht mehr erblickt. Bis dahin stand sie auf der Höhe von Dartmouth. Man nimmt daher an, daß sie, theils wegen des conträren Windes, welcher ein weiteres Vordringen in den Canal hinderte, theils aber auch, weil sie Kunde hatte von der Ueberlegenheit der verbündeten Flotte, auf dem Rückzuge nach Brest begriffen ist."

„Die verbündete Flotte, welche am 15./25. Mai die letzten zehn holländischen Schiffe an sich gezogen, ist erst gestern Morgen früh von St. Helens aufgebrochen. Wohin sie den Lauf nimmt und ob sie noch die feindliche zu Gesichte bekommt, steht zu erwarten. Vielen erscheint es auffallend, daß man so lange gezaudert, und daß man nicht, weil doch schon vor sechs Tagen 80 Schiffe da waren und der Wind nach Wunsch, damals gleich getrachtet hat zu schlagen. Im Falle daß die verbündete Flotte in der Verfolgung des Feindes aus dem Canale hinaus geht, ist es der Plan ein Geschwader leichter Fregatten vor der Küste der Normandie zur Beobachtung zu belassen. Indessen auch ohne dies dürften dem Könige Jacob die Gedanken der Fortsetzung seines Planes bereits vergangen sein. Uebrigens ist dieser Plan in aller Beziehung, namentlich auch derjenigen des Geheimnisses, so wohl angelegt gewesen, daß, wenn nicht der Wind entgegen gestanden, man die Ausführung hier vielleicht eher gesehen, als man die Nachricht der Einschiffung von der Normandie her vernommen haben würde. Denn man hat hier sehr lange alle Anstalten in der Normandie als defensiv gegen den englischen Plan einer Landung in Frankreich betrachtet, und deshalb keinen Argwohn gefaßt. Demnach ist dem lieben Gotte für die Abwehr dieses Unheiles nicht genug zu danken. Denn das Geringste, was hätte erfolgen müssen, wäre ein Bürgerkrieg gewesen. Dieser hätte den König unvermeidlich gezwungen, mit der Armee von Belgien

---

[1]) L'Hermitage im Berichte vom 26. Mai, bei Grovestins t. VI, p. 329.

herüber zu eilen, demnach dort alles der äußersten Gefahr preis zu geben" [1]).

Der Admiral Tourville hatte nicht, wie man glaubte, den Rückweg nach Brest eingeschlagen. Während die verbündete Flotte von St. Helens aus ihren Cours richtete nach der Küste der Normandie, erblickte man am 18./28. Mai die französische Flotte auf der Höhe von Portland, also einige Meilen weiter ostwärts im Canale als zuvor. Die Nachricht gelangte nach London am Morgen des 19./29. Mai. Die früheren Bemerkungen wurden aufs neue laut. Entweder, hieß es, sei Tourville ohne genügende Nachricht, oder er habe den bestimmten Befehl zu schlagen auch ungeachtet der Ungleichheit. Dies sei um so mehr auffallend, da die französische Flotte, obwohl schwächer, so weit im Canale vorgedrungen, wo sie, im Falle der Noth, keinen Hafen zum Rückzuge habe, wo sie vielmehr, wenn sie sich zum Rückzuge genöthigt sehe, in Gefahr stehe auf die englische Küste gedrängt zu werden. Diese Kühnheit erwecke daher den Gedanken, daß man in Frankreich des festen Glaubens leben müsse, nur mit den Holländern zu thun zu haben. Jedenfalls aber sei nun sicher, daß, wenn dies Mal die Flotten ohne ein Treffen von einander kämen, ein solches niemals wieder zu erwarten sein werde [2]).

Der 20./30. Mai, an welchem diese Worte niedergeschrieben wurden, war bereits der zweite Tag der gewaltigen Seeschlacht, die ihren Namen führt von dem Ende derselben, in der Nähe des französischen Caps La Hogue.

Der französische Admiral Tourville hatte allerdings den von Ludwig XIV. ganz eigenhändig geschriebenen Befehl die feindliche Flotte aufzusuchen und anzugreifen, stark oder schwach, wo immer er sie fände [3]). Es hieß, daß dieser Befehl ertheilt sei von der Voraussetzung aus, daß die holländische Flotte noch nicht so bald zu der englischen stoßen würde. Auf die Kunde daß dies dennoch geschehen, entsendete Ludwig XIV. durch zwei Couriere auf verschiedenen Wegen einen Widerruf des ersten Befehles. Der eine Courier gerieth in die Hände der

---

1) Hoffmanns Bericht vom 27. Mai.

2) Hoffmanns Bericht vom 30. Mai. Er meldet diese Rede als diejenige der Engländer.

3) Dangeau t. III, p. 67.

Engländer, der andere gelangte zu Tourville am zweiten Tage des Treffens, wo ein Loswickeln nicht mehr möglich.

Die feindlichen Flotten kamen einander in Sicht bei Sonnenaufgang des 19./29. Mai. Die Admirale auf beiden Seiten, Russel und Tourville, gaben die Signale zur Formirung der Schlachtlinie. Auf Seiten der Verbündeten bildete das holländische Geschwader unter Almonde als dasjenige der weißen Flagge die Vorhut; die Mitte unter Russel war dasjenige der rothen Flagge; die Nachhut dasjenige der blauen. Der französische Bericht sagt, daß Tourville erst bei der Annäherung erkannt, daß er mit 44 Linienschiffen den 88 feindlichen gegenüber stand. Desungeachtet und obwohl er den Wind über den Gegnern gehabt, so daß es möglich gewesen wäre dem Treffen auszuweichen, habe er dies nicht für rathsam gehalten. Denn, auch wenn ihm das Ausweichen dies Mal gelänge, so könne er, bei so großer Nähe der Flotten, dennoch sehr bald unter weniger günstigen Umständen, namentlich mit verringertem Muthe seiner Mannschaft, zum Treffen gezwungen werden [1]). Er selber befehligte das Centrum, Amfreville die Vorhut, Gabaret die Nachhut. Die verbündete Flotte, den Angriff erwartend, lag in einer langen Linie. Um 11 Uhr Morgens begann der Kampf.

Tourville auf dem Schiffe, die königliche Sonne genannt, ersah sich die Britannia, von welcher Russels Admiralsflagge wehete, und eröffnete den Angriff mit großer Heftigkeit. Als Almonde gewahrte, mit welchem Eifer Tourville sich in ein Treffen stürzte, auf dessen für ihn günstigen Ausgang so wenig zu bauen war, stiegen Zweifel in ihm empor. Er hielt diesen Angriff für eine Finte. Er schickte an Russel die Meldung, daß er Besorgnis hege vor Verrath in der englischen Flotte, daß er demgemäß, eingedenk der Dinge von Beachy Head, auf seiner Hut sein werde [2]).

---

[1]) Der offizielle französische Bericht bei Sylvius t. IV, b. 33, p. 83. Eben dort die Berichte der englischen und holländischen Commandanten: Russel, Almonde, v. d. Goes, v. d. Zaan.

[2]) So L'Hermitage an Heinsius, am 6. Juni, bei Grovestins t. VI, p. 332. Almonde in seinem offiziellen Berichte an die Admiralität, vom 31. Mai, erwähnt dies nicht. Allein nach dem günstigen Verlaufe war eine solche Mittheilung in einem Berichte, der in die Oeffentlichkeit kommen mußte, überflüssig und nachtheilig.

Nachdem das Gefecht etwa eine und eine halbe Stunde gedauert, erkannten die Engländer, daß das Feuer des Schiffes, die königliche Sonne genannt, nachließ. Es befand sich in einem solchen Zustande, daß es zurück bugsirt werden mußte. Tourville suchte sich dem Treffen wieder zu entwinden. Es gelang nicht. Die verbündete Flotte drängte nach. So bis in die Nacht, um am anderen Morgen eben dasselbe neu zu beginnen.

Russel sagt in seinem Berichte: „Es ist wahr, daß wir die Uebermacht hatten. Aber ich darf auch zugleich, ohne unsere Leistung übertreiben, noch die der Feinde herabsetzen zu wollen, mit Wahrheit erklären, daß sie dennoch geschlagen worden sind von einer geringeren Zahl. Denn die Windstille und der Nebel verstatteten weder dem holländischen Geschwader, noch demjenigen der blauen Flagge eine erhebliche Theilnahme, und zwar wie ich versichert bin, zur eigenen Klage derselben. Denn wäre ihnen die volle Mitwirkung verstattet gewesen, so dürfte von der feindlichen Flotte auch nicht ein einziges Schiff sich gerettet haben".

Auch so war der Verlust für Frankreich schwer und groß. Die Verfolgung dauerte drei Tage hindurch. Einigen der französischen Schiffe gelang es sich hinter die Insel Guernsey zu bergen und so nach St. Malo zu entkommen. Um sechszehn andere Linienschiffe vor der Wegnahme zu retten, ließ Tourville sie beim Cap La Hogue auf den Strand laufen. Auch dahin drängten die Engländer mit leichten Fregatten und Langböten nach. Es geschah im Angesichte des Königs Jacob, des Admirals Tourville, und der französischen Landmacht. Jacob rieth die fest liegenden Schiffe zum Zwecke der Abwehr mit Landtruppen zu besetzen. Tourville weigerte es [1]). Weder die französischen Schaluppen, noch die Strandbatterien schreckten die englischen Langböte zurück. Sie warfen Feuer in die Schiffe. Unter diesen war das Admiralschiff, die königliche Sonne, ein Schiff von 110 Kanonen, das bis dahin größte und schönste der französischen Flotte, welches in großen goldenen Buchstaben die Aufschrift trug:

Je suis l'unique sur l'onde,
Comme mon Roy l'est dans le monde.

---

[1]) The life of James. Vol. II, p. 494.

Sie alle verbrannten. „Das, so schließt Tourville seinen Bericht, war der Ausgang eines Unternehmens, dessen Beginn so hoffnungsvoll erschien."

Der König Jacob war vom Ufer aus ein Augenzeuge der Flammen, die seine Hoffnungen für dies Mal verzehrten [1]). „Wir haben, schrieb er an den Abt von La Trappe, noch nicht genug gelitten für unsere Sünden, ich und meine Unterthanen, deren Unglück in diesem anscheinenden Erfolge ich tief beklage." In demselben Sinne schrieb er an den König von Frankreich: er werde beharren. Es ward damals in Europa ein Schreiben verbreitet, in welchem Jacob II. auf alle fernere Hülfe Ludwigs XIV. verzichtete. Die Kundigen verneinten sofort die Möglichkeit, daß es echt sei. Es sei dafür allzu niederträchtig [2]). Viele andere jedoch hielten es für echt, so sehr daß dem Könige Jacob einmal direct die Frage danach vorgelegt wurde. Er erwiederte: „Ich kann nie genug die Verpflichtungen erkennen, die ich der allerchristlichsten Majestät verschulde. Aber ich bin Vater und König, und es ruht demnach auf mir auch die Verpflichtung, niemals das Interesse meiner Kinder oder meiner Unterthanen preis zu geben. Ich werde daher thun was ich vermag, und den Ausgang Gott anheim stellen, in dessen Willen ich mich völlig ergebe".

Es ward damals dem Könige Jacob nahe gelegt, in ein Kloster einzutreten. Wir erinnern uns vom Jahre 1690 her, daß er, nach dem unglücklichen Ausgange der Dinge in Irland und, vielleicht mehr noch, nach seinem vergeblichen Hoffen damals auf eine Landung in England, sich für einige Zeit in die Einsamkeit von La Trappe zurückzog, und dort bei den schweigenden Klosterbrüdern weilte wie einer ihres gleichen. (Bd. V, S. 157.) Der Neigung des Königs Jacob hätte der völlige Eintritt entsprochen. „Sie haben die Welt verlassen, sagte er damals zu Rancé, dem Abte von La Trappe, um Ihr Seelenheil zu finden. Glücklich sind diejenigen, die das vermögen. Diese allein beneide ich" [3]).

[1]) Was St. Simon und Andere nach ihm von der Haltung Jacobs im Angesichte der Vernichtung der französischen Schiffe erzählen, bedürfte, um glaubhaft zu sein, einer besseren Gewähr als derjenigen von St. Simon.

[2]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 20. Juni: Der Brief könne nicht echt sein, sagt Heinsius, weil zu viel bassezza darin.

[3]) The life of James. Vol. II, p. 495. Vom 20. December 1692.

Indem Jacob II. so seiner Pflicht gemäß zu handeln glaubte durch sein Beharren bei Ludwig XIV., that er nach wie vor für seinen Sohn gerade dasjenige, was dem Interesse desselben am wenigsten entsprach.

Acht Tage nach der Rückkehr Jacobs II. von La Hogue brachte die Königin Marie Beatrice in St. Germain eine Tochter zur Welt. Sie wurde Louise Marie genannt. Keines der eingeladenen Mitglieder der Aristokratie von England war erschienen. Ludwig XIV. seinerseits hatte Sorge getragen, die Königin mit allen französischen Prinzessinnen und Staatsdamen zu umgeben. Es mochte ihm nicht einleuchten, daß, wenn es auf einen juristisch gültigen Beweis ankam, das Zeugnis aller dieser Persönlichkeiten vor einem englischen Gerichte formell bedeutungslos sein würde. Jacob II. handelte mit mehr Bedacht. Er bat die Frau des dänischen Gesandten Meyercron herzu. Es ist sehr glaublich, daß, wie der König Jacob berichtet, diese Frau jene Anklage der Unterschiebung des damals vierjährigen Prinzen von Wales verlacht habe [1]). Aber eben so gewis ist, daß Jacob II. mit Unrecht dieser Anklage die entscheidende Bedeutung beimaß, welche seinen eigenen Entschlüssen zur Last fiel.

Die Urtheile der Engländer über die Seeschlacht von La Hogue lauteten demjenigen Jacobs nicht entsprechend. Es galt dort durchweg die Ansicht, daß der König Jacob durch seine Behauptung, die Engländer würden nicht schlagen, den König von Frankreich zu dem Befehle für dieses Treffen bewogen habe. Und demnach fällte man das Urtheil: „Wie der König von Frankreich durch seine Rathschläge den König Jacob um drei Kronen gebracht: so bringt nun dieser jenen durch falsche Nachrichten um seine Seemacht" [2]).

Es bedarf nicht des Eingehens auf den Jubel, den die Kunde des Sieges in England hervorrief. Es kommt uns besonders an auf die Kundgebung des Königs Wilhelm gegenüber dem Kaiser.

„Nachdem wir, sagt der König, dem gerechtesten Richter, dem Lenker der Schlachten für den staunenswerthen Erfolg, den er unserer Flotte und derjenigen der Republik verliehen, unseren ehrfurchtsvollen

---

[1]) The life of James. Vol. II, p. 497.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 3. Juni.

Dank dargebracht, liegt uns nichts näher als daß wir diese fröhliche Botschaft mittheilen an Ew. kaiserliche Majestät, die wir vor allen verehren, und der wir alles gleich erfreuliche wünschen [1]. Wir bitten dabei Ew. kaiserliche Majestät, gemäß unserem engeren Bündnisse und unserem gemeinsamen Interesse, erwägen zu wollen, zu welchem Danke wir der göttlichen Gnade verpflichtet sind, durch deren Fügung der Feind nicht bloß in solcher Verblendung die Unsrigen angerannt, sondern dafür auch eine so schwere, ja fast unglaubliche Niederlage erlitten hat. Nachdem er die Drohungen unser Königreich daheim zu überfallen durch alle Welt verkündet, hat der eigentliche Kampf am Morgen des 19./29. begonnen, und sechs Stunden gewährt. Dann jedoch sind in der viertägigen Verfolgung zwanzig der schönsten und stärksten Schiffe vernichtet."

„Daß es also sich gefügt, erfüllt uns mit hoher Freude, theils weil der Sieg unter unserer Flagge errungen ist, eben so sehr jedoch, weil damit der Anfang gemacht zur Niederwerfung des furchtbaren Feindes, nämlich ihm der eine Flügel, mit welchem er hinaneilte zum Dominate von ganz Europa, wie abgeschlagen ist. Denn der eine Erfolg wird eine Vorbedeutung sein der künftigen."

In Betreff der letzten Gedanken haben wir uns zu erinnern, daß, nach der Wiedereinnahme von Mainz durch die Deutschen, die Seeschlacht bei La Hogue die erste große Niederlage war, welche die französischen Waffen in diesem Kriege erlitten.

Minder günstig indessen standen die Angelegenheiten der Verbündeten in Belgien.

Bevor der König von Versailles aufbrach, beschied er vor sich die Präsidenten der höchsten Rathscollegien von Frankreich. Er sähe mit Leidwesen, sagte er, die lange Dauer des Krieges. Darum habe er beschlossen sich an die Spitze seiner Armee zu stellen, und dadurch den Beweis zu liefern, daß er alles thue, was er vermöge, um den Krieg zu beenden. — Wir haben bereits vernommen, daß er ein nächstes bestimmtes Ziel dies Mal nicht angab. Allein dieser Act der Abschiednahme an sich selber war ungewöhnlich. Im Jahre 1672,

---

[1]) Schreiben des Königs vom 2. Juni: Nihil nobis potius erat quam ut faustum hunc nuntium M[ti] V[ae] C[ae] (quam praecipue colimus cuique omnia pariter laeta vovemus) quantocius impertiamur.

vor dem Aufbruche nach Holland, hatte Ludwig XIV. ihn gleichfalls vorgenommen [1]). Demgemäß drängte sich die Vermuthung auf, daß er sich trage mit einem ähnlichen umfassenden Plane.

Wenn auch die Absicht Jacobs II. auf eine Landung in England dem Könige von Frankreich zunächst keinen anderen Nutzen gewährte, so doch jedenfalls den, daß die Initiative in Belgien völlig in seinen Händen lag. Wir haben die Klage des Königs Wilhelm vernommen, daß ihm die in England zurückbehaltenen Truppen abgingen. Und dennoch sah er sich dann genöthigt noch wieder andere dahin zu senden. Am 20./30. Mai ward der Abgang in Belgien auf 20,000 Mann angeschlagen. Dagegen verlautete, daß Frankreich in Piemont und am Oberrheine nicht mehr stehen habe als je 25,000 Mann, daß alles nach Belgien gezogen werde. In Folge dessen trat Heinsius im Namen des Königs und der Generalstaaten zu dem Grafen Windischgrätz, um zu klagen, daß von beiden Orten auch gar nichts geschehe, ja daß, dem Vernehmen nach, der Kaiser noch nicht die Commandirenden ernannt habe. Er bat auf das Dringendste, daß man handeln möge. Ein Feldzugs-Plan für den Oberrhein war festgestellt in einem Kriegsrathe, an welchem mit dem Könige der Kurfürst von Bayern, der Fürst von Waldeck und der General Steinau von der Rhein-Armee Theil genommen. Der König hatte die Hessen dahin abziehen lassen. Er rechnete auf Kursachsen als bereits für die gemeinsame Sache gewonnen. Um so weniger könne es fehlen, wenn von dort aus eine nachdrückliche Diversion erfolge [2]).

Unzweifelhaft war also die französische Armee, die Belgien bedrohete, ungleich stärker als die verbündete. Ludwig XIV., begleitet von der Frau von Maintenon und zahlreichen anderen Damen, traf am 17. Mai bei Mons ein. Dort verfloß eine Reihe von Tagen mit der Schaustellung militärischen Gepränges [3]). Aber welches Ziel hatte dann die französische Heerleitung im Auge? — Den ersten Bewegungen nach konnte es Lüttich sein oder Namur; dennoch erschienen diese Bewegungen den Verbündeten unsicher, veränderlich. Es war bei der sonst gewohnten Raschheit des Handelns der Franzosen eine

---

[1]) Dangeau t. III, p. 66.

[2]) Windischgrätz, vom 20./30. Mai.

[3]) Dangeau t. III, p. 67 et suiv.

auffallende Erscheinung, daß sie über acht Tage mit dem Hin- und Hertasten verloren. Erst am 22. Mai/1. Juni war kein Zweifel mehr: es galt Namur [1]).

In denselben Tagen kam es zur Kunde, daß ein wichtiger Plan von französischer Seite fehlgeschlagen war. Die Gesandten im Haag erfuhren sie spätestens am 31. Mai/10. Juni, an welchem Tage der Graf Windischgrätz dem Kaiser die erste Meldung machte. Demnach ist anzunehmen, daß das Hauptquartier, von wo aus die erforderlichen Schritte gethan wurden, bereits einige Tage früher Kenntnis hatte. Der Plan liegt uns vor in dem Urtheile des Kriegsgerichtes, welches gefällt wurde am 11. August 1692. Die Thatsache selbst jedoch gehört der Zeitfolge gemäß zu Ende Mai oder Anfang Juni, wo sie entdeckt wurde. Es handelt sich, wie bemerkt, um einen Plan von französischer Seite. Der Leser wird aus den Thatsachen, welche vorliegen in der Begründung des kriegsgerichtlichen Spruches, selber zu entnehmen haben, welche Personen unter dieser Bezeichnung zu verstehen sind [2]).

Im Sommer 1691 reichte ein gewisser Dumont dem französischen Kriegsminister Louvois einen Vorschlag ein, den König Wilhelm III. zu ermorden. Louvois starb darüber hin. Sein Sohn und Nachfolger, Barbesieux, fand, wenige Tage nach dem Tode seines Vaters, das Project zusammen mit einer Anweisung von dreißig Pistolen für Dumont. Barbesieux ließ das Geld zahlen und nahm das Project auf. Mitwisser desselben waren der Kriegszahlmeister Paparel und Rebenac. Durch den letzteren wurde ein gewisser Bartholomäus von Liniere, Ritter und Herr von Grandval, mit Dumont bekannt gemacht. Dieser Grandval trat mit ein in den Plan. Er hatte darüber verschiedene Besprechungen mit Paparel und Barbesieux. Der Letztere sagte darin: er habe Verdacht, daß sein Vater vergiftet sei auf Veranstaltung des Prinzen von Oranien: dafür wolle er sich rächen. Barbesieux, welcher von Dumont die Nennung seines Namens befürchtete, bewies dem

---

[1]) Bericht aus dem Hauptquartier an Windischgrätz, vom 2. Juni: Il paroist tant d'incertitude et d'irrégularité dans leur conduite, et on est si peu accoustumé à leur voir perdre 8 ou 10 jours de temps, comme ils ont fait, qu'on ne sait quel jugement on doit faire de leurs mouvements.

[2]) Das Urtheil ist abgedruckt bei Sylvius t. IV, b. 34, p. 115. — Man vgl. Wagenaar b. LXII, p. 13.

Grandval größeres Vertrauen. Ferner ward hereingezogen Parker, Oberst im Dienste des Königs Jacob. Parker versicherte dem Grandval auch seinerseits schon mit Louvois einen Plan dieser Art erwogen zu haben. Damals, im Sommer 1691, kam man überein, daß Dumont sich in das verbündete Lager begeben und dem Könige, bei der Inspection der Wachen, auflauern solle, um ihn zu erschießen, daß inzwischen Grandval und Parker mit 1500 Reitern bereit stehen sollten zur Aufnahme von Dumont. Der Marschall Luxemburg erhielt von Barbesieux die erforderlichen Befehle zu Gunsten von Dumont. Dieser und Grandval machten sich im September 1691 auf den Weg. Es fand sich jedoch keine günstige Gelegenheit. Der Feldzug war zu Ende. Dumont begab sich nach Hannover. Grandval kehrte nach Paris zurück. Von hier an tritt der Letztere in den Vordergrund.

Er erklärte sich dem Barbesieux bereit, den im Jahre 1691 fehl geschlagenen Plan im Jahre 1692 auszuführen. Von da an nahm auch Chamlay Theil. Grandval unterhielt während des Winters eine Correspondenz mit Dumont. Barbesieux hatte von derselben Kunde, und wies Grandval an, was er zu antworten habe.

Mochte inzwischen bei Dumont sich das Gewissen geregt, oder die Betrachtung überwogen haben, daß von der Entdeckung ein höherer Gewinn zu erwarten, als von der Ausführung: er machte Eröffnungen vor dem Herzoge Georg Wilhelm zu Celle. Dieser ließ durch den Ritter Colt den König Wilhelm in Kenntnis setzen. Wilhelm beachtete die Warnung. Aber es war die Frage, wie dem Grandval beizukommen, wie er zu hindern sei.

Man fand ein besonderes Mittel. In London hielt sich ein Holländer auf, Namens Leefdaal, früher Hauptmann in holländischen Diensten, welche er misvergnügt verlassen. Er war Katholik, konnte also sich in Frankreich frei bewegen. Man forschte bei ihm, ob er den Auftrag übernehmen würde in Paris das Vertrauen von Grandval zu gewinnen, und demgemäß zu handeln [1]). Leefdaal erfand sich willig. Im März 1692 kam er in Paris an.

[1]) Die offizielle Schrift sagt nichts von diesem Auftrage, Allein er liegt in dem Causalnexus handgreiflich vor.

Er machte Bekanntschaft mit Grandval. Dieser gab bald Andeutungen über seinen Plan [1]). Leefdaal zeigte sich geneigt mit einzutreten. Grandval weihte ihn völlig ein. Er führte ihn zu Barbesieux und Chamlay. Der letztere verhieß große Belohnungen. Am 16. April begaben sich Grandval, Leefdaal und Parker nach St. Germain, um mit dem Könige Jacob, welcher Kenntnis von dem Plane hatte, zu reden und Abschied von ihm zu nehmen. Grandval hatte Audienz im Beisein der Königin. Jacob sagte ihm: „Parker hat mich von Ihrer Angelegenheit in Kenntnis gesetzt. Wenn Sie mit den anderen Offizieren mir diesen Dienst erweisen: so soll es Ihnen nie an etwas mangeln" [2]). Dumont nannte in seinem späteren Verhöre als Mitwisserin auch die Frau von Maintenon.

Grandval blieb inzwischen mit jenem Dumont in Hannover in beständiger Correspondenz. Er forderte ihn auf sich nach Uden in der Grafschaft Ravenstein zu begeben, wo sie drei, Dumont, Grandval, Leefdaal, die entscheidende Verabredung treffen würden. So im April und Anfang Mai 1692. Er drängte um Eile, weil bei dem Zustande der Dinge in England der König vielleicht dahin zurückkehren könnte. Der damals, im Mai 1692, zwischen Chamlay, Grandval und Leefdaal festgestellte Plan war, daß Dumont sich in einen Versteck bergen sollte, um von da aus den König Wilhelm zu erschießen, wenn er die Wachen besichtigen oder zum Recognosciren ausreiten würde. Chamlay werde in der Nähe sich bereit halten mit 3000 Reitern. Im Uebrigen war Grandval der Ansicht, daß nicht viel daran gelegen sei, wenn auch Dumont dabei gefangen würde. Grandval und Leefdaal erhielten von Chamlay die letzten Befehle, nämlich sich nach Mons zu begeben und dort seiner zu harren. Sie reisten dahin ab am 17. April.

---

[1]) Wenn dem Bischof Burnet völliger Glaube beigemessen werden darf, so hat Grandval auch Anderen gegenüber seinen Plan nicht verschwiegen. Vol. II, p. 115

[2]) Die Aussage Grandvals: dat hy, Gevangen, met den voornoemden Leefdaal en den Collonel Parker, op den 16 April van deesen Jaare 1692, is gegaan na St. Germain, omme wegens het voorsz. Desseyn met den koning Jacob, die daarvan mede kennisse hadde, te spreeken, en afscheydt van hem te nemen. Dat hy, Gevangen, als doen van koning Jacob in presentie van de koniginne audientie heeft gehadt, en dat koning Jacob aan hem seyde: Parker heeft my van U. affaire geinformeert: indien gy my met de andere Officieren dien dienst doet, soo en zal U. noyt yetwes manqueeren.

Unterwegs eröffnete Grandval dem Leefdaal noch seine weiteren Hoffnungen. Wenn sein Plan glücke, so werde damit die Allianz wider Frankreich zerbrochen. Alle Fürsten würden ihre Truppen zurückziehen. Belgien, dadurch völlig entblößt, würde dem Könige von Frankreich zufallen. Der König Jacob würde sein Reich wieder erlangen.

Einige Tage warteten Grandval und Leefdaal in Mons auf Chamlay. Als er nicht erschien, dagegen das Gerücht von einem Aufstande in Schottland sich erhob, und die Meinung geäußert wurde, daß nun der König Wilhelm zurückkehren würde, drängte Grandval auf die Weiterreise zu der Zusammenkunft in Ravenstein. „Wenn wir nicht sofort gehen, sagte er, so laufen wir Gefahr unser ganzes Glück einzubüßen.“ Die Reise ging über Brüssel und Antwerpen.

Bis dahin auf französischem Boden hatte Leefdaal wie im vollen Einverständnisse mit Grandval gehandelt. Von Brüssel aus beschied er einen Bruder aus Delft zu sich. Diesem theilte er die ganze Sache mit, zum Zwecke der Meldung an den Grafen Athlone, der in der Nähe stand, und mit dem Rathe in Eindhoven ihn selber und Grandval gefangen zu nehmen. So geschah es. Sie wurden nach Hertogenbosch gebracht, vor den Prinzen von Nassau-Saarbrück. Grandval kannte noch nicht die eigentliche Gefahr. Er trat auf wie sorglos und verlangte Feder und Tinte, weil er es vorziehe schriftlich zu antworten. Dann jedoch fiel schreckensvoll in sein Ohr die Frage, ob er Dumont kenne. Die Feder entsank seiner Hand. Er wurde ins Hauptquartier gebracht. Auch Dumont erschien dort, freiwillig oder vorgeladen. Leefdaal ward von Anfang an auf freien Fuß gestellt, Dumont ward bewacht, Grandval in Eisen geschlossen. Er erbot sich zum freiwilligen Geständnisse.

So die Thatsachen gemäß diesem Geständnisse in dem Urtheile des Kriegsgerichtes. Es ergibt sich also daraus die Gleichzeitigkeit des Mordplanes mit demjenigen der Landung in England. Von diesem Puncte aus beginnt das Gebiet der Vermuthungen, welches wir, weil weitere feste Anhaltspuncte fehlen, nicht betreten. Wir werden den Spruch des Kriegsgerichtes und das Verhalten des Königs Wilhelm gegenüber dieser Angelegenheit einige Monate später vernehmen.

Die Gefangennahme des Grandval fiel etwa gleichzeitig mit der französischen Umschließung von Namur. Wir kehren dahin zurück.

Am 26. Mai traf Ludwig XIV. persönlich vor dieser Stadt ein. Er selbst hat eine Beschreibung dieses seines Feldzuges sofort nachher angefertigt und der Oeffentlichkeit übergeben [1]). Wir haben sie zu beachten, nicht sowohl wegen der Thatsachen an sich, als wegen der Einkleidung, in welcher jene, nach der Absicht des Königs, der französischen Nation erscheinen sollten.

Der König blickt im Beginne dieser seiner Beschreibung mit Selbstzufriedenheit zurück auf die bisherigen vier Jahre des Krieges. Er hebt hervor, daß Frankreich, welches im Beginne erdrückt zu werden schien durch die Ueberlast seiner Feinde, nach allen Seiten ringsum die Vertheidigung gewandelt habe in den Angriff. Ludwig XIV. spricht die Ansicht aus, daß die hauptsächliche Hoffnung der Allianz seiner Gegner sich gegründet habe auf die hohe Meinung, welche alle Mitglieder derselben hegten von dem großen Geiste des Prinzen von Oranien, ihres Hauptes und Leiters, und daß dieser Prinz selber nicht ermangelt habe ihnen zu schmeicheln mit allen denjenigen Illusionen, für deren Aufnahme er sie fähig hielt.

Wir haben dagegen aus den Reden des Königs Wilhelm seinen Verbündeten gegenüber oft ersehen, daß er durchaus nicht geneigt war, die Furchtbarkeit der concentrirten Macht des gemeinsamen Gegners zu unterschätzen. Er war es auch dies Mal nicht.

Namur, nach der Darstellung des Königs Ludwig XIV., wurde angesehen als das feste Bollwerk für Brabant, für das Land Lüttich, für die Republik der Niederlande selbst, für einen Theil von Norddeutschland. Am Zusammenflusse der Maas und der Sambre gelegen, beherrschte die Stadt beide Ströme. Sie hatte eine starke Besatzung von 16,000 Mann. Ludwig XIV. selbst übernahm es, wie er erzählt, die Belagerung zu leiten. Eine andere Armee, aufgestellt zur Beobachtung der Feinde, und darum bestimmt das Feld zu halten, stand unter der Führung des Marschalls Luxemburg.

„Die Armee der Verbündeten, sagt Ludwig XIV., sammelte sich in der Umgegend von Brüssel. Täglich rückten Truppen von allen Arten von Nationen heran. Sie betrugen schon etwa 100,000 Mann, unter der fast absoluten Direction des Prinzen von Oranien.

---

[1]) Oeuvres de Louis XIV. t. IV, p. 341 et suiv.

Man kann ermessen, wie sehr diese fast wunderbare Truppenzahl den Sinn der Verbündeten aufblähete. Sie verlangten aufs schleunigste zu marschiren, und hielten sich für sicher, den König in das Herz seines Königreiches zurückzujagen. Er ward stündlich genau unterrichtet über ihre Anzahl und ihre Bewegungen, und hielt sich im Stande sie wohl zu empfangen."

Die Verbündeten hegten nicht die Ansichten, die Ludwig XIV. ihnen hier beimißt. Am 26. Mai/5. Juni schrieb der König Wilhelm III. von Meldert aus an Heinsius: die Stadt Namur werde lebhaft bedrängt. Allein wenn auch er die Stadt nicht mehr retten könne, so doch die Citadelle. Er habe nicht eher eintreffen können. Erst am folgenden Tage werde er die Brandenburger an sich ziehen[1]). Während der König diese Worte schrieb, capitulirte die Stadt Namur.

Im Lager der Verbündeten galt die Ansicht, daß in Namur ein Verrath statt gefunden. Die Contrescarpe und das Ravelin seien genommen, ohne daß die Besatzung einen Schuß gethan. Windischgrätz berichtet aus dem Haag, daß diese Ansicht nicht bloß aus dem Hauptquartiere stamme, sondern daß auch nach anderen Anzeichen man nicht wohl anders urtheilen könne. Der König Wilhelm nannte in einem Schreiben an Heinsius die Vertheidigung der Stadt eine infame. Um so stärker wuchs sein Eifer für den Entsatz der Citadelle. Die Armeen rückten einander nahe. Am 9. Juni standen die Vorposten auf den beiderseitigen Ufern der Mehaigne. Es war ein Bach, aber mit tief eingeschnittenem Bette, angefüllt in Folge des starken Regens. Der König Wilhelm ließ die Anstalten treffen, am nächsten Tage mittels Brücken den Bach zu überschreiten. Der Marschall Luxemburg, diese Absicht erkennend, schrieb am Abende des 9. an Ludwig XIV.: „Morgen, wenn der Feind herüber kommt, sind Ew. Majestät unbeschränkter Herr über die gesammten Niederlande" [2]).

Die Nacht hindurch und den folgenden Tag goß aufs neue der Regen nieder, unabläßig. Die Mehaigne trat aus. „Sie ist nicht zu überschreiten," meldet der König Wilhelm am 2./12. Juni. Am 5./15. Juni berief er abermals über diese Frage den Kriegesrath. Die Mitglieder

---

[1]) Bericht des Grafen Stratemann vom 9. Juni. — Grovestins t. VI, p. 341.

[2]) Dangeau t. III, p. 88.

stimmten überein, daß die Stellung des Marschalls Luxemburg hinter der Mehaigne unangreifbar sei.

„Daß es zu einer Schlacht komme, meldet damals der Graf Stratemann aus dem Hauptquartiere nach Wien, wünscht Niemand sehnlicher als der König von England. Er hat sich abhalten lassen nur durch das Votum der Generale. Sie haben ihm entgegen gestellt, daß man die ganze Armee aufs Spiel setze, von welcher das Schicksal von Europa abhange" [1]).

Andererseits hatte der König gehofft auf die von ihm mit Nachdruck geforderte Diversion am Oberrheine. Diese setzte jedoch voraus das aufrichtige Eintreten von Kursachsen. Es erfolgte nicht. Die Unterhandlung des Kaisers mit Johann Georg IV. brachte kein Ergebnis. Die sächsischen Truppen wurden heim berufen. Demnach blieb die Armee des Oberrheines für die Aggressive zu schwach. Die französische Armee in Belgien hatte nicht nöthig sich um jener willen zu schwächen.

Am Abend des 20./30. Juni 1692 capitulirte auch die Citadelle von Namur.

„Am 3. Juli, heißt es in dem Berichte Ludwigs XIV., brach der König auf zur Rückkehr nach Versailles. Er war um so mehr zufrieden mit seiner Eroberung, da diese große Expedition einzig und allein sein Werk war. Er hatte sie unternommen auf seine eigene Einsicht, und sie ausgeführt, so zu sagen, mit eigenen Händen, im Angesichte aller feindlichen Kräfte. Er hatte, vermöge der Erstreckung seiner Voraussicht, alle ihre Plane durchkreuzt, und die Subsistenz seiner Armee gesichert. Mit Einem Worte: er hatte, ungeachtet aller Hindernisse, die man ihm entgegen gestellt, ungeachtet der wechselvollen Witterung, die in allem ihm ungünstig war, in fünf Wochen eine Festung errungen, welche die erfahrensten Heerführer für uneinnehmbar hielten. Er hatte mithin triumphirt, nicht bloß über die Stärke der Wälle, über die Schwierigkeiten des Bodens, über den Widerstand der Menschen, sondern auch über die Unbill der Witterung und, so zu sagen, über die Hartnäckigkeit der Elemente."

---

[1]) Stratemanns Berichte vom 9., 10. und 20. Juni. — Bericht des Grafen Windischgrätz vom 13. Juni. — Grovestins t. VI, p. 342 et suiv.

„Man hat in Europa, fährt Ludwig XIV. fort, sehr verschieden gesprochen über das Verhalten des Prinzen von Oranien während dieser Belagerung. Viele haben gemeint die Gründe zu kennen, welche ihn gehindert haben eine Schlacht zu liefern, und zwar bei einer Gelegenheit, wo es schien, daß er alles daran setzen mußte, um die Wegnahme einer so wichtigen Stadt zu hindern, deren Verlust ihm ein immer währender Vorwurf sein würde. Man hat sogar Beweggründe angeführt, die ihm nicht zur Ehre gereichen. Will man indessen ohne Leidenschaft über einen Fürsten urtheilen, dessen Tüchtigkeit Anerkennung fordert: so darf man sagen, daß das von ihm eingeschlagene Verfahren sich ergibt als Weisheit. Die Erfahrung der Vergangenheit hatte ihn belehrt, wie unnütz es sei, sich einem Plane entgegen zu stellen, den der König selbst ausführte. Der Prinz hat Namur verloren gegeben von dem Augenblicke an, wo er wußte, daß der König es in Person belagerte. Ferner sah er den König an der Spitze zweier furchtbarer Heere vor den Thoren von Brüssel. Deshalb glaubte er nicht eine Schlacht wagen zu dürfen, deren Verlust denjenigen der Niederlande nach sich gezogen haben würde, und vielleicht, durch die Auflösung der Allianz, deren Bildung ihm so viele Mühe gekostet, seinen eigenen Untergang."

So der König Ludwig XIV. Wir haben die Worte des Königs Wilhelm III. gegenüber zu stellen. Einige Monate später nämlich warf er in einer Unterredung mit dem Grafen Windischgrätz einen Rückblick auf den ganzen Feldzug. „Ich fand, sagte er, den König von Frankreich von Anfang an in einer so vortheilhaften Position, daß ein Angriff auf dieselbe mir der Vernunft nicht zu entsprechen schien. Es waren dennoch in meiner Umgebung Einige, welche riethen, man müsse alles an alles setzen. Ich überlegte mir die Sache aufs reiflichste, und fand nach allem Erwägen ein solches Unternehmen unverantwortlich. Andererseits sah ich vorher, daß man mich als furchtsam ausschreien werde. Ich habe jedoch lieber dies über mich ergehen lassen wollen, als jenes Wagnis auf mich nehmen, zumal da ich doch auch zuversichtlich hoffe, daß dieser Vorwurf nur bei wenigen Menschen Glauben finden wird" [1]).

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 17. October 1692.

Ludwig XIV. malt an jener Stelle weiter die Bestürzung seiner Gegner. In dieser Beziehung hatte er Recht. „Die Holländer stehen so consternirt, meldet der Graf Windischgrätz, daß sie haschen nach Trost.“ Andererseits jedoch kargten sie auch nicht mit Vorwürfen. „Die Langsamkeit unserer Verbündeten am Oberrhein und in Piemont, sagten sie, trägt an allem die Schuld“ [1]).

Nicht anders dachte der König Wilhelm selbst, so jedoch, daß seine Anklage sich richtete gegen ein bestimmtes Object, eine bestimmte Persönlichkeit. In seinem Namen trat am 9. Juli Dykvelt im Hauptquartiere zu dem kaiserlichen Gesandten, dem Grafen Stratemann, und redete wie folgt.

„Der Fall von Namur geht dem Könige täglich mehr zu Herzen. Denn die Besorgnis vor dem unvermeidlichen Verluste des noch übrigen Belgien steigt rasch. Dieser Verlust würde die benachbarten Mächte zu einem Sonderfrieden zwingen, oder doch sie außer Stande setzen, für die gemeinsame Sache beizutragen wie bisher. Dagegen gibt es kein anderes Mittel, als daß alle Verbündete insgesammt und nachdrücklich am Kriege Theil nehmen. Namur ist verloren, weil man am Rheine und in Piemont bis in den Monat Juli hinein dem Feinde Zeit gelassen, seine völlige Macht gegen Belgien anzuwenden, so daß er, ungeachtet der starken und wohl ausgerüsteten Armee der Verbündeten, dennoch an Zahl überlegen war. Zugleich befand er sich in einer so günstigen Stellung, wie sie die Gelegenheit dieses Landes hier überall zu nehmen verstattet, daß nach sorgfältiger Erwägung der Angriff auf dieselbe, weil im unglücklichen Falle verderblich, nicht rathsam befunden werden konnte. Unterdessen aber werden die Länder ausgemergelt, und es wächst die Besorgnis heran, daß endlich Vielen die Neigung vergehen werde, einen so kostbaren und so schädlichen Krieg fortzusetzen. Das einzige Mittel zur Ermuthigung ist eine Haupt-Unternehmung am Oberrhein oder in Piemont. Daß jedoch in diesem Jahre dazu geringe Aussicht, liegt in der Thatsache vor, daß weder Magazine noch Material sich vorräthig finden.“

„Der König weiß sehr wohl, daß dem Kaiser die Schuld daran im geringsten nicht aufgebürdet werden darf. Denn der Kaiser ist selbst

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 8. Juli.

verwickelt in einen kostbaren Krieg mit den Türken. Er hat ferner alles was in seiner Macht stand gethan, um die Operationen zu beschleunigen. Anders jedoch ist es mit den Reichsfürsten. Sie tragen geringe Sorge für Magazine, für andere Kriegserfordernisse. Daher erscheinen sie spät im Felde, und sind dann noch dazu außer Stande, etwas mit Nachdruck zu unternehmen. Endlich gar hat der Kurfürst von Sachsen seine Truppen zu so ungeeigneter Zeit heim berufen, daß ihm hauptsächlich der unglückliche Fortgang dieses Feldzuges zur Last fällt."

„Nun aber ist dem Kaiser wie allen anderen Mitgliedern der Allianz bekannt, daß dieses Verfahren des persönlich wohlgesinnten Kurfürsten zuzuschreiben ist den schädlichen Rathschlägen des Hans Adam von Schöning. So lange die Angelegenheiten in Dresden in den Händen dieses Mannes beruhen, ist von dort her nichts Gutes zu erwarten. Es ist notorisch, daß er von Frankreich Geld genommen, und noch heute von da her eine Pension bezieht. Es ist ferner notorisch, daß er, wider den klaren Wortlaut der am Reichstage angenommenen und publicirten Verbote, französische Emissäre in das Reich einführt, daß er durch seine Einflüsterungen den Kurfürsten dem Reiche abwendig macht. Demnach ist, wenn Schöning in seinem bisherigen Stande verbleibt, auch für die Zukunft nichts Besseres zu erwarten."

„Der König spricht daher dem Kaiser den Wunsch aus, daß Schöning entfernt werde. Durch Unterhandlung ist dabei wenig auszurichten; denn Schöning wird sie vereiteln. Zunächst würde erforderlich sein die Ueberwachung des Schöning im Reiche durch die kaiserliche Autorität, dann aber, sobald er Böhmen oder ein anderes kaiserliches Erbland beträte, seine Gefangennahme und Wegführung. Dies würde den Kurfürsten von Sachsen allerdings erregen; aber der König von England, die Generalstaaten, der Kurfürst von Brandenburg und die anderen Verbündeten, sind bereit den Kurfürsten zu beschwichtigen und aller Orten ihre Zustimmung geltend zu machen. Demgemäß wird Schöning für sein unverantwortliches Verhalten gestraft, allen Anderen im Reiche ein heilsames Exempel vorgestellt, die Autorität des Kaisers im Reiche gekräftigt, endlich der an sich wohlgesinnte Kurfürst Johann Georg IV. der gemeinsamen Sache wieder gewonnen."

„Wenn dann auch, wider Verhoffen, der Friede mit den Türken nicht erfolgt, so wird man doch im nächsten Frühlinge am Oberrheine eine starke Armee haben, befähigt zu einer nachdrücklichen Diversion."

„Ich spreche dies, schloß Dykvelt, auf ausdrücklichen Befehl des Königs, mit der angelegentlichen Bitte alles dem Kaiser zu berichten. Der König und die Generalstaaten halten sich versichert, daß der Kaiser diesem ihrem Rathe Beachtung schenken werde."

So der Bericht Stratemanns am 9. Juli von Genappe aus. Noch bevor der Rath gegeben oder die Bitte gestellt wurde, hatte der Kaiser, am 3. Juli, derselben entsprechend gehandelt.

Hans Adam von Schöning besaß die bei seiner Stellung fast unglaubliche Dreistigkeit, sich zum längeren Aufenthalte nach Teplitz in Böhmen zu begeben. In der Morgenfrühe des 3. Juli ward dort das Haus, in welchem er sich befand, von 200 Mann Soldaten umstellt. Die Dienerschaft weckte ihn. Er befahl auf die Soldaten zu feuern. Es geschah, und einer oder mehrere stürzten. Die Soldaten jedoch stürmten ein. Schöning ward gefangen, und, gemäß dem Befehle von Wien aus, nach dem Spielberg in Mähren gebracht[1]).

Die Nachricht erregte große Befriedigung in London, im Haag, im Hauptquartiere in Belgien, heftige Erbitterung dagegen in Dresden bei dem Kurfürsten Johann Georg IV.[2]). Er gab zu, daß Schöning in Correspondenz mit dem Franzosen d'Asfeld gestanden. Dies sei nicht zu rechtfertigen, jedoch zu entschuldigen. Die Anklage dagegen, daß Schöning französisches Geld genommen, verneinte er als unbeweisbar. Er verlangte die Freilassung. Es ist merkwürdig, daß er den König Wilhelm III. bittet, um des Gemeinwohles willen dafür seine Autorität bei dem Kaiser geltend zu machen[3]). Anders dachte der König. Er sagte zu Stratemann: „Um dem Kurfürsten alle Hoffnung für Schöning zu benehmen, ist das allein geeignete Mittel

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 34. p. 112.

[2]) Die Berichte von Hoffmann, Windischgrätz, Stratemann, vom 18. Juli, 25. Juli.

[3]) Das Schreiben des Kurfürsten an Wilhelm III. in Lünigs: Literae Procerum Europae t. III, p. 374.

ein kurzer Prozeß". Bei diesen Worten legte er bezeichnend die Hand an den Hals [1]).

Allein einem Verfahren dieser Art stand in Wien entgegen, daß man, ungeachtet aller Verdachtsgründe, dennoch vor dem Kurfürsten von Sachsen einen Beweis nicht geltend machen konnte. Dykvelt hatte in jener Rede zu Stratemann den Ausdruck gebraucht: es sei notorisch, daß Schöning französisches Geld genommen. Der Ausdruck darf nach der allgemeinen Meinung in Europa als berechtigt angesehen werden. Der Venetianer Pietro Venier in Paris bedient sich fast eben derselben Worte [2]). Aber eine Notorietät solcher Art ersetzt nicht einen juridisch gültigen Beweis. Der Kaiser verlangte also von dem Könige Wilhelm bestimmteren Nachweis. Auf die Frage Stratemanns erwiederte er: „Ich habe allerdings genaue Kenntnis, weiß aber sonst keinen zu nennen". Stratemann drängte weiter: der Beweis würde doch zu erbringen sein. Es schwebe ihm vor, daß der König selbst ihm einmal gesagt, das eigene Bekenntnis des Schöning zu besitzen. Schöning habe darin sich erboten, die französische Partei zu verlassen, wenn man ihm von verbündeter Seite die gleiche Summe bezahle, die er bisher von Frankreich bezogen. „Allerdings, entgegnete der König. Allein da diese Sache mir allein bekannt, so kann ich nicht als Zeuge auftreten." — Stratemann fügte seinem Berichte an den Kaiser hinzu: auch aus früheren Aeußerungen wisse er, daß der König die Beweismittel zur Ueberführung des Schöning in Händen habe [3]). Diese Thatsache dürfte demnach unzweifelhaft sein. Allein die Weigerung des Königs ein an ihn selber gerichtetes Schreiben auszuliefern, oder überhaupt sich persönlich zu betheiligen, gereichte dem Schuldigen zur Rettung seines Lebens. Nur blieb er in Haft. Der Kurfürst Johann Georg IV., so heftig er anfangs erregt war, fügte sich in die Thatsache [4]).

---

[1]) Stratemanns Bericht vom 25. Juli.

[2]) Nachdem Venier von dem Gelde gesprochen, welches Frankreich für Werkzeuge und Emissäre an den deutschen Höfen aufwandte, fährt er fort: Il successo del general Sconingh etc. è publico. Bei Barozzi e Berchet: Francia t. III, p. 550.

[3]) Stratemanns Bericht vom 1. September.

[4]) Desgl. vom 5. August, mit Bezug auf Heeckerens Bericht aus Dresden vom 25. Juli.

Den König Wilhelm drängte es unterdessen mit dem Feinde zusammen zu kommen. Am 31. Juli nahm der Marschall Luxemburg seine Stellung zwischen Enguien und Steenkerken. Der König hielt dieselbe für angreifbar. Am 2. August entwarf er die Dispositionen. Man hat Gewicht darauf gelegt, daß der Marschall Luxemburg sich täuschen ließ durch einen Secretär des Kurfürsten von Bayern, welcher ihm oft Nachrichten gab, und welcher, nachdem dies entdeckt, vom Könige Wilhelm gezwungen wurde eine falsche Nachricht zu geben. Allein das Wesen der Sache war, daß der Marschall Luxemburg eine mit Wald und Busch bedeckte Anhöhe vor seinem rechten Flügel nicht besetzt hatte, und daß der König diese Höhe zu gewinnen trachtete. Der Herzog von Württemberg mit vieler Infanterie erhielt den Befehl diese Anhöhe zu nehmen. Es gelang. Dann erst erkannte der Marschall Luxemburg, daß von dem Wiedergewinne derselben für sein Heer alles abhange. Es entbrannte daher ein mörderischer Kampf, der den Nachmittag hin und her wogte. Einer der Berichte sagt kurz: es wurde kein Quartier gegeben. Viele Stunden hindurch hielten die verbündeten Truppen die Waldeshöhe. Gegen Abend jedoch gelang es Luxemburg, den General Boufflers mit frischen Truppen und starker Artillerie heranzuziehen. Die holländische Brigade Fagel, unter dem Commando des Prinzen von Nassau-Saarbrück, litt großen Schaden. Die Nacht nahte heran, das Terrain war eng. Der König befahl den Rückzug. Die verbündete Armee begab sich geordnet wieder in die Quartiere, die sie, zum Zwecke des Angriffes, am Morgen verlassen hatte [1]).

Der Angriff der Verbündeten war zurückgewiesen, und darum der Sieg auf französischer Seite. Der Menschenverlust auf beiden Seiten war unsäglich: derjenige der Franzosen größer. Die Liste ihres Verlustes an Todten und Verwundeten beträgt etwa 7000, diejenige der Verbündeten reichlich 5000 Mann [2]).

Wichtig ist vor allen Dingen das eigene Urtheil des Königs Wilhelm, wie er dasselbe aussprach um zwei Monate später zu dem

---

1) Der offizielle Bericht Dykvelts als Feld-Deputirten an die Generalstaaten bei Sylvius t. IV, b. 34, p. 117. — Außerdem dort eine Reihe anderer, auch der nicht-offizielle eines Franzosen. — Der Bericht Stratemanns an den Kaiser entspricht ziemlich genau demjenigen von Dykvelt. — Mémoires de Berwick I, p. 74.

2) Bei Sylvius p. 121.

Grafen Windischgrätz, mit folgenden Worten: „Mein Angriff auf die Franzosen bei Steenkerken war so eingerichtet, daß ich mit Sicherheit wußte nicht viel verlieren zu können, daß ich dagegen die Chance hatte, den Feind zu schlagen bis zur Vernichtung. Es war nahe daran." Er schwieg eine Weile. Dann, indem er die Hand erhob und sie wendete, fuhr er fort: „Es fehlte nur noch an einem Handumdrehen. Es ist nicht geschehen, und ich verehre in Demuth die göttliche Providenz, die es nicht zugelassen". Wiederum schwieg er eine Weile. Dann wiederholte er: „Bemerken Sie wohl: nur um einen Augenblick handelte es sich, dann wäre die gesammte französische Infanterie auf dem Platze geblieben" [1]).

Vielleicht dürfte es scheinen, als habe der König Wilhelm III. hier die Lage der Dinge während eines Momentes der Schlacht als zu günstig aufgefaßt. Allein es liegt ein vertrauliches Schreiben eines französischen Offiziers vor, welches jenen Worten durchaus entspricht. Er macht dem Marschalle Luxemburg zuerst die Nicht-Besetzung jener waldigen Höhe zum Vorwurfe. Dann schreibt er seinem Freunde: „Ich versichere Ihnen, daß eine ganze Stunde hindurch die Unordnung bei uns sehr groß war, und gar Viele, die in den Zeitungen als kaltblütige Helden erscheinen werden, fanden sich da innerlich sehr beengt. Um zwei Uhr Nachmittags drangen die Feinde mit unwiderstehlicher Gewalt vor, gelangten bis an unsere Artillerie, deren sie auch für einige Zeit sich bemächtigten, und erst nach einem langen, heftigen, überaus blutigen Gefechte wurde die Waldeshöhe wieder gewonnen. Ueber den dann erfolgenden Rückzug der Feinde waren wir von unserer Seite mehr als wohl zufrieden" [2]).

Die ersten Tage nach dem Blutvergießen von Steenkerken verblieben beide Armeen in den Stellungen, welche sie zuvor eingenommen. Dann verlegte Luxemburg die seinige um eine Stunde weiter zurück — an eine Oertlichkeit, in der er unangreifbar war. Er ließ 800 Verwundete im Lager zurück, und sandte an den Fürsten von Waldeck

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 17. October 1692.

[2]) Das Schreiben bei Sylvius t. IV, b. 34, p. 120. Aehnlich der Marschall Berwick in Mémoires I, p. 75.

die Bitte sie gut zu behandeln, wie er das bei einer anderen Gelegenheit auch gethan. Waldeck versprach es [1]).

Wenn auch immer die Schlacht von Steenkerken an sich für den Feldzug keine Entscheidung gab: so übte sie dieselbe nach einer anderen Seite. Der Kern der Gedanken des Königs, das nächste Ziel seiner Wünsche für diesen Feldzug, war der Wiedergewinn von Namur. In seiner Correspondenz des Sommers 1692 heißt dies Object der große Plan, le grand dessein. Demselben wurden die anderen untergeordnet, demgemäß auch derjenige einer Landung in Frankreich.

Der große Seesieg von La Hogue hatte diesem letzteren Plane neues Leben gegeben. Die Ausführung wurde einerseits dem Admiral Russel anvertraut, andererseits dem Herzoge von Leinster, dem ältesten Sohne des einstigen Marschalls Schomberg. So auffallend es klingt, der Admiral stand mit dem Könige Jacob in Correspondenz nach La Hogue wie vorher. Er hatte sich geäußert: durch diese Niederlage stehe es um den König Jacob nicht schlechter als zuvor: nun habe er, Russel, es in seiner Macht ein zweiter Monk zu werden. Der König Jacob ließ ihn darüber befragen. Russel erwiederte zustimmend, beharrte jedoch bei den früheren Bedingungen einer allgemeinen Amnestie und einer festen Beschränkung der königlichen Gewalt [2]). Diese Correspondenz von Russel mit dem Könige Jacob mochte nicht geahnt werden: thatsächlich lag dagegen als Hindernis des Planes einer Landung in Frankreich offen vor Augen seine Uneinigkeit sowohl mit Leinster, dem Commandanten der Landungstruppen, als namentlich mit dem Staats-Secretär Nottingham [3]). Eben so auffallend erscheint, daß man als Object der Landung in Aussicht genommen St. Malo, also denselben Ort, welcher vor La Hogue in der Correspondenz zwischen Russel und dem Könige Jacob in dieser Beziehung genannt wird. Bereits im Juli wußte man in London, daß die Felsen von St. Malo mit Kanonen gespickt waren. Die Erwartungen von dem Plane der Landung standen schon damals tief [4]).

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz, vom 15. August.

[2]) The life of James. Vol. II, p. 499.

[3]) Stratemanns Bericht vom 22. August.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 15. Juli.

Der Verlust bei Steenkerken einerseits, das Festhalten des Königs Wilhelm andererseits an der Absicht des Wiedergewinnes von Namur, bewog ihn bei dieser Lage der Dinge für das laufende Jahr den Plan der Landung in Frankreich aufzugeben. Die dazu bestimmten fünfzehn Bataillone erhielten den Befehl sich nach Belgien einzuschiffen. In den ersten Tagen des Monates September landeten sie in Ostende [1]).

War der Waffengang von Steenkerken für den König Wilhelm III. ungünstig ausgefallen: so trug er einige Tage später einen wichtigen moralischen Erfolg davon durch den Ausgang des Prozesses Grandval.

Am 11. August 1692 erfolgte das Urtheil über Grandval. Das Kriegsgericht bestand aus dem Grafen Athlone als Vorsitzendem; ferner den Generallieutenants Sgravemoor und Talmash; den Generalmajoren La Forest, van Weede, gewöhnlich Dykvelt genannt, Grafen Noyelles, Zobel; den Brigadiers Churchill und Ramsay; endlich zwei Juristen. Zu Eingang des Urtheils, welches von sämmtlichen Mitgliedern unterzeichnet ist, heißt es, daß Grandval sein vollständiges Bekenntnis abgelegt ohne Tortur. Der Spruch lautete auf den Tod des Hochverräthers. Bevor Grandval zum Richtplatze gebracht wurde, schrieb er aus eigenem Antriebe an eine Dame in Paris die Bitte, daß sie dem Erzbischofe von Rheims, dem Bruder des einstigen Louvois, aussprechen wolle: den Gehorsam für die Befehle von Barbesieux büße Grandval mit dem Leben [2]). Das Urtheil ward vollzogen am 13. August 1692.

So das Urtheil. Dasselbe läßt nicht ersehen das Verhalten des Königs Wilhelm bei dem Prozesse. Auch aus der Umgebung des Königs ist es durch Schrift der Nachwelt nicht überliefert. Dennoch sind von dem damaligen venetianischen Botschafter in Paris, Pietro Venier, einige wenige Worte auf uns gekommen, welche den Thatbestand feststellen. Sie lauten: „Als ein gewisser Grandval überführt wurde, ausgesendet worden zu sein von Barbesieux, welcher gemäß einem Plane seines Vaters Louvois ihn verleitete, dem Könige Wilhelm nach dem Leben zu trachten, gebot dieser König, daß, wenn der An-

---

[1]) Stratemanns Bericht vom 4. September.

[2]) Das Schreiben ist dem offiziellen Berichte beigefügt.

geklagte reden wolle über den König von Frankreich, ihm Schweigen auferlegt werden solle". Der Venetianer fügt sein Urtheil hinzu: „Das war in jeder Art ein Beweis von Seelengröße" [1]). Die Worte reichen aus für alle Zeiten.

Mit einem Charakterzuge solcher Art ist die Anklage auf eine moralische Urheberschaft Wilhelms III. an der Mordthat von Glencoe, wie sie geschah, unvereinbar.

Die Generalstaaten ließen das Urtheil des Kriegsgerichtes über Grandval durch den Druck öffentlich bekannt machen. Das Volk in der Republik Holland ward heftig erregt. In dem Prozesse war der Name des polnischen Residenten im Haag, Moreau, als Mitwissers genannt. Das Volk murrte laut wider ihn. „Wenn dem Könige von England irgend ein Unfall zustoßen sollte, meldet Windischgrätz am 26. August, so steht Moreau in Gefahr vom Volke zerrissen zu werden. Er leugnet was Dumont gegen ihn ausgesagt; aber Niemand glaubt ihm." Zwei Tage später flüchtete Moreau aus dem Haag. Die Erregung der Bürger legte sich noch nicht. Auch die Gesandten anderer neutralen Mächte begannen für sich zu fürchten. Der dänische und der schwedische wandten sich Schutz suchend an den Grafen Windischgrätz. Sie baten ihn gemeinsame Sache daraus zu machen. Er wies sie ab: sie möchten sich an Heinsius wenden. Aber er fühlte durch, daß diesem selber bei der leidenschaftlichen Erbitterung des Volkes nicht wohl zu Muthe war. Eine That der Friedensstörung indessen erfolgte nicht [2]).

Es war die Frage, ob auf jenen offiziellen Bericht etwas von Frankreich aus geschehen würde. Daß das gedruckte Actenstück in Versailles kund geworden ist, ergeben die Briefe der Herzogin von Orleans an die Prinzessin Sophie. Die letztere nämlich erkundigte sich über die Haltung der in dem Prozesse genannten Personen. Unter denselben befand sich, wie wir vernommen, auch die Frau von Maintenon. Die Antwort der Herzogin ergibt lediglich ihr subjectives Urtheil, ungünstig namentlich für die Frau von Maintenon, mit welcher die Herzogin

---

[1]) Barozzi e Berchet: Relationi etc. Francia. t. III, p. 543: Ad ogni modo fu prova di grandezza d' animo.

[2]) Die Berichte des Grafen Windischgrätz vom 26. und 29. August.

in Feindschaft lebte — darum für die Sache bedeutungslos. Eine öffentliche Antwort auf die im Prozesse Grandval erhobenen Anklagen erfolgte nicht, weder von Versailles noch von St. Germain. Eine indirecte Antwort dagegen lag darin, daß die durch den Prozeß besonders Compromittirten, Barbesieux und Chamlay, in ihren Aemtern verblieben. Angenommen also auch, daß der König Ludwig XIV. vorher von dem Plane keine Kundschaft besessen habe, über welche Frage, da ja der Befehl Wilhelms III. an das Kriegsgericht jede Aussage Grandvals nach dieser Richtung hin abgeschnitten, das Feld der Combination offen bleibt: so ist doch, nach der Bekanntmachung des kriegsrechtlichen Spruches mit den Gründen, die Thatsache des Verbleibens von Barbesieux und Chamlay in ihren Aemtern gravirend auch für den König.

Weder bei Dangeau, dessen Journal gar häufig erscheint wie eine Buchführung über die Tagesbeschäftigungen des Königs, noch bei St. Simon, dessen Auge und Ohr offen steht für das Kleine, wie das Große, das in Versailles sich zuträgt, findet sich eine Erwähnung der Sache des Grandval. Um so weniger also bei Voltaire.

Jene Antwort der Herzogin von Orleans an die Prinzessin Sophie ist in Betreff der eigentlichen Anfrage nicht befriedigend. Und dennoch ist sie von großem geschichtlichem Werthe, weil diese Antwort allein eine besondere Thatsache aufbewahrt, welche aus anderen Documenten, so weit bekannt, nicht darzuthun sein würde. Diese Thatsache ist, daß der römische Kaiser Leopold und der König Wilhelm III. von England dem Könige Ludwig XIV. gegenüber in jener Zeit gehandelt haben, wie es christlichen Fürsten gebührt.

Gemäß dem Briefe der Herzogin von Orleans nämlich hat damals irgend eine Persönlichkeit von der Sache Grandvals den Anlaß hergenommen, sich dem Kaiser und dem Könige Wilhelm zu erbieten zur Ermordung Ludwigs XIV. Der Eine wie der Andere schlug ab, und ließ den König von Frankreich warnen. In den Kreisen des Hofes von Frankreich wurde dann erzählt: der Kaiser habe so gehandelt. Ueber den König Wilhelm III. schwieg man. Die Herzogin von Orleans erfuhr erst durch die Prinzessin Sophie, von Hannover her, daß der König Wilhelm in gleicher Weise gehandelt habe wie der Kaiser [1]).

---

[1]) Anlage IV.

Auf Seiten der Verbündeten rief die Sache des Grandval wieder lebhaft die Mahnung vor Augen, wie viel für Alle sich knüpfe an die Erhaltung der Person des Königs Wilhelm III. Diese Mahnung erneute sich einige Wochen später. Am 18. September, Nachmittags zwei Uhr, gab sich die im nordwestlichen Europa sehr ungewohnte Erscheinung eines Erdbebens kund. An vielen Orten schlugen die Glocken an, stürzten Schornsteine von den Dächern, sogar Mauern fielen ein. So namentlich in London. Zu Mons im Hennegau wurden von den stürzenden Trümmern dreißig Menschen erschlagen. Als der erste Stoß fühlbar wurde, hatte der König Wilhelm eben abgespeist und saß noch an der Tafel. Durch das Geschrei und Bitten seiner Umgebung, welche dem Bestande des wankenden Hauses nicht mehr traute, ließ er sich zum Aufstehen bewegen, um hinauszugehen. Sobald die Anwesenden diese Absicht erkannten, drängten Alle zugleich nach dem Ausgange. Der König, fortgeschoben, nahm die Treppenstufen nicht rechtzeitig wahr, und fiel über zwei derselben hinunter. Er erlitt keinen Schaden; aber die Sache an sich erschien Vielen wie eine schlimme Vorbedeutung [1]).

Für den Feldzug in den Niederlanden fand jedenfalls dies Omen keine Anwendung mehr. Es gelang nicht mehr, dort etwas Nennenswerthes auszuführen. Der Vortheil des Feldzuges war für den König von Frankreich; denn Namur war in seinen Händen und der Besitz ihm befestigt durch das siegreiche Zurückschlagen des Angriffes bei Steenkerken.

Wenden wir also unsere Blicke auf die anderen Schauplätze des ungeheueren Krieges.

Wir haben aus dem Votum der kaiserlichen Räthe für die Verleihung der Kurwürde an den Herzog Ernst August vernommen, mit welcher Besorgnis sie blickten auf die Rüstungen der Türken für den Feldzug von 1692. Man vernahm von Constantinopel her das drohende Wort, nicht eher dürfe vom Frieden die Rede sein, als bis Ofen wieder sich in den Händen der Türken befinde. Nur der Tod Köprilis verschulde die Niederlage von Salankemen: die Zerspaltung der Christenheit dagegen verheiße den Türken den Sieg. Das Urtheil über Köprili

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 23. September. — Einzelnheiten über das Erdbeben hat Sylvius t. IV, b. 34, p. 153.

mochte richtig sein; aber es war dann die Frage, ob der Nachfolger ihm entsprach. Es war nicht der Fall. Der neue Großwesir, Ali Bassa, kleinlich, habgierig, suchte seine Stellung zu sichern nicht zuerst durch eigene Leistungen, sondern durch die Besetzung aller wichtigen Stellen mit seinen Anhängern. Die Maßlosigkeit dieses Strebens erbitterte den Sultan so sehr, daß er, während der Großwesir den Kaimakam vor ihm anklagte, diesen herbeirief und ihn aufforderte, einen anderen Großwesir vorzuschlagen. Die Wahl fiel auf Ali, Pascha von Mesopotamien. Der Wechsel war für die Kaiserlichen ein großer Gewinn, weil demnach, bis der neue Großwesir herankam, tief in den Sommer hinein, der Feldzug von Seiten der Türken der einheitlichen Leitung entbehrte[1]).

In denselben Tagen als Namur in die Hände der Franzosen gerieth, capitulirte das lang belagerte Großwardein vor den kaiserlichen Waffen. Es war ein wichtiger Erfolg; aber es blieb der einzige. Und doch lagen die Dinge so günstig. Ungeachtet des Uebermuthes, mit welchem die Türken im Beginne des Jahres dem Feldzuge entgegen geschaut, hatte der Wechsel im Commando die Folge, daß in der ersten Hälfte des Sommers kaum 40,000 Türken im Felde erschienen. Die Lage der Dinge war demnach für die Kaiserlichen viel verheißend. Außer den eigenen Truppen zogen die Hülfsvölker heran: 4000 von Münster, 6000 von Hannover, 2000 Irländer, welche der König Wilhelm III. überwiesen, zwei Regimenter Dänen. Freilich die alten, den Türken gegenüber erprobten Soldaten waren nicht mehr. Die besten der noch erhaltenen Regimenter standen in Savoyen. Aber auch so waren die Kaiserlichen den Türken überlegen nicht bloß, wie bisher, an Kriegesrüstung, sondern auch, was bis dahin nie geschehen, an Zahl. Die Gelegenheit erschien so günstig wie nie zuvor. Und dennoch ward sie, wie es schien, nicht benutzt. Der Feldzug ging thatlos vorüber. Es hieß, daß die Türken den Mahomet priesen, welcher die Christen mit Blindheit schlage, daß diese, welche den Krieg vor der Thüre, den Stromlauf der Donau zu Gunsten hätten, fast langsamer zur Stelle erschienen, als die Kriegesvölker, welche von Asien und Afrika her zuvor die weiten Länderstrecken durchmessen müßten[2]).

---

[1]) Wagner: historia Leopoldi. Vol. II. p. 199 sqq.
[2]) A. a. O. p. 201.

So erschien die Sache vielen, auch wohlwollenden Beobachtern. Sie vergaßen, daß das kaiserliche Heer geführt wurde von demselben Ludwig von Baden, der mehr als einmal mit viel geringerer Macht den Sieg über die Türken davon getragen. An ihm hätte es sicherlich auch dies Mal nicht gefehlt. Wir haben daher uns für dies Verhalten an kundiger Stelle umzusehen.

„Man hat beobachtet, meldet der venetianische Botschafter Venier dem Senate, daß die natürliche Neigung des Kaisers in diesem Feldzuge sich verändert hatte. Bisher pflegte er durch geheime Befehle, entschiedener als diejenigen seines Hof-Kriegesrathes, den Prinzen von Baden anzufeuern, auf eigene Faust etwas zu wagen, Angriffe zu unternehmen. Dies Mal hat der Kaiser seine Erwägungen denen des Hof-Kriegesrathes anbequemt, hat er gehandelt gemäß den Grundsätzen besonderer Vorsicht. Ungeachtet der Prinz 50,000 Mann bereit, und die gute Donau-Flotte zur Verfügung hatte, hielt er sich lieber in der Defensive, um die gemachten Eroberungen zu bewahren, als um neue zu erlangen. Denn es ist unmöglich, aus den kaiserlichen Ländern abermals wieder so viele Menschen und so viel Geld herauszudrücken, wie dieser Krieg verschlingt" [1]).

Die feindlichen Heere kamen demnach einander nicht zu Gesichte. Sie hatten beiderseitig zu kämpfen nur mit dem einen gemeinsamen Feinde, den Krankheiten der Niederungen von Ungarn.

Bei dieser Lage der Dinge schien die Aussicht auf den Frieden sich eröffnen zu müssen. Wir haben vernommen, daß der Ritter Harbord auf sein freiwilliges und eifriges Erbieten von dem Könige Wilhelm entsendet wurde. In Wien erkrankte er. Die Correspondenz mit Constantinopel ergab, daß man von türkischer Seite nicht abgeneigt war, daß man den französischen Vorspiegelungen mistraute. Im Juli brach Harbord nach Belgrad auf. Unterwegs erhielt er die neue günstige Meldung, daß der Großwesir, in Belgrad angekommen, dort seiner harre. Harbord beeilte seine Reise. Er traf in Belgrad ein, im August 1692. Dort erfaßte gleich nach seiner Ankunft ihn eine abermalige Krankheit, und raffte nach wenigen Tagen ihn hin [2]).

---

[1]) Venier p. 342.

[2]) Sylvius t. IV, b. 34, p. 103, 130, 152.

Auf die Nachricht des Todes von Harbord gab der König Wilhelm III. sofort dem Holländer Heemskerk in Wien den Auftrag zur Abreise nach Belgrad [1]). Lord Paget, einige Zeit zuvor von Wien abberufen und heimgekehrt, befand sich seit wenigen Tagen in London. Er erhielt vom Könige den Befehl des sofortigen Aufbruches nach Belgrad, um gemeinsam mit Heemskerk an dem Werke der Friedensvermittelung zu arbeiten [2]). Heemskerk eilte unterdessen voran. Er begab sich die Donau hinunter bis in das kaiserliche Lager bei Peterwardein. Von dort aus wurde er mit zahlreichem Gefolge auf Schiffen der kaiserlichen Donau-Flotte geleitet bis an die Stelle, an welcher der Verabredung gemäß türkische Schiffe mit gleichem Gepränge ihn und die Seinigen in Empfang nahmen, um ihn an das Lager bei Belgrad zu bringen. Dort weilte der Großwesir. Der vom Sultan gezeichnete Paß für Lord Paget wurde an Heemskerk ausgeliefert. Die Geneigtheit für den Frieden schien auf türkischer Seite durchaus da zu sein. Es ward jedoch auch bemerkt, daß der französische Gesandte, der sich mit im türkischen Hauptquartiere befand, mit starkem Nachdrucke redete von den Vortheilen, welche kurz zuvor der Marschall de Lorge am Rheine errungen [3]).

Der Eifer von England und Holland für den Türkenfrieden ward nicht von allen Betheiligten mit günstigem Auge betrachtet. „Es ist eine beklagenswerthe Fatalität" — sagt der Venetianer Venier im December 1692, also bevor über den Ausgang der Thätigkeit von Heemskerk und Paget etwas Sicheres vorlag — „daß diese englischen Vermittler, sei es aus Privatinteresse, oder aus dem Ehrgeize, den Ruhm der Ausführung eines so großen Werkes davon zu tragen, durch die allzu große Begier es zu Stande zu bringen, es vielmehr hindern."

„Man hat wiederholt versucht, fährt er fort, bei dem Wunsche des Oraniers nach dem Türkenfrieden ihn anzufeuern zu wirksameren Schritten, nämlich zu einer Vollmacht an seine Gesandten bei der Pforte, mit dem Bruche der Seemächte zu drohen, wenn nicht der Sultan

---

[1]) Stratemanns Bericht aus dem Hauptquartiere, vom 12. September.

[2]) Hoffmanns Bericht aus London, vom 12. September.

[3]) Sylvius t. IV, b. 34, p. 159, 172.

sich zum Frieden bequeme. Allein da diese Nationen lediglich den eigenen Nutzen im Auge haben, so übt das Interesse des Handels und des Gewinnes auf sie eine stärkere Wirkung, als die politische Erwägung, die Macht des Kaisers im Osten frei zu machen" [1]).

Bei diesen Worten erinnern wir uns des Planes, welchen zwanzig Jahre zuvor der jugendliche Leibniz im Patriotismus für Kaiser und Reich nach Paris getragen (Band I, S. 281 u. f.). Wie damals der Plan scheiterte an dem engen Blicke Ludwigs XIV.: so standen während dieses großen Krieges den Hoffnungen und Wünschen des Kaisers Leopold und der Millionen von Christen auf der Balkan-Halbinsel entgegen die nächsten Interessen der Kaufleute von London und Amsterdam. London tritt hier voran; denn die englischen Kaufleute zogen aus dem Levantehandel den größeren Vortheil. Der König Wilhelm wagte nicht einmal weiter auf den Gedanken einzugehen. Er brach jegliche weitere Erörterung ab mit dem Hinweise auf den levantischen Handel [2]). Wir erinnern uns aus den Worten von Ludwig XIV. an Carl XI. von Schweden, welches Gewicht er legte auf die Fortdauer des Türkenkrieges. Seinem eigenen Urtheile gemäß würde das Ende desselben auch ihn zum Frieden zwingen. Aber jene Kaufleute wollten das Ende nicht in derjenigen Weise herbeiführen lassen, die allein dem Interesse des Christenthums entsprochen hätte. Sie erhoben lieber gegen den Kaiser den Vorwurf, daß er nicht den Krieg beende durch die Rückgabe der befreiten Länder in die türkische Knechtschaft.

Mit allgemeiner Bestürzung dagegen blickte man hin auf das Geschick, dem diese englischen Friedensbotschafter erlagen. Zwei waren bereits gestorben. Der dritte, Lord Paget, erkrankte nach seiner Ankunft in Belgrad. Es ist daher für jene Zeit nicht auffallend, daß die Rede ging von teuflischen Künsten [3]). Indem der Venetianer Venier des Todes von Hussay und Harbord gedenkt, fügt er hinzu: „Jedoch können dies auch die natürlichen Wirkungen eines wahrhaft bemerkens-

[1]) Finalbericht des venetianischen Botschafters in Wien, H. Venier, in den Fontes rerum Austr. Bd. XXVII, p. 338.

[2]) Der Finalbericht von Soranzo und G. Venier bei Barozzi e Berchet: Inghilterra p. 537.

[3]) Sylvius t. IV, b. 34, p. 152: 't sy door de natuer, 't sy door Duyvelsche konsten veroorzaakt.

werthen und unglücklichen Zufalles sein" [1]). Der dritte, Lord Paget, erholte sich und vollbrachte später, wie wir sehen werden, das große Werk dieses Friedens.

Damals jedoch mochte es Manchem scheinen, als hätten sich, wie es hieß, Himmel und Menschen wider diesen Frieden vereinigt. Richtiger war es zu sagen: die früheren Erfolge einerseits, der Stolz und die Macht der Türken andererseits. Gemäß den früheren Erfolgen, welche den verbündeten Mächten, namentlich dem Kaiser und der Republik Venedig, so reiche Länderstrecken in die Hände gegeben, konnten sie nun nicht sich herbeilassen zu einer schmachvollen Rückgabe des Gewonnenen. Die Macht und der Stolz der Türken dagegen hinderten sie einzuwilligen in den Verzicht auf so ausgedehnte Länder. Die Erfahrung schien damals Vielen darzuthun, daß die zertheilte Macht der christlichen Fürsten nicht vermochte, diejenige der Türken auszudauern. Die von außen her auf diese Macht geführten Schläge reichten nicht hin sie zu zwingen.

Es vergingen allerdings noch Jahre, bis ein stärkerer Schlag erfolgte, der dennoch die Geneigtheit erzwang.

Mehr als einmal freilich, und namentlich nach dem Tode des Großwesirs Mustafa Köprili bei Salankemen, war die Hoffnung auf den Frieden empor geleuchtet. Aber sie war vergänglich wie ein Blitz. Die der Türkei Kundigen urtheilten, daß kein Großwesir seine Amtsführung beginnen werde mit der Unterschrift eines Verzichtes auf weite Länder zu Gunsten christlicher Mächte. Denn, weil er sich erhebe aus einem Haufen von Mitbewerbern, die seine Schritte ausspäheten mit dem Eifer und der Begier ihn wieder zu erniedrigen, so würde er durch einen solchen Verzicht ihnen die Handhabe bieten zu einer Anschuldigung, die hinaus rage über jegliches andere Verbrechen. Darum stürze ein neuer Großwesir sich lieber in die ungewisse Gefahr des neuen Waffenganges, als in das sichere Verderben, welches ihm aus der Unterhandlung des Friedens entgegen blicke.

Dazu kamen die Einwirkungen der Franzosen, die mit Geschick, mit Listen aller Art, bald die Furcht, bald die Hoffnung der Türken

---

[1]) Venier p. 338: Tuttavia possono esser effetti naturali d' un caso veramente osservabile et infelice.

zu erregen wußten. Diese Einwirkungen waren so sicher berechnet, so erfolgreich, daß bei vielen Unparteiischen schon im Jahre 1692 die Ansicht überwog: ein Friede mit den Türken werde nicht zu Stande kommen vor demjenigen mit Frankreich [1]).

Wir werden die Wirkung der vereinten Anstrengungen von Heemskerk und Paget im nächsten Jahre zu vernehmen haben. Jene Aussage von Chateauneuf über die Erfolge des Marschalls de Lorge lenkt zunächst unsere Blicke auf den Feldzug am Rheine.

Wir haben zur Zeit der Belagerung und Einnahme von Namur die Klagen von Seiten des Königs und des Rathspensionärs vernommen, daß nicht am Oberrheine eine Diversion gemacht werde, welche wenigstens einen Theil der französischen Armee abziehen müsse. Wir erinnern uns des Einwandes, der von kaiserlicher Seite schon vorher geltend gemacht war, nämlich daß eine nicht geringe Anzahl der Truppen, namentlich die Brandenburger, welche ihren Unterhalt zogen von dem Reiche, nicht am Rheine standen, sondern bei dem großen Heere in Belgien. Der schwäbische und der fränkische Kreis unterhielten 24,000 Mann. Sie klagten, daß auf ihnen die gesammte Last des Krieges dort läge. Sie verlangten Hülfe vom Reiche. Der Graf Königsegg im Namen des Kaisers eilte am Rheine auf und ab, hier bittend um Geschütz, dort um Fuhrwerk, dort um Getreide für die Armee. Die günstige Zeit, in welcher die Macht der Franzosen unter de Lorge am Oberrheine geschwächt war durch die Entsendungen nach Belgien, verrann ungenutzt. Wir erinnern uns, daß eben damals noch die allerdings geringe Anzahl der Kursachsen, 3000 Mann, auf Schönings Betrieb vom Rheine zurückgezogen wurden. Unterdessen waren Andere herangekommen, Hessen, Lüneburger, Gothaner. Zu Ende Juni betrug die Armee 47,000 Mann. Der Oberbefehl ward getheilt zwischen dem Landgrafen von Hessen-Cassel und dem Markgrafen von Baireuth [2]).

Dem Plane gemäß, welchem der König Wilhelm, freilich in etwas anderer Weise, zugestimmt, hatte der Landgraf mit dem größeren

---

[1]) V' è chi con qualche fondamente è persuaso che la pace col Turco non possa farsi, se quella di Christianità non si stabilisce. So Venier p. 339. Man vgl. dort die ganze Abhandlung.

[2]) Wagner II, 221. — Sylvius t. IV, b. 33, p. 94.

Theile dieser Truppen mittels der Brücke von Mainz den Rhein zu überschreiten und dann so tief wie möglich nach Westen zu bringen, während der Markgraf von Baireuth das rechte Rheinufer deckte und Philippsburg beobachtete. Es geschah. Aber bei Speier lag de Lorge verschanzt. Er war eben verstärkt durch Joyeuse mit denjenigen Truppen, welche nach dem Falle von Namur dort verfügbar waren. Es erhob sich also die Gefahr, daß, im Falle des Weiterzuges des Landgrafen, de Lorge über den Rhein ging, um die schwächere Macht dort zu erdrücken. Demgemäß kehrte der Landgraf auf das rechte Ufer zurück.

Der Kaiser, die eigentliche und wahre Ursache des Mißerfolges wohl erkennend, mahnte zur Eintracht und zum einmüthigen Handeln. Höher als die Frage des Commandos stehe die Pflicht für das Gemeinwohl. Er drängte abermals den Rhein zu überschreiten, die Ebernburg zu nehmen und dadurch eine Diversion zu machen zu Gunsten der Verbündeten an der Mosel und in Belgien. Nicht jedoch möge man die Zeit verbringen mit dem Erwarten der Weisungen aus Wien, sondern handeln gemäß den Umständen. Die beiden Feldherren, mit Zuziehung Anderer, erwogen den abermaligen Rhein-Uebergang, ob mit ganzer Macht, ob mit einem Theile. Sie beriethen zehn Tage lang. Dann überschritt der Landgraf mit dem größeren Theile des Heeres, am 1. September, bei Mannheim abermals den Rhein, während der Markgraf von Baireuth dort am rechten Ufer blieb. Der Marschall de Lorge zog unterdessen Verstärkungen an sich von Straßburg, von Breisach, selbst von Hüningen her. Während der Landgraf sich nach der Ebernburg wandte, überschritt de Lorge rasch den Rhein und wandte sich gegen Pforzheim und Durlach. Der Markgraf von Baireuth eilte dahin. Er schickte einige Truppen voraus, um die Stellung von Ottersheim zu besetzen. De Lorge mit seiner überlegenen Macht kam über sie, und sprengte, fast ohne Kampf, sie in die Flucht. Größer, nach Verhältnis, als das Blutvergießen, war die Schande der Deutschen, der Vortheil der Franzosen. Die Brandschatzung, welche de Lorge verhängte, betrug eine halbe Million.

Ein ungeheuerer Schrecken ging durch die Kreise Schwaben und Franken. Der Fürstbischof von Würzburg forderte seine 2000 Mann vom Heere ab, um die eigene Residenz zu decken. Andere redeten von einem Sonderfrieden. Der Kaiser mahnte, warnte. Er fragte, ob

ein so geringfügiger Erfolg der Franzosen diejenigen schrecken dürfe, die ungleich Schwereres erduldet. De Lorge selber bewies dann durch die That, daß sein Zug nur den Zweck einer Brandschatzung gehabt. Er kehrte zurück auf das linke Rheinufer, um der belagerten Ebernburg Entsatz zu bringen. Auch das gelang ihm. Der Landgraf von Hessen zog ab [1]).

Der Feldzug am Rheine, obwohl ohne eine erhebliche That, endete demnach zum Vortheile der französischen Waffen.

Glücklicher für die Verbündeten schien zu Anfang der piemontesische Feldzug sich anzulassen.

In den ersten Monaten des Feldzuges von 1692 geschah dort nichts Erhebliches. Ludwig XIV. nutzte diese Zeit zu abermaligen Verhandlungen mit Victor Amadeus. Ueberhaupt darf man sagen, daß, so lange auch der Herzog von Savoyen mit Frankreich im Kriege war, der Faden solcher Unterhandlungen mit Frankreich nie zerriß [2]). Das eigentliche Ziel des Herzogs war und blieb von Anfang an der Wiedergewinn seines eigenen Landes, namentlich der Festung Pignerol. Um dies zu erlangen, benutzte er die Hülfe der großen Allianz. Die Mächte derselben hatten ein anderes Ziel. Sie leisteten dem Herzoge ihre Hülfe, weil durch ihn, von seinem Lande aus Frankreich verwundbar war, um dadurch den König Ludwig XIV. zum allgemeinen Frieden zu zwingen. Eben darum hielten sie fest an dem Plane des Eindringens in Frankreich von Piemont aus.

Im Juli endlich sammelte sich das Heer an bis zu 50,000 Mann, deren Kern bestand aus kaiserlichen Regimentern. Der Kaiser ernannte Victor Amadeus zum Oberfeldherrn, und der Herzog leistete dafür durch seinen Gesandten in Wien dem Kaiser den Eid der Treue [3]). Der Kaiser gab ihm Caprara zu, den wir kennen aus dem Urtheile des Königs Wilhelm.

Nach einem vergeblichen Versuche auf Pignerol galt es die Ausführung des alten Planes, nämlich des Einbruches in die Provence und das Delphinat. Der General Catinat, dessen Macht zu gering

[1]) Wagner II, p. 221 sqq. — Sylvius t. IV, b. 34, p. 130, 153, 161 enz.

[2]) Mémoires de Tessé t. I, p. 22 et suiv.

[3]) Sylvius t. IV, b. 33, p. 65. Eben dort die gleichzeitige französische Denkschrift für Victor Amadeus, zum Zwecke seiner Lösung von dem Kaiser.

war zum Entgegen-Treten, hielt das Unternehmen für nicht ausführbar. Er ließ einem der feindlichen Generale, dem Prinzen Commercy, spöttisch vermelden: er habe vernommen, daß der Zug in das Delphinat gehen sollte: er wünsche eine glückliche Reise. Allein die Verbündeten hatten ihre Maßregeln sicher getroffen. Ein Theil der Armee verblieb zur Beobachtung von Pignerol, ein anderer zu derjenigen von Casale. Die Hauptarmee, etwa 30,000 Mann, wurde dreifach getheilt. Der General Schomberg führte eins dieser Corps durch die Luzerner Thäler nach der Provence, Victor Amadeus ein anderes über Barcelonetta, der Marquis Parella das Dritte über Saluzzo. Es gelang. Trotz seines anfänglichen Spottes bat Catinat sehr bald in Versailles dringend um Verstärkung.

Die drei Abtheilungen des verbündeten Heeres vereinigten sich vor der Stadt Embrun. Sie capitulirte am 16. August.

Die Thatsache war von besonderer Wichtigkeit. Denn hier zum ersten Male in diesem Kriege war es gelungen, das gegen Belgien und am Rheine durch seinen stachelichten Festungsgürtel wohl verwahrte Frankreich anzugreifen auf dem eigenen Boden.

Dann jedoch erwuchs die wichtige Frage, ob die Stellung in Embrun zu behaupten sei. Victor Amadeus bat um die Meinung des Kaisers. Es ward als ein besonderer Beweis von Schnelligkeit angesehen, daß die Antwort eintraf um zehn Tage nach dem Abgange der Frage [1]).

„Die Frage, erwiederte der Kaiser, ist schwierig nach beiden Seiten. Im Falle des Behauptens der Position ist die Besatzung einer doppelten Gefahr ausgesetzt, derjenigen des Hungers, und des Angriffes von Catinat, der allen Fleiß und alle Kraft gegen sie aufbieten wird. Dennoch bin ich für das Behaupten dieser Stellung, demnach auch für die Aufwendung aller Mittel zur Stärkung derselben. Denn so fordert es zuerst die Ehre der verbündeten Waffen. So entspricht es ferner dem allgemeinen Interesse der Allianz, dem sehnlichen Wunsche Englands und der Republik. Sie werden bereit sein dafür zu geben, was sie vermögen. Wir sind endlich dahin gekommen, hier Frankreich in Frankreich anzugreifen. Von hier aus

[1]) Wagner II, p. 227.

kann der schwerste Streich geführt werden, und eben darum haben die Verbündeten den hohen Werth gelegt auf den Beitritt des Herzogs von Savoyen zu der Allianz. Die Hälfte des Werkes ist vollbracht: die Riegel der Alpen-Schlünde sind zersprengt: der Weg ist eröffnet. Das Aufgeben solcher Vortheile, das Fallen-Lassen solcher Hoffnungen bringt auf uns den Spott der Gegner, erweckt die Klage der Unseren. Die einmal entflohene Gelegenheit kehrt vielleicht niemals wieder. Denn der Feind wird alle Mittel aufbieten, um fortan die Alpengründe zu sperren, den Uebergang über die Durance zu wehren, das Thal von Barcelonetta unzugänglich zu machen, die Möglichkeit sogar aller Versuche dort zu vereiteln, damit als einziger Weg übrig bleibe derjenige über Pignerol, welches er verwahrt. Demnach würde das savoyische Bündnis, welches so unsägliche Kosten erfordert, keine Frucht bringen; ja vielmehr, was das Schlimmste sein würde, der Fehler könnte dahin führen, daß die Fugen der großen Allianz sich lösen. Mögen die Heerführer reiflich erwägen, welche Kräfte erforderlich sind, um Embrun den Winter hindurch zu behaupten! Die Engländer und Holländer haben versprochen den Feldzug in Belgien fortzuführen, bis die Witterung es unmöglich macht. Aus demselben Grunde ist der Landgraf von Hessen wieder über den Rhein gegangen. Den Heerführern dort liegt es ob, Embrun mit einem bedeckten Wege zu versehen, andere Bollwerke zu errichten nach Zeit und Gelegenheit, den Uebergang über die Durance zu verwahren, Guillestre und andere zur Sicherung der Communication dienliche Plätze zu befestigen. Dann wird Catinat nicht wagen in der Zeit des Schnees und des Eises die Stadt mit Nachdruck zu belagern. Dagegen werde ich Sorge tragen, daß beim Nachlassen des Winters, so bald der Schnee aufthaut, nachdrückliche Hülfe an Infanterie und Cavallerie bereit stehe. Ueberhaupt wünsche ich, daß keine Gefahr, keine Mühe, keine Sorgfalt den Heerführern zu groß erscheinen möge, damit man beharre auf dem Wege dieses wichtigen Beginnens, und den französischen Uebermuth durch den ihm eingelegten Zaum auf den Weg der Bescheidenheit zurück zwinge. Dies ist meine Ansicht. Indessen, da die Heerführer den Stand der Dinge in der Nähe und genauer übersehen, so stelle ich alles anheim dem reiflichen Urtheile gemeinsamer Erwägung. Sollte jedoch der Entschluß ausfallen für die Rückkehr: so bemerke ich noch, daß die auf

deutschem Boden mit solcher Grausamkeit verübte Brandlegung der Franzosen eine Vergeltung fordert" [1]).

So der Kaiser. Unterdessen waren für das Invasionsheer mehrere Uebelstände eingetreten oder fühlbarer geworden. Der Herzog Victor Amadeus war erkrankt. Man hatte gerechnet auf das Erscheinen spanischer Kriegsschiffe an den Küsten der Provence. Sie waren ausgeblieben. Man besaß, außer Embrun, keinen haltbaren Platz. Die Versorgung mit dem erforderlichen Proviante im unwegsamen Feindeslande, zumal bei der Wachsamkeit, der Raschheit der Bewegungen Catinats, erschien schwer, ja unmöglich. Die spanischen Landtruppen unter Leganez waren schwierig, unfügsam. Die Schreiben dieses Generals an den Kurfürsten von Bayern in Brüssel, an den spanischen Botschafter im Haag, Don Quiros, brachten bereits um die Mitte Septembers dahin die Kunde, daß Leganez in den Plan des Verbleibens nicht willigen werde. Dieselbe lautete so bestimmt, daß der König Wilhelm sofort zu Heinsius seine Ansicht aussprach: jene Befehle des Kaisers würden nichts mehr ändern können [2]). So war es in der That. Wie die Dinge lagen, befürchteten die Führer von dem Verbleiben einen unglücklichen Ausgang. Als die Gipfel der Alpen bereits im Winterkleide leuchteten, am 12. September 1692, ward die Rückkehr beschlossen. Vorher indessen kam über das unglückliche Land rings umher die Vergeltung dessen, was in den Jahren zuvor auf den Rath von Chamlay und Louvois der König Ludwig XIV. der Pfalz und den anderen Rheingegenden angethan, so jedoch daß im Principe besondere Unterschiede obwalteten. Denn zuerst und vor allen Dingen war die Verwüstung auf dem Boden Frankreichs eine Repressalie. Den Einwohnern dort ward nicht, wie vier Jahre früher den unglücklichen Bürgern von Mannheim durch den Dauphin, die Sicherheit des Eigenthumes auf königliches Wort und Unterschrift verheißen. Jenes Brennen in der Pfalz hatte begonnen im tiefen Winter: dasjenige im Südosten Frankreichs fand statt im Hochsommer. Jene Verwüstung in der Pfalz und am Rheine hatte weder Kirchen noch Klöster geschont, vielmehr dieselben absichtlich aufgesprengt.

---

[1]) Wagner II, p. 227.

[2]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 23. September. — Schreiben des Königs an Heinsius vom 22. September, bei Grovestins t. VI, p. 347.

Im Delphinate und der Provence, namentlich also in der Bischofsstadt Gap, wurden die Kirchen und Klöster ausdrücklich geschont. So entsprach es nicht bloß dem Sinne des Kaisers. Schomberg, der zweite Sohn des Marschalls, hatte sogleich bei seiner Ankunft, im Auftrage des Königs Wilhelm III. dem Herzoge Victor Amadeus erklärt, daß dem Könige von England nichts ferner liege als demjenigen von Frankreich einen Vorwand zu geben für den von ihm erhobenen Ruf des Religionskrieges, und daß darum er und seine Truppen niemals die Hand legen würden an kirchliche Heiligthümer [1]).

Dennoch muß hinzugefügt werden, daß die Ausführung der Repressalien hinausging über die Intentionen des Kaisers und des Königs von England. Denn gerade Schomberg erhebt in einem Berichte an Heinsius schwere Klage über den Mangel an Disciplin, der bei diesem Verfahren geherrscht. „Unsere eigene Unentschlossenheit, sagt er, und dieser Mangel an Disciplin haben uns um alle Frucht der Expedition gebracht" [2]).

Caprara führte das Heer ohne Unfall zurück.

Der König Carl II. von Spanien, der als Landesfürst in Belgien den schweren Verlust von Namur erlitten, hatte dagegen im Beginne des Feldzuges in Catalonien Vortheile davon getragen. Denn so wenig die Spanier nach anderen Seiten, namentlich in Belgien leisteten, so waren sie in Catalonien den Franzosen zuvor gekommen. Sie nahmen Seo d'Urgel am Fuße der Pyrenäen zurück, bereits im Mai. Dann jedoch geschah nichts Erhebliches mehr. Es lag nicht an dem Eifer des Königs persönlich. Wir haben vernommen, mit welchem Nachdrucke er antwortete auf die Mahnung des Papstes Innocenz XII. zum Frieden. Aber dem Eifer dieses Königs, der je zuweilen sich kund gab in lauten Worten nach außen, entsprach dann doch nicht der nachhaltige Entschluß, der entschiedene Wille, welchem als erste Pflicht obgelegen hätte die Ordnung des Wirrwarrs bei sich im eigenen Hause.

Der einzige bedeutende Erfolg, den die Verbündeten im Jahre 1692 über Frankreich davon getragen, war der große Seesieg von

[1]) Sylvius p. 158, 164. — Wagner II, p. 229.

[2]) Bericht vom 2. Sept., bei v. d. Heim: het archif van Heinsius p. 219.

La Hogue. Allein auch sogar dieser Sieg brachte, über die Vernichtung einer großen Anzahl französischer Kriegsschiffe hinaus, keine weitere Frucht. Die verbündete Flotte hielt nicht die See, sondern lag mehrere Monate thatlos auf der Rhede von St. Helens. Der unermüdliche Jean Bart holte englische Kauffahrer auf im Angesichte ihrer Küste. „Das Verhalten der englischen Flotte gegenüber der französischen, meldet Hoffmann, könnte bei dem Unkundigen den Schein erwecken, als sei bei La Hogue nicht die letztere geschlagen, sondern die erstere [1]).

Ein besonderer Vorfall zeigte in merkwürdiger Weise die Ueberlegenheit des raschen Handelns auf Seiten der Franzosen.

Durch den Ausgang der Seeschlacht von La Hogue war eine erhebliche Anzahl französischer Kriegsschiffe, die sich in den Hafen von St. Malo geflüchtet, dort internirt. Monate lang hielten sie sich dort. Im September wagten sie sich hervor, etwa dreißig Segel stark, um am Eingange des Canales den heimkehrenden Schiffen von Ostindien aufzulauern. Es gelang nicht. Vielmehr ward das Geschwader vom Sturme erfaßt und auf die englische Küste hin getrieben. Es schien demnach, daß sie wie vorbestimmt seien in englische Hände zu fallen. Allein der Vice-Admiral Ashby, der damals das Commando bei St. Helens hatte, machte nicht sogleich sich die Gelegenheit zu Nutze. Der ihm ertheilten Instruction gemäß schickte er die Meldung an die Admiralität in London ein, und bat um den Befehl des Angriffes. Der Befehl ward ertheilt. Ashby lichtete die Anker und eilte hin. Aber es war da kein französisches Kriegsschiff mehr zu erblicken. Sie waren bereits in Sicherheit im Hafen von Brest [2]).

Es galt die Ansicht: es seien im Laufe des Sommers so viele englische Kauffahrer genommen, daß Frankreich dadurch für die Verluste von La Hogue schadlos gehalten werde [3]).

Der Rückblick auf den Feldzug des Jahres 1692 war demnach im Ganzen für die große Allianz nicht erfreulich.

Ja es schien sogar, daß die Franzosen, wie sie jedes Mal den Feldzug zu eröffnen pflegten, im Herbste 1692 ihn nicht enden wollten.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. September.

[2]) Desgl. vom 17. October.

[3]) Desgl. vom 7. October.

Nachdem der König Wilhelm bereits die Armee verlassen, rief ihn aus Loo die Kunde wieder zurück, daß Charleroi bombardirt werde. Es war indessen, wie der König aus seiner geheimen Correspondenz mit Paris erfuhr, nicht auf eine eigentliche Belagerung abgesehen, sondern auf die Erregung von Furcht und Schrecken [1]).

Entsprachen die Erfolge des Feldzuges von 1692 nicht den Wünschen der Alliirten: so ward dadurch der feste Verband der Häupter nicht erschüttert. Heemskerk berichtete von Wien aus im August, daß sowohl von Rom als von Stockholm aus bei dem Kaiser Leopold neue Anwürfe einer Friedensvermittelung gemacht und dort zurückgewiesen seien. Der Bericht ward von den Generalstaaten und in gleicher Weise von dem Könige mit großer Freude aufgenommen [2]).

Nicht jedoch so als ob man darum principiell dem Frieden abgeneigt gewesen wäre, sondern weil man in jedem Vorschlage dieser Art, wie sie bisher herangetreten, die Absicht der Lösung der Allianz erblickte. Es ist hier von besonderer Wichtigkeit die Ansicht des Königs Wilhelm III. aus seinen eigenen Worten zu vernehmen [3]).

„Sie melden mir, schreibt er an Heinsius, am 3. September, daß der Marquis Bethune sich in Schweden viele Mühe um den Frieden gibt, daß er einerseits die Herstellung des westfälischen anbietet, andererseits eine Satisfaction für Spanien. Wenn diese Satisfaction formulirt vorläge und sich als annehmbar erwiese: so bin ich der Ansicht, daß nach der jetzigen Sachlage man schnell abschließen müßte. Aber die Hauptsache zunächst ist den Vorschlag der Satisfaction zu kennen, und dies ist sehr schwer; denn der Weg über Schweden dauert drei Monate."

„Ein Congreß, wie Windischgrätz redet, und wie ihn der Papst immer aufs neue vorschlägt, würde unser Verderben sein. Denn er würde, wie in Nymegen geschehen, auf Sonderverträge auslaufen. Wenn nicht ein allgemeiner Friede, so sind wir rettungslos verloren. Vermuthet dagegen Frankreich, daß die Republik und ich den Frieden wünschen: so werden die Bedingungen, die man uns stellt, wenig annehmbar sein. Demnach muß diese Angelegenheit mit besonderer Um-

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 24. October.

[2]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 12. September: Es hat die Generalstaaten unaussprechlich consolirt.

[3]) Sirtema van Grovestins t. VI, p. 349.

sicht und im tiefsten Geheim behandelt werden. Aber wie? — Ich gestehe, daß ich hier rathlos bin."

Einige Tage später jedoch glaubte der König einen solchen Weg zu finden. „Denken Sie darüber nach, schreibt er am 18. September an Heinsius, ob Sie nicht in einer Ihrer Unterredungen mit dem Schweden Lilienroth einfließen lassen können, daß Frankreich, indem es für Deutschland den Stand des westfälischen Friedens anzubieten scheint, über Spanien dagegen sich nicht auslassen will, mir und der Republik, die wir vorher die Bedingungen für Spanien kennen müssen, die Annahme der schwedischen Vermittelung unmöglich macht. Ich und die Republik, wir haben für uns nichts zu fordern. Wenn dagegen Frankreich sich erklärt in Betreff der einen der beiden Parteien außer uns: so muß es folgerecht dies auch thun in Betreff der anderen. Weigert es sich: so liegt vor Augen, daß es lediglich auf die Trennung der Verbündeten ausgeht, nicht jedoch auf einen wirklichen Frieden. Dies aber würde nicht im Interesse von Schweden sein."

„Ich sende Ihnen diese Gedanken so skizzirt, und überlasse es Ihnen sie ebenmäßig durchzuführen. Meine Gedanken fassen sämmtlich diesen Einen Punct ins Auge: will Frankreich den Frieden, so ist die Frage: was thut es für Spanien?" [1]) —

Es ist ein merkwürdiger Beweis des gegenseitigen Verständnisses zwischen dem Könige und Heinsius, daß der letztere, bevor der erstere den Auftrag für ihn niederschrieb, so genau im Sinne desselben gehandelt hatte, als hätte er ihn in Händen.

Am 10. September nämlich trat der Schwede Lilienroth zu Heinsius. „Es heißt aller Orten, sagte er, daß Frankreich den Stand des westfälischen Friedens in Aussicht stelle. Mir ist jedoch ein förmlicher Vorschlag darüber nicht zugegangen." Heinsius sah die Rede dennoch wie einen verhüllten Vorschlag an, und benutzte die Gelegenheit, um weiter auf die Sache einzugehen und den Standpunct des Königs und der Republik klar zu zeichnen. „Ich vernehme, sagte er, daß der Graf Benedict Oxenstjerna gesagt: wenn nur erst ein Ort zur Friedenshandlung benannt wäre: so würde der Friede bald da sein. Ich meinerseits billige die Ansicht, daß nicht eher ein Ort benannt werde,

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 349 et suiv.

als bis man des Erfolges sicher ist." Lilienroth war nicht dieser Meinung. Er hielt den Frieden von Nymegen entgegen. „Man ist dort zusammen gekommen, sagte er, ohne vorher über die Präliminarien einig zu sein." Heinsius erwiederte: „Ja freilich, eben dadurch aber sind wir gewitzigt. Damals hatten wie heute alle diese Anwürfe und Vorschläge von Seiten Frankreichs nur den Zweck, die Allianz in sich aufzulösen, zu zersprengen. Mögen Sie von der Friedensneigung des Königs von England denken was immer Sie wollen: so gebe ich Ihnen die kräftigste Versicherung, daß in allen sieben Provinzen der Republik auch nicht ein einziges Mitglied der Regierung zu finden, welches, bevor es auf einen Sonderfrieden eingehen würde, nicht lieber alles verließe, nach Ostindien zöge oder Leib und Leben hier in die Schanze schlüge. Wir verlangen die Herstellung nicht bloß des westfälischen, sondern auch des pyrenäischen Friedens. Dies bitte ich heim zu berichten als den Boden, auf welchem wir stehen". Lilienroth wagte nicht etwas Anderes zu erwiedern, als daß auch der König von Schweden niemals zur Trennung rathen werde [1]).

Die Antwort von Heinsius war demnach der Ausdruck der Gedanken, welche das Fundament der großen Allianz vom 12. Mai 1689 ausmachten. Es war für ihn wie für den König Wilhelm moralisch unmöglich, diese Basis zu verlassen, so lange nicht Frankreich bestimmte und annehmbare Bedingungen auch für Spanien in Aussicht stellte. Wie daher die Antwort einerseits dem Sinne des Königs Wilhelm III. entsprach, so mußte sie dieselbe Zustimmung finden in Wien und Madrid.

Insofern also war man einig, und diese Einigkeit verbürgte zugleich den allseitigen Willen der nachdrücklichen Fortsetzung des Krieges. Ueber die Art und Weise dieser Fortsetzung jedoch ergaben sich verschiedene Differenzen.

Wir haben bereits beobachtet, daß der Kaiser der hauptsächlichen Verwendung der Kriegesmittel in Belgien nicht zustimmte. Derselben Ansicht war der spanische Botschafter in Wien, Borgomainero. Er legte sie dem Kaiser dar mit folgenden Worten [2]).

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 12. September. In demselben sagt er: vorgestern.

[2]) Schreiben Borgomaineros an den Kaiser, 3. December 1692.

„Die Erfahrung der letzten Feldzüge, so wie der großen Verluste in denselben, hat klar dargethan, daß sie nicht der überlegenen Macht Frankreichs beizumessen sind, sondern dem Mangel an rechtzeitigem und einigem Zusammen-Wirken von Seiten der Verbündeten. Es erscheint daher durchaus erforderlich, einem so großen Uebelstande abzuhelfen. Denn Frankreich, umsichtig, rührig, thätig wie es ist, wird die Gelegenheit finden über Alle einzeln Herr zu werden, wenn nicht Alle mit Kraft, mit Entschluß, und zugleich ihm entgegen treten.“

„Nun liegt es klar vor Augen, daß das geeignete Verfahren, Frankreich zu einem Frieden zu zwingen, welcher die Freiheit Europas sichert, nicht bestehen kann in der Eroberung eines festen Platzes nach dem anderen. Denn Frankreich an sich selber besitzt eine so starke Barriere und hat noch so viele andere Plätze uns genommen, daß uns das Leben ausgehen wird, bevor wir ihm eine Wunde schlagen, tief genug diesen Feind zur Erkenntnis zu bringen. Möge er daher auch in einem Friedensschlusse einige Plätze zurückgeben: so erreichen wir doch dadurch nicht die Absicht, uns dauernden Frieden und Sicherheit zu erringen. Denn dann ist die Allianz zu Ende. Jene Krone dagegen bleibt mächtig, siegreich, einer Allianz nicht bedürftig. Sie kann durch eigene Kraft jegliches Unternehmen beginnen, welches dienlich erscheint zu ihrem Ziele zu gelangen, nämlich der Universal-Monarchie. Denn, wenn erst die englische Macht sich zurückgezogen hat auf ihre Insel, welche der breite Wassergürtel deckt, wenn Holland sich dem ersehnten Frieden und seinem Handel wieder hingegeben: so wird es sehr schwer halten, die beiden Mächte wieder in eine Allianz wie die jetzige zu bringen, in der doch hauptsächlich sie, zu Wasser wie zu Lande, die Freiheit Europas vertheidigen. Denn wenn es auch vor Augen liegt, daß der König Wilhelm, vermöge der Hoheit seiner Seele, seine ganze Kraft einsetzt für die gemeinsame Sache: so hat er doch andererseits auch das besondere Interesse, sich in dem gewonnenen [1]) Königreiche zu behaupten. Darum wird er, wenn in Folge eines Friedensschlusses die Krone ihm von außen her nicht mehr streitig gemacht wird, sie daheim auf seinem Haupte zu befestigen trachten. Noch

---

[1]) Die Worte sind: el particular interes de afirmarse en el Reyno que ha conquistado.

schwerer wird es halten, die durch die drückenden Kriegeskosten erschöpften Holländer wieder herbeizubringen. Bevor wir daher uns auf eine Friedenshandlung einlassen, bedarf es sorgfältiger Ueberlegung, damit wir nicht dadurch den genannten Mächten einen Weg eröffnen, den sie nach eigener Convenienz beschreiten würden. Der anderen Verbündeten erwähne ich nicht, weil ich sie, ohne England und Holland, als für uns nutzlos betrachte" [1]).

„Das Gesagte genügt zu dem Beweise, daß, bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge, mit Frankreich vom Frieden zu handeln eben so viel wäre wie alles preis zu geben. Und da es andererseits eben so gewis ist, daß, wenn es uns nicht gelingt, ihm eine tödtliche Wunde zu versetzen, jener hochfahrende König niemals sich zu einem Frieden herbeilassen wird, welcher der Welt Ruhe verbürgen könnte: so haben wir nur darauf zu sinnen, wie wir ein Mittel ausfindig machen, welches die umfassenden Plane jener Monarchie durchkreuzt. Da ist es nun ganz gewis, daß die Angriffe auf den einen Platz nach dem anderen nicht eine so durchschlagende Wirkung ausüben, welche zum Verzichte auf die allgemeinen Plane nöthigen könnte. Vielmehr müßte, nach meiner Ansicht, alles aufgeboten werden, damit der König von England sich entschlösse zu einer mächtigen Landung in Frankreich, und damit gleichzeitig der Herzog von Savoyen in den Stand gesetzt würde zur nachdrücklichsten Offensive gegen das Delphinat oder die Provence. Diese gleichzeitigen Unternehmungen, zumal wenn auch am Oberrheine eine gewichtige Macht sich entfaltet, würden den Stand der Dinge im Großen auf einmal ändern."

Ein ganz besonderes Gewicht legt Borgomainero auf den Krieg von Savoyen aus. Er weist darauf hin, daß der König von Frankreich vor allen Dingen suche aus diesem Kriege zu kommen, zu diesem Zwecke an vielen Orten in Italien Agenten halte, welche für einen Particular-Frieden reden. Borgomainero warnt davor mit starkem Nachdrucke; denn dieser Particular-Friede würde einen allgemeinen Frieden zu schwerem Nachtheile des Hauses Oesterreich nach sich ziehen. Die Warnung klingt bedeutungsvoll. Demgemäß erörtert Borgomainero

---

[1]) Porque les considero inutiles sin la Inglaterra y la Holanda.

im Einzelnen die Streitkräfte, die er von Savoyen aus für erforderlich halte.

Es würde zu weit führen, ihm auf das Gebiet von Planen zu folgen, die nicht zur Reife gelangten. Für die geschichtliche Betrachtung tritt voran das Urtheil dieses Spaniers über die allgemeine Sachlage, insbesondere das vorhin angegebene über den Krieg in Belgien. Dieses Urtheil, ausgesprochen am 3. December 1692, trifft nahe zusammen mit demjenigen, welches der Kaiser auch vorher schon nicht bloß gefaßt, sondern auch kund gegeben hatte. Denn bereits einige Monate zuvor hatte der Graf Windischgrätz im Haag eine Instruction erhalten, im ähnlichen Sinne bei dem Könige Wilhelm zu wirken. „Die Erfahrung, heißt es darin, hat nun doch gezeigt, daß in Belgien auch mit noch so zahlreichen Armeen nichts ausgerichtet wird. Gesetzt auch, es gelänge im nächsten Feldzuge die eine oder die andere Stadt dem Feinde zu entreißen: so wird er dadurch nicht zur Vernunft gebracht, nicht zur Bewilligung eines sicheren und ehrenhaften Friedens gezwungen. Fruchtbarer für die gemeine Sache würde es sein, wenn man ihn schärfer zu treffen suchte an den Stellen, an welchen er verwundbarer ist, wenn man demnach den Krieg in Belgien beschränkte auf die Defensive, dagegen einen Theil der dadurch verfügbaren Mittel verwendete für den Krieg von Savoyen aus, namentlich auch ein Geschwader ins Mittelmeer schickte, den anderen Theil für die von Anfang an uns in Aussicht gestellte Landung in Frankreich“ [1]).

Die Ausführung dieses Auftrages erforderte gegenüber dem Könige Wilhelm III. eine besondere Behutsamkeit, namentlich in Betreff des Gedankens, den Krieg in Belgien zu beschränken auf die Defensive. Denn gerade dieser Krieg war ja die persönliche Angelegenheit des Königs. Er war dort der Feldherr. Es war demnach sehr schwer eine Misbilligung dieses Kriegesplanes zu trennen von seiner Persönlichkeit. Windischgrätz beschloß also diese Seite der Sache klarer und schärfer vor Heinsius und Dykvelt zur Sprache zu bringen, dem Könige gegenüber sie nur zu berühren.

Am 17. October trat er vor den König. Dieser erzählte eingehend über den Feldzug, über seinen Plan Namur wieder zu nehmen.

---

[1]) Instruction für den Grafen Windischgrätz vom 30. September.

Von daher bot sich für Windischgrätz der Ausgangspunct. „Aber wenn auch, sagte er, Ew. Majestät dem Feinde diese Stadt oder auch noch die eine und die andere dazu wegnehmen: so trifft ihn doch das nicht sehr schwer. Zweckmäßiger scheint es mir den Krieg in des Feindes Land zu versetzen, die Pferde an seinen Zaun zu binden. Dies kann nirgends besser geschehen als im Delphinate." Er legte dann die Gründe dar. Er sprach die Ansicht aus, daß auch am Oberrheine man sich beschränken könne auf die Defensive, um jene Offensive desto nachdrücklicher zu machen. Dann hob er den anderen Offensivplan hervor, denjenigen einer Landung in Frankreich [1]).

Auf diese letzte Anregung erwiederte der König zuerst. Das Parlament, sagte er, habe schon im vorigen Jahre für diesen Plan einen regen Eifer gezeigt. Eben so entspreche derselbe seinem eigenen Wunsche. Er werde das ihm Mögliche dafür thun.

„Dagegen bin ich gar nicht der Ansicht, fuhr er fort, daß man am Oberrheine sich nur defensiv verhalten soll. Das Unglück für uns in Belgien ist dies Mal ja eben davon gekommen, daß die Franzosen, unbekümmert um einen Angriff von dort her, ihre Macht fast ganz nach Belgien gezogen hatten." Windischgrätz wandte ein, daß die Mittel fehlten. Der Kaiser gehe mit dem Gedanken um eine allgemeine Kriegscasse dort zu errichten, um den erschöpften Kreisen Franken und Schwaben zu Hülfe zu kommen. Aber auch, wenn dies gelänge, so würde es doch noch schwer halten, die Offensive dort zu ergreifen. Hauptsächlich jedoch mahne er an Savoyen.

In erregter Weise [2]) entgegnete dann der König: „Vor zwei Jahren habe ich mich nachdrücklich für Savoyen bethätigt und mehrmals 100,000 Reichsthaler dafür hergegeben. Allein der Feldzug wurde so spät eröffnet, daß gar nichts geschah. In diesem Jahre hat man dem Feinde lediglich gezeigt, was man thun könnte, und dadurch nur ihn zur größeren Vorsicht aufgefordert. Die Berathung in Wien, ob man Caprara oder Caraffa dahin senden wolle, hat drei ganze Monate gedauert. Ich weiß genau, daß nicht der Mangel des Geldes, sondern diese Unschlüssigkeit über die Wahl des Anführers

---

[1]) Bericht vom 17. October. Auch für das Folgende.

[2]) Mit ziemlich großer emotion.

den Beginn des Feldzuges um drei Monate hinaus gezögert hat. Eben so lang hat die Ernennung eines Feldherrn am Oberrheine auf sich warten lassen, und dafür haben wir in Belgien leiden müssen. Was bildet man sich denn in Wien ein? — Man verlangt von mir und den Generalstaaten die Absendung eines Geschwaders in das Mittelmeer. Man muthet uns zu, am Oberrhein die Kriegscasse auszustatten, die kaiserliche Armee in Piemont zu unterhalten. Dagegen sollen wir hier, wo die Gefahr die größte, nur defensiv zu Werke gehen".

Windischgrätz wandte ein, daß er diese Forderungen nicht gestellt habe. Er habe dem Könige und den Generalstaaten nicht die Ausstattung der Kriegscasse am Oberrheine zugemuthet, auch nicht den Unterhalt der ganzen kaiserlichen Armee in Piemont, sondern einen Beitrag.

Der König erwiederte: „Ich würde herzlich gern geben, was Sie wünschen, wenn es in meiner Macht stände. Aber weder ich, noch die Generalstaaten vermögen es".

Die Audienzen über diese Puncte wiederholten sich. Sie waren wesentlich desselben Inhaltes, mit einigen Modificationen. Es war seit langem der Wunsch des Königs, daß der Kaiser das Commando am Oberrheine dem Markgrafen Ludwig von Baden geben möge. „Ich darf mich, sagte er zu Windischgrätz, wegen der anderen deutschen Fürsten nicht so offen darüber aussprechen; aber Ihnen sage ich es, daß, wenn nicht der Kaiser den Markgrafen an den Oberrhein schickt, auch im nächsten Feldzuge dort alles in Verwirrung bleiben wird". — „Aber, wandte Windischgrätz ein, wen soll der Kaiser dann nach Ungarn senden?" — „Für Ungarn, erwiederte der König, sind weder Schlachten noch Belagerungen mehr erforderlich, sondern man sollte bald auf einen guten Frieden gedenken, und nur einen General hinschicken, der die Armee zu conserviren versteht [1]."

Wir erinnern uns, daß der Kaiser für den Feldzug dieses Jahres in Ungarn, dem Rathe Wilhelms III. entsprechend gehandelt, noch bevor er gegeben war.

Damals befanden sich, im Auftrage des Königs, die Vermittler Heemskerk und Paget im türkischen Lager. Von dem Erfolge der

---

[1] Bericht des Grafen Windischgrätz vom 28. October.

Thätigkeit derselben hing es ab ein Urtheil darüber zu fällen, ob der Wunsch des Königs, daß der Kaiser zum Frieden mit den Türken gelange, berechtigte zu einem Vorwurfe im Falle des Mislingens. Heemskerk meldete in denselben Tagen, daß er auf den Wunsch der Türken sich nach Adrianopel begebe [1]).

Ungeachtet der Erregtheit, mit welcher der König Wilhelm III. die Anforderung für die kaiserlichen Truppen in Piemont zurückgewiesen, erhielt der Graf Windischgrätz für sein Verhalten das zustimmende Lob des Kaisers. „Da ich meine besten Regimenter aus Ungarn nach Piemont gesandt, sagte der Kaiser, so liegt in meiner Forderung keine Unbilligkeit. Man sollte dort erwägen, daß wir sechs Jahre länger schon Krieg führen." Windischgrätz erhielt den abermaligen Auftrag festzuhalten. Er trat wiederholt zusammen mit den Vertrauten des Königs, Heinsius und Dykvelt.

Er verlangte von dem letzteren den Plan des Feldzuges in Belgien für das nächste Jahr. Dykvelt stellte die Gegenfrage: welche Diversionen vorbereitet würden in Piemont und am Oberrheine. Wenn diese stark genug, einen erheblichen Theil der französischen Streitkräfte dahin zu ziehen, so sei der König von England gern bereit, den einen oder den anderen Platz in Belgien anzugreifen. Hier ergab sich sofort die Differenz. „Und wenn auch immer, entgegnete Windischgrätz, der König nicht bloß einen, sondern auch zwei oder noch mehr feste Plätze nimmt: so bitte ich zu erwägen, daß der König von Frankreich nach dieser Seite hin solcher festen Plätze achtzehn bis zwanzig besitzt, daß demnach der Verlust von einigen derselben nicht entscheidend auf ihn wirken kann." — Dykvelt erwiederte: „Wir haben in diesem Jahre hier 96,000 Mann der bravsten Soldaten im Felde gehabt und doch damit nichts ausgerichtet, sind vielmehr im Nachtheile geblieben, weil die Diversionen anderswo so gering ausfielen. Das einzige Erhebliche ist ja von Piemont aus geschehen". — „Ich stimme zu, fiel Windischgrätz ein, und zwar ist dies geschehen durch die kaiserlichen Truppen." Der savoyische Gesandte Della Torre, der dabei anwesend war, bestätigte es. „Immerhin, warf Dykvelt ein, aber für unser Geld." — „England und die Republik haben beigetragen, erwiederte Windisch-

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 18. November.

grätz; aber Sie werden nicht behaupten wollen, daß die kaiserlichen Truppen von da her unterhalten sind." — „Wie dem auch sei, fuhr Dykvelt fort: wir haben in Belgien nichts auszurichten vermocht, weil unseren 96,000 Mann der König von Frankreich seine 130,000 gegenüber stellte. Nun schlagen Sie gar vor, daß wir uns hier nur defensiv verhalten sollen. Daraus würde erfolgen, daß die französische Kriegsmacht der unsrigen doppelt überlegen herankommen, daß die eine Hälfte derselben eine Stadt nach der anderen nehmen, während die andere Hälfte unsere gesammte Macht in Schach halten würde. Geschieht dies, so sage ich Ihnen rund heraus, daß im nächsten Feldzuge ganz Belgien verloren geht. Dies ist unvermeidlich, wenn man nicht aller Orten das Aeußerste aufwendet." Seine Rede wurde heftiger. „Und wie er denn, fügt Windischgrätz seiner Meldung hinzu, ein für das Gemeinwohl überaus eifriger Mann, sich auch durch seine langen Dienste manche Erfahrung erworben, im Uebrigen aber keine, oder allzu hitzige Manieren für eine Unterhandlung besitzt — so warf er in seiner Erregung Hut und Handschuhe zu Boden, mit den Worten: „Ich merke wohl, man will uns allein stecken lassen. Es wird aber den Kaiser und den König von Spanien gereuen; denn der König von Frankreich will Allen ohne Unterschied seine Gesetze vorschreiben" [1]).

Anders verhielt sich Heinsius. Der König Wilhelm III. hatte in den verschiedenen Beredungen den einen wunden Punct des kaiserlichen Finanzwesens nur leise gestreift: Heinsius wies nachdrücklich darauf hin. „Durch die Einführung einer besseren Oekonomie, sagte er, würde der Kaiser Mittel genug finden und unserer nicht bedürfen." Der Gesandte verneinte. Wir Spätere erinnern uns, daß die lange Reihe der Thatsachen unter dem Kaiser Leopold für die Ansicht des Rathspensionärs spricht, und wider die Verneinung des Gesandten. Heinsius gab einen anderen Rath. „Warum, fragte er, ahmt nicht der Kaiser das Beispiel des Königs von Frankreich nach, und nimmt den Schatz aus den Kirchen?" — „Das ist, entgegnete Windischgrätz, beim Kaiser nicht Herkommens. Selbst aber auch, wenn man zu dieser Gewalt griffe, so würde der Ertrag der Erwartung nicht entsprechen." — „Dennoch, fuhr Heinsius fort, bleibe ich dabei, daß man

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 4. November.

alle Gewalt anwenden sollte, um die Mittel für diesen Feldzug herbeizuschaffen." — Windischgrätz bestritt, daß eine solche Gewalt Frucht bringen würde. „Erwägen Sie dagegen, fuhr er fort, daß bei Ihnen das Geld wirklich vorhanden und die Frage nur ist um eine Hypothek für dasselbe. Bei uns aber, sowohl in den kaiserlichen Erblanden wie im übrigen Reiche, mangelt das Capital" [1]).

Immerhin mochte diese Ansicht des Grafen Windischgrätz richtig sein: das Urtheil der leitenden Persönlichkeiten in England und der Republik, daß von deutscher Seite mehr geleistet werden könnte, ward dadurch nicht aufgehoben.

Stellen wir, um dies augenfällig zu machen, den Bericht einer anderen gleichzeitigen Unterredung gegenüber.

Am 22. November trat der brandenburgische Gesandte im Haag, Schmettau, zu Windischgrätz. „Wie Schade, begann er, daß die Brandenburger, die nun aus Ungarn zurückkehren, müßig stehen werden!" — „Ich habe keinen Befehl, fuhr er fort, darüber zu reden, und sage es nur aus meinem persönlichen Eifer für das Gemeinwohl." — Windischgrätz erwiederte: es sei ja doch überall genug zu thun. Der Brandenburger dagegen vermeinte: man müsse zuvor darum sprechen. „Ich sehe, versetzte Windischgrätz, es kommt wieder an auf das alte Wort: quid vultis mihi dare?" — Schmettau erwiederte: der Kurfürst werde sich leidlich finden lassen. Und wenn der Kaiser die Mannschaft beim schwäbischen und fränkischen Kreise anbringe, so könne man sie auf 4000 Mann vermehren. Windischgrätz schloß mit den Worten: „Diese Kreise sind ohnehin schon halb desperat über die Last, welche sie tragen" [2]).

Der principielle Unterschied zwischen dem Kaiser, der Subsidien verlangt, weil seine eigenen Mittel nicht reichen, und den deutschen Fürsten, die ihre Truppen zum Erwerbe benutzen, liegt hier zu Tage. Auch haben wir früher beobachtet (S. 42), daß dieses Verhältnis dem scharfen Auge von Heinsius völlig offen lag.

In der That war, wenn irgendwo deutsche Truppen müßig standen, gerade damals nach einem Orte der Verwendung nicht lange

---

[1]) Bericht vom 18. November.

[2]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 24. November.

zu suchen. Am Tage vor jener Unterredung, also am 21. November, sah sich der Graf Windischgrätz genöthigt, dem Kaiser zu melden, daß von französischer Seite sich auffallende Bewegungen kund gäben, welche eine Erklärung fänden nur durch einen Plan auf Coblenz. Es liefen Gerüchte um, daß die Franzosen sich rühmten: sie würden sich der deutschen Confusion bedienen, um Coblenz eher wegzunehmen, als man sich zur Gegenwehr stellen könne. Windischgrätz bat und mahnte im Haag zur Hülfe. Es geschah nicht vergeblich. Am 2. December konnte er melden: „Die Erhaltung von Coblenz und Ehrenbreitenstein liegt den Generalstaaten am Herzen, gleich als handelte es sich um Amsterdam". Der Gesandte empfing das volle Lob des Kaisers. „Du hast darin nicht anders fortzufahren, sagt weiter der Kaiser, als wäre es unsere eigene Sache, und gleichwie nicht mehr zu zweifeln, daß die Absicht des Feindes auf Coblenz oder auch wohl auf die Stadt Köln gerichtet ist, also hast Du unausſetzlich auf die dahin verwilligte Hülfe zu bringen." Von seiner Seite hatte der Kaiser sofort Guido von Starhemberg entsendet, um bei den benachbarten deutschen Fürsten Hülfe für Coblenz zu verlangen[1]).

Ob die Franzosen in Folge dieser Anstalten ihren Plan geändert, oder die Bewegung gegen Coblenz nur als Maske gebraucht hatten: in der Wirklichkeit war der Stoß gerichtet auf die Feste Rheinfels. Im Anfange des Monats December stand Tallard vor derselben mit 23 Bataillonen Infanterie und den entsprechenden anderen Truppen. Es war eine damals unerhörte Belagerung in Schnee und Eis. Dies Wagnis gegenüber einer Festung, deren Besitz, wenn auch immer damals erheblich, doch nicht entscheidend sein konnte, erregt die Vermuthung, daß nicht das Verlangen nach dem Besitze an sich das wichtigste Motiv war, sondern das Bestreben durch die Wegnahme einer Festung am Rheine mitten im Winter den Türken zu imponiren, ihrer Friedensneigung Einhalt zu thun. Wenn dies, wie wahrscheinlich, die Absicht war: so schlug sie in der Hauptsache fehl. Der Angriff war heftig. Die Contrescarpe wurde erstürmt. Aber die Besatzung hielt standhaft aus, bis der Landgraf Carl von Hessen-Cassel mit einem

[1]) Die Berichte des Grafen Windischgrätz vom 21. November, 2. December, und kais. Rescript vom 30. December.

Entsatzheere heranrückte. Tallard, der in wenigen Tagen dort 4000 Mann verloren, trat den Rückzug an.

Kehren wir zurück zu den Unterredungen von Windischgrätz und Heinsius, im November und December 1692.

Wir haben vernommen, daß der König Wilhelm gegen das Verlangen ein Geschwader nach dem Mittelmeere abzusenden, sich ablehnend zu verhalten schien. In der Wirklichkeit entschied er sich für dasselbe. Die Abfahrt sollte bereits am 25. November erfolgen. Windischgrätz verlangte jedoch auch die Hinzufügung von 7000 Mann Infanterie. Und zwar kam er hierbei zurück auf die hauptsächliche Differenz der Ansichten. Diese Truppen, sagte er, würden in Belgien entbehrlich, an den Ufern des Mittelmeeres dagegen sehr nützlich sein. Heinsius lehnte nicht ab. Dagegen verneinte er die Entbehrlichkeit in Belgien, und zwar auf Grund derselben Darlegung, wie zuvor Dykvelt. Der König von Frankreich, sagte er, sei dort um 30,000 Mann überlegen gewesen. Deshalb dürfe man die Armee in Belgien nicht schwächen, sondern müsse sie stärken[1]).

In denselben Tagen gaben Ludwig XIV. und Jacob II. sich der Hoffnung hin, daß die Autorität Wilhelms III. in der Republik im Abnehmen begriffen sei. Ein besonderer Vorfall mochte einen scheinbaren Grund darbieten für diese Annahme. Ein Possenreißer auf seinem Theater in Amsterdam hatte Reden geführt, die an sich so wie durch die Aufnahme beim Volke vielfaches Aufsehen erregten. Er wolle, sagte er, nicht mehr sein bisheriges Leben fortführen, sondern sich eine Stellung schaffen nach Wunsch. Er wolle nicht der Sultan der Türken werden; denn dann müsse er zu viele Weiber haben. Er wolle auch nicht römischer Kaiser werden; denn der Kaiser habe es allzu vielen Fürsten recht zu machen und sei immer von Jesuiten umringt. Auch Papst wolle er nicht sein; denn bis man dies Amt erlange, werde man zu alt. König von Spanien wolle er auch nicht sein; denn der sei gar zu bettelarm. Auch König von Frankreich wolle er nicht sein; denn dann habe er zu viele Feinde. Aber König Wilhelm wolle er werden; denn dann nehme er Geld von allen Seiten her und thue nichts.

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 18. November.

Ludwig XIV. erzählte seinem Freunde Jacob den Vorfall[1]). Der Graf Windischgrätz hielt dieselbe Rede eines Berichtes an den Kaiser werth, mit dem Hinzufügen, daß das zuhörende Publikum jubelnden Beifall gespendet[2]). In Paris fügte man hinzu, daß das Volk in Holland laut wider den König Wilhelm murre. Es war freilich ein Unterschied so zu reden wie jener Possenreißer gethan, in Amsterdam oder in Paris. Die Holländer kannten keine Bastille: sie begnügten sich, und Wilhelm III. mit, zu lachen.

Ziehen wir dagegen jene Worte von Heinsius über die Verstärkung des Heeres in Betracht. Sie waren sehr ernstlich gemeint. Bereits waren der König und er übereingekommen, daß die Republik ihre Streitkräfte zu Lande um acht Regimenter zu vermehren habe. Es ist dabei von besonderem Interesse zu beachten, wie es diesen beiden Persönlichkeiten, vermöge ihrer Autorität in der Republik, leicht wurde, in solchen Dingen die Häupter derselben für ihre Beschlüsse zu gewinnen. Dies gibt sich klar zu erkennen aus der Zeitfolge der Daten.

Am 14. October traf der König im Haag ein, um in den nächsten Tagen zu Schiffe zu gehen. Am 16. brachte ein Courier die Meldung, daß Charleroi bombardirt werde. Der König brach dahin auf. Wir erinnern uns, daß der Versuch nicht eine weiter reichende Bedeutung hatte. Am 21. October langte der König wieder im Haag an. In den nächsten Tagen wurden die Angelegenheiten dort geregelt, und bereits am 25. October begab sich der König hinaus nach Oraniepolder, um dort sich einzuschiffen. Zu den Angelegenheiten, die in der Frist dieser wenigen Tage geregelt waren, gehörte die Feststellung des Kriegesstandes für den nächsten Feldzug. Wir vernehmen darüber die kurze Meldung des Grafen Windischgrätz mit folgenden Worten: „Am 23. October erschien der König im Staatsrathe, um den Kriegesstand zu Wasser und zu Lande für das künftige Jahr vorzulegen. Von da begab er sich, begleitet von dem Statthalter von Groningen und Friesland, in die Versammlung der Generalstaaten, um auch dort persönlich den Kriegesstand zu überliefern. Die Generalstaaten sprachen ihm ihren Dank aus“[3]).

---

1) Dangeau t. III, p. 121.

2) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 11. October.

3) Bericht vom 24. October.

Die Bewilligung im Einzelnen, das Ausfinden der Wege und Mittel, über welche das Parlament von England jedes Mal viele Monate zubrachte, während welcher Zeit der König sich aus England nicht entfernen durfte, überließ er in der Republik den gesetzlichen Gewalten. Er war sicher, daß es dort ihm gegeben wurde, wie er es gefordert.

Diese Thatsachen lassen in besonderer Weise das moralische Gewicht und das Vertrauen erkennen, dessen der König sich in der Republik, bei seinen Landsleuten erfreute. Um dies noch schärfer zu erfassen, genauer zu würdigen, haben wir zu gedenken der Hindernisse, des Widerstandes, vor allen Dingen des Mistrauens, welches vor dem Jahre 1688 jeglichem Hinweise des Prinzen von Oranien auf die Gefahr vor Frankreich, demgemäß seiner Forderung einer Kriegsbereitschaft, sich entgegen gestellt hatte. Wilhelm III. erfreute sich also seit 1688 des beneidenswerthen Erfolges, daß seine eigenen Landsleute das Mistrauen gegen ihn hatten fahren lassen, daß sie ihn erkannten und würdigten, daß ihr einstiges Mistrauen gegen ihn persönlich sich gewandelt hatte in ein völliges Vertrauen. Andererseits aber sehen wir auch als Männer des vollen Vertrauens von seiner Seite nur Holländer. In diesem Verhältnisse lag eine Frage verborgen, nämlich diejenige, wie sich die Dinge gestalten würden, wenn einmal das Interesse der Republik in irgend welchen Conflict geriethe mit demjenigen irgend einer anderen der verbündeten Mächte. Die Frage schlummerte noch. Aber sie konnte erwachen. Die Vorboten, daß sie einmal erwachen würde, sind erkennbar in den Klagen der Republik über die geringen eigenen Leistungen für den Krieg von spanischer und von deutscher Seite.

Bevor wir den König auf seiner Fahrt nach England begleiten, haben wir noch zwei wichtige Ereignisse auf dem Festlande zu verzeichnen, deren Tragweite sich erstreckt auf eine lange Reihe der kommenden Jahre. Das eine ist die Geburt des bayerischen Kurprinzen Joseph Ferdinand, das andere die Belehnung des Herzogs Ernst August mit der neunten Kurwürde.

Wir erinnern uns, daß die Erzherzogin Maria Antonia, die Tochter des Kaisers Leopold und der spanischen Infantin Margaretha, bei ihrer Heirath mit Maximilian Emanuel von Bayern vor ihrem

Vater allen Ansprüchen auf das spanische Erbe entsagt, daß dagegen König Carl II. beharrlich sich geweigert hatte, diesen Verzicht anzuerkennen. Jahre lang schien die Frage praktisch von keiner Bedeutung; denn mehrere Kinder von Maria Antonia erwiesen sich nicht als lebensfähig. Im October 1692 jedoch brachte sie in Wien einen Knaben zur Welt, der kräftiger erschien. Die Folgen der Geburt rafften die Kurfürstin im jugendlichen Alter von vierundzwanzig Jahren hinweg, und die Gruft bei den Kapuzinern empfing in ihrer Leiche die letzte von spanischer Abkunft. Aber der Sohn, Joseph Ferdinand, war da und erhielt sich, und mit ihm die lange Reihe der Fragen, die an sein Dasein sich knüpften. Da auch die zweite Ehe Carls II. von Spanien bis dahin kinderlos blieb, so war, dem Blute nach, dieses Kind der nächst berechtigte Erbe der spanischen Monarchie. Und eben daran erwuchs die lange Reihe der Fragen. War der Verzicht, welchen seine Mutter Maria Antonia, mit der Zustimmung seines Vaters Maximilian Emanuel, jedoch ohne die Genehmigung Spaniens, vor dem Kaiser Leopold geleistet, gültig oder nicht gültig? — Es handelte sich dabei namentlich um das fernere Verhalten Carls II. von Spanien selbst, dann aber auch um dasjenige des Vaters Maximilian Emanuel, ferner um dasjenige von Carls Mutter Maria Anna. Sie, die Schwester des Kaisers Leopold, hatte bis dahin bei ihrem Sohne das Interesse des Kaiserhauses vertreten. Aber das Kind Joseph Ferdinand war ihr eigener Urenkel. War es anzunehmen, daß sie das Interesse des eigenen Blutes hintansetzen würde? — Der König von England und die Republik Holland hatten, in dem geheimen Artikel der großen Allianz vom 12. Mai 1689, dem Kaiser versprochen einzutreten für sein Erbrecht auf die spanische Monarchie. Wie nun aber, wenn sie ein näheres Erbrecht als dasjenige des Kaisers anerkannten? Durfte auch dann noch der Kaiser auf sie rechnen? —

Diese Fragen traten nicht sofort mit der Geburt des Kindes Joseph Ferdinand praktisch wirkend ein in das politische Leben Europas. Aber sie waren da von diesem Tage an. Sie wurden erwogen, wie von dem Vater Maximilian Emanuel, der auf die Kunde des frohen Ereignisses in der Gudula-Kirche zu Brüssel das Tedeum singen ließ, so in Madrid, in Versailles, in Wien, in London, im Haag. Es

kam die Zeit, wo jede dieser Mächte zu der Thatsache der Existenz des Prinzen ihre Stellung zu nehmen hatte.

Das andere Ereignis von wichtiger Bedeutung war die wirkliche Verleihung der neunten Kurwürde an den Herzog Ernst August von Braunschweig-Lüneburg zu Hannover.

Wir erinnern uns, daß der Kaiser, nach dem Abschlusse des Kurvertrages vom 22. März 1692, in der Erwartung der zustimmenden Antworten von Seiten der Kurfürsten, den Tag der Belehnung ansetzte auf den 20. Juli.

Im Monate Juni trafen diese Antworten ein. Sie sämmtlich bergen unter dem reichen Wortschwall damaliger Zeiten den einen Kern: die Sache ist so wichtig, daß zuvor der Kurfürst sich mit seinen Mitkurfürsten besprechen muß.

Die fast gleichzeitigen Daten [1]), wie der Inhalt dieser Antworten thun dar, daß eine solche Verständigung bereits statt gefunden, daß man sich zu dieser ausweichenden Antwort geeinigt, um Zeit zu gewinnen.

Damit jedoch ließ sich der Kaiser nicht mehr zurückweisen. Er wiederholte, am 22. Juni, nachdrücklich seine Aufforderung. „Bei meiner Anwesenheit in Augsburg, sagt er, haben fast alle Kurfürsten die Sache entweder eifrig empfohlen, oder doch genehm gehalten." Er erinnert jeden Einzelnen, in welcher Weise das von ihm geschehen. „Darauf vertrauend, fährt der Kaiser fort, habe ich gehandelt. Nun sind demgemäß die Truppen von Hannover auf dem Marsche hierher, ein Tag zur Investitur ist angesetzt. Darum ersuche ich E. L. nochmals freundlich, gnädig und angelegentlich, Sie wollen mir Dero Einwilligung absonderlich einschicken."

Es geschah nicht. Die Kurfürsten beharrten. Der Kaiser fügte sich. Er verlangte dagegen einen Collegial-Beschluß. Er sprach am 17. Juli dem Kurfürsten Franz Anshelm von Mainz als dem Decan des Collegiums die Hoffnung aus, daß der Collegial-Beschluß ohne Zeitverlust erfolgen werde. Von der anderen Seite mahnte das gewichtige Wort des Königs Wilhelm III., der für die weltlichen Kurfürsten und ihre Truppen die Schnüre des englischen und des holländischen Geld-

---

[1]) Dem Datum, neuen Stiles, nach sind die Schreiben ausgefertigt: Kur-Mainz 3. Juni, Kur-Sachsen 7. Juni, Kur-Brandenburg 9. Juni, Kur-Köln 14. Juni, Kur-Trier 18. Juni, Kur-Bayern 26. Juni. Sämmtlich im k. k. Archive.

beutels in Händen hielt. Die Kurfürsten von Sachsen, Bayern, Brandenburg entsprachen dem Wunsche des Kaisers. Sie erwiederten, daß ihre Gesandten in Regensburg versehen seien mit der erforderlichen Instruction. Maximilian Emanuel ging persönlich noch weiter. Er hatte im Jahre 1689 vor Mainz dem Herzoge Ernst August das Wort gegeben, daß er, zum Danke für die Heranführung der Hannoveraner vor Mainz, nachdrücklich eintreten werde für die Verleihung der Kurwürde. Eingedenk dessen und nicht minder vielleicht auf die Mahnung Wilhelms III., erklärte er sich dem Kaiser bereit zu jeglichem Verfahren, welches der Kaiser vorschlage. Dagegen hatten die drei geistlichen Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier, so wie derjenige von der Pfalz, schwere Bedenken. Sie zauderten [1]).

Inzwischen erwuchs die Opposition auch des Fürsten-Collegiums, und setzte sich in Wechselwirkung mit jenen Bedenken der Kurfürsten. In den Augen Vieler ragte bereits die Angelegenheit an Wichtigkeit empor über die Sache des gemeinsamen Krieges. Von Versailles aus schaute man drein mit hoffender Erwartung. Bereits im Juli 1692 stand die Opposition der Reichsfürsten stark und stattlich da, zusammen gewachsen aus sehr verschiedenen Elementen. Die zunehmende Wichtigkeit der Sache fordert ein näheres Eingehen.

Es war da zunächst das confessionelle Element, mächtig bei jenen vier Kurfürsten und den geistlichen Mitgliedern des Fürsten-Collegiums. Man hegte die Besorgnis, daß, im Falle beide Linien des Hauses Wittelsbach ausstarben, diejenige in der Pfalz und in Bayern, die letztere dieser Kuren erlöschen, jene andere an eine protestantische Linie gelangen, und somit die protestantischen Kurfürsten an Zahl das Uebergewicht erhalten würden. Die Consequenz würde dann sein die Wahl eines protestantischen Kaisers. Es liegt nahe, daß die Zusammenstellung dieser beiden mit einander unvereinbaren Begriffe die Auflösung des Reiches bedeutete. Die Fürsten der Richtung, welche dieser Besorgnis sich hingaben, lagen dem Kaiser Leopold an mit der Bitte, vorher Schutzwehren zu errichten gegen die Möglichkeit einer solchen Consequenz.

---

[1]) Es würde zu weit führen hier jedes einzelne der betr. Actenstücke zu benennen. Sie sind sämmtlich im k. k. Archive.

Eine andere Richtung, namentlich im Fürsten-Collegium, erhob ihre Einwände von dem Boden der Reichsverfassung. Die goldene Bulle, sagte sie, setzte die Siebenzahl der Kurfürsten fest. Von dieser Siebenzahl sei das Reich im westfälischen Frieden abgegangen, um durch die Errichtung einer achten Kur ein Mittel zu haben zur Beendigung des traurigen Krieges. Die Noth habe es so geboten. Aber man sei davon abgegangen durch einen Beschluß des Reiches, nicht bloß des Kaisers und der Kurfürsten. Darum müsse über die Errichtung einer neuen Kur, welche jene beiden Grundgesetze des Reiches abändere, zuvor das gesammte Reich befragt werden und in dieselbe willigen.

Wir erinnern uns, daß diese beiden Richtungen auch im Rathe des Kaisers vertreten gewesen und gewichen waren vor dem Drucke der Noth und der Gefahr, nicht bloß des Reiches, sondern der gesammten Christenheit.

Die dritte Richtung des Widerstrebens gegen die neue Kurwürde war diejenige der politischen Eifersucht, vertreten durch diejenigen Fürstenhäuser, welche nicht zugeben wollten, daß die hannöversche Linie des Hauses Braunschweig-Lüneburg höher steige als zuvor, und welche, um diesen eigentlichen Kern der Gesinnung zu verbergen, sich, je nach dem Standpunkte, die Gründe der beiden ersten Richtungen zu Vorwänden nahm. Wir sehen als Factoren dieser dritten Richtung zugleich den Fürstbischof von Münster und den König von Dänemark, insofern er Reichsstand war. Der Gesandte desselben am Reichstage sprach öffentlich die Drohung aus: „An dem Tage, wo man vernehmen muß, daß der Kaiser die Belehnung des Herzogs von Hannover mit der Kurwürde vollzogen, werden der König und die gleichgesinnten Mitstände des Reiches nicht bloß ihre Kriegsvölker aus Ungarn, aus den Niederlanden, vom Rheine her abberufen, sondern auch zur Abwehr dieses Unrechtes alle Kräfte aufbieten". Was der dänische Gesandte öffentlich aussprach, wiederholten Andere geheim. Sie gingen darin noch weiter. Sie redeten von fremder Hülfe, die ihnen in diesem Falle nicht ausbleiben werde. Im Rathe des Kaisers wußte man, daß ein Fingerzeig dieser Art hinweisen solle auf Frankreich [1]).

---

[1]) Conferenz-Protokoll vom 14. September 1692.

Voran in dieser dritten Richtung stand neben Dänemark und Münster noch ein Fürst, der in sich eine besondere vierte Richtung vertrat, diejenige der politischen Familien-Eifersucht, und darum die intensiv feindlichste von allen. Es war der Herzog Anton Ulrich von Braunschweig-Lüneburg, Mitregent seines Bruders Rudolf August zu Wolfenbüttel.

Dieser ältere Bruder Rudolf August, freundlich, wohlwollend, den Wissenschaften ergeben, liebte den Frieden, zunächst aber im eigenen Hause. So geschah es, daß er im Nachgeben vor der stärkeren Persönlichkeit seines jüngeren Bruders, in Gemeinschaft mit demselben in mancherlei Händel verstrickt wurde, die seinem Naturell weniger entsprachen als dem streitbaren von Anton Ulrich. Auch dieser Fürst, ausgestattet mit ungewöhnlicher geistiger Begabung, bewies regen Eifer für Wissenschaft und Kunst. Namentlich verfaßte er sehr ausführliche Romane, in die er seine Anschauungen niederlegte. Allein das hinderte ihn nicht, in dieser Zeit seines Lebens auch jene andere Richtung zu bethätigen. Er hatte gegen die Vettern von Celle und Hannover ein Heer von Klagen und Vorwürfen, gegründeten und mehr noch ungegründeten. Die ersteren betrafen namentlich die Erbschaft des Herzogthums Sachsen-Lauenburg, über welche die Brüder Georg Wilhelm in Celle und Ernst August in Hannover ihre Beschlüsse faßten ohne die Mitwirkung der Vettern von Wolfenbüttel, denen der dritte Theil gebührte. Die unbegründeten betrafen die demnächstige Vereinigung von Celle und Calenberg unter Einem Haupte, und die Einführung der Primogenitur, welche den Herzögen zu Wolfenbüttel alle Aussicht auf Celle abschnitt. „Es soll dadurch, klagt Anton Ulrich, eine Macht geschaffen werden, welche alle unsere Nachbaren zur Eifersucht gegen das Gesammthaus reizt, und welche doch in Wahrheit die Herzöge von Wolfenbüttel mehr als jeden Anderen der Ambition von Hannover bloßstellt.“ Ganz besonders aber fühlte der Herzog Anton Ulrich sich verletzt durch den Stolz seines Vetters Ernst August in Hannover, und kargte darüber nicht mit seinen Beschwerden[1]).

---

[1]) Das Material, aus welchem ich diese Darlegung zusammen dränge, besteht aus den Berichten von kaiserlichen Gesandten über ihre Unterredungen mit Anton Ulrich, desgleichen von Leibniz, welcher im besonderen Vertrauen des Herzogs

Mochten unter denselben diese oder jene nicht unberechtigt sein: das hauptsächliche Mittel, durch welches Anton Ulrich damals, noch vor der Kurwürde, seinem Verdrusse Genugthuung zu verschaffen suchte, war nicht gerechtfertigt.

Die jüngeren Söhne des Herzogs Ernst August und der Prinzessin Sophie sträubten sich, einer nach dem anderen, gegen die Primogenitur. Nachdem der zweite Prinz, Friedrich August, wie vor ihm sein Bruder Carl Philipp, im kaiserlichen Kriegsdienste gegen die Türken gefallen war, hielt der dritte, Maximilian, sich für berechtigt zum Einspruche. Er fand Rückhalt an Anderen, namentlich an dem Herzoge Anton Ulrich. Niemals, sagte ihm dieser, werde er die Vereinigung von Celle und Hannover zugeben. Aber Maximilian wählte nicht den Weg des offenen Einspruches, des Protestes, wie einst sein Bruder Friedrich August gethan, sondern der Verschwörung. Die Fäden derselben reichten bis nach Berlin, wo der Minister Dankelmann den Kurfürsten für die Plane von Maximilian und Anton Ulrich zu gewinnen bemüht war. Eben dort jedoch kam die Kurfürstin Sophie Charlotte zur Kenntnis der Sache. Sie gab ihrem Vater Nachricht, im December 1691. Die Verschworenen wurden verhaftet. Sie gestanden, wenn auch nicht alles. Maximilian erlangte, auf die Fürsprache des Oheims von Celle, die Verzeihung des Vaters, und trat dann auch in den Kriegsdienst des Kaisers. Anders erging es einem der Mitverschworenen, dem Ober-Jägermeister von Moltke. Er ward des Hochverrathes angeklagt und verurtheilt. Sein Kopf fiel auf dem Blutgerüste. Derjenige jedoch, der dem Prinzen den stärksten moralischen Vorschub geleistet, war unantastbar. Es war der Herzog Anton Ulrich in Wolfenbüttel.

Die Verschwörung war entdeckt worden im December 1691. Erwägen wir, daß am 17. Januar 1692 der hannöversche Gesandte Limbach in Wien den kaiserlichen Räthen das Ansuchen um die Kurwürde vorlegte, welche nach der goldenen Bulle untrennbar war von der Primogenitur, demnach die letztere reichsgesetzlich sanctioniren würde: so liegt der Schluß auf einen ursächlichen Zusammenhang nahe. An-

stand. Man vgl. ferner Denkwürdigkeiten des Grafen Schulenburg, Band I, S. 48, 57 u. f.

dererseits aber hatte so eben Anton Ulrich, durch die Offenlegung seines in jedem Falle intellectuellen Antheiles an der Verschwörung wider die Primogenitur, moralisch eine empfindliche Niederlage erlitten. Man durfte daher voraussehen, daß er um so nachdrücklicher alle seine Kraft aufbieten werde zur Vereitelung des Strebens nach der Kurwürde, dessen Gelingen er von seinem Standpuncte aus betrachten mochte wie eine abermalige Niederlage für ihn.

Diese verschiedenen Richtungen bei einer Reihe von Kurfürsten und Fürsten vereinigten sich zum Widerstande gegen die neunte Kur. Die erste Protestation aus dem Fürsten-Collegium trat hervor am 23. Juli 1692. Andere folgten. Der Kern ist immer derselbe: von der einen Seite wird die Gefahr für die katholische Religion in den Vordergrund gestellt, von der anderen diejenige für die Reichsverfassung.

Der Kaiser suchte zu begütigen, zu beschwichtigen. Er hob hervor, daß andere Reichsfürsten solche Hülfstruppen, wie Hannover auf eigene Kosten zum Wohle der Christenheit ihm zur Hülfe gesendet, auch gegen angebotene Bezahlung ihm verweigert. Er wies darauf hin, daß er der Bildung einer dritten Partei habe entgegen treten müssen, und daß das einzige Mittel zu diesem Zwecke gewesen sei sein Eingehen auf die Wünsche der Brüder von Celle und Hannover. Er fragte, ob nicht bisher seine mehr als dreißigjährige Regierung die Bürgschaft gewähre, daß er nicht darauf ausgehe, die Rechte der Stände des Reiches zu kränken. Er habe handeln müssen wie er gethan, um des Gemeinwohles, um der Gesammtheit willen. Aber er erneuerte seine Versicherung, daß den Reichsständen ihr volles Recht verbleiben solle. — Diese letzten Worte betrafen die Introduction des neuen Kurfürsten in das kurfürstliche Collegium, mit der Ausübung des Stimmrechtes. Diese Introduction sollte erst erfolgen nach der erlangten Zustimmung aller drei Reichs-Collegien. Der erste Act dagegen war derjenige der Investitur, der kaiserlichen Belehnung. Derselbe sollte erfolgen auf den Beschluß des obersten Collegiums, desjenigen der Kurfürsten, sei es des einstimmigen, sei es desjenigen der Mehrheit [1]).

[1]) Das Conferenz-Protokoll und die Resolution des Kaisers vom 14. Sept., im k. k. Archive.

Der zuerst angesetzte Termin war der 20. Juli. Jenes Ausweichen der Kurfürsten machte es unmöglich, ihn inne zu halten. Aber Hannover drängte inständig. Am 14. September setzte der Kaiser einen der letzten Tage des Monates October an. Bis dahin indessen war die Mehrheit im Collegium der Kurfürsten noch gegen die neue Kur. Daß dasselbe nicht einstimmig dafür sich aussprach, war den kaiserlichen Räthen nicht unlieb. Denn dies gab das Mittel an die Hand, auf Hannover einen Druck auszuüben für zwei Forderungen des Wiener Hofes. Die erste war diejenige des Eintretens für die Herstellung des vollen Rechtes der Kur Böhmen, welche seit Jahrhunderten nur bei der Kaiserwahl mitwirkte; die andere war diejenige des ausdrücklichen Beitrittes zu der großen Allianz von 1689.

Zunächst kam es darauf an einen Mehrheitsbeschluß des Collegiums der Kurfürsten zu erwirken. Gegen Kur-Sachsen, Bayern, Brandenburg standen die drei geistlichen Kurfürsten und Pfalz, aus kirchlichen Bedenken. Der Kaiser von seinem Standpuncte aus wies diese Bedenken nicht zurück. Dennoch mußte er einen dieser vier für sich gewinnen, und zwar denjenigen, welcher für eine formelle Beschluß-Fassung unentbehrlich war, den Decan des Collegiums. Es war der Mainzer Kurfürst Anshelm Franz, aus dem Geschlechte Ingelheim. Das Mittel lag in den Händen des Kaisers. Als die Angelegenheit der neuen Kurwürde zum ersten Male zur Sprache gekommen war, im Jahre 1690 in Augsburg, hatte Anshelm Franz dem Kaiser die Zusage gegeben, sich ganz nach seinem Wunsche richten zu wollen. Der Kaiser erinnerte ihn nun daran. Er wies zugleich hin auf die Dankbarkeit, welche der Kurfürst dem Herzoge Ernst August schulde für das bereitwillige Mitwirken zum Wiedergewinne von Mainz [1]). Es lag darin verhüllt die Mahnung, daß der Kurfürst die allzu rasche Uebergabe dieser seiner Stadt an Frankreich, im Herbste 1688, vor dem Kaiser noch zu sühnen habe. Von Seiten des Herzogs trat dazu, daß er in der langjährigen Streitigkeit über das Eichsfeld den Wünschen des Stuhles von Mainz sich nachgiebig bewies.

Nach dieser kaiserlichen Mahnung an das gegebene Wort konnte der Kurfürst von Mainz nicht umhin zu handeln. Am 3./13. October

[1]) Kaiserliches Schreiben vom 22. Juni 1692.

lud der Mainzer Gesandte in Regensburg diejenigen der anderen Kurfürsten zusammen. Er legte nur die Frage des Ob? vor, mit Vertagung der Frage des Wie? — Köln, Trier und Pfalz protestirten gegen dieses Verfahren als formell unzulässig. Mainz, Sachsen, Bayern, Brandenburg bejahten die Frage des Ob? — Der Beschluß ging als derjenige der Mehrheit des kurfürstlichen Collegiums an den Kaiser. Die Minderheit erhob dagegen ihre Beschwerde, und wandte sich zugleich sofort mit flehender Klage über die ganze Sache an den Papst. Der Kaiser indessen setzte nun definitiv den Tag der Investitur an, den 9./19. December 1692.

Im Namen des neuen Kurfürsten Ernst August von Braunschweig-Lüneburg empfingen die Gesandten Grote und Limbach in der Hofburg zu Wien aus der Hand des Kaisers den Kurhut.

An solchen Tagen entwickelte sich in vollem Glanze die schwerfällige Pracht des römischen Reiches deutscher Nation. Zuerst wurden die Geschenke dargebracht. Eine Stunde vor der Belehnung, die um Mittag stattfand, wurden von Seiten des neuen Kurfürsten zwölf falbe Reitpferde vorgeführt. Dann fuhren die Gesandten mit den Cavalieren ihrer Begleitung in Sechsspännern vor. Der Hof der Burg war für alle anderen Wagen geschlossen. Der Kaiser saß unter dem Baldachine auf einem roth ausgeschlagenen Throne, umgeben von den ersten Würdenträgern. Sobald die herangeführten beiden Gesandten des Kaisers ansichtig wurden, knieten sie nieder, und wiederholten dies dann noch zweimal. Auf gleiche Weise zogen sie nachher sich zurück. Der Gesandte Grote begann mit einer Anrede. Der Graf Waldstein erwiederte im Namen des Kaisers. Der Gesandte Limbach schloß mit den Worten des Dankes.

Das Ceremoniell entsprach der Bedeutung, welche die damalige Mitwelt der Sache beimaß. In späterer Zeit, als man hinaus zu wachsen glaubte über so Manches, was die Vorfahren in Leid und Freud bewegte, pflegte man nicht bloß in Betreff dieser einen Angelegenheit, sondern überhaupt auf die ceremoniellen Fragen jener Tage mit besonderer Geringschätzung hinzublicken. Ja es findet sich oft die Ansicht, als ob eine Ueberschätzung derselben in den damaligen Zeiten gewesen sei wie ein besonderes Uebel des alten Reiches. Man pflegt für diese Meinung hinzuweisen auf die Rangstreitigkeiten der Gesandten

am Reichstage in Regensburg. Diese Ansicht ist dennoch nicht richtig. Strenger als in Regensburg und strenger als irgendwo sonst wurden die ceremoniellen Formen festgehalten an dem glänzendsten Hofe damaliger Zeiten, demjenigen von Versailles. Ueberhaupt aber war eine schärfere Beobachtung derselben damals allgemein, und ist daher nicht Einem Lande, Einer Nation besonders beizumessen.

Zwischen dem Kaiser Leopold und dem Könige Ludwig XIV. war jedoch dabei der große Unterschied, daß es für diesen sich band an seine Person, daß es dieselbe nicht verließ, zu keiner Zeit und an keinem Orte, daß dagegen für den Kaiser es sich band an seine Würde. Leopold war für sich persönlich so einfach, wie seit seinem Ahnherrn Rudolf fast alle Mitglieder seines Hauses. Wie auch hätte es anders sein können bei einem Manne, der ein reiches inneres Leben besaß, der durch eigene Neigung, Begabung und Ausbildung sich hingezogen fühlte zu wissenschaftlichen Beschäftigungen! — Aber Leopold war als römischer Kaiser der erste weltliche Fürst der Christenheit. War auch diese Würde als solche ohne wirkliche Macht: so bewahrte sie noch die Formen derselben, und in der Aufrechthaltung dieser Formen lag damals mehr als in späterer Zeit, gemäß den Anschauungen der Mitwelt, immer noch ein Abglanz der alten, allmählich verblassenden Idee des Kaiserthumes. Wo darum Leopold auftrat als römischer Kaiser, da forderte er die volle Entfaltung des Ceremoniells, nicht für sich, sondern um der Sache willen, die er vertrat.

Der Lehnbrief der Kurwürde hebt stärker als früher den Vertrag vom 22. März 1692 die Verdienste des neuen Kurfürsten und seines Hauses um die Christenheit hervor. Es wird darin nicht bloß der Hülfe gedacht, die Ernst August wiederholt dem Kaiser in Ungarn geleistet, sondern auch derjenigen für die Republik Venedig zur Eroberung von Morea, so wie daß der Kurfürst zwei seiner Söhne im Kampfe gegen den Erbfeind des christlichen Namens eingebüßt. Es wird ferner seiner Hülfe gedacht zum Wiedergewinne der dem Reiche genommenen Festungen, und die Zuversicht ausgesprochen, daß er beharren werde im Kampfe gegen die Krone Frankreich.

Diese Zuversicht erhielt in den folgenden zwei Jahrzehnten ihre volle Bestätigung. Ludwig XIV. ersah sich in der Opposition vieler Fürsten gegen die neue Kurwürde den Punct, an welchen haupt-

sächlich er den Hebel anzusetzen habe, um das Reich in sich zu theilen und zu lähmen. Eben darum zog sich der Bund des neuen Kurfürsten mit dem Kaiser immer enger und fester. Waren die Räthe des Kaisers in früheren Jahren oft zum Mistrauen geneigt gewesen, daß der Ehrgeiz von Ernst August besondere Wege einschlage nicht im Interesse des Gemeinwohles: so that von 1692 an die Erfahrung dar, daß der Kaiser auf keinen anderen Reichsfürsten so zuverlässig zählen durfte, wie auf die Linie Hannover des Hauses Braunschweig-Lüneburg.

Siebenzehntes Buch.

Das Kriegesjahr 1693.

Die Ueberfahrt des Königs Wilhelm III. nach England, im October 1692, war nicht ohne Gefahr. Es waren beständig vier französische Kriegsschiffe in Sicht; jedoch gestattete der Wind ihnen nicht zum Angriffe zu kommen. Der König landete am 18./28. October 1692 zwischen Yarmouth und Harwich, und traf am Abende des 20./30. unter dem Jubel des Volkes in London ein. [1])

Einige Tage vorher war auch das prinzliche Paar, Anna und Georg von Dänemark, begleitet von dem Ehepaare Marlborough, dort angelangt.

Wir erinnern uns, daß Marlborough, zur Zeit der Seeschlacht von La Hogue, in den Tower gebracht war, und zwar auf Grund der Anklage des Hochverrathes. Der Reuebrief, den die Prinzessin Anna am 1. December 1691 ihrem Vater Jacob II. geschrieben, läßt keine andere Deutung zu, als daß sie oder vielmehr diejenigen, deren Leitung sie sich anvertraut hatte, je nach dem Gange der Dinge bereit waren zu weit reichenden Entschlüssen. Die Briefe der Prinzessin Anna aus dieser Zeit an Lady Marlborough bekunden, in so weit sie des Königs Wilhelm Erwähnung thun, einen bitteren Haß gegen seine Person. „Angenommen auch, schreibt die Prinzessin damals, daß ich mich unterwürfe, und angenommen ferner daß der König sein

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 31. October. — Windischgrätz Bericht vom 4. November.

Naturell so weit ändern könnte, mich menschlich zu behandeln: wie sehr würden alle vernünftigen Leute mich verachten!" — Sie wiederholt dann ihre Betheuerung, daß sie niemals sich unterwerfen werde. Sie wolle in Geduld harren auf den Tag des Sonnenscheines, und wenn ihr das Leben bis dahin nicht vergönnt sei, dennoch hoffen, daß England einst wieder blühen werde [1]. — Indessen was auch immer das Ziel dieser Gedanken sein mochte: sie wurden vereitelt durch die Seeschlacht von La Hogue. Wie dieselbe das Königthum Wilhelms III. befestigte: so gewährte andererseits der günstige Erfolg die Möglichkeit, über die Verschwörung vom Beginne 1692 ohne Aufsehen hinwegzukommen. Denn wie das Aufwühlen derselben vielleicht nicht einmal politisch klug gewesen wäre: so entsprach noch weniger eine Rache dem Charakter weder des Königs noch der Königin. Nur blieb Marlborough einstweilen im Tower. Auch das schien seinen Freunden zu viel. Unter ihnen waren Halifax und Shrewsbury. Sie, so wie die Lords Burlington und Carbury, erboten sich zur Bürgschaft für Marlborough. Auf dieses Erbieten mußte er, den Gesetzen gemäß, aus dem Tower entlassen werden. Es geschah im Juli 1692. Aber zugleich that der Hof einen öffentlichen Schritt gegen diese Persönlichkeiten. Halifax und Shrewsbury waren, seit ihrer Wiederanknüpfung mit St. Germain, zu den Sitzungen des geheimen Rathes nicht mehr erschienen. Der König hatte darüber hinweggesehen. Auf jenes Erbieten der Bürgschaft erfolgte als Antwort, daß die Namen Halifax, Shrewsbury, Marlborough, zugleich mit Torrington, von der Liste der Mitglieder des geheimen Rathes gestrichen wurden. Den Eindruck der Maßregel ersehen wir aus dem Urtheile, welches der kaiserliche Gesandte seinem Berichte beifügt: „Der Hof hat sich nicht ungestraft insultiren lassen wollen" [2].

Die Forderung, welche die Königin nach wie vor an die Prinzessin stellte, war diejenige der Entlassung von Lady Marlborough. Die Ansicht, welche die letztere später geltend zu machen gesucht hat, daß lediglich in der persönlichen Abneigung der Königin gegen sie der Grund dieser Forderung zu suchen sei, besteht nicht mit der Thatsache,

[1]) Conduct of the duchess of Marlborough p. 85: But suppose I did submit, and that the king could change his nature so much as to use me with humanity: how would all reasonable people despise me? —

[2]) Hoffmanns Bericht vom 14. Juli.

daß nicht bloß Marlborough mit St. Germain in Verbindung blieb, sondern eben so auch die Prinzessin Anna selbst [1]). Sie unterhielt die einmal begonnene Correspondenz durch Versicherungen ihres Pflichtgefühls und ihrer Reue. Die Stellung der Schwestern zu dem Vater Jacob war eine sehr verschiedene. Die Prinzessin Anna hatte durch eigene Thätigkeit zu seinem Sturze beigetragen, so viel sie vermochte. Mary dagegen hatte, vor dem Aufbruche ihres Gemahles im Herbste 1688, durch Albeville ihrem Vater den Weg gewiesen, sich zu versöhnen mit ihrem Gemahle und sich selber zu erhalten. Es traf sie der Vorwurf, daß sie für eine Zeit lang sich eingelassen hatte auf die Anklage der Unterschiebung des königlichen Kindes. Diese Anklage aber war vor ihr erhoben und festgehalten von ihrer Schwester Anna, welche nun ihrerseits zu dem Vater stand gegen das königliche Paar. Während der Zorn des Vaters auf der Königin Mary lastete, die ihn in dieser Weise nicht verschuldet, hatte die Prinzessin Anna für das was sie wirklich gethan, seine Verzeihung erlangt. Dieses Verhalten der Prinzessin mußte auch den milden Charakter der Königin erregen. Als die treibende Kraft aber betrachtete sowohl sie wie der König das Ehepaar Marlborough. Es bedarf nicht einer weiteren Ausführung, daß im Falle unglücklicher Ereignisse die Thätigkeit dieses Ehepaares verderblich wirken konnte. Daher die Forderung der Entfernung. Auf die Weigerung der Prinzessin wurden ihr die Ehren des königlichen Ranges entzogen. Auch das that keine Wirkung.

Bei der Rückkehr nach London, im October 1692, durfte die Prinzessin wegen ihrer Gefährtin nicht denken an einen Wiedereinzug in den Cockpit, der zu den königlichen Gebäuden gehörte. Sie nahm das Haus eines Lords zur Wohnung. Wenige Tage später begegnete ihr Wagen im Parke demjenigen der Königin. Nach üblicher Weise hielt derjenige der Prinzessin zum Zwecke der Begrüßung. Die Königin, indem sie vorüberfuhr, wandte sich nach der anderen Seite [2]). Das Verhalten ward allgemein bemerkt als der erklärte Bruch von Seiten der Königin. In der That war ja die Beobachtung einer Form von

---

[1]) The life of James. Vol. II, p. 500 und 559. Hier wird zum Jahre 1696 bemerkt: She had all along kept up a fair correspondence with the king (James II.), full of assurances of duty and repentance.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. October.

Seiten der Prinzessin, nachdem sie durch ihr ganzes Verhalten das Wesen der Sache, das Königthum ihrer Schwester und ihres Schwagers, verneinte, und, so viel an ihr war, zu unterwühlen trachtete — weder ehrlich, noch freimüthig. Von Seiten der Prinzessin war der innerliche Bruch mit der Königin da seit dem Schreiben der Prinzessin Anna vom 1. December 1691. Fortan sahen die Schwestern einander nicht wieder.

Wie Marlborough, so verblieb auch Russel, der Sieger von La Hogue, in Verbindung mit St. Germain. Wir sehen demnach das eigenthümliche Verhältnis, daß so viele Persönlichkeiten, die für die Umwälzung von 1688 wesentlich mitgewirkt, dem Könige Wilhelm III. nun als offene oder versteckte Gegner widerstrebten. Auch Lord Godolphin beharrte in seinen Beziehungen mit St. Germain. Der König Wilhelm III. hatte seit Juli 1692 Kunde, wie es um Godolphin stand. Denn damals hatte ihm Sidney, der das Verhalten Godolphins durchschaute, darüber Mittheilungen gemacht [1]). Aber Godolphin, erster Lord des Schatzes, war in der Kenntnis der Geschäfte Allen überlegen, oder, wie der König glaubte, in seiner Stelle unentbehrlich. In keinem Falle war er ein wagender, ein aggressiver Charakter wie Marlborough. Sein Naturell ergibt sich aus der Thatsache, daß er mehrmals die Bitte um die Enthebung von seinem Posten ausgesprochen, und daß er dann dennoch in demselben beharrte. Wilhelm III. beließ ihn darin.

Der Gang der Dinge, wie die Berichte unparteiischer Beobachter zeigen uns, daß das Königthum von Wilhelm III. längst andere und tiefer reichende Wurzeln geschlagen, als solche, welche bedingt waren durch Neigungen und Abneigungen einzelner, wenn auch noch so gewichtiger Personen. Einige Tage nach seiner Ankunft folgten der König und die Königin der Einladung zur Theilnahme an der Feier des Lord-Mayor-Festes von London. „Dies festigt aufs neue, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, die Zuneigung dieser Stadt, welche freilich auch ohnedies dem Königspaare sich als völlig zugethan beweist [2]).

Wilhelm III. fand bei seiner Ankunft eine Gelegenheit, vor dem Kaiser abermals seine gute Gesinnung in Betreff der Katholiken zu

---

[1]) Dalrymple III[II], p. 169.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 7. November.

bethätigen. Das irische Parlament hatte den Entwurf eines General-Pardons berathen und eingesendet, mit so vielen Ausnahmen, daß der von Cromwells Zeiten her noch übrig gebliebene katholische Adel mit dem Untergange bedroht wurde. Auf die dringenden Bitten der katholischen Irländer legten die Gesandten des Kaisers und Spaniens bei der Königin ihre Verwendung ein, daß den Katholiken verstattet werden möge, diese Ausnahmen zu beleuchten. Die Königin bewilligte die Frist. Unterdessen traf der König ein. Er erwog jenen Entwurf und die Gegenvorstellungen. Der Entwurf erhielt nicht die Zustimmung des Königs. „Dadurch, meldet Hoffmann, hat dieser Hof abermals erwiesen, daß er nicht die Katholiken zu drücken sucht. Nur ist zu besorgen, daß das englische Parlament sich darein mische, und die gute Absicht des Königs unfruchtbar mache" [1]).

Man dürfte nicht sagen, daß in Betreff der allgemeinen Angelegenheiten der König dem Parlamente von England mit unbedingtem Vertrauen entgegen sah. Er wußte, daß seit dem Falle von Namur seine Gegner unter den Mitgliedern des Parlamentes aufs neue die Meinung ausbreiteten, England habe an einem Landkriege kein Interesse. Es werde klüger thun, diese Seite der Sache den Mächten des Continentes zu überlassen, den eigenen Schutz dagegen zu suchen lediglich in einer starken Kriegsflotte. Nur für diese seien Gelder zu bewilligen. Am wenigsten dürfe man Mittel gewähren zu Subsidien für andere Mächte. „Es ist zum Erstaunen, sagt ein Berichterstatter für Heinsius in London, wie so viele Engländer sich einreden lassen, daß im Grunde sie alles bezahlen, daß ihr Geld die anderen Bundesgenossen in Thätigkeit setzt" [2]).

Immerhin waren dies Irrthümer und Vorurtheile; aber es waren diejenigen eines großen Theiles der Nation, und darum hatte der König mit ihnen zu rechnen. Nachdem er die Sachlage in England mit eigenen Augen erkundet, erwiederte er über dieselbe dem fragenden Heinsius, vom 25. October/4. November: „Es ist mir unmöglich etwas Bestimmtes zu sagen. Es sieht sich noch alles an wie verworren und zweifelhaft. Bis zur Stunde ist Niemand fähig,

---

[1]) Hoffmanns Berichte vom 28. October und 7. November.

[2]) Grovestins t. VI, p. 358.

den Ausgang dieser nächsten Session des Parlamentes vorher zu sehen"[1]).

Es ward bemerkt, daß der König offener und freundlicher als früher den Engländern entgegen trat. Man knüpfte daran große Hoffnungen. Denn das sei ja das Mittel, welches die beiden Vorgänger, Carl II. und Jacob II., mit so großem Erfolge in Anwendung gebracht. Wenn es dem Könige Wilhelm möglich wäre, sein Temperament zu beherrschen: so würde er, bei der hohen Meinung der Engländer von ihm, alles bei ihnen durchsetzen[2]).

Das Parlament trat zusammen am 4./14. November 1692. Wie bisher, so verfaßte auch dies Mal der König selber seine Thronrede, und ließ sie dann durch den Staats-Secretär Nottingham ins Englische übersetzen[3]). „Ich bin erfreut, begann der König, Euch wieder im Parlamente zu begegnen, wo ich die willkommene Gelegenheit habe, Euch zu danken für die umfassenden Bewilligungen, die Ihr zum Zwecke des Krieges mir gewährt habt. Und ich hoffe mit Eurem Rathe und Eurer Hülfe, die mir nie gefehlt, die geeigneten Maßregeln zu treffen, um unser gemeinsames Interesse gegen die übergroße Macht von Frankreich sicher zu stellen."

Der König äußerte dann seine Freude über den Seesieg von La Hogue. Wenn auch der Erfolg zu Lande demselben nicht entspräche: so gereiche doch die bewiesene Tapferkeit nach beiden Seiten hin England zu gleicher Ehre. Er hob die Nothwendigkeit hervor, gegenüber den Anstrengungen des Feindes, der aufs neue seine Landmacht verstärke, mindestens dieselbe Kraft aufzubieten wie im Jahre zuvor. Er beklagte die schwere Last, welche dadurch wieder dem Volke auferlegt werde, und erklärte sich bereit einzugehen auf alle Vorschläge, von denen eine Milderung der Uebelstände gehofft werden dürfe.

Er betonte dann namentlich den Wunsch einer Landung in Frankreich. Er verwies auf die Erfahrung des letzten Frühlings, wie sehr England von dort aus bedroht werde. Er mahnte diese Zeit zu nutzen, in welcher England mit den meisten der übrigen Fürsten und Mächte von Europa ein gemeinsames Interesse wider Frankreich habe.

---

1) Grovestins t. VI, p. 351.

2) A. a. O. p. 364. Vom 8. November.

3) A. a. O. p. 364. Bericht von L'Hermitage.

„Ich zweifle nicht, schloß er, Ihr werdet fortfahren mich in diesem Kriege zu unterstützen, und werdet die Angelegenheiten so schleunig erledigen, wie nur immer die Wichtigkeit derselben es gestattet. Ich habe kein Interesse als welches zugleich das Eurige ist. Wir vertheidigen dieselbe Religion. Ihr seid für die Erhaltung Eurer Freiheit und Eures Eigenthumes nicht mehr betheiligt als ich es bin; denn ich habe kein anderes Ziel als Euch zu einem glücklichen Volke zu machen. Ich habe bisher nicht gezaudert, für die Wohlfahrt der Nation meine eigene Person einzusetzen, und ich halte mich Eurer Neigung zu mir so sicher, daß ich auch ferner demgemäß handeln werde mit aller Bereitwilligkeit und bei jeder Gelegenheit, in welcher ich beizutragen vermag zu der Ehre und zum Vortheile von England."

Nach der Ansicht von Unbetheiligten war die Thronrede zweckmäßig, dem Stande der Dinge entsprechend. Dennoch ward sie nicht, wie sonst geschehen, mit Kundgebungen des Beifalles aufgenommen. Das Unterhaus verhielt sich schweigend. Auch ward nicht, wie sonst üblich, am nächsten Tage eine Dankadresse beschlossen. Die Angelegenheit sei allzu wichtig, hieß es; sie dürfe nicht übereilt werden. Dringender sei es zunächst, den Abgang an Gelde zu berathen. Hinter diesen Beschluß versteckte sich der Verdacht, daß der König hohe Subsidien an fremde Mächte bezahle. Im Oberhause erhoben einige Lords, voran unter ihnen Marlborough, wegen seiner Haft im Tower Beschwerde über Verletzung der Privilegien [1]).

Einige Tage standen so die Dinge. Bereits wurden im Haag über diese Haltung des Parlamentes Besorgnisse laut [2]).

Am 10./20. November ward jedoch im Unterhause der Antrag auf eine Dankadresse gestellt. Der Ritter Clargis erhob sich zu einer ausführlichen Rede dagegen. Der Dank, sagte er, ziehe auch ein Versprechen des Fortfahrens im Beistande nach sich. Dies müsse vorher reiflich überlegt werden. Ihm antwortete Seymour, welcher einst manches den Worten des Ritters Clargis ähnliche gesprochen hatte, nun aber im Besitze eines Hofamtes sich befand. Er könne sein Erstaunen nicht bergen, sagte er, daß ein Engländer Widerspruch einlegen

[1]) Stratemanns und Hoffmanns Berichte vom 18. November. — L'Hermitage bei Grovestins t. VI, p. 364.

[2]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 1. December.

wolle gegen die Unterstützung des Königs wider die Feinde des Staates. Die Worte Seymours schlugen durch. Die Adresse ward beschlossen. Sie sprach dem Könige Dank aus für seine Thronrede, beglückwünschte ihn zu seiner Wiederkehr, brachte dann eben so der Königin Anerkennung dar für ihre Regierung in Abwesenheit des Königs, und versicherte das königliche Paar des kräftigsten Beistandes wider alle Feinde. Damit war die Hauptsache ausgesprochen, und die bereits erhobenen Zweifel beseitigt [1]).

Der König indessen überschätzte das nicht. Er meldet die Sache an Heinsius. „Ich fange an, sagt er, ein wenig Hoffnung zu haben. Aber man kann noch nichts mit Bestimmtheit aussprechen" [2]).

An jenen ersten Beschluß des Unterhauses nämlich hängte sich sofort ein zweiter. Durch denselben ersuchte es den König um die Vorlage sämmtlicher Verträge, sowohl mit den Generalstaaten wie mit den übrigen Mächten, damit das Unterhaus ersehen könne, wie viel Geld aus dem Lande gehe. Die Generalstaaten waren namentlich aufgeführt wegen des Verdachtes, daß der König ihnen heimlich große Subsidien zuwende [3]).

An den König trat damit eine schwierige Frage. Die Forderung des Unterhauses war gegen die Prärogative der Krone. Allein das Ablehnen würde das Mistrauen, aus welchem die Forderung hervorging, nur verstärken. Dazu war ja gerade der wichtigste Verdacht, derjenige wider die Generalstaaten, nicht begründet. Die eigene Ueberzeugung des Unterhauses, daß dieser Verdacht ein Irrthum, mußte moralisch zu Gunsten des Königs ausschlagen.

Aehnliche Erwägungen drängten sich auf in Betreff des Verhältnisses zu dem Oberhause.

Dieses zauderte mit einer Dankadresse auf die Thronrede. Es wollte zuvor die Herstellung seiner Privilegien, welche verletzt seien durch die Verhaftung von Marlborough und anderen Lords. Jener war allerdings auf freien Füßen, aber, wie wir vernommen, gegen Bürgschaft. Er erhob im Oberhause laute Klage wider seine Ver-

---

[1]) Stratemanns und Hoffmanns Bericht vom 21. November. — Bericht von L'Hermitage bei Grovestins t. VI, p. 365.

[2]) Grovestins t. VI, p. 365.

[3]) Stratemanns Bericht vom 21. November.

haftung auf bloßen Verdacht. Viele stimmten zu. Das Oberhaus ließ die zwölf Oberrichter auffordern zu erscheinen und ihre Ansicht zu sagen. Nottingham, der den Befehl der Verhaftung gezeichnet, wurde hart angegriffen. Er erwiederte, daß er es gethan auf das Zeugnis einer glaubwürdigen Person. Er nannte dieselbe nicht, wich auch der Forderung aus. Einige Tage später erneuerte sich die Discussion. Namentlich Shrewsbury trat für Marlborough ein. Dieser, sagte er, habe mehr für die Revolution gethan als viele Andere. Unzweifelhaft war dies richtig; aber es ist sehr merkwürdig, daß ein Jacobit einen anderen Jacobiten gegen die Anklage auf Jacobitismus zu vertheidigen suchte durch die Erinnerung an den gegen Jacob begangenen Verrath. Die Mehrheit jedoch des Oberhauses war für Marlborough. Sie beschloß, auch gegen das Gutachten der Oberrichter, daß ein Pair des Reiches nicht in Verhaft behalten werden könne als auf Grund der Aussagen von zwei Zeugen. — Der Beschluß trug als Keim den weiteren in sich, daß, im Falle nicht der König die Bürgschaft aufhebe, dies geschehen werde kraft der eigenen Autorität des Oberhauses [1]).

Es ist kaum denkbar, daß der König zu jener Verhaftung von Marlborough nicht eine sichere Grundlage gehabt haben sollte, zumal da ja für uns Spätere die Thatsachen an der Absicht des Verrathes bei Marlborough keinen Zweifel belassen. Wenn demnach, wie mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, der König die Beweise für die Schuld von Marlborough in Händen hatte: so stand es bei ihm, durch die Vorlegung derselben vor dem Oberhause sein Verfahren gegen Marlborough zu rechtfertigen. Das persönliche Interesse des Königs schien dies fordern zu müssen. Aber höher als das persönliche Interesse an der Rechtfertigung seiner Schritte stand dem Könige Wilhelm III. das allgemeine, das Erreichen seines großen Zieles gegen den König von Frankreich. Zu diesem Zwecke war erforderlich die Erhaltung der Einigkeit in England, das Vermeiden jedes Anlasses zu einem Conflicte. Wenn die Beweise für die Schuld von Marlborough dem Oberhause vorgelegt wurden: so war die unvermeidliche Consequenz ein Hochverraths-Prozeß mit allen Gefahren desselben für den

---

[1]) Stratemanns Bericht vom 5. December. — Bericht des L'Hermitage bei Grovestins t. VI, p. 367.

inneren Frieden. Um den Preis dieser Gefahren auch äußerlich Recht zu behalten, entsprach nicht dem Sinne des Königs Wilhelm III. Um seines großen Zieles willen war er bereit, hinweg zu sehen über vergangene Dinge, von denen nichts mehr zu befürchten war, und war er ferner bereit, vor minder Kundigen den Schein der Uebereilung auf sich zu nehmen.

Der König ließ dem Oberhause eröffnen, daß er die Bürgschaft für Marlborough und die anderen Lords aufhebe.

Am selben Tage ließ er dem Unterhause kund thun, daß er dem Wunsche desselben gemäß die Verträge mit den auswärtigen Mächten vorlegen werde. Die Verträge wurden ausgefolgt am 16./26. November [1]).

Die Hoffnungen des Königs auf einen günstigen Ausgang im Parlamente waren nicht im Steigen. „Die Dinge wenden sich zum Schlimmeren, meldet er am 18./28. November an Heinsius. Ich hatte im Anfange bessere Hoffnung als jetzt. Binnen Kurzem muß die Sache sich entscheiden" [2]).

Es liegt hier die Frage nahe, ob unter den vorgelegten Verträgen sich auch der wichtigste, derjenige der großen Allianz vom 12. Mai 1689, mit befunden habe. Es sprechen dagegen sehr erhebliche Zweifel. Die früher bereits angeregte Antwort, welche einige Jahre später der Staats-Secretär Vernon dem kaiserlichen Gesandten Wratislaw gab, verneint unbedingt, daß das Parlament von dieser Allianz eine Kenntnis besessen habe [3]).

Wir werden im Verlaufe der Dinge zu beobachten haben, wie der König sich verhielt gegenüber dem ausgesprochenen Wunsche des Kaisers, daß der Vertrag der Allianz dem Parlamente vorgelegt werde. Wir haben hier zunächst lediglich die Thatsache festzustellen, daß der von dem Könige Wilhelm allein, ohne Gegenzeichnung eines Ministers, unterschriebene Allianz-Vertrag vom 12. Mai 1689, auch auf jenes Verlangen des Unterhauses vom November 1692, die Verträge einzusehen, nicht zur Kunde desselben gekommen ist.

---

[1]) Die Berichte von Stratemann und Hoffmann vom 25. und 28. November.

[2]) Das Schreiben bei Grovestins t. VI, p. 369.

[3]) Man vgl. Anlage XII zum zwölften Buche in Bd. IV.

Es kam dem Unterhause bei diesem Verlangen weniger auf die politische Seite der Sache an als auf die finanzielle [1]).

Eine besondere Schwierigkeit erwuchs dann für das Unterhaus aus der Sprache, in welcher die Verträge abgefaßt waren. Es war die lateinische. Die Zahl der Mitglieder, die derselben mächtig sich bewiesen, war gering. Es war erforderlich eine besondere Commission nieder zu setzen, welche theils übersetzte, theils Auszüge anfertigte [2]).

Der Eifer der Commons für die Untersuchungen dieser Art war sehr rege. Dem gegenüber war ein Dringen auf die Beschleunigung der Subsidien eher schädlich als nützlich. Als es dennoch geschah, ward von Seiten der Opposition entgegnet: es sei wünschenswerth, die Namen derjenigen zu erfahren, welche im vorigen Jahre nach der Bewilligung der Geldmittel dem Könige angerathen, das Parlament sofort zu vertagen, ohne ihm Zeit zu lassen, die anderen für das Königreich wichtigen Angelegenheiten zu erledigen.

Der König selbst hatte in seiner Thronrede den Ausdruck gebraucht, daß er hoffe auf den Rath und die Hülfe des Parlamentes. Das Unterhaus legte Gewicht auch auf das erste Wort. Es unterzog zuerst den Seekrieg des vergangenen Jahres seiner Prüfung. Der Admiral Russel erhielt den Dank des Hauses für den Seesieg von La Hogue. Daran jedoch knüpfte sich die Frage, woher es komme, daß der Sieg nicht besser ausgenützt sei. Die Instructionen und Befehle wurden geprüft. Man erörterte, warum die Landung in Frankreich nicht statt gefunden. Die Antworten Russels schoben die Schuld auf den Staats-Secretär Nottingham. Man untersuchte weiter, wie das französische Geschwader aus St. Malo unbehelligt habe dahin zurückkehren können. Der Vice-Admiral Ashby ward darüber verhört. Alle Schuld schien endlich an der Admiralität zu haften [3]). Demnach erfolgte der Beschluß den König zu bitten, die sieben Commissäre der Admiralität zu entlassen, weil klar vorliege, daß sie von der See, welche sie nie betreten, auch nichts verstünden.

---

1) Stratemanns Bericht vom 25. November.

2) Desgl. vom 28. November.

3) Desgl. vom 2. December: Bis endlich der calor und üble Humor auf die Admiralität ausgefallen.

Inzwischen kam man um einen erheblichen Schritt weiter. Am nächsten Tage, dem 22. November/2. December, faßte das Unterhaus den Beschluß, dem Könige ausreichende Subsidien zu gewähren [1]).

Dann jedoch unterzog es auch die Führung des Landkrieges seiner Kritik. Es ward behauptet, der General der Infanterie, der Graf Solms, trage die Schuld an dem ungünstigen Ausgange bei Steenkerken. Auch der Herzog von Leinster ward angegriffen. Indessen er hatte Freunde im Unterhause: des Grafen Solms dagegen nahm sich Niemand an. Es ward beschlossen, den König zu bitten, daß er das Commando über die englische Infanterie verleihe an einen geborenen Engländer. Der Antrag, dem Könige geradezu den Grafen Solms als dem Unterhause misfällig in der Adresse zu benennen, erhielt nicht die Mehrheit. Dagegen verlangte man, daß, beim allmählichen Abgange der ausländischen Generale, die Stellen wieder besetzt werden sollten mit Engländern.

Unparteiische Beobachter maßen diese Beschlüsse lediglich der Abneigung der Engländer gegen die Fremden bei. Namentlich der letzte Beschluß ward scharf beurtheilt. „Dieses Begehren des Unterhauses, heißt es, wird als um so unvernünftiger angesehen, da unter der ganzen Nation Niemand zu finden, der länger her als die letzten drei bis vier Jahre als Offizier, geschweige denn als General, einen Feldzug mitgemacht. Der König scheint demnach schon hinreichende Ursache zu haben zu bereuen, daß er im Beginne seiner Thronrede das Wort Rath mit der Hülfe zusammen gefügt hat. Denn auf Grund dieses Wortes erachtet sich das Unterhaus für befugt, in alles hinein zu reden und alles vorzuschreiben" [2]).

Das Oberhaus versuchte sich auf derselben Bahn des Rathgebens [3]). Auch darin trat augenscheinlich die Abneigung gegen die Holländer in den Vordergrund. Einer der Lords äußerte sich, daß, wenn die Regierung in der bisherigen Weise fortfahre, man bald einen Holländer als Staats-Secretär erblicken würde. Ein Anderer fügte hinzu: es werde dahin kommen, daß man holländische Bischöfe in die

---

1) Stratemanns Bericht vom 2. December.

2) Stratemanns und Hoffmanns Bericht vom 5. December.

3) Stratemanns Bericht vom 9. December: Das Oberhaus ad exemplum des Unterhauses beginnt nun auch dem Könige Rath geben zu wollen.

englischen Bisthümer einsetze [1]). — Die Unkenntnis in den inneren Angelegenheiten selbst der Nachbarstaaten des Festlandes, die in der letzten Aeußerung sich kund gab, mochte dem Könige zur Erheiterung dienen: die Gesinnung, aus welcher sie floß, forderte andere Erwägungen.

Gemäß der Ansicht der kaiserlichen Gesandten gab der König Wilhelm III. den Engländern zu einem Vorwurfe dieser Art keinen berechtigten Anlaß. „Aus den Reden im Parlamente, melden sie, ergibt sich, daß die Lords eben so wenig wie das Unterhaus die Holländer leiden können. Sie haben jedoch zu ihren Klagen geringe Ursache, weil außer einigen Generalen wie Portland und Ouwerkerke, sich keine Holländer hier etablirt befinden. Die Klagen sind vielmehr ihrem angeborenen Widerwillen gegen alles Fremde beizumessen."

Diese Ansicht der kaiserlichen Gesandten erschöpft nicht die Sache. Der König Wilhelm ernannte nicht, wie jener Lord im Oberhause befürchtete, einen Holländer zum Staats-Secretär. Allein thatsächlich ging er darüber weit hinaus. In Betreff der wichtigsten Angelegenheit, derjenigen des Krieges und des Friedens auf dem Festlande, zog er nicht einen englischen Staats-Secretär zu Rathe, sondern die Holländer Heinsius, Dykvelt und Portland. Seine Correspondenz mit dem ersteren, in welcher sich die wechselnden Stimmungen über den Gang der Dinge im Parlamente klar ausprägen, zeigt uns — man kann es nicht anders bezeichnen — den Holländer auf dem Throne von England.

Aus dieser Thatsache an sich folgt nicht die Berechtigung eines Vorwurfes von der einen Seite gegen die andere. Es folgt aber daraus die Unvermeidlichkeit eines Unbehagens auf beiden Seiten, des Königs wie des Parlamentes, auch sogar bei sonst gutem Willen, und zwar um so mehr, je schärfer die von der englischen Nationalität contrastirende holländische in dem Könige persönlich sich ausprägte.

Das Unbehagen des Unterhauses, geschürt durch die dem Könige feindseligen Elemente, hatte seinen Ausdruck gefunden in der Forderung der Einsichtnahme in die Verträge mit den auswärtigen Mächten. Der König hatte sie vorgelegt. Derjenige mit Dänemark von 1689 über die Stellung von 6000 Mann nach Irland befand sich zuerst nicht

---

[1]) Stratemanns Bericht vom 9. December.

dabei. Das Unterhaus verlangte auch diesen. Der König nahm keinen Anstand.

Die Untersuchung und Prüfung dieser Verträge gewährte kein Ergebnis, das zur Grundlage für eine Beschwerde dienen konnte. Die Verträge wurden dem Könige zurückgestellt ohne eine Bemerkung solcher Art [1]). Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Thatsache dieser Rückgabe ohne jegliche Beschwerde einen moralischen Sieg des Königs in sich schloß.

Das Unbehagen vieler Mitglieder des Unterhauses suchte sich zu entladen durch eine andere für die Verfassungs-Geschichte von England sehr merkwürdige Forderung.

Es lag die Thatsache vor Augen, daß der König für die auswärtigen Angelegenheiten, in so weit er überhaupt die Engländer an denselben betheiligte, nur noch die Mitglieder des Cabinets heranzog, selten die des größeren geheimen Rathes. Am 27. November/7. December 1692 ward im Unterhause der Antrag vorgebracht: der König sei zu ersuchen, den Cabinets-Rath abzuschaffen, dagegen sich zu begnügen mit dem großen geheimen Rathe. Nach dem Berichte scheint es, daß der Antrag zahlreiche Unterstützung gefunden. Dann jedoch erhob irgend Jemand gegen denselben den Einwand: auch so schon habe das Unterhaus allezeit Beschwerde erhoben, daß im königlichen Rathe die Geheimnisse nicht bewahrt bleiben: wie viel weniger werde man darauf rechnen dürfen, wenn bei jedem Beschlusse dreißig bis vierzig Personen betheiligt sein würden [2]).

Es ist sehr bemerkenswerth, daß, gemäß diesem Berichte, lediglich das praktische Bedenken gegen das Nicht-Geheimhalten der Beschlüsse den Ausschlag gegeben, daß dagegen eine besondere Verantwortlichkeit des Cabinets-Rathes nicht in Frage kommt, ja nicht einmal erwähnt

---

[1]) Stratemanns und Hoffmanns Bericht vom 5. December 1692.

[2]) Desgl. vom 9. December 1692. Er lautet wörtlich: „Sonsten hat das Unterhaus am letzten Samstag in seiner weiteren Rathgebungs-Deliberation gar die Cassation des Cabinets-Rathes auf die Bahn gebracht, bis Einer von ihnen dagegen remonstrirt, daß sie sich allezeit beschweren, daß kein secretum im K. Rathe seye: wie viel weniger es dann seyn sollte, wenn solcher aus dreißig bis vierzig Personen vom großen Rathe seyn würde. Worauf es diese Motion hat fallen lassen". — Ich habe bei keinem englischen Historiker eine Kenntnis dieses Antrages, noch des Grundes der Verwerfung gefunden.

wird. Demnach lag der Gedanke eines in sich geschlossenen, solidarischen Ministeriums mit allen den Consequenzen, welche dasselbe in dem späteren Verfassungsleben von England nach sich gezogen, im Jahre 1692 noch völlig außerhalb des Gesichtskreises. Es würde mithin sehr unrichtig sein, die späteren Vorstellungen in die Zeit des Königs Wilhelm III. hineintragen, diese nach jenen beurtheilen zu wollen. Dem Königreiche England unter Wilhelm III. war ein in sich geschlossenes, solidarisches, und darum besonders verantwortliches Cabinets-Ministerium durchaus unbekannt. Die Klarstellung dieser Thatsache ist wichtig auch noch für die folgenden Jahrzehnte. In besonders auffallender Weise wird dies uns später entgegen treten an dem Puncte der Entscheidung, am 1./11. August 1714.

Nachdem dieser Versuch gescheitert war, suchte die Misstimmung im Unterhause sich zu entladen gegen eine bestimmte Persönlichkeit im Cabinet des Königs. Und zwar sehen wir hier schärfer als bisher die Parteien hervortreten. In dieser Beziehung war eine Wandlung eingetreten. Wir erinnern uns, daß nach der Auflösung im Jahre 1690 bei den Neuwahlen die Tory-Partei die Oberhand erlangt hatte. Dies Verhältnis hatte seitdem sich geändert. Die Whig-Partei überwog im Unterhause wenn auch um wenige Stimmen, im Oberhause ähnlich die Tory-Partei.

Der Angriff ward eröffnet mit der Behauptung, daß es unter den Räthen des Königs Persönlichkeiten gäbe, nicht beseelt von wahrer Zuneigung für die gegenwärtige Regierung, vielmehr Grundsätzen huldigend, von denen aus sie für einen glücklichen Ausgang dieses Krieges nicht thätig sein könnten. So lange die Dinge so blieben, werde man viele Mittel nutzlos opfern. Es sei daher erforderlich, jene Personen durch andere zu ersetzen, die ausgingen von der Ueberzeugung, der König sei nicht bloß thatsächlicher, sondern auch rechtmäßiger König, und denen daher die Absicht fern liege, im Falle einer Landung des Königs Jacob sich auf die Seite des Stärkeren zu stellen. — Auf diese Rede fiel ein anderes Mitglied ein: er trage kein Bedenken, die zunächst gemeinte Persönlichkeit hier zu nennen: es sei der Staats-Secretär Nottingham. Das Ergebnis der Erörterung war der Beschluß den König zu ersuchen: er wolle in seinem Rathe und in allen Angelegenheiten nur solche Persönlichkeiten verwenden, deren

Grundsätze es ihnen zur Pflicht machten, das Recht des Königs und der Königin gegen den König Jacob zu schützen. — Der Staats-Secretär Nottingham ward in diesem Beschlusse nicht genannt. Gerade er jedoch hatte, im Februar 1689, als einer der hauptsächlichen Redner im Oberhause die Vacanz des Thrones verneint, und nachher den Unterschied eines Königthumes de facto oder de jure hervorgehoben. Daß daher dieser Beschluß vom 29. November/9. December auf Nottingham ziele, stand dem Könige selbst wie den fremden Gesandten außer allem Zweifel [1]).

Der König ward über den Beschluß lebhaft erregt. „Die Angelegenheiten im Parlamente, meldet er am Abende dieses Tages an Heinsius, kommen nur sehr langsam vorwärts. Täglich werden dort die impertinentesten und unhaltbarsten Beschlüsse gefaßt. Alles das verdrießt mich sehr. Sie werden nun freilich endlich doch Geld bewilligen, aber nicht ausreichend und allzu spät, als daß man rechtzeitig die erforderlichen Maßregeln treffen könnte. Und das wird uns zum großen Schaden gereichen" [2]).

Aehnlich wie der König urtheilten die fremden Gesandten. Sie nennen die Sitzungen, in denen das Unterhaus sich mit derartigen Vorstellungen beschäftigt, die Rathgebungs-Tage, mit der ironischen Andeutung, daß die Rathschläge weder nothwendig, noch auch nur nützlich seien. Ein Rathgebungs-Tag des Parlamentes ist in ihren Augen gleich einem verlorenen [3]).

Die Sache erschien weit aussehend. Dennoch erfolgte dann rasch, am 2./12. December, die Bewilligung der für die Flotte verlangten Beträge, fast zwei Millionen Pfund Sterling. Am nächsten Tage war das Unterhaus zweifelhaft, ob es zunächst die Mittel und Wege für diese zwei Millionen berathen, oder die Beträge auch für das Landheer bewilligen sollte. Abermals war es Seymour, der nach dem Sinne des Königs die Dinge in rascheren Gang brachte. „Wir verlieren, sagte er, die Zeit mit überflüssigen Reden. Wir wissen ja doch von guter Hand, daß der Feind in seinen Rüstungen weit vorgerückt ist,

---

[1]) Die Berichte von Stratemann und Hoffmann vom 9. und 12. December. — L'Hermitage bei Grovestins t. VI, p. 370.

[2]) Das Schreiben bei Grovestins t. VI, p. 371.

[3]) Stratemanns und Hoffmanns Berichte vom 12. und 16. December.

daß seine Flotte aus 90 Capital-Schiffen von je 60 bis zu 100 Kanonen bestehen wird, daß er einen neuen Anschlag auf diese Königreiche beabsichtigt. Unter diesen Umständen ist daher das Hinziehen unserer Reden für ihn gleich der nachdrücklichsten Unterstützung, die er von irgendwo hoffen dürfte." Die Worte machten Eindruck. Auch die Bewilligung für die Landarmee ward sofort vorgenommen [1]).

Gemäß diesen Bewilligungen sollte die verbündete Flotte bestehen aus 99 Capital-Schiffen, von denen England 63 stellte, die Republik 36. Die Bemannung der englischen Flotte stieg gegen das Jahr zuvor um 3000 Matrosen. Der König hatte die Mittel verlangt für 54.000 Mann zu Lande, also für 2000 mehr als im Jahre vorher. Sie wurden bewilligt, nur mit der Bedingung, daß 20.000 Mann im Königreiche bleiben müßten. Die ganze bewilligte Summe betrug nahe an fünf Millionen Pfund Sterling, gleich zwei und dreißig Millionen Gulden des damaligen deutschen Geldes.

Die kaiserlichen Gesandten melden diese Bewilligungen mit großer Anerkennung. „Man muß dem Unterhause das Lob darbringen, fügt der Graf Stratemann seinem Berichte hinzu, daß es sich in diesem Jahre selbst übertroffen, zumal da es diese Bewilligungen um zwei Monate eher als im vorigen Jahre zu Ende gebracht."

Minder geneigt zum Lobe war der König selbst. Unter der bewilligten Summe von fast fünf Millionen befanden sich nämlich auch die aufgelaufenen Rückstände der Jahre vorher. Und für alles das reichte, nach seiner Ansicht, jene Summe nicht aus. „Die Mittel, schrieb er an Heinsius, welche das Parlament bewilligt, sind sogar für die unvermeidlichen Ausgaben nicht zulänglich. Ich bin daher nicht im Stande irgend etwas Außerordentliches nach einer anderen Seite hin zu verwenden" [2]).

Die Summen waren bewilligt bereits um die Mitte Decembers. Es handelte sich nun jedoch noch um die Mittel und Wege sie aufzubringen.

Wir berühren hier einen sehr merkwürdigen Punct der inneren Geschichte von England. Das hauptsächliche Mittel zur Aufbringung der für jene Zeit ungeheuren Summe war die Grundsteuer, nämlich

[1]) Grovestins t. VI, p. 372. — Die Berichte von Stratemann und Hoffmann vom 12. und 16. December.

[2]) Das Schreiben bei Grovestins t. VI, p. 384.

vier Schillinge auf das Pfund, oder mit anderen Worten ein Fünftel des Werthes des jährlichen Ertrages. Aber es wiederholte sich Jahr auf Jahr der Uebelstand, daß diese bewilligten Mittel nicht sofort bereit lagen, daß sie erst nach und nach einkamen, daß also, damit sie zu dem erforderlichen Gebrauche flüssig gemacht werden konnten, Vorschuß auf dieselben genommen werden mußte. Die Republik Holland hatte schon seit langer Zeit, namentlich unter der Leitung de Witts, ein anderes System befolgt, dasjenige der Zusicherung von Leibrenten an diejenigen Privatpersonen, welche ihre baaren Gelder der Regierung einzahlten. Dadurch wurde die Steuerkraft der Nachkommen im voraus belastet. Aber es mochte nicht unbillig erscheinen, daß an den außerordentlichen Ausgaben, deren Zweck war die Bewahrung der Freiheit für die Zukunft nicht minder als für die Gegenwart, auch die Nachkommen ihren Antheil trugen. Der Gedanke drang im englischen Unterhause durch erst in diesem vierten Jahre des großen Krieges, im December 1692. Das Unterhaus beschloß für eine Million baar einzuzahlenden Geldes Leibrenten auszugeben. Der Ansatz der Rente war hoch. Er betrug durchweg vierzehn Percent[1]. Es ist zu bemerken, daß noch ein volles halbes Jahrhundert später Personen lebten im Besitze dieser ersten Leibrente[2].

Eine englische Staatsschuld war schon vorhanden. Sie bestand hauptsächlich in dem Betrage, welchen der König Carl II. zur Zeit des zweiten Bruches mit der Republik Holland, im Jahre 1672, entnommen hatte von den damaligen Darleihern für die Krone, den Goldschmieden von London. Diese Summe war nie zurückbezahlt. Aber sie war verhältnismäßig gering, und die Thatsache dieses Entnehmens war ein einmaliger Vorgang. Das Verfahren vom December 1692 dagegen fand Wiederholung und Erneuerung, bis es sich entwickelte zu einem Systeme. Der Beginn freilich war so unscheinbar, daß damals kein sterbliches Auge vermocht hätte, die Tragweite derselben für die kommenden Geschlechter zu ahnen[3].

---

[1]) Commons' Debates. Vol. II, p. 411. Der Verfasser sagt: An unconscionable advantage to the subscribers.

[2]) A. a. O. Many of them are receiving it to this very day. Nämlich im Jahre 1742.

[3]) Macaulay hat dem Ursprunge und Fortgange derselben in Ch. XIX eine interessante Abhandlung gewidmet.

Neben diesen Bewilligungen des Unterhauses und mit ihnen abwechselnd gingen die Bestrebungen anderer Art: der Ansturm der Whig-Partei gegen den Staats-Secretär Nottingham. Der erste Beschluß, welcher Nottingham nicht ausdrücklich nannte, hatte indirect die Anklage jacobitischer Gesinnung gegen ihn erhoben. Ein zweiter Versuch ward gemacht, besonders merkwürdig durch die zwei Persönlichkeiten, die dabei einander gegenüber traten. Es waren Nottingham und Russel, der erstere Tory, der letztere Whig.

Der directe Angriff der Whig-Partei im Unterhause gegen Nottingham ging aus von der Nicht-Ausführung des Planes einer Landung in Frankreich, im Sommer 1692. Die Whig-Partei im Unterhause, sich stützend auf die Behauptungen des Admirals Russel, legte die Vereitelung des Entwurfes den mangelhaften Befehlen des Staats-Secretärs zur Last. Die Vertheidiger desselben wurden verlacht. Die Anklage ward formulirt. Bei der Abstimmung erhielt sie die Mehrheit, jedoch nur diejenige Einer Stimme, nämlich 156 : 155 [1]). Der Vergleich der beiden Beschlüsse des Unterhauses gegen Nottingham ergibt als Consequenz, daß, nach der Ansicht der Whig-Partei, der Staats-Secretär als Jacobit den Plan der Landung in Frankreich absichtlich vereitelt habe.

Wir haben hier ein auffallendes Beispiel, wie leicht der Parteieifer die Augen der Menschen verblendet. Nicht Nottingham war Jacobit, sondern Russel. Er blieb nach der Seeschlacht von La Hogue mit St. Germain in Verbindung wie vorher, und der König Jacob hörte auf seine Rathschläge und Bedingungen. Die spätere Ansicht in St. Germain, daß Russel, mit dem Vorwissen und der Erlaubnis des Königs Wilhelm, den Hof in St. Germain irre geführt habe, ward doch auch dort nur als eine wahrscheinliche Vermuthung ausgesprochen, nicht als eine bewiesene Thatsache. Indessen, mochte Russel wirklich Jacobit sein oder nicht, mochte er aufrichtig handeln gegenüber dem Könige Wilhelm oder gegenüber dem Könige Jacob: in dem einen Falle wie dem anderen war er ein unehrlicher, falscher Mann [2]).

---

[1]) Stratemanns und Hoffmanns Bericht vom 16. December. — L'Hermitage bei Grovestins VI. p. 373.

[2]) Die betr. Stellen in the life of James. Vol. II, p. 500 und 523.

Dies mochte damals wenigen Mitgliedern der Whig-Partei offen liegen. Dagegen hat der Verdacht, welchen sie gegen Nottingham geltend machte, durch alles was später ans Licht gekommen, sich nicht bestätigt gefunden. Allein auch die unbetheiligten Zeitgenossen fällten über Nottingham ein anderes Urtheil als die Whigs. Die kaiserlichen Gesandten, indem sie Bezug nehmen auf jene Reden Nottinghams über den König de jure oder de facto, setzen hinzu: „Es ist richtig, daß der Graf Nottingham seiner Zeit solche Reden geführt, wie man ihm zur Last legt. Allein damals und vielleicht noch heute war darüber die ganze Nation getheilt. Jedenfalls widerlegt jene damals geäußerte Ansicht von Nottingham nicht unser Urtheil, daß er unter den Lords dieses Reiches anzusehen ist als eine der für den König zuverlässigsten Persönlichkeiten. So hat er bisher sich bewiesen. Nachdem er sein treues und aufrichtiges Thun genügend bewährt und gerechtfertigt hat, wird er nun, um dem Widerwillen und der Bosheit seiner Gegner nicht länger ausgesetzt zu sein, wahrscheinlich freiwillig verzichten. Sein einziges Verbrechen ist ein eifriger Anglicaner zu sein, und demgemäß haßt ihn die Partei der Presbyterianer, welche die Mehrheit hat im Unterhause, wie jene andere im Oberhause. Denn eben wegen seines Eifers für die anglicanische Kirche suchen die Bischöfe im Oberhause ihn mit aller Macht zu halten" [1]).

Nottingham hatte indessen auch noch andere Freunde. Die Königin benutzte jeden Anlaß sich zu seinem Vortheile auszusprechen, namentlich in Betreff jenes Planes der Landung in Frankreich. Nicht minder gab der König zu erkennen, daß er gern ein Wort zu Gunsten von Nottingham vernehme. Die Diener der Krone redeten in diesem Sinne. Sie fanden es auffallend, daß der Admiral Russel, der doch dem Hofe ergeben sein sollte, den Anlaß darbiete, durch die Erregung der Parteileidenschaft die Angelegenheiten des Königs zu verzögern [2]).

Der Beschluß des Unterhauses gegen Nottingham war an das Oberhaus gelangt. Dort, wo die Tories überwogen, hatte Nottingham

---

[1]) Stratemanns und Hoffmanns Bericht vom 16. December. — Die kaiserlichen Gesandten gebrauchen auch damals noch nicht die Namen Tories und Whigs, sondern die der Anglicaner und Presbyterianer.

[2]) Der Bericht von L'Hermitage bei Grovestins t. VI, p. 374 et suiv. Vom 19. December.

freien Raum zu seiner Vertheidigung. Die Mehrheit entschied sich zu seinen Gunsten. Das Oberhaus forderte demnach das Unterhaus zu einer Conferenz auf.

Im Unterhause führte unterdessen der Eifer über jene früheren Worte des Grafen Nottingham die Whig-Partei weiter. Es lag eine Bill vor über die Sicherheit der Regierung. Das Unterhaus beschloß für dieselbe den Zusatz, daß derjenige, welcher fortan schriftlich oder mündlich sich aussprechen werde: Wilhelm III. sei nicht eben so wohl de jure König, wie de facto, des Hochverraths schuldig sein solle. — Ging dieser harte Beschluß aus Eifer für den König Wilhelm hervor? — Unparteiische Beobachter waren nicht dieser Ansicht. „Es scheint, melden sie, daß das Unterhaus diesen Beschluß gefaßt nicht aus Liebe für den König, dessen Prärogative es vielfältig angreift, sondern vielmehr um die Election zur Krone stärker hervorzuheben, die erbliche Succession mehr zu unterwühlen, demnach die Krone electiv zu machen" [1]).

Es findet sich bei neueren englischen Historikern oft die Ansicht ausgesprochen, daß eine nennenswerthe republikanische Partei damals nicht existirt habe. Aber man wird nicht das Recht haben, von dieser Ansicht aus das Urtheil jener Beobachter anzufechten. Vielmehr ist eben an solchen Urtheilen von kundigen Zeitgenossen jene Ansicht zu prüfen.

Der harte Satz bestand nicht die Probe der wiederholten Lesung der Bill. Er wurde in der folgenden gestrichen [2]).

Die Conferenz aus beiden Häusern über die Anklage des Unterhauses gegen Nottingham zog sich hin. Wenn auch in dieser Angelegenheit der König auf das Oberhaus vertrauen durfte, so ruhten doch auch dort diejenigen Kräfte nicht, die darauf ausgingen, ihm Schwierigkeiten zu bereiten. Es waren namentlich die Lords Mulgrave, Shrewsbury, Marlborough. Die Reden der beiden ersteren verhallten. Marlborough wußte schärfer einen Punct zu treffen, der die National-Eitelkeit der Engländer für sich hatte. Er stellte den Antrag den König zu bitten, daß, wo fortan englische Offiziere mit holländischen

---

[1]) Stratemanns und Hoffmanns Bericht vom 23. December.

[2]) Desgl. vom 27. December 1692.

von gleichem Range sich zusammen befänden, das Commando, ohne Rücksicht auf die Anciennetät, den ersteren zustehen solle. Nur drei Stimmen im Oberhause widersetzten sich. Der Antrag ward zum Beschlusse erhoben. Die Absicht des Urhebers, nach der Auffassung der kaiserlichen Gesandten, liegt vor in der Kritik, welche sie ihrem Berichte beifügen mit den Worten: „Das ist ein malitiöser Vorschlag zum Zwecke der Rache“ [1]).

Das Auge des Königs Wilhelm III. schaute weiter hinaus als auf diese kleineren Steine, welche die Gegner ihm in den Weg wälzten. Er hatte seine Botschafter nach Belgrad entsendet, um durch die Vermittlung eines Friedens mit den Türken die Macht des Kaisers frei und nach dem Westen verfügbar zu machen. Auf den Wunsch des Großwesirs war Heemskerk weiter mit gezogen nach Adrianopel. Von dort aus berichtete er im December 1692 nach dem Haag. Er faßte das Ergebnis seiner Verhandlungen zusammen in die Worte, daß er den Frieden eher für wahrscheinlich als unwahrscheinlich halte. Der Bericht machte auf die Empfänger den entgegengesetzten Eindruck. Sie nahmen als wahrscheinlich an, daß der Türkenkrieg im Jahre 1693 fortdauern werde [2]).

Wir haben früher aus den eigenen Worten Ludwigs XIV. an den König von Schweden vernommen, daß für ihn die wesentliche Bedingung seines Sieges im Westen haftete an der Fortdauer des Türkenkrieges. Demgemäß waren seine Schritte berechnet auf die Ermuthigung der Türken. Der Rathspensionär Heinsius theilte dem kaiserlichen Gesandten mit, bereits im December 1692: er habe aus Paris sichere Nachricht, daß auch am Oberrheine ein plötzlicher Schlag vorbereitet werde, hauptsächlich zu dem Zwecke, um dadurch abermals den Türken zu imponiren [3]).

Es ist bereits bemerkt worden, daß der französische Zug gegen Rheinfels im tiefen Winter aus derselben Absicht unternommen war. Der Zug mislang. Aber wenige Tage nach der Nachricht dieses Mislingens, im Beginne des Jahres 1693, traf bei Wilhem III. die

---

1) Stratemanns und Hoffmanns Bericht vom 23. December.

2) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 5. December.

3) Desgl. vom 12. December.

andere ein, daß die Franzosen Furnes in Belgien genommen, daß sie Dixmuyden nehmen würden.

„Der König, melden die kaiserlichen Gesandten in London, hat diese Nachricht mit seiner gewöhnlichen Geduld und Ruhe vernommen" [1]).

So erschien es äußerlich. Innerlich sah es anders aus. Der König kannte die Lage der Dinge dort einige Tage vorher. „Ich bin in der größten Besorgnis für die Stadt Furnes, meldet er am 9. Januar n. St. an Heinsius, und für die Folgen des Verlustes. Ich vermag nichts mehr dort zu thun: es bleibt mir nur übrig, in Geduld den Rathschluß Gottes darüber zu erwarten." Dann trat der Schlag ein. Am selben Tage, wo der König äußerlich den Eindruck der völligen Ruhe machte, schrieb er an Heinsius: „Ich sehe nicht ab, wie wir die Stadt Nieuport, bei dem schlechten Stande der Werke, noch halten können. Fällt aber Nieuport, so ist sofort auch Ostende vom gleichen Geschicke bedroht. Sie begreifen meine Sorge, namentlich um die Städte an der Maas. Ich empfehle Ihnen daher alle erforderlichen Mittel zusammen zu bringen, damit der General Coehorn die vorgeschlagenen Arbeiten für Huy und Lüttich ausführen könne" [2]).

Wir erkennen, daß der König hier wie so oft geneigt war, die Gefahren eher zu hoch als zu gering anzuschlagen. Ja wir vernehmen einige Tage später von ihm sogar die Worte: „Ich vermag nicht zu entscheiden, ob der Frost den Planen des Feindes eher förderlich oder hinderlich ist. Wie dem immer sei, der liebe Gott muß uns durch ein Wunder helfen. Denn, mit menschlichen Augen betrachtet, sind unsere Angelegenheiten nach allen Seiten in einem gar traurigen Zustande" [3]).

Es waren belgische Städte, Plätze des Königs von Spanien, die auf diese Weise verloren wurden. Aber es war nun einmal auf Hülfe von Madrid aus nicht zu rechnen. Heinsius war der Ansicht, daß die Republik Holland, nicht um Spaniens, sondern um ihrer selbst willen für die dort noch übrigen Plätze sorgen müsse. Der König erwiederte: „Das erfordert wieder ungeheure Summen. Dennoch sind Ihre Gründe unwiderlegbar, und es ist besser, daß die Republik diese neue

---

1) Bericht vom 13. Januar 1693.

2) Die Schreiben bei Grovestins t. VI, p. 380.

3) Das Schreiben bei Grovestins t. VI. p. 385. Vom 17./27. Januar 1693.

Bürde auf sich nimmt, als daß sie, durch das Aufgeben der noch übrigen Plätze, sich der Gefahr aussetzt, den Krieg näher heran kommen zu lassen bis auf den eigenen Boden. Wir müssen also das Unmögliche leisten, um die Spanier in den Stand zu setzen, ihr eigenes Gebiet zu vertheidigen. Denn, wenn ich auch absehe von ihrer schlechten Verwaltung, auch sogar von dem Mangel an gutem Willen bei Manchem von ihnen: so sind sie doch in Wirklichkeit außer Stande etwas zu leisten. — Nur rechnen Sie nicht auf einen Beitrag meinerseits. Die vom Parlamente mir bewilligten Mittel reichen nicht einmal aus für die ordentlichen Ausgaben. Für außerordentliche habe ich, da ich auch mit für Kursachsen und Piemont zahlen soll, nichts verfügbar" [1]).

Es liegt hier vor Augen und wird ferner öfter uns entgegen treten, daß von allen den Mächten, welche gegen Ludwig XIV. Krieg führten, nach Verhältnis die schwerste Last trug die Republik der Niederlande. Die geschichtliche Betrachtung darf nicht die Frage aufwerfen: was aus der Coalition geworden wäre ohne die Republik. Denn diese Frage selbst ist nicht geschichtlich. Die Republik drohte nicht mit ihrem Austritte. Sie trug ja auch die schwere Bürde nicht bloß für die Anderen, sondern in erster Linie für sich selbst. Aber es gebührt ihr die Anerkennung, daß für die Behauptung der Coalition und demnach für die Rettung der allgemeinen Freiheit Europas sie, nach Verhältnis, das Meiste gethan.

Diese Anerkennung ward der Republik, und zwar von derjenigen Seite aus, von welcher dieselbe für sie den höchsten Werth hatte, von Seiten des Königs von England. Er kam wiederholt auf die Angelegenheit der Plätze in Belgien zurück. „Es liegt schwer auf mir, schreibt er einige Wochen später an Heinsius, daß ich zu einer Zeit, wo wir von allen Seiten zugleich unsere Kräfte anspannen müßten, für die gemeinsame Sache nichts zu thun vermag. Es ist niederdrückend zu sehen, wie diese Nation hier nur daran denkt, ihren eigenen Leidenschaften zu huldigen, ohne im geringsten bedacht zu sein für das Gemeinwohl. Ich bewundere darum den guten Willen Hollands, welches bereit ist für die Vertheidigung gegen den mächtigen Feind

---

[1]) Das Schreiben bei Grovestins VI, p. 384.

alles zu opfern. Und dann wieder komme ich zurück auf meine eigene Lage, auf die Unmöglichkeit, in der, mit den vom Parlamente bewilligten, beschränkten Mitteln, ich mich befinde, dazu mit zu helfen. Sie wissen zu ermessen, wie dies Bewußtsein mich in meiner Lage quält" [1]).

Daß Gefahr da sei für Nieuport und Ostende, wurde jedoch auch im englischen Parlamente anerkannt. Einer der eifrigsten Widersacher des Königs im Oberhause, Lord Mulgrave, benutzte diese Lage der Dinge zu einer auffallenden Rede. Wenn Ostende und Nieuport in die Hände der Franzosen fielen, sagte er, so wäre das ein großer Nachtheil für England. Man müsse daher diese Städte fordern als Sicherheitsplätze, damit die englischen Truppen, die zur Hülfe der Verbündeten in Belgien stünden, im Falle einer Niederlage dahin den Rückzug offen hätten zur Einschiffung. Denn, im Falle einer Niederlage, sei zu besorgen, daß man sonst die Rückkehr der Truppen nach England nicht gestatte. Die Republik Holland müsse die Uebergabe jener Städte an England vermitteln. — Jemand entgegnete, daß solche Vorschläge nicht an der Zeit seien. Mulgrave erwiederte: daß die Zeit nicht günstiger sein könne. Denn der König von England, Statthalter und Unterthan von Holland, stehe dort in solchem Ansehen, daß er durchsetzen könne, was er verlange. Im anderen Falle gereiche der König für England eher zur Last als zum Nutzen [2]).

Das Abenteuerliche dieses Vorschlages wird augenscheinlich übertroffen durch die Böswilligkeit. Der Berichterstatter fügt hinzu: „Lord Mulgrave wußte im voraus, daß er mit dieser Rede keinen Anklang finden würde. Darum also war es ihm nicht zu thun. Es war nur der Reiz für ihn, diese Meinung kund zu geben".

Es bedurfte nicht solcher Ausbrüche Einzelner, um den König zu verstimmen. Wir haben sein Urtheil über den Gang der Dinge im allgemeinen vernommen. Erproben wir dasselbe an einem besonderen Falle.

Die Conferenz von Mitgliedern beider Häuser über den Beschluß des Unterhauses gegen Nottingham brachte kein Ergebnis [3]). Es war,

---

1) Schreiben des Königs vom 14./24. Februar, bei Grovestins t. VI, p. 386.
2) Bericht von L'Hermitage bei Grovestins t. VI, p. 381.
3) Stratemanns und Hoffmanns Bericht vom 13. Januar 1693.

nach dem Urtheile der Kundigen, zu Anfang der Wunsch des Königs, beide Persönlichkeiten im Dienste zu behalten, den Tory Nottingham wie den Whig Russel. Die Differenz war indessen dahin getrieben, daß fortan ein Zusammenwirken der zwei Persönlichkeiten schwer denkbar erschien. Es trat demnach an den König die Nothwendigkeit einer Entscheidung. Wohin dieselbe sich lenken, ob er Nottingham oder Russel im Dienste behalten würde, war gemäß der Stimmung, die sich in den Berichten der Gesandten über beide Persönlichkeiten wieder spiegelt, mit Wahrscheinlichkeit vorauszusehen. Bevor jedoch diese Entscheidung erfolgte, nahm das Unterhaus bei seiner Rathgebung die Frage über die Commissarien der Admiralität wieder vor. Wir erinnern uns, daß der erste Beschluß, am 22. November/2. December, ungünstig für dieselben ausgefallen war. Am 13./23. Januar ward abermals die Frage gestellt, ob die Commissarien zu entlassen seien. Die Mehrheit verneinte. Es ward weiter die Frage gestellt, ob die Flotte direct von der Admiralität her Befehle zu empfangen habe. Die Frage ward bejaht. Bis dahin hatte der commandirende Admiral die Befehle durch den Staats-Secretär empfangen. Demnach hatten sich die Dinge im Unterhause in dieser einen Sitzungs-Periode so gewendet, daß die dort herrschende Whig-Partei dieselben Commissarien der Admiralität, welche sie im November entlassen wollte, im Januar nicht bloß bestätigte, sondern in ihrer Autorität erhöhte — und zwar um den Tory, den Staats-Secretär Nottingham, dadurch an der seinigen zu schädigen.

Am 22. Januar/1. Februar entließ der König den Admiral Russel. Nottingham verblieb demnach im Amte. Die kaiserlichen Gesandten, deren Berichte uns keinen Anhalt darbieten für eine Ahnung ihrerseits von dem Verständnisse Russels mit St. Germain, bezeichnen diesen Sieg Nottinghams als denjenigen der gerechten Sache [1]).

Das Commando der Flotte erhielt nicht ein einzelner Admiral, sondern drei, Killigrew, Delaval, Shovel, welche demnach sich zusammen auf das Admiralitäts-Schiff begaben. Dem Rufe nach war jeder der drei Ernannten an Erfahrung dem Admiral Russel überlegen. Das Unterhaus schwieg zu dieser Aenderung. Das Schweigen

---

[1]) Stratemanns und Hoffmanns Bericht vom 23. Januar.

wurde ausgelegt wie ein Eingeständnis, daß es in seinem Eifer für den Admiral Russel vorher zu weit gegangen sei [1]).

Am selben Tage indessen nahm auch eine andere Angelegenheit die Aufmerksamkeit des Unterhauses in Anspruch. Es war eine Druckschrift ohne Namen des Verfassers erschienen unter dem Titel: „König Wilhelm und Königin Mary die Eroberer". Obwohl im übrigen der Inhalt der Schrift dem Zustande der Dinge in England günstig lautete, so verletzte doch der Titel das patriotische Gefühl. Das Unterhaus beschloß, daß diese Schrift durch Henkershand zu verbrennen, und der König zu ersuchen sei um die Entlassung des Censors Bohun, der die Druckerlaubnis gegeben. Das Urtheil blieb nicht stehen bei der einen Schrift. Es ward in Erinnerung gebracht, daß der Bischof von Salisbury, Dr. Burnet, drei Jahre zuvor einen Hirtenbrief in Druck gegeben, in welchem sich ein ähnlicher Ausdruck befände. In Wirklichkeit war dieser letztere weniger anstößig. Burnet hatte gesagt: wie auch man die Einsetzung des Königs Wilhelm betrachte, ob durch Recht oder durch Eroberung: so dürfe Niemand sich weigern ihm den Eid der Treue zu leisten. Der mildere Ausdruck vermochte nicht die Schrift zu retten. Das Unterhaus beschloß, diesen Hirtenbrief von Burnet zugleich mit jener anderen Schrift verbrennen zu lassen. Das Oberhaus gab eine entsprechende Erklärung ab. „Die Behauptung, hieß es darin, daß König Wilhelm und Königin Mary zum Throne gelangt sind durch Eroberung, ist in hohem Grade beleidigend für Ihre Majestäten, ist ferner unvereinbar mit den Grundsätzen, auf welchen die Regierung dieses Landes basirt, und gereicht zur Unterwühlung der Rechte der Nation." — Das Unterhaus eignete sich diese Erklärung an mit dem bemerkenswerthen Zusatze: „Die Behauptung beeinträchtigt den rechtmäßigen Anspruch ihrer Majestäten auf die Krone dieses Reiches" [2]).

„Es ist daraus abzunehmen, fügt der Berichterstatter hinzu, wie eifersüchtig diese Nation auf ihre Freiheit ist, da sie nicht einmal die Supposition leiden will, daß dieser König und folglich die Holländer ihre Eroberer sind."

---

[1]) Stratemanns und Hoffmanns Bericht vom 3. Februar 1693.

[2]) Commons' Debates. Vol. II, p. 412. — Hoffmanns Bericht vom 3. Februar 1693.

Wir haben seiner Zeit die Gründe dargelegt, weshalb am wenigsten der König Wilhelm III. selbst die Thatsache seines Königthumes als die Consequenz einer Eroberung angesehen wissen wollte, weder bei den Engländern, noch in der Republik, noch bei dem Kaiser, und wie anderseits alle drei Factoren diese Auffassung anerkannten. Wenn dagegen Jemand wirklich die Meinung hegte, welche im Beginne des Jahres 1689 von einigen englischen Juristen und Theologen ausgesprochen war, daß das Königthum Wilhelms III. sich gründe auf das Recht der Eroberung: so dürfte weder der Mehrheitsbeschluß des Parlamentes, noch das kraft desselben angewendete Feuer ausgereicht haben zur überzeugenden Widerlegung.

Merkwürdiger Weise ist nun jedoch dargethan [1]), daß der Verfasser jener Schrift: König Wilhelm und Königin Mary Eroberer, ein gewisser Blount, nicht geschrieben hatte in der Absicht eine eigene Meinung vorzutragen, sondern um dem Censor Bohun einen Streich zu versetzen. Er wußte, daß Bohun persönlich der in der Schrift vorgetragenen Ansicht sich zuneigte, demnach auch die Druckerlaubnis ertheilen würde. Er berechnete zugleich, daß diese Ansicht, welche der in England herrschenden Anschauung schnurgerade entgegen stand, einen Sturm des Unwillens erregen mußte, und zwar, da ein Verfasser nicht genannt war, gegen den Censor. Der arglistige Plan gelang.

Erscheint somit der Vorfall an sich von geringer Bedeutung: so erlangte er eine schwer wiegende durch die nicht vorher berechneten Folgen. Der Unmuth Vieler im Parlamente blieb nicht haften an der Person des Censors, welchen in diesem besonderen Falle der Vorwurf traf: er erstreckte sich weiter auf das Amt. Man prüfte die Befugnisse eines solchen Censors. Man fand, daß es in seiner Macht stehe, gute Bücher zu unterdrücken, schlechte zu befördern. Man faßte darum noch nicht den Beschluß die Censur aufzuheben, die Freiheit der Presse einzuführen. Aber zuvor hatte sich kein Zweifel erhoben, daß das Gesetz über die Censur, welches nicht unbedingt, sondern nur für eine Reihe von Jahren festgestellt war, verlängert werden müsse. Dieser Zweifel ward nun geltend gemacht. Auch so noch ward das Gesetz einstweilen verlängert. Jedoch gab im Oberhause eine Reihe

[1]) Macaulay Ch. XIX.

von Pairs einen ausdrücklichen Protest ein gegen die Fortdauer der Censur. Sie waren der Ansicht, daß ein Buch, dessen Verfasser und Drucker sich nennen, einer Druck-Erlaubnis nicht bedürfe. Nach ihrer Meinung würde der Vortheil, den jenes Gesetz mit sich bringe, weit übertroffen durch die Nachtheile. Denn dies Gesetz unterwerfe alle Wissenschaft und Belehrung dem willkürlichen Belieben eines dienstwilligen und vielleicht unwissenden Censors [1]).

Der Protest, als die Kundgebung einer Minderheit im Oberhause, begründete nicht die Freiheit des Druckes. Und doch ist er sehr merkwürdig als ein wichtiger Schritt auf der Bahn zur Abschaffung aller Präventiv-Gesetze wider die Presse.

Die Ungeduld des Königs Wilhelm über die Verhandlungen des Parlamentes war im Februar 1693 im Steigen. „Gott weiß, schreibt er am 7./17. Februar an Heinsius, wann endlich der Tag erscheinen wird, wo ich mich nach dem Haag begeben kann; denn die Angelegenheiten im Parlamente werden eher schlimmer als besser. Sie können leicht ermessen, wie sehr bei dem traurigen und gefährlichen Stande der Dinge in Belgien das mich nieder beugt" [2]).

Es lag damals eine Bill vor, die in besonderer Weise dem Könige zuwider war, die Triennial-Bill. Sie enthielt, daß das Parlament alljährlich sich versammeln, alle drei Jahre neu gewählt werden solle. Die alljährliche Versammlung war schon festgesetzt durch ein altes Statut Eduards III. Dieses Statut war freilich nie beobachtet. Im Jahre 1641 war Carl I. genöthigt worden einzuwilligen in eine Triennial-Bill mit solchen Bedingungen, daß sie der Krone kaum noch eine Freiheit der Bewegung übrig ließen. Diese scharfen Bestimmungen befanden sich nicht in dem neuen Vorschlage von 1693. Nachdem diese Bill im Oberhause durchgegangen, erhielt sie die Mehrheit auch im Unterhause, mit der Clausel, daß die Bill in Kraft treten solle erst am 25. März 1694, so daß das bestehende Parlament noch für ein volles Jahr verblieb. Das Recht der Auflösung des Parlamentes binnen den drei Jahren ward durch die Bill dem Könige nicht beschränkt.

---

[1]) Lords' Debates. Vol. I. p. 419.

[2]) Grovestins t. VI, p. 386.

Die der Dinge kundigen Gesandten waren von Anfang an der Ansicht, daß der König die Bill betrachte als einen Eingriff in die Prärogative der Krone, ihm persönlich namentlich unleidlich, weil sie ihn zwinge, Jahr auf Jahr dem üblen Willen vieler Mitglieder des Parlamentes sich auszusetzen. Demgemäß werde der König die Bill nicht sanctioniren. Ja es galt bei Vielen die Ansicht, daß er damit sich nicht begnügen, sondern nach erfolgter Geldbewilligung das Parlament auflösen werde [1]). Einstweilen stand die Sache hin.

Die Unzufriedenheit des Königs überhaupt war sichtlich. Das Unterhaus betrieb seine Rathgebung nicht weiter. „Nach dem Ausgange der Sache Nottinghams, setzt Stratemann seinem Berichte hinzu, dürfte es gefaßt sein müssen auf eine abschlagende Antwort" [2]). Das Oberhaus indessen fuhr fort. Es faßte seine Rathschläge zusammen in eine Adresse. Dieselbe ersuchte den König: er wolle über die 20.000 Mann, die in England verbleiben würden, einen in England geborenen General setzen. Ein besonderes Gewicht legte die Adresse auf den Beschluß, der auf den Anlaß von Marlborough gefaßt war, daß bei gleichem Range eines englischen Offiziers mit einem anderen der verbündeten Truppen, mit Ausnahme derjenigen gekrönter Häupter, dem Engländer das Commando gebühre. Ueberhaupt möge der König, besonders im Dienste der Artillerie, nur Engländer verwenden. — Diese Adresse des Oberhauses wurde durch eine Deputation von zwölf Lords vor den König gebracht. Er erwiederte: er werde es sich überlegen. „Er wird allem Ansehen nach ihnen nicht weiter willfahren, sagt Stratemann, als es ihm convenirt" [2]).

In einem besonderen Puncte willfahrte jedenfalls der König Wilhelm nicht. Er vertraute seine Person damals wie zuvor nur holländischen Lootsen an [3]).

Das Unterhaus dagegen ging dem Oberhause voran mit einer anderen Adresse, nämlich in Betreff Irlands. Wir erinnern uns, daß die harten Beschlüsse des irischen Parlamentes vom October 1692, welche nicht in Einklang standen mit den Zusätzen der Capitulation

[1]) Stratemanns Bericht vom 24. Februar.

[2]) Desgl. Berichte vom 3. und 6. März.

[3]) Bericht vom 3. März: Die Piloten werden allezeit dazu von Holland hierher berufen.

von Limerick, nämlich den günstigeren Bestimmungen derselben für die Katholiken, die Bestätigung des Königs nach seiner Ankunft in England nicht erhielten. Der Vicekönig Sidney in Dublin machte unter einem anderen Vorwande dem irischen Parlamente ein Ende. Aber, wie damals in dem Berichte von Hoffmann vorausgesehen war, wandten sich viele Mitglieder des irischen Parlamentes mit ihren Beschwerden an das Parlament von England. Sie fanden Gehör, sowohl im Oberhause als im Unterhause. Das letztere faßte eine lange Adresse ab. Der Zweck derselben war wie früher: die Anwendung schärferer Maßregeln gegen die irischen Katholiken. Die Adresse erhebt besondere Beschwerde gegen die nachträglichen Zusätze zu der Capitulation von Limerick. „Denn diese, sagt sie, tragen in sich eine sehr starke Ermuthigung für die irischen Papisten und eine Benachtheiligung des englischen Interesses dort."

Der König erwiederte: „Meine Herren, ich werde allem was vom Hause der Gemeinen kommt, immer die höchste Beachtung widmen, und große Sorge tragen, daß dasjenige was dort der Ordnung nicht entspricht, hergestellt werde". Der englische Bericht fügt hinzu, daß das Haus mit dieser Antwort wohl befriedigt schien [1]).

Dieser letzte Zusatz ist sehr zweifelhaft. Die Adresse muthete dem Könige zu, eine geschlossene Capitulation nicht zu halten. Die ausweichende Antwort des Königs läßt das Abschlagen dieser Zumuthung wohl erkennbar durchblicken. Wilhelm III. wollte die Capitulation von Limerick erfüllen. Sie wird später wieder uns entgegen treten.

Die Adresse des Oberhauses führte Beschwerde über die Begünstigung der Papisten in Irland. Ein Einwand gegen die Rechtsbeständigkeit der Capitulation von Limerick ward in ihr nicht erhoben.

So am 10./20. März. Die wichtige Frage über die Sanction der Triennial-Bill schwebte noch. Am 14./24. März begab der König sich in das Oberhaus und ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Er sanctionirte eine Reihe von Bills. Unter ihnen war nicht die Triennial. Er lehnte sie ab mit der Formel, daß er weiter

---

[1]) Commons' Debates. Vol. II, p. 414. Dort auch die Adresse. — Beide Adressen bei Sylvius t. IV, b. 35, p. 13.

darüber nachdenken werde. Dann verlas er seine Thronrede. Er dankte für die ihm gemachten Bewilligungen, und versprach sie zu verwenden für die Ehre und das Interesse von England. Er bat die Mitglieder, Sorge zu tragen für die Ruhe und den Frieden daheim. Er erklärte, daß der Stand der auswärtigen Angelegenheiten ihn nach Holland rufe, daß er jedoch für die Sicherheit des Landes nach außen eine genügende Truppenmacht zurücklasse. Wie er nicht ablassen werde, für die Wohlfahrt des Königreiches auch fortan seine Person zu wagen: so werde es auch an seinen Bemühungen in anderer Weise niemals fehlen, um England groß und blühend zu machen.

Die Rede ward, wider die Gewohnheit, vernommen mit lautlosem Schweigen [1]).

Das Schweigen war absichtlich, war vorher verabredet. „Die Weigerung des Königs, berichten Stratemann und Hoffmann, der Triennial-Bill die Sanction zu geben, wird durchweg betrachtet wie dem Könige gefährlich. Denn die Bill gilt als eine für das Königreich nützliche, ja nothwendige Sache. Es ist daher zu besorgen, daß die Mitglieder des Parlamentes, welche für die Bill eingetreten sind, die Verweigerung der Sanction bei dem gemeinen Manne gegen den König benutzen werden. Andererseits muß man auch ja annehmen, daß der König das Für und das Wider reiflich erwogen habe. Allein eine solche Verweigerung der Sanction ist sehr ungewöhnlich. Man erzählt von Carl II., daß er, um einer solchen Verweigerung auszuweichen, es vorgezogen, die ihm unangenehme Bill durch heimliche Praktiken vom Tische des Hauses hinweg nehmen und verschwinden zu lassen. Unter diesem Könige ist es nun bereits die dritte Bill, welcher er die Sanction versagt. Das setzt Jedermann in Verwunderung."

Die Triennial-Bill war nicht ausschließlich das Werk der Whigs; denn auch das Oberhaus, in welchem die Tories die Mehrheit besaßen, hatte dafür gestimmt. Nachdrücklicher jedoch waren die Whigs dafür eingetreten. Da zugleich der Tory Nottingham im Amte verblieben, der Whig Russel entfernt, und von den an seine Stelle getretenen drei Admiralen zwei, nämlich Killigrew und Delaval, nicht bloß für Tories, sondern vielfach für Jacobiten galten: so hielt es

---

[1]) Stratemanns und Hoffmanns Bericht vom 24. März.

der König für angemessen, vor seiner Abreise einen den Whigs entgegen kommenden Schritt zu thun. Es waren zwei vacante Stellen zu vergeben, diejenige des Lord-Kanzlers und diejenige des zweiten Staats-Secretärs. Er verlieh die erstere an Somers, die zweite an Trenchard, beide Whigs.

In England galt die Meinung, daß dies geschehen sei auf die Empfehlung des Lords Sunderland [1]). Dieser war bereits im Mai des Jahres 1691 bei der Königin zum Handkuß zugelassen, und hatte dann auch seinen Sitz im Oberhause wieder eingenommen [2]). Ob Wilhelm III. den vollen Einblick in die krummen Wege dieser Persönlichkeiten unter Jacob II. besessen, dürfte schwer zu entscheiden sein. Daß Sunderland in England bezeichnet wurde als das politische Chamäleon, war sicherlich dem Könige bekannt. Aber wir dürfen hier schon voraus nehmen, was später Portland einem kaiserlichen Gesandten entgegen hielt, der seine Besorgnis über das Aufwachsen der Autorität von Sunderland aussprach, nämlich die Frage, ob irgend ein anderer Engländer in auswärtigen Angelegenheiten die gleiche Einsicht und Erfahrung besitze wie Sunderland [3]). — Die Zeit, in welcher der letztere hoffen durfte, abermals wieder von Ludwig XIV. Geld zu ziehen durch den Verkauf des Königs von England, war vorüber. Es war ein Unterschied zwischen Wilhelm III. und Jacob II. Auch dürfte schwer anzunehmen sein, daß Ludwig XIV. sich noch einmal wieder mit Sunderland eingelassen hätte. Thatsache ist, daß die Geneigtheit Wilhelms III. den Rath von Sunderland zu vernehmen, langsam empor wuchs. Daß dagegen Lord Sunderland Mittel und Wege gefunden auch wieder mit St. Germain in Correspondenz zu kommen [4]), mochte Wilhelm III. unbekannt sein. Es ist kaum denkbar, daß Sunderland, wie viele Andere, dabei einen anderen Zweck verfolgt als denjenigen der Sicherheit für sich im Falle eines Umschlages.

Von jenen zwei Männern war Somers einer der Führer der Whig-Partei im Unterhause. Er galt nicht bloß für einen der ersten Juristen, sondern für einen der kenntnisreichsten Gelehrten des Landes,

---

[1]) Burnet II, 127.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 11. Mai 1691.

[3]) Bericht des Grafen Auersperg vom 22. October 1697.

[4]) Macpherson's Original Papers. Vol. I, p. 475.

befähigt und gewandt in Geschäften, und für einen rechtschaffenen Mann. Die Wahl erwarb daher großen Beifall. Trenchard war im Jahre 1685 der Fahne Monmouths gefolgt. Dann Jahre lang flüchtig auf dem Festlande, hatte er Gelegenheit gehabt, die Anschauungen fremder Völker kennen zu lernen. Dennoch scheint es, daß der König ihn eben so wenig wie Nottingham, für befähigt gehalten hat, sich an auswärtigen Geschäften wirklich zu betheiligen. Der König behielt diese nach wie vor für sich und seine holländische Umgebung.

Dann endlich war für den König die längst ersehnte Zeit gekommen zur Ueberschiffung nach Holland. Am 3./13. April traf er im Haag ein und meldete von dort dem Kaiser seine glückliche Ankunft.

Der Congreß der Gesandten der verschiedenen Mächte im Haag bestand dem Namen nach fort: in Wirklichkeit hatte er wegen des Mistrauens, welches man gegen einige Gesandte hegte, seine Bedeutung längst verloren. Der Regel nach wurden nur diejenigen Angelegenheiten dort vorgenommen, deren Bekanntwerden der Sache der Verbündeten keinen Schaden brachte. Der Ueberblick des Ganzen war nur bei drei Persönlichkeiten, dem Könige, dem Rathspensionär Heinsius, und dem kaiserlichen Botschafter, dem Grafen Windischgrätz. An diesen pflegten sich die Gesandten sowohl der neutralen als der minder mächtigen am Kriege betheiligten Fürsten zu wenden, damit er für ihre Interessen sein Fürwort bei dem Könige einlege [1]). Der König und Heinsius schätzten Windischgrätz hoch. Dieser, dem das holländische Klima nicht zusagte, hatte damals den Kaiser um seine Abberufung gebeten. Die Kunde ward in der Versammlung der Generalstaaten mit Bestürzung vernommen. Nur mit Mühe gelang es dem Botschafter bei Heinsius zu erwirken, daß die Absendung eines Couriers mit der Bitte der Generalstaaten um die Belassung von Windischgrätz unterblieb. Es geschahen jedoch andere Schritte. Als Windischgrätz eines Tages beim Könige eintrat, empfing ihn dieser lächelnd mit den Worten: „Der Kaiser hat eingewilligt, daß Sie uns noch verbleiben". Die Anerkennung, die in dem ganzen Verfahren lag, half dem Bot-

[1]) Windischgrätz Bericht vom 17. April: Unterdessen haben der schwedische, portugiesische, dänische, auch der brandenburgische, wie nicht minder der kölnische Abgesandte mich höchstens gebeten, bei dem Könige ihre Angelegenheiten bestens zu recommandiren, was ich ihnen auch versprochen und wirklich gehalten.

schafter hinweg über die Vereitelung seiner Bitte in Wien. Aber er bestand bei dem Kaiser auf die Erfüllung derselben nach dem Feldzuge [1]).

In wiederholten langen Unterredungen des Königs mit dem Botschafter zog das gesammte Gefüge der großen Allianz an ihren Blicken vorüber. Die Berichte von Heemskerk aus Adrianopel verzweifelten noch nicht an dem Frieden mit den Türken; allein weder der König noch Windischgrätz bauten darauf eine Hoffnung. Dem Wunsche des Königs gemäß hatte dagegen der Kaiser dem Markgrafen von Baden das Commando am Oberrheine gegeben. Es war der lebhafte Wunsch des Königs, daß nun endlich der Kurfürst von Sachsen auch zur thätigen Theilnahme bewogen werde. Auch waren er und Heinsius bereit dafür zu zahlen. Aber eine besondere Schwierigkeit war, wie überhaupt jedes Mal, wo einer der deutschen Fürsten ein Corps ins Feld stellte, die Forderung des selbständigen und unabhängigen Commandos. Der König hatte mit Mühe diese oft wiederholte Forderung des Brandenburger Kurfürsten zum Schweigen gebracht: eben dieselbe ward nun erhoben von demjenigen von Sachsen, von dem Landgrafen von Hessen.

Zu diesen Uebelständen im Reiche kam die Stellung der Fürsten gegen einander im Norden desselben. Die Haltung von Dänemark, Wolfenbüttel und Münster wegen der neunten Kurwürde gegen die Brüder von Hannover und Celle wurde drohend. Der König Wilhelm sprach seine Besorgnis aus vor einem Ausbruche. Was stand dann noch von den Leistungen des Reiches zu hoffen?

Unverkennbar walteten dabei französische Umtriebe ob. Und zwar kleideten sich diese bei dem Fürstbischofe von Münster in das Gewand der Religion.

Es bietet sich hier der Anlaß, abermals einen vergleichenden Blick zu werfen auf die Urtheile damaliger Zeit über das Verhalten von König Wilhelm und Kaiser Leopold in kirchlichen Dingen.

Die Beschwerden beider Häuser des Parlamentes von England über die Begünstigung der Katholiken in Irland, wie wir sie vernommen, richteten sich augenscheinlich nicht gegen den Statthalter Sidney, sondern gegen den König Wilhelm III. Sie scheinen auf

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 5. Mai.

ihn nicht eine große Wirkung geübt zu haben. Nach seiner Ankunft in Holland schickte er seinen Secretär Blathwait zu Windischgrätz mit der Meldung: er habe vor seiner Abreise dem Staats-Secretär für Schottland befohlen, alle dort noch etwa verhafteten Priester sofort auf freien Fuß zu stellen. Zu Ehren des Kaisers habe er ferner dem Staats-Secretär befohlen, alle Priester, die künftig noch verhaftet werden möchten, sofort und ohne darüber erst anzufragen, der Haft wieder zu entlassen. Als Windischgrätz einigen Unglauben an den Tag legte, betheuerte Blathwait das Gesagte in einer solchen Weise, daß jeder Zweifel schwand[1]).

Vor solchen Thatsachen erstirbt der in späteren Zeiten oft ausgesprochene Irrthum, daß irgend ein Druck gegen Andersgläubige vom Könige Wilhelm III. seinen Ursprung genommen.

Andererseits haben in England namentlich der Zeitgenosse Burnet und später Bolingbroke die Behauptung aufgebracht, daß der Kaiser Leopold die Protestanten verfolgt habe.

Wir unsererseits haben wiederholt die eigenen Kundgebungen des Kaisers darüber vernommen. Wir erinnern uns ferner der Anklage, welche Rebenac im Auftrage Ludwigs XIV. beim päpstlichen Stuhle wider Leopold erhob. Aehnliche Aeußerungen wie im Jahre 1692 von Rebenac in Rom, wurden nun im Jahre 1693 laut aus der Umgebung des Fürstbischofs Friedrich Christian zu Münster. Man habe große Ursache, hieß es dort, sich zu fragen, ob der Kaiser katholisch oder lutherisch sei. Denn Sachsen, Hannover, Brandenburg könnten bei ihm alles erlangen. Alle Gunstbezeugungen seien für die protestantischen Fürsten, alle Kränkungen für die katholischen[2]). — Der Zweck solcher Reden war unverkennbar das Bestreben, einen Vorwand zu gewinnen für die Collusion mit Frankreich.

Der König Wilhelm zeigte sich, in den Unterredungen mit Windischgrätz, im April 1693, eben so erregt wie gegen Münster, auch gegen Dänemark. Er lobte dagegen die Haltung von Schweden. Windischgrätz nahm daher den Anlaß zu bitten, daß die Seemächte ihre Maßregeln gegen die Schifffahrt dieser neutralen Mächte mildern

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 24. April.

[2]) Handschriftliche Nachricht von Leibniz über eine Unterredung mit dem Münsterschen Rathe Cochenheim.

möchten. Der König erwiederte, daß er den Freiherrn van Heeckeren deshalb mit einer besonderen Instruction nach Stockholm geschickt. Dessen ungeachtet war er weit entfernt von einem besonderen Vertrauen auf Schweden. „Der Graf Stratemann, sagte er, hat mir während meines Aufenthaltes in England mehrmals die Andeutung gemacht, der Kaiser werde es nicht ungern sehen, wenn man der Krone Schweden die Hoffnung mache, beim demnächstigen Frieden sie als Vermittlerin anzuerkennen. Ich finde dabei tausend Schwierigkeiten. Die Sache ist so delicat, wie jemals eine gewesen. Denn, wenn wir dann der Krone Schweden innerlich nicht ganz versichert sind: so fahren wir Verbündete dabei sehr übel. Der Einzige, auf den wir uns dort verlassen können, ist der alte Graf Benedict Oxenstjerna. Stirbt er, so ändern sich die Dinge da völlig. Möge also der Kaiser sich die Sache wohl überlegen."

Es liegt vor Augen, und ist von Wilhelm III. und Heinsius damals oft genug geltend gemacht, daß England und nach Verhältnis mehr noch die Republik Holland die Hauptlast des Krieges gegen Frankreich trugen. Diejenige des Krieges gegen den Verbündeten Frankreichs, gegen die Türken, trug der Kaiser allein. Aber jene Thatsache darf nicht, wie oft geschehen ist, dahin ausgelegt werden, als ob England und Holland der Bundesgenossen hätten entbehren können. Es liegen Aeußerungen des Unmuthes vor, auch von Seiten des Königs Wilhelm, namentlich über Spanien, daß es eher eine Bürde sei als eine Hülfe. Aber dies sind eben Worte des Unmuthes. Denn er selber wie die Generalstaaten waren durchaus nicht geneigt, den König von Spanien aus der Allianz zu missen. Zeigen wir dies an einem besonderen Vorfalle.

Am 13./23. April traf im Haag die Nachricht ein: der Herzog Victor Amadeus von Savoyen habe dem päpstlichen Nuntius Gehör gegeben, welcher auf einen Stillstand der Waffen für Italien dringe. Der Herzog habe erwiedert: er müsse jedoch zuvor mit dem Kaiser und mit Spanien darüber verhandeln. Als gewis wurde gemeldet, daß der Verkehr mit Pignerol und Susa, den von Franzosen besetzten Festungen, dort völlig frei sei, und daß zu Turin der Stillstand angesehen werde wie bereits geschlossen [1]).

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 24. April. Auch für das Folgende.

In dieser Fassung gelangte die Nachricht in die Versammlung der Generalstaaten, und erregte dort große Bestürzung. Die Gelder zur Unterstützung für Victor Amadeus lagen bereit. Viele Stimmen meinten: es sei besser unter diesen Umständen sie nicht auszuzahlen. Vorher jedoch fragte man bei Windischgrätz an. Er rieth dringend ab von jedem Schritte, der Mistrauen beweise und dadurch Mistrauen erwecke. Man möge dem Savoyarden Della Torre gegenüber die Nachricht noch verhehlen, bis Bestimmteres vorliege. Windischgrätz dagegen eilte zu dem spanischen Botschafter Quiros, und spornte ihn zur sofortigen Ausführung eines Auftrages, den, wie Windischgrätz wußte, Quiros von Madrid erhalten. In diesem Auftrage für Don Quiros hieß es: der Nuntius in Wien habe die Verwegenheit und Dreistigkeit [1]) gehabt, einen Stillstand für Italien vorzuschlagen. Eben so verwegen habe der Nuntius vorgegeben: der König von Spanien werde damit wohl zufrieden sein. Da nun der König einen solchen Vorschlag verabscheue, da er von dem Kaiser dasselbe hoffe, da er ferner an den Papst eine Beschwerde über die Impertinenz dieses Nuntius bereits eingesendet: so solle Quiros dem Könige von England, den Generalstaaten, dem gesammten Congresse kund thun, daß der König von Spanien dergleichen unwürdige Vorschläge nie anhören werde.

Windischgrätz und Quiros eilten zu der Versammlung der Generalstaaten. Dort verlas Quiros das Schreiben. Es ward mit Frohlocken vernommen, besonders, wie Windischgrätz bemerkt, die starken Ausdrücke gegen den Nuntius. Man pries den König von Spanien. Dann ersuchte die Versammlung den Grafen Windischgrätz, daß er im Namen der Generalstaaten den Kaiser um die gleiche Beständigkeit bitten wolle. Er erwiederte: „Es bedarf dessen nicht. Der Kaiser schließt keine Particular-Verträge. Der Kaiser hat auf jenes Anbringen des Nuntius sich bestimmt genug erklärt, und ich habe bereits vor einigen Wochen hier davon Mittheilung gemacht".

Ob den Worten des Königs von Spanien derselbe Nachdruck der That folgen werde, war allerdings eine andere Frage. Indessen, wenn auch nicht activ, so leisteten passiv die Unterthanen Carls II.

---

[1]) La temeridad y la impertinencia.

mehr als ein anderes der kriegenden Völker. Belgien war der hauptsächlichste Kriegsschauplatz.

In den Unterredungen des Königs mit Windischgrätz, im April 1693, kam wiederholt zur Sprache, was von dem bevorstehenden Feldzuge zu erwarten sei. Auf die Frage des Botschafters erwiederte der König: man müsse sehen, was der Feind anfangen werde, und danach seine Maßregeln treffen. Windischgrätz versetzte: „Aber warum sollen wir uns jedes Mal nach dem Feinde richten? Warum nicht der Feind auch einmal nach uns?" — „Weil, entgegnete der König, seine Macht uns allzu sehr überlegen ist" [1]).

Die Antwort ist wie der Schlüssel der bisherigen Kriegführung des Königs Wilhelm III. in Belgien. Er hatte anders gehandelt im Jahre 1690 in Irland. Aber damals stand ihm gegenüber König Jacob II., berathen von Lauzun, an der Spitze von meist unerfahrenen Truppen; in Belgien führte der Marschall Luxemburg die kriegsgeübte französische Armee.

Die Antwort des Königs indessen bezog sich zunächst auf die Zahl. Diejenige auf verbündeter Seite liegt genau vor. Die gesammten Armeen, über welche die Verbündeten im April 1693 in den Niederlanden, am Oberrheine, in Piemont verfügten, betrug 220,000 Mann, nämlich 40,000 in Piemont, 58,000 am Oberrheine, und 122,000 oder reichlich die Hälfte der ganzen Zahl, unter dem Oberbefehle des Königs Wilhelm III. in Belgien und zwischen Maas und Rhein. Von diesen 122,000 standen

direct im Solde der Generalstaaten	46,000 Mann,
direct im englischen Solde	30,000 „
direct im spanischen Solde	5,000 „
dazu kamen Brandenburger im spanischen Sold . .	7,000 „
Brandenburger, für welche Holland und England Subsidien zahlten	12,000 „
Hannoveraner in ähnlichem Verhältnisse	8,000 „
ferner fürstbischöflich Lüttichsche Truppen	6,000 „
Kurpfälzische	6,000 „
Kurkölnische	2,000 „
	122,000 Mann.

[1]) Der Bericht des Grafen Windischgrätz vom 21. April.

Die Zahlen ergeben, daß in den Leistungen zu Lande gegen Frankreich keine andere Macht der Republik Holland gleich kam[1]).

Die französische Macht in den Niederlanden bestand aus zwei getrennten Armeen unter den Marschällen Luxemburg und Boufflers. Die erstere sammelte sich in Estines und Givry. Sie bestand, nach den damaligen französischen Angaben, aus 78 Bataillonen mit zusammen 46,800 Mann und 161 Schwadronen mit 24,150 Mann, in allem 70,950 Mann. Die Armee des Marschalls Boufflers, die sich bei Doornik sammelte, zählte 52 Bataillone mit 31,200 Mann, und 117 Schwadronen mit 17,750 Mann, zusammen 48,950 Mann. Demnach bestand die gesammte französische Macht in den Niederlanden aus 119,700 Mann. Wenn, wie kaum zu zweifeln, diese Angaben beiderseits völlig richtig sind, so war, wenn die gesammte Macht concentrirt war, die Armee des Königs Wilhelm III. um reichlich 2000 Mann der französischen überlegen[2]).

Und hier tritt uns vor allen Dingen wieder entgegen der Unterschied in der Stellung der beiden Könige zu den von ihnen regierten Ländern.

Alljährlich verlangte der König Wilhelm III. die Kriegsmittel vom Parlamente. Das Parlament bewilligte sie. Aber die Formen, in welchen die Bewilligung erfolgte, stellten jedes Mal klar vor Augen, daß das Parlament bewilligte aus eigener Ueberzeugung von der Nothwendigkeit in dem gegebenen Falle. Die beständige Uebung dieses Rechtes, Jahr auf Jahr, stärkte dasselbe, brachte es jedem einzelnen

---

[1]) Beilage zu den Berichten des Grafen Windischgrätz im April 1693. Zu der Armee am Oberrheine stellten nach diesem Anschlage

die Kreise Franken und Schwaben	26,000
der Kaiser und Bayern	6,000
Kursachsen	12,000
Hessen-Cassel	8,000
der Fürstbischof von Münster	4,000
Kurmainz	2,000
	58,000.
Zu der Armee in Piemont stellten der Kaiser und	
Bayern	15,000
Spanien	12,000
der Herzog von Savoyen und die Waldenser . .	13,000
	40,000.

[2]) Sylvius t. IV, b. 35, p. 59.

Engländer um so klarer zum Bewußtsein. Da nun aber dieses Recht der Geldbewilligung auf Seiten des Parlamentes gegenüber der Krone die Grundlage ist für alle anderen Rechte: so festigte sich Jahr auf Jahr, in Anlaß des ungeheuren Krieges, direct und indirect, die Freiheit der Engländer nach allen Richtungen.

Die entgegen gesetzte Wirkung hatte eben derselbe Krieg auf die französische Nation. Nicht eine Vertretung derselben bewilligte dem Könige die Mittel zum Kriege. Er nahm sie. Er allein bemaß die Höhe des Betrages, den er erheben wollte. Er allein fand die Wege und Mittel aus, durch welche dieser Betrag aufzubringen war. Die furchtbaren Lehren von der Allgewalt und dem Alleinrecht der Krone, welche einst der noch jugendliche König Ludwig XIV. für seinen Sohn, den Dauphin, theoretisch aufgestellt (Bd. I, S. 47 u. f.), wurden mehr als je zuvor durch diesen ungeheueren Krieg zur Praxis. Mit jeder neuen Auflage, die der König nach seinem Ermessen seinen Unterthanen befahl, entnahm er ihnen nicht bloß das dadurch zu erlangende Geld, sondern stärkte zugleich sein vermeintliches Recht dieses Nehmens, schwächte das Recht seiner Unterthanen an ihrem Eigenthume, und mit diesem einen und hauptsächlichen Rechte zugleich alle anderen. Wie darum mit der Dauer dieses Krieges die persönliche Freiheit jedes Engländers wuchs, so schrumpfte diejenige des Franzosen ein.

Heben wir dies an einem besonderen Beispiele hervor. „Wir haben in Erfahrung gebracht, sagt Ludwig der XIV. in einem Edicte vom 16. December 1692, daß mehrere Unterthanen, um sich den bürgerlichen Steuern zu entziehen, von uns und den Königen unseren Vorfahren durch Ueberraschung Diplome zur Herstellung des Adels erlangt haben und auf Grund derselben die Privilegien des Adels genießen, namentlich dasjenige der Exemtion von den Steuern. Kraft unserer königlichen Autorität erklären wir für ungültig und nichtig alle diejenigen von uns und unseren Vorfahren bewilligten Diplome, welche nicht seit dem 1. Januar 1600 bei unserer Finanzverwaltung eingetragen sind [1])."

„Es war, fügt der Berichterstatter hinzu, von diesem Edicte in Frankreich viel Redens." In der That wer konnte bei einer

---

[1]) Das Edict im Original-Text bei Sylvius t. IV, b. 25, p. 8.

solchen Gesetzgebung sich noch sicher wissen in dem Besitze ererbter Rechte? —

Frankreich hatte mit den anderen Nationen Europas die Last des ungeheueren Krieges gemein, nur daß der König kraft seines Willens seine Forderungen an die Steuerkraft der Franzosen schärfer spannte, als die anderen Fürsten oder Mächte es zu thun wagten. Eine besondere Last jedoch drückte auf die französische Nation schwerer als die anderen. Es war die zunehmende Theuerung der unentbehrlichen Lebensmittel.

Diese Theuerung hatte begonnen bereits im Jahre 1691. Der Sommer des Jahres 1692 war naß und kalt, die Ernte unergiebig. Die Zufuhr zur See aus anderen Ländern ward für Frankreich erschwert durch den Krieg. Im Winter stieg die Noth. Haufen von Landbewohnern kamen an die Thore der Städte. Sie riefen dort ihren Hunger aus. So in Rouen. „Der Intendant der Provinz, meldet unser Bericht, hat, um sich von diesen Leuten zu befreien, einige davon aufgehängt. Das minderte indessen den Anlauf nicht. Lieber noch wollten sie gehängt werden, riefen die Unglücklichen, als vor Hunger sterben." Anders verfuhren mehrere Bischöfe, namentlich derjenige von Laon. In dieser nicht großen Stadt mußten 1200 Arme erhalten werden. Der Bischof nahm von ihnen 150 auf seine Mittel. Der König sprach seine Hoffnung aus, daß dies Beispiel Nachfolge finden werde. Es geschah in Limoges, in Lyon, auch an anderen Orten, nicht freilich allenthalben, zumal da der König durch die sogenannten freiwilligen Gaben, welche er der Geistlichkeit auferlegte, die Mittel derselben stark in Anspruch nahm. Wie diese Noth einerseits die Zahl der Steuerkräftigen verringerte, so schwellte sie andererseits die Forderungen für die Bedürfnisse der Truppen zu Lande und zur See. Der General-Proviantmeister für die Flotte reichte seine Beschwerde ein, daß die Kosten der Verproviantirung um die Hälfte, ja um zwei Drittel gestiegen seien[1]).

Und dennoch, wie so ganz anders war die Haltung der Völker gegenüber diesen beiden Königen, der Engländer gegenüber dem Könige Wilhelm, der ihre Freiheit achtete, von derjenigen der Franzosen gegen-

[1]) Sylvius t. IV, b. 34. p. 163; b. 35, p. 34, 45, 49.

über Ludwig XIV., der seinen Willen als Gesetz aussprach! — Wir kennen die Haltung des englischen Volkes in derjenigen seiner Vertreter, des Unterhauses. Die Gesinnung des französischen Volkes, oder doch diejenige, welche in officieller Form kund gegeben werden mußte, prägt sich aus in dem damaligen Kirchengebete für ihn. Dasselbe ist weniger erfreulich als charakteristisch, und darum verdient es gekannt zu werden. Es lautet wie folgt. „O Gott, der Du geboten hast dem Kaiser zu geben was des Kaisers ist, verleih meinem Geiste das Licht und meinem Munde die Worte, damit ich, in voller Erkenntnis der Wunder, welche beschlossen sind in dem Namen Ludwigs des Großen, verkündigen kann, daß er über die mächtigsten Monarchen nicht weniger erhaben ist durch die Vollkommenheiten, die Du ihm verliehen, als durch die Würde des Scepters, das Du in seine Hand gegeben. Verleihe mir weiter zu verkündigen, daß Du ihn erkoren, um Deine Macht den Menschen desto sichtbarer zu machen, gleichwie Du durch die Sonne den Segen der Fruchtbarkeit uns anschaulich machst. — Und ferner, daß unter allen Fürsten er ist das ausgeprägteste Bild Deiner Vollkommenheiten, das sauberste Gefäß der Weisheit, deren Urquell Du bist, der hellste Strahl von Deinem Lichte, welchem entsprechend er alle seine Handlungen einrichtet und demgemäß auf seine Unterthanen das Glück herabzieht, dessen sie sich erfreuen" [1]).

In derselben Weise geht es weiter. Aber die Feder sträubt sich mehr davon nieder zu schreiben. Das Vorstehende dürfte genügen.

Mit Erstaunen, wie der Venetianer Erizzo sagt, und vielleicht noch mit anderen Gefühlen, die er nicht benennt, bemerkten die Gesandten fremder Mächte, daß auf den Plätzen von Paris vor den Standbildern des Königs, mit der Inschrift: Viro immortali — Lampen brannten [2]).

Es ist die alte nicht erhebende und doch immer neue Erfahrung, daß so viele Menschen geneigt sind im Staube zu liegen vor denen, welche um der eigenen Macht und Größe willen erbarmungslos sie

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 34, p. 193.

[2]) Barozzi e Berchet: Relationi Venete. Francia t. III, p. 582: Cosi l'uomo chiamato nei suoi simulacri immortale, a cui ardevano nelle piazze di Parigi accese le lampadi.

zertreten. In der Regel ist es solchen Machthabern gelungen, die Völker zu täuschen durch die Vorspiegelung glänzender Namen, unter denen die ausgiebigsten sind diejenigen der Nation und der Religion. Der Cultus der Franzosen für Ludwig XIV. dagegen war mehr persönlicher Art. Und dabei darf eine hellere Seite nicht unbeachtet bleiben.

So wenig beneidenswerth damals den anderen Nationen Europas die Lage der Franzosen daheim erschien, so sehr sie in bürgerlicher Freiheit sich erhaben glauben durften über den Zustand der allgemeinen Knechtschaft in Frankreich: so hatte doch auch diese Nation mehr als eine Eigenschaft voraus, welche ihr den ungeheueren Kampf erleichterte. Wir erblicken bei allen anderen Nationen Verräther am eigenen Vaterlande, nicht bei den Franzosen. Die aus Frankreich flüchtigen Hugenotten, welche gegen Ludwig XIV. als ihren Unterdrücker kämpften, um für sich die Rückkehr in die freie Heimat zu erringen, wird man als Verräther nicht ansehen wollen. Und selbst auch bei solchen Refugiés geschah es zuweilen, daß sie die Gastfreundschaft des fremden Landes übel vergalten mit dem Dienste für die französische Politik. Um so eher waren dafür bereitwillig diejenigen Franzosen im Auslande, welchen kein besonderer Grund vorlag zur Abneigung gegen die Zustände in der Heimat. Die Dienste, welche die Herzogin von Portsmouth bei dem Könige Carl II. von England für Ludwig XIV. geleistet, waren den Staatsmännern im Haag, wie in Wien und Madrid, in guter Erinnerung. Immerhin wurde diese Persönlichkeit dafür bezahlt. Aber ähnlich handelt oder versucht doch zu handeln die Gräfin Verrua bei Victor Amadeus. Indem sie dem Befehle des Herzogs in Bezug auf den französischen Gesandten direct zuwider verfährt, fügt sie für diesen hinzu: „So sehr bin ich vernarrt in den König, den ich doch nie gesehen; aber ich bin Französin" [1]).

Lassen wir die moralische Qualität solcher Individuen auf sich beruhen: so geht der eine Grundzug herdurch, den sie mit besseren Persönlichkeiten der französischen Nation gemein haben, der Eifer für das was ihnen als die Sache des Vaterlandes erscheint. Es dürfte sehr schwer sein, aus jener Zeit auch nur ein einziges Beispiel

---

[1]) Mémoires de Tessé t. I. p. 100.

namhaft zu machen, daß ein Franzose diese Sache für Geld verkauft habe.

Dagegen darf allerdings eingewendet werden, daß die Verlockung zum Verrathe im fremden Lager eins der wichtigsten Kriegesmittel Ludwigs XIV. war, daß andererseits die verbündeten Mächte, wenn sie auch immer das Angebot des Verrathes sich zu nutze machen mochten, nicht darauf ausgingen ihn hervorzurufen.

Der Cultus, den die Franzosen der Persönlichkeit Ludwigs XIV. darbrachten, ward, wie so häufig in solchen Fällen, ihnen erleichtert durch die Unkunde der eigentlichen Sachlage.

Daß der unsägliche Jammer des ungeheueren Krieges wesentlich und hauptsächlich stammte von dem Könige, welcher, berathen und fortgerissen von Persönlichkeiten wie Louvois und Chamlay, im September des Jahres 1688, übermüthig und treulos die Brandfackel unter die Völker geschleudert, vermochten damals sicherlich nur sehr wenige Franzosen aufzufassen und zu durchschauen. Auch die Kundigsten unter ihnen wurden irre geführt durch die unablässig wiederholte Behauptung, daß das Augsburger Bündnis von 1686 den Krieg herauf beschworen habe. Daß an diesem reinen Defensiv-Bunde weder die Republik Holland, noch viel weniger der Oranier persönlich sich betheiligt, daß dagegen erst der französische Friedensbruch vom Herbste 1688 die große Offensiv-Allianz vom 12. Mai 1689 hervorgerufen, blieb den Franzosen der damaligen Zeit völlig unbekannt. Und in der That ist ja dieser Irrthum damals auch für die kommenden Zeiten so nachhaltig begründet, daß auch noch nach zweihundert Jahren die Lossagung von diesem Irrthume über das Augsburger Bündnis und über die Bedeutung desselben für die Völkergeschichte der damaligen Zeit gar manchem Franzosen schwer ankommen mag.

In Ludwig XIV. selber dagegen war längst die Ueberzeugung aufgegangen, daß der Krieg in der Weise, wie er ihn im Herbste 1688 sich zugezogen, nicht in der klaren Absicht es zu thun, sondern als die Consequenz seiner Uebergriffe, für ihn undurchführbar war. Er hatte damals, zuerst und eher als mit allen anderen, gebrochen mit dem päpstlichen Stuhle. Wir haben dann beobachtet, wie er getrachtet, zuerst und vor allen anderen wieder mit dem päpstlichen Stuhle zu einem Abkommen zu gelangen. Er hatte noch bei Lebzeiten von Inno-

cenz XI., durch die freiwillige Niederlage, die sich hüllte in den nicht ruhmvollen Abzug des Lavardin mit seinen bewaffneten Haufen aus Rom, zu erkennen gegeben, daß er nach dieser Seite hin bereit sein werde zum weiteren Rückzuge. Der Tod von Innocenz XI. erleichterte den Rückzug. Ludwig XIV. trat ihn an, bei jedem Schritte sich umblickend, ob es nun genügen würde. Es genügte nicht. Wie Innocenz XI., so hinterließ Alexander VIII. sterbend seinem Nachfolger die Forderung des vollen Rechtes der Kirche. Innocenz XII. übernahm das Vermächtnis. Wie immer er als italienischer Landesfürst in seiner Politik fehlgreifen und oft nicht erkennen mochte, daß die große Allianz mittelbar kämpfte für sein Recht, für das Recht des heiligen Stuhles, das Recht der Kirche: als Papst wandelte Innocenz XII. in den Wegen seiner beiden Vorgänger.

Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV. am Schlusse des Jahres 1691 den Rückzug weiter dahin antrat, das Erbieten der Bestätigung für diejenigen Bischöfe, die nicht an den Artikeln von 1682 betheiligt waren, anzunehmen, und daß er dadurch, nach der Ansicht der eifrigsten Gallicaner, das Princip verließ. Auch zu der Zurücknahme der vier Artikel war er bereit, jedoch nur zu einer thatsächlichen, nicht einer grundsätzlichen. Diese letztere forderte Innocenz XII.

Der gallicanisch gesinnte Cardinal d'Estrees zeichnet den damaligen Stand der Dinge mit folgenden Worten.

„Mehrere übel Gesinnte hatten die Berather von Innocenz XII. erfüllt mit allerlei Gedanken über die Wichtigkeit der Sache, über die Würde des heiligen Stuhles, über den beleidigenden Einbruch, welchen die Versammlung von 1682 in dieselbe dadurch gemacht, daß sie sich das Recht zusprach, zu entscheiden über die wichtige Frage der Infallibilität. In Folge dieser Erwägungen waren die Räthe von Innocenz XII. schwierig. In den Conferenzen mit den französischen Cardinälen verlangten sie, daß in dem Entwurfe des Schreibens, durch welches die französischen Bischöfe dem Papste ihre Unterwerfung anzeigen würden, eine Formel sich befinden müsse, welche bestimmt und ausdrücklich besage, daß diese Artikel von 1682 anzusehen seien wie nicht beschlossen, nicht existirend" [1]).

---

[1]) Gérin: l'assemblée du clergé de France de 1682, p. 488.

Dies war der wesentliche Punct. Ludwig XIV. war bereit auf seine Velleitäten einer französischen Nationalkirche thatsächlich zu verzichten, demgemäß den Theilnehmern der Versammlung von 1682 die Unterwerfung anzubefehlen. Aber er wollte es in solcher Form, mit solchen Worten, daß unter denselben das Princip, weil nicht ausdrücklich verneint, erhalten bleiben könne. Darüber wurden Vorschläge gemacht hin und wieder. Bossuet, der Verfasser jener Artikel von 1682, und andere Bischöfe des Hofes von Frankreich, strengten ihren Scharfsinn an eine Formel zu finden, die nach beiden Seiten hin genugthun würde. Innocenz XII. und seine Berather beharrten unabänderlich bei der einen Forderung des klaren, ausdrücklichen, unbedingten Verzichtes auf die Artikel von 1682.

Daß auch Anderen der Kern der Angelegenheit klar vor Augen lag, ersehen wir aus den Worten, mit welchen der Marquis Dangeau den Stand derselben in seinem Tagebuche verzeichnet. „Der Papst, sagt er, beharrt bei seinem Verlangen eines formellen Widerrufes dessen, was in der Versammlung von 1682 beschlossen ist. Darauf wird man in Frankreich niemals sich einlassen" [1]).

Das Wort Niemals im Munde politischer Mächte pflegt dem Wechsel der Zeiten zu unterliegen.

Das war der Stand der Dinge zwischen Rom und Ludwig XIV. beim Beginne des Feldzuges von 1693. Wenn dieser unglücklich für Frankreich ausfiel, so mußte dieses Unglück der Waffen einen um so stärkeren Druck ausüben für die Anerkennung der moralischen Niederlage, welche für Ludwig XIV. begonnen hatte mit jenem Abzuge Lavardins aus Rom, und welche er seitdem nur noch in der Form zu mildern bestrebt gewesen war.

Es war nur Eine Persönlichkeit, welcher gegenüber Ludwig XIV. aus dieser Gesammt-Lage seiner Angelegenheiten damals kein Hehl machte. Es war der König Jacob. Wir haben dies besondere Vertrauen und den Zweck desselben kennen zu lernen.

Jacob II. hatte sich, wie er selbst berichtet, nach dem für ihn wie für Ludwig XIV. so unglücklichen Ausgange von La Hogue dennoch nicht eingelassen auf den Vorschlag sich zurückzuziehen in die

---

1) Dangeau t. III, p. 133. Am 19. December 1692.

Einsamkeit von La Trappe. Obwohl seiner Neigung ein solcher Entschluß entsprochen hätte, hielt er es, wie er sagt, für seine Pflicht nach dem Wiedergewinne seiner Krone zu streben. Seine Beziehungen mit Marlborough, demnach mittelbar auch mit der Prinzessin Anna, mit Russel und vielen Anderen, dauerten fort. Voran unter diesen Persönlichkeiten tritt in der zweiten Hälfte des Jahres 1692 der Lord Middleton. Wir kennen ihn als einstigen Staats-Secretär Jacobs, dem er getreu geblieben und gefolgt war bis in das Schloß Rochester, im December 1688, bis zum letzten Augenblicke, wo damals der König Jacob sich selber aufgab. Vom Mai 1692 an hatte auch Middleton einige Monate im Tower zugebracht. Nach seiner Freilassung verhandelte Jacob II. hauptsächlich durch ihn mit einigen anderen Lords der Jacobitischen Partei, unter denen Marlborough, demgemäß auch die Prinzessin Anna sich befanden. Diese Partei, welche bereit war zur Nachgiebigkeit in vielen Puncten der königlichen Prärogative, hieß diejenige der compounders, zum Unterschiede von der streng royalistischen der non-compounders. Die compounders einigten sich über acht Vorschläge. Sie fügten denselben die Versicherung hinzu, daß, im Falle der Annahme von Seiten des Königs durch eine öffentliche Declaration, sie nicht zweifelten ihn sehr bald herstellen zu können. In diesem Falle der Annahme würden sie sofort den Lord Middleton nach St. Germain senden. Der Bote mit diesen Vorschlägen traf ein im Anfange Januar 1693 [1]).

Der zweite dieser Vorschläge forderte den Fortbestand der Test-Acte bis zur Entscheidung durch das Parlament. Es liegt vor Augen, was diese Forderung an den König Jacob bedeutete. Sein Widerwille gegen diese Test-Acte, sein Versuch im Jahre 1685 sie zu durchbrechen, sein Wille diesen Versuch durchzuführen gegenüber dem sonst so loyalen Parlamente vom November 1685, war der Ausgangspunct der Spaltung zwischen ihm und seinen Unterthanen. Nicht bloß Einmal, sondern viele Male war an ihn als regierenden König von England die Mahnung herangetreten, daß die wesentliche Bedingung eines Ausgleiches sei die Anerkennung und die Aufrechthaltung der Test-Acte.

---

[1]) Ueber das Folgende sehe man: The life of James Vol. II, p. 498 sqq. — Mazure IV, p. 135. Note 1re. — Macpherson's Original Papers. Vol. I, p. 442.

Namentlich war dies die Forderung des prinzlichen Paares von Oranien. Jacob II. hatte nicht gewollt. Er hatte, gemäß seiner eigenen Anschauung, dieser Forderung gegenüber seine Krone aufs Spiel gesetzt. Er hatte sie verloren. Es blieb ihm dabei, wenigstens subjectiv, der Trost, daß er seine Krone verloren um seines Principes willen.

Und nun trat man vor ihn mit der Forderung, daß er, um der Möglichkeit willen die Krone wieder zu erlangen, zunächst öffentlich verzichten solle auf das Princip, für welches er, nach seiner Ansicht, sie verloren hatte. Wir haben hier nicht die Frage zu prüfen, ob die Ansicht des Königs Jacob die richtige war. Wir haben vielmehr uns hinein zu denken in seine Auffassung der Dinge. Wir haben uns klar darüber zu werden, daß die acht Vorschläge, insbesondere derjenige in Betreff der Test-Acte, dem unglücklichen Könige Jacob die Zumuthung stellten, sich selber die moralische Basis abzugraben, auf der er bis dahin gestanden, selber offen vor aller Welt, wenn auch indirect, zu erklären, daß alle seine Schritte gegen die Test-Acte gesetzlich ungültig gewesen, er demnach sein Schicksal selber sich zugezogen habe. Dazu endlich kam, daß er im Jahre 1692 eine Declaration erlassen, welche in viel engere Schranken gefaßt war. Diese Declaration verkündete allerdings eine Amnestie, aber mit bestimmten Ausnahmen. Die Consequenz des Eingehens auf jene acht Vorschläge machte eine General-Amnestie zur Pflicht. Die eine Declaration würde also mit der anderen in Widerspruch stehen. Aber die eine wie die andere sollte den Namen des Königs tragen. Mußte nicht dieser Unterschied die Kritik herausfordern? — Von welcher Seite man immer die acht Vorschläge betrachtete: die Zumuthung derselben an den König Jacob war hart.

Er war in jener Zeit beschäftigt mit dem Entwurfe einer Denkschrift, welche dem Könige von Frankreich darthun sollte, daß es in seinem Interesse liege, den Prinzen von Oranien in Schach zu halten durch das Schreckbild einer Invasion in England. Jacob II. wies darauf hin, daß der Oranier nicht gewagt habe, einen der im Mai 1692 verhafteten Lords zur Strafe zu ziehen. „Wenn die Persönlichkeiten von Rang, fährt die Denkschrift fort, welche im Dienste des Prinzen von Oranien stehen und zugleich Correspondenz mit dem Könige von England unterhalten, aufrichtig sind in ihren Betheuerungen —

was, wenn auch schwer glaublich, doch immer sehr möglich ist — so würde die Bereitschaft eines Landungs-Heeres in der Normandie ihnen die Gelegenheit geben, ihre Anträge im Parlamente kühner zu stellen, im Falle sie befinden, daß sie über das Heer und die Flotte so sehr die Herren sind, wie sie es erwarten. In jedem Falle ist es ein großer Vortheil ohne Schaden" [1]).

So dachte der König Jacob, anders Ludwig XIV. Es liegt nicht mit Gewisheit vor, daß der Entwurf der Denkschrift gereift sei bis zur That der Ueberreichung. Wenn dies geschehen ist, so war die Antwort durch den Stand der Dinge gegeben als verneinend.

Aber nun lagen jene von England her eingereichten Vorschläge vor. Jacob II. entsendete sogleich am nächsten Tage den Lord Melford mit denselben nach Versailles.

Es ist möglich und sogar sehr wahrscheinlich, daß der König Jacob für den Conflict, den die Zumuthung dieser acht Vorschläge in ihm wach gerufen, eine Stütze suchte an seinem Bruder von Frankreich. Denn im November 1685, als der Zwiespalt Jacobs II. mit seinem Parlamente begann, und zwar hervorgerufen durch das Umgehen der Test-Acte von Seiten Jacobs II., hatte er für dieses sein Auftreten keinen wärmeren Lobredner gefunden als Ludwig XIV. Demnach mochte Jacob II. im Januar 1693 erwarten, daß folgerecht nun Ludwig XIV. das Eingehen auf die acht Vorschläge abrathen werde.

Es kam anders. Lord Melford brachte von Versailles zurück den Rath auf die Vorschläge einzugehen.

War denn Ludwig XIV. hier mit sich selber inconsequent? — Es scheint nicht. In Wirklichkeit floß bei ihm das Lob vom November 1685 und der Rath vom Januar 1693 aus derselben Quelle, nämlich des Interesses, nur nicht desjenigen Jacobs II., sondern des eigenen, dessen was er einst in seinen Denkschriften für den Dauphin bezeichnet hatte als la raison d'état. Im November 1685 war England einig unter Jacob II. Die Einigkeit war dem Könige Ludwig XIV. nicht lieb. Deshalb feuerte er Jacob II. an zum Fortschreiten auf dem Wege der Uebergriffe, der zur Zwietracht in England führen mußte.

---

[1]) Macpherson's Original Papers. Vol. I, p. 442.

Wir erinnern uns, daß er zu diesem Zwecke den Sunderland bezahlte, damit er den König auf dem betretenen Wege erhalte. Wir erinnern uns ferner, daß er nach der anderen Seite bereit und erbötig war, auch Mitglieder des Parlamentes zu bezahlen zum Zwecke der Opposition gegen Jacob. Er hatte dies damals nicht nöthig. Jacob II. war aus eignem Antriebe thätig in dem von Ludwig XIV. gewünschten Sinne. Und demgemäß nahm damals der innere Wirrwarr von England überhand.

In anderer Weise und doch ähnlich lagen die Dinge im Jahre 1693. England folgte einig in sich dem Könige Wilhelm III., und zwar gegen Frankreich. Das Angebot der Compounder-Partei unter den Jacobiten von England an Jacob II. mit ihren acht Bedingungen stellte die Möglichkeit einer Erhebung dieser Partei in Aussicht, demgemäß einer inneren Verwirrung, einer Lähmung von England. Wie immer dabei der König Jacob fuhr, für Ludwig XIV. war jeder Zwiespalt in England ein Gewinn. Wie er daher im November 1685 kein Bedenken getragen, zu zahlen für Sunderland, der den König Jacob in seinem Vorhaben bestärken sollte, und gleichzeitig Geld anzubieten für diejenigen Mitglieder des Parlamentes, welche dies Vorhaben bekämpfen würden: so war von seinem Standpuncte aus sein Rath im Januar 1693 für Jacob völlig vereinbar mit dem entgegen gesetzten Lobe vom November 1685.

Dem Könige Jacob freilich mochte der Rath minder glatt eingehen als einst das Lob. Dennoch durchschaute er in diesem Falle eben so wenig wie zuvor, daß er abermals nur ein Kriegeswerkzeug sei in der Hand seines klügeren Bruders von Frankreich. Er sah sich weiter um nach Rath. Er ließ den Minister Croissy befragen. Dieser war derselben Meinung wie Ludwig XIV. Der König von England, erwiederte er, habe zwischen dem Entschlusse des Annehmens oder einem anderen keine Wahl.

Von französischer Seite beschränkte man sich jedoch nicht auf die Ertheilung des gewünschten Rathes. Man fügte nachdrückliche Mahnungen hinzu. Frankreich, hieß es in den Reden zu Jacob, sei kriegesmüde. Das Land erliege fast unter den schweren Lasten. In Folge des naßkalten Sommers von 1692 leide es Mangel an Korn und Wein. Nur des Königs persönliche Kraft und seine Freundschaft für

Jacob halte noch den Krieg. Wenn aber nun der König Jacob, wie hart auch immer jene Vorschläge ihm erschienen, sie verweigere: so würde der Unwille von ganz Frankreich sich so laut gegen ihn erheben, daß auch die Allerchristlichste Majestät nicht vermöge zu widerstehen. Dann nämlich lade der König Jacob auf sich den Vorwurf, daß er das Festhalten an einigen Puncten seiner Prärogative, die doch das englische Volk ihm wieder zurückgeben könne, höher achte als die Herstellung des Friedens der ganzen Christenheit. Wenn aber dies geschehe, so stehe wahrscheinlich zu erwarten, daß man ihn als einen hartnäckigen bigotten Mann aus Frankreich hinaustreibe [1]).

So berichtet der König Jacob selbst. Er nennt nicht die Persönlichkeit, welche in solcher Weise zu ihm geredet. Der Leser wird sich daher die Frage vorzulegen haben, ob in solcher Weise Jemand zu dem Könige Jacob reden durfte, wenn nicht mit der Zustimmung Ludwigs XIV.

Dazu trat an den unglücklichen Jacob II. eine andere Erwägung.

Wenige Wochen früher hatte Ludwig XIV., in der Besorgnis, daß das Parlament von England dem Könige Wilhelm eine allgemeine indirecte Steuer gewähre, eine General-Accise, von welcher damals oft die Rede war, vom Könige Jacob verlangt, daß er durch ein Schreiben das Parlament davor warne. Er hatte sogar den von England her eingesendeten Entwurf eines Schreibens dieser Art vorgelegt. Jacob las. Er sprach dann seine Ansicht dahin aus, daß dieser Entwurf ausgehe von Leuten von geringer Bedeutung. Er lehnte ab. — Dann aber folgerte er weiter bei sich, daß, wenn Ludwig XIV. schon hasche nach Schattenbildern solcher Art, um von dem Kriege loszukommen, der Druck sehr schwer auf ihm lasten müsse. Diese Erwägung trat nun abermals heran bei dem französischen Rathe einzugehen auf die Vorschläge der Compounders. Jenen ersten Rath hatte Jacob II. zurückgewiesen. Um so stärker drückte auf ihn die Furcht, daß eine abermalige Weigerung den König von Frankreich zurückstoßen würde [2]).

---

[1]) The life of James. Vol. II. p. 505.
[2]) A. a. O. p. 506.

Der Rath Ludwigs XIV., gestützt auf solche Gründe, schlug bei Jacob II. durch. Bereits am 12. Januar 1693, also nach dem Ablaufe weniger Tage, erging von St. Germain an Lord Middleton die Antwort, daß der König Jacob den acht Vorschlägen zustimme [1]).

Während Middleton und die anderen Mitwisser des Geheimnisses in England auf Grund dieser acht Vorschläge eine neue Declaration Jacobs entwarfen, drängte sich diesem unglücklichen Fürsten immer wieder die Erwägung dessen auf, was er mit jener Zustimmung gethan. Die Unentschlossenheit kehrte zurück. Er befragte vier katholische Theologen aus England. Sie verneinten, daß der König versprechen dürfe, die Hochkirche von England zu beschützen und zu vertheidigen, weil dies eine Religionsform sei, welche er für irrig halte. Mit gutem Gewissen dagegen dürfe er versprechen, seine Unterthanen der gesetzlich festgestellten Hochkirche von England zu sichern und zu beschützen, sowohl in der freien und vollen Ausübung ihrer Religion, als in dem ruhigen und friedlichen Besitze ihrer gesammten kirchlichen Benefizien [2]).

So diese englischen Theologen. Unterdessen traf Middleton in St. Germain ein mit der fertigen Declaration.

Seine Flucht dahin ward nach wenigen Tagen kund. „Middleton, meldet Hoffmann aus London am 18./28. April, ist heimlich von hier fort und zum Könige Jacob gegangen. Er ist ein Mann von gutem Verstande, mit den hiesigen Zuständen genau bekannt. Deshalb erregt diese Flucht einiges Aufsehen und Nachdenken. Daß er diesen Schritt gethan, mag mit daher rühren, daß er hier zu Lande nicht begütert ist, und folglich nicht viel zu verlieren hat, so daß vielleicht seine Absicht dabei sein mag, seine Position zu verbessern. Bisher steht fest, daß noch Niemand, der etwas hier zu verlieren hatte, sich zu dem Könige Jacob begeben hat. Die dahin übergegangenen Persönlichkeiten sind lauter Leute ohne Mittel und Consequenz, auch ohne Anhang."

Schwerer nahm zuerst der König Wilhelm die Sache. Er schrieb am selben Tage, an welchem Hoffmann jenen Bericht aus London

[1]) The life of James. Vol. II, p. 502.

[2]) A. a. O. p. 509.

abstattete, von Loo aus an Portland: „Der Uebergang Middletons nach Frankreich gefällt mir durchaus nicht. Er ist nicht der Mann, der in solcher Weise handelt ohne gewichtigen Grund und ohne wohl verabredeten Plan. Die Sache erweckt mir vieles Nachdenken. Näheres darüber mündlich“ [1]).

Es kam also dem Könige Wilhelm III. damals noch nicht der Gedanke, daß auch in diesem Falle, wie bereits so oft geschehen, seine Gegner mittelbar arbeiteten für ihn.

Middleton beschreibt seine Aufnahme in St. Germain und in Versailles mit großer Zufriedenheit. Jacob II. ernannte ihn zum Staats-Secretär neben Melford. Besonders nachdrücklich wirkte auf Middleton die Persönlichkeit Ludwigs XIV. Befangen unter dem Zauber, welchen die gewinnende Erscheinung dieses Königs auf den Engländer ausübte, beklagte er die Ueberschätzung von Wilhelm III. in Versailles. „Vermittelst der Gläser, sagt er, durch welche sie ihn betrachten, schwillt ihnen der Blutegel empor zum Leviathan.“ „Aber, fügt er dann hinzu, ich habe nichts unterlassen, um sie zu enttäuschen“ [2]). Es ist kaum anzunehmen, daß Ludwig XIV. und Croissy den eifrigen Middleton selber bei diesem seinem Geschäfte des Enttäuschens durch Vergrößerungsgläser angeschaut haben.

Ungeachtet seines Widerstrebens zeichnete Jacob II. die von Middleton mitgebrachte Declaration, am 17. April 1693. Seine Zweifel indessen waren damit noch nicht erledigt. Die Declaration ward noch nicht nach England geschickt. Er wendete sich um Rath an französische Theologen, vor allen, wie zu erwarten, an Bossuet. Er stellte zwei Fragen: zuerst ob er versprechen dürfe, die Hochkirche von England, wie sie zur Zeit durch die Gesetze festgestellt sei, zu schützen und zu vertheidigen, und den Mitgliedern derselben alle ihre Kirchen und Schulen mit allen Rechten und Freiheiten zuzusichern; dann die zweite Frage, ob er versprechen dürfe, den Test-Eid nicht zu verletzen, noch davon zu dispensiren.

Bossuet bejahte beide Fragen. Er legte sein Gutachten dem Könige Ludwig XIV. vor. Dieser hieß es gut. Es ist nicht anzu-

---

[1]) Das Schreiben als Note bei Macaulay in Ch. XX.

[2]) Die Schreiben in Macpherson's Original Papers. Vol. I, p. 443.

nehmen, daß diese Zustimmung ihm schwer geworden sei. Bossuet legte es den Doctoren der Sorbonne vor. Auch diese billigten. Bossuet war bereit es dem Urtheile des päpstlichen Stuhles zu unterwerfen. Er und Melford sendeten es an den Cardinal Janson=Fourbin in Rom zur Ueberreichung [1]).

Es ist nicht im mindesten zu zweifeln, daß auch Innocenz XII., wenn er eine Antwort gegeben, zugestimmt hätte. Ob er eine Antwort geben konnte, wird sich später zeigen. — Denn in den Grundzügen kam das Gutachten von Bossuet überein mit allen den Vorstellungen und Warnungen, welche Jacob II. auf dem englischen Throne so vielfach von Wien und Rom empfangen. Eben diesen Vorstellungen und Warnungen hatte aber damals entgegen gearbeitet die französische Politik, welche nun, im Jahre 1693, dieses Gutachten von Bossuet dem Könige Jacob anempfahl.

Und darin lag zugleich der wunde Punct des Gutachtens selbst. Es ist abgefaßt wie eine Antwort auf die Fragen eines Königs, der seine Regierung anzutreten hat. Wenn daher Bossuet dies Gutachten abgefaßt hätte im Februar 1685, oder doch vor dem November 1685: so hätte er sich dadurch um die Dynastie Stuart ein großes Verdienst erwerben können. Denn dann hätte Jacob II. seine Regierung eingerichtet oder doch einrichten können gemäß dem Rathe des Bischofs. Nun hatte aber Jacob thatsächlich regiert und zwar anders, nicht entsprechend dem Gutachten des Bischofs Bossuet. Die eigentliche und wesentliche Frage für den König Jacob im Jahre 1693 war daher nicht die, ob er Gewissens halber regieren könne als Beschützer der Hochkirche von England und gemäß der Test=Acte, sondern ob für ihn, nachdem er seinen beim Antritte der Regierung gegebenen Verheißungen und den Gesetzen von England so vielfach zuwider gehandelt, sich nun die Form einer neuen Declaration finden ließ, welche, ohne die Vergangenheit Jacobs geradezu zu verurtheilen, ihm ein Einlenken auf eine neue Bahn möglich machte. Dieser Punct, der allein praktische, aber auch der schwierigste, ward in dem Gutachten von Bossuet nicht einmal gestreift. Indem dagegen Bossuet die beiden ihm gestellten Fragen, welche Jacob durch seine Regierung thatsächlich verneint hatte,

---

[1]) Mazure t. IV, p. 133 et suiv.

theoretisch bejahete, sprach das Gutachten mittelbar über jene thatsächliche Regierung Jacobs II. ein entschiedenes Verwerfungs-Urtheil.

Das Gutachten von Bossuet, sagen wir, stimmt im wesentlichen überein mit den Vorstellungen und Mahnungen, die von 1685 bis 1688 von Wien und Rom an den König Jacob auf dem Throne gelangen. Es ist jedoch darin auch ein fremdartiger Gedanke. Bossuet verweist auf das Beispiel der Könige von Frankreich, welche durch den Erlaß des Edictes von Nantes, unbeschadet ihres Gewissens, den Frieden ihres Reiches beabsichtigt haben. Eben so sei auch der König von England berechtigt, um des Friedens seiner Reiche willen den Protestanten größere Rechte zu verleihen als den Katholiken.

Vergaß Bossuet bei der Abfassung dieses Gutachtens, daß Ludwig XIV. dieses Edict von Nantes kraft seines absoluten Willens aufgehoben hatte? —

Es liegt in den Worten von Bossuet nicht eine Mahnung an Jacob, daß er, wie dem Beispiele Heinrichs IV. in dem Erlassen des Edictes von Nantes, so auch dem Beispiele Ludwigs XIV. in dem Aufheben desselben folgen dürfe. Eben so wenig aber liegt darin ein Vorwurf für Ludwig XIV., daß er dies gethan. Denn ausdrücklich meldet Bossuet an den Cardinal Janson-Fourbin, daß Ludwig XIV. das Gutachten gebilligt.

Der Gedanke, der in dem Gutachten Bossuets höchstens gestreift wird — wenn nämlich die Erwähnung des Edictes von Nantes nicht lediglich einer Unvorsichtigkeit beizumessen ist — tritt klarer und bestimmter hervor in dem Schreiben, mit welchem der Staats-Secretär Melford das Gutachten an den Cardinal Janson-Fourbin begleitete. Melfords Gedanken fassen sich zusammen in die Worte: „Kurz diese Declaration hat nur den Zweck des Wieder-Eintrittes in das Reich, und man kann über die Angelegenheiten der Katholiken von England besser reden in Whitehall als in St. Germain" [1]).

Es findet sich in der Biographie Jacobs die Bemerkung, daß auf das Gutachten Bossuets von Rom aus keine Antwort erfolgt sei, weder für noch wider [2]). Zur Aufklärung dieses Schweigens dürfte

[1]) Mazure t. IV, p. 147.

[2]) The life of James. Vol. II. p. 510: to which no reply was made, either pro or con.

jener Schlußsatz im Schreiben von Lord Melford, die Ankündigung der Absicht des Wortbruchs, durchaus genügen.

Den Daten gemäß, scheint das Gutachten von Bossuet bei dem Könige Jacob den Ausschlag gegeben, seine Bedenken wenigstens in so weit beschwichtigt zu haben, daß er ihnen keinen offenen Ausdruck mehr gab. Denn jenes Gutachten ist datirt zu Meaux, am 22. Mai 1693 (N. St.). In der Nacht vom 31. Mai auf den 1. Juni (N. St.) fand man die Declaration zu vielen tausenden von Exemplaren in den Straßen von London ausgestreut [1]).

Jene Worte Melfords enthalten nicht den unwidersprechlichen Beweis, daß sie die Gedanken Jacobs ausprägen. Die Möglichkeit bleibt offen, daß Melford darin nur seine persönliche Meinung vorgetragen. Wie dem immer sei, in dem Erlasse der Declaration, die den Namen des Königs Jacob trug, handelte er selbst. Er that es auch da noch mit innerem Widerstreben. Er suchte sich vor sich selber zu entschuldigen. „Der König fühlte, sagt er über sich selbst, daß manche seiner Freunde wegen seines Nachgebens auf so harte Forderungen ihn tadeln würden. Auch war es nicht zu verwundern, wenn diejenigen, welche seine wahre Lage nicht kannten, an jenen Zusagen ein Aergerniß nahmen. Aber es blieb ihm, nach allem, nichts Anderes zu thun übrig. Denn, da die eigentlichen Jacobiten nicht zu beginnen wagten, konnten nur diejenigen Personen, die ihn zu der Declaration aufgefordert, das Werk vollbringen." Dann deutet er den moralischen Druck an, welchen zu dem Zwecke des Erlassens der Declaration Frankreich auf ihn ausgeübt [2]).

Dies letztere ist das Wesen der Sache, nicht jene Aussicht, welche die Partei Middletons ihm gemacht. Immerhin hatte diese Partei die günstige Aussicht sehr nachdrücklich betont: eine Bürgschaft des Gelingens lag nicht in diesen Verheißungen, sondern nur die Möglichkeit. Für diese Möglichkeit drückte die französische Politik so lange auf Jacob II., bis er, wie einst seine Kronen, nun auch seine persönliche Reputation ihr zum Opfer brachte. Die Declaration schloß mit dem stärksten Ausdrucke der Betheuerung, der in dieser Sache möglich war.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 2. Juni: Vorgestern in der Nacht u. s. w.
[2]) The life of James. Vol. II, p. 505.

„Möge Gott uns, sagte sie, Erfolg geben in der Wiedererlangung unseres Rechtes in demselben Maße, wie wir aufrichtig die Befestigung der Freiheiten unseres Volkes beabsichtigen!" Wenn demnach der Declaration kein Erfolg lachte: so hatte Jacob sich durch sie selber das Urtheil gesprochen.

Wir ersehen den Erfolg aus dem Berichte Hoffmanns in London. „Das ist nun, meldet er, das dritte Manifest des Königs Jacob. Er hat es erlassen zu Anfang des Feldzuges, wo Frankreich seine größten Kraftäußerungen zu thun pflegt." Dann zergliedert Hoffmann die Declaration. „Man beobachtet hier, fährt er fort, daß der König Jacob in diesen Declarationen sich verändert, daß er, je länger, desto mehr verspricht. Die englische Nation hält das für sehr verdächtig" [1]).

Das war die ganze Wirkung der Declaration. Von allem was die Partei verheißen, die sich Middleton zum Sprecher erkoren, erfolgte nichts. Der König Jacob II. hatte seine persönliche Reputation zum Opfer gebracht, dadurch bei Freunden viel verloren, bei Feinden nichts gewonnen, vielmehr nach allen Seiten eine moralische Niederlage davon getragen. Ludwig XIV. hatte wieder einmal, und zwar ganz ähnlich wie im December 1688, durch seinen Druck auf Jacob, gearbeitet zu Gunsten des Oraniers.

Gleichzeitig mit diesem Versuche in England gegen den König Wilhelm III. lief ein anderer französischer Plan in der Republik Holland.

Wir erinnern uns der Ansicht, welche im Beginn des Krieges der Venetianer Venier als Botschafter in Paris aus seiner Kenntnis der Tendenz der Politik dort in Bezug auf die Republik Holland ausgesprochen (Band V, S. 81). Diese Tendenz, mehrere Jahre lang ohne sichtlichen Erfolg, schien 1693 auf einen solchen hoffen zu dürfen.

Den Anlaß dazu hatte gegeben Simon van Halewyn, Bürgermeister von Dortrecht. Im August 1692, einige Tage nach der Schlacht von Steenkerken, hatte er sich nach der Schweiz begeben, um bei dem französischen Gesandten dort, Amelot de la Houssaye, sich zu erkundigen über die Friedensbedingungen, die Frankreich stellen

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 2. Juni.

würde [1]). Die Beiden kamen zusammen in Solothurn. Amelot erwiederte, daß er in Versailles anfragen werde. Sie verabredeten dann die fernere Correspondenz. Im Januar 1693 erschien bei Halewyn ein Maler, der sich Roberti nannte, und dann sich als ein französischer Abgesandter du Plessis zu erkennen gab. Er hatte keine Eröffnungen über die französischen Bedingungen zu machen, sondern die etwaigen holländischen zu erforschen. Dies stimmte nicht zu der Verabredung zwischen Halewyn und Amelot. Dennoch ward die Verbindung nicht abgebrochen, sondern enger gezogen. Der Plan, wie Plessis ihn am 19. Februar 1693 nach Versailles kund gab, hatte sich bis dahin so gestaltet, daß man zunächst die Gemüther in der Republik für den Frieden gewinnen müsse. Dies werde geschehen durch die Darlegung der übelen Folgen des Krieges für die gesammte Republik und für jede Provinz insbesondere. Eine solche Darlegung müsse ausgehen von Männern von Gewicht und Ansehen, etwa von dem Bürgermeister Halewyn und seinem älteren Bruder, einem Mitgliede der Regierung, und wiederum so, daß die Stadt Dortrecht, welche man durch den Anhang der Brüder Halewyn dort völlig gewinnen könne, es auf sich nehme sie zu decken. Der Plan ging weiter dahin, daß nachdem der König von Frankreich durch den Plessis, der sich in Holland Roberti nannte, seine Bedingungen für den Frieden kund gethan, die Stadt Dortrecht durch ihren Vertreter in den Ständen von Holland den Antrag stellen solle auf dieselben einzugehen. Demnach zielte der Plan ab auf einen Separat-Frieden der Republik mit Frankreich.

Im Anfange März 1693 wurde im Haag ein Verdacht rege, nicht zunächst in Betreff jenes Planes von Halewyn und du Plessis, sondern anderer, weiter gehender Absichten. „Seit zehn Tagen, meldet der Graf Windischgrätz am 7./17. März, sind die sämmtlichen Mitglieder der Regierung und des Staatsrathes mit besonderen Angelegenheiten so beschäftigt, daß sie täglich zweimal Sitzung halten bis

[1]) Das Urtheil Halewyns bei Sylvius t. IV, b. 36, p. 74. Ich bemerke jedoch, daß der berichtende Theil desselben für die Kenntnis der Sache nicht ausreicht. Wagenaar im Buche LXXII, § 23 hat auch andere Nachrichten benutzt. Indessen erst die Berichte des Grafen Windischgrätz haben mich die Bedeutung der Sache erkennen lassen.

tief in die Nacht. Bereits sind mehr als hundert Personen verhaftet, namentlich viele sogenannte Refugiés. Alle Posten sind angehalten worden, die Briefe entnommen. Man hat dann gefunden, daß ein Bogen Papier mit Chiffre-Schrift beschrieben, in fünfzehn bis sechszehn Streifen zerschnitten und die Streifen einzeln in Briefe vertheilt waren. Die Streifen sind an einander gelegt, der Inhalt entziffert." Dieser Inhalt wurde geheim gehalten. Es verlauteten bei den Gesandten Gerüchte über einen beabsichtigten Verrath der Stadt Hertogenbosch, über einen Mordplan gegen den König zu Loo[1]).

Diese Dinge kommen in dem späteren Prozesse des Simon van Halewyn nicht vor. Die Motive des Urtheiles über ihn, wie das Ganze veröffentlicht ist, betreffen seine Verbindung mit Amelot, dann mit du Plessis, die Verabredungen mit demselben zum Zwecke eines Separat-Friedens der Republik mit Frankreich, demnach zum Bruche der großen Allianz: sie lassen nichts ersehen von direct verrätherischen Absichten oder von Mordplanen. Demnach ergibt sich, daß zwei von einander ganz verschiedene Gewebe in der Republik damals gesponnen wurden. Jene Verhaftungen im März, die Aussagen der Verhafteten führten nicht auf Simon van Halewyn. Er blieb Wochen lang unbehelligt. Aber im Haag wurden alle Franzosen für verdächtig gehalten, die im Gasthofe zum Könige von Spanien verkehrt hatten. Darunter war auch du Plessis. Halewyn erfuhr es in Amsterdam. Er suchte den du Plessis durch ein verstelltes Schreiben ohne Namen zu warnen. Es war zu spät. Du Plessis war bereits verhaftet. Seine Aussagen und das Schreiben des Bürgermeisters Halewyn an ihn, verwickelten diesen selber mit. Im Anfange Mai verlautete von Munde zu Munde bei den Gesandten die überraschende Nachricht, daß Simon van Halewyn verhaftet sei, und noch mehr die andere, daß sein älterer Bruder im Hause bewacht werde. Den Eindruck dieser Nachricht zeigt der Bericht des kaiserlichen Botschafters, vom 5. Mai. Derselbe lautet wie folgt.

„Ich habe vor einigen Wochen gemeldet, daß hier sehr viele Refugiés und andere verdächtige Personen verhaftet, und daß diese Angelegenheit, wider den Brauch hier zu Lande, verhandelt werde in

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 17. März.

tiefster Stille. Am vergangenen Samstag nun ist etwas sehr Unerwartetes geschehen. Eins der vornehmsten Mitglieder der Generalstaaten aus der Provinz Holland ist in seinem Hause arretirt. Es ist eine Persönlichkeit, welche wir fremde Gesandte hier benannt haben den großen Halewyn. Denn, in der That, einen fähigeren Kopf wüßte ich in allen diesen Provinzen hier nicht zu finden. Man hat seine Papiere versiegelt, ihn von Frau und Tochter getrennt, und ihm eine beständige Wache ins Zimmer gesetzt. Sein Bruder, Bürgermeister der alten, in Holland zuerst votirenden Stadt Dortrecht, ist verhaftet und in die Castellerie gebracht, ein öffentliches Gefängnis. Es ist moralisch unmöglich, in dieser Weise gegen solche Persönlichkeiten hier vorzugehen, wenn nicht klare Beweise eines Verbrechens vorliegen. Jener ältere Bruder aber ist der ungleich bedeutendere. Er ist einer von den vier Männern, welche im Jahre 1688 vor der Expedition des damaligen Prinzen von Oranien im Geheimnisse der Sache waren, und mit Rath und That für dieselbe arbeiteten. Sein Wort galt hier wie dasjenige eines Orakels. Es hätte wenig gefehlt, so wäre er als Rathspensionär dem jetzigen, Heinsius, vorgezogen. In allen Unterredungen, die ich vielfach mit ihm gehalten, habe ich an ihm stets den größten Eifer für das Gemeinwohl und den schärfsten Haß wider Frankreich wahrgenommen. Kein Mitglied der Generalstaaten, sondern lediglich der Rathspensionär Heinsius kennt die genaueren Umstände des Verbrechens. Nur so viel steht fest, daß die Aussagen der vornehmsten unter den gefangenen Franzosen die Schritte gegen die Brüder Halewyn veranlaßt haben; denn sofort nach dem Verhöre von Roberti ist man gegen sie vorgegangen. Die Verwunderung, die Bestürzung hier ist allgemein. Sollte die Schuld Halewyns erwiesen werden: so ist das ein ungemeiner Nachtheil für die Sache der Allianz."

Der Knoten der Angelegenheit wurde verwickelter durch die Einmischung der Stadt Dortrecht. Die Brüder Halewyn waren Bürger dieser Stadt, waren von ihr als Deputirte entsendet in die Generalstaaten und den Staatsrath. Demnach stellte die Stadt in der Versammlung der Stände von Holland die Forderung, daß die Brüder Halewyn ihr ausgeliefert, und die Anklage erhoben würde vor den Gerichten von Dortrecht. Gegen diese Forderung stand der Einwand, daß in Anklagen auf Hoch- und Landesverrath nur das Hofgericht

im Haag zu erkennen habe. Der Rathspensionär Heinsius getraute sich nicht mehr vorzugehen, weder in Betreff des Competenz-Conflictes, noch der Hauptsache selbst. Er bat dringend den König seinen Aufenthalt in Loo abzukürzen. Um Mitternacht des 12. Mai traf Wilhelm III. im Haag ein[1]).

Daß eine Verbindung der Brüder Halewyn mit jenen abenteuerlichen Planen einiger Refugiés nicht bestand, scheint sehr bald sich herausgestellt zu haben. Dagegen haftete die Anklage, wenigstens gegen Simon van Halewyn, auf Umtriebe zum Zwecke eines Separat-Friedens. Und diese Umtriebe von einer leichten Seite zu nehmen war am wenigsten geneigt der König Wilhelm III.

Die Stände von Holland waren einberufen. Wilhelm III. als Erbstatthalter begab sich in die Versammlung. Zuerst ward der Eid des Geheimnisses abgenommen, dann die Anklagepuncte vorgelegt. Sie betrafen jene Umtriebe zum Zwecke eines Separat-Friedens mit Frankreich, demnach die Absicht des Bruches der großen Allianz, und zugleich die andere der Entfernung oder Absetzung des Königs von der Erbstatthalterschaft. Die Verhandlungen begannen am Morgen. Sie wurden fortgesetzt am Nachmittage bis tief in die Nacht. Als der nachdrücklichste Redner trat auf der Oranier selbst, welcher zwei Stunden hindurch seinen Landsleuten ausführlich seine Position darlegte. „Ihr Alle wißt, sagte er unter anderen, welches unbändige Pferd ich zu reiten habe. Daß ich dasselbe in meiner Macht halte, dazu trägt zu einem bedeutenden Theile bei die Erkenntnis der Engländer, daß ich in der Republik wohl gelitten bin. Diese Erkenntnis hält sie von Versuchen der Neuerung zurück. Wenn ich aber hier die Statthalterschaft aufgäbe, oder gar wenn sie mir genommen würde: so würde es auch in England bald um mich geschehen sein." Seine Rede war eindringlich, nachdrücklich. Die Stände waren auf's tiefste bewegt. Es erfolgte der Beschluß, daß der Prozeß gegen Halewyn nicht vor dem Gerichte der Stadt Dortrecht, sondern vor dem Hofgerichte im Haag anzustellen sei. Die principielle Frage, ob die Anklage gegen Simon van Halewyn auf Hoch- und Landesverrath anzustellen sei, war damit bejaht.

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 19. Mai.

Der Erbstatthalter ließ darauf die Mitglieder des Hofgerichtes in die Versammlung der Stände laden. Er hob hervor, daß Umtriebe solcher Art bei den verbündeten Mächten einen Argwohn gegen die aufrichtige und ehrliche Gesinnung der Republik hervorrufen müßten, wenn nicht durch einen schleunigen und scharfen richterlichen Spruch jeglicher Grund hinweggenommen würde. Denn die Art und Weise des Friedens von Nymegen sei bei den verbündeten Mächten noch nicht vergessen [1]).

Die Sache ward nach wie vor im tiefsten Geheimnisse gehalten. Der Graf Windischgrätz hob jedoch bei dem Könige und bei Heinsius hervor, daß gegenüber den unvermeidlichen Gerüchten eine zuverlässige Mittheilung zu wünschen sei. Im Namen der Generalstaaten erschien darauf der Herr van Duivenwoorde im Congresse, und eröffnete, mit Vorbehalt der gerichtlichen Entscheidung, den Stand der Thatsachen. Man erfuhr daraus, daß gegen den älteren Bruder Halewyn eine directe Anschuldigung nicht vorliege, daß der Verdacht gegen ihn sich gründe lediglich auf die notorische moralische Abhängigkeit des jüngeren Bruders von dem ungleich begabteren älteren. Dieser letztere hatte daher nur Hausarrest. Der jüngere dagegen ward aus der Castellerie in ein anderes Gefängnis gebracht, dasjenige der Vorpforte des Hofes von Holland [2]). Dies war wie einundzwanzig Jahre zuvor bei Cornelius de Witt, damals auch Bürgermeister von Dortrecht, nach außen hin das Zeichen, daß, zum Zwecke der Entdeckung von Mitschuldigen, dem Angeklagten die Folter in Aussicht stehe. Ob und wie immer dies geschehen sein mag: die Mitglieder der Generalstaaten, indem sie im Congresse der Gesandten wiederholt betheuerten, daß es nie die Absicht der Republik sein werde, sich von der gemeinen Sache abzusondern, sprachen zugleich ihre Genugthuung aus, daß ungeachtet aller Bemühungen um die Entdeckung sich weitere Mitschuldige nicht ergäben [3]).

---

[1]) Anlage I. — Nach Sylvius t. IV, b. 35, p. 59, haben die Verhandlungen statt gefunden am 14. und 15. Mai, und zwar am ersten Tage bis 3 Uhr Nachmittags, am zweiten sei der König erst um 6 Uhr Abends in die Versammlung gekommen.

[2]) De Voorpoorte van den Hove van Holland.

[3]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 26. Mai.

Dies wird bestätigt durch das Urtheil des Hofgerichtes, oder wie der officielle Titel lautet, des Hofes von Holland, Seeland und Friesland, über Simon van Halewyn, gefällt am 31. Juli 1693. Dasselbe beginnt mit der Darlegung der Eingeständnisse, welche der Angeklagte gemacht, ohne Tortur und eiserne Fesseln[1]). Auch in dieser Schlußvernehmung blieb Halewyn bei dem Grundsatze seiner Vertheidigung, daß er durch die Bemühungen um einen guten Frieden nichts wider den Staat verbrochen habe. In dem Eifer seiner Rede entfielen ihm die Worte, daß er lieber todt sein wolle als ferner zusehen, daß die Menschen hier Gut und Blut hingäben für das Spiel des Königs von England[2]). Es ergab sich, daß der Unterhändler du Plessis im Namen des Königs von Frankreich wiederholt dem Angeklagten erhebliche Summen angeboten hatte, nicht jedoch, daß dieser sie genommen. Das Urtheil gegen Simon van Halewyn lautete auf lebenslängliche Haft und Confiscation seines Vermögens; dasjenige gegen du Plessis auf Gefängnis für die Dauer des Krieges. Das Verfahren gegen den älteren Bruder, Cornelius Teerestein, den Windischgrätz den großen Halewyn genannt, endete mit der Aufhebung des Arrestes.

Wir sind, in der Verfolgung der Halewyn'schen Angelegenheit, den Ereignissen zuvor geeilt.

Nachdem der König Wilhelm III. in der Versammlung der Stände von Holland jenen Beschluß erwirkt, daß die Umtriebe Simons van Halewyn die Anklage auf Hoch- und Landesverrath begründeten, brach er auf, um sich zu der Armee zu begeben. Noch einmal vor der Abreise erneute der Graf Windischgrätz im Auftrage des Kaisers bei dem Könige die Bitte um eine offensive Kriegführung. Die Antwort lautete wie zuvor: die Ueberlegenheit des Feindes sei zu groß. „Es ist mir betrübend das zu melden," fügt der Botschafter seinem Berichte hinzu[3]).

Am 15. Mai brach Ludwig XIV. von Versailles auf, mit großem Gefolge, darunter vielen Damen. Er begab sich zunächst nach

[1]) Buiten pyne en banden van yzere. Das Urtheil bei Sylvius t. IV, b. 36, p. 74.

[2]) Om dobbedob en fanfare voor den Koning van England te spelen.

[3]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 19. Mai.

Compiegne. Dort verkündete er am Morgen des 20. Mai bei seinem Lever: er habe dem Marschall Lorge Befehl gegeben die Stadt Heidelberg am Neckar zu nehmen, dem Marschall Noailles die Stadt Roses in Catalonien zu belagern. Den Plan, der ihn nach Flandern führe, werde man bald vernehmen. Am 25. traf er ein in der Festung Le Quesnoy, und verweilte dort einige Zeit [1]).

Während derselben erhielt er die Nachricht der Vollstreckung seines Befehles gegen Heidelberg am Neckar.

Am 7./17. Mai 1693 überschritt die französische Armee unter dem Marschall de Lorge bei Philippsburg den Rhein. Schon vorher war am rechten Rheinufer die Kunde verbreitet, daß die Absicht gerichtet sei auf Heidelberg. Der Markgraf Ludwig von Baden, der auf deutscher Seite den Oberbefehl führte, hatte als Sammelplatz seiner Truppen ausgeschrieben Gartach bei Heilbronn. Nach der im Reiche damals herkömmlichen Weise der Langsamkeit waren indessen die Truppen noch nicht vollzählig. Da demnach der Entsatz sich verzögern mußte, hatte der Markgraf bereits im voraus den Commandanten Heidersdorf in Heidelberg aufgefordert zur nachdrücklichsten Vertheidigung [2]). Nicht diese erfolgte, sondern in aller Beziehung das Gegentheil.

Bereits am Abend des 9./19. Mai langte de Lorge vor Heidelberg an. Am anderen Tage besetzte er den Königstuhl oberhalb Heidelberg, und machte Anstalten wie zu einer Belagerung. Es bedurfte derselben nicht. Die Maßregeln des Commandanten lassen die Wahl zwischen der Berückung seiner Sinne und seines Verstandes durch eine fast unglaubliche Feigheit, oder Verrath. Am 11./21. Mai ward die Stadt Heidelberg von de Lorge genommen, ohne daß vorher ein Laufgraben eröffnet, eine Batterie aufgeworfen, oder auch nur ein Kanonenschuß gegen den Wall oder die Werke abgefeuert war. Angenommen, wie es wahrscheinlicher ist, daß Heidersdorf die Stadt für Geld verrathen: so ging doch sein Verbrechen noch über diesen Verrath weit hinaus. Er spielte den Franzosen durch seine Anstalten die Stadt

---

1) Sylvius t. IV, b. 35, p. 57.

2) Das Schreiben, so wie überhaupt ein eingehender Bericht des Verlaufes im Theatrum Europaeum, Theil XIII. S. 448 u. f.

mühelos in die Hände, ohne dabei durch irgend welche Capitulation auch nur die geringste Fürsorge zu tragen für das Leben, die Ehre, das Eigenthum der Besatzung wie der unglücklichen Bewohner. Demnach wurden diese behandelt, gleich als sei die Stadt, deren Einnahme den Franzosen kaum einen Mann gekostet, mit Sturm erobert.

Tausende indessen hatten sich in das Schloß hinauf geflüchtet. Für diese Unglücklichen ward eine Capitulation erlangt, freilich in so wenig bestimmter Form, daß sie für die Armen weder Obdach noch Nahrung anwies. Am Abende des 13./23. Mai stiegen die Besatzung wie die flüchtigen Bürger mit den Frauen und Kindern, die oben Zuflucht gesucht, aus dem damals noch prächtigen Schlosse hernieder. In der Stadt durften sie nicht weilen. Sie mußten hinaus, weiter fort in die Nacht hinein.

Heidersdorf besaß den Muth — wenn dies der richtige Ausdruck ist — sich nach Heilbronn ins Hauptquartier zu begeben. Er ward dort sofort in Arrest genommen. Das Kriegsgericht trat zusammen. Es verurtheilte ihn zur infamen Cassation und dann zum Tode. Die erstere Strafe wurde ausgeführt in allen Formen, welche die Unwürdigkeit des Individuums zur Schau stellten. Aber es waren Fürbitten um sein Leben eingekommen. In dem Momente, als der Henker mit dem Schwerte bereit stand, erfolgte die Begnadigung zum Leben, mit Landesverweisung. Er ward noch gebunden auf den Schinderkarren gesetzt, auf welchem er zuvor an der Fronte seines bisher eigenen Regimentes hinab gefahren war, und über den Neckarstrom geführt. Dort löste der Henker die Bande und ließ ihn gehen. „Er legte sich unter einen Baum, sagt der Bericht, und stieß ein erbärmliches Geschrei aus, das weithin gehört wurde. Hernach hat man nichts wieder von ihm vernommen" [1]).

Wir erinnern uns, daß bei der Brandlegung von 1689 die Stadt Heidelberg nicht zerstört, sondern durch die Connivenz des Generals Tessé fast ganz erhalten war. Das damals Unterlassene wurde im Mai 1693 nachgeholt. De Lorge begnügte sich nicht mit der Brandlegung: die Mauern, die Wälle der Stadt wurden niedergerissen. Nachdem der Ott-Heinrichs-Bau des Schlosses ausgebrannt

[1]) Theatrum Europaeum, Theil XIII, S. 433.

war, wurden Thürme und Gewölbe durch Minen aufgesprengt. Als die Franzosen im September des Jahres von dort abzogen, ragten aus dem Trümmermeere der einstigen Stadt noch etwa zwanzig Häuser empor. Ludwig XIV. ließ zum Gedächtnisse der That eine Medaille prägen, auf deren Vorderseite man eine in Ruinen liegende Stadt erblickt, auf der anderen Seite die Worte: Rex dixit et factum est[1]).

Er verkündete von Quesnoy aus am 17./27. Mai den Sieg in üblicher Weise durch ein Schreiben an den Erzbischof von Paris. „Diese Eroberung, heißt es darin, die den Feldzug in so ruhmvoller Weise eröffnet, verschafft mir die Gelegenheit tiefer einzudringen in das Herz des Reiches, und ist zu betrachten wie ein sicheres Vorzeichen von noch günstigeren Erfolgen. Dies verpflichtet mich Gott zu danken für den Schutz, den er mir verleiht und ihn zu bitten, seine Gunst für mich zu häufen, damit ich meinen Unterthanen einen beständigen Frieden verleihen kann als den ruhmwürdigen Preis meiner Mühen. Deshalb befehle ich in der Kathedrale von Paris das Tedeum zu singen"[2]).

Nach der Ansicht im Haag war die Unternehmung gegen Heidelberg mehr noch als auf die Franzosen berechnet auf die Türken. Man erzählte dort, daß zwei türkische Offiziere sich beim Heere des Marschalls de Lorge befanden, daß sofort ein besonderer, ausführlicher Bericht von Ludwig XIV. nach Constantinopel entsendet sei, damit der Sultan daraus ersehe, wie fest er zu bauen habe auf die Versprechungen des Königs von Frankreich[3]). Heinsius bat den Grafen Windischgrätz, daß man von Wien aus die Türken enttäusche durch genaue Angaben über die strategisch unwichtige Bedeutung von Heidelberg, über die Erbärmlichkeit der statt gefundenen Vertheidigung. Windischgrätz erwiederte, daß jegliche Aussage solcher Art von Wien aus den Türken als verdächtig erscheinen, daß die englischen und holländischen Gesandten darin eher Glauben finden würden[4]). Immerhin mögen diese den Versuch gemacht haben: der Verlauf der Dinge

---

[1]) Theatrum Europaeum. Theil XIII, S. 453. — Wagner: historia Leopoldi. T. II, p. 354.

[2]) Das Schreiben bei Sylvius t. IV, b. 35, p. 55.

[3]) A. a. O.

[4]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 9. Juni.

wird uns zeigen, daß der von Ludwig XIV. gewünschte Eindruck bei den Türken erreicht ward.

Nicht jedoch ging die in dem Schreiben des Königs an den Erzbischof ausgesprochene Hoffnung der weiteren Erfolge in Erfüllung. Denn inzwischen hatte Ludwig von Baden seine Truppen gesammelt. Er hemmte jegliches weitere Vordringen. Er hatte zuvor für die Uebernahme des Befehls am Oberrheine die Bedingung gestellt, daß kein Kurfürst sich beim Heere befinden dürfe. Aber es war die wesentliche Forderung Johann Georgs von Sachsen seine Truppen selbst zu commandiren. Um der Noth des Vaterlandes willen ließ Ludwig von Baden, mit der Zustimmung des Kaisers, jene Bedingung fallen. Darauf hin konnte mit Kursachsen abgeschlossen werden. Die 12.000 Mann rückten heran. Es gelang Ludwig von Baden, nicht bloß jegliches weitere Vordringen des von Belgien her verstärkten Marschalls de Lorge zu hemmen, sondern auch ihn über den Rhein zurück zu manövriren [1]).

Mit dem Falle von Heidelberg war die eine der von Ludwig XIV. bei seinem Lever zu Compiegne gemachten Ankündigungen erfüllt. Die zweite, diejenige der Einnahme von Roses in Catalonien, stand noch aus. Wichtiger war noch die dritte Frage, über die der König nur andeutend sich ausgesprochen, nämlich welche Leistung von seinem eigenen Feldzuge in Belgien zu erwarten stehe. Er hatte seine Unterthanen an den Glauben gewöhnt, daß, wie er darüber sich ausdrückt, es von Seiten der Verbündeten vergeblich war, sich einem Plane zu widersetzen, dessen Ausführung der König selbst in die Hand genommen [2]). Von Seiten der Verbündeten faßte man diesen Gedanken in etwas andere Form. Die Anwesenheit des Königs bei der Armee, sagte man, sei ein Beweis, daß er des Gelingens eines Planes im voraus sich moralisch für sicher halte. — Er hatte im Jahre 1691 seine Absicht auf Mons vorher offen verkündigt. Dagegen hatte er im Jahre 1692 nicht einen bestimmten Plan vorher angegeben. Dennoch hatte er dann Namur gewonnen. Daher stand die Frage, wohin sich im Mai 1693 das Gewitter entladen werde, aller Orten im

---

[1]) Wagner: historia Leopoldi. T. II, p. 253 sqq.

[2]) Oeuvres de Louis XIV, t. IV, p. 391.

Vordergrunde. Man rieth hierhin, dorthin. Ludwig XIV. selber fragte eines Tages einen belgischen Edelmann, in dessen Hause er zu Mittag speiste, was man im oranischen Lager von seiner Absicht sage. Der Wirth erwiederte: so viel er wisse, sei man gefaßt auf eine Belagerung von Charleroi. Der König versetzte mit spöttischem Lachen: Voilà une belle bicoque pour un roi de France! [1])

In den ersten Tagen des Monates Juni verlegte Ludwig XIV. sein Hauptquartier nach Obouce, unweit Mons. Dort hielt er Heerschau über die Armee des Marschalls Luxemburg, der dann weiter nordwärts zog, auf Nivelles zu. Ein bestimmter Plan von französischer Seite war nicht zu entdecken. Nach der Ansicht Vieler war die Absicht gerichtet auf Lüttich. Auf die Bitte des Fürstbischofs Johann Ludwig ward die Besatzung dieser Stadt rasch mit 20.000 Mann verstärkt. Er sprach in einem Schreiben an den Kurfürsten von Brandenburg mit seinem Danke die Ansicht aus, daß ohne den schleunigen Einzug dieser Truppen die Krone Frankreich, wie er sich ausdrückt, ihren Anschlag auf die Stadt unfehlbar ausgeführt haben würde [2]). — Dies war die Ansicht vieler Zeitgenossen.

Dennoch scheint es, daß ein anderer sehr wichtiger, wenn nicht der hauptsächliche Plan Ludwigs XIV. bei diesem Feldzuge nicht dort, sondern weiter westwärts gelegen habe.

Am 2. Juni berichtete Dykvelt an Heinsius, daß man zu Dendermonde eine Verschwörung entdeckt, angezettelt zu Gunsten einer Ueberrumpelung der Stadt durch die Franzosen [3]). Der Plan erscheint als eine Abzweigung eines größeren. Dieser bezweckte, daß die französische Armee unter Luxemburg sich der Stadt Brüssel bemächtigen, und von dort aus, im Rücken der verbündeten Armee, 20.000 Mann rasch auf Breda und Hertogenbosch marschiren lassen solle, die als Stütze dienen würden für die Erhebung der Unzufriedenen in Holland. Es ward dabei gerechnet namentlich auf die Stadt Rotterdam. Der mangelhafte Zustand der Werke von Hertogenbosch war auch in den Correspondenzen, die man im März der Post entnommen, vielfach erörtert. Mithin gehörte dies damals im Haag aufgedeckte Complot,

---

1) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 16. Juni.
2) Das Schreiben bei Sylvius t. IV, b. 35, p. 59.
3) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 3. Juni.

eben so wie dasjenige von Dendermonde, auch zu demselben umfassenden Gewebe. Der Rathspensionär, und zwar, wie es scheint, er ganz allein, besaß die Kunde der gesammten Plane. Er legte dem Grafen Windischgrätz die Documente vor, aus denen sich ergab, daß Ludwig XIV. und Croissy um diese Plane wußten und sie billigten, demnach Antheil daran hatten. Der Gesandte erwiederte, daß auch in Köln ein verdächtiger Fall vorgekommen. Dort habe der kaiserliche Gesandte, Graf Schelhart, eine Persönlichkeit verhaften lassen, die wöchentlich Briefe aus Frankreich empfange, unter der Adresse Graf Syburg, Baron de Borches. „Bei diesen Worten, meldet Windischgrätz, gerieth der Rathspensionär in einen Zustand der Aufregung, wie ich bei ihm nie gesehen. Er flehte mich um Gottes willen an dafür zu sorgen, daß dieser Kerl festgehalten werde; denn er sei einer der großen Spione im Dienste des Königs von Frankreich, und betreibe gegen den König von England und die Republik die allergefährlichsten, ja unaussprechliche Dinge.“ Auf das dringende Bitten von Heinsius entsendete Windischgrätz sofort einen Courier nach Köln. Es bedurfte dessen kaum. Auch dort hatte der Verdacht gegen jenes Individuum sich gesteigert. Bei weiterer Nachforschung erfand sich, daß er, ein geborener Römer, Namens Borghese, lange Jahre als Sprachlehrer in Rotterdam seßhaft, dann vermöge seiner besonderen äußeren Gewandtheit als politischer Agent tauglich befunden, durch den Grafen Clairant, Hauptmann im Dienste des Königs Jacob, mit Versailles in Verbindung getreten war. Heinsius behandelte die Sache im tiefsten Geheimnis. Er hoffte damals durch den Borghese den Grafen Clairant aus Frankreich herauszulocken, demgemäß ein Gewebe von ähnlicher Art aufzudecken, wie im Jahre zuvor dasjenige des Grandval [1]).

Es bedarf nicht eines weiteren Eingehens auf die Einzelnheiten von Planen, die durch die Wachsamkeit des Rathspensionärs im Werden erstickt waren. Nur diese letztere Thatsache selbst war geschichtlich klar zu stellen.

Ludwig XIV. ging noch weiter mit der Armee bis Gembloux. War sein eigentlicher Plan auf Lüttich gerichtet, so war inzwischen die Stadt so stark besetzt, daß ein Erfolg sehr schwer erscheinen mußte.

---

[1]) Die Berichte des Grafen Windischgrätz im Juni 1693.

Lag dagegen sein eigentlicher Plan weiter nordwestlich, so mochte das Ausbleiben der Nachrichten von seinen Agenten her es ihm wahrscheinlich machen, daß die Fäden des Gewebes dort zerrissen seien. Jeder weitere Tag, der verfloß, steigerte diese Wahrscheinlichkeit. Seine Rede vom 20. Mai zu Compiegne, die nicht geheim bleiben sollte, hatte in Frankreich, in Europa, die allgemeine Erwartung gespannt auf einen großen Plan. Es waren seitdem noch nicht drei Wochen verflossen, als er am 8. Juni im Lager von Gembloux den Marschall Luxemburg vor sich beschied und ihm ankündigte, daß er beschlossen habe nach Versailles zurückzukehren, den Dauphin dagegen mit einem starken Detachement nach Deutschland zu dem Marschall de Lorge zu senden.

St. Simon hat diesen Vorgang mit lebhaften Farben ausgemalt. Für seine Glaubwürdigkeit dabei scheint zu sprechen seine Anwesenheit im Lager von Gembloux. Dennoch sah er nur manche äußere Dinge, und auch diese nicht im richtigen Lichte. Er sagt, daß jede der beiden französischen Armeen für sich derjenigen der Verbündeten überlegen gewesen, daß Wilhelm III. im Lager des Parkes bei Löven sich für verloren gehalten, wenn nicht ein Wunder ihn rette, daß der Marschall Luxemburg knieend den König angefleht, diese günstige Gelegenheit nicht aus der Hand zu lassen, wo er mit der einen französischen Armee den Prinzen von Oranien schlagen, mit der anderen seinen Siegeszug durch die Niederlande halten könne[1]).

Diese Behauptungen sind schwer haltbar. Wenn sogar die geringere der beiden französischen Armeen, wie St. Simon sagt, der verbündeten überlegen war: so verblieb diese Ueberlegenheit beider zusammen auch nach der Entsendung eines noch so starken Detachements, demnach auch die Chance des Sieges im Falle des Angriffs. Auch ist nicht anzunehmen, daß in den Augen von Luxemburg diese Chance sich verringerte durch die Abreise der beiden königlichen Personen. Wenn demnach die Aussicht eine so überaus günstige war: so lag es doch nur an dem Marschall Luxemburg, sich den Befehl des Königs zum Schlagen zu erbitten auch ohne seine Anwesenheit, oder auch nach der Abreise des Königs als Feldherr nach eigenem Ermessen nun sofort

---

[1]) Mémoires de St. Simon. t. I, p. 53 et suiv.

die Gunst der Lage auszunützen. Nicht das ist geschehen. Der Marschall Luxemburg hat mit seinem Angriffe vielmehr noch eine Reihe von Wochen gewartet, und zwar bis dahin, daß Wilhelm III. seine Armee durch starke Entsendungen geschwächt hatte. Demnach ist es undenkbar, daß der Marschall Luxemburg am 8. Juni 1693 dem Könige die Dinge so vorgestellt haben kann, wie St. Simon berichtet.

In wie weit die Bitten und Briefe der Frau von Maintenon auf den Entschluß Ludwigs XIV. Einfluß gehabt haben, wie St. Simon sagt, entzieht sich der Beobachtung.

Wir haben dagegen das für den König Ludwig XIV. wichtigste Gebiet ins Auge zu fassen, dasjenige seiner wahren oder vermeintlichen eigenen Leistung. Und zwar fallen dabei seine eigenen Worte ins Gewicht, diejenigen von Compiegne, verglichen mit denjenigen zu Gembloux am 8. Juni. Auf diese letzteren Worte kommt es zunächst an. Nach den Unterredungen von Windischgrätz und Heinsius hat Ludwig XIV. seine Absicht der Rückkehr nach Versailles in Gembloux kund gethan mit den Worten: sein wohl ausgedachter Plan müsse durch Verräther kund gemacht sein, sonst hätte er unmöglich fehlschlagen können [1]).

Diese Worte enthalten den Schlüssel zu dem Verhalten des Königs. In Compiegne hatte er mit fester Zuversicht gehofft auf die Ausführung seines Planes, sei es daß dieser die Einnahme von Lüttich bezweckte, oder die völlige Niederwerfung der Republik, dadurch daß das Herannahen seiner Streitkräfte die Stütze bot für das Hervorbrechen einer Kette von Verschwörungen in den einzelnen Plätzen. Diesen Plan sah Ludwig XIV. am 8. Juni als vereitelt an, und sprach dies aus. Eben dadurch fiel für ihn der Grund seiner Anwesenheit beim Heere hinweg. Denn der Grund dieser Anwesenheit war erfahrungsgemäß immer gewesen die Aussicht auf einen raschen Erfolg, und zwar auf einen Erfolg, den der König vor den Augen der Welt für sich persönlich in Anspruch nehmen durfte, während er beim Erlangen desselben in voller Sicherheit verblieb. Von einer offenen Feldschlacht, auch wenn die Chancen des Sieges noch so groß, waren nach keiner Richtung hin für Ludwig XIV. dieselben Vortheile zu erwarten.

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 26. Juni.

Der Bericht von St. Simon als Augenzeugen über die Aufnahme, welche das Kundwerden des Entschlusses von Ludwig XIV. im Lager fand, läßt ersehen, daß unter den Gefühlen, die dort sich äußerten, nicht dasjenige des Respectes vorherrschte. Dies ist die Sache des individuellen Urtheiles. Der Vorwurf der Thorheit dagegen, den St. Simon gegen den König zu erheben scheint, würde unberechtigt sein, zumal da die Voraussetzungen St. Simons von der französischen Uebermacht in der von ihm angegebenen Weise mit den Thatsachen nicht bestehen. Ludwig XIV. handelte vielmehr mit der ihm eigenen Klugheit des rechtzeitigen Zurückweichens. Indem ihm die Gewißheit aufging, daß er sein hochfahrendes Wort von Compiegne nicht zur Wahrheit machen konnte, war er beflissen, der moralischen Verpflichtung, welche er dadurch vor dem französischen Volke sich auferlegt, zu entkommen, bevor die Gefahr eintrat, daß im Falle eines positiven Unglückes jene Worte gegen ihn benutzt werden konnten.

Wir erkennen, daß es wichtige politische Siege und Niederlagen gibt, die den Zeitgenossen nicht voll und klar zur Erscheinung kommen. Bevor noch der eigentliche Feldzug begann, hatte die Wachsamkeit des Rathspensionärs, indem sie das Gewebe der Plane Ludwigs XIV. zerriß, über diesen König einen vollständigen Sieg davon getragen, ihm persönlich einen Rückzug aufgenöthigt, der dem hochfahrenden Worte von Compiegne sehr wenig entsprach.

Die Thatsachen legen dar, daß diese Wendung der Dinge im Juni 1693 auf Ludwig XIV. für immer entscheidend gewirkt. Die Erfahrungen früherer Jahre hatten bei ihm nicht ausgereicht zu der Selbsterkenntnis, daß er es nicht vermögen werde, die Welt zu täuschen über seinen Mangel an der Begabung des Feldherrn. Die Erfahrung von 1693 schlug durch. So viele Kriegesjahre fortan auch Ludwig XIV. noch verlebte, nach dem Abzuge von Gembloux, am 8. Juni 1693, erblickte man ihn im Felde nicht wieder.

Durch die Abreise Ludwigs XIV. wurden die Aussichten für Wilhelm III. nicht heller. Im Gegentheil, wie er jederzeit eher geneigt war die Dinge im trüben Lichte zu sehen, so auch damals. Die Kunde des Falles von Heidelberg lastete schwer auf ihm. Er war in Besorgnis für Mainz und Frankfurt. Er fürchtete, daß diese oder jene Fürsten des Reiches sich fortreißen ließen zu gefährlichen Ent-

schlüssen, daß die Mahnungen des Kaisers an sie zum Festhalten bereits zu spät eintreffen würden. Er erinnerte Heinsius daran, daß er im Herbste 1692 bereits den Frieden gewünscht, und mahnte, daß der Schwede Lilienroth in diesem Sinne nach Stockholm schreibe, damit man von dort her die Bedingungen erfahre. Der König lag in seiner befestigten Stellung im Parke bei Löven, eines Angriffes gewärtig. Denn nach seiner Schätzung war die vereinigte Macht der beiden französischen Armeen der seinigen weitaus überlegen [1]).

Der Marschall Luxemburg harrte jedoch einer günstigen Gelegenheit. Unterdessen traf die Nachricht ein, daß, wie der König Ludwig XIV. in Compiegne voraus gesagt, der Marschall Noailles die Stadt Roses in Catalonien genommen. Und wiederum langte dann eine andere Unheilskunde ein, wichtiger als die bisherigen, und beide Nationen, die Holländer und die Engländer, in gleicher Weise treffend, die Niederlage am Cap St. Vincent.

Gegenüber dem Mangel an bürgerlicher Freiheit in dem Frankreich Ludwigs XIV. haben wir als hellere Seite des französischen Charakters jener Zeit hervorgehoben die Willigkeit für die Sache des Vaterlandes, oder dasjenige was als solche erschien. Entschiedener noch waren die Franzosen den anderen Nationen überlegen an Wachsamkeit, an Eifer, an Thätigkeit. Die Holländer und die Engländer waren stets bereit zu Vorwürfen gegen die Deutschen und noch ungleich mehr gegen die Spanier in Betreff der Führung des Krieges zu Lande. Die See dagegen war das eigentliche Gebiet der Engländer und der Holländer. Dennoch boten gerade auf diesem Gebiete, weniger freilich die Holländer als die Engländer, manchen Anlaß zur Erwiederung. „Die Engländer nehmen die Herrschaft des Meeres in Anspruch, berichtet Hoffmann am 17. Juli 1693; aber die französischen Kaper spielen rundum auf der See den Meister. Sie holen die englischen Kauffahrer auf in der Nähe der zu Torbay liegenden Kriegesflotte. Die Ueberfahrt des Packetbootes nach und von Holland ist nie gesichert. Eben kommt die Nachricht ein, daß wiederum das am 30. Juni/10. Juli fällige Packetboot von den Franzosen zerschossen und, nach Heraus-

---

[1]) Verschiedene Briefe des Königs an Heinsius, zu Ende Mai und Anfang Juni, bei **Grovestins t. VI, p. 391.**

nahme der Güter und Briefe, verbrannt ist. Bei der Uebermacht der verbündeten Flotte könnte der Canal durch sechs kleine Fregatten, die einander im Kreuzen ablösten, völlig rein und sicher gehalten werden. Es geschieht nicht. Die See-Capitäne liegen in den Häfen und machen sich gute Tage. Die Erfahrung schwebt vor Augen, daß die schweren Verluste der vergangenen Jahre zum großen Theile daher rühren, daß man über die Anstalten des Feindes mangelhaft unterrichtet war. Dennoch wiederholt sich jedes Jahr dasselbe, daß man nicht darauf bedacht ist rechtzeitige Kundschaft einzuziehen" [1]).

Man dürfte nicht sagen, daß nicht auch bei den Holländern Aehnliches geschah. Am 14. Juli jagten zwei französische Kaper einen holländischen Häringsfahrer im Angesichte von Scheveningen. Um sich zu retten, lief der Holländer auf den Strand. Dort lag das Wrack noch mehrere Tage lang, bis die Wellen es völlig zertrümmerten. Verwundert fragten die Gesandten in dem nahen Haag, warum nicht die Republik, bei ihrer überlegenen Seemacht, durch das Kreuzen einiger Fregatten solche Vorfälle verhindere [2]).

Diese Berichte wurden abgefaßt unter dem Eindrucke der steigenden Besorgnis in England und der Republik, daß die levantische Handelsflotte, welche unter dem Geleite des Admirals Rooke einige Wochen zuvor abgesegelt war, von den Franzosen bedroht werde. Diese reiche Handelsflotte, bestehend aus englischen und holländischen Kauffahrern, hatte seefertig gelegen seit dem Ende des Jahres 1692. Im Beginne des Jahres 1693 gab der König dem Admiral Rooke das Commando über die Kriegsschiffe, welche diese Handelsflotte geleiten sollten. Rooke nahm ungern an, weil er die Bedeckung für zu schwach hielt. Dennoch fügte er sich. Er begab sich nach Spithead, im Februar. Dorthin folgten ihm Befehle und Gegenbefehle der Admiralität. Die Sache zog sich so lange hin, daß erst am 24. Mai/3. Juni die Abfahrt erfolgen konnte, dann jedoch so, daß die gesammte verbündete Kriegesflotte dem Admiral Rooke bis südwestlich von Brest das Geleite gab [3]).

---

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 3. und 17. Juli.

[2]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 17. Juli.

[3]) Das Journal von Rooke bei Sylvius t. IV, b. 36, p. 90.

Rooke hebt in seiner späteren Verantwortung diese Umstände hervor. „Die Admiralität, sagt er, hat mich vier Monate lang in Spithead aufgehalten. Sie begründete diese Verzögerung dadurch, daß sie zuvor wissen müsse, was von der französischen Flotte in Toulon zu erwarten sei. Dann aber hat sie mich entsendet zu einer Zeit, wo angenommen werden durfte, daß nicht bloß die Flotte von Toulon, sondern auch diejenige von Brest sich in See befände."

Diese Worte Rookes wie die Thatsache des Geleites lassen ersehen, daß die Admiralität in London bei seiner Abfahrt nicht wußte, ob die französische Flotte von Brest aus in See war oder nicht. Hoffmann führt diesen indirecten Vorwurf noch bestimmter aus. „Wenn die englische Kriegsflotte, sagt er, nur drei Wochen eher seefertig gestellt wäre: so stand es bei ihr, durch die Blokade des Kriegeshafens von Brest die französische Flotte dort einzuschließen und somit jede Action ihr unmöglich zu machen" [1]).

Dies war nicht geschehen. Deshalb erfolgte zur Sicherung das Geleite durch die gesammte Kriegesflotte über Brest hinaus. An dem vorher bestimmten Puncte gab die Britannia, auf welcher die drei commandirenden Admirale sich befanden, das Signal zur Umkehr der Kriegesflotte. Auch da noch hatte man, so auffallend das klingt, keine Kunde über die Brester Flotte. Rooke bat um das Geleite noch ferner hinaus. Die drei Admirale beharrten bei dem Beschlusse der Heimkehr. „Dieses Scheiden unserer Kriegesflotte von uns unter solchen Umständen, sagt Rooke, stand, nach meiner Ansicht, im Widerspruche mit allen Regeln der menschlichen Vernunft, und war, wie ich mit Recht behaupten darf, die Ursache alles unseres Unglückes." Diese Trennung fand statt am 30. Mai/9. Juni. Rooke setzte seinen Weg südwärts fort. Die verbündete Flotte segelte zurück nach Torbay.

Auch wenn es der Wille der drei Admirale gewesen wäre, die Handelsflotte weiter zu geleiten: so hätten sie es nicht vermocht. Es erfand sich, daß der vorhandene Proviant nicht reichte. „Der Präsident des geheimen Rathes, Marquis Caermarthen, meldet Windischgrätz am 9./19. Juni, hat einem vertrauten Freunde hier geschrieben, daß,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. Juli. Geschrieben vor der Nachricht von St. Vincent.

wo man glaubte, die Flotte sei vollständig versehen, sich nur für vier Tage Proviant vorgefunden. Es muß also Verrath darunter stecken" [1]).

Die französische Kriegesflotte in Brest war jedoch damals noch nicht ausgelaufen. Sie kam hervor. Man erblickte sie an ihrer Küste, freilich nur wenige Tage. Dann war sie nicht mehr zu sehen. Am 20./30. Juni traf diese Nachricht in London ein. Es ergab sich aus derselben einerseits, daß in Frankreich keine Besorgnis gehegt werde vor einer englischen Landung. Es ergab sich daraus andererseits die Wahrscheinlichkeit einer Verfolgung der levantischen Flotte. Die Nachricht ging von Munde zu Munde. Die Eigenthümer der Schiffe und Waaren jener Flotte boten zur Assecuranz derselben ein Viertel des Werthes. Sie fanden keine Bereitwilligkeit [2]).

Der Rath der Neun um die Königin beschloß am 23. Juni/3. Juli, die gesammte Kriegesflotte an die spanische Küste nachzusenden. Der Beschluß ward mit Beifall vernommen, freilich auch mit der Beschränkung, daß ein Erfolg der Maßregel mehr zu wünschen als zu hoffen stehe. Zugleich ward nun die Thatsache der Nicht-Verproviantirung der Flotte offenkundig. Sie lag auf der Rhede von Torbay. Dorthin mußte sie zuvor verproviantirt werden. „Welches Misvergnügen, meldet Hoffmann, diese mangelhaften Anstalten hervorrufen, ist leicht zu ermessen" [2]). Bevor die Flotte zum zweiten Male die Anker lichtete, war der gefürchtete Streich in der Ferne bereits gefallen, die Kunde desselben auf dem Wege.

Der französische Admiral Tourville war mit der Kriegesflotte von Brest jener schweren Masse der Levanteflotte vorangeeilt, und kreuzte beim Cap St. Vincent, um sie dort zu erwarten. Am 15./25. Juni kamen die äußersten Fahrzeuge beiderseitig einander in Sicht. Rooke selber fällt das Urtheil: „Der Plan des Admirals Tourville zu unserer Vernichtung war sehr wohl angelegt, die Ausführung durch die Flaggen-Offiziere unter ihm war nicht entsprechend. Für uns waren die Manöver der Holländer ein großes Glück. Obwohl sie ja so handelten, wie sie gethan, in der Absicht dem Interesse des Dienstes genug zu thun: so muß ich doch auch hinzufügen, daß

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 19. Juni.

[2]) Bericht Hoffmanns vom 3. Juli.

ihre Manöver zu den größten Thaten gehören, die ich jemals in solcher Gelegenheit vollbringen sah. Und dazu kam das Glück, daß der feindliche Flaggen-Offizier sich verleiten ließ darauf einzugehen. Wenn der Plan Tourvilles regelrecht seemännisch ausgeführt wäre: so war es um die gesammte Flotte geschehen". — Das Zeugnis des englischen Admirals ist ein durchschlagender Beweis für die Anklage, welche Tourville gegen den Unterbefehlshaber Gabaret erhob [1]).

Auch so freilich betrug der Verlust der beiden Nationen an genommenen und verbrannten Schiffen mit den Ladungen den Werth vieler Millionen. Die verbündete Kriegesflotte fand an der spanischen Küste die feindliche nicht mehr vor, und kehrte heim.

Das Urtheil des Königs Wilhelm faßt sich zusammen in seine Worte an Heinsius. „Obwohl ich den Streich vorausgesehen, so ergreift er mich darum nicht weniger, in Betracht der Rückwirkung, die er haben wird sowohl in England wie in der Republik. Das Unglück ist nicht ein solches, welches man schreiben dürfte auf die unberechenbaren Wechselfälle des Krieges. Wir verdanken es — und das thut mir besonders leid — lediglich der Nachlässigkeit, vielleicht gar noch einer schlimmeren Ursache." So am 17./27. Juli [2]).

Inzwischen nahete bereits auch für ihn selber die Stunde des Unglückes heran.

Der Marschall Luxemburg ließ am 8./18. Juli durch Harcourt die Stadt Huy berennen. Nach dem Uebergange der Stadt hielt sich noch die Citadelle. Wilhelm III. war auf dem Marsche zum Entsatze, als er vernehmen mußte, daß die Meuterei der Besatzung den Commandanten zur Uebergabe gezwungen. Abermals stieg die Besorgnis für Lüttich auf. Der Marschall Luxemburg rückte vor die Stadt. Er fand sie so wohl verwahrt, daß er von einer Belagerung abstand. Der König hatte nun jedoch sein festes Lager im Parke von Löven verlassen, sein Heer durch Entsendungen geschwächt. Luxemburg hielt die günstige Gelegenheit zum Angriffe für gekommen [3]).

---

[1]) Das Journal von Rooke bei Sylvius t. IV, b. 36, p. 92. — Dangeau t. III, p. 193.

[2]) Grovestins t. VI, p. 394.

[3]) Die offiziellen Berichte bei Sylvius t. IV, b. 36, p. 77.

Im Verlaufe des 18./28. Juli erkannte der König aus den eingehenden Meldungen, daß die Hauptmacht des Feindes herannahe, mit der Absicht des Angriffes. Er beschloß, ungeachtet der Uebermacht des Feindes, das Treffen anzunehmen. Nach der Angabe des Herzogs von Berwick bestand das verbündete Heer aus 65 Bataillonen und 150 Schwadronen, das französische aus 96 Bataillonen und 210 Schwadronen [1]). Dagegen hatte der König voraus die günstige Stellung, die er noch während der Nacht durch die Anlage von Erdwällen zu verstärken wußte. Mit dem Aufgange der Sonne am 19./29. Juli begann die Schlacht von Neerwinden und Landen, nach dem Verhältnisse der Zahl der Kämpfenden eine der blutigsten, die man kennt. Es ward versichert, daß das Geschützfeuer von beiden Seiten gliche demjenigen einer Seeschlacht. Viele Stunden hindurch stand das Treffen fast gleich. Der Berichterstatter, den der Marschall Luxemburg nach der Schlacht an den König Ludwig XIV. entsandte, meldete: „Wir haben die Verschanzungen der Feinde zweimal genommen, und sind zweimal wieder hinaus getrieben. Nachdem wir sie zum dritten Male genommen, haben wir sie behauptet, obwohl die Gegner noch zweimal anstürmten" [2]).

Im Lager der Verbündeten gab man sich bereits der Hoffnung hin, daß die Bewegungen des Feindes deuteten auf den Rückzug [3]). Es war ein Irrthum.

Luxemburg concentrirte seine Macht zu einem entscheidenden Schlage, namentlich gegen den rechten Flügel der Verbündeten. Dieser gerieth ins Wanken. Der König gebot den Rückzug. Mit Ausnahme des rechten Flügels ward derselbe geordnet vollbracht. Eine Verfolgung fand nicht statt. Der Verlust an Menschen war auf beiden Seiten sehr groß. Beiderseitig hatte man Trophäen aufzuweisen, hatte man Gefangene gemacht, Fahnen erbeutet. Der Sieg indessen war unzweifelhaft auf französischer Seite.

Unter den von Seiten der Verbündeten gemachten Gefangenen befand sich eine besonders zu nennende Persönlichkeit, der Herzog von Berwick, der Sohn Jacobs II. und der Arabella Churchill, der

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 79.

[2]) Dangeau t. III, p. 194.

[3]) Dykvelts Bericht bei Sylvius.

Schwester Marlboroughs. Er hatte 200 Freiwillige um sich gesammelt zum Angriffe auf den König persönlich. Es gelang ihm bis in die Nähe desselben durchzubrechen. Man vernahm, wie er, auf den König zeigend, seine Schaar anfeuerte mit den Worten: Voilà le prince d'Orange: tuons-le! — Wilhelm III. commandirte zwei holländische Schwadronen vor. Sie wurden geworfen. Er rief zwei hannöversche vor. Fast die gesammte Schaar jener Freiwilligen erlag den Streichen derselben [1]). Berwick selber, ohne jene Absicht zu erwähnen, erzählt, daß er sich zuletzt mit nur noch einem Offizier allein befunden, daß er, nach Abnahme seiner weißen Cocarde, als wäre er ein Offizier der verbündeten Armee, zu entkommen gesucht habe. Aber Churchill, ein Bruder seiner Mutter, der ihm begegnet, habe ihn erkannt, und nach der verwandtschaftlichen Begrüßung erklärt, daß er verpflichtet sei, den Neffen als Gefangenen dem Prinzen von Oranien vorzuführen. Bei der Nennung des Namens Herzog von Berwick machte der König Wilhelm III. ein sehr höfliches Compliment, welches der Gefangene erwiederte mit einer tiefen Verbeugung. Nachdem der König ihn einen Augenblick betrachtet, setzte er den Hut wieder auf. Berwick that desgleichen. Es war das einzige Mal im Leben dieser beiden Verwandten, daß sie einander in der Nähe zu Gesichte kamen. Es ward kein Wort gewechselt. Dann gab der König den Befehl den Gefangenen nach Löven abzuführen [2]). Berwick wurde einige Wochen später ausgewechselt.

Ludwig XIV. verkündete den Sieg in der üblichen Weise durch ein Schreiben an den Erzbischof von Paris. „Es gibt nichts, sagt er darin, was nicht meine Feinde nach einer so schrecklichen Niederlage zu fürchten, nichts was ich nicht zu hoffen hätte" [3]). So am 7. August. Anders Wilhelm III. schon am 1. August an die Generalstaaten. „Ich zweifele nicht, sagt er, daß in wenigen Tagen die Armee wieder im Stande sein wird, mit Gottes Hülfe den Feind zu hindern von seinem Siege einen Vortheil zu ziehen" [4]).

Die Worte des Königs Wilhelm entsprachen eher der Wahrheit. Der Sieg Luxemburgs von Neerwinden war, ähnlich wie im Jahre

---

[1]) Bericht des Grafen Windischgrätz vom 4. August.

[2]) Mémoires de Berwick t. I, p. 81.

[3]) Das Schreiben bei Sylvius t. IV, b. 36, p. 80.

[4]) Beilage zum Berichte von Windischgrätz vom 2. August.

zuvor derjenige von Steenkerken, ein Sieg, der keine Entscheidung brachte. Wie damals, so hatte auch dies Mal Luxemburg keinen Raum gewonnen, vielmehr ging er auch dies Mal wieder zurück. Es ist anzunehmen, daß der Marschall seine Stärke und seine Schwäche besser gekannt habe als diejenigen, welche in Paris, nach St. Simons Berichte, sich berufen meinten zum Urtheile über seine Leistungen. Gewiß ist, daß Dykvelt, daß der König selbst nach dem Ausgange der Schlacht den eigenen Verlust überschätzt hatten, daß sie in den nächsten Tagen angenehm überrascht waren durch das Wiederansammeln der Versprengten. Man glaubte damals annehmen zu dürfen, daß die Armee moralisch nichts gelitten habe. Der Verlust an Mannschaft war zu ersetzen. Windischgrätz meldet am 11. August: „Die verbündete Armee ist schon wieder stärker als sie vor der Schlacht gewesen. Sie besteht aus 80 Bataillonen und 120 Schwadronen".

Ja man darf die Frage aufwerfen, ob der Sieg von Neerwinden für Frankreich zum Vortheile ausgeschlagen sei. Wir haben zur Beantwortung dieser Frage die Kundgebungen der Gesinnungen in der Republik und in England zu beachten.

Wir erkennen die Gesinnung der Holländer aus den Aeußerungen zwischen dem Könige und Heinsius. Die Schlacht hatte stattgefunden am 29. Juli. Bereits am 2. August antwortete der König, damals im Lager bei Eppeghem zwischen Vilvoorde und Mecheln, auf ein Schreiben von Heinsius, abgefaßt nach der Kunde des Unglückes, mit folgenden Worten: „Ich bin erfreut aus Ihrem Briefe zu ersehen, mit welcher Festigkeit das holländische Volk die Nachricht aufgenommen. Ich stimme durchaus Ihnen bei über die Nothwendigkeit, daß wir uns zu einer mächtigen Anstrengung aufraffen, und darüber möchte ich mit Ihnen reden. Ich bitte Sie also unverzüglich sich zu mir zu begeben" [1]).

In Friesland wurden auch andere Ansichten laut, im allgemeinen dagegen rann der Strom der Gesinnungen in der Republik mächtig zu Gunsten des Königs, namentlich in der Provinz Holland. „Insbesondere, meldet der Graf Windischgrätz am 11. August, hat sich hier die Provinz Holland ausgezeichnet. Sie hat sofort nach der Schlacht,

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 398.

ohne daß der König von England sie um etwas ersucht, ihn mit einer ganz neuen Artillerie und allem anderen Kriegeszeuge versehen, dazu zwei und eine halbe Million baaren Geldes bewilligt."

Weniger günstig zuerst war die Stimmung in England, bis sie dann auch dort sich wandte. Folgen wir den Beobachtungen Hoffmanns. „Vorgestern Abend, meldet er, am 28. Juli/7. August, traf hier die Nachricht des Unglückes von Neerwinden ein. In Folge derselben ist der Muth hier völlig gesunken. Nicht weil die Engländer den Verlust so hoch anschlagen — denn durchweg wollen sie lieber Verluste ertragen, als gar nichts thun und so einen Feldzug nach dem anderen fruchtlos vorbeigehen sehen — sondern weil hier die Ansicht vorwaltet, daß man allzu viele Mannschaft detachirt, um Contributionen aufzuholen, also um einer Handvoll Geldes willen sich in die Lage der Defensive gebracht, anstatt offensiv vorzugehen, daß man mithin zu diesem doppelten Unglücke, dem Verluste von Huy und demjenigen der Schlacht, unsererseits selber die Ursache gegeben. Dieses Urtheil, wie leicht zu ermessen, steigert die seit einiger Zeit über den König gefaßte nachtheilige Meinung. Es ist sonst nicht die Weise der Engländer sich durch einen Unfall leicht abschrecken zu lassen. Eher dürfte man sagen, daß sie Gefallen finden am Blutvergießen [1]). Allein daß sie mit allen den Mitteln, welche sie für den Krieg hergeben, sich niemals im Stande sehen anzugreifen, sondern immer abwarten sollen angegriffen zu werden, fällt ihnen ganz unerträglich. Man vernimmt von Groß und Klein, daß sie den Verlust einer ganzen Armee nicht achten, daß sie dieselbe von Herzen und reichlich wieder ersetzen würden, wenn man ihnen nur die Genugthuung gäbe, den Krieg offensiv zu führen."

So die Stimmung in England auf die erste Kunde. Im Laufe der nächsten Tage jedoch, unter dem Eindrucke der Berichte über die Einzelnheiten der furchtbaren Schlacht, hoben die Gemüther sich empor. Am 4./14. August meldet Hoffmann: „Ich habe berichtet, mit welchem Unmuthe die englische Nation die Nachricht von Neerwinden aufgenommen. Seitdem sind die Einzelnheiten bekannt geworden. Man

---

[1]) „Als welche sich, so zu sagen, gleichsam im Blute delectiren", sind die Worte Hoffmanns.

hat vernommen, mit welcher Tapferkeit der Sieg dem fast doppelt überlegenen Feinde streitig gemacht, wie sehr dabei der König persönlich sich dem Feuer ausgesetzt. Demgemäß haben die Engländer nicht bloß ihren Unmuth fallen lassen, sondern bezeugen nun sehr wohl zufrieden zu sein. Es scheint, daß der König auch durch den Verlust der Wahlstatt, die er dem Feinde so scharf streitig gemacht, mehr gewonnen hat, als wenn er gar nichts gethan, demnach auch nichts verloren hätte".

Diese Gesinnung war im Wachsen. Um sie völlig zu würdigen, haben wir uns zu erinnern, daß eben damals wie in Hollaud so auch in England die genauen Berichte über den Verlust von St. Vincent einliefen. Um so größer war der Muth der Königin, welche sich entschloß, unter diesen Umständen den Gemeinderath von London, zur Deckung der dringenden Bedürfnisse des Augenblickes, um eine Anleihe von 300.000 £ zu ersuchen. Sechs Mitglieder des geheimen Rathes, unter der Führung des Lord-Kanzlers, begaben sich in das Stadthaus. Die eindringliche Rede des Kanzlers ward mit allgemeinem Beifalle vernommen. Die Anleihe ward bewilligt ohne Widerspruch. Zwei Tage später begab sich der ganze Gemeinderath von London, etwa hundert Personen, nach Whitehall, um der Königin Glück zu wünschen zu der Erhaltung des Königs. „Wir erkennen, sagen sie in der Adresse, eine besondere Gnade Gottes in der Erhaltung eines Königs, von welchem nicht bloß diejenige unserer Gesetze und unserer Religion, sondern auch der Freiheit von ganz Europa völlig abhangt. Wie wir bisher dafür unseren Eifer gezeigt, so möge auch diese Anleihe dienen als ein Beweis desselben. Wir nehmen uns die Freiheit zu versichern, daß wir fest entschlossen sind zu beharren und alle Kraft, deren wir fähig, aufzubieten für die Aufrechthaltung der Autorität Eurer Majestäten" [1]).

Auch die jacobitische Gesinnung der Freude über Neerwinden ward laut, nicht jedoch zu ihren Gunsten. Der Lord Mayor von London, als er auf der Themse schiffte, wurde dort von Jacobiten gezwungen auf das Wohl des Königs Jacob zu trinken. Mit Hülfe Anderer, die herzu eilten, wurde er Herr dieser Angreifer, und verhaftete sie. — Ein Geistlicher der Hochkirche predigte über die Stelle

---

[1]) Hoffmanns Berichte vom 25. und 28. August.

des Evangeliums: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt", und zog daraus die Mahnung der Rückkehr zum Könige Jacob. Die Zuhörer ließen ihn seine Predigt vollenden, und führten ihn nach derselben zu dem Staats-Secretär, damit dieser ihn verhafte [1]). Die Dinge waren dahin gekommen, daß auch ein Sieg Ludwigs XIV. dem Könige Jacob nur noch zum Nachtheile gereichte.

Das Unglück indessen des Feldzuges von 1693 für die Verbündeten war damit noch nicht vollendet. „Es gereicht hier zu einigem Troste, meldet Windischgrätz aus dem Haag, am 14. August, daß die Heere des Kaisers zugleich Belgrad und Pignerol belagern" [2]). Es fragte sich, ob dieser Trost von Dauer war.

Wir erinnern uns der Sendung des Holländers Heemskerk, dem der Engländer Paget folgte, in die Türkei zum Zwecke der Friedensvermittelung. Wir haben vernommen, daß die eigenen Berichte derselben aus dem Beginne des Jahres 1693, obwohl sie selber die Hoffnung nicht aufgaben, weder im Haag noch in Wien das Vertrauen auf einen günstigen Ausgang hoben. In der That bewirkte die Anwesenheit dieser Gesandten, ihr Eifer für den Frieden eher das Gegentheil, zumal bei der Nachhülfe der Franzosen. Der Uebermuth der Türken schwoll auf. Die Kaiserlichen, sagten sie, streckten demüthig bittend die Hände um Frieden aus. Wer um den Frieden bitte, sei besiegt. Der Divan beschloß: wer auf türkischer Seite vor dem Wiedergewinne von Ofen vom Frieden rede, begehe ein Todesverbrechen [3]).

In Wien hatte man trotz der Abreise jener Gesandten zur Friedensvermittelung nicht gezweifelt, daß man ferner sich rüsten müsse zum Kriege wie vorher. Niemals freilich mehr als in diesem Jahre 1693 ward dort die Kraft des Willens gelähmt durch den Mangel der bereit liegenden oder zur rechten Stunde verwendbaren Mittel. Der General-Commissär Heidersheim wendete alle Sorgfalt auf, daß bis zum 1. Mai die Verpflegung des Heeres geordnet sei. Aber es ist fast unglaublich zu sagen, daß bei vollem Reichthume an Korn es der Armee wegen eines verhältnismäßig geringen Geldmangels an

1) Hoffmanns Bericht vom 1. September.

2) Windischgrätz Bericht vom 14. August.

3) Wagner t. II, p. 231 sqq.

Brot fehlte. Für die Feldbäckerei waren 50.000 Gulden erforderlich. Da auch nach wiederholter dringender Mahnung diese Summe von Wien aus nicht erfolgte, so konnte das Heer erst um zwei Monate später aus den Winterquartieren aufbrechen. Die besten Sommermonate vergingen thatlos. Weil 50.000 Gulden nicht rechtzeitig sich zur Stelle fanden: so waren Millionen vergeblich aufgewendet [1]).

Der Herzog von Croy erhielt den Oberbefehl. Am 23. Juli begab er sich ins Lager zu Peterwardein. Das Heer war schlagfertig, befähigt zu jeder Unternehmung. Eine erhebliche türkische Macht war nicht da. Die Umstände erschienen günstig zum Wiedergewinne von Belgrad. Das kaiserliche Heer zog über die Save. Am 3. August wurden die Linien vor Belgrad eröffnet. Am 9. August rückten endlich auch die brandenburgischen Hülfstruppen ein [2]). Abermals wie fünf Jahre zuvor, waren die Augen Europas nach Belgrad gerichtet. Allein von dem Beginne der Belagerung an verfloß noch fast ein voller Monat ungenützt, weil das schwere Geschütz nicht zur Stelle war. Die Schiffsführer in Wien weigerten sich es hinab zu bringen anders als gegen baare Bezahlung, und wiederum war in Wien kein Geld vorräthig. Endlich kam es an, aber auch die Nachricht, daß das türkische Entsatzheer auf dem Wege. Croy beschloß den Sturm auf die noch wenig beschädigte Festung, und zwar in der Nacht auf den 7. September. Der Sturm gelang nicht. Er wurde mit erheblichem Verluste zurückgeschlagen [3]).

Am nächsten Tage dagegen traf wiederholte Meldung ein, daß das türkische Entsatzheer bereits bei Semendria stehe. Es erschien gewagt die Ankunft desselben im Angesichte der starken Festung abzuwarten. Croy gab die Belagerung von Belgrad auf, und trat den Rückmarsch an. Er fügte seiner Meldung an den Kaiser die Klage hinzu, daß dies der traurigste Tag seines Lebens sei. „Aber möge mir darum auch verstattet sein, fuhr er fort, es E. K. M. zu sagen, daß es dahin nicht hätte kommen dürfen, wenn das geringe Geld für die Feldbäckerei, für den Transport des schweren Geschützes verfügbar gewesen, wenn nicht darum zwei Monate in den Winterquartieren,

---

1) Wagner t. II, p. 231.

2) Sylvius t. IV, b. 36, p. 96.

3) Ausführlicher Bericht bei Sylvius t. IV, b. 36, p. 106.

ein Monat im Angesichte der Mauern von Belgrad nutzlos verbracht wären, wenn endlich statt der Hülfstruppen, die für unser schweres Geld vom baltischen Meere her den Sommer hindurch bis zu uns marschiren, nur die eigenen Kräfte des Landes verwendet würden." Freilich, setzt der Geschichtschreiber hinzu, der jene Zeiten mit erlebt, wenn für diese Uebelstände ein Heilmittel gefunden würde, so hätten längst die Fahnen des Kaisers den Weg nach Thrazien und Griechenland zurückgelegt [1]).

Der Feldzug war zu Ende, obwohl ohne einen offenen Sieg der Türken, dennoch nicht zu Gunsten der kaiserlichen Waffen. Der Uebermuth der Türken stieg dahin, daß sie den Friedensvermittler Heemskerk als Gefangenen zurückbehielten, unter dem Vorgeben, daß der Kaiser drei Jahre zuvor auch den Sulfikar Effendi nicht habe heimkehren lassen. Der Einwand Heemskerks, daß er der Botschafter sei einer der Türkei gegenüber neutralen Macht, verschaffte ihm nicht die Freiheit [2]).

Nicht günstiger als im Südosten stand es um die Angelegenheiten der Verbündeten in Piemont und Savoyen.

Die italienischen Fürsten murrten über den Krieg, für den, obwohl sie keinen Antheil daran nahmen, der kaiserliche Heerführer Caprara ihre Beisteuern forderte. Namentlich der Herzog von Modena, obwohl durch die Lehensbande dem Reiche enger verbunden, als diejenigen von Florenz, Mantua, Parma, oder die Republik Genua, trat voran in seiner Abneigung. Es erwuchs für Caprara die Gefahr der Aushungerung seines Heeres. Erst dann als er einige Regimenter in das Gebiet von Modena einrücken ließ, fügte sich der Herzog widerwillig seinen Forderungen.

So im Frühling 1693. Eine abermalige Krankheit des Herzogs Victor Amadeus verzögerte dann den Beginn des Feldzuges. Der Plan desselben ward erörtert. Sollte man wie im Jahre zuvor, in die Provence eindringen? — Allzu viele Schwierigkeiten schienen entgegen zu stehen. Es handelte sich dann um den Wiedergewinn der Festungen. Caprara und der Spanier Leganez waren für den Angriff auf Casale. Victor Amadeus verlangte denjenigen auf Nizza und

---

[1]) Wagner II. p. 246.

[2]) Sylvius t. IV, b. 36, p. 107.

Pignerol. Für Nizza hoffte man auf die Mitwirkung spanischer Schiffe, auf diejenige der englischen und holländischen, welche unter Rookes Führung der levantischen Flotte das Geleite gaben nach dem Mittelmeere. Aber nach dem Falle von Roses bedurfte Spanien selbst seiner Schiffe, und Rooke wurde am Cape St. Vincent von Tourville geschlagen. Die Belagerung von Casale, obwohl leichter, entsprach nicht der Neigung des Herzogs, dessen Wunsch vor allem gerichtet war auf Pignerol. Caprara und Leganez mußten ihre bessere Einsicht unterordnen.

Am 1. August begannen die verbündeten Truppen den Angriff auf das oberhalb Pignerol neu angelegte Fort Brigitta. Es gelang ihnen mit schwerem Verluste es zu nehmen. Das stark besetzte und wohl vertheidigte Pignerol dagegen blieb unerreichbar. Inzwischen hielt sich Catinat in seinem Lager von Fenestrella, harrend der Hülfstruppen, welche von Catalonien und vom Elsaß her ihm zuzogen. Die Ankunft derselben steigerte seine Macht auf 40,000 Mann, überlegen derjenigen der Verbündeten von 30,000 Mann. Sie zogen ab von Pignerol. Catinat jedoch hatte eine solche Stellung eingenommen, daß ein Treffen unvermeidlich war. Es erfolgte am 3. October zwischen Marsaglia und Orbassano. Nach schwerem Verluste auf beiden Seiten verblieb der Sieg dem Marschall Catinat. Die Standhaftigkeit der kaiserlichen Truppen bewahrte das Heer vor der völligen Vernichtung und ermöglichte einen geordneten Rückzug. Die Jahreszeit war zu weit vorgerückt, als daß Catinat seinen Sieg weiter ausbeuten konnte[1].

Nach Verhältnis am wenigsten ungünstig für die Verbündeten war der Feldzug am Oberrheine. Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV., nach dem Falle von Heidelberg, in seinem Schreiben an den Erzbischof von Paris weitere große Erfolge in Deutschland in Aussicht gestellt hatte. Um diese Worte zur Wahrheit zu machen, entsendete er bei seinem Abgange von dem Heere in den Niederlanden, am 8. Juni, den Dauphin von dort mit 20,000 Mann zur Verstärkung des Marschalls de Lorge. Und dennoch erfolgte dann nichts weiter. Ludwig von Baden erwarb sich den Ruhm mit schwächerer Macht die stärkere

[1]) Wagner II, p. 263 sqq. — Arneth: Prinz Eugen. Bd. I, S. 80.

zurück zu drängen, nicht mit den Waffen, sondern mit der Hacke und und dem Spaten [1]).

Diese Anerkennung ward dem Markgrafen gezollt. Doch darf nicht unerwähnt gelassen werden, daß Andere glaubten noch besondere Ursachen des Nicht-Erfolges für den Dauphin wahrzunehmen. Lange Jahre später unterhielten sich der Graf Dohna, der auf deutscher Seite, und der Gesandte des Alleurs in Berlin, der auf französischer Seite den Feldzug mitgemacht, über den Verlauf desselben. Des Alleurs sagte: er habe damals nie begreifen können, warum es nicht zu einem Treffen komme. Er habe einen der General-Offiziere darüber auszuforschen gesucht, jedoch nur ausweichende Antworten erhalten. „Kurz, sagt Dohna, er gab mir zu verstehen, daß nach seiner Ansicht die Besorgnis vor einer möglichen Niederlage des Thronerben uns nützlich gewesen wäre.“ Dohna aus sich fügt hinzu: bei aller Anerkennung für das Geschick und die Befähigung Ludwigs von Baden müsse er dennoch sagen, daß derselbe mehrere Orte nicht habe decken können [2]).

Es sind die Ansichten urtheilsfähiger Zeitgenossen. Sie stehen im Einklange mit der Erfahrung, daß Ludwig XIV. persönlich nur zu einem im voraus moralisch sicheren Erfolge im Felde erschien, und demgemäß mit seiner eiligen Rückkehr vom 8. Juni 1693.

Entsprach der Erfolg in Deutschland nicht den Erwartungen Ludwigs XIV.: so kann andererseits nicht verneint werden, daß die Vortheile des Feldzuges von 1693 durchweg auf französischer Seite sich befanden. Am 11. October noch ward Charleroi in Belgien gezwungen zu capituliren. Diese Vortheile, von denen der wichtigste vielleicht die Eroberung von Roses in Catalonien, waren immerhin nach keiner Seite entscheidend. Aber Ludwig XIV. hatte den Franzosen abermals dargethan, daß er, mit der unbedingten Verfügung über die Machtmittel von Frankreich und vermöge seines einheitlichen Willens, auch noch so vielen Feinden mindestens gewachsen war.

Und dennoch sah er sich zur selben Zeit genöthigt, um diesen Krieg fortzusetzen, nach einer anderen Seite einen Frieden zu schließen,

---

1) Wagner II, p. 254.

2) Mémoires de Dohna, p. 173.

welcher zu erlangen war nur auf Grund des Eingeständnisses seiner Niederlage.

Wir erinnern uns, daß er in seinem Kampfe gegen den päpstlichen Stuhl, gegen die Freiheit der Kirche schrittweise zurückzog, daß bereits vor dem Beginne des Feldzuges von 1693 Ludwig XIV. entschlossen war, auch die gallicanischen Artikel von 1682 thatsächlich zurückzunehmen, daß er nur noch trachtete eine Form dafür zu finden, welche Raum ließ für die Erhaltung des Principes, daß dagegen der päpstliche Stuhl unabänderlich beharrte bei der einen Forderung des klaren, ausdrücklichen, unbedingten Verzichtes auf jene Artikel.

Diese Differenz an sich deutet zur Genüge an, daß, wenn der König nachgab, dies nicht geschehen würde aus der Ueberzeugung von dem Rechte des päpstlichen Stuhles, sondern aus Noth.

Die Nothlage des Königreiches war im Sommer 1693 im beständigen Steigen. Eine große Theuerung war da bereits im Frühlinge 1693. Aber noch durfte man hoffen auf eine Herstellung des normalen Verhältnisses durch eine reichliche Ernte. Die Hoffnung ward zu Schanden in denselben Tagen, wo das Blutvergießen von Neerwinden endete mit dem unfruchtbaren Siege der französischen Waffen. „Die vorgestern aus Frankreich angekommenen Briefe melden — so berichtet Windischgrätz am 2. August — daß wie zur Strafe Gottes über Frankreich der Mehlthau durchweg das Getreide verdorben, daß sofort das Brot im Preise aufgeschlagen, daß eine erschreckliche Theuerung und unvermeidliche Hungersnoth ihnen vor Augen schwebt. Bereits sind Anordnungen getroffen zur Entsendung von Schiffen nach der Berberei um Korn. Die Ausfuhr desselben soll eine der wichtigsten Friedensbedingungen von Seiten Frankreichs für Tunis sein."

In rascher Folge erschien Edict auf Edict. Es wurden Commissionen niedergesetzt, um den Bestand des Vorrathes an Getreide durch das Königreich zu erforschen, und demgemäß Maßregeln vorzuschlagen[1]). Ob ein solches Eingreifen in das gegen jede äußere Berührung empfindliche Gewebe des Kaufens und Verkaufens der Menschen heilsam gewirkt, dürfte schwer zu sagen sein. Wir constatiren

[1]) Sylvius t. IV, b. 36, p. 110.

nur die Thatsache, das der König auf diese Weise sich bemühte dem Uebel entgegen zu treten.

Gegenüber dieser Noth seines Volkes mußte Ludwig XIV. irgend eine Erleichterung gewähren. Er war nicht Willens den Krieg aufzugeben. Aber es war für ihn die Frage, ob er es vermöge ihn fortzusetzen mit einem hungrigen und zugleich im Gewissen verstörten Volke. Denn je länger der Streit mit Rom dauerte, desto mehr nahm diese Verstörung zu. Es fanden sich in Frankreich eine Reihe vom päpstlichen Stuhle nicht bestätigter Bischöfe, mithin ohne kirchliche Jurisdiction. Demnach konnten sie das was sie selbst nicht hatten, auch nicht verleihen.

Ludwig XIV. entschloß sich dem päpstlichen Stuhle gegenüber zu verzichten auf die Redewendungen, welche, wie er vor dem Feldzuge von 1693 beabsichtigt hatte, unter dem thatsächlichen Nachgeben für dies eine Mal, das Princip des Gallicanismus unberührt erhalten sollten. Am 14. September 1693 richtete er von Versailles aus ein Schreiben an den Papst Innocenz XII. Dasselbe ist ein geschichtliches Actenstück von großer Tragweite. Es lautet wie folgt.

„Heiligster Vater. Ich habe von der Erhebung Ewr. Heiligkeit auf den päpstlichen Stuhl immer viel gehofft für den Vortheil der Kirche und den Fortschritt unserer heiligen Religion. Ich erprobe jetzt mit vieler Freude die Wirkungen davon, in allem was Ew. Heiligkeit Großes und Vortheilhaftes in beiderlei Beziehung verrichten. Dies verdoppelt meinen söhnlichen Respect für Ew. Heiligkeit, und da ich trachte Ihnen dies durch die stärksten Beweise, die mir möglich sind, zu erkennen zu geben, so ist es mir lieb Ewr. Heiligkeit zu melden, daß ich die erforderlichen Befehle gegeben habe, damit die in meinem Edicte vom 22. März 1682 erlassenen Vorschriften, in Bezug auf die Declaration der Geistlichkeit von Frankreich, wozu die damaligen Verhältnisse mich genöthigt hatten, nicht ausgeführt werden. In dem Wunsche, daß nicht bloß Ew. Heiligkeit diese meine Gesinnung erfahre, sondern daß auch die gesammte Welt durch diesen besonderen Beweis Kunde erlange von der Verehrung, welche ich für Ihre großen und würdigen Eigenschaften empfinde, hege ich keinen Zweifel, daß Ew. Heiligkeit dem entsprechen werden durch alle Beweise Ihrer väterlichen Gesinnungen für mich. Ich bitte Gott, daß er Ewr. Heiligkeit noch

lange glückliche Jahre verleihe, so wie es wünscht Ewr. Heiligkeit ergebener Sohn Ludwig" [1]).

Auch in diesem Schreiben ist noch in einer Phrase erkennbar, daß Ludwig XIV. sich der Motive seines Handelns wohl bewußt war. Dies liegt nämlich in jenen Worten: „wozu die damaligen Verhältnisse mich genöthigt hatten". Diese Nöthigung damals war ihm nicht von außen gekommen, sondern aus ihm selbst. Der König stand im Jahre 1682 auf der Höhe seines Glückes. Aus dem großen Kriege war er durch den Frieden von Nymegen mit Vortheil hervorgegangen. Er legte damals England nach außen lahm durch die Ausnutzung der moralischen Schwäche des Königs Carl II., die Republik Holland durch das Schüren des Parteieifers der Oligarchen, namentlich von Amsterdam, gegen den Prinzen von Oranien, das Reich durch die Ausbeutung der unpatriotischen Habgier des Kurfürsten von Brandenburg, den Kaiser durch das aufsteigende Schreckbild des Türkenkrieges. Damals schien die Zeit gekommen zur Begründung einer Nationalkirche von Frankreich, und der Beschluß der vier gallicanischen Artikel war der erste und wichtigste Schritt auf diesem Wege. Es war der erste. Es war auch der letzte.

Die Zeiten hatten seitdem sich geändert. Der im Uebermuthe des Jahres 1688 herauf beschworene Krieg hatte die große Allianz wach gerufen. Zu den Leiden des Krieges, die seit fünf Jahren auf Frankreich drückten, trat nun der allgemeine Hunger. Diese Nothlage erweckte in dem Könige Ludwig XIV. nicht die Gesinnung der Gerechtigkeit; denn er blieb in jeder anderen Richtung derselbe wie zuvor. Aber sie zwang ihn um seines Volkes willen wenigstens in Einer Richtung abzulassen vom Unrechte. Sie erzwang das was man, im Vergleiche mit einem ähnlichen Vorgange in der europäischen Geschichte, nennen dürfte das Canossa Ludwigs XIV., nur mit dem Unterschiede, daß einst der Kaiser Heinrich IV. als Büßer auftrat für seine Person, daß dagegen der König die durch die Organe seines Königreiches früher verkündeten Grundsätze nicht bloß persönlich widerrief, sondern auch seinen kirchlichen Werkzeugen von damals in bindender Weise zu widerrufen gebot.

---

[1]) Gérin, p. 500.

Denn am selben Tage, an welchem Ludwig XIV. jenes Schreiben an Innocenz XII. zeichnete, dem 14. September 1693, schrieb jeder einzelne der Theilnehmer der Versammlung von 1682 an den Papst seine Abbitte genau in der vom päpstlichen Stuhle geforderten Form. Die hauptsächliche Stelle derselben lautet: „Bei dem Gedeihen der Kirche ist nichts mir so schmerzlich wie der Stand meiner Angelegenheiten, indem mir der Zugang zu der Gnade Ewr. Heiligkeit bisher in gewisser Weise verschlossen scheint. Da nun die Ursache dessen, wie ich vernommen, sich findet in meiner Theilnahme an der Versammlung des Clerus von Frankreich im Jahre 1682 zu Paris: so bekenne und erkläre ich, niedergeworfen zu den Füßen Ewr. Heiligkeit, daß mir auf das höchste und mehr als ich auszusprechen vermag, von Herzen leid thut, was in besagter Versammlung geschehen, welche Ewr. Heiligkeit und Ewr. Heiligkeit Vorgängern so höchst misfallen hat. Und darum erkläre ich, daß ich alles dasjenige was in jener Versammlung über die kirchliche Gewalt und die päpstliche Autorität als beschlossen angesehen werden könnte, halte für nicht beschlossen und für nicht zu beschließen. Ferner halte ich für nicht erwogen alles das was als zum Nachtheile der Rechte der Kirche erwogen betrachtet werden könnte. Denn niemals ist es mein Wille gewesen etwas zum Nachtheile der Kirche zu thun. Vielmehr erkläre ich mich bereit zum tiefsten Gehorsame für Ew. Heiligkeit" u. s. w.

Die Thatsache, daß dies Schreiben jedes einzelnen der betreffenden Bischöfe der Forderung Roms genau entsprach, so wie der Wortlaut in sich selber, wie nicht minder derjenige des königlichen Schreibens, lassen keine andere Deutung zu als diejenige nicht bloß des Widerrufs der thatsächlichen Artikel von 1682, sondern auch des Verzichtes auf das Princip derselben. In diesem Sinne faßte der Papst Innocenz XII. sie auf. Der Cardinal Janson-Fourbin überreichte ihm das Schreiben des Königs. Nachdem der Papst es gelesen, erwiederte er, daß er im nächsten Consistorium die betreffenden französischen Bischöfe präconisiren werde[1]). — In gleicher Weise erkannten die unbetheiligten Zeitgenossen den Schritt des Königs und seiner Bischöfe an als bedingungslose Unterwerfung. Der Philosoph Bayle in Rotterdam, auf den die politi-

[1]) Sylvius t. IV, b. 36, p. 119.

schen Verwickelungen jener Zeit geringe Wirkung geübt zu haben scheinen, bezeichnet den Widerruf als eine schimpfliche Genugthuung[1]).

Das Urtheil derjenigen Calvinisten in Holland, bei denen die politische Seite der Sache ins Gewicht fiel, faßt sich zusammen in die folgenden Worte.

„Die Unterwerfung der französischen Geistlichkeit war in Aller Munde. Man schrieb sie dem Drange der Noth in Frankreich zu, durch welche die Krone zu dieser Erniedrigung gezwungen wurde. Man sagte, daß den Nachkommen, namentlich denjenigen, welche zugleich eine Kunde besäßen von den Vorgängen gegenüber Innocenz XI., es unglaublich erscheinen würde, daß dieselben Prälaten, welche der römischen Kirche mit solchem Eifer entgegengetreten und der päpstlichen Autorität einen solchen Stoß gegeben, nun sich hätten dahin bringen lassen, einen so schmählichen Widerruf zu leisten und Abbitte zu thun. Aber man urtheilte, daß der Allerchristlichste König allzu sehr der Freundschaft des heiligen Vaters bedurfte, als daß er nicht diesen Schritt thun und die Ehre und Reputation seiner Prälaten seinem Interesse opfern sollte. Denn in seinem Reiche sind die Geistlichen nicht minder Sclaven als der Adel und das Volk"[2]).

Die Ansicht dieser Calvinisten ging nicht dahin, daß der Papst zu viel gefordert. Vielmehr blickt aus anderen Aeußerungen sichtlich die Unzufriedenheit hervor, daß er nicht auch die durchgehende Abschaffung der Regale gefordert, daß vielmehr die Nicht-Erwähnung derselben in jenem Widerrufe deute auf eine Nachgiebigkeit des Papstes in dieser besonderen Sache[3]).

Gestattet der Wortlaut sowohl des königlichen Schreibens als desjenigen der Bischöfe von Frankreich keine andere Auslegung als diejenige des völligen Verzichtes, nicht bloß auf die Thatsache der gallicanischen Artikel von 1682, sondern auch auf das Princip derselben: so ist es die Frage, ob diesem völligen Verzichte die Schritte Ludwigs XIV. daheim entsprachen. Gemäß jener Zurücknahme hätte man folgerecht erwarten müssen das Verbot, jene vier gallicanischen Artikel fortan zu lehren. Nicht ein solches Verbot erfolgte. Vielmehr kündigte

---

1) Dictionnaire h. et p., im Artikel Marca: satisfaction honteuse.

2) Sylvius t. IV, b. 37, p. 23.

3) A. a. O. p. 103.

im Namen des Königs der Erzbischof von Paris den Professoren der Sorbonne an, daß es ihnen frei stehe, die vier gallicanischen Artikel fortan zu lehren oder nicht zu lehren, daß demnach der Decan der Facultät sich nicht weigern würde, die Thesen der Licentiaten zu zeichnen, in denen die Artikel von 1682 sich nicht fänden[1]).

Will man aus diesem Verfahren die Folgerung ableiten, daß das Frankreich Ludwigs XIV. auf die gallicanischen Artikel nicht verzichtet habe: so hat man zuvor die Frage klar zu stellen, wie jener Schritt Ludwigs XIV. und seiner Bischöfe vor dem Papste, vom 14. September 1693, und dieser andere gegenüber der Sorbonne zu einander sich verhalten, und ob sie im Einklange stehen mit der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit.

Unter den unbetheiligten Zeitgenossen waren viele nicht dieser Ansicht. Sie fanden darin Zweideutigkeit. Sie meinten: es seien viele Intriguen erforderlich gewesen, um die Geistlichkeit eines ganzen Reiches sich bloß stellen zu lassen, einen mächtigen König zu einer solchen Nachgiebigkeit zu bewegen, und das Haupt der Kirche mit Wind zu begütigen[2]).

Auch von dieser Ansicht aus dürfte das Verhalten von Ludwig XIV. gegenüber Innocenz XII. im Jahre 1693 eine Parallele finden an demjenigen des Kaisers Heinrich IV. gegenüber Gregor VII. im Jahre 1077.

Welche verschiedene Meinungen indessen auch immer in Frankreich später geltend gemacht sind, nicht selten mit der Nicht-Beachtung jener principiellen Frage über die Aufrichtigkeit und die Ehrlichkeit Ludwigs XIV. und seiner höfischen Theologen — für damals, für 1693 und ferner, steht fest, daß der dem Papste gegenüber unbedingt geschehene Widerruf der gallicanischen Artikel jegliche Gefahr des Schisma für Frankreich beseitigte, und vielmehr den Frieden der beiden höchsten Gewalten herstellte.

Und hier ist es der Ort zurückzuweisen auf die Zeit der Gründung der großen Allianz von 1689. Es lag nicht in dem Plane derselben, jedenfalls nicht in demjenigen des thatkräftigsten Mitgliedes, des Oraniers, die kirchliche Freiheit von Frankreich zu erretten aus dem Joche

---

[1]) Sylvius p. 104.

[2]) A. a. O., p. 104: en te gelyck een hooft van de kerk met wind te payen.

des Despotismus, dieses Königreich zu bewahren vor dem Schisma, dem Jammer des National-Kirchenthumes, losgerissen von der Gesammtkirche und darum ihr feindlich. Dennoch war, wenn nicht die Absicht, doch, wenigstens zu einem erheblichen Theile, der Erfolg der großen Allianz, daß Frankreich bewahrt blieb vor jenem Unheile. Es war der Erfolg, den freilich nicht ein Staatsmann, aber ein Kölner Theologe in seinem Gutachten für den Kaiser zu Gunsten des Abschlusses der großen Allianz damals in Aussicht genommen. (Bd. IV, S. 428 u. f.)

Es ist ein sehr merkwürdiges Zusammentreffen, daß in denselben Tagen, wo Ludwig XIV. sich genöthigt sah seinen Velleitäten des Schisma bleibend zu entsagen, für den Kaiser Leopold sein großer Plan einer friedlichen Reunion der Protestanten in Deutschland und Ungarn mit der Kirche, wie er sie angestrebt, in unabsehbare Ferne rückte. Wir haben nicht zu erörtern, welche Consequenzen das Gelingen dieses Planes für die späteren Zeiten nach sich gezogen haben würde. Aber wir haben uns klar zu machen, in welchem Lichte damals die gewichtigsten Persönlichkeiten von beiden Seiten die Sache betrachteten.

Wir erinnern uns, daß im Jahre 1691 der Kaiser Leopold den Bischof Spinola von Wiener-Neustadt abermals nach Ungarn entsendete. (S. 16 u. f.). Der Plan des Bischofs war mit Deutschen zugleich und mit Ungarn zu vermitteln. Wir haben seine Gründe dafür vernommen. Einerseits hatte er früher bei vielen deutschen Fürsten und Theologen ein williges Entgegen-Kommen gefunden. Andererseits hatten die ungarischen Protestanten, die nicht ein eigenes Glaubensbekenntnis aufgerichtet, sondern entweder das Augsburgische oder das Helvetische angenommen hatten, wissenschaftlich von jeher ihre Anlehnung in Deutschland gesucht.

Ausgerüstet mit der Vollmacht des Kaisers vom 20. März 1691, forderte Spinola die protestantischen Freunde seines Strebens auf, mit ihm das Werk wieder aufzunehmen und sich zu erklären. Er fand dieselbe Bereitwilligkeit wie acht Jahre zuvor, in Leipzig, in Heidelberg, ferner in Danzig, und überhaupt an vielen Orten, namentlich aber in Hannover [1]). Unter der Genehmigung des Kurfürsten Ernst

[1]) Hanoverani doctores quemadmodum alias, ita nunc omnium erant promtissimi. So die handschriftliche Biographie Spinolas von Hansiz, in der k. k. Hofbibliothek.

August, mit dem Beirathe von Leibniz und der Zustimmung verschiedener Theologen, verfaßte der erste lutherische Geistliche des Landes, der Abt von Lokkum, über die Möglichkeit und Ausführbarkeit der kirchlichen Reunion eine Schrift, welche der Lehre der katholischen Kirche möglichst nahe zu kommen sucht [1]). Als die Basis der Möglichkeit einer kirchlichen Reunion stellt diese Schrift den Satz vieler katholischen Kirchenlehrer hin: daß Niemand, auch wenn er im Irrthume sich befinde, für einen Ketzer gehalten werden dürfe, so lange er bereit sei seine Meinung dem Urtheile der katholischen Kirche zu unterwerfen, und so lange er an der Ueberzeugung festhalte, daß die Kirche den Beistand des heiligen Geistes habe, welcher sie in alle heilsame Wahrheit leiten werde, auf dem Wege eines rechtmäßigen Verfahrens.

Die Schrift hebt hervor, daß die protestantischen Vorfahren vom Beginne an derselben Ueberzeugung gehuldigt, indem sie in der Confession von Augsburg 1530 das Verlangen kund gethan nach einem allgemeinen christlichen Concile. Nun aber, erklärt diese Schrift, wolle man weiter gehen, und hoffe dadurch das zerrissene Band der hierarchischen Einigung wieder zu knüpfen, und wieder zu verschmelzen zu Einem Leibe mit der römisch-katholischen Kirche. Die Schrift verlangt zu diesem Zwecke Zugeständnisse wie diejenigen der Erlaubnis der Priesterehe und des Laienkelches. Dann folgt das Erbieten den Primat des römischen Stuhles anzuerkennen, in Betreff der Ordnung, der Würde, der Leitung in der gesammten, allgemeinen Kirche, über alle Bischöfe der christlichen Welt, so wie das Erbieten zum Gehorsame gegen ihn gemäß dem Rechte, welches ihm in geistlichen Dingen gebühre. Es folgt ferner die Erklärung der Bereitwilligkeit, einzugehen in eine friedliche Erörterung der noch streitigen Lehren, so wie dann eine Aufzählung derjenigen, welche die Verfasser der Schrift als nicht mehr streitig betrachten. Diese letzteren werden in Abtheilungen von je zehn vorgeführt. Die erste dieser Decaden beginnt mit dem Satze: „Die Controverse über das Opfer in der Messe ist nicht eine sachliche, sondern besteht lediglich in Worten“ — und schließt mit dem Satze: „Die Controverse über die Zahl der Sacramente besteht

[1]) Diese Schrift, in der Fassung von 1698, ist zuerst gedruckt in J. D. Winkler: Anecdota Historico-Eccl. Novantiqua. Braunschweig 1752. S. 312 u. f.

in Worten, und ist keineswegs eine sachliche". — Die zweite Decade enthält unter anderen den Satz: „Die gemäßigten Protestanten werden mit Freuden erblicken die Herstellung der Elevation der Hostie und des geweiheten Kelches" — sowie den folgenden: „Die Controverse über den formalen Grund der Rechtfertigung, oder über die Frage, worin eigentlich die Rechtfertigung des Sünders vor Gott bestehe, hat im Anfange gegolten für eine der wichtigsten; nun aber, wo man einander besser versteht, wird anerkannt, daß sie nur eine verbale ist".

Während der Bischof Christoph Spinola, ausgerüstet mit irenischen Kundgebungen solcher Art von Seiten deutscher Protestanten aus verschiedenen Städten und Ländern, so wie mit der Vollmacht des Kaisers und mit Vorwissen des päpstlichen Stuhles, in Ungarn umherreiste, sendete die Prinzessin Sophie von Hannover aus ihre Mittheilungen über die Verhandlungen zwischen Spinola einerseits und den Theologen von Hannover andererseits, an ihre Schwester, die Aebtissin von Maubuisson. Sie legt dieser Prinzessin den Wunsch nahe zu erfahren, wie der Bischof Bossuet von Meaux, welchem sie die betreffenden Papiere bereits früher hatte zustellen lassen, urtheile über die mit dem Bischofe Christoph Spinola getroffenen Vereinbarungen.

Dieser Wunsch ist der Anlaß geworden zu der Correspondenz von Bossuet und Leibniz über die Möglichkeit und Ausführbarkeit einer kirchlichen Reunion. Diese Correspondenz als der Meinungs-Austausch zweier begabter Persönlichkeiten über einen so hochwichtigen Gegenstand ist oft mit regem Interesse erörtert worden [1]). Mit den eigentlichen Verhandlungen über die Reunion, welche Spinola im Auftrage des Kaisers, zunächst damals mit den Protestanten in Ungarn betrieb, steht diese Correspondenz nicht in unmittelbarer Verbindung. Der Mittelpunct dieser eigentlichen Verhandlungen lag weder in Hannover, noch viel weniger in Paris oder Meaux, sondern in der Persönlichkeit des Bischofs Christoph Spinola. Er stand nicht in Verbindung mit Bossuet.

Dennoch erfordert die Wichtigkeit der Sache, daß wir mit einigen Strichen die Stellung des Bischofs von Meaux zu derselben zu zeichnen suchen.

---

[1]) Vollständiger als früher ist diese Correspondenz bis in das Jahr 1695 veröffentlicht in Band 7 der Werke von Leibniz.

Wir erinnern uns des Verhaltens der Gallicaner gegen diese Bestrebungen Spinolas zur Zeit von Innocenz XI., in den Jahren 1683 und 1684. Sie waren denselben nicht förderlich gewesen. (Man vgl. Band III, S. 97 u. f.)

Dann war die Aufhebung des Edictes von Nantes erfolgt, im October 1685. Sie war die That des Gallicanismus. Immerhin gab es bei den französischen Hugenotten nicht eine solche Basis einer Transaction, wie bei den deutschen Lutheranern die Augsburgische Confession von 1530, welche in ihrem Eingange die kirchliche Jurisdiction des Papstes ausdrücklich anerkennt. Aber andererseits auch sucht man vergeblich nach irgend einer Geneigtheit des Königs und seiner Umgebung zu einer Transaction mit den Hugenotten, sei es vor, sei es nach der Aufhebung des Edictes von Nantes. Seit der Bildung der großen Allianz war Ludwig XIV. im beständigen Rückzuge von seinen Uebergriffen gegen den päpstlichen Stuhl. Die Gewaltsamkeit dagegen wider die Hugenotten dauerte fort. Es geschah, daß auch in Versailles sich Stimmen erhoben wider dies Verfahren, für eine mildere Behandlung. Die Frau von Maintenon, deren Meinung namentlich in dieser Angelegenheit als vollwichtig gelten darf, erwiederte auf eine solche Aeußerung: „Niemals, und wenn die Feinde an der Loire stünden, wird der König darin nachgeben" [1]). Ludwig XIV. hatte getrachtet, so viel er es vermochte, dem Kriege der großen Allianz wider ihn den Charakter des Religionskrieges zu geben. Sein Interesse war daher nicht eine friedliche kirchliche Reunion, sondern die Fortdauer des kirchlichen Spaltes nicht im eigenen Lande, wo er durch Gewalt diese Spaltung aufzuheben suchte, sondern im übrigen Europa.

Der Bischof Bossuet von Meaux war an allen kirchlich-politischen Schritten Ludwigs XIV. betheiligt. Er war der Verfasser der gallicanischen Artikel von 1682. Er war im Laufe des Jahres 1693 bemüht eine Formel zu finden, welche, indem sie thatsächlich jene Artikel zurückzog, dennoch die Möglichkeit eines erneuerten Gallicanismus offen lassen sollte [2]). Als diese Versuche an der Beharrlichkeit des päpstlichen Stuhles scheiterten, mußte demgemäß auch

[1]) Relationi Venete. Francia t. III, p. 524.

[2]) Gérin p. 487.

Bossuet einwilligen in jene Abbitte vom 14. September 1693. Eine Kunde dagegen von einer Thätigkeit Bossuets, die Härte gegen die Hugenotten zu mildern, liegt nicht vor. Bossuets kirchlich-politische Thätigkeit entspricht durchaus dem Willen Ludwigs XIV.

Es ist demnach die Frage, ob das Heranziehen, wenn auch nur mittelbar, einer solchen Persönlichkeit zu dem Werke Spinolas fördernd auf dasselbe wirken konnte.

Es würde zu weit führen auf die Einzelnheiten einzugehen. Es ist von verschiedenen Seiten hervorgehoben worden, daß Bossuet gegenüber der Kritik, mit welcher Leibniz die Allgemeingültigkeit des Conciles von Trient anzufechten bemüht ist, seinerseits redet mit dem Vollbewußtsein des Bischofs der römisch-katholischen Kirche, deren Glaubenssätze unwandelbar feststehen. Dies ist richtig. Die Ueberlegenheit Bossuets über Leibniz in dieser Beziehung ist unverkennbar. Aber er kann dieselbe nur bewahren, indem er sich in dieser Allgemeinheit erhält und vermeidet einzugehen auf den concreten Fall, auf die Thatsachen der Verhandlung mit Spinola. Vor dem Andringen auf eine solche bestimmte Antwort entweicht Bossuet und verstummt [1]).

Das Verfahren von Bossuet in diesem Falle ist demnach ähnlich demjenigen in seinem Gutachten für Jacob II. (S. 188 u. f.). Die Grundsätze, welche Bossuet in dem einen Falle wie dem anderen ausspricht, sind unzweifelhaft richtig; aber sie lassen die eigentliche, die praktische Frage unberührt und demnach ungelöst. In diesem zweiten Falle jedoch prägt sich sein Verfahren ungleich schärfer aus. Er wird um eine Antwort gedrängt, nicht bloß einmal, zweimal, sondern oft und Jahre hindurch. Er schweigt. Als endlich fünf Jahre später eine Aeußerung von seiner Seite unvermeidlich wird, entschuldigt er sein Stillschweigen von April 1694 an mit dem ausgebrochenen Kriege [2]).

Aber bis zum April 1694 war der bereits fünf Jahre währende Krieg für ihn kein Hindernis gewesen.

---

[1]) Die Werke von Leibniz, Bd. VII. Man sehe dort das Schreiben von Bossuet vom 12. April 1694, in der damaligen Correspondenz das letzte, und vergleiche damit die folgenden Schreiben von Leibniz, so wie die Einleitung S. LXVII u. f.

[2]) Die Entschuldigung Bossuets vom 11. Januar 1699, eben dort p. LXXXI.

Der Mangel an Aufrichtigkeit bei dem Bischofe Bossuet von Meaux liegt demnach vor Augen. Daß freilich bei der kirchlichen Politik seines Königs ihm eine Antwort sehr schwer geworden sein dürfte, wird sich uns weiter unten, aus dem Urtheile anderer katholischer Theologen, klarer ergeben.

Das Verhalten von Bossuet ist demnach, ungeachtet einzelner günstiger Aeußerungen, in seiner Gesammtheit ein ablehnendes. Daß es nach Hannover hin kältend gewirkt habe, liegt in der Natur der menschlichen Dinge, wenn auch sich das eher vermuthen als nachweisen läßt. Jedenfalls ward Spinola direct davon nicht berührt.

Er fand, wie früher, in Ungarn besondere Förderung durch den Palatin Paul Esterhazy, den Primas Paul Szecheny und die Suffragane desselben. Wir erinnern uns vom Jahre 1687 her jener beiden Männer als dem Kaiser Leopold besonders anhänglich. Weniger geneigt war der Cardinal-Erzbischof Kolonitsch von Kalocza, der Held der moralischen Kraft von Wien im Sturmjahre 1683; jedoch zog auch er bei genauerer Kunde der Sache seinen Widerstand zurück. Um völlig sicher zu gehen, legte Spinola, im Winter 1691/2, dem Kaiser einen von protestantischer Seite abgefaßten Bericht über den Stand der Sache vor, und bat um die Prüfung desselben. Der Kaiser beauftragte zu diesem Zwecke der Prüfung vier Doctoren der Theologie, zwei Jesuiten, Namens Miller und Eder, und zwei Dominikaner, Namens Wynans und Angerer, sämmtlich Männer von Ruf. Sie erklärten, daß sie die Veröffentlichung des Berichtes nicht bloß für nützlich, sondern für nothwendig hielten, und der Hoffnung lebten, daß dieser Bericht erheblich beitragen werde zu dem Werke der Reunion der Protestanten mit der Kirche. So am 2. März 1692 [1]).

Diese Veröffentlichung ist, meines Wissens, nicht geschehen. Welche Gründe immer dem entgegen getreten sein mögen, für Spinola ward das Gutachten zur kräftigen Stütze. Aufs neue durchzog dann im

---

[1]) Sincera relatio circa statum Reunionis Eccl., in den Manuscripten der k. k. Hofbibliothek, Nr. 9308. Durch die Vereinigung dieser Papiere, von denen ich Abschriften genommen, mit denjenigen der Leibniz-Papiere in der k. Bibliothek zu Hannover, besitze ich für diese historisch wenig bekannte Angelegenheit ein sehr bedeutendes Material, muß mich jedoch hier auf das für diese Darstellung Wesentliche beschränken.

Jahre 1692 der kranke Greis, aufrecht gehalten durch den Eifer für das Werk seines Lebens, das oberungarische Land. Die an ihn gerichteten Schriftstücke protestantischer Gemeinden geben Zeugnis eines merkwürdigen Vertrauens auf ihn. Dies Mal blieb man nicht stehen bei allgemeinen Versicherungen der Geneigtheit: das Ergebnis war ein bestimmtes. Eine lange Reihe von protestantisch-kirchlichen Gemeinden erklärten sich bereit einzugehen auf die Vorschläge, über welche protestantische Theologen aus Deutschland in einer Zusammenkunft sich einigen würden. Mit diesem Ergebnisse trat Spinola vor den Kaiser und bat um die Berufung der Theologen, die er vorschlug: Kuhnaeus in Danzig, Fabrizius in Heidelberg mit einem Anderen nach Wahl, Sachse in Köthen, Molanus in Hannover mit einem anderen nach Wahl. Es waren, wie man sieht, Lutheraner und Reformirte. Der Kaiser erließ die erforderlichen Schreiben an den König von Polen und den Rath von Danzig, an den Kurfürsten von der Pfalz, an den Fürsten von Anhalt, an den Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg. Die Zusammenkunft sollte in Frankfurt a. M. stattfinden.

Der Bischof Spinola glaubte dem Ziele seiner Wünsche nahe zu sein. Und dennoch entschwand es seinen Händen.

Die Einladung erschien den Theologen allzu unbestimmt. Weder das Ziel sei angegeben, erwiederte Molanus, noch der Weg. „Wenn wir beide, schreibt er an Spinola, in dieser Sache nicht sind wie Ein Herz und Eine Seele, dann — ich sage es offen — werden alle unsere irenischen Bestrebungen in Rauch aufgehen. Wenn aber wir beide einig bleiben wie wir es sind, dann ist, wenn auch nicht große, doch einige Hoffnung übrig." Dem Kurfürsten von Sachsen komme das Directorium in kirchlichen Angelegenheiten der Protestanten zu: man dürfe ihn nicht übergehen. „Dazu, sagt Molanus, glaube und besorge ich nicht bloß, sondern ich weiß, daß der Papst Innocenz XII. unserem Plane nicht förderlich gesinnt ist. Ich bedarf bestimmterer Anhaltspuncte zur Empfehlung der Sache bei dem Kurfürsten" [1]).

Die Zusammenkunft in Frankfurt a. M. erfolgte nicht.

---

[1]) Schreiben von Molanus an Spinola, vom 21./31. Mai 1693: Nam si nos duo, fateor ingenue, hac in re non sumus una mens unus animus, tunc omnes conatus nostri Irenici abibunt in fumum; si autem, ut sumus, ita maneamus concordes, tunc de felici successu spes si non magna, aliqua tamen superest.

Molanus gibt für jene Behauptung über die Gesinnung von Innocenz XII. keine Anhaltspuncte. Die Richtigkeit derselben würde in sich schließen, daß Innocenz XII. die im Jahre 1691 dem Kaiser gegenüber ausgesprochene Gesinnung geändert habe. Dies würde nur auf Grund eines durchschlagenden Beweises glaubhaft sein. Es ist eher anzunehmen, daß Molanus von irgend einer Seite her getäuscht worden ist.

Das Urtheil Spinolas lautet: „Als der Plan zur Ausführung kommen sollte, da begannen sie zu zittern aus Furcht vor den übelen Nachreden ihrer Amtsgenossen".

So Spinola in einem Berichte an den Kaiser vom 19. October 1693. Es ist merkwürdig, wie nahe der Zeit nach dies zusammen trifft mit jenem Widerrufe Ludwigs XIV. vom 14. September 1693. Ein ursächlicher Zusammenhang liegt indessen nicht vor. Auch gab Spinola in jenem Berichte die Hoffnung nicht auf. In der That werden wir später ersehen, daß die Geneigtheit, namentlich in Hannover, blieb wie zuvor. Aber die Gelegenheit einer That war vorüber gegangen. Sie kehrte nicht wieder.

Dazu trug namentlich bei, daß die Zeit des Wirkens für die unermüdliche Triebkraft dieser Plane, den Bischof Christoph Spinola, abgelaufen war. Aufgerieben durch die Mühsale seines Lebens, dessen Kraft und Thätigkeit er wesentlich diesem Plane der kirchlichen Reunion gewidmet, zog sich der Bischof zurück in die Stille von Wiener-Neustadt. Er hatte sein Werk nicht vollendet. Die Sorge seiner letzten Tage war, die Documente desselben, als die Grundlage ähnlicher Versuche in späteren Zeiten, in die sichere Obhut des Kaisers zu legen. Dann starb er im März 1694, hoch geachtet, tief betrauert von den Besten seiner Zeitgenossen, wenig gekannt und noch weniger gewürdigt von der Nachwelt. Denn auch sein letzter Wunsch ging nicht in Erfüllung. Die Stürme des achtzehnten Jahrhunderts, die Impietät desselben für das Ringen und Streben der Vorfahren, haben einen großen Theil dieser Documente zerstreut und vernichtet.

Das Fehlschlagen dieses Planes von Kaiser Leopold I. ist für Deutschland und Ungarn kaum minder wichtig, wenn auch in einer anderen Richtung, als für Frankreich die Rückkehr von den langjährigen Velleitäten des Schisma und der Nationalkirche, und zwar eben so sehr nach der politischen Seite, wie nach der kirchlichen.

Ludwig XIV. schloß in dieser Weise seinen Frieden mit dem Papste. Es würde nicht richtig sein zu sagen, daß er nicht auch gewünscht hätte, von dem furchtbaren Kriege nach allen Seiten loszukommen. Er machte eine Reihe von Versuchen. Charakteristisch für dieselben ist, daß jeder abzielt auf eine Trennung [1]).

Er trachtete den Papst zu bewegen zu einer Erklärung für die Neutralität Italiens. Der Papst wich aus. Eine solche Erklärung, erwiederte er, würde erst recht die Waffen des Kaisers dahin ziehen, den Brand in Italien vollends entzünden.

Der König that andere Schritte. Er ließ in Stockholm durch den Grafen d'Avaux dem Groß-Kanzler Oxenstjerna seine Bereitwilligkeit zum Frieden aussprechen, so wie das Vertrauen, welches er in die schwedische Vermittelung setze. Oxenstjerna erwiederte, daß Schweden keinen Schritt thun könne, als auf die Versicherung, daß Frankreich alle genommenen festen Plätze zurückgebe, den König Jacob verlassen und Wilhelm III. anerkennen wolle. Die Bedingungen, meinte Avaux, seien hart; jedoch danke er für die Offenheit der Rede. Der Schwede theilte das Vorgefallene dem Engländer Robinson mit zum Zwecke des Berichtes an den König Wilhelm III. Es ist bemerkenswerth, in welcher Weise der König antwortet. In seinem Auftrage meldet Heinsius dem Holländer van Haren in Stockholm, mit ausdrücklichem Ausschlusse einer Mittheilung an den Engländer Robinson, daß der König durchaus geneigt sei zum Frieden, daß sowohl er wie der Kaiser ein volles Vertrauen in Oxenstjerna setzen, daß er glaube, für die spanischen Niederlande ließe sich ein Mittelweg finden zwischen der Herstellung des pyrenäischen und des nymegischen Friedens [2]).

Hier zum ersten Male tritt es uns vor Augen, daß Wilhelm III. zurückzuweichen beginnt von dem Wortlaute der großen Allianz von 1689, welcher für Spanien die Herstellung des pyrenäischen Friedens forderte.

Aber war Ludwig XIV. nur entfernt Willens sich auf jene von Oxenstjerna für die Verbündeten kundgegebenen Bedingungen einzulassen?

Im Monate August 1693 ward ein Auszug einer Depesche von Ludwig XIV. an seinen Gesandten in Stockholm, den Grafen d'Avaux,

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 36, p. 104.

[2]) Heinsius an v. Haren, 18. Mai 1693. Bei v. d. Heim: het archief van Heinsius p. 188.

als Flugblatt überall öffentlich verbreitet [1]). Das Blatt enthielt, daß der König von Frankreich, auf das eifrige Ansuchen einiger deutschen Fürsten, die Bedingungen eröffnen wolle, unter denen er bereit sei zum Frieden. Diese Bedingungen waren die Herstellung der Friedensschlüsse von Münster und Nymegen, die Verwandlung des Stillstandes von 1684 in einen definitiven Frieden, jedoch mit einer Reihe von Restitutionen an das Reich. Unter denselben befand sich nicht die Stadt Straßburg. Statt derselben wollte der König Philippsburg und Freiburg zurückgeben. — Von den anderen Mächten war in dem Flugblatte nicht die Rede.

Die Sache war nicht eine Erfindung. Bonrepos redete in gleicher Weise in Kopenhagen. Der schwedische Gesandte Lilienroth im Haag brachte dieselben Vorschläge an den Grafen Windischgrätz. Dieser erwiederte: „Das ist nicht eine Friedens-Proposition, sondern ein Versuch die Verbündeten zu trennen" [2]).

Heinsius war derselben Ansicht. Er bat den Grafen Windischgrätz: der Kaiser möge den Generalstaaten das Vertrauen aussprechen, daß sie, ungeachtet dieses oder jenes Unglückes, bei der allgemeinen Sache treu aushalten würden, gleichwie seinerseits der Kaiser es verspreche. „Aber warum, fragte der kaiserliche Botschafter, gehen nicht lieber die Generalstaaten selber darin voran?" — Heinsius berichtete diese Unterredung in der Versammlung. Das Wort fiel dort auf einen guten Boden. Die Generalstaaten ließen durch eine Deputation dem Botschafter kund thun: sie hegten in Betreff der französischen Vorschläge zu einem Sonderfrieden gegen den Kaiser nicht das geringste Mißtrauen. Dagegen seien sie der Ueberzeugung, daß Frankreich, aus Unvermögen den Krieg fortzuführen, den Frieden wünsche, und daß daher die Verbündeten, wenn sie nur fest zusammen hielten, nicht zweifeln dürften einen ehrenhaften Frieden zu erlangen [3]).

Heinsius persönlich verstärkte diese Ausdrücke. Er erging sich in heftigen Worten gegen die Kurfürsten von Brandenburg und Braunschweig-Lüneburg, gegen den Landgrafen von Hessen-Cassel, welche da-

---

[1]) Das Flugblatt hat den Titel: Extrait d'une depesche du Roy a Mr. d'Avaux. Du . . juillet 1693.

[2]) Bericht vom 29. August.

[3]) Desgleichen.

mals sich weigerten einen Beitrag von 50,000 Thalern für Kursachsen noch weiter zu zahlen. „Die deutschen Fürsten, rief er, wollen von dem Kriege prosperiren, nichts dafür beitragen. Aber sie irren sich. Die Generalstaaten werden keinen Stüber mehr für Andere auf sich nehmen." Er ließ dagegen die Willfährigkeit durchblicken zu noch größeren eigenen Leistungen. Er bat dringend, daß Windischgrätz dem Kaiser melde: der König von Frankreich könne nicht mehr. Die Noth dort steige rasch. So am 3. September.

Ludwig XIV. hatte im Eingange jener Veröffentlichung sich berufen auf die Aufforderungen von deutschen Fürsten zum Frieden. Einer nach dem anderen erhob in Regensburg Protest gegen eine solche Behauptung [1]). Demnach war der Versuch in dieser Form fast von Anfang an als gescheitert anzusehen. Wir werden bald in neuer Form ihn wieder auftauchen sehen.

Dem Kaiser Leopold dagegen mußte, nach der Lage der Dinge, jene Kundgebung der Generalstaaten sehr erwünscht kommen. Denn er war gerade darauf aus, ihre Thätigkeit zur See stärker in Anspruch zu nehmen. Es lag ihm vor allen Dingen daran, zu Gunsten sowohl für Spanien als auch für Savoyen die Hülfe einer englisch-holländischen Flotte im Mittelmeere zu erlangen. Zu diesem Zwecke hatte ja auf das Drängen des Kaisers schon zu Ende 1692 ein Geschwader dahin abgehen sollen. Wir erinnern uns, daß die Abfahrt Rookes sich verzögerte bis in den Juni 1693, daß dann am Cape St. Vincent der französische Admiral Tourville die Flotte theils vernichtete, theils zerstreuete. Auf die Kunde dieses Unglückes erneuerten Spanien für sich, der Kaiser für Savoyen den Wunsch, im August, daß die eigentliche Kriegesflotte nicht bloß ins Mittelmeer gesendet werden, sondern dort auch überwintern möge. Der erste Vorschlag ward bereits gemacht am 1./11. August 1693. Alle spanischen Häfen, fügten Windischgrätz und Quiros hinzu, würden zur Verfügung stehen. Der Vorschlag erschien sowohl dem Könige von England wie Heinsius allzu weit aussehend. Es sei dort kein spanischer Hafen, erwiederten sie, in welchem die Schiffe überwintern, auch nur carenniren könnten. Erst einige Tage später erhielten die beiden Gesandten genauere Nachrichten über

[1]) Sylvius t. IV, b. 36, p. 95 und 108.

die Beschaffenheit von Port Mahon auf der Insel Minorka. Quiros reichte darüber eine Denkschrift ein. Windischgrätz unterstützte dieselbe durch den Hinweis, daß eine holländisch-englische Kriegesflotte im Mittelmeere nicht bloß Spanien und Savoyen schützen und ermuthigen, sondern auch einen starken Druck auf die Türken üben werde zu Gunsten des Friedens [1]).

Es war der letzte Gedanke, welchen der Graf Windischgrätz persönlich im Haag geltend machte. Dann schied er, seinem lang gehegten Wunsche gemäß, den der König Wilhelm III. beim Beginne des Feldzuges ihm durchkreuzt, zur Rückkehr nach Wien. Nicht weniger nachdrücklich betrieb darum der Kaiser den Plan. „Es verlautet, meldete er am 18. September dem Grafen Stratemann im Haag, daß die gesammte französische Flotte im Mittelmeere überwintern solle. Demgemäß sind von derselben an den Küsten Italiens Diversionen zu erwarten." Der Kaiser mahnt die Seemächte die Consequenzen dessen zu erwägen, und entgegen zu treten, so lange man es noch vermöge. Denn im anderen Falle könne von dort her die gemeine Sache einen tödtlichen Stoß erhalten [2]).

Die Worte des Kaisers wurden von dem Könige Wilhelm und Heinsius in ernstliche Erwägung gezogen. Den Sommer über hatten sie in wiederholten Erörterungen gegenseitig ihre Ansicht festgestellt, daß der König von Frankreich sich beugen werde nur überlegenen Kräften. Aber in diesem letzten Feldzuge von 1693 hatten sich die Waffen der Verbündeten den französischen an Zahl durchweg nicht einmal gewachsen gezeigt. Demnach mußte, auch ungeachtet daß Frankreich bei seiner inneren Bedrängnis für 1694 kaum wieder die gleichen Streitkräfte aussenden würde, von Seiten der Verbündeten die Zahl der ihrigen gesteigert werden. So die Ansicht des Königs Wilhelm III. und des Rathspensionärs Heinsius.

Am 19. October 1693 beschlossen die Stände von Holland, daß die Armee für den nächsten Feldzug um 15,000 Mann vermehrt werden solle. Es war vorauszusehen, daß die Provinzen Groningen und Friesland sich sträuben würden. „Dessen ungeachtet, fügt Strate-

---

[1]) Berichte des Grafen Windischgrätz vom 25. August und 3. September.
[2]) Kaiserliches Rescript vom 18. September.

mann seinem Berichte hinzu, zweifelt man nicht an dem Effecte." Wenige Tage später ersuchte ihn Heinsius im Namen der Republik es dem Kaiser zu melden, und ferner, daß sie ihre Flotte verstärken werde auf sechzig Capital-Schiffe, ohne Fregatten und Brander[1]).

Bevor der König nach England aufbrach, erschien er in der Versammlung der Generalstaaten. Er warf einen kurzen Rückblick auf den Feldzug. Er habe, sagte er, alles gethan was er vermocht, um den Feind zu einem billigen und ehrenhaften Frieden zu zwingen. Er habe es nicht vermocht. Man müsse daher dies hoffen von dem nächsten Feldzuge. Er werde sich bemühen, auch das Parlament zu bewegen zu einer nach Verhältnis entsprechenden Mehrleistung zu Lande und zu Wasser. Er hoffe, daß dann auch den Verbündeten dies zum Vorbilde der Nachahmung gereichen werde[2]).

Der Wind blies andauernd ungünstig. Erst am 7. November konnte der König sich mit sicherer Erwartung der Abreise zu Schiffe begeben. Die Fahrt war dann ungewöhnlich rasch. Am Nachmittage des 8. November landete er in Harwich.

Und abermals richteten sich die Blicke erwartungsvoll nach England. Die Nachricht von den gesteigerten Rüstungen in der Republik konnte in Versailles und St. Germain nicht mehr unbekannt sein. Gespannter als jemals zuvor seit der Kriegserklärung lauschte man dahin, wie das Parlament den König empfangen würde.

[1]) Stratemanns Bericht vom 29. October.
[2]) Sylvius t. IV, b. 36, p. 123.

Achtzehntes Buch.

Das Kriegesjahr 1694.

Die Session des Parlamentes von England im Winter 1693/4 ist für das Verfassungsleben von England von besonderer Wichtigkeit. Denn zum ersten Male entschloß sich der König Wilhelm III., zuwider seinem bisherigen Verhalten, seine Minister nur oder doch fast nur aus einer der Parteien zu wählen, nämlich aus der Whig-Partei. Indem wir den Hergang dieser Dinge ins Auge zu fassen haben, liegt es uns ob dahin zu streben, daß in unsere Betrachtung sich nicht hineinmische die Reflexion einer späteren Zeit, daß wir dagegen uns klar zu machen suchen, in welchem Lichte die damalige Mitwelt die Sache anschaute. Wir haben daher hier wie immer hauptsächliches Gewicht zu legen auf das Urtheil eines vom englischen Parteigetriebe nicht berührten, aber der Dinge kundigen und für England wohlwollenden Augenzeugen, des kaiserlichen Residenten Hoffmann.

Der Ankunft des Königs Wilhelm III. in England ging eine Reihe ungünstiger Nachrichten voran. Zuerst kam diejenige der Aufhebung der Belagerung von Belgrad. „Sie gereicht, meldet Hoffmann, der englischen Nation zum höchsten Leidwesen". Dazu fügte sich die andere des Verlustes von Charleroi. Es folgte eine dritte und nächste, diejenige der Wegnahme mehrerer reichen Westindienfahrer. Obwohl von einem Kriegsschiffe begleitet, waren sie doch zwei geringeren französischen Kapern zur Beute geworden. „Das Schimpflichste bei diesem Verluste ist, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, daß, nachdem diese Flotte alle Gefahren von Barbadoes her bis fast in den Hafen über-

standen, dies Unglück über sie kommt im Angesichte der Küste ihres Vaterlandes, zu einer Zeit, wo dasselbe 140 Kriegsschiffe, groß und klein, die Jachten mit inbegriffen, in See hält. Es liegt also nicht an dem Mangel der Mittel zur Abwehr, sondern an der nicht richtigen Verwendung dieser Kräfte, an dem Mangel der Wachsamkeit und der einsichtigen Leitung" [1]).

Dies Unglück rief die Erinnerung an dasjenige des Sommers in der Bucht von Lagos bei St. Vincent lebendig wieder vor Augen. Die Untersuchung desselben durch das Parlament stand bevor. Man wußte, daß die Admirale, welche den Sommer über das Commando geführt, sich bemühen würden alle Schuld zu wälzen auf die Commission, welche die Functionen des Groß-Admirals ausübte, und umgekehrt. Hoffmann sprach im voraus seine Ansicht aus, daß bei allen diesen Angelegenheiten weder ein Verrath unterlaufe, noch eine jacobitische Gesinnung, sondern daß das große Unglück bei St. Vincent wie die kleineren, beizumessen seien der allgemeinen Zerfahrenheit, der Rechthaberei, der Ränkesucht des Einen wider den Anderen, kurz der Spaltung der englischen Nation in die zwei großen Parteien, die er, wie durchweg die Gesandten damaliger Zeit, bezeichnet als die Anglicaner und Presbyterianer. Er schilderte die Stimmung der letzteren als sehr unzufrieden. So wie bisher, sagten sie, könne es nicht bleiben. Der Zustand sei nicht zu ertragen.

Wir erinnern uns, daß, obwohl in dem neugewählten Unterhause von 1690 zuerst die Tories überwogen, dennoch bereits im Jahre 1692 die Whig-Partei eine, wenn auch geringe Mehrheit besaß. Wir erinnern uns ferner des Ansturmes dieser Partei in der Session zuvor gegen den Staats-Secretär Nottingham, den Tory. Der König hatte damals ihn gehalten, hatte die Forderungen der Partei zu beschwichtigen gesucht durch die Ernennung der Whigs, Somers und Trenchard. Aber für die Session von 1693/4 waren die Whigs entschlossen zum erneuten und stärkeren Anlaufe, sowohl gegen den Grafen Nottingham als den Marquis Caermarthen, den Präsidenten des geheimen Rathes, namentlich indessen gegen den ersteren. Denn obwohl, sagten sie,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 16. October.

Nottingham auf die Seesachen direct keinen Einfluß habe, so sei doch die Ernennung der drei Admirale, welche mittelbar die Schuld trügen an dem Verluste in der Bucht von Lagos bei St. Vincent, geschehen durch seinen Einfluß. Er selber wie zwei jener Admirale seien heimliche Jacobiten. Die Whigs vertrauten für diesen Angriff nicht bloß auf das Uebergewicht ihrer Zahl. Ihre Macht ward verstärkt dadurch, daß das baare Geld der Nation sich hauptsächlich in den Händen der Whigs befand, daß namentlich der Gemeinderath von London ihrer Partei angehörte. Die Kundigen waren der Ansicht, daß die Whig-Partei, wenn die anderen Mittel nicht ausreichten, durch das Bedürfnis des Geldes auf den König drücken werde. Demnach, sagten sie, trete an ihn dies Mal besonders die höchst schwierige Aufgabe heran, wie er es anfangen wolle, die für einen König von England so hoch wichtige und nöthige Unparteilichkeit zu bewahren, wie er es vermeiden könne, der einen Partei den Vorzug zu geben vor der anderen. Denn die Erfahrung lehre, sagte man, daß ein solcher Vorzug der einen Partei vor der anderen, die Ausschließung also der einen, noch niemals ohne schädliche ja unheilvolle Folgen geblieben sei [1]).

Wir haben Gewicht zu legen auf diese letzten Worte. Sie zeigen, wie fremd der damaligen Zeit noch die Idee entgegen trat, welche durch den Brauch und die Gewöhnung späterer Zeiten sich zu einer specifisch constitutionellen entwickelt hat, nämlich daß der König von England verpflichtet sei, ein in sich einheitliches und solidarisches Ministerium zu bilden aus der jeweiligen Mehrheit des Unterhauses. Es tritt uns in diesem Falle wie in vielen anderen die Beobachtung nahe, daß das Verfassungsleben von England sich nicht gestaltet hat nach vorher fertigen Theorien, sondern erwachsen ist aus den jeweiligen praktischen Bedürfnissen von England, und darum auch nur auf dem Boden, aus welchem es erwachsen, die volle Lebensfähigkeit besitzen kann.

Die Ankunft des Königs verzog sich bis über den Termin der Einberufung des Parlamentes hinaus. „Es sind, sagt Hoffmann, dadurch nicht bloß für die Verhandlungen zwölf Tage verloren, sondern

[1]) Hoffmanns Bericht vom 10. September.

eben so viele für das Cabaliren gewonnen." Es liegt demnach vor Augen, mit welcher Besorgnis die dem Könige wohlwollenden Personen dem zu erwartenden Sturme entgegen schauten. Aber auch der König hatte dies alles wohl erwogen. Demgemäß faßte er seine Entschlüsse.

Am Tage vor der Eröffnung des Parlamentes vernahm man die Kunde, daß der König den Staats-Secretär Nottingham entlassen. Der König hatte am selben Tage den Whig Shrewsbury zu sich entboten, um ihm die erledigten Siegel anzubieten. Wir erinnern uns, daß Shrewsbury mit St. Germain in Verbindung stand. Er wich damals, im November 1693, dem Erbieten des Königs aus. Erst später, im März 1694, entschloß er sich dennoch zu der Annahme, und wir werden dann den Verlauf dieser Angelegenheit zu überblicken haben. — Am Abende noch jenes Tages vernahm man die neue Kunde, daß der König die drei Admirale des Commandos enthoben, und die Führung der Flotte wieder an Russel übertragen, den notorischen Whig. Auch Russels Beziehungen mit St. Germain in Folge dessen werden später uns vor Augen treten. Für damals, für die Eröffnung des Parlamentes, tritt in den Vordergrund seine Eigenschaft als Whig. Der Schritt des Königs in Betreff der Ernennung von Russel stellte auch jenen ersteren, die Entlassung Nottinghams, dem der König in keiner Weise eine Unzufriedenheit bewies, in helleres Licht. Der König wollte augenscheinlich der Whig-Partei entgegen kommen. Er verließ damit thatsächlich in diesem Falle das bisher befolgte Princip einer aus beiden Parteien gemischten Regierung [1]).

Vernehmen wir darüber das Urtheil von Hoffmann in seinem Berichte des Vorganges an den Kaiser. „Der König, sagt er, sucht dadurch im Interesse seiner Forderungen an das Unterhaus die Whig-Partei sich zu verpflichten, und zugleich die Klagen und Beschwerden, mit denen dieselbe viele Zeit verlieren würde, von vorn herein abzuschneiden. Ob er besser fahren wird die Geschäfte nur Presbyterianern aufzutragen, als bisher, wo er Mitglieder aus beiden Parteien nahm, muß die Zeit lehren. Zum wenigsten benimmt er dadurch der stärkeren Partei, die fortan allein die Angelegenheiten in Händen hat, alle Ent-

---

[1]) Die Berichte vom 30. October bis zum 10. November.

schuldigung für etwaige künftige Uebelstände in der Leitung der Geschäfte. Andererseits ist zu besorgen, daß die Partei der Anglicaner sich dadurch zurückgestoßen fühle" [1]).

Diese Worte Hoffmanns lassen ersehen, daß eben so wie bei dem Könige, so auch bei den Mitgliedern des Parlamentes selbst der Gedanke an irgend eine Verpflichtung des Königs, seine Räthe aus der Mehrheit des Unterhauses zu nehmen, noch nicht aufkam. Denn, wenn so etwas ausgesprochen wäre, so würde es dem Ohre oder Auge eines Beobachters wie Hoffmann nicht entgangen sein. Nach seiner Ansicht wirkte auf den König für das Hinüber-Lenken zu der Whig-Partei ein doppelter Beweggrund. Der eine entstammte aus der Lage der Dinge nach außen, aus dem Bestreben des Königs diejenige Partei, welche die Mehrheit besaß, sich willfährig zu machen für seine gesteigerten Forderungen zum Kriege. Die nachdrückliche Führung des Krieges gegen Ludwig XIV. überhaupt ist ja das in der Seele Wilhelms III. dominirende Princip. Um dieses Principes willen wirft er das eine Mal die königliche Autorität in die Wagschale der Tories, geht er ein anderes Mal mit den Whigs. — Der andere Beweggrund des Königs erwuchs aus der Lage der Dinge in England, im Parlamente. Indem er der Whig-Partei zu einem bedeutenden Theile dasjenige entgegen trug, was sie durch ihren Ansturm gegen die Tory-Räthe, durch die Erörterungen über geschehene Dinge zu erreichen hofften, wollte er diesen Hader mit dem daran hangenden Zeitverluste abschneiden. Er wollte zugleich — und hierin liegt der wichtige Fortschritt in der constitutionellen Praxis — für den nächsten Feldzug die Verantwortlichkeit lösen von der Parteistellung, sie zu einer lediglich sachlichen machen.

Am 7./17. November trat das Parlament zusammen. Wir haben in Betreff der Thronreden des Königs wiederholt auf seinen Grundsatz hingewiesen, selber sie abzufassen. Demnach haben seine Thronreden geschichtlich eine ganz andere Bedeutung als diejenigen späterer Zeiten. Sie spiegeln uns dar, wie der König persönlich die Dinge ansah, oder doch, wie er sie vom Parlamente angeschaut wissen wollte. Der König redete wie folgt.

[1]) Bericht vom 17. November 1693.

„Mylords und Herren. Ich bin immer froh hier mit Euch zusammen zu treffen, und ich möchte herzlich wünschen, daß unsere Befriedigung darüber zur Zeit nicht verringert würde durch die Nachtheile, die wir in diesem Jahre zu Lande erlitten, so wie durch die übele Leitung der Dinge zur See. Nach meiner Ansicht liegt es vor Augen, daß die ersteren herrühren nur von der Zahl unserer Gegner, die sich aller Orten uns überlegen fand. Was dagegen das Misgeschick zur See betrifft, welches so schwere Verluste für diese Nation nach sich gezogen, so hat es mich auf das tiefste bekümmert, und wie ich Sorge tragen werde, daß die an ihrer Pflicht Säumigen ihre Strafe erleiden, so bin ich zugleich entschlossen das Aeußerste aufzubieten, daß unsere Kräfte zur See in Zukunft angemessen verwendet werden. Dagegen wird es Eurer Sorgfalt würdig sein zu untersuchen, ob wir ausreichend versehen sind sowohl in Betreff der Zahl unserer Schiffe, als auch mit den geeigneten Häfen westwärts hin, damit wir von dort aus unsere Feinde desto mehr zu belästigen vermögen, so wie unseren Handel zu beschützen, welcher so wesentlich ist für die Wohlfahrt des Königreiches."

„Mylords und Herren. Ich erkenne vollaus die große Zuneigung an, mit welcher Ihr mich immer unterstützt habt bei den schweren Lasten des Krieges. Sie sind in der That sehr schwer gewesen. Und dennoch lebe ich der Ueberzeugung, wir werden nach der Erfahrung dieses Sommers uns Alle einigen in dem Urtheile, daß, um den Krieg nach Wunsch hinaus zu führen, uns die Nothwendigkeit obliegt, unsere Streitkräfte zu Wasser und zu Lande für den nächsten Feldzug zu verstärken. Unsere Bundesgenossen haben in Betreff der ihrigen diesen Beschluß gefaßt, und ich zweifele nicht, Ihr werdet nach den gegenwärtigen Erforderniſſen mir die ausreichenden Mittel gewähren, zu handeln in entsprechender Weise. Demnach empfehle ich Euch Herren vom Hause der Gemeinen dringend, so zeitige Beschlüsse darüber zu fassen, daß Eure Bewilligungen wirksam, und unsere Vorbereitungen so gefördert werden, wie die Sicherheit und die Ehre der Nation es verlangt" [1]).

Die Rede ward mit Schweigen vernommen. Das Unterhaus zog sich zurück. Beide Häuser vertagten sich.

---

[1]) Commons' Debates. Vol. II, p. 416.

Am 14./24. November trat das Unterhaus wieder zusammen. Eine Dank-Adresse auf die Thronrede ward nicht beantragt. Dagegen beschloß das Unterhaus, ohne Widerspruch, den König und seine Regierung zu unterstützen. Es ward bemerkt, daß der sonst übliche Ausdruck: mit Hab und Gut, in diesem Beschlusse fehlte. Zunächst jedoch solle die übele Leitung der Seesachen des vergangenen Sommers untersucht werden. Die betreffenden Schriftstücke wurden eingefordert, die Personen vorgeladen [1]).

Wir erinnern uns, daß der König in der Session des Winters zuvor die Triennial-Bill abgelehnt hatte. Das Unterhaus nahm sie am 16./26. November wieder vor. Sie ward zum ersten Male verlesen. Dann jedoch ging das Unterhaus auf die Angelegenheit der Subsidien ein. Ohne Widerspruch ward beschlossen, dem Könige die für die Flotte erforderlichen Mittel zu gewähren, demnach ihn um die detaillirte Vorlage zu ersuchen.

Die Aussichten wurden mithin in so weit heller, daß man annehmen durfte, das Unterhaus werde die verlangten Mittel gewähren, so jedoch daß auch der König dann seine Zustimmung gebe zu der Triennial-Bill. Ein Bedenken erregte andererseits, daß das Unterhaus, anstatt, wie sonst, den gesammten Kriegsstaat zu Wasser und zu Lande zugleich vorzunehmen, dies Mal nur von der Flotte gesprochen [2]).

Die detaillirte Forderung für die Flotte ergab reichlich $2^1/_3$ Million Pfund Sterling. Statt der früheren 30,000 Seeleute, waren 40,000 erforderlich. Um den König nicht warten zu lassen, bis die einzelnen Posten bewilligt würden, beschloß das Unterhaus am 21. November/1. December, ihm sogleich eine Anleihe von 400,000 £ zur Verfügung zu stellen [3]).

Während so die Hoffnungen auf einen günstigen Ausgang der Dinge stiegen, war das Unterhaus eben so sehr beflissen für die eigenen Angelegenheiten. Täglich nahm es die Triennial-Bill vor. Zu derselben kam noch eine andere, die Place-Bill. Der wesentliche Inhalt derselben war, daß fortan kein Mitglied des Parlamentes ein Amt

[1]) Hoffmanns Berichte vom 17. und 24. November.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. November.
[3]) Desgl. vom 1. December.

des Hofes oder der Regierung besitzen dürfe. Man wußte im voraus, daß der König die eine Bill wie die andere betrachte wie einen Eingriff in seine Prärogative. Dennoch theilten auch Unparteiische die Hoffnung, daß er, nach einigen Ermäßigungen in beiden Bills, sich zur Sanction entschließen werde [1]).

Daneben her haderten die beiden Parteien über die Misgriffe in den Seesachen des letzten Jahres. Die Whigs setzten den Beschluß durch: es sei die Meinung des Hauses, daß die Misleitung notorisch und verrätherisch gewesen sei. Aber wer war der Verräther? Das Unterhaus war zwei volle Tage mit der Erforschung desselben beschäftigt. „Die Aufgabe, fügt Hoffmann hinzu, ist allerdings schwerer, als im allgemeinen die Sache eine Verrätherei zu nennen, es wäre denn daß man Alle, die mit der Angelegenheit zu thun gehabt, als Verräther bezeichnen wollte" [2]). Aber jede Partei suchte die ihrigen zu retten. Die Tories wälzten alle Schuld auf das Verpflegungs-Amt, welches besetzt war mit Whigs. Von dieser Partei aus ward ein Antrag eingebracht, welcher das Verpflegs-Amt frei sprach. Er erhielt die Mehrheit. Die Whig-Partei ihrerseits machte die commandirenden Admirale für alles verantwortlich. Diese waren Tories. Es ward ein Antrag eingebracht, der sie schuldig sprach. Er erhielt nicht die Mehrheit. Demnach hatte das Unterhaus eine Verrätherei anerkannt, die Betheiligten jedoch sämmtlich vom Verrathe freigesprochen. Und damit war die Sache zu Ende.

Von Anfang an indessen stand als das allgemeine Urtheil fest, daß die Commission, in deren Händen die Admiralität lag, nicht bleiben könne. Der König ernannte eine neue Commission mit Russel an der Spitze. In so fern endete auch diese Angelegenheit zum Vortheile der Whig-Partei.

Immer günstiger stellten sich inzwischen die Dinge für den König. Die Triennial-Bill ward im Unterhause verlesen einmal, zweimal. Aber es kamen bedeutende Modificationen hinein, so sehr daß nach der Ansicht Vieler die Bill werthlos wurde. Bei der dritten Lesung

---

[1]) Der Bericht vom 1. December.

[2]) Desgl. vom 4. und 8. December.

im Unterhause erhielt sie nicht die Mehrheit [1]). Die Gefahr demnach für den König dieser Bill abermals die Sanction zu versagen, sank unter. Sie tauchte dann aufs neue empor im Oberhause. Dort brachte ein eifriges Mitglied die Triennial-Bill vor in der ursprünglichen Gestalt vom Jahre zuvor. Sein Antrag ging durch. Man war überrascht, erstaunt. „Es ist das erste Mal, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, daß in dieser Sitzungs-Periode das Oberhaus sich bemerkbar macht. Bisher hat es gesessen wie nur der Form wegen.“ Aber es handelte sich darum, ob die an Macht und Autorität stärkere Körperschaft des Unterhauses beitreten würde. Es geschah nicht. Dasselbe Unterhaus, welches im Jahre zuvor die Triennial-Bill so nachdrücklich betrieben, welches auch im November 1693 für Wochen lang daran festgehalten, ließ nun in wenigen Tagen zum zweiten Male sie fallen. Die Thatsachen liegen vor: die Motive solcher Wandlungen sind unberechenbar.

Andererseits ward die Stimmung im Unterhause immer geneigter für die Forderungen des Königs zum Zwecke des Landkrieges. Am 5./15. December wurde der Anschlag für die Land-Armee vorgelegt. Die Zahl war 93,000 Mann, demnach 30,000 Mann mehr als im Jahre zuvor, vertheilt auf sechsunddreißig neue Regimenter Infanterie und Cavallerie, zum Betrage von fast drei Millionen Pfund Sterling. Das Unterhaus verlangte zuerst den Bestand der Kriegesmacht auch der verbündeten Mächte zu erfahren. Dies Verlangen zielte, wie immer in solchen Fällen, auf die Republik Holland. Sie habe, hieß es, den Seehandel zur Zeit fast allein in Händen. Es sei darum billig, daß sie vorangehe. Daß indessen das Unterhaus bewilligen werde, daran bestand vom Tage der Vorlage an kein Zweifel. Demnach beliefen sich die Bewilligungen des Unterhauses für den Feldzug von 1694 auf etwa 6 Millionen Pfund Sterling. Wir erinnern uns, daß dreißig Jahre zuvor die Summe von $2\frac{1}{2}$ Millionen für den ersten Seekrieg Carls II. von den Engländern selbst angestaunt wurde. Das Sinken des Geldwerthes innerhalb dieser dreißig Jahre mochte kaum bemerklich sein. Nun bewilligte man für das sechste Kriegesjahr weit mehr als

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. December: Das Unterhaus hat die Triennial-Bill fallen lassen, aus Ursachen daß sie so modifizirt worden, daß sie nichts mehr bedeutet hat.

das Doppelte. Die Summe trug nach damaligem Reichsgelde aus 27 Millionen Thaler in Gold. „Das ist ein Betrag, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, von welchem kein anderes Land zu sprechen fähig ist" [1]). Richtiger vielleicht dürfte er gesagt haben: welche kein anderes Land freiwillig sich selber aufzuerlegen fähig ist. Denn allerdings entnahm Ludwig XIV. von seinen Unterthanen ungleich mehr, nicht jedoch vermöge ihrer Zustimmung. Die Verschiedenheit in der Lage der beiden Nationen, der englischen und der französischen, war selten vorher so grell hervorgetreten wie in dem Winter von 1693 auf 1694. Richten wir daher unsere Blicke nach Frankreich.

Nicht bloß das Getreide war im Sommer 1693 in Frankreich misrathen, sondern auch der Wein und die Kastanien in den Provinzen, die sonst daran Ueberfluß hatten[2]). Man berechnete bereits im November, daß das Brot für die Truppen sechszehn Millionen französischer Livres mehr erfordern werde. Aber es handelte sich um das Volk. Die Frage der Abwehr der Hungersnoth trat als die dringendste in den Vordergrund. Die Berichte der Pfarrer der Kirchspiele von Paris ergaben, daß außer den notorischen Bettlern 240,000 Personen in Paris der Unterstützung bedürften. Der König ließ in dieser Stadt monatlich 40,000 französische Thaler unter die Bedürftigen vertheilen. Der Wille war gut: die That reichte nicht. Man befürchtete dort, daß die allgemeine Noth Gewaltacte hervorrufen würde. Die Gardes du Corps wurden fast sämmtlich nahe um Paris herangezogen, damit sie in einem solchen Falle zur Hand seien.

Die im November 1693 eingezogenen Berichte bestätigten von allen Seiten, daß Frankreich nicht das erforderliche Getreide besitze für den Unterhalt der Menschen bis zur nächsten Ernte, daß man daher dringend der Einfuhr bedürfe. Demgemäß hob der König die Zölle für die Einfuhr auf, nicht bloß für französische Schiffe, sondern auch für fremde, ja selbst für diejenigen der feindlichen Nationen, denen man besondere Sicherheitspässe versprach. So mochte Verschiedenes eingeführt werden, namentlich im Südosten durch die Schiffe von Genua. Dennoch reichte dies so wenig, daß namentlich das Heer

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. December 1693.

[2]) Hier und für das Folgende die Berichte des Schweden Palmquist aus Paris, in den Robethon Papieren St. A. H. — Man sehe Anlage I.

Catinats Mangel litt. Wir erinnern uns seines Sieges von Marsaglia und Orbassano. Die Franzosen betrachteten ihn als den wichtigsten, den sie bis dahin in diesem Kriege in offener Feldschlacht errungen. Die Noth zwang Catinat im November zur Heimkehr auf das französische Gebiet. Demnach war der Sieg wie nicht errungen, die Schlacht von Orbassano wie nicht geschlagen.

Ergiebiger als das was Genua von den Inseln Corsika und Sardinien her lieferte, erschien in den Augen der Franzosen die Berberei. Der König entsendete einen besonderen Botschafter, St. Olon, nach Marokko, um von dorther die Ausfuhr von Brotkorn zu erlangen. Die Anrede dieses Mannes, im Namen, wie er sagte, des Kaisers von Frankreich, des Beschützers der Könige, des Schiedsrichters und Eroberers von Europa, pries den Sultan Muley Ismael als den gottesfürchtigsten und berühmtesten Kaiser, der seit Almansor den Thron von Afrika bestiegen. Eben dieser selbe Muley Ismael hatte unmittelbar vor der Anrede St. Olons drei seiner Hofleute eigenhändig geköpft, so daß seine Kleidung starrte von Blut. St. Olon schloß mit dem Wunsche, daß die Freundschaft der beiden kaiserlichen Majestäten von Frankreich und Marokko unauflöslich sein und sie zu absoluten Herren der gesammten Welt machen möge [1]).

Ein Mittel solcher Art, um der Hoffnung willen dadurch Brotkorn zu erlangen, charakterisirt wie allerdings einerseits die Gesinnung, so noch mehr das Bedürfnis und die Noth. Es blieb ohne erhebliche Frucht.

Die ergiebigste Bezugsquelle für Korn fand sich in den Ländern an der Ostsee, namentlich in Danzig. Aber die Fahrzeuge von dort her hatten einen langen Weg zurückzulegen, auf welchem täglich und stündlich ihnen die Wegnahme durch englische und holländische Schiffe drohete. Hier eröffnete sich ein reiches Feld der Thätigkeit für die unermüdliche Wachsamkeit des kühnen Seemannes Jean Bart. Wenn es gelang, eine Flotte von Getreideschiffen sicher zu geleiten, oder eine bereits genommene den Händen der Feinde wieder zu entreißen, sie dann in einen Hafen von Frankreich einzubringen: so durfte man im voraus vermuthen, daß es geschehen sei unter der Führung

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 36, p. 121.

von Jean Bart. Vielleicht hat keiner in solchem Maße wie er beigetragen, die Noth Frankreichs von 1694 wenigstens einigermaßen zu lindern.

Zu den Gefahren von Außen für die Einfuhr von Getreide trat noch die innere Schwierigkeit, der Mangel an Geld in Frankreich zum Ankaufe im Auslande. Dieser Mangel ward, wenigstens einmal, verstärkt durch eine Maßregel solcher Art, wie sie nur in despotisch regierten Staaten möglich sind. Ein Kaufmann, der im Auftrage des französischen Hofes einen Vorrath von Getreide in Danzig angekauft, konnte vom Hofe nicht das Geld erhalten, die auf ihn gezogenen Wechsel zu bezahlen[1]). Ludwig XIV. scheint sich nicht klar darüber geworden zu sein, daß dieser Eingriff mit eiserner Faust in das zarte Gewebe des Credites immerhin Einmal durchführbar war, nicht zweimal. Ein treibender Grund dabei war das noch vorhandene Geld im Lande zu erhalten, oder richtiger, verfügbar für den Dienst des Königs. Unabläſſig wurden neue Decrete bekannt gemacht, der Mehrzahl nach zu dem Zwecke die Ausführung derjenigen zu beschleunigen, die darauf hinaus liefen, alles baare Geld in die Cassen des Königs zu leiten. Der Erfolg war nicht groß. Das Geld verbarg sich um so mehr[2]).

Die Zahlungen für die Akademie der Wissenschaften waren bereits eingestellt, die Arbeiter für die Gobelins entlassen[3]). Der König ging in dieser Richtung weiter. Er zog Pensionen ein, verkürzte Gehalte, bezahlte auch vom Militär nur noch die Offiziere und Soldaten im activen Dienste. Die Generale wurden angewiesen, nur in Fällen von höchster Wichtigkeit Couriere zu entsenden Man hoffte dadurch erheblich zu sparen. Derselben Richtung entsprechend handelten die Privatpersonen, oder waren gezwungen so zu handeln. Der Marschall Duras berief seine Dienerschaft, eröffnete ihnen, daß er im Stande

---

[1]) Palmquists Bericht vom 30. November: Un marchand qui a acheté quantité de bled à Dantzick par ordre de la cour, ne sauroit toucher un sol, pour payer les lettres de change qu'on a tirées sur lui pour le prix de ce bled, dont il est malade de chagrin.

[2]) Palmquist am 8. Januar 1694: Il paroist toujours icy un grand nombre d'arrêts, la plupart pour accélérer l'exécution de ceux qui doivent faire venir de l'argent dans les coffres du Roy. Cela n'empêche pas qu'il ne devienne toujours plus rare.

[3]) Dangeau t. III, p. 254.

sei sie noch ein Jahr lang zu ernähren, nicht jedoch ihnen Lohn zu zahlen. Er stellte Jedem frei zu gehen. Wie geringen Trost diese Erlaubnis in sich barg, zeigt uns der Hinblick auf diejenigen, welche wirklich bezahlt wurden. „Der Marschall Boufflers, meldete der Schwede Palmquist, hat neulich über das ihm verliehene Regiment der Garde Heerschau gehalten. Er hat demselben ein Donativ von 300 Pistolen gemacht. Dazu hat der König, in Betracht der Theuerung, den Sold für den Mann um täglich zwei Sous erhöht. Das hindert sie jedoch nicht die Bäckerwagen zu plündern, und die Frauen zu berauben, welche Lebensmittel zum Verkaufe in die Stadt tragen." „Ueberhaupt, meldete er, mehren sich Diebstahl und Raub. In Paris werden Carrossen angehalten und ausgeraubt. Man meint, die Thäter seien unbezahlte Offiziere" [1]). In einem anderen Berichte meldet Palmquist: „Da die Truppen gar nicht bezahlt werden, so ist beständig die Rede von Diebstahl, Raub, selbst von Mord, so daß es unsicher ist, sich bei Nacht auf den Straßen von Paris zu befinden" [2]).

Denn auch der Wille des Königs das active Heer zu bezahlen, erlahmte oft an der Unmöglichkeit. Der Gouverneur von Charleroi sendete einen Courier mit der Meldung: er habe die Meuterei der Besatzung nur dadurch hintan halten können, daß er sein eigenes Silbergeschirr zum Pfande gesetzt für die Auszahlung der fälligen Löhnung binnen drei Tagen. Der König schickte auf der Stelle den Courier zurück mit der erforderlichen Summe aus seiner eigenen Casse [3]). In einem anderen Falle, auf die Klage eines Hauptmannes der Garde, daß er sich des Andringens seiner Mannschaft nicht erwehren könne, schickte der König einen Gefreiten an den Kriegszahlmeister Turmenie, mit der Forderung der benöthigten Summe. Der Gefreite brachte die Antwort, daß kein Geld vorräthig. Er erhielt den Befehl abermals hinzugehen und bei Turmenie Quartier zu nehmen,

---

[1]) Bericht vom 18. December 1693: On dit que ce sont des officiers de guerre qui sont réduits à cette extrémité, faute d'estre payés.

[2]) Commes les trouppes ne sont point payées, on entend toujours parler de vols et de brigandages, même de massacres, de sorte qu'il y a peu de seureté d'aller par les rues la nuit.

[3]) Bericht vom 4. December.

bis Geld geschafft würde. Es gelang dann dem Turmenie etwas herzubringen, aber nur die Hälfte des Geforderten.

Wie das Geld verschwand, so war der Credit im raschen Sinken. Die Anweisungen auf königliche Cassen waren nur mit Verlust zu verwerthen. Dennoch wurden bürgerliche Bankerotte durch ein besonderes Mittel noch hintan gehalten. Die Schuldner konnten königliche Aufschubs-Briefe erlangen. Da viele von ihnen direct oder indirect wieder Gläubiger des Königs waren, so wurden diese Briefe dem Ansuchenden ohne Schwierigkeit gewährt. An einem einzigen Tage wurden vor dem Gerichtshofe des Chatelet sechsundzwanzig solcher Briefe präsentirt und eingetragen [1]). So wird die Thatsache berichtet, deren weitere Consequenzen sich unserem Blicke entziehen.

Der König hielt darauf den Mitgliedern seines Hauses die üblichen Neujahrsgeschenke zu machen, nur daß er sie bei dem Herzog von Maine und dem Grafen von Toulouse verkürzte. Sichtlicher waren andere Einschränkungen. Der König begab sich im Beginne des Jahres 1694 von Versailles nach Marly, weil der Aufenthalt hier geringere Ausgaben erforderlich machte. In dieser Thatsache selbst lag das Eingeständnis der Noth.

„Die Geduld, die Unterwürfigkeit dieser Nation wird auf harte Proben gestellt.“ So das Urtheil des Schweden Palmquist vom 18. December 1693. Diese Proben wurden härter von Monat zu Monat.

In dieser Zeit wagten es auch sogar Unterthanen Ludwigs XIV. ihm Vorstellungen zu machen über den allgemeinen Jammer von Frankreich. Selbst der Minister Pontchartrain, lange von der Frau von Maintenon zurückgehalten, faßte den Muth dem Könige zu sagen: die Dinge seien in schlechtem Stande. Der wahre Ruhm eines Königs bestehe in dem Glücke seiner Unterthanen, und nicht in dem Besitze von dem einen oder anderen festen Platze mehr als die Vorfahren gehabt [2]).

---

[1]) Palmquists Bericht vom 15. Januar 1694: Il y auroit déjà quantité de banqueroutes, sans les lettres de répit, que les négociants prennent, pour se mettre à couvert de leurs créanciers. Comme ils le sont pour la plupart eux-mêmes du Roy directement ou indirectement, ces lettres leur sont accordées sans difficulté. Cela fait qu'on en fait plus que jamais.

[2]) Palmquists Bericht vom 18. Januar 1694: M. de Pontchartrain qui jusque là avait été retenu par M. de Maintenon, n'a pu s'empêché de dire à

Auch von Anderen wurden Vorstellungen gemacht, daß für die Rückgabe von Straßburg, Luxemburg und den übrigen Reunionen der Friede sofort zu erreichen sei. Die Antworten Ludwigs XIV. hielten mit dem stärksten Nachdrucke fest an der ersten Stadt. Eher, sagte er, sei er entschlossen zum endlosen Kriege[1]). Auf Luxemburg legte er nicht das gleiche Gewicht.

Wir haben diesen Ausspruch Ludwigs XIV. bei allen Verhandlungen der damaligen Zeit uns gegenwärtig zu halten.

Es ist dabei nicht zu unterschätzen, daß zur selben Zeit, wo die Lage der Dinge in Frankreich auch manchen Anhängern des Königs als zum Frieden zwingend erschien, von außen her sich ihm eine Hoffnung bot auf die Verringerung seiner Gegner. Bisher waren die Versuche des Königs zur Lockerung der großen Allianz mislungen. Victor Amadeus von Savoyen hatte freilich, auch nach dem offenen Bruche vom Sommer 1690, die Fäden der Verhandlungen mit Frankreich nie völlig zerschnitten. Im Februar 1693 war man sogar dahin gelangt, daß Ludwig XIV. ihm eine bestimmte Grundlage zum Sonderfrieden vorlegen ließ[2]). In diesen Vorschlägen war von der Festung Pignerol, von einer Rückgabe derselben an Victor Amadeus nicht die Rede. Hauptsächlich aber um dieser Stadt willen war Victor Amadeus in den Krieg miteingetreten: der Wiedergewinn derselben war die Bedingung, die er der großen Allianz stellte. Darum versuchte er im Feldzuge von 1693 noch einmal den Waffengang. Durch den unglücklichen Ausgang desselben schwand ihm die Hoffnung, das hauptsächliche Ziel seines Strebens zu erreichen durch den Kampf mit Hülfe der Verbündeten. Er lenkte um. Er verzichtete nicht auf sein Ziel. Er suchte es zu erreichen auf einem ganz anderen Wege, nämlich durch Ludwig XIV. selbst. Das Verfahren ist besonders merkwürdig.

Auf die Bitte des Herzogs Victor Amadeus, im November 1693, ließ sich Ludwig XIV. wieder herbei die Unterhandlung zu erneuern,

---

S. M. que les affaires estoient en mauvais état, et que la véritable gloire d'un roy consistoit à rendre ses sujets heureux, et non à avoir une place de plus ou de moins.

[1]) On a tesmoigné de vouloir plustost faire une guerre éternelle que de rendre Strasbourg.

[2]) Mémoires de Tessé, t. I, p. 26.

und zwar auf der Grundlage vom Februar des Jahres. Der Graf Tessé, der kurz zuvor Pignerol gegen die Verbündeten vertheidigt, traf, als Postillon verkleidet und ausgestattet mit der Vollmacht Ludwigs XIV., in Turin ein. Auf einer Hintertreppe gelangte er in den Palast des Herzogs, und blieb dort sechs Tage hindurch in Verborgenheit. Während dieser Zeit verhandelte er mit dem Herzoge und dessen Minister, dem Marquis St. Thomas. Von französischer Seite stellte man dem Herzog in Aussicht die völlige Rückgabe des in diesem Kriege Verlorenen, eine jährliche Geldsumme und die Heirath seiner Tochter Marie Adelaide mit dem Herzog von Bourgogne, dem ältesten Enkel Ludwigs XIV., wenn Victor Amadeus seinerseits dafür zusichere die Neutralität Italiens, und zwar, im Falle der Nicht-Zustimmung des Kaisers, auch mit den Waffen gegen ihn[1]).

Es sind beinahe dieselben Bedingungen, auf welche hin Victor Amadeus sich später offen von der großen Allianz lossagte. Nur fehlte im December 1693 noch eine, die für Victor Amadeus wichtigste: die Rückgabe von Pignerol. Dieses festen Platzes war in den Unterhandlungen vom December 1693 nicht einmal gedacht. Der Grund liegt nahe. Nach dem Ausgange des Feldzuges von 1693 war die Forderung dieser Rückgabe für Victor Amadeus aussichtslos.

Wollte denn nun darum Victor Amadeus auf dies hauptsächliche Ziel seines Strebens schweigend verzichten?

Vielleicht wird Manchen die Antwort überraschen, daß Victor Amadeus dennoch dabei nur dies eine Ziel im Auge hatte, daß er es zu erreichen hoffte, auf Umwegen, wie krumm immer sie waren. Folgen wir also seinen Schritten.

Gemäß der Verabredung mit Tessé hatte nun Victor Amadeus sich zu bemühen um die Einwilligung des Kaisers in die Neutralität für Italien. Er berichtete nach Frankreich über dies Bemühen. Der Kaiser wolle darein nicht willigen, meldete er. Der Kaiser bedrohe ihn, im Falle des Lossagens von der Allianz, mit seiner ganzen Macht[2]).

Wir werden später erfahren, was Victor Amadeus in Wirklichkeit in Wien vorbrachte.

---

[1]) Mémoires de Tessé t. I, p. 50 et suiv.

[2]) A. a. O., p. 55.

Er fuhr fort in seinen Berichten an Ludwig XIV. Das Drohen des Kaisers, sagte er, schrecke ihn. Er dürfe es noch nicht wagen, offen zu brechen. Er schlage daher dem Könige für den nächsten Feldzug vor eine beiderseitige Unthätigkeit auf Ehrenwort. Er versprach dafür zu wirken aus allen Kräften. Er könne nicht unbedingt bürgen; denn er verfüge über die Streitkräfte nicht absolut; aber er wolle heimlich alle Offensiv-Plane der Verbündeten durchkreuzen. Tessé erwiederte: das sei ein unbestimmter Vorschlag. Er verlangte etwas Positives. Victor Amadeus blieb dabei: er als Oberfeldherr der Verbündeten könne nicht auf einmal brechen. Das würde ihm Schmach und Schande bringen. Er bedürfe Zeit, um Wien und Madrid allmählich heran zu ziehen. Die Armeen, sagte er, könnten fortfahren zu agiren, als wären sie im Kriege, ohne doch einen entscheidenden Schritt zu thun. Das werde am besten das gegenseitige Einverständnis verdecken.

Da Tessé mit Victor Amadeus nicht weiter gelangen konnte, so mußte er, demgemäß auch Catinat und dann Ludwig XIV., sich mit diesem Abkommen einstweilen begnügen.

Und nun erst kommen wir zu der anderen Seite der Sache, nämlich was Victor Amadeus in Wirklichkeit an den Kaiser gelangen ließ. Es ergibt sich am klarsten aus den eigenen Worten Leopolds an den König Wilhelm.

In denselben Tagen, im December 1693, wo Victor Amadeus durch Tessé dem Könige von Frankreich melden ließ, daß der Kaiser nicht willige in die Neutralität für Italien, dagegen für den Fall der Abtrünnigkeit des Herzogs ihn bedrohe mit seiner gesammten deutschen Macht in Italien, erließ der Kaiser an den König Wilhelm III. eine dringende Verwendung für den Herzog Victor Amadeus. „Denn bisher, sagt der Kaiser, hat der standhafte Sinn des Herzogs sich auf keine Weise zum Abfalle von der Allianz verlocken lassen" [1]).

Der König Wilhelm war gemäß den Berichten, die er von Lord Galway in Turin empfing, ganz derselben Ansicht. Denn angenommen auch, Galway hätte mit eigenen Augen jenen Postillon erblickt: wie

[1]) In einem Schreiben vom 10. December 1693: Hactenus immobilis Ser^mi Sabaudiae ducis animus nullo potuit modo a Foederatorum causa dissociari.

konnte er ahnen, daß unter diese Hülle sich ein französischer Botschafter barg? — Man dürfte nicht sagen, daß bei dem Könige Wilhelm auch niemals ein Verdacht sich geregt habe. Was in Versailles vorging, blieb selten so völlig geheim, daß nicht der Schwede Palmquist irgend eine Kunde davon erhielt. Er berichtete das Gerücht von Verhandlungen zwischen Victor Amadeus und Tessé an die Umgebung des Königs Wilhelm [1]). Allein jene anderen Meldungen erschienen durchschlagend. Dem Fürworte des Kaisers, den Berichten Galways entsprechend, gab der König dem Rathspensionär Heinsius seine Ansicht kund mit den Worten: „Wir dürfen uns demgemäß auf die Beharrlichkeit des Herzogs von Savoyen völlig verlassen" [2]).

Am eifrigsten für den Herzog von Savoyen bewies sich das Parlament von England. Daß der König aus den ihm bewilligten Mitteln auch an andere Mächte Subsidien bezahle, konnte im Laufe der Zeit kaum verborgen geblieben sein; aber der Herzog von Savoyen war der einzige Fürst, für welchen das Unterhaus auch formell und ausdrücklich sich zu einer solchen Bewilligung entschloß [3]).

Diese Thatsachen geben fortan der Stellung des Herzogs Victor Amadeus das Gepräge. Er will bewaffnet bleiben, und zwar, da er selber die Mittel nicht besitzt, auf fremde Kosten. Zu diesem Zwecke nutzt er das Vertrauen aus, welches die anderen Mitglieder der Allianz, getäuscht durch sein Lügenspiel, ihm entgegen tragen. Indem er dadurch einen erheblichen Theil der Streitkräfte der Verbündeten lahm legt, erwirkt er sich ein Verdienst um Ludwig XIV. Und dennoch darf dieser König ihm nicht völlig vertrauen, muß auf seiner Hut vor ihm sein, muß, wenn er der Besorgnis vor ihm völlig ledig sein will, sich herbeilassen zu weiteren Concessionen als den durch Tessé bereits bewilligten. Wir erinnern uns des eigentlichen Zieles für Victor Amadeus, der Festung Pignerol.

Die Aufgabe, die Victor Amadeus sich zunächst gestellt, war unleugbar schwer. Er hatte so zu laviren, daß er sich die Zufriedenheit von beiden Seiten her für seine Leistungen erhielt. Wir werden an den Thatsachen zu erfahren haben, ob ihm das gelang.

---

[1]) Schreiben Palmquists vom 18. Januar 1694.

[2]) Schreiben vom 3./13. April 1694, bei Grovestins t. VI, p. 423.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 1. Januar 1694.

Drängen wir die Lage der Dinge für Ludwig XIV. im Winter von 1693 auf 1694 zusammen: so ergeben sich als wesentliche Puncte die folgenden. Die Noth in Frankreich machte ihm den Frieden wünschenswerth. Aber er wollte für denselben in keinem Falle die Stadt Straßburg, und, wenn möglich, auch nicht Luxemburg, zurückgeben. Vom December 1693 an wurde seine Lage günstiger durch das geheime Abkommen mit Victor Amadeus, welches ihn sicher stellte gegen einen nachdrücklichen Angriff von der Seite her, von welcher her er selbst, wie Freund und Feind, Frankreich für ganz besonders verwundbar ansahen.

Von der anderen Seite aber war auch der König von England geneigt zum Frieden. Seine Worte an Heinsius sprechen dies sehr bestimmt aus. Im November 1693 meldet ihm der König, daß die Nothwendigkeit des Friedens von allen Seiten sich geltend mache [1]). Es kam also darauf an, auf welche Bedingungen und in welcher Weise zum Frieden zu gelangen.

Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV. im August 1693 durch öffentliche Ankündigungen, so wie durch seine Gesandten Avaux in Stockholm und Bonrepos in Kopenhagen, einen ersten Schritt gethan. So ungenügend derselbe erschien, so bot er den Anlaß zu genauerer Nachfrage. Wilhelm III. und Heinsius ließen im Herbste 1693 durch Dykvelt eine heimliche Unterhandlung mit einem französischen Agenten, Namens St. Arnould, beginnen, um zu erforschen, bis zu welchem Puncte der Bewilligung gegenüber der gesammten Allianz Ludwig XIV. gehen würde. Sie hatten nur diese Absicht des Forschens, nicht diejenige eines Sonderfriedens, oder gar des Verrathes, wie Victor Amadeus. Dennoch ist es unverkennbar, daß schon die Thatsache dieses Befragens, ohne Vorwissen des Kaisers und des Königs von Spanien, formell nicht im Einklange stand mit den Verpflichtungen, welche die Allianz auferlegte.

Die Correspondenz des Königs Wilhelm mit Heinsius läßt erkennen, daß er bereit war auf die Rückforderung von Luxemburg zu Gunsten Spaniens zu verzichten, wenn Ludwig XIV. als Aequivalent namentlich die Städte Condé und Ypern gewähre. Die wesentliche

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 414 et suiv.

Aufgabe, die dabei der König im Auge hatte, war demnach weniger die Herstellung des spanischen Besitzes in Belgien, als die Sicherheit der Republik Holland gegen Frankreich. Diese Sicherheit konnte nach der Anschauung der Zeit beschafft werden nur durch eine Barriere, d. i. eine Reihe von festen Plätzen in Belgien. Wir erkennen andererseits, daß der König Wilhelm in die Aufrichtigkeit Ludwigs XIV. bei dieser Unterhandlung ein sehr geringes Vertrauen setzte. Dieser Zweifel ward verstärkt durch die Wahrnehmung, daß dem Amsterdamer Kaufmann Molo, der sich nach Paris begeben, um die Freigebung eines gekaperten Schiffes zu erwirken, dort Anträge gemacht wurden, deren Zweck war die Uneinigkeit in Holland. Indessen was im Jahre 1684 gelungen war, das war schwer durchführbar im Jahre 1694. Die Bürgermeister von Amsterdam theilten dem Könige die französischen Versuche bei Molo mit. Daß er darum die Verhandlungen durch Dykvelt nicht abbrach, erscheint als ein Beweis für seinen aufrichtigen Willen zum Frieden. Er war der Ansicht, daß der französische Hof, nach dieser Erfahrung an Amsterdam, sich zu einem Entgegenkommen bequemen werde. „Wenn er jedoch, fügt der König hinzu, nur die geringste Hoffnung hat, in der Republik oder zwischen den Alliirten eine Spaltung zu bewirken: so wird er in nichts nachgeben." So am 8./18. December 1693 [1]).

Die Worte Wilhelm III. waren gewis richtig. Aber indem er sie schrieb, wußte er nicht, daß Ludwig XIV. allerdings eine sehr bestimmte Hoffnung hatte, nämlich jene auf Victor Amadeus.

Wir erinnern uns dagegen, daß Ludwig XIV. gegenüber dem Friedenswunsche einiger Franzosen sich nachdrücklich dahin aussprach, daß er auf keinen Fall die Stadt Straßburg hingeben werde. Es liegt hier die Frage nahe, ob denn nicht auch der König Jacob für ihn ein Hinderniß des Friedens war.

In den Verhandlungen mit Dykvelt äußerten die Franzosen: die Republik Holland erhalte ausreichende Befriedigung durch die Rückgabe der französischen Eroberungen in Belgien, nämlich Mons, Namur, Charleroi, zu welchen auf der anderen Seite komme Casale in Italien,

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 418.

und besonders die Erwerbung von drei Kronen für den Prinzen von Oranien [1]).

In ähnlicher, oder noch bestimmterer Weise ließ Ludwig XIV. über die Sache Jacobs II. reden durch seine Gesandten in Stockholm und Kopenhagen. Nachdem der Versuch vom August 1693 dem Kaiser und dem Reiche gegenüber die Bedingungen des Friedens kund zu geben, ohne Erfolg geblieben war, traten die französischen Gesandten an jenen beiden Orten hervor mit Vorschlägen für ein allgemeines Friedensproject. In denselben ward weder Straßburg, noch Luxemburg erwähnt. Demnach war, nach der Absicht Ludwigs XIV., die Frage einer Rückgabe dieser beiden Städte von vornherein von den Verhandlungen ausgeschlossen. Dagegen machten die Gesandten Aeußerungen über die beiden wichtigsten Fragen von Europa: diejenige der Anerkennung von Wilhelm III. als König, und diejenige der Succession in Spanien.

Die Aeußerungen von Bonrepos in Kopenhagen liegen vor in einer Denkschrift, welche der dänische Gesandte von Scheele dem Könige Wilhelm III. in London überreichte, am 19./29. December 1693 [2]). Es findet sich darin wiederholt die Versicherung, daß der König von Dänemark sich anheischig mache, dem Könige Wilhelm alle erforderliche Satisfaction zu verschaffen. Diese Versicherung setzt voraus, daß Bonrepos in Kopenhagen dem Könige von Dänemark in einer diesem Könige persönlich glaubhaften Weise kund gethan: die Anerkennung des Königs Wilhelm III. werde für den König von Frankreich nicht ein Hindernis des Friedens sein.

Weiter noch als Bonrepos in Kopenhagen, ging Avaux in Stockholm. Die nach seinen Reden dort aufgezeichneten Vorschläge enthielten den folgenden Satz: „Frankreich gibt zu verstehen, daß es in Betreff Englands nicht einen Vorschlag zum Frieden machen kann, dagegen keine Einwendung erhebt gegen die Anregung der Frage durch Andere. Es bezeugt dabei, daß es kein Engagement mit dem Könige Jacob hat, noch einen Vertrag, welcher eine Verpflichtung auferlegen

---

1) Grovestins t. VI, p. 418. Schreiben von Heinsius vom 22. December 1693.

2) Abgedruckt in den Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 41 et suiv. Nur das Datum irrig.

würde, und daß alles was es bisher für ihn gethan, geschehen ist lediglich aus einem Beweggrunde der Großmuth" [1]).

Wir erinnern uns, daß dieser selbe Gesandte, Graf d'Avaux, am 9. September 1688, in der Versammlung der Generalstaaten im Haag den Bestand eines Bündnisses der beiden Könige Ludwig XIV. und Jacob II. mit starkem Nachdrucke betont, und welche Wirkung diese Drohung geübt hatte auf die Entschlüsse der Lenker der Republik. Der Vergleich dieser Erklärungen von 1688 und 1694 allein schon, wenn nichts Anderes vorläge, ergibt die Qualität der Großmuth Ludwigs XIV. gegenüber dem unglücklichen Könige Jacob II.

Der Graf d'Avaux fügte dann noch bestimmter hinzu: „Da Se. Allerchristlichste Majestät sich verletzt fühlt in der Person des Königs von Großbritannien: so zweifelt er nicht, daß der König von Schweden und der Kaiser selbst bereit sein werden, einen Ausweg vorzuschlagen, der geeignet sein würde dieser Differenz ein Ende zu machen. Im Uebrigen hat der König keinen Anspruch gegen England, weder direct, noch indirect, als in Betreff dessen was man ihm in diesem Kriege genommen". Der letzte Satz bezog sich wesentlich auf die Colonien in Amerika.

In einem dem Könige Wilhelm III. eingereichten, vielleicht von ihm geforderten Gutachten über diese französischen Vorschläge findet sich die folgende Stelle: „Die Bereitwilligkeit Frankreichs zur Anerkennung Ihrer Majestäten liegt in der Erklärung, daß es dem Kaiser und dem Vermittler überlasse, Vorschläge über den König Jacob zu machen. Da der Kaiser und Schweden den König Wilhelm anerkannt haben, so schließt diese Erklärung in sich, daß Frankreich den König Jacob fallen läßt. Frankreich ist darin nachher noch weiter gegangen, nämlich vermittelst der Erklärung des dänischen Gesandten Scheele, daß, im Falle der König Wilhelm einwilligen würde in einen Friedens-Congreß, seine Gesandten dort von französischer Seite behandelt werden sollten gleich denjenigen gekrönter Häupter". In Betreff des Ganzen ist zu bemerken, daß diese Denkschrift die französischen Vorschläge für ungerecht und unannehmbar erklärt [2]).

---

[1]) Anlage II.

[2]) In den Robethon Papieren des St. A. H.

Es ging damals das Gerücht, daß der Cardinal Norfolk, im Auftrage Ludwigs XIV., dem Papste Innocenz XII. den Vorschlag gemacht, den König Jacob II. nach Rom übersiedeln zu lassen. Der Papst sei wegen der Kosten auf diesen Vorschlag nicht eingegangen [1]).

Es ist, wie sich uns einige Monate später aus den Schritten Jacobs II. klarer ergeben wird, nicht anzunehmen, daß er von den Eröffnungen des Königs von Frankreich in Kopenhagen und Stockholm eine Kunde besessen habe.

Der andere besondere Vorschlag Ludwigs XIV. betraf die spanische Succession. Die Erklärung von Avaux in Stockholm lautet wie folgt: „S. ACh. M. willigt von dieser Stunde an ein, daß, im Falle des kinderlosen Todes des Königs von Spanien, der Kurfürst von Bayern die spanischen Niederlande erhalte, obwohl dieselben für Frankreich günstiger gelegen sind, als irgend ein anderer Theil jener Monarchie. Der König ist bereit, den Verzicht in dieser Beziehung zu bestätigen, sowohl für ihn selbst wie für den Dauphin, mit allen erforderlichen Förmlichkeiten, unter der Bedingung jedoch, daß dies geschehe lediglich zu Gunsten des Kurfürsten von Bayern und seiner Erben, nicht zu Gunsten Anderer, und ferner daß der Kaiser eine ähnliche Erklärung abgebe. Der König hegt keinen Zweifel, ganz Europa und insbesondere die Generalstaaten werden diesen Verzicht auf Belgien zu Gunsten des Kurfürsten von Bayern ansehen als die stärkste Barriere für die Republik".

Ueber diesen Vorschlag sprach der König Wilhelm zu Heinsius sein Urtheil aus mit folgenden Worten: „Das Erbieten des Verzichtes auf Belgien zu Gunsten des Kurfürsten von Bayern ist, nach meiner Ansicht, eher ein Kunstgriff diesen Fürsten zu gewinnen und dem Kaiser Mistrauen einzuflößen, als ein Pfand der Sicherheit für uns" [2]).

Dessen ungeachtet war der König Wilhelm nicht Willens, die einmal begonnenen Verhandlungen abzubrechen. Seine Auffassung des Standes der Dinge im Februar 1694 findet sich zusammen gedrängt

---

1) Sylvius t. IV, b. 36, p. 128.

2) Grovestins t. VI, p. 415.

in der folgenden Denkschrift, die hervorgegangen sein muß aus der Feder einer ihm nahe stehenden Persönlichkeit [1]).

„Die französischen Friedensvorschläge sind so ungerecht, daß, bevor man sich auf Erklärungen in Betreff der einzelnen einläßt, man berechtigt wäre erst bessere zu verlangen. Dennoch hat der König vorgezogen ein Gegenproject zu entwerfen, und zwar vor dem Beginne des Feldzuges. Der kaiserliche Hof hat zugestimmt."

„Für diese Absicht des Königs fällt besonders ins Gewicht die List, mit welcher Frankreich nach allen Seiten auszusprengen sucht, daß der König nicht den Frieden will, daß er vielmehr darauf ausgeht den Krieg endlos hinzuzerren. Das Gegenproject soll also den Zweck haben, die Völker zu enttäuschen und sie zu überzeugen, daß, wenn nur Frankreich vernünftige Friedenserbietungen macht, der König bereit ist sie anzunehmen. In gleicher Weise ist es nöthig den Vermittlern dieses darzuthun, und zwar dies gerade jetzt, wo die großen Vorbereitungen der Verbündeten für den Feldzug die beiden nordischen Könige anregen werden, von Frankreich bessere Bedingungen zu verlangen, bevor der Ausgang des Feldzuges die Dinge ungünstiger gestaltet."

„Es darf als gewis angenommen werden, daß, wenn die Allianz noch zwei oder drei Jahre fest zusammen hält, sie die französische Macht weiter noch einengen könnte. Aber diese Einigkeit zu erhalten, ist nicht leicht. Es ist zu besorgen, daß die Intriguen, welche Frankreich in Holland und bei dem Statthalter von Friesland spielen läßt, den Plan eines Sonderfriedens dort annehmlich erscheinen lassen. Ferner geben die Angelegenheiten im Reiche Anlaß zu Befürchtungen. Der Markgraf Ludwig von Baden, bei aller guten Gesinnung für die Sache der Allianz, will sich nicht trennen von der Partei der Opposition gegen die neunte Kurwürde. Und es ist Gefahr da, daß, im Falle der Kaiser vorgeht zu der Einführung des Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg in das kurfürstliche Collegium, der Widerspruch

---

[1]) Wie bereits erwähnt, in den Robethon Papieren St. A. H. Ich möchte wegen der Kenntnis der Angelegenheiten im Reiche, die außer Sunderland schwerlich ein anderer Engländer besaß, diesen als Verfasser ansehen. Man vergleiche zu dem Ganzen die einzelnen Aeußerungen des Königs in seinen Briefen an Heinsius, bei Grovestins t. VI, p. 413 et suiv.

in Thätlichkeiten ausschlage. Eben so ist die streitige Succession in Sachsen-Lauenburg ein beständiger Zankapfel. Der Kaiser hat dem Kurfürsten von Sachsen ein Mandat der Herstellung [1]) in den Besitz dieses Landes verliehen. Wenn der Kurfürst davon Gebrauch macht, so stehen wir am Vorabende eines inneren Krieges im Reiche."

„Dazu kommt ferner die Thatsache, daß für den Kaiser sich keine Aussicht bietet auf einen Frieden mit den Türken. Nicht minder tritt hinzu die Besorgnis, daß der Herzog von Savoyen, wenn er die Hoffnung aufgeben müßte, durch einen allgemeinen Frieden die gewünschten Vortheile zu erhalten, endlich dennoch sich auf die Verheißungen Frankreichs einlassen möchte."

„Alle diese Erwägungen rufen bei Vielen die Ueberzeugung hervor, daß es nicht gerathen ist, die Aussicht auf einen Frieden abzuweisen, wenn nur die Bedingungen annehmbar sind, und daß, da die Angelegenheiten der Allianz nicht so günstig stehen, daß man den pyrenäischen Frieden fordern dürfte, man dahin zu trachten habe, auf das wenigste einen günstigeren Frieden zu erlangen als denjenigen von Nymegen."

„Es ist nun andererseits gewis, daß die französischen Vorschläge für unsere Sicherheit nicht ausreichen. Deutschland kann nicht auf einen dauernden Frieden rechnen, so lange Frankreich im Besitze von Straßburg verbleibt. Denn dies wäre das stets geöffnete Thor zum Einbruche in Deutschland bei der ersten günstigen Gelegenheit. Daher ist der Kaiser nicht Willens, sich einzulassen auf einen Frieden ohne die Rückgabe von Straßburg. Schweden selbst besteht auf diese Rückgabe, eben so wie auf diejenige von Luxemburg. Lediglich Dänemark findet die französischen Erbietungen vernünftig, weil es nämlich sich ganz und gar an Frankreich gehängt hat. Dagegen ist es durchaus gerecht zu verlangen, daß Frankreich jene beiden Städte zurückgebe, weil es sie nach dem Frieden von Nymegen genommen. Aber für Luxemburg bietet es nicht einmal ein Aequivalent. Für Straßburg bietet es die Schleifung von Mont Royal und Trarbach [2]). Das Erbieten ist für nichts zu rechnen, weil Frankreich keinen Vorwand hat, unter welchem es diese Plätze behalten könnte. Dasselbe gilt von

---

[1]) Mandatum restitutorium.

[2]) Nicht durch Avaux und Bonrepos, sondern in den Besprechungen zwischen Dykvelt und St. Arnould.

Dinant. Frankreich besitzt diese Stadt mit Unrecht, weil es sie gemäß dem Frieden von Nymegen damals hätte herausgeben müssen."

„In Betreff der Reunionen durch die Kammern von Metz, Breisach und Besançon erbietet sich Frankreich, sich einem Schiedsgerichte zu unterwerfen, welches zusammen treten werde nach dem Abschlusse des Friedens. Man kennt diese Redeweise zur Genüge. Wir unsererseits sind der Ansicht, daß Frankreich alles dasjenige, was es nicht im Friedensschlusse ausdrücklich zurückgibt, auch ferner behalten will. Denn es wird nicht zu besorgen haben, daß die Verbündeten, um die Herausgabe der Reunionen zu erzwingen, aufs neue zu den Waffen greifen."

„Die Barriere für die Republik in Flandern muß mindestens verdoppelt werden. Denn im anderen Falle hätte die französische Macht nur Mons und Namur wieder zu nehmen, um mitten in Belgien zu stehen und die Eroberung desselben zu vollenden, bevor man eine neue Allianz bilden könnte. Man muß daher mit Recht verlangen, daß Frankreich diejenigen Plätze zurück gebe, welche den Ansturm aufzuhalten vermögen, damit, im Falle eines neuen Bruches, eine Hülfe wider diesen gemeinsamen Feind möglich bleibe. Im anderen Falle würde die französische Macht dort so rasch vorwärts schreiten, daß sie allein dem gesammten übrigen Europa überlegen wäre."

„Es ist endlich um so mehr nothwendig, in dem Friedensvertrage die erforderliche Sicherheit zu bedingen, weil der Fall wieder eintreten kann, daß die Macht Frankreich eine stärkere Partei in Deutschland für sich gewinnt. Es ist auch nicht undenkbar, daß es, wie bereits jetzt Dänemark, so auch Schweden völlig in sein Interesse zieht. Man kann fast mit Gewisheit sagen, daß, wenn der Graf Benedict Oxenstjerna stirbt, ihm dies nicht schwer fallen dürfte. Denn beinahe alle schwedischen Minister sind französisch, Oxenstjerna dagegen der einzige, welcher Ergebenheit besitzt für den Kaiser und für die Verbündeten überhaupt."

„Es leuchtet ein, daß, wenn Frankreich die beiden nordischen Kronen und eine Partei im Reiche auf seiner Seite hätte, und zugleich dann noch die festen Plätze besäße, welche es uns jetzt verweigert, es sehr weit kommen würde. Man beantworte sich die Frage, was dann

aus Europa werden würde, wenn vielleicht der König von England nicht mehr wäre, dessen Umsicht, dessen Muth, dessen Ansehen, und, vor allen Dingen, dessen Ausdauer und Festigkeit bisher sich so nothwendig erwiesen haben als Bollwerk gegen die Uebergriffe der französischen Herrschsucht."

Das Gegenproject wurde entworfen. Es umfaßte eine lange Reihe von belgischen Städten, dabei auch Condé und Ypern, ferner Straßburg für das Reich, Nancy für den Herzog von Lothringen, Pignerol für Savoyen, diese drei Städte im befestigten Zustande.

Es kam nicht zur Uebergabe dieses Gegenprojectes. Wir werden die Ursache bald erfahren.

Der König Wilhelm drängte Heinsius zur Einwirkung auf Schweden, weil doch die Erklärung des Königs Carl XI. gegenüber Avaux, daß er vermitteln wolle nur auf der Grundlage der Friedensschlüsse von Münster und Nymegen, als günstig zu betrachten sei. Der König sah keine Gefahr dabei, dem Schweden Lilienroth im Haag, obwohl er französisch gesinnt, die Erklärung der Bereitwilligkeit zu dieser Grundlage zu geben, vorausgesetzt daß man dadurch noch vor dem Beginne des Feldzuges die Gewißheit des Friedens erlange. So am 16./26. Februar. „Die Zeit ist allerdings kurz, fügt er hinzu; aber ich sage Ihnen im Vertrauen, daß es sich um unser eigenes Interesse handelt. Denn wir sind aus mehr als einem Grunde des Friedens sehr bedürftig." Der König bietet Geld zu diesem Zwecke. Er ist bereit, dem Grafen Oxenstjerna die Mittel für die Aussteuer seiner Töchter zu gewähren. Er ermächtigt Heinsius, dem schwedischen Gesandten Lilienroth persönlich eine erhebliche Summe anzubieten. Heinsius fragt in seiner Antwort: ob er die schwedische Vermittelung dem Congresse der Gesandten im Haag vorschlagen solle. Auch dazu ist der König bereit, wenn die anderen Verbündeten, namentlich der Kaiser, einwilligen. „Denn ich kümmere mich sehr wenig, fügt er hinzu, um diejenige des Königs von Spanien." In einem anderen Schreiben sagt er: „Die Rodomontaden des spanischen Hofes sind um so weniger zu ertragen, weil er, genau genommen, zum Kriege gar nichts leistet" [1]).

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 420 et suiv.

Dennoch waren es gerade diese Einwürfe von Seiten Spaniens, diese Rodomontaden, wie der König Wilhelm sie nennt, welche den Collectivschritt der Mächte der großen Allianz, den Gegenentwurf auf die französischen Vorschläge, nicht zu Stande kommen ließen. Wir haben also die Entgegnung Carls II. von Spanien ins Auge zu fassen, und mit derselben, oder vielmehr zunächst den damaligen Stand der Frage der Succession zu erörtern. Denn diese Frage war ja durch die Erklärungen Ludwigs XIV. über dieselbe in den von Avaux gemachten Vorschlägen, der gesammten damaligen Welt vor die Augen gerückt.

Wir erinnern uns, daß die Geburt des Kurprinzen Joseph Ferdinand von Bayern, im October 1692, dieser Frage eine andere Gestalt gegeben hatte (S. 123 u. f.). Nicht freilich im Sinne seiner Mutter, der Erzherzogin Maria Antonia, der Tochter des Kaisers und Enkelin Philipps IV. von Spanien. Sie hielt bis an ihr Ende fest an der Gültigkeit des Verzichtes, welchen sie vor ihrer Heirath dem Vater geleistet. Es fand sich ein Testament von ihr vor, in welchem sie diesen Verzicht in der nachdrücklichsten Weise erneuerte, mit dem Hinzufügen, daß Gott denjenigen strafen werde, es sei Mann oder Frau, welcher diesem ihrem letzten Willen zuwider handele. Es fiel auf, daß das Testament kein Wort des Andenkens enthielt für die Großmutter, Maria Anna, die Königin Mutter von Spanien [1]).

Wir erinnern uns dagegen, daß Carl II. von Spanien diesen Verzicht nicht anerkannte, daß die Bemühungen des Kaisers bei ihm um diese Anerkennung vergeblich geblieben waren. Diese Weigerung Carls II. war lange Jahre hindurch für den Kaiser der Riegel gegen jegliche Anregung der Angelegenheit der Succession.

Daß die Abneigung Carls II. gegen die Anerkennung des Verzichtes seiner Nichte Maria Antonia, und demgemäß ihrer Descendenz, nicht etwa eine Hinneigung zu Frankreich nach sich zog, hat uns sein Schreiben an den Papst Innocenz XII. auf die Bemühungen desselben um den Frieden, im Beginne des Jahres 1692, zur Genüge kund gethan. Eben damals ernannte Carl II. den Kurfürsten

---

[1]) Barozzi e Berchet: relationi Venete. Spagna t. II, p. 562. Finalbericht von Ruzzini. — Ich muß auch hier, wie schon früher bemerken, daß die Berichte des Grafen Lobkowitz aus Madrid im k. k. Archive sehr lückenhaft sind.

Maximilian Emanuel zum Statthalter von Belgien. Es geschah, wie ein gewichtiger Zeuge, der Venetianer Carlo Ruzzini, uns meldet, gegen die Meinung aller Mitglieder des spanischen Staatsrathes, auf Betrieb dagegen der Königin Mutter Maria Anna, die sich stützte auf die Empfehlung des Königs Wilhelm III. Ruzzini ist der Ansicht, daß den Wünschen des Kaisers diese Bemühung der Königin, seiner Schwester, nicht entsprach[1]).

Maria Anna hatte im Charakter viele Aehnlichkeit mit dem Kaiser. Sie bewahrte wie er die gleiche maßvolle Haltung im Glücke wie im Unglücke. Eingedenk der Dienste, die man ihr erwiesen, die Kränkungen dagegen vergessend, erschien sie oft geneigt zu Wohlthaten für diejenigen, welche mitgewirkt zu den Auflehnungen wider sie. Um so weniger konnte sie ihrem Bruder abgeneigt oder gar feindselig sein. Und dennoch erwuchs aus den Banden des Blutes selbst der Punct, an welchem das eigene Interesse sich schied von demjenigen des Kaisers. Das ganze Verhalten dieser Königin ist erklärbar nur durch die Annahme, daß sie mit ihrem Sohne Carl II. überein stimmte, den Verzicht der Erzherzogin Maria Antonia, ihrer Enkelin, nicht anzuerkennen, ja daß sie hauptsächlich ihren Sohn bei dieser Weigerung erhielt. Es ist demnach auch nicht anzunehmen, daß jenes Testament ihrer Enkelin sie abgehalten, dem Sohne derselben, dem eigenen Urenkel, mit der vollen Neigung des Blutes auch ihre Sorgfalt für sein Erbrecht zuzuwenden.

Insofern dürfte am Hofe zu Madrid damals, im Jahre 1694, die Rede sein von einer bayerischen Partei, wenn nämlich die Angelegenheit der Succession offen hätte zur Erörterung kommen dürfen. Ob dies möglich war, wird sehr bald klar hervortreten.

Unverkennbar dagegen gab es in Spanien eine französische Partei. Wir erinnern uns, daß bereits im Jahre 1691 dort je dann und wann die Ansicht auftauchte: die rechte Lösung der Frage werde sein die Berufung des zweiten Sohnes des Dauphins nach Spanien, damit er dort, unabhängig von der Autorität des großväterlichen oder väterlichen Hofes, nach spanischer Weise erzogen werde. Dafür werde Frankreich alles Genommene zurückgeben, die Krone Spanien ihren

---

[1]) Ruzzini p. 563.

früheren Glanz wieder erlangen[1]). Der Venetianer Ruzzini beobachtete in den fünf Jahren seiner Anwesenheit in Madrid, von 1690 bis 1695, daß derartige Reden oft geführt wurden. Er verkannte nicht, daß sie französischen Ursprunges waren. Dennoch blieben sie bei einigen Spaniern nicht wirkungslos, zumal, wenn sich damit die Hoffnung verband, die einstigen Rebellen wieder zu bezwingen, nämlich Portugal, oder für die Granden von Spanien diejenige der Sicherung ihrer Privilegien zum Schaden der Krone[2]). Diejenigen Granden von Spanien, die solchen Hoffnungen sich hingaben, besaßen entweder eine sehr geringe Kenntnis von dem Königthume des Hauses Bourbon; denn es war ja einer der hauptsächlichen Unterschiede der beiden Kronen von Frankreich und Spanien, daß die erstere alle Kraft und Macht des Königreiches in sich aufsaugend, auch die einst starke Aristokratie langsam zerbröckelte, daß dagegen die spanischen Granden auch diejenigen Mittel für sich zu erlangen wußten, welche der Krone gebührten und deren sie im Interesse der Gesammtheit bedurfte. Oder aber jene spanischen Granden, die sich zu Frankreich hinneigten, thaten es mit der in solchen Fällen nicht seltenen Selbsttäuschung, daß um ihretwillen und gemäß den Verheißungen für sie das Haus Bourbon abweichen werde von seinen Principien.

Es fehlte nicht an anderen Versuchen von französischer Seite, um auf die Spanier günstig einzuwirken. Das Verhalten der französischen Kriegsflotte im Juli 1693 vor Malaga stand nicht im Einklange mit der damaligen Kriegesweise dieser Nation. Bei einem Gefechte gegen englische und holländische Schiffe im Angesichte von Malaga war von französischer Seite auch auf die Stadt gefeuert. Am nächsten Tage sandte der Admiral Tourville eine Deputation in die Stadt, und ließ mit vielen Complimenten darlegen, wie man von französischer Seite dazu gekommen sei, auch auf die Stadt zu schießen. Er bat um Lebensmittel für sein Geld. Die Stadt sandte ihm einen Theil des Verlangten als Geschenk. Er ersuchte um mehr, mit vielen Betheuerungen, daß er sein Verlangen nicht stütze auf die starke Macht, mit welcher er vor Malaga liege, sondern alles bezahlen werde. Die

---

[1]) Sylvius t. III, b. 31, p. 107.
[2]) Ruzzini p. 565.

Spanier erfüllten seinen Wunsch; aber die Ueberbringer wiesen abermals, dem erhaltenen Befehle gemäß, das dargebotene Geld zurück[1]).

Der Contrast zwischen diesem Verhalten von Tourville und demjenigen, welches er selber drei Jahre zuvor gegen das englische Fischerdorf Teignmouth beobachtet, oder demjenigen des Marschalls de Lorge auf Befehl des Königs zwei Monate zuvor gegen Heidelberg, und späteren ähnlichen Fällen, zwingt zu der Annahme, daß in Betreff der Stadt Malaga eine besondere Berechnung zu Grunde lag, nämlich diejenige der günstigen Einwirkung auf die Spanier.

Es war in Spanien jedenfalls eine Persönlichkeit, bei welcher dieser Versuch einer günstigen Einwirkung nicht gelang. Es war der König Carl II. Wir haben seine Persönlichkeit ins Auge zu fassen.

Carl II. war damals drei und dreißig Jahre alt. Er war körperlich kräftiger geworden, als man in seiner Jugend hätte vermuthen dürfen. Er vermochte sogar den Beschwerden der Jagd mit Ausdauer zu widerstehen. Seine Verdauung jedoch blieb schwach. Die Ursache ward mehr der Beschaffenheit des Mundes als der Kraft des Magens beigemessen. Die Gesichtsbildung entsprach dem Typus des Hauses Habsburg, und namentlich die Unterlippe verkündete den nahen Verwandten des Kaisers Leopold. Auch an geistiger Befähigung stand Carl II. nicht zurück. Er besaß ein ungewöhnlich starkes Gedächtnis. Der Unterricht seiner Jugend war mangelhaft gewesen. Nach und nach jedoch füllten sich die Lücken des Wissens durch den Fleiß, mit welchem der König Theil nahm an den Geschäften. Er besaß vollaus die Tugenden seines Hauses, die Milde, die Großmuth, die Wohlthätigkeit. Sein Lebensgang dagegen hatte beigetragen, einen besonderen Hang in ihm zu nähren, der bei nicht wenigen seiner Vorfahren wohl erkennbar ist, den Hang zur Unschlüssigkeit und zum Mistrauen. Dafür wirkte zusammen die lange Kette des Unglückes nach außen, die Erfahrung übeler Dienste von vielen Ministern, das Bewußtsein oft mit Absicht getäuscht worden zu sein. Vermöge dieses Mistrauens, dieser Unschlüssigkeit konnte es geschehen, daß binnen kurzer Zeit ganz entgegen gesetzte Wege eingeschlagen wurden. Die

---

[1]) Sylvius t. IV. b. 36, p. 66. Bericht aus Malaga.

Seele des Königs Carl II. erschien Vielen wie ein unentwirrbares Räthsel von Paradoxen [1]).

Eben wegen dieses Mangels an Entschluß war Carl II. nicht befähigt die tiefen Schäden seiner Monarchie zu heilen. Diese Schäden fielen weniger einzelnen Personen zur Last als einem Systeme, welches, allmählich empor gewachsen, die ganze Monarchie überdeckte. Dies System war dasjenige der erblichen Gnaden-Pensionen, welches nach und nach fast alle königlichen Einkünfte auffog. Es kam vor, daß erbliche Pensionen solcher Art erworben wurden durch Bravourstücke im Stiergefechte, zur dauernden Belastung der öffentlichen Mittel. Es galt die Ansicht, daß zwei Drittel der Bevölkerung von Madrid lebten von Gnaden-Pensionen [2]).

Man dürfte nicht sagen, daß dies hauptsächlichste Uebel des spanischen Staatswesens nicht als solches erkannt sei. In dem Könige regte sich je zuweilen die Neigung und die Absicht, dem Unwesen abzuhelfen. Im October 1692 ernannte er einen eigenen Rath, die Junta de medios. Die Aufgabe desselben war, namentlich den Bestand der Gnaden-Pensionen zu prüfen. Die Junta berieth nicht bloß, sondern faßte Beschlüsse. Ein Decret derselben erklärte alle Gnaden-Pensionen seit dem Jahre 1680, deren Verleihung nicht formell gültig darzuthun sei, für erloschen [3]). Dann jedoch blieb es dabei, und demgemäß war das Uebel in raschem Steigen.

Die Rückwirkung ergiebt sich insbesondere aus der stetigen Abnahme der Kraft zur Vertheidigung. Während die anderen Mächte alljährlich die Anzahl ihrer Truppen steigerten, nahmen die spanischen ab. In dem ersten großen Kriege von 1672 an hatte Spanien in Belgien 40,000 Mann aufgestellt. Denjenigen von 1689 an hatte es dort mit 16,000 Mann begonnen. Diese Zahl schrumpfte dann ein von Jahr zu Jahr. Sie betrug zu Ende des Krieges noch etwa 5000.

In Betreff Belgiens dürfte man sagen, daß Spanien sich verließ auf Holland und England. In früherer Zeit war oft der Gedanke erwogen, ob es nicht besser sei, Belgien gegen ein anderes Grenzland am

---

1) Ruzzini p. 568.

2) A. a. O., p. 582.

3) Sylvius t. IV, b. 34, p. 162.

Fuße der Pyrenäen an Frankreich auszutauschen. Man hatte längst den Gedanken fallen lassen; denn es erschien besser, daß die Offensivkraft Frankreichs sich nach dem Norden wende, wo um der eigenen Sicherheit willen jene Mächte ihr entgegen treten mußten[1]). Aber auch in Spanien selbst war die Abwehr eine sehr mangelhafte. Immer seltener ward die spanische Kriegsflagge auf dem Meere erblickt. Für die abgängigen Kriegsschiffe wurden neue nicht erbaut. Das spanische Landheer bestand durchweg aus etwa 10,000 Mann.

Dahin war es gekommen mit den einstigen Königreichen des ersten Habsburgers Carl, der vermöge dieser Reiche die römische Kaiserkrone getragen hatte im Geiste der Dynastie der Ottone. Bis auf die Republik Holland waren fast alle Länder des ersten Carl noch in der Hand des zweiten, und mit Staunen durfte man damals fragen, nicht wie es gekommen sei, daß das eine oder das andere verloren, sondern daß diese schwere Masse sich zusammen hatte erhalten können[2]). Dennoch waren Kundige der Ansicht: es bedürfe zur Herstellung der wirklichen Monarchie nur eines einzigen Hauptes voll Umsicht und voll Kraft. Dieses Haupt aber werde sich finden nur durch den Wechsel der Succession[3]).

Allerdings war ja Carl II. sicherlich nicht dieses Haupt. Seine zweite Heirath hatte nicht beigetragen, den hauptsächlichen Uebelstand zu heben, der wesentlich in seiner Person beruhte, in dem Mangel an Entschluß und Willen. Die Königin, eine der Töchter des kinderreichen Hauses Pfalz-Neuburg, imponirend durch Schönheit und Haltung, trachtete selber den König zu leiten. Gleichnamig mit der Königin Mutter, war sie in vieler Beziehung von dieser sehr verschieden. Nur einmal hatten beide Königinnen ein gemeinsames Ziel vor Augen gehabt, nämlich die Entfernung des ersten Ministers, des Grafen Oropesa. Die Königin Mutter hegte gegen diesen Mann ein tiefes Mistrauen. Carls II. Gemahlin vergaß es ihm nicht, daß er wider die Heirath mit ihr geredet. Zu den beiden gesellte sich der Beichtvater des Königs, Matiglia, der zu erreichen hoffte, daß der König

---

[1]) Ruzzini p. 586.

[2]) Pietro Venier p. 650: Maravigliando non che si fossero perduti tanti stati, ma che tanti ne rimanessero.

[3]) Ruzzini p. 592.

selbst regiere, nicht mehr sich regieren lasse. Ein Grund zur Anklage lag nahe: es war der Mangel in allen Kriegsanstalten. Oropesa ward als erster Minister entlassen, behielt jedoch den Vorsitz des Rathes für Italien. Fortan wußte die Königin Maria Anna die Wiederwahl eines ersten Ministers zu hindern. Dagegen eröffnete sich durch sie ein neuer Weg zu den Geschäften, und nicht bloß durch sie direct. Sie hatte aus Deutschland zwei Persönlichkeiten mitgebracht, die Gräfin Berlepsch, und den Baron Wesser als ihren Secretär. Der Rath dieser beiden Persönlichkeiten war bei ihr gewichtig. So wenig der Weg ein königlicher genannt werden konnte, so mochte es zuweilen geschehen, daß Verdienst und Recht auf diese Weise zur Würdigung kamen, häufiger jedoch daß Interesse und Gunst entschieden [1]). Die Wahrnehmung dessen wirkte auf die Spanier nicht vortheilhaft. Das Walten der neuen Königin war in dieser Beziehung sehr verschieden von demjenigen der ersten. Marie Louise von Orleans, die Nichte Ludwigs XIV., hatte nicht ohne Erfolg das französische Interesse in Spanien vertreten. Maria Anna, die Schwester der Kaiserin, machte durch ihre Umgebung, durch das Auftreten, den Einfluß derselben, den deutschen Namen in Spanien eher verhaßt als beliebt.

Für die erste Zeit nach der Heirath ruhete die Frage der Succession. Es erschien doch immer noch möglich, daß sie sich löste auf die einfachste Weise, durch eine eigene Descendenz Carls II. Dann entschwand ein Jahr nach dem anderen, ohne daß eine Hoffnung sich erhob. Die Frage regte sich wieder, zumal nach der Geburt des bayerischen Kurprinzen Joseph Ferdinand im October 1692. Die Spanier pflegten dabei ein doppeltes Ziel ins Auge zu fassen: derjenige Fürst, der zur Succession berufen werde, müsse seine Macht für dieselbe einsetzen, und andererseits müsse die ganze Monarchie beisammen bleiben. Allein wenn der Kurprinz nächst berechtigt war, welche Macht hatte Bayern in die Wage zu legen? — In Betreff der gesammten Monarchie erhob sich in jedem Falle, wo nicht ein Prinz des Kaiserhauses der Erbe wurde, ein Hinderniß, welches der Venetianer im Jahre 1695 betont, nämlich daß das Herzogthum Mailand ein Reichslehen war, von Kaiser Carl V. ausdrücklich nur dem Mannsstamme Philipps II.

[1]) Ruzzini p. 570.

verliehen, daß mithin beim Tode Carls II. ohne Descendenz Mailand nicht an eine cognatische Linie, also weder an einen französischen, noch an einen bayerischen Prinzen gelangen durfte, sondern an das Reich zurückfallen mußte.

Ungeachtet daß der Gesundheits-Zustand des Königs Carl II. zu unmittelbaren Besorgnissen keinen Anlaß bot, erwogen doch die spanischen Minister bei sich oft, ob es recht sei die Entscheidung über die Succession, mit welcher eine so lange Reihe von Fragen des öffentlichen wie des Privat-Wohles sich verkettete, dem Zufalle zu überlassen. Das nächste Ziel war die natürliche Abneigung zu überwinden, welche der König empfand gegen jede eingehende Erörterung dieses delicaten Gegenstandes. Wenn derselbe in seiner Gegenwart berührt wurde, so geschah es immer mit dem Hinweise, daß nur dem Könige es gebühre, über ein Object von solcher Tragweite zu entscheiden, daß dagegen die Treue seiner Vasallen berechtigt sei, ihn um Fürsorge für sie zu bitten[1]). Mit diesen Bemühungen indessen kam man nicht weiter. Carl II. war nicht bloß in sich unentschlossen, wie überhaupt, so namentlich in einer solchen Angelegenheit, bei welcher er als den Ausgangspunct seiner Entschlüsse den eigenen Tod ins Auge fassen mußte. Noch ein Motiv mehr hielt ihn zurück: er ließ nicht ab zu hoffen auf eigene Descendenz.

Im November 1693 wurden in den Kirchen von Spanien Gebete verordnet für die glückliche Niederkunft der Königin. Es hieß, daß Ludwig XIV. auf die Nachricht sich geäußert: die Kunde sei ihm nicht unlieb; denn dadurch werde für den Todesfall Carls II. vielem Kriegführen vorgebeugt[2]).

Dann aber wurden jene Friedensvorschläge vernommen, die er durch Avaux in Stockholm, durch Bonrepos in Kopenhagen machen ließ, welche ausdrücklich den Todesfall des Königs von Spanien ohne Descendenz in Aussicht nahmen.

Das Erbieten Ludwigs XIV. in diesem Falle den Kurfürsten von Bayern als Herrn von Belgien anzuerkennen, schien in Widerspruch zu stehen namentlich mit seinem Proteste von 1685 gegen eine

---

[1]) Ruzzini p. 566.

[2]) Sylvius t. IV, b. 36, p. 123.

Uebertragung von Belgien an den Kurfürsten. (Band III, S. 43 u. f.) Damals zurückgewiesen, hatte Ludwig XIV. ein anderes Verfahren eingeschlagen. Er hatte sich begnügt, die Schritte des Kaisers und des Kurfürsten in Madrid zu überwachen, ihnen entgegen zu treten, wo er es vermochte, selber dagegen sich in Schweigen zu hüllen und dadurch Spanien einzulullen, damit nur keine Feststellung seinen Wünschen entgegen getroffen würde, sondern damit Spanien, wenn der Fall unvorhergesehen einträte, von ihm das Gesetz des Stärkeren empfinge. Dennoch war, nach dem Urtheile kundiger Beobachter, diesem bisherigen Verhalten die überraschende Kundgebung in den Friedensvorschlägen ganz entsprechend. Wir haben vernommen, daß auch Wilhelm III. als den eigentlichen Zweck jenes Vorschlages ansah die Erregung von Zwietracht zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten von Bayern. Noch weiter in diesem Urtheile ging der Venetianer Ruzzini, welcher von Madrid aus die Dinge beobachtete. „Der Vorschlag, meint er, enthält nicht ein aufrichtiges Anerbieten, sondern ist ein tief angelegter Plan und eine giftige Saat der Zwietracht[1]). Denn weder würde der Kaiser Belgien abgeben, noch der Kurfürst mit Belgien sich begnügen wollen. Demnach bezweckt der Vorschlag nur Mistrauen zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten einerseits, und andererseits dem Kaiser und Spanien. Denn er ist berechnet darauf daß der Kaiser nicht geneigt ist, die Capitulation vor der Heirath des Kurfürsten mit der Erzherzogin Maria Antonia in Betreff Belgiens zu erfüllen, andererseits darauf daß der Hof von Madrid in Betreff der Succession für einen Erzherzog nicht geneigter ist als für einen anderen."

Bei dieser Lage der Dinge rief jener französische Vorschlag im spanischen Staatsrathe eine leidenschaftliche Bewegung hervor. Den König persönlich, der kurz vorher jene seine Hoffnung verkündigt, mußte sie treffen wie ein Hohn. Eine Neigung zum Frieden war in Spanien da. Sie wurde durch den französischen Vorschlag schneidig durchkreuzt. Der Unmuth des Königs und seines Staatsrathes machte sich Luft in einem heftigen Circular-Schreiben an die Mitglieder der großen Allianz, vom 23. Januar 1694.

---

[1]) Ruzzini p. 560: Un ben profondo artificio e velenosa zizzania.

Und hier erst sind wir gelangt zu dem Schriftstücke, welches der König Wilhelm III. in jener Aeußerung zu Heinsius, vom 26. Februar 1694, bezeichnet als die Rodomontaden Spaniens.

Das spanische Circular-Schreiben gibt zuerst die allgemeinen Gründe an, welche ein Eingehen auf die in Stockholm und Kopenhagen gemachten Vorschläge nicht gestatten. Denn die große Allianz vom 12. Mai 1689 setzte als das zu erstrebende Ziel die Herstellung des pyrenäischen Friedens von 1659. Dieses Ziel fordert der König von Spanien. Dann folgt der speziell spanische Einwand gegen jene Vorschläge. Er lautet wie folgt.

„Besonders jedoch erklären wir uns gegen ein Eingehen auf jene Vorschläge, weil in denselben sich bereits offen kund gibt die Herrschsucht des Königs von Frankreich, welcher mit maßloser Gier trachtet nach dem Erbe dieser Monarchie oder eines Theiles derselben. Wahrlich, wenn wir auch absehen wollten von den übrigen sehr unbilligen Bedingungen, so würden wir allein wegen dieses einen zugleich schimpflichen und abscheulichen Vorschlages uns niemals auf die anderen einlassen. Und wir werden niemals Vorschläge annehmen, welche diese Angelegenheit auch nur im mindesten berühren, auch wenn alle unsere Bundesgenossen, ob insgesammt, ob einzeln, einen Frieden eingingen, und demnach wir allein, verlassen von aller Hülfe der Freunde, die ganze Last des Krieges auf uns zu nehmen hätten. Denn mit unerschütterlichem Vertrauen hoffen wir auch jetzt noch, daß die göttliche Gnade uns und unsere Unterthanen segnen werde mit königlicher Descendenz von uns selber"[1]). Deshalb fordert Carl II. von den Genossen der großen Allianz die nachdrückliche Fortsetzung des Krieges, und wiederholt zum Schlusse seine Erklärung: „Auch wenn alle Bundesgenossen uns verließen, so würden wir doch bis zum äußersten Verluste aller unserer Länder den Krieg aushalten. Denn das ist unserer Würde und unserem Namen bei der Nachwelt eher angemessen, als das Eingehen auf die Erörterung eines so schmählichen Vorschlages".

Ungeachtet jener herben Kritik des Königs Wilhelm III. über dieses Actenstück fordert dasselbe in mehr als einer Beziehung unsere Aufmerksamkeit. Die Kritik Wilhelms III. ist, namentlich für ihn

---

[1]) Anlage III.

persönlich, nicht unberechtigt. Er war in der einen wichtigen Beziehung in der gleichen Lage mit Carl II. von Spanien. Auch er hatte keine Descendenz, die das Werk seines Lebens zu sichern vermochte. Aber er gab darum nicht sich fruchtlosen Klagen und Wünschen hin, setzte nicht dadurch das Ringen seines Lebens auf das Spiel des Zufalles. Wie er um dieser Aufgabe willen, für die Freiheit seiner Heimat, für England und für ganz Europa, sein Leben einsetzte zu Wasser und zu Lande, unter den treibenden Eisschollen der Maas, wie im Bereiche der Kugeln und der Schwerter: so faßte er in der Stille seines Cabinets die Eventualität seines Todes ins Auge, und suchte die Völker sicher zu stellen gegen unheilvolle Consequenzen desselben. Darum hatte er bereits im Jahre 1689 Fürsorge zu treffen gesucht für die Sicherheit der Thronfolge in England weit hinaus, und wir werden später ersehen, daß er niemals diese Fürsorge aus dem Auge ließ. Von diesem seinem Standpunkte aus, von welchem Wilhelm III. als wahrhafter König und Vater seiner Völker nicht bloß für die Gegenwart bedacht war, sondern auch für die Zukunft derselben, mochte er allerdings geringschätzig niederblicken auf den engen Kreis der Gedanken, in welchem Carl II. von Spanien, sich klammernd an seine persönliche Hoffnung, trotzdem daß sie gerade damals wieder sich als eitel erwies, bei allen hochtönenden Worten dennoch nicht sich aufzuraffen wußte zu kräftigen Entschlüssen der That, weder für die Gegenwart, noch für die Zukunft.

Allein dies nimmt dem geschichtlichen Actenstücke der Antwort Carls II. auf die Vorschläge Frankreichs nichts von seiner Wichtigkeit, stellt vielmehr diese erst recht klar ins Licht. Man hat später gesagt: die Frage der Succession in der spanischen Monarchie starrte dem damaligen Europa ins Gesicht, und die Pflicht der Fürsorge für den Frieden der Völker hätte gefordert, die Frage im voraus zu lösen. Allein wer konnte sie lösen, wenn der zunächst Betheiligte, der König Carl II., die Aufgabe der Lösung in solcher Weise von sich wies, wenn er auch nur gegen die Berührung derselben laut protestirte? Denn obwohl der Zorn Carls II. über die Berührung zunächst sich ergoß wider den König von Frankreich: so lag in diesem Ausbruche keineswegs eine Ermuthigung für den Kaiser. Wie nicht von Versailles, so wollte Carl II. auch von Wien her eine Anregung der

Frage der Succession nicht dulden [1]). Ja man kann darin noch einen Schritt weiter gehen. Man darf sagen, daß, bei allem Zorne Carls II. wider Ludwig XIV., thatsächlich jene Aeußerung desselben eher für Ludwig XIV. günstig war als für den Kaiser. Denn, bei dem Mangel einer zweifellosen gesetzlichen Feststellung von Seiten Spaniens, hatte nicht ein besseres Recht, sondern die stärkere Faust die günstigere Aussicht. Oder auch, es konnte dahin kommen — wie es später dahin gekommen ist — daß, unter dem Drucke von Umständen und Personen, der paradoxe Umschwung, der, nach der Beobachtung des kundigen Venetianers Ruzzini, in der Seele Carls II. möglich war, in dem wichtigsten Entschlusse seines Lebens so grell hervortrat wie nie zuvor.

Diese Dinge indessen gehörten damals noch der Zukunft an. Ein Anderes war es mit der Wirkung des spanischen Circular-Schreibens damals gleich, wo es erlassen wurde. Noch mehr als auf die Zukunft bezog sich die herbe Kritik Wilhelms III. auf die damalige Gegenwart. Allein er selber gibt in einem dieser Schreiben seine Bedingung an: „Wenn der Kaiser zustimmt, so kümmere ich mich sehr wenig um Spanien". Aber der Kaiser Leopold nahm eine andere Rücksicht auf Carl II., als der König von England. Es handelte sich um einen gemeinsamen Gegenvorschlag der Allianz auf die Propositionen von Avaux in Stockholm. Die kaiserlichen Gesandten im Haag und in London waren für sich zuerst nicht abgeneigt. Sie wurden darin von Wien her nicht ermuthigt. Wir werden sehen, daß die Frage eines Gegenvorschlages sich lange hinzog. Wenn — was allerdings nicht mit Sicherheit gesagt werden kann — von Seiten Frankreichs damals die Willigkeit zum Frieden vorhanden war: so wurde dieser Friede hauptsächlich vereitelt durch Spanien [2]).

Wir sind bei der Betrachtung der Friedensvorschläge von Frankreich zu Ende 1693 und dem Einwande, welchen namentlich Carl II. von Spanien ihnen entgegen stellte, ausgegangen von der schweren Kriegeslast, welche Frankreich damals zu ertragen hatte, namentlich durch das Hinzutreten der Hungersnoth, von dem Vergleiche dieser

---

[1]) Ruzzini p. 561: La lettera vigorosa inviata a tutti i colligati si miro a frenar non solo i pensieri della Francia, che di Vienna.

[2]) Dies ist auch die Ansicht Ruzzinis, p. 561.

Kriegeslast, welche Ludwig XIV. dem durch seinen Willen beherrschten Frankreich auferlegte, mit derjenigen, welche das Parlament von England, gemäß der Aufforderung des Königs Wilhelm III., freiwillig auf sich nahm. Wir haben also unsere Blicke zurück zu wenden auf die ferneren Schritte des Parlamentes von England.

Die Geneigtheit des Unterhauses für die Forderungen des Königs dauerte an. Es wollte nicht offen Subsidien für andere Mächte bewilligen, als etwa für den Herzog Victor Amadeus von Savoyen. Daß unter allen Bundesgenossen gerade dieser der unzuverlässigste war, ahnten ja die Mitglieder des englischen Unterhauses sicherlich noch weniger als der Kaiser Leopold und der König Wilhelm. Aber das Unterhaus kam auf andere Weise dem Könige entgegen. Die Bewilligung lief vom 1. Januar 1694 an, die neuen Regimenter dagegen wurden erst aufgerichtet vom 1. April an, so daß ein volles Vierteljahr der Neu-Bewilligung zu eigener Verwendung für den König verblieb. Andere Subsidien verbargen sich unter die Rubrik der Spitäler und allgemeiner Ausgaben. „Ueberhaupt, meldet Hoffmann, ist das Parlament, ungeachtet seiner Abneigung gegen förmliche Subsidien, so freigebig gewesen, daß der König sehr wohl im Stande sein wird, seine anderweitig versprochenen Subsidien zu zahlen." Er faßt sein Urtheil zusammen in die Worte: „Demnach darf man mit gutem Fug sagen, daß, obwohl man zu Anfang so große Ursache zum Zweifel gehabt, dennoch das Parlament in keiner anderen Session sich besser angelassen hat als in der jetzigen" [1]).

Es handelte sich dann um die Wege und Mittel zur Aufbringung der großen Summen. Bis dahin war es herkömmlich, die Landtaxe als die sicherste Quelle der Einnahme lediglich für die Flotte zu bestimmen. Das Unterhaus beschloß, daß dies Mal die Landtaxe zur Hälfte für die Flotte, zur Hälfte für das Landheer zu verwenden sei.

In dieser günstigen Weise schritten im Monate Januar 1694 die Dinge vor. Damals traf der Markgraf Ludwig von Baden, der Sieger von Salankemen, zu Wasser in London ein. Auf der Vorbeifahrt ward er vom Tower aus begrüßt mit 60 Kanonenschüssen. Der König empfing den Gast mit hohen Ehren. Der Markgraf hatte

---

[1]) Die Berichte vom 1. und 5. Januar 1694.

freilich ein anderes Ziel im Auge. Er sondirte bei Portland um Subsidien für die Armee am Oberrheine. Portland bat ihn die Wünsche nicht an den König zu bringen, welcher sie nicht bewilligen könne. Der Markgraf begnügte sich vorlieb zu nehmen mit der Ehre, die in vollem Maße ihm zu Theil ward. Der königliche Hof zu Kensington war bewegter als jemals zuvor. Der Markgraf empfing den Eindruck allseitiger Zufriedenheit [1]).

Urplötzlich jedoch stieg drohend ein Gewitter empor.

Dem Unterhause lag seit Wochen die Place-Bill vor, welche bestimmte, daß kein Beamter der Krone im Parlamente sitzen dürfe. Die Bill war durch verschiedene Zusätze abgeschwächt, so daß die königliche Prärogative dabei wenig oder nichts zu leiden hatte [2]). Das Oberhaus stimmte zu. Die Bill wurde dem Könige vorgelegt zugleich mit derjenigen über die Landtaxe. Die letztere sanctionirte der König, die Place-Bill wies er zurück. „Dies hat nicht allein Jedermann befremdet, fügt Hoffmann seiner ersten Meldung über die Sache hinzu, sondern das Unterhaus hat es so hoch empfunden, daß man nur wünschen kann, die gereizte Stimmung desselben möge nicht den bisher günstigen Gang der Dinge aufhalten." So am 26. Januar/5. Februar, vor einem weiteren Schritte des Unterhauses in dieser Sache.

Das Haus trat zusammen. Es constituirte sich als Comite zu berathen über den Stand des Königreiches. Die Thüren wurden geschlossen, damit Niemand aus- noch eingehe, und die Angelegenheit ohne Unterbrechung berathen und beendet werde. Die Reden waren scharf. Sie wurden schärfer auf die Erklärung der Mitglieder des geheimen Rathes, welche zugleich dem Unterhause angehörten, daß der König die Sache nicht zuvor dem geheimen Rathe vorgelegt habe. Demnach, hieß es, müsse der Abschlag des Königs von einer Privat-Person stammen, und zwar von derjenigen, welcher das Unterhaus alles ihm Misfällige beizumessen gewohnt war, von Portland [3]). Nach vielen heftigen Reden einigte man sich zu dem Beschlusse: „Wer immer dem Könige den Rath gegeben die Bill nicht zu sanctioniren, die zum

---

[1]) Die Berichte Hoffmanns im Januar 1694.

[2]) Worte Hoffmanns im Berichte vom 5. Februar.

[3]) Als welcher alles, was dem Unterhause misfallet, gethan haben muß, sagt Hoffmann im Berichte vom 9. Februar.

Zwecke hat eine Beschwerde zu erledigen, ist ein Feind Ihrer Majestäten und des Königreiches". Demnach wurde eine Vorstellung in diesem Sinne an den König abgefaßt. Sie legte ihm dar, daß in wenigen Fällen ein König von England seine Zustimmung zu Gesetzes-Vorschlägen des Parlamentes verweigert habe, namentlich zu solchen, deren Zweck betreffe die Reputation des Hauses. Es folgte dann im Entwurfe der Vorstellung ein scharfer Schluß-Paragraph. Dieser erhielt nicht die Mehrheit. Aber auch derjenige, welcher an die Stelle gesetzt wurde, schloß mit den Worten: „Wir bitten daher unterthänig, daß Ew. Majestät in Zukunft geruhen wollen, auf den Rath Ihres Parlamentes zu hören, und nicht auf geheime Reden von Privat-Personen, welche vielleicht besondere Absichten haben, nicht übereinstimmend mit dem wahren Interesse Ewr. Majestät und Ihres Volkes".

Während das Unterhaus diese Vorstellung berieth, befand sich der König in Windsor. Dort wollte er mit dem Markgrafen von Baden der Jagd obliegen. Er eilte zurück. Die Gesammtheit der Mitglieder des Unterhauses trat vor ihn, um die Vorstellung zu überreichen. Er erwiederte, daß er sich dieselbe überlegen wolle, und beschied sie für seine Antwort auf den nächsten Morgen.

Die Ansicht der Unbetheiligten war, daß, je nach der Antwort des Königs, die Sache sich beilegen oder verschlimmern werde. Man verwunderte sich, daß der König sie so weit habe kommen lassen. Demnach erwarteten die Unbetheiligten ein Einlenken von seiner Seite.

Der König entsprach nicht dieser Erwartung. Als am nächsten Tage die Mitglieder des Unterhauses vor ihm erschienen, sprach er ihnen aus, daß kein Fürst jemals eine höhere Achtung vor der Verfassung von England gehegt als er, und daß er immer große Rücksicht auf den Rath des Parlamentes nehmen werde. Nach seiner Ueberzeugung werde nichts so sehr beitragen zum Glücke und zur Wohlfahrt des Königreiches als ein völliges Vertrauen zwischen König und Volk. Dies Vertrauen wolle er nach allen Kräften bewahren, und Jeden, der es zu verringern trachte, ansehen als seinen Feind. — Damit entließ der König das Unterhaus. Die eigentliche Sache hatte er nicht berührt.

Damit indessen war noch nicht das letzte Wort gesprochen. Es handelte sich nun um die wichtige Frage, ob das Unterhaus beharren werde.

Es zog die Antwort des Königs in Erwägung. Es ward der Antrag gestellt, den König zu ersuchen um eine bestimmtere Antwort. Nach vielen Reden für und wider kam es zur Abstimmung. Der Antrag ward verworfen mit 229 gegen 88. Der Sieg verblieb demnach vollständig dem Könige.

Von da an lag die Mehrheit des Unterhauses unausgesetzt der Aufgabe ob, die Mittel und Wege zur Aufbringung des bewilligten Geldes ausfindig zu machen. Es wird hervorgehoben, daß die Tactik der Gegner darauf berechnet war, jegliche indirecte Auflage zu vereiteln, dagegen directe vorzuschlagen, zum Beispiele eine Kopfschatzung, welche, weil augenfälliger, das Volk schwerer drücken und zur Unzufriedenheit reizen würde. Der hauptsächliche Einwand gegen jene indirecten Auflagen wie auf Leder, auf Salz, ward daher genommen, daß dadurch unvermerkt und dennoch sicher der Weg gebahnt werde zu einer General-Accise, wie sie bereits auf vielen Völkern des Continentes so drückend laste. Von diesem Gesichtspuncte aus stimmten auch Andere bei, so daß mehrere der Auflagen nur mit einer geringen Mehrheit zu Stande kamen [1]).

Wir sehen demnach, daß auch England schwer litt unter der allgemeinen Kriegeslast. Es scheint sogar, daß auch dort die Zahl der Bevölkerung abgenommen habe. Dies ist besonders wahrscheinlich nach einem Antrage, der dem Unterhause vorlag, nämlich alle fremden Protestanten, die sich in England befänden, zu naturalisiren. Der Antrag fand jedoch harten Widerstand. Namentlich wurde er von einigen Mitgliedern benutzt zu den hergebrachten Declamationen gegen die Holländer. Eins der Mitglieder verstieg sich in seiner Rede gegen sie hinauf zu Aegypten, zu Joseph, der als Fremder und als Rathgeber im Cabinet die Aegyptier mit ihrer Habe dem Pharao leibeigen gemacht. „Was hat denn, rief er aus, dieses unser Land zu erwarten, wo das Haupt und viele Mitglieder seines Rathes Ausländer sind?" — Bei diesen Worten gab sich das Misfallen im Hause so sehr kund, daß der Redner einzulenken suchte, dann jedoch mit den Worten schloß: „Ich bin der Ansicht, daß man zuerst diese Bill aus dem Hause werfen sollte, und dann die Fremden aus dem Königreiche".

---

[1]) Hoffmanns Berichte im Februar und März.

Die Rede ward in den nächsten Tagen gedruckt verbreitet. Das misfiel dem Unterhause sehr. Wie nach alter Weise in solchen Fällen üblich, faßte es den Beschluß, daß die gedruckte Rede durch die Hand des Henkers öffentlich zu verbrennen sei. Jener Antrag der Naturalisation der Fremden indessen erhielt nicht die Mehrheit[1]).

Es ist möglich und auch wahrscheinlich, daß bei Reden solcher Art ein jacobitischer Einfluß thätig war. Derselbe tritt wenigstens nicht offen zu Tage. Das Ansehen des Königs Jacob sank. Nicht mehr wie 1689 und 1690 erkannte man ihn an als kriegführende Partei. Ein besonderer Vorfall zeigt dies in merkwürdiger Weise.

Es waren bereits im Jahre 1692 neun Irländer gefangen, die auf einem Kaperschiffe mit der Bestallung des Königs Jacob gedient. Die Admiralität beauftragte den Dr. Oldish sie als Seeräuber anzuklagen. Er weigerte sich. Er reichte ein schriftliches Gutachten ein, des Inhaltes, daß er die Gefangenen nicht ansehen könne als Seeräuber. Die Sache zog sich hin. Im September 1693 wurden er und einige andere Rechtsgelehrte vor den Cabinetsrath geladen. Als Mitglieder desselben waren zugegen die beiden Staats-Secretäre Nottingham und Trenchard, die Grafen Devonshire und Pembroke. Dazu kamen die Mitglieder der Admiralität.

Trenchard befragte den Dr. Oldish um die Begründung seiner Ansicht. Dieser erwiederte: „Piraten, weil nicht von einer rechtmäßigen Autorität ermächtigt, sind Feinde des ganzen Menschengeschlechtes. Diese Gefangenen dagegen berufen sich auf eine Commission, gezeichnet von dem Könige Jacob, ausgestattet mit Artikeln und Instructionen in derselben Form, wie bei unseren Kaperschiffen bräuchlich, nämlich unter der Caution, daß der Kaper seine Prisen bringe vor das Admiralitäts-Gericht zu Brest. Eine Caution solcher Art stimmt in keiner Weise zur Piraterie; denn der Pirat ist ein Seeräuber, und daher nach den Gesetzen der Nationen alles Rechts verlustig".

Es erfolgte der Einwurf, daß der König Jacob seine Souveränetäts-Rechte eingebüßt. Durch das Verlassen der Krone habe er sich auch der Gewalt begeben, Commissionen solcher Art auszustellen.

---

1) Commons' Debates. Vol. II, p. 444. — Hoffmanns Bericht vom 12. März.

Oldish gestand dies nicht zu. „Ein König, erwiederte er, kann seiner Krone entsetzt werden; aber er verliert darum noch nicht sein Recht. Ich berufe mich auf das Wort von Hugo Grotius: das Recht der Krone verbleibt, wie auch immer der Besitz derselben verloren sei [1]). — Darum belassen die Gesetze einem Könige, obwohl seines Königreiches entsetzt, noch immer das Recht der Kriegführung. Demgemäß hat er alle Rechte einer kriegführenden Partei, unter anderen das Recht der Repressalien u. s. w. Dahin gehört die Gewalt Kaperbriefe auszugeben."

Trenchard entgegnete: „Ihre Ansicht mag richtig sein im Falle der Entsetzung eines Königs: wie aber steht die Sache, wenn er abdicirt hat?" —

„Wenn er wirklich abdicirt hat, erwiederte Oldish, wie der Kaiser Carl V., wie die Königin Christine von Schweden es gethan: so ist er lediglich Privatmann und kann rechtmäßig keine solche Commission ertheilen. Allein wenn ein Kaperschiff handelt kraft einer thatsächlich vom Könige Jacob ihm bewilligten Commission, ohne zu wissen, ob er abdicirt hat: so ist es die Frage, ob ein Irrthum solcher Art nicht frei mache von der Strafe des Delictes, weil in solchem Falle jede als rechtmäßig angesehene Autorität gleich geltend ist mit einer wirklichen solchen Autorität."

„Um diesen Zweifel aufzuklären, erwiederte Trenchard, bedürfte es doch nur der Prüfung der Umstände, um die es sich handelt, und der Klarstellung, ob diese den Anlaß gegeben haben können zu einem so großen Irrthume, welcher vermocht hätte mehrere Personen zu verleiten, und unter anderen die Bemannung solcher Kaperschiffe."

Oldish entwickelte demgemäß seine Auffassung der Dinge. „Es ist notorisch, sagte er, daß der König Jacob einmal legitimer König war, anerkannt als solcher von der gesammten Welt; ferner daß er, als seine Armee ihn verließ, nach Frankreich floh, um bei seinem Verbündeten Hülfe zu suchen; weiter daß der König von Frankreich ihn aufnahm als einen Souverän, und ihm Truppen gab; dann daß er mit diesen Truppen nach Irland ging, um, wie seine Declaration es besagte, sein Königreich wieder zu gewinnen; weiter, daß er Kaper-

---

[1]) Jus Regni penes ipsum manet, utcumque possessionem amiserit.

briefe ausgab, und daß diejenigen, welche, auf Grund dieser Kaperbriefe kämpfend, in Gefangenschaft fielen, nicht als Diebe und Räuber, sondern als Kriegesgefangene behandelt wurden, daß demnach in so weit seine eigenen Feinde seine Ansprüche anerkannten. Es ist eben so notorisch, daß diejenigen, welche unter ihm selbst in Irland dienten, als Feinde behandelt wurden, nicht als Schurken, obwohl sie ja doch kraft keiner anderen Vollmacht Krieg führten als derjenigen des Königs Jacob; ferner, daß sie nach ihrem Abzuge in Frankreich sich zum Könige Jacob begaben als zu ihrem Könige, und demnach auch ihn für berechtigt hielten, eben so wohl wie er Kriegs-Commissionen zu Lande gegeben, auch Kaperbriefe zur See auszustellen; ferner, daß sie im Besitze dieser Kaperbriefe ausgegangen sind mit feindseliger, nicht mit diebischer Absicht gegen England, gemäß ihrer Vollmacht und ihren Instructionen. Diese dem Könige Jacob, wenn auch nur dem Scheine nach, verbliebene Autorität deckt diejenigen, welche auf Grund derselben gehandelt, gegen die Anklage des Verbrechens der Piraterie. Denn die Abdication Jacobs II. ist in Frankreich niemals öffentlich kund gemacht, ja man hat dort sogar nie davon reden hören. Weil man nun bei der Anklage auf Piraterie als ein an sich todeswürdiges Verbrechen Acht haben muß auf alle mildernden Umstände, namentlich also auf die allgemeine Einstimmigkeit für die Anerkennung einer falschen Autorität in dem fremden Lande, wo die Kaperbriefe ausgestellt worden sind: so würde dieser Umstand die Gefangenen schützen gegen die Anklage der Absicht, durch die Annahme derselben sich zu Dieben, mithin zu Piraten zu machen. Denn es ist klar, daß in Frankreich der König Jacob als König angesehen und anerkannt wird, und aus diesem Grunde gilt für den vorliegenden Fall der Rechtssatz: ein allgemeiner Irrthum schafft ein Recht."

„Es sind in Ihrem Vortrage Winke enthalten, fiel Trenchard ein, die auf etwas wie Hochverrath hindeuten. Wir müssen daher bei Ihnen etwas genauer zusehen. Was halten Sie von der Abdication?" —

„Mylords, erwiederte Oldish, das ist eine verstrickende Frage. Es ist sehr wohl möglich, daß in Betreff der Abdication meine Ansicht ganz genau der Ihrigen entspricht. Indessen, wie auch immer man darüber urtheile, die Thatsache, daß die Abdication durch

Parlamentsbeschluß feststeht, genügt für ihre Rechtsgültigkeit, wenigstens in England. Aber diese Leute, um die es hier sich handelt, waren in einem fremden Lande, unkundig dessen was hier vorfiel. Und obwohl der König Jacob hier nicht König ist: so ist dennoch der Schein der Autorität, welcher ihm verblieben, und die allgemeine Meinung, welche in jenem Lande von ihm gehegt wird, wie ich bereits dargethan, ausreichend die Gefangenen zu decken gegen die Anklage der Piraterie."

„Was halten Sie denn von den Piraten, fragte Trenchard, die unter dem Könige Anton von Portugal Bestallung nahmen?"

„In Betreff dieser Franzosen, die unter Anton von Portugal dienten, erwiederte Oldish, heißt es in den geschichtlichen Berichten: diejenigen, welche unter Anton gedient, sind nicht wie kriegsgefangene Feinde bestraft worden, sondern wie Piraten, weil Spanien den Anton von Portugal niemals als König anerkannt hatte. — Der Unterschied in diesen beiden Fällen ist vernunftmäßig begründet. Anton von Portugal war von Seiten Spaniens niemals als König anerkannt. Hier dagegen liegt der Fall umgekehrt. Der König Jacob war wirklich und rechtlich König, und als solcher anerkannt von uns und den gesammten Völkern."

Auf diese Erklärung von Oldish wurden die anderen mit ihm vorgeladenen Rechtsgelehrten befragt. Pinfold erwiederte, daß er der Rechtsansicht von Oldish beistimme. Newton und Waller ersuchten um Frist. Der fünfte, Namens Littleton, erwiederte: „Der König Jacob ist zur Zeit Privatmann, mit dem wir keinen Krieg haben, wie er nicht mit uns. Oder, wenn er einen Krieg mit uns haben wollte, so wäre er dazu nicht im Stande, weil er keine Mittel, keinen Schatz besitzt, demnach auch Gesandte weder zu empfangen noch auszuschicken vermag. Diejenigen, welche ihm anhangen, sind nicht als Feinde, sondern als Verbrecher zu betrachten. Demnach sind auch die Gefangenen, um die es hier sich handelt, nicht anzusehen als bestallte Kaper, sondern als Seeräuber". Dieser Ansicht Littletons schloß sich Tindal an, der sechste der vorgeladenen Juristen.

Oldish wurde darauf seines Postens als Rechts-Consulent der Admiralität entlassen, und Littleton an seine Stelle gesetzt. Er erhob demgemäß die Anklage gegen die gefangenen neun Irländer.

Das Urtheil entsprach der Anklage. Sie wurden als Seeräuber gehängt [1]).

Dem gegenüber steht jedoch eine andere Erfahrung aus denselben Tagen. Wir erinnern uns des anglicanischen Geistlichen, der etwa ein halbes Jahr zuvor von der Kanzel offen die Erhebung für den König Jacob gepredigt hatte, und dann von seinen Zuhörern selbst zum Staats-Secretär geführt war. Im Februar 1694 kam die Sache vor dem Schwurgerichte zur Verhandlung. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Nichtschuldig [2]).

Jener durch die That kund gegebene Wille der englischen Regierung, den geflüchteten König nicht mehr als kriegführende Partei anzuerkennen, ist ein wichtiges Zeugnis für den Niedergang der Sache Jacobs II. in England. Ein nicht minder wichtiges Zeugnis war die von Ludwig XIV. auf verschiedene Weise angedeutete Bereitwilligkeit, seinen Schützling fallen zu lassen. Die Andeutungen in den von Avaux in Stockholm und Bonrepos in Kopenhagen gemachten Vorschlägen zum Frieden lauteten nicht bestimmt genug. Der König von Dänemark, in dem Streben die Rolle des Friedensvermittlers zu erlangen, bat bei Ludwig XIV. um einen genaueren Ausdruck seines Willens, zum Zwecke der Verwendung bei den kriegführenden Parteien. Er erhielt von dem Gesandten Bonrepos einen Auszug aus einem Schreiben Ludwigs XIV. Darauf hin übergab der dänische Gesandte im Haag, Lenthe, den Generalstaaten eine kurze Denkschrift, mit Bezug auf jenes Schreiben von Bonrepos. Die Denkschrift, vom 22. Januar 1694, lautet wie folgt.

„Hochmögende Herren. Der Unterzeichnete u. s. w. hat E. H. M. durch eine Denkschrift vom 21. December v. J. mitgetheilt, daß Se. Majestät, auf die Wahrnehmung, daß in den französischen Friedensvorschlägen des Königreiches England nicht speziell gedacht war, sich weiter in dieser Sache so bemühen werde, daß der Abschluß eines so heilsamen Werkes daran keinen Anstoß erleiden möge. Mit welchem Erfolge dies geschehen, werden Ew. Hochmögenden aus der Beilage ersehen, nämlich einem Auszuge aus den Befehlen des Königs von

[1]) Hoffmanns Bericht vom 16. März. — Erst damals also muß die Sache zu Ende gekommen sein.

[2]) Desgl. vom 19. Februar.

Frankreich an seinen Botschafter in Kopenhagen, durch diesen mitgetheilt. Se. Majestät der König stellt daher völlig E. H. M. anheim zu beurtheilen, ob und bis zu welchem Puncte diese Eröffnung beachtenswürdig, und ob, in Betracht des Inhaltes derselben, es nicht einleuchtend sei, daß die Angelegenheit, England betreffend, fortan nur noch abhange von dem weiteren Aussprechen, damit alle Schwierigkeiten geebnet werden."

Die Beilage, geschrieben von Bonrepos für den König von Dänemark, lautete wie folgt:

„Der König, mein Souverän, heißt gut was von hier aus in Betreff Englands geschehen ist, als seinen wahren Intentionen entsprechend, nämlich daß, wenn diese Krone Expedienzen vorschlagen will, deren Durchführung die vermittelnden Mächte auf sich nehmen wollen, der König sehr erfreut sein wird, durch denselben Vertrag auch die Schwierigkeiten in Betreff Englands beigelegt zu sehen. Denn der König hat bei den Friedenserbietungen, welche Sr. dänischen Majestät mitgetheilt sind, immer die Absicht ausgesprochen, unter der Bezeichnung eines allgemeinen Friedens auch England mit zu umfassen" [1]).

So wenig diese mit Bedingungen umwickelte Erklärung den Generalstaaten zunächst und dann dem Könige Wilhelm III. eine Bürgschaft bot: so war sie doch auf französischer Seite entsprungen aus der Intention diesen Glauben einzuflößen. Demnach enthielt sie für den König Jacob, wenn er nämlich von derselben eine Kunde hatte, den Beweis, daß die Preisgebung seiner Sache von Seiten Ludwigs XIV. nicht eine Frage sei des Principes, sondern der Zweckmäßigkeit.

Allein ob Jacob II. zu St. Germain einblickte in jene Schritte seines Bruders von Frankreich, ist zu beurtheilen aus den eigenen, welche er gleichzeitig that.

Im Februar 1694 entsendete er einen Agenten, Namens Crofs, mit neuen Instructionen nach England. Er sollte den Jacobiten melden, daß der letzte Bericht, den der König im October des Jahres zuvor eingefordert, nicht bloß für ihn bestimmt gewesen sei, sondern auch für den König von Frankreich, damit er, bei genauer Kunde des

---

[1]) Anlage IV.

Standes der Dinge in England, die erste Gelegenheit zu Gunsten Jacobs benutzen könne. Dieser gute Wille des Königs von Frankreich dauere fort; aber zur Zeit stehe es nicht in seiner Macht, die erforderlichen 30,000 Mann hinüber zu senden. Die Instruction schließt mit folgenden Worten: „Sie haben unsere Anhänger in Kenntnis zu setzen, daß die Motive für den allerchristlichsten König, Friedensvorschläge zu machen, nicht irgend einer Schwäche oder Unfähigkeit in Frankreich entstammen, sondern dem Wunsche, seine Bereitwilligkeit zum Frieden darzuthun in einer Zeit, wo nach seiner Ansicht die von ihm errungenen Siege seinen Feinden zeigen müssen, daß er des Friedens nicht bedürfe. Auch hat er erklärt, daß er an diese Bedingungen nicht gebunden sein will gegenüber denjenigen unter den Verbündeten, welche nicht vor der Eröffnung des Feldzuges dieselben ergreifen. Endlich haben Sie unseren Freunden zu eröffnen, daß sie keinen Grund haben, wegen dieser Friedensvorschläge eine Besorgnis zu hegen, da ja wir, die wir zunächst und unmittelbar betheiligt sind, an Ort und Stelle uns befinden" [1]).

Der König Jacob und sein Berather Melford waren demnach der Ansicht, daß ihr Aufenthalt in St. Germain unfern von Versailles ihnen eine Bürgschaft sei für die Kenntnis der Plane Ludwigs XIV. Der Vergleich dieser ihrer Aeußerungen mit dem Auftrage von Ludwig XIV. an Bonrepos in Kopenhagen zeigt uns, daß sie den wirklichen Stand der Dinge nicht kannten. Das Ganze aber beweist, daß die Nacht in ihren Köpfen nach wie vor jedem Lichtstrahle undurchdringlich war.

Indessen die Unkenntnis der Sachlage in Europa bei vielen Jacobiten in England hielt derjenigen ihres Hauptes in St. Germain völlig das Gleichgewicht. Wir sehen unter diesen die Namen Montgomery, Fenwick, Ailesbury, Yarmouth und Andere. Im Anfange März 1694 sandten sie an Lord Melford in St. Germain eine Erwiederung auf die Meldungen von Cross. Sie rechtfertigen sich darin, daß sie im October zuvor die Uebersendung von 30,000 Mann französischer Truppen verlangt. Sie erkenneten an, sagten sie, daß eine solche Sendung Sr. Allerchristlichsten Majestät ein wenig schwer fallen

[1]) Macpherson's Original papers. Vol. I, p. 476.

würde. Aber sie hätten damals nicht voraussehen können, sagten sie, daß die Stimmung der englischen Nation seitdem sich so günstig wenden würde. Die Partei für Jacob II. sei stärker geworden, als sie damals zu sagen gewagt. Das Volk scheine mit Ungeduld seinen König zu erwarten. Da nun Melford in Aussicht gestellt, daß der König von Frankreich zu dem Wagnis des Unternehmens zu bewegen sein würde, wenn die Jacobiten in England sich mit 20,000 Mann begnügen wollten: so verkündigten sie auch für diese Macht, bei der Lage der Dinge im Anfange März, die moralische Gewisheit des Erfolges. Zu diesem Zwecke sandten sie Berichte ein über den Stand der englischen Flotte und des Landheeres [1]).

Jacob II. begnügte sich nicht mit der einen Sendung. Er schickte bald nachher den Hauptmann Lloyd, der ihm im Mai 1692 das erste Schreiben seiner Tochter, der Prinzessin Anna, überbracht hatte. Lloyd hatte Aufträge des König Jacob an Marlborough, an den Admiral Russel, an Godolphin, an Shrewsbury und dessen Mutter, deren wir uns erinnern von dem Duelle zwischen ihrem Freunde Buckingham und ihrem Gemahle. (Band I, S. 233.)

Bereits vor der Ankunft von Lloyd war Shrewsbury wieder als Staats-Secretär in den Dienst des Königs getreten. Diese Angelegenheit fordert daher zunächst unsere Aufmerksamkeit.

Wir erinnern uns, daß der König, sofort bei der Entlassung Nottinghams, den Grafen Shrewsbury als Whig zum Staats-Secretär ernennen wollte. Shrewsbury lehnte ab. Er zog sich auf seinen Landsitz Eyford in Oxfordshire zurück. Aber der König ließ nicht ab. Er setzte andere Kräfte in Bewegung, Miß Villiers, die spätere Gräfin Orkney, die als die Maitresse des Königs bezeichnet wird, und ihre Freundin Missis Lunden. Die letztere stellte für Shrewsbury den Herzogstitel in Aussicht. Die Correspondenz war sehr lebhaft. Sie fruchtete nicht. Shrewsbury erwiederte: er sei krank. Er wolle in Spanien reisen. Der König zog andere Kräfte der Whig-Partei herzu, den Admiral Russel und Lord Wharton. Shrewsbury beharrte in seiner Weigerung. Er könne nicht eine Stelle annehmen,

---

[1]) Macpherson's Original papers. Vol. I, p. 478.

sagte er, in welcher er dem Könige nutzlos und unbedeutend sein, sich selber unbehaglich fühlen werde [1]).

Legte der König wirklich einen so hohen Werth auf die Dienste eines Mannes, der selber sie so gering anschlug? Uns Späteren liegt es offen vor, daß Shrewsbury damals mit St. Germain ausgesöhnt war. Wußte der König Wilhelm das nicht? — Wir werden dies bald zu erfahren haben.

Auch Marlborough redete bei Shrewsbury für die Annahme. Er stand fortdauernd in Correspondenz mit St. Germain. Er meldete die Sache dem Könige Jacob. Er sagte, daß Shrewsbury gedrängt werde, und fürchte auf die Dauer nicht widerstehen zu können, daß er jedoch, auch wenn dies geschähe, niemals seine Gesinnungen ändern werde. Was auch immer der König Jacob davon denke, sagte Marlborough weiter, der Wiedereintritt von Shrewsbury würde seinem Interesse entsprechen. Denn Shrewsbury würde es vermögen, auch für ihn, für Marlborough, ein Commando in der Armee wieder zu erlangen. Er aber werde es nur annehmen, wenn der König Jacob diese Annahme seinem Interesse entsprechend erachte und darum ihn ermächtige. „Denn ich bin immer so unglücklich gewesen, schließt Marlborough, und E. M. so gütig, daß es unmöglich für mich ist, an irgend etwas Gefallen zu haben, anders als mit der Gewisheit Ihrer Zustimmung.“ So Marlborough am 28. Februar [2]).

Wir werden die Antwort des Königs Jacob durch Lloyd nachher vernehmen.

Der König Wilhelm beharrte unterdessen bei seiner Absicht, Shrewsbury heranzuziehen. Dieser wich aus nach wie vor. Inzwischen geschah es, daß er dem Jacobiten Montgomery einen Besuch bei ihm verstattete, und daß der König davon Kunde erhielt. Er ließ Shrewsbury zur Audienz laden in einer Weise, welche diesem ein Ausweichen unmöglich machte. Er erschien [3]).

---

[1]) Coxe: Correspondence of Shrewsbury p. 18. Die Warnung jedoch von Hallam vor allem, was der Herausgeber Coxe in diesem Werke aus Eigenem bringt, muß ich bestätigen.

[2]) The life of James. Vol. II, p. 519.

[3]) A. a. O. — Ferner Macpherson I, p. 481.

„Sie geben, begann der König, der Welt einige Ursache zum Erstaunen darüber, daß Sie beharrlich das Amt des Staats-Secretärs ausschlagen, welches ich wiederholt Ihnen anbiete. Sie legen, wie es scheint, geringen Werth auf meinen Dienst." — Shrewsbury erwiederte: seine Gesundheit sei schwach. „Das ist nicht der einzige Grund," sagte der König. — „Nein, Sire, entgegnete Shrewsbury, um offen zu reden, habe ich noch einen anderen. Ew. Majestät haben die Krone empfangen auf gewisse Bedingungen. Diese sind nicht erfüllt worden, und ich kann nicht so weit gehen wie Andere thun." Der König beachtete diesen Einwand nicht weiter. Er fuhr fort: „Es gibt noch einen anderen Grund". Und dann erfolgte die Frage: „Wann haben Sie Sir James Montgomery gesehen?" — Shrewsbury suchte auszuweichen. „Ich habe ihn oft gesehen, antwortete er, seitdem er damals die Krone von Schottland herüber brachte." — „Aber wann zuletzt?" — fragte der König. Das Wort fiel auf Shrewsbury wie ein Donnerschlag. Nachdem er sich gesammelt, antwortete er: „Dann werden Ew. Majestät auch wissen, daß ich den Mann, der mich von meiner Loyalität abzuleiten suchte, nicht ermuthigt habe". — „Ich weiß, erwiederte König Wilhelm, Sie sind ein Mann von Ehre, und wenn Sie das Amt übernehmen, so werden Sie mir ehrenhaft dienen." Shrewsbury bat um Frist bis nach der Wiederkehr von seinem Landsitze, wohin er damals sich verfügen wollte.

Das Gerücht des Wiedereintrittes von Shrewsbury durcheilte sofort die Stadt London [1]).

Nach der Aussage der Mutter, der Gräfin Shrewsbury, zu dem Hauptmann Lloyd, dem Abgesandten Jacobs II., hatte ihr Sohn für diese Reise einen besonderen Beweggrund. „Er hoffte, sagte sie, daß inzwischen der König Jacob in England landen würde, und wollte bereit sein mit seinen Freunden zu ihm zu stoßen" [2]). Wenn die Sache sich wirklich so verhält, so würde außer dem Urtheile, welches darin über den Charakter Shrewsburys liegt, zugleich sich seine Unkunde der Dinge auf dem Festlande ergeben, wie sie den meisten Jacobiten eigenthümlich gewesen zu sein scheint. Eine Landung Jacobs erfolgte nicht.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13./23. März.

[2]) Macpherson I, 481.

Shrewsbury kehrte zurück nach London. Er nahm die Siegel. Die alte Gräfin Shrewsbury versicherte dem Agenten Lloyd, daß ihr Sohn die Siegel nur genommen, um dem Könige Jacob fortan wirksamer zu dienen. Für diese Ansicht könnte sprechen, daß Shrewsbury sich bemühte auch für Marlborough wieder ein Commando zu erbitten. Der König Wilhelm lehnte ab. Andererseits ist bemerkenswerth, daß Lloyds Berichte nichts enthalten von einer Begegnung mit dem neuen Staats-Secretär persönlich.

Desto häufiger sah Lloyd Andere, die in ähnlicher Lage waren wie Shrewsbury, nämlich Marlborough, Russel, Godolphin.

Lloyd eröffnete dem Grafen Marlborough, daß der König Jacob gern seinen Wiedereintritt in den Dienst des Prinzen von Oranien bewillige, und ihm gestatte die geeigneten Mittel dafür aufzubieten. Denn an seiner Treue hege der König keinen Zweifel. Marlborough erwiederte: er würde ein Commando in der Armee nur in der Absicht annehmen dem Könige Jacob zu dienen, für dessen Herstellung, zur Sühnung seiner Verbrechen, er sein Leben einsetzen werde [1]).

Marlborough führte den Abgesandten zu dem Admiral Russel, unter dessen Befehl demnächst die Flotte aussegeln sollte. Lloyd erinnerte den Admiral an sein Versprechen für den König Jacob. Russel erwiederte: sein Entschluß stehe fest. Aber die Sache sei schwer. Man bedürfe Zeit. Lloyd drängte schärfer. Russel rief Gott zum Zeugen, daß er sein Versprechen halten werde. Er wolle die Flotten-Offiziere gewinnen, alles an Marlborough mittheilen. „Aber, fragte er dann, wenn Sie in meiner Stelle wären, was würden Sie thun?" — Lloyd erwiederte: man könne die Sache auf verschiedene Weise anfangen, z. B. die französische Flotte vermeiden, sie herüber passiren lassen. Russel entgegnete: „Das war einst meine Absicht; aber sie ist nicht ausführbar. Jedoch ich will die Herstellung des Königs vollbringen, und schwöre Ihnen, daß ich es allein thun will". Er redete weiter, ohne einen bestimmten Plan anzugeben; aber er schloß mit den Worten, daß die Lords Marlborough und Shrewsbury Richter seiner Handlungen sein sollten.

---

[1]) Macpherson I, 481. Auch für das Folgende.

Lloyd begab sich zu Godolphin. Dieser betheuerte in den wärmsten Ausdrücken seine Anhänglichkeit an den König Jacob. Aber, sagte er dann, es sei zu besorgen, daß im Laufe des Sommers ein Friede zu Stande komme, und daß, gemäß den Aeußerungen des Prinzen von Oranien, dieser Friede dem Könige Jacob nachtheilig sein werde. Denn unfehlbar werde der Prinz die Ausweisung des Königs Jacob aus Frankreich verlangen. Er halte es für seine Pflicht darauf den König aufmerksam zu machen. Wenn aber der Friede nicht erfolge: so sei es seine Ansicht, daß der König herüber kommen müsse, jedoch mit beträchtlicher Macht. Es würde für die Franzosen nicht schwer sein in England zu landen, auch ohne Zuthun Russels. Dieser jedoch habe, nach Godolphins Meinung, alles versprochen, was man von ihm erwarten dürfe. Nur sei es zu wünschen, daß Shrewsbury, welcher als aufrichtig für den König Jacob gesinnt anzusehen sei, seinen Einfluß auf Russel behalte. Russel werde jedenfalls vor Brest erscheinen. Das gebe dem Könige von Frankreich den Vorwand dorthin Truppen zu ziehen. Den Sommer über könne man die erforderlichen Transportschiffe herbei schaffen. Dann möge der König Jacob gegen den Herbst die geeignete Zeit wählen und herüber kommen. Eines Treffens würde es nicht bedürfen; denn neun Zehntel der Bevölkerung von England verabscheueten von Herzen den Prinzen von Oranien [1]).

Die Gräfin Shrewsbury hob dem Lloyd gegenüber besonders hervor, daß nach der Abreise des Königs nach dem Festlande die Königin, die dann die Regierung führe, sich stützen werde hauptsächlich auf den Rath ihres Sohnes und Caermarthens, des früheren Grafen Danby. Es ist zu bemerken, daß auch dieser Name unter denjenigen erscheint, welche Wiederanknüpfung in St. Germain gesucht.

Wir erinnern uns, daß eben dasselbe auch von Sunderland geschah, der, obwohl er keine amtliche Stellung hatte, dennoch häufig vom Könige Wilhelm zu Rathe gezogen wurde.

Besonders dieser letztere Name hat Anlaß gegeben zu der Vermuthung, daß die Correspondenz nicht bloß von Sunderland, sondern auch von anderen Persönlichkeiten mit St. Germain angeknüpft sei

---

[1]) Macpherson I, p. 483.

mit Connivenz des Königs Wilhelm. Es ist eine Vermuthung, die immerhin Manchem wahrscheinlich sein mag, für die jedoch ein fester Anhaltspunkt nicht vorliegt. In Betreff Sunderlands namentlich muß bemerkt werden, daß, wenn auch uns Späteren die Berichte Barillons darthun, wie oft Sunderland den König Jacob an Ludwig XIV. verkauft hatte, dennoch Jacob II. selber dies nie zu durchschauen vermochte. Ein Mann, wie er, der trotz der gemachten Erfahrungen dennoch dem Marlborough wieder Glauben schenkte, vermochte dasselbe auch gegenüber Sunderland. In der That lassen die Aeußerungen, welche Jacob II. über das Entgegenkommen von Sunderland damals machte, nicht auf eine Abneigung schließen [1]).

Aber es ist die Ansicht aufgestellt worden, daß der König Jacob keiner von allen diesen Persönlichkeiten, weder Marlborough noch Russel, noch einem Anderen ein volles Vertrauen bewiesen habe.

Es kommt darauf an, was man unter einem vollen Vertrauen versteht. Was Jacob II. bei sich dachte, bleibt uns verborgen. Aber die äußeren Bethätigungen des Vertrauens waren da, namentlich gegenüber Marlborough. Wir erinnern uns, daß Marlborough als einen Beweis der Verzeihung verlangte die Handschrift des Königs Jacob, der Königin Marie Beatrice, daß der Wunsch ihm gewährt wurde. Wir haben ferner die Meldung durch Lloyd an ihn vernommen. Der König läßt darin ihm aussprechen, daß er keinen Zweifel hege an der Treue Marlboroughs. Zweifel solcher Art werden allerdings laut in der Biographie des Königs Jacob [2]). Aber diese ist durchwachsen mit der Reflexion des Verfassers, und nicht die eigenen Aeußerungen des Königs dort, sondern jene Reflexion prägt den Zweifel aus.

Das Vertrauen des Königs Jacob auf diese Freunde in England stellt sich allerdings dar in einer eigenthümlichen Färbung. Denn, nach richtiger Bezeichnung, vertraut Jacob II. auf den Verrath dieser Persönlichkeiten an dem Könige Wilhelm. Oder genauer noch: der König Jacob hofft, daß dieselben Personen, welche ihn an seinen Neffen verrathen haben, nun seinen Neffen verrathen werden an ihn. Jacob II. geht darin noch weiter. Er begnügt sich nicht damit, daß

---

1) Sein Schreiben bei Macpherson I, p. 486.

2) J. B. Vol. II, p. 519.

jene Personen dies thun wollen aus sich, und daß er, im Falle sie dieses wirklich thun, die Früchte des Verrathes ernten werde — er ertheilt, wie wir vernommen, dem Marlborough ausdrücklich die Erlaubnis in den Dienst Oraniens einzutreten, mit der Absicht Jacobs, mit dem Versprechen Marlboroughs, daß dieser an Oranien Verrath üben solle und wolle. Wenn Jemand geneigt ist an dem Könige Jacob anzuerkennen, daß er immer wieder bereit ist zum Vertrauen auf den Mann, der so schwer wider ihn gefehlt: so darf nicht dabei außer Acht gelassen werden, auf welche Qualität dieses Mannes der König Jacob dabei seine Hoffnung setzt.

Aber es erwächst dann die Frage, was diese Persönlichkeiten in England, die mit St. Germain in Verbindung standen, selber dabei bezweckten. Der Biograph des Königs Jacob, welchem der gesammte Verlauf der Dinge in lebendiger Anschauung gegenwärtig war, spricht die Ansicht aus, daß das hauptsächliche Ingrediens der Loyalität dieser Personen für Jacob II. nicht die Zuneigung war, sondern die Furcht, nämlich die Furcht, daß die Herstellung des Königs Jacob erfolgen könnte durch Gewalt, das heißt durch die Macht Frankreichs. Diese Furcht habe sich verringert in Folge der Friedensvorschläge, welche Ludwig XIV. ungeachtet der Ueberlegenheit seiner Waffen damals machen ließ, und demgemäß seien auch die Betheuerungen der Loyalität matter geworden [1]).

Diese Ansicht wird unterstützt durch die Wahrnehmung, daß bei den Wünschen oder Planen der Jacobiten in erster Linie immer steht die Erwartung der Herüberkunft französischer Truppen nach England. Sie eben so wenig wie Jacob II. selbst scheinen sich jemals klar darüber geworden zu sein, daß diesen Erwartungen das eine wichtige und allein entscheidende Fundament fehlte, nämlich der Wille Ludwigs XIV. Ob eine solche Unternehmung, wenn Ludwig XIV. den Willen dazu gehabt, hätte gelingen können, liegt, weil sie nicht geschehen ist, hinaus über die Grenzen des menschlichen Urtheiles. Die Reden dagegen solcher Persönlichkeiten wie Godolphin thun dar, daß sie, im Falle einer solchen Unternehmung, das Gelingen derselben für wahrscheinlich hielten. Demnach war ihr Bestreben dahin gerichtet,

[1]) The life of James. Vol. II, p. 516.

für sich selber Sicherheit zu haben in solchem Falle. Der Verlauf der Dinge hat dargethan und wird ferner darthun, namentlich im Beginne des Jahres 1696, daß Ludwig XIV. niemals die Absicht hatte, auch nur ein einziges französisches Regiment durch eine Landung in England aufs Spiel zu setzen, wenn nicht vorher in England selbst eine Erhebung zu Gunsten von Jacob II. erfolgte. Wir dürfen also noch einen Schritt weiter gehen als der Verfasser der Biographie Jacobs II. Nicht zunächst die Furcht war das hauptsächliche Motiv der Loyalität bei vielen, nicht bei allen Jacobiten in England, sondern die Unkenntnis der Dinge auf dem Festlande, und speziell der Persönlichkeit Ludwigs XIV. Aus dieser Unkenntnis erwuchs dann die Furcht.

Eine eigene Leistung von Seiten dieser Jacobiten erfolgte nicht, mit Ausnahme Marlboroughs, der seine eigenen Wege wandelte. Wir werden diese seine Leistung bald kennen lernen. Wo an die vorgeblichen Freunde des Königs Jacob die Aufforderung zum Handeln herantrat — sagt sein Biograph — da suchten sie Ausflüchte. „Sie brachten ihm niemals einen erheblichen Vortheil und thaten sich selber keinen Schaden. Denn, wenn sie außer Amt waren, so machten sie als Grund geltend ihre Abneigung gegen den Prinzen von Oranien, und rechneten sich das Bei-Seite-stehen zum Verdienste. Wenn sie Mittel fanden zum Wiedereintritte, so stellten sie diesen dar als einen besonderen Vortheil des Königs, weil sie dadurch besser im Stande seien ihm zu dienen" [1]).

Von diesen Persönlichkeiten, die mit St. Germain Briefe gewechselt hatten, befanden sich damals im Dienste des Königs Wilhelm der Befehlshaber der Flotte, der Admiral Russel, die wichtigste Persönlichkeit in der Finanzverwaltung, Lord Godolphin, der Präsident des geheimen Rathes, Marquis Caermarthen, der eine der beiden Staats-Secretäre, Graf Shrewsbury. Wir haben bemerkt, daß ein Beweis für eine Connivenz des Königs mit solchen Correspondenzen, etwa um dadurch Einsicht in die Plane von St. Germain zu erlangen, nicht vorliegt. Daß jedoch der König um sehr viele dieser Dinge wußte, hat die Unterredung mit Shrewsbury dargethan. Demnach darf auch angenommen werden, daß Wilhelm III. das Fundament aller

---

[1]) The life of James. Vol. II, p. 519.

jacobitischen Plane kannte, die Hoffnung auf eine Landung Jacobs mit einer französischen Macht. Zugleich aber liegt aus den Thatsachen vor, daß der König gegen einen solchen Plan an den Küsten von England keine nennenswerthen Vorkehrungen traf. Ueberhaupt war ja der König Wilhelm in England der einzige Mann, welcher die Lage der Dinge auf dem Festlande völlig überblickte, welcher die Macht Ludwigs XIV. und die Grenzen derselben kannte, welcher endlich auch die Persönlichkeit desselben und namentlich die Qualität seiner Großmuth für Jacob II. zu würdigen verstand. Indem Wilhelm III. überzeugt war, daß die Anhänger Jacobs in England eine Unternehmung aus sich nicht wagen würden, indem er andererseits wußte, daß ihre Rechnung auf eine französische Invasion des Fundamentes entbehrte, sah er von seinem Standpunkte aus hinweg über jacobitische Velleitäten, die nach der Lage der Dinge zu einer Frucht nicht reifen konnten.

Ein Beweis dessen ist jene merkwürdige Unterredung, durch welche er dem Grafen Shrewsbury die Siegel des Staats-Secretärs aufzwang. Der König suchte ihn dabei moralisch zu binden durch die Erklärung, daß er ihm vertrauen wolle als einem Manne von Ehre. Allein wir müssen doch hinzusetzen, daß dies Vertrauen ein bestimmtes Maß und eine eng gezogene Grenze hatte. Das Gebiet der beiden Staats-Secretäre waren die auswärtigen Angelegenheiten; aber der König band nach wie vor diese Angelegenheiten an seine Person. Im Beginne des Jahres 1694 ließ er durch einen besonderen Gesandten dem Kaiser seine umfassenden Anstalten für den Feldzug darlegen. Zu diesem Zwecke bediente er sich desselben Mannes, den er auch im Jahre 1688, vor der Expedition nach England, in Wien verwendet hatte, des hessischen Freiherrn von Görz[1]). Es war vor dem Eintritte Shrewsburys in das Amt. Dann ging der König hinüber zum Feldzuge, und beließ seinen Staats-Secretär Shrewsbury in England. Welche Kunde er dort, und selbst auch nach der Wiederkehr des Königs aus dem Feldzuge von 1694, von den Beziehungen zu den auswärtigen Mächten empfing, ob ihm namentlich der Vertrag der großen Allianz von 1689 mitgetheilt war, oder die Art und Weise, in welcher England in der Person des Königs diesem Vertrage ange-

[1]) Propositio des Freiherrn v. Görz, vom 29. Januar 1694, in den Anglicis des k. k. Archivs.

hörte — das sind Fragen, deren Beantwortung wir später, im Januar 1695, aus den eigenen Aussagen des Staats-Secretärs Shrewsbury zu vernehmen haben werden.

Shrewsbury selber hatte in jener ersten ausweichenden Antwort an seine Freundin seine Qualification für die ihm zugedachte Stellung nicht unrichtig geschätzt. Nicht seine Befähigung, nicht seine Kenntnisse, noch seine Arbeitskraft hatten die Blicke und die Wahl des Königs auf ihn gelenkt, sondern seine Persönlichkeit und seine Stellung in seiner Partei. Diese Persönlichkeit war nämlich nach dem Zeugnisse der Zeitgenossen eine ungemein gewinnende. Shrewsbury erfreute sich, wie man sagte, aus dem Munde Wilhelms selbst des Urtheils, daß er sei the king of hearts. Um die Whig-Partei sich verbindlich zu machen, zog der König aus derselben diese äußerlich hervorragende, glänzende Persönlichkeit heran, und ließ nicht ab, bis es ihm gelang. Indem der König mit solchem anscheinenden Eifer diesem hauptsächlichen Whig nachstrebte, war es auf der anderen Seite für ihn leichter, doch nicht völlig dem bisher befolgten Principe eines gemischten Ministeriums zu entsagen. Er behielt den Tory Caermarthen als Präsidenten des geheimen Rathes. Er behielt den Tory Godolphin, der ihm unentbehrlich erschien für die Geschäfte der Finanzverwaltung.

Um die Whig-Partei sich ferner zu verpflichten, häufte der König auf das Haupt Shrewsburys Ehren und Würden. Durch den Tod des Herzogs von Hamilton war damals eine Ritterschaft des Hosenband-Ordens verfügbar. Der König hielt ein Capitel, und die Wahl fiel auf Shrewsbury. Zwei Tage später verlieh ihm der König den Herzogstitel. Man hatte bis dahin kein Beispiel einer gleichzeitigen Verleihung von zwei solchen Würden an Eine Person, noch auch, daß ein Staats-Secretär den herzoglichen Titel geführt, den höchsten des Königreiches [1]). Mit Shrewsbury erhielten denselben Titel auch Caermarthen, nämlich als Herzog von Leeds, ferner Bedford, Devonshire und Clare. Diese wurden betrachtet als die reichsten Lords des Königreiches.

Unterdessen zogen die Berathungen über die Wege und Mittel zur Beschaffung des Geldes sich lange hin. Der König sah es mit

[1]) Hoffmanns Berichte vom 6. und 9. Mai. Er sagt ausdrücklich, daß der König es gethan, um „die Presbyterianer mehr und mehr zu obligiren“.

Ungeduld; denn es waren für den Beginn des Feldzuges in Belgien Plane verabredet, deren Ausführung die Generalstaaten nur ihm und nicht einem Anderen anvertrauen wollten. Die Frage allerdings, um die es in England zuletzt sich handelte, war von einer größeren Bedeutung für die Zukunft Englands, als damals sich ahnen ließ. Ein Mitglied des Unterhauses, Namens Montague, hatte den Plan einer Anleihe von 1.200,000 £ eingebracht, und zwar so, daß die Subscribenten dieser Anleihe, die zu acht Procent auf eilf Jahre aufgenommen wurde, eine Corporation bilden sollten mit dem Namen der Bank von England. Das Unterhaus nahm die Bill an. Dann jedoch erhob sich im Oberhause Einspruch, namentlich gegen den hohen Zinsfuß [1]), welcher fortan für die Grundeigenthümer eine Anleihe unmöglich machen werde. Erst nach langem, hartem Kampfe ließ das Oberhaus nach von seinem Widerstreben [2]).

Am Morgen des 25. April/5. Mai sanctionirte der König die Bill. Auch er mochte nicht ahnen, daß der Act, den er damit vollzogen, dennoch für die kommenden Generationen wichtiger war, als das Gelingen oder Fehlschlagen des Planes, der seine rasche Ueberfahrt forderte. Der Wind war entgegen. Dennoch brach er am selben Nachmittage auf nach Gravesend. Der gute Wille fruchtete nicht. Er mußte nach London zurückkehren. Am 30. April/10. Mai war Mondwechsel. Der Wind war noch zuwider; aber der König hegte die Hoffnung, daß er umschlagen werde. Darum sollte keine Stunde versäumt werden. Zum zweiten Male eilte der König nach Gravesend. Zum zweiten Male mußte er nach London zurückkehren. Am 3./13. Mai schwenkte der Wind ein wenig. Er war nur halb gut; aber dies Mal war der König fest entschlossen zu reisen. Wenn der Wind die Ausfahrt aus der Themse nicht gestatte, so wollte er weiter nach dem Seehafen Margate. Dort lagen fünf holländische Kriegsschiffe. Die Königin begleitete ihn wie fast immer, bis er an Bord stieg. Es war am 6./16. Mai. Dann wandte der Wind sich völlig zu Gunsten, und die Fahrt ging rasch von statten bis zum anderen Mittag, wo er abermals umschlug. Man war noch sechs holländische Meilen von der Küste entfernt. Den König jedoch trieb die Ungeduld. Er ließ

---

[1]) Hoffmann im Berichte vom 4. Mai sagt 9 Procent.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 4. Mai.

eine Ruder-Schaluppe fertig machen. Abermals also wie drei Jahre zuvor, befand sich der König in dem schwachen Fahrzeuge auf offenem Meere, dies Mal nicht den treibenden Eisschollen ausgesetzt, aber doch eben so wie damals, jeglicher Böe, die plötzlich sich erheben konnte, und möglicher Weise auch dem raschen Griffe des rastlosen Jean Bart, dem einige Tage zuvor dort wieder, wie schon oft, die Wegnahme des Packetbootes nach England gelungen. Das Wetter war unruhig, die Fahrt schwierig. Sie dauerte von Mittag bis acht Uhr Abends. Dann endlich stieg der König wohlbehalten ans holländische Ufer, und traf nach Mitternacht ein im Haag [1]).

Er fand eine besondere Angelegenheit erledigt, welche seit vielen Monaten drohend geschwebt hatte. Die Noth in Frankreich machte den Getreidehandel dahin für die Angehörigen der Neutralen zu einem gewinnreichen Geschäfte. Dänische und schwedische Kauffahrer betrieben dasselbe mit großem Eifer. Allein viele dieser Fahrzeuge wurden namentlich von holländischen Kapern angehalten und aufgebracht. Dänemark griff zu Repressalien, und belegte alle holländische Schiffe im Sunde mit Beschlag. Der König von Dänemark sandte den Secretär Jessen nach Stockholm mit der Vorstellung, daß die Lage der Dinge in Europa nöthige zum Anschlusse an Frankreich, zum gemeinsamen Eingreifen gegen die Verbündeten. Carl XI., in dessen Rathe die Stimme des alten Benedict Oxenstjerna überwog, weigerte sich. Den Eintritt von Dänemark allein in den Krieg wünschte auch selbst Ludwig XIV. nicht, weil, wenn Schweden nicht mit Dänemark ging, es später gegen dasselbe auftreten würde [2]). Allein Schweden wandte sich mit nachdrücklicher Bitte um Vermittelung an den Kaiser Leopold. Die Dinge seien dahin gekommen, ließ Carl XI. melden, daß er sich einem erneuten Andringen von Dänemark auf die Erfüllung der Verträge nicht werde entziehen können. Der Kaiser entsprach der Bitte. Er ließ bei Wilhelm III. und bei Heinsius hervorheben, daß die Haltung des Königs von Schweden Anspruch habe auf die volle Anerkennung der verbündeten Mächte. Dagegen sei es unleugbar, daß die Wirren mit Dänemark ihren Anfang genommen von dem

---

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 7., 11. und 14. Mai. — Sylvius t. IV, b. 37, p. 66.

[2]) Robethon Papiere im St. A. H.

maßlosen Vorgehen der seeländischen Kaperschiffe. Der Kaiser ertheilte dem Grafen Stratemann im Haag den Auftrag des Erbietens zur Vermittelung. Diese gelang sofort. Am 3. Mai wurden von beiden Seiten die mit Beschlag gelegten Schiffe frei gegeben, und Heinsius verhieß im Namen der Generalstaaten, daß in Betreff der verlangten Satisfaction man aller Billigkeit entsprechen würde [1]).

Dieser Ausgleich war um so wichtiger, weil auch in Betreff des Reiches der König von Dänemark als Herzog von Holstein-Gottorp an der Spitze derjenigen Fürsten stand, welche der neunten Kurwürde widerstrebten. Eine Reihe derselben, unter ihnen der Markgraf Ludwig von Baden, begnügte sich mit dem Proteste, in der Hoffnung, daß der Kaiser gegenüber diesem Proteste die Introduction des Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg in das kurfürstliche Collegium nicht vornehmen werde. Voran jedoch unter den Opponenten standen als besondere Partei der König von Dänemark, die Herzöge zu Wolfenbüttel, der Fürstbischof von Münster. Ein Vertrag zwischen ihnen bestimmte die Zahl der Truppen, die im Falle des thätlichen Vorgehens ein Jeder zu stellen habe. Die Fäden des Gewebes liefen zusammen in die Hand des französischen Gesandten Bonrepos in Kopenhagen.

Wie der Kaiser durch die Vermittelung zwischen Dänemark einerseits, Holland und England andererseits sich bemühte, dort das glimmende Feuer rechtzeitig zu löschen: so suchte er auch den Bund dieser Opponenten in gütlicher Weise zu lösen. Der Graf Auersperg, den er im November 1693 zum Gesandten bei Wilhelm III. bestimmt, erhielt den Auftrag auf seinem Wege dahin zuvor in Wolfenbüttel und in Münster die kaiserliche Mahnung geltend zu machen. Es geschah. Auersperg war über alle Fäden des von Bonrepos in Kopenhagen gesponnenen Gewebes genau unterrichtet. Er legte sie den Herzögen in Wolfenbüttel dar. Namentlich Rudolf August war erschrocken über die Tragweite der Dinge, in welche mehr sein Bruder Anton Ulrich als er sich eingelassen. Es gelang dem Grafen Auersperg die Brüder zu bewegen zur Entsendung von 4000 Mann nach dem Oberrheine, von 2000 Mann nach Belgien, unter der Bedingung,

---

[1]) Kaiserliches Rescript an Stratemann vom 16. April, und Bericht des G. St. vom 11. Mai.

daß für diese letzteren der König und die Republik zahlten. Da der Vertrag dem Herzog außerdem jegliche feindselige Absicht im Reiche unmöglich machte, so genehmigten der König und die Republik. Weniger geneigt zum Nachgeben war der Fürstbischof Friedrich Christian von Münster. Der Graf Auersperg forderte von ihm, daß er wenigstens sein Reichs-Contingent an den Oberrhein sende. Friedrich Christian entgegnete: er vernehme, daß der König von Frankreich an die Maas kommen und dort durchbrechen wolle. Deshalb bedürfe er selber seiner Truppen. Es gelang dennoch endlich ihn zur Entsendung von 4000 Mann zu bewegen[1]).

Der Erfolg dieser Mission Auerspergs war für die Allianz von hohem Werthe, weniger wegen der dadurch gewonnenen Verstärkung der großen Armee, als durch die Sicherung des inneren Friedensstandes im Reiche. Jene entsendeten Mannschaften waren wie ein Pfand gegen die Bildung einer sogenannten dritten Partei unter der Führung Dänemarks. Andererseits wurden dadurch der Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg und sein Bruder zu Celle frei von der Besorgnis, die sie hätte nöthigen können ihre Truppen heim zu rufen.

Auch das jedoch reichte noch nicht hin, dem Könige Wilhelm III. alle Besorgnis in Betreff Dänemarks zu nehmen. Dieses hatte in den Ausgleich mit den Seemächten willigen müssen, weil Schweden nicht mit ihm ging. Der Kaiser hatte jegliche Thätlichkeit im Reiche wider die neunte Kurwürde vereitelt, indem er dem Könige von Dänemark die Verbündeten Wolfenbüttel und Münster entzog. Dennoch blieb Dänemark ein unzuverlässiger Nachbar. Es machte neue Versuche in Dresden. Wir haben dahin unsere Blicke zu wenden.

Bei der Ankunft im Haag vernahm der König Wilhelm als erste wichtige Nachricht den Tod des jungen Kurfürsten Johann Georg IV. von Sachsen.

Das Verhalten dieses Fürsten während seiner kurzen Regierung hatte den verbündeten Mächten geringes Vertrauen eingeflößt. Er hatte im Sommer 1693 seine Truppen ins Feld rücken lassen, weniger aus Neigung für die Sache der Verbündeten, oder aus einer patriotischen Pflicht, als auf die Bitten der Gräfin Rochlitz, seiner

[1]) Die Robethon-Papiere im St. A. H. — Wagner t. II, p. 282.

Maitresse, welcher die verbündeten Mächte diesen Dienst lohnten mit 40,000 Reichsthalern. Johann Georg war darum nicht bundestreuer geworden. Er konnte namentlich die Gefangenschaft Schönings nicht verschmerzen. Er verlangte von dem Kaiser immer aufs neue die Freilassung dieses Mannes, welchen die verbündeten Mächte als gemeinschädlich ansahen. Im Winter 1693 auf 1694 ging Johann Georg so weit, einen kaiserlichen Courier nach Dresden unterwegs aufheben und ihm seine Papiere nehmen zu lassen. Die Weisungen des Kaisers darin an den Gesandten in Dresden bekundeten nicht eine Bereitwilligkeit zur Freigebung von Schöning. Im Verdrusse darüber berief Johann Georg die eigenen Minister und die fremden Gesandten, und eröffnete ihnen, daß, wenn nicht der Kaiser binnen einer bestimmten Frist den Schöning in Freiheit setze, der Kurfürst seine Truppen heim berufen werde. Der Kaiser antwortete durch die That. Er ließ den Schöning enger verwahren [1]).

Die Verbündeten waren sogar der Ansicht, daß die Abberufung der sächsischen Truppen das geringere Uebel sein würde. Denn Schöning, einmal in Freiheit, werde durch seine unbeschränkte Herrschaft über die Seele des Kurfürsten ihn vermögen, nicht bloß die Truppen abzuberufen, sondern mit Dänemark ein Schutz- und Trutzbündnis einzugehen, zunächst zum Zwecke des Erwerbes von Sachsen-Lauenburg, und somit im Reiche ein Feuer anzuzünden zu Gunsten des Königs von Frankreich.

Inzwischen mochte Johann Georg IV. zu der Erkenntnis gekommen sein, wie wenig seine Schritte gegenüber dem Kaiser vereinbar waren mit der schuldigen Pflicht eines Reichsfürsten. Er lenkte ein durch ein eigenhändiges Schreiben an den Kaiser persönlich. Es begannen Verhandlungen über Schöning. Der Kaiser stellte die Forderung, daß Schöning unbedingt nicht, weder im Felde, noch im Rathe, verwendet werden dürfe. Johann Georg war bereit darauf einzugehen.

Dann jedoch gewannen rasch und unerwartet die Dinge eine andere Gestaltung. Die Gräfin Rochlitz erkrankte an den Blattern. Johann Georg, der vor aller Welt Augen seine Gemahlin hintansetzte gegen diese Persönlichkeit, achtete nicht der Gefahr der Ansteckung. Er

[1]) Das Ganze nach den Robethon-Papieren im St. A. H. Eben so das Folgende.

wollte sie nicht verlassen. Die Gräfin starb. Der Kurfürst war untröstlich. Er ließ die Leiche beisetzen in der kurfürstlichen Gruft. Dann ergriff auch ihn dieselbe Krankheit. Nach wenigen Tagen folgte er der Gräfin Rochlitz, am 7. Mai 1694.

Johann Georg IV. starb söhnelos. Es folgte ihm daher sein Bruder Friedrich August, 24 Jahre alt. Die ersten Acte der neuen Regierung waren die Entfernung der Leiche der Rochlitz aus der kurfürstlichen Gruft, und die Verhaftung der Mutter derselben, welcher man Gemeinsamkeit des Handelns mit der Tochter vorwarf.

Die Nachricht dieser Thronveränderung in Dresden fand der König Wilhelm bei seiner Ankunft im Haag vor. Es war vorauszusehen, daß der König von Dänemark sich aufs neue bemühen werde. Die Kurfürstin Witwe von Sachsen war eine dänische Prinzessin, die Schwester des Königs. Sie vermochte mehr über den jüngeren Sohn Friedrich August, als früher über den nun verstorbenen. Dänemark suchte durch die Mutter den jungen Kurfürsten zu bewegen, seine Truppen abzuberufen, sich mit Dänemark zu einigen und von den Verbündeten die Annahme der französischen Vorschläge zu fordern. Wenn Friedrich August sich dazu nicht entschließen könne: so möge er die Hülfe von Dänemark verlangen, um sich in den Besitz von Sachsen-Lauenburg zu setzen. Der junge Kurfürst indessen beharrte auf dem Wege, den zuletzt sein Bruder eingeschlagen. Wie dieser, hielt auch er es für eine Ehrensache, die Freilassung von Schöning zu erlangen; aber er stand nicht unter dem Einflusse dieser Persönlichkeit, wie vor ihm erst der Vater, dann der Bruder. Er versprach, wie es der Kaiser verlangt, daß Schöning weder ein Commando erhalten, noch in seinen Rath eintreten solle. Darauf hin erhielt Schöning die Freiheit. Friedrich August ging in seiner Annäherung an den Kaiser noch einen Schritt weiter. Er versprach den Eintritt in die große Allianz.

Diese Wendung der Dinge in Dresden war dem Kaiser deshalb um so erwünschter, weil er bis dahin in großer Sorge für den Oberrhein geschwebt hatte. Im März und April 1694 nämlich verbreitete sich das Gerücht, daß der Hauptstoß der französischen Macht gerichtet sein werde auf den Oberrhein, daß der König von Frankreich die Absicht habe, selber sich dahin zu begeben. Der Kaiser forderte demnach den Kurfürsten von Brandenburg auf, wenigstens 10—12,000 Mann

von den Truppen, für die er Quartiere im Reiche genieße, von Belgien weg an den Oberrhein marschiren zu lassen. Es war derselbe Versuch, den der Kaiser bereits früher einmal gemacht hatte, im Jahre 1692. (S. 37 u. f.) Der Kurfürst erklärte sich willfährig, berief sich aber auf die mit Spanien, England und Holland geschlossenen Subsidien-Verträge, denen gemäß den Brandenburgern ihre Stellung angewiesen sei zwischen Rhein und Maas. Demnach dürfe er nur mit Zustimmung dieser Mächte handeln. Er wies darauf hin, daß der Kaiser jene Subsidien-Verträge ratificirt habe. „Allerdings, erwiederte der Kaiser, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß die Pflicht für die Rettung des Reiches vorgehe." Das Verlangen erschien dem Kaiser um so mehr gerechtfertigt, weil der Kurfürst nicht bloß die Quartiere im Reiche hatte, sondern dazu auch vom Kaiser gemäß dem Vertrage von 1686 Subsidien zog. Allein der Kurfürst, der vermöge des Doppel-Verhältnisses für seine Truppen doppelte Bezahlung erhielt, war nicht geneigt aus sich bei jenen drei Mächten einen Schritt zu thun, der die Kündigung der Subsidien zur Folge haben würde. Der Kaiser beauftragte, bereits am 16. April, seine Gesandten im Haag und in London, dort vorzustellen, daß von dieser Sendung der Brandenburger an den Oberrhein die Erhaltung der Reichskreise Schwaben und Franken bei der gemeinsamen Sache abhinge, daß im anderen die Gefahr eines Sonderfriedens dieser Länder mit Frankreich herandrohe [1]).

Die Bemühungen hatten von Anfang an geringe Aussicht auf Erfolg. Weder der König noch Heinsius waren geneigt, die Armee in Belgien durch den Abzug der Brandenburger schwächen zu lassen. Heinsius kam in so weit entgegen, daß er den Brandenburgern die Vertheidigung der Maas überwies [2]). Der König hieß diese Maßregel gut. Er erwiederte dem nochmals drängenden Grafen Auersperg: die Stellung der Brandenburger solle so genommen werden, daß bei einem Einbruche der Feinde am Oberrheine sie sofort dahin marschiren könnten. Aber er verneinte jene Ansicht von einer besonderen Gefahr

---

[1]) Kaiserliches Rescript vom 17. April an Stratemann und an Hoffmann.

[2]) Bericht des Grafen Auersperg vom 18. Mai: Der Pensionarius hat das brandenburgische Corps zur Vertheidigung der Maas bestimmt.

am Oberrheine. Die hauptsächliche Anstrengung des Feindes werde abermals in Belgien erfolgen[1]).

Die Dienste der brandenburgischen Truppen waren willkommen. Ueber die Gesinnung ihres Kriegsherrn haben wir seiner Zeit das Urtheil von Heinsius vernommen. (S. 37 und 42.)

Geringer jedoch noch war die Meinung von dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern, dem spanischen Statthalter in Brüssel. Und dies führt uns zunächst zurück auf die Eile des Königs Wilhelm für seine Ueberfahrt nach dem Festlande.

Wenige Tage nach seiner Ankunft schrieb der König von Loo aus an den Herzog Shrewsbury: „Vor meiner Abreise habe ich Ihnen gesagt, daß die Langwierigkeit der Session des Parlamentes, die mich in England zurückhielt, mich um eine günstige Gelegenheit zur Eröffnung des Feldzuges bringen würde. Nun, da ich an Ort und Stelle bin, muß ich dies bestätigen. Wir haben eine Gelegenheit verloren, die wir den ganzen Feldzug hindurch zu beklagen haben werden" [2]).

Wir erfahren darüber Näheres aus den Berichten des Grafen Auersperg. Als sich im Frühlinge kund gab, daß der Mangel auf die französischen Kriegsanstalten lähmend einwirkte, daß die frühere Schnelligkeit des Handelns nachließ, wurde auf der Seite der Verbündeten ein umfassender Plan entworfen. Alles war bereit zur Ausführung. Man harrte nur noch der Ankunft des Königs. Aber diese verzog sich. Statt dessen erfolgte der Befehl der Sistirung. Der Grund war, daß bei der Abwesenheit des Königs, die Ausführung des Planes hätte erfolgen müssen unter dem Commando des Kurfürsten von Bayern. Der König und Heinsius mistrauten ihm. Aber da sie dies Mistrauen nicht geradezu declariren wollten, so zog der König jenen Ausweg des Sistirens vor, in der Hoffnung, daß es ihm dennoch gelingen werde zeitig genug herüber zu kommen. Wir erinnern uns seines Eifers für die Ueberfahrt. Seine Hoffnung bewährte sich nicht[3]). Die Gelegenheit war vorüber, und daher jene seine Worte an Shrewsbury.

---

[1]) Bericht vom 21. Mai.

[2]) Correspondence of Shrewsbury p. 32.

[3]) Auerspergs Bericht vom 25. Juni, aus den Mittheilungen der Herzöge von Württemberg und Holstein-Plön.

Wir haben die Stellung des Kurfürsten Max Emanuel und sein Verhalten weiter ins Auge zu fassen, so wie nicht minder dasjenige seines Bruders Joseph Clemens, des Kurfürsten-Erzbischofs von Köln.

Wir erinnern uns der Wahl dieses jungen Prinzen in Köln im Jahre 1688. Sie war herbeigeführt durch die Vereinigung aller europäischen Interessen, der kirchlichen wie der weltlichen, die gegen Ludwig XIV. und Jacob II. standen. Darum erfreute sich Joseph Clemens der Gunst des Papstes Innocenz XI. und des Kaisers Leopold, des Königs von Spanien und der Republik der Niederlande. Das Breve der Wählbarkeit, welches damals Innocenz XI. dem jungen Prinzen ertheilte, wie er es dem Cardinal Fürstenberg versagte, erstreckte sich außer auf Köln auch auf die anderen Fürst-Bisthümer, die der Vorgänger Maximilian Heinrich in seiner Person vereinigt hatte. Joseph Clemens ward indessen nur in Köln gewählt. Auch in Lüttich unterlag die französische Partei; aber die kirchlich und kaiserlich gesinnte Mehrheit, unter der Führung Means, wählte den Dechanten Johann Ludwig von Elderen. Die Wahl entsprach den Erwartungen. Johann Ludwig, berathen von Mean als Dechanten und erstem Minister, bewies sich treu für Kaiser und Reich. Allein am 1. Februar 1694 nahm ihn der Tod hinweg.

Die Frage der Wahl trat abermals heran. Und zwar sah man dieselben Parteien wie sechs Jahre zuvor, die kaiserliche und die französische, fast in gleicher Stärke. Wenn es der letzteren gelang durchzudringen, so war der Wahlsieg allein vortheilhafter für sie als einer der bisherigen Feldzüge. Derjenige von 1691 hatte für Frankreich die Stadt Mons erworben, derjenige von 1692 Namur, derjenige von 1693 hatte, nach dem Urtheile Vieler, wesentlich der Stadt Lüttich gegolten. Vor dem Mislingen war Ludwig XIV. davon geeilt [1].

Im Jahre 1694 waren in Lüttich fast noch dieselben wählenden Personen der Domherren, ja sogar zum Theile dieselben Candidaten traten auf wie sechs Jahre zuvor. Dennoch gab sich dann eine erhebliche Verschiebung kund. Die französische Partei war nicht gering. Sie war damals unterlegen, wie man behauptete, weil Ludwig XIV.

[1]) Sylvius t. IV, b. 37, p. 30.

allzu hartnäckig an Fürstenberg festhielt, den auch die französisch gesinnten Domherren nicht wollten, und weil er dagegen in seiner Ungnade für den Cardinal Bouillon beharrte, dem jene geneigt waren [1]). Im Frühling 1694 war abermals dieser Cardinal einer der Candidaten, ein anderer war Joseph Clemens von Köln, ein dritter der bisherige Dechant Mean. Ludwig XIV. wollte nicht den politischen Fehler von 1688 erneuern. Als sich erfand, daß der Cardinal von Bouillon keine Aussicht hatte auf Erfolg, zog er ein Compromis vor. Die französische Partei trat zu derjenigen des Kurfürsten Joseph Clemens, unter der Bedingung, daß im Falle des Gelingens der Dechant Mean und seine Partei keinen Antheil an den Geschäften haben dürfe. Joseph Clemens ging darauf ein. Demnach war dieser selbe Prinz, für welchen sich in Köln 1688 alle Interessen wider Frankreich vereinigt hatten, im Jahre 1694 in Lüttich der Candidat auch der französischen Partei [2]).

Diese französische Begünstigung der Wahl von Joseph Clemens ward von kundigen Zeitgenossen betrachtet als ein Ausfluß des großen Planes, den wir Ludwig XIV. vom Jahre 1693 an befolgen sehen, nämlich die bayerischen Brüder Max Emanuel und Joseph Clemens für sich zu gewinnen, in jedem Falle sie zu trennen von dem Kaiser [3]).

Allein auch der Dechant Mean handelte, auf die Kunde dieser Vereinbarung, in entsprechender Weise. Bis dahin hatte er geglaubt, für sich selber die Mehrheit erringen zu können. Unterdessen jedoch war noch ein vierter Candidat hervorgetreten, der Hoch- und Deutschmeister, ein Prinz des Hauses Pfalz-Neuburg, Bruder der Kaiserin. Für diesen waren der König Wilhelm und Heinsius. Mean trat zurück und bat seine Partei für den Hoch- und Deutschmeister zu stimmen.

Die Wahl war angesetzt auf den 20. April. Die Zahl der Domherren betrug 46. Von diesen stimmten 24 für Joseph Clemens. Er war anwesend. Die Seinen begrüßten ihn als Fürstbischof von Lüttich. Die Kanonen donnerten. Die Glocken läuteten.

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 37, p. 30.

[2]) Robethon-Papiere im St. A. H.

[3]) Pietro Venier bei Barozzi e Berchet: Francia t, III, p. 549: Si fece tutto però per guadagnare l'Elettore etc.: data connivenza all' elezione del vescovo di Liege al principe fratello etc.

Aber die andere Partei behauptete, daß Formfehler vorgefallen seien. Sie trat am folgenden Tage zusammen, im Hause des Dechanten, 22 an der Zahl. Sie wählte den Hoch- und Deutschmeister. Die Kanonen der Citadelle, die Glocken der Domkirche schwiegen; doch vernahm man das Geschütz der Chartreuse und die Glocken einiger Kirchen.

Abermals also wie 1688 in Köln war die Wahl streitig, und die Entscheidung stand bei dem päpstlichen Stuhle. Bis dieselbe erfolgte, blieb, wie in solchen Fällen herkömmlich, die Regierung auf demselben Fuße wie zur Zeit der Sedisvacanz, nämlich bei dem Capitel. Bevor jedoch die Entscheidung des Papstes eintreffen konnte, erfolgte eine höhere. In Lüttich herrschte eine Seuche. Sie ergriff den Hoch- und Deutschmeister. Bereits am 4. Mai starb er, betrauert von der kaiserlichen Partei, die auf ihn große Hoffnungen gesetzt. Die Anerkennung von Joseph Clemens fand kein Hindernis mehr[1]).

Die Macht und die Bedeutung der kurfürstlichen Brüder von Bayern und Köln war demnach sehr gestiegen. Anders stand es mit ihrer Reputation und mit dem Vertrauen, das in sie gesetzt wurde.

Belgien hatte den Kurfürsten Max Emanuel als Statthalter des Königs von Spanien zwei Jahre zuvor mit großen Hoffnungen begrüßt. Diese Hoffnungen hatten sich nicht erfüllt. Wir lernen den Stand der Dinge kennen aus einem Berichte des Grafen Auersperg aus Brüssel, vom 18. Juni 1694. Er wagte nicht den Bericht wie sonst, direct zu richten an den Kaiser, den Schwiegervater des Kurfürsten von der ersten Ehe her, der damals in Warschau die Werbung von Max Emanuel um eine Tochter des Polenkönigs Johann Sobieski unterstützte. Auersperg sendete seinen Bericht an den Reichs-Vicekanzler, mit der Bitte der Mittheilung nach Ermessen.

„Ich habe, sagt er, die Dinge hier in einem Zustande gefunden, für den mir fast die Ausdrücke fehlen. Der Kurfürst setzt sich gegenüber allen und jeden Personen über alles Maß hinweg. Er wird gehaßt von Groß und Klein. In seiner Umgebung finden sich nur junge Leute: die Männer von Erfahrung werden bei Seite geschoben. Das Nothwendige wird vernachlässigt: der Zweck alles Thuns und

[1]) Sylvius t. IV, b. 37, p. 68. — Bericht des Grafen Auersperg vom 11. Mai.

Treibens ist Belustigung. Der Kurfürst gibt seine Zuneigung für die neue Maitresse so öffentlich kund, daß das Volk daran großes Aergernis nimmt. Diese Dame war hergekommen unter dem Vorwande eines Prozesses. Aber man weiß, daß der ganze Prozeß nicht diese Mühe verlohnt, und daher meint man Grund zu haben zu der Vermuthung, daß sie gesendet worden ist, um den Versuch zu machen den Kurfürsten zu fangen, und dann ihn zu Dingen zu verleiten, die der Sache der Verbündeten nicht entsprechen [1]). Der Kurfürst sagt laut und offen, daß die Maitresse sich niemals in politische Angelegenheiten mischen wird; aber man schenkt diesen Worten keinen Glauben. Ich habe sie zweimal bei der Gräfin von Soissons beisammen gesehen, wo sich die Gesellschaft von ganz Brüssel befand. Die Dame gibt ganz unverhohlen kund, welche Macht sie über den Kurfürsten besitzt."

„Die vornehmsten Persönlichkeiten von hier sind zu mir gekommen, um mir ihre Klagen auszuschütten. Sie sagen mir, daß alle Dinge vernachlässigt, die Offiziere des Königs nicht beachtet werden. Ich weiß sicher, daß die eigentlich spanische Armee hier nicht 5000 Mann beträgt, daß dagegen alles Geld hinausgeworfen wird für Vergnügen und unnütze Ausgaben. Das Volk, welches treuen Eifer beweist für seinen König und für die gemeinsame Sache, ist darüber wie verzweifelt. Das ist der traurige Zustand dieses Landes."

Der junge Kölner Kurfürst Joseph Clemens befand sich mit in Brüssel. Er trat nicht auf in der Kleidung eines Geistlichen, und meinte so unerkannt zu bleiben; aber Jedermann wußte, wer er war. Seine Haltung war nicht eine fürstliche, noch weniger diejenige eines Kirchenfürsten. Er erschien wie ein Anhängsel seines Bruders von Bayern. Er begleitete diesen zum Könige, und harrte dann, selber vom Könige unbeachtet, im Vorzimmer, bis jene beiden ihre Conferenz beendet. Die Engländer und Holländer lachten über ihn, die Deutschen

---

[1]) Comme cette fille étoit venue avec le prétexte d'avoir un procès dans cette ville, et l'on ignore pas que ce même procès ne méritoit pas la peine de faire ce voyage, on croit avoir toute la raison imaginable qu'elle a été envoyée pour tascher de commencer ses desseins, peutêtre pour gagner le cœur de l'E. et de l'induire après cela dans bien des choses, qui ne seront pas convenables pour la cause commune. — Aus dem Berichte des Grafen Auersperg, aus Brüssel, 18. Juni 1694.

wünschten ihn fort. Doch maß man auch für das gesammte unfürstliche Verhalten des jungen Mannes weniger ihm selber die Schuld bei, als dem älteren Bruder, dessen Wege jener mitging und ferner gehen würde [1]).

Die Armeen lagen einander gegenüber. Diejenige der Verbündeten bestand aus 99 Bataillonen und 230 Schwadronen, in allem etwa 100,000 Mann. Die französische, unter der nominellen Führung des Dauphins, der wirklichen des Marschalls Luxemburg, war in etwa gleicher Stärke. Allein die Haltung der Franzosen war eine andere als früher. In den vier Jahren von 1690 bis 1693 war in den Niederlanden die Offensive bei ihnen, im Jahre 1694 nur noch die Defensive. Aehnlich stand es am Oberrheine und in Savoyen. Nur in Catalonien ließ Ludwig XIV. durch den Marschall Noailles nachdrücklich die Offensive ergreifen. Wir haben daher zunächst dahin unsere Blicke zu richten.

Der König Wilhelm III. hatte das Circular-Schreiben Carls II. auf die französischen Friedensvorschläge spanische Rodomontaden genannt. Dagegen war es dem Könige Carl II. persönlich ernst mit seinen Worten. Er sprach seinen Entschluß aus selber dies Mal ins Feld zu ziehen. Man hielt ihm entgegen, daß seine Gesundheit nicht gestählt sei gegen die Strapazen eines Feldzuges. Die Gutachten der Aerzte sprachen von bösen Fiebern in Catalonien. Carl II. ließ ab von seinem Vorsatze, dessen Ausführung, auch auf die Gefahr hin für die Gesundheit des Königs, dennoch dem Reiche selbst und der Sache der Verbündeten zum Heile hätte gereichen können, wenigstens insofern, daß der König mit eigenen Augen die Kriegsanstalten der Seinigen erblickte [2]).

Denn die Thatsachen thun dar, daß Carl II. darüber beständig in Täuschungen erhalten ward. Sein Gesandter Quiros im Haag erhielt den Auftrag im Congresse zu drängen auf die baldige Abfahrt der versprochenen englisch-holländischen Flotte nach dem Mittelmeere. Es geschah am 18. Mai. „Ich habe hinzuzufügen, fuhr Quiros fort, daß die 15 spanischen Schiffe, welche dazu stoßen sollen, bereit liegen."

---

[1]) Die Berichte Auerspergs vom 18. und 25. Juni.

[2]) Sylvius t. IV, b. 37, p. 75.

— „Nach meinen Nachrichten, fiel Heinsius ein, sind 4 spanische Schiffe bereit, 11 fehlen.“ — Es kam zu lebhaften Erörterungen. Die Gesandten der verbündeten Mächte beschlossen eine Vorstellung direct an den König zu richten [1]). Der Verlauf der Dinge that dar, daß die Meldungen an Heinsius richtig waren, und eben so daß die an den König gerichtete Vorstellung der Gesandten fruchtlos blieb.

Inzwischen fielen in Catalonien rasch nach einander die Schläge der Franzosen auf die schwächeren Spanier.

Am 12. Mai brach Noailles mit einem Heere von 26,000 Mann von Puicerda nach Gerona auf. Nahe bei dieser Stadt, am Flusse Ter, traf er das spanische Heer. Es bestand aus 16,000 Mann. Sie wurden geschlagen, am 27. Mai. „Niemals, schrieb Ludwig XIV. an den Erzbischof von Paris, ist ein Sieg vollständiger gewesen.“ Er sprach dabei die Hoffnung aus, daß Spanien, welches die Schläge an entlegenen Orten leichter verschmerze, empfindlicher sein werde für diejenigen in nächster Nähe [2]). Die Worte lassen einen der Grundgedanken der Kriegführung Frankreichs von da an erkennen. Es ist derjenige der Einschüchterung zunächst und hauptsächlich Spaniens.

Auf die Niederlage der Spanier im offenen Felde folgte die Einnahme zuerst von Palamos am 7. Juni, dann von Gerona am 19. Juni. Fortan war Barcelona bedroht. Die Erhaltung der Stadt hing ab von der Hülfe, welche die Seemächte bringen würden.

Die verbündete Flotte war, ähnlich dem Landheere in Belgien, stark wie nie zuvor. 22 Linienschiffe lagen bereits in Cadix. Der König Wilhelm drängte in seinen Briefen an Shrewsbury wiederholt auf den Aufbruch der Hauptflotte unter Russel. Die erste Ausfahrt mislang. Russel wurde durch Sturm und Gegenwind auf die Bucht von Torbay zurückgetrieben. Am 29. Mai/8. Juni segelte er von Portsmouth aufs neue aus. Die Flotte, die stärkste, die bis dahin das Meer getragen, zählte 83 Capitalschiffe, ohne die Fregatten, 36 Brander, und eine große Zahl Bomben-Galeotten. Der Plan war, daß Russel mit 48 der großen Schiffe nach Cadix segeln, dort die 22 heranziehen und dann mit dieser Flotte sich ins mittelländische

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 18. Mai.
[2]) Die Berichte und Schreiben bei Sylvius t. IV, b. 37, p. 76.

Meer begeben solle. Die anderen Schiffe, welche 12 Bataillone Landungs-Truppen eingenommen, waren bestimmt zu einer Unternehmung gegen den französischen Kriegeshafen Brest [1]).

Diese Unternehmung erfordert hier zuerst unsere Aufmerksamkeit. Der Plan war nicht mit der erforderlichen Vorsicht geheim gehalten. Die Kunde desselben war lange vorher gelangt an Nicht-Betheiligte. Unter diesen war auch Marlborough. Und hier kommen wir an die merkwürdige Leistung dieser Persönlichkeit zu Gunsten von Jacob II. und Ludwig XIV. Sie ergibt sich am klarsten aus seinen eigenen Worten an den König Jacob.

„Erst heute, schreibt er in einem Briefe, welcher am 4. Mai durch Sackville dem Könige Jacob überreicht wurde — erst heute bringe ich in Erfahrung, was ich jetzt melde, nämlich daß die Bombenschiffe und die 12 Bataillone Landungs-Truppen, mit den 2 Bataillonen Seesoldaten, alle unter dem Befehle des Generals Talmash, bestimmt sind gegen den Kriegeshafen von Brest. Die Ausführung dieses Planes würde für England ein großer Vortheil sein. Aber keine Erwägung kann oder wird jemals mich abhalten, Sie von allem in Kenntnis zu setzen, was ich Ihrem Dienste entsprechend erachte. Deshalb mögen Sie von dieser durchaus zuverlässigen Nachricht den geeignet erscheinenden Gebrauch machen. Aber ich muß Sie beschwören, in Ihrem eigenen Interesse, daß Niemand als die Königin und der Ueberbringer dieses Briefes selbst Kenntnis davon erhalten." Marlborough fügt hinzu, daß er, ungeachtet alles Forschens und Tastens, von dem Admiral Russel die Sache nicht habe erfahren können, und daß dies ihm ein schlechtes Zeichen sei von den Absichten desselben [2]).

So Marlborough. Jegliches Wort zur Charakteristik dieses Briefes würde überflüssig sein.

Man hat gesagt, daß Ludwig XIV. den englischen Plan gegen Brest auch auf anderem Wege habe erfahren können als durch Jacob II. von Marlborough her. Dies ist nicht bloß möglich, sondern

[1]) Correspondence of Shrewsbury p. 32 sq. — Hoffmanns Berichte vom 4., 11., 15. Juni.

[2]) Das Schreiben in Macpherson's Original papers I, p. 487. — The life of James. Vol. II, p. 522.

wahrscheinlich. Aber es ändert nicht die Thatsache des Briefes von Marlborough, nämlich nicht seine Absicht.

Es ist sogar wahrscheinlich, daß Jacob II. und Ludwig XIV. bereits um einige Tage früher unterrichtet waren. Lloyd erstattete am 1. Mai in St. Germain Meldung über seine Verrichtungen in England. Er hatte in den Unterredungen mit Russel angespielt auf Brest. Der Plan einer englischen Landung in Frankreich, sagte er, würde zur Sendung von Truppen nach Brest nöthigen. Russel möge den König Jacob von solchen Planen in Kenntnis setzen. Der Admiral hatte, so weit erkennbar, sich auf diese Andeutung nicht eingelassen. Anders Godolphin. Er hatte aus sich zu Lloyd gesagt: Russel würde unfehlbar vor Brest erscheinen; denn die Landoffiziere hielten diesen Platz für angreifbar, im Gegensatze zu den Seeoffizieren [1]). — Godolphin vermeinte dies im Interesse des Königs Jacob zu sagen, damit Ludwig XIV. den Vorwand habe dort eine Landungs-Armee gegen England zusammen zu ziehen. Aber es war gesagt. Zu der Rede Godolphins, über welche Lloyd am 1. Mai in St. Germain Bericht erstattete, fügte sich das Schreiben Marlboroughs, welches am 4. Mai in die Hände des Königs Jacob gelangte, wie ein Glied zum anderen.

Vauban erhielt den Auftrag die Bretagne zu verwahren, Choiseul die Normandie.

Es war unvermeidlich, daß im Laufe des Monates Mai und im Anfang Juni, wo der Gegenwind die verbündete Flotte zurückhielt, das Gerücht von der Unternehmung, deren Geheimnis nicht streng bewahrt war, in immer weitere Kreise drang. In einem Berichte Hoffmanns, vom 1./11. Juni, finden sich die Worte: „Die Absicht ist, wie noch für gewis verlautet, gerichtet gegen Brest." Die Worte deuten einen Zweifel an, ob man festhalten werde an einem Plane, dessen Kunde sich über die Betheiligten hinaus verbreitet hatte. Bestimmter sprach dies nachher der König Wilhelm aus in einem Schreiben an Shrewsbury. „Was vor zwei Monaten thunlich war, sagt er, das war es nicht mehr jetzt, wo die Feinde seit langem von unserer Absicht Kunde hatten, und ich gestehe daher gehofft zu haben, man

[1]) Macpherson I, p. 480. Da beide Daten, der 1. und der 4. Mai, den Empfang der Papiere in St. Germain notiren: so ist für beide die Vermuthung des neuen Kalenders wahrscheinlicher.

würde nicht zum Werke schreiten, ohne vorher genügend zu recognosciren" [1]). Daß andererseits in Paris der Angriff auf Brest mit Bestimmtheit erwartet wurde, ergibt ein Schreiben von dort, vom 8./18. Juni. Es heißt darin: „Vauban hat Brest und die Umgegend in völligen Stand der Vertheidigung gesetzt, und meldet dem Könige, daß dort nichts zu besorgen sei" [2]). Bereits am selben Tage bestätigte sich vor Brest die Wahrheit dieser Worte.

Am 7./17. Juni traf die verbündete Flotte vor der Bai von Camaret an, in welcher die Landung erfolgen sollte. Wie jene nach der Kunde des Unglücks niedergeschriebenen Worte des Königs andeuten, hatte man von Seiten der Verbündeten nicht vorher recognoscirt. Ja es war zuerst die Absicht mit der gesammten Flotte in die Bai einzulaufen. Die Befehlshaber hatten demnach keine Ahnung, daß in den letzten Wochen dort die Ufer mit Batterien gespickt waren. Der Mangel an Vorsicht der Verbündeten indessen ward an diesem ersten Tage wett gemacht durch das Uebermaß des Eifers auf französischer Seite. Ein voreiliges heftiges Feuern von dort diente der Flotte zur Warnung.

Der Commandant Talmash bestand darauf einen Versuch zu machen, mehr um zu sehen was zu thun sei, als in der Hoffnung auf einen Erfolg. Der Marquis Caermarthen erhielt den Befehl mit sieben Schiffen tiefer in die Bai von Camaret einzufahren. Unter dem Schutze seiner Kanonen sollte dann eine Landung bewerkstelligt werden. Zu diesem Zwecke stieg Talmash selber mit einigen hundert Mann in die Landungsböte. Die Franzosen handelten besonnener als am Tage zuvor. Sie warteten mit der Entfaltung ihrer ganzen Macht bis nach der erfolgten Landung. Als diese geschah, war die Hochfluth bereits vorüber. Dann begann von allen Seiten das Feuer der Franzosen. Daß dagegen jeder Versuch hoffnungslos, leuchtete sofort ein. Talmash gebot den Rückzug in die Böte. Aber die Ebbe lief rasch ab. Die Böte waren nicht mehr flott. Es bedurfte Zeit sie wieder ins tiefere Wasser zu bringen. Unterdessen schlugen die französischen Kugeln in die dichten Haufen ein. Wenige retteten sich

[1]) Correspondence of Shrewsbury p. 45.
[2]) Schreiben von Palmquist in den Robethon-Papieren. St. A. H.

glücklich wieder an Bord. Eins der Schiffe, eine holländische Fregatte, ward in den Grund geschossen, die übrigen gelangten, schwer beschädigt, wieder zu der Flotte. Es erfand sich, daß der nicht wohl überlegte Versuch bezahlt war mit dem Verluste von etwa 1000 Mann, unter ihnen Talmash selbst, der tödtlich verwundet auf die Flotte zurückgebracht wurde [1]).

Der König beklagte Talmash, obwohl er sein Verfahren misbilligte. „Sein glühender Eifer sich auszuzeichnen, sagte er, hat ihn fortgerissen etwas zu versuchen, was an sich undurchführbar war." Höher als den Verlust, schlug der König die moralische Rückwirkung an, welche die unausbleibliche Folge jedes Mislingens im Kriege zu sein pflegt. Diese Wirkung trat um so schärfer hervor, da die Flotte, anstatt einen anderen Versuch an der französischen Küste zu machen, nach Portsmouth heimkehrte. Demnach hatte man entweder nur den einen Plan gehabt gegen Brest, oder die tödtliche Verwundung des Commandanten hatte die Gemüther so bedrückt, daß man ohne ihn zunächst Weiteres nicht wagte [2]). Talmash gelangte noch lebend dahin, um auf dem Boden seiner Heimat zu sterben.

Der Tod von Talmash rief, nach der Meldung von Shrewsbury, in England allgemein den Wunsch hervor, daß der König den Grafen Marlborough wieder zu Gnaden annehmen und im Dienste herstellen möge. Der Wunsch der Engländer war sehr begreiflich; denn unter den Generalen der verbündeten Armee ragte keiner mit englischem Namen hervor. Ganz besonders aber drängte Marlborough selber. „Er ist nach diesem Unglücke zu mir gekommen, meldet Shrewsbury dem Könige Wilhelm, um seine Dienste anzubieten, mit allen erdenklichen Ausdrücken der Pflicht und der Treue. Was ich in Betreff dieser Bitte Vortheilhaftes für ihn sagen kann, ist von geringer Bedeutung, da ich mich ja sehr wohl erinnere, daß Ew. Majestät in der Unterredung im Frühlinge darüber Ihre volle Ueberzeugung von seiner Befähigung aussprachen, daß dagegen einige Puncte übrig blieben von allzu zarter Natur, als daß ich mir erlauben dürfte,

---

[1]) Die Berichte bei Sylvius t. IV. b. 37, p. 72. — Ferner die Berichte Hoffmanns vom 25. und 29. Juni. — Oeuvres de Louis XIV. t. VI. p. 28.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 29. Juni. — Shrewsbury an den König, 22. Juni/2. Juli, p. 47.

darüber eine Meinung auszusprechen. Ew. Majestät allein können über dieselben entscheiden. Wenn jedoch diese Puncte zur Befriedigung Ew. Majestät erledigt werden könnten: so würde ich in Betreff der Befähigung urtheilen müssen, daß Marlborough sehr gute Dienste zu leisten vermag. Ohne alle Frage liegt es so sehr in seinem eigenen Interesse treu zu sein, daß ich daran keinen Zweifel hege"[1]).

So Shrewsbury. Wir erinnern uns seiner Haltung um drei Monate zuvor. War er selber denn nun so durchaus zuverlässig geworden? Einige Tage später gab er dem Könige Nachricht, daß von Seiten der Jacobiten ein besonderes Vertrauen gesetzt werde in Sanderson, den Capitän der Jacht des Königs. Shrewsbury rieth, der König möge nicht wieder sich mit seiner Person in die Macht dieses Mannes liefern. — In derselben Zeit fragte der König bei ihm an, ob es richtig sei, daß Lord Monmouth, Statthalter in Northamptonshire, seinen Frieden mit St. Germain gemacht. Shrewsbury wußte die Frage nicht mit Sicherheit zu beantworten. Aber er fügte die merkwürdigen Worte hinzu, deren wir früher bereits gedacht: „Für einen Mann, welcher weiß, daß er nach der einen Seite hin sehr schlecht steht, ist der Wunsch natürlich nicht auch nach der anderen Seite eben so zu stehen"[2]).

So gewichtig die Worte sind zur eigenen Charakteristik von Shrewsbury, so reichen sie nicht aus für diejenige von Marlborough. Er wollte gut stehen nach beiden Seiten zugleich. Oder mit anderen Worten: er wollte, je nach Zeit und Gelegenheit, die eine oder die andere Seite ausnutzen für sich.

Eben so wenig wie in Shrewsbury, scheint auch in dem Könige selber ein Verdacht aufgestiegen zu sein, daß Marlborough einen Antheil tragen könne an dem Unglücke vor Brest. Auch lagen ja die näheren Ursachen dieses Fehlschlagens handgreiflich vor Augen. Aber der König mochte doch unterscheiden zwischen Shrewsbury und Marlborough, mochte durchschauen, daß dieser nicht moralisch zu binden war wie jener.

Auf jene Empfehlung von Shrewsbury für Marlborough erwiederte der König Wilhelm: „In Betreff des Grafen Marlborough

[1]) Correspondence of Shrewsbury p. 47.

[2]) A. a. O. p. 54.

kann ich nicht mehr sagen, als daß ich es dem Wohle meines Dienstes nicht entsprechend halte, ihn mit dem Commando meiner Truppen zu betrauen" [1]). Nicht eher nahm der König den Marlborough wieder in den Dienst auf, als bis, wie wir später ersehen werden, nicht bloß ein Interesse solcher Art für Marlborough, wie Shrewsbury es auffaßte, sondern das offenbare und handgreifliche ihm die Pflicht der Treue auferlegte.

War die Unternehmung der Verbündeten gegen Brest mislungen: so hatte dagegen die größere der Entsendung der Flotte ins Mittelmeer den gewünschten Erfolg. So lange sie dort nicht erblickt wurde, setzte Noailles in Catalonien seinen Siegeslauf fort, während die französische Flotte an der Küste her immer bereit war ihm die Hand zu bieten. Ludwig XIV. gab sich den Schein Catalonien, so weit es in seinem Besitze, behalten zu wollen. Er ernannte Noailles zum Vicekönige von Catalonien. Der Marschall ließ in der Domkirche von Gerona das Tedeum singen, ein Gebet für den König von Frankreich verrichten, dann die Privilegien von Catalonien verlesen, und beschwor dieselben vor dem Altare. Er nahm die Stadt Ostalrik. Es stand ihm auf dem Wege nach Barcelona kein Hindernis mehr entgegen. Seine Vortruppen streiften bis an die Thore dieser Stadt.

Dann endlich tauchten den sehnsüchtig ausschauenden Bürgern die Flaggen und Segel der verbündeten Flotte auf. Das Erscheinen derselben veränderte dort völlig die Lage der Dinge. Die Flotte setzte die spanischen Truppen ans Land, welche sie in Malaga aufgenommen. Die Macht reichte nicht aus um Noailles zurückzudrängen; aber sie setzte seinem Fortschritte ein Ziel. Wichtiger noch war der Erfolg nach der anderen Seite. Die Flotte bestand aus 88 Capitalschiffen, mit vielen geringeren, in allem 136 Segel. Dieser weit überlegenen Macht gegenüber durfte der Admiral Tourville nicht einen Kampf wagen. Er suchte Zuflucht in dem Hafen von Toulon. Es war kein Treffen geliefert, und doch war der moralische Erfolg da. Die Meinung der Anwohner des Mittelmeeres von der großen Macht des Königs von Frankreich war gebrochen. Carl II. von Spanien war hoch erfreut. Er sandte dem englischen Admiral Russel ein Juwel zum Werthe

[1]) Correspondence of Shrewsbury p. 53.

von 40,000 Kronen, dem Holländer Kallenburg von 20,000 Kronen. Nun endlich hoffte er seinem furchtbaren Schwager von Frankreich mit Kraft zu widerstehen. Die Rede erging von nachdrücklichen spanischen Rüstungen [1]).

So allerdings war es der Wille Carls II. von Spanien. Aber der Wille erlahmte in der Ausführung durch seine Diener. Die französische Macht, mit welcher Noailles auf dem spanischen Boden stand, betrug etwa 25,000 Mann. Und dennoch vermochte das Königreich Spanien aus sich nicht eine Truppenzahl aufzubringen, welche jener die Wage hielte. Der spanische Staatsrath erwog die Abberufung der verhältnismäßig geringen Macht, die unter Leganez in Savoyen stand. Dagegen erhoben die Verbündeten dort Einspruch. Er suchte, wie wir vernehmen werden, zur Vertheidigung des spanischen Bodens andere, fremde Truppen herein zu ziehen. Wir werden dagegen ersehen, daß Ludwig XIV., ungeachtet daß dies Mal die Verbündeten ihm seinen Plan durchkreuzt, bei demselben beharrte: defensiv nach den anderen Seiten hin, offensiv gegen Spanien.

Fassen wir, um uns dieses klar zu machen, die Lage der Dinge im Sommer 1694 von dem Standpuncte Ludwigs XIV. aus in kurzen Zügen zusammen.

Dieser König und seine Gesandten pflegten als den Ursprung des ungeheueren Krieges hinzustellen die Expedition des Oraniers nach England. Wir erinnern uns der Thatsache, daß diese Behauptung der Wahrheit nicht entsprach, daß vielmehr Ludwig XIV. selber durch sein widerrechtliches Vorgehen gegen den Papst und den Kaiser, insbesondere durch seinen Einbruch in das Reich im September 1688, die Bahn frei ließ für die Unternehmung des Oraniers. Der allgemeine Krieg wider Ludwig XIV. war die Consequenz seiner Uebergriffe nach allen Seiten, aber nicht seine Absicht. Daß es dahin gekommen war, stand vielmehr mit dieser seiner Absicht durchaus im Widerspruche. Wir haben gesehen, wie er und Louvois noch bis tief in 1689 hinein sich der Hoffnung hingaben, England vom Bruche zurückhalten zu können.

---

1) Sylvius t. IV, b. 38. p. 113, 120.

Folgerecht, weil Ludwig XIV. den allgemeinen Krieg nicht beabsichtigt hatte, war es von Anfang sein Bestreben von demselben wieder frei zu werden[1]). Und zwar dies um so mehr, da, wenn während des Krieges der Fall eintrat, dessen Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit bereits seit einem halben Jahrhunderte die letzten Gedanken der Politik Frankreichs dominirte — wenn während des Krieges Carl II. von Spanien kinderlos starb und demnach mit ihm sein Stamm erlosch, die große Allianz jegliches Anrecht des Hauses Bourbon auf das spanische Erbe verneinen würde.

Ganz besonders also dieses eigentliche und hauptsächliche Ziel Ludwigs XIV., die Erlangung des spanischen Erbes für sein Haus, legte ihm die Nothwendigkeit auf zu trachten von diesem Kriege loszukommen. Die ungeheuere Frage indessen war diejenige des Wie? —

Die große Allianz von 1689 setzte ein klar ausgesprochenes, bestimmtes Ziel, die Herstellung des westfälischen und des pyrenäischen Friedens. Eine Bereitwilligkeit Ludwig XIV. auf diese Forderung sich einzulassen, hätte sofort den allgemeinen Frieden herbeigeführt. Allein Ludwig XIV. war weder geneigt auf die Vortheile zu verzichten, welche er erworben durch seine Einbrüche in jene Verträge, noch auch das Bekenntnis auszusprechen, welches indirect in jener Forderung enthalten war, nämlich daß er der Störenfried Europas war.

Sein Streben war, wie in dem ersten großen Kriege von 1672 bis 1679, zum Frieden zu gelangen dadurch, daß er die Allianz in sich zu zersetzen, die einzelnen Glieder davon zu lösen trachtete, daß er andererseits eins der mächtigsten Mitglieder der großen Allianz, den Kaiser, nach Westen zu lähmen suchte durch die Nährung des Türkenkrieges im Osten.

Das letztere Bestreben war bisher gelungen. Es versprach fernere Aussicht auf das Gelingen. Das erstere war wiederholt fehlgeschlagen, namentlich in Wien. Ludwig XIV. hatte den Ruf des Religionskrieges erhoben. Das Wort hatte keinen Anklang, keinen Nachhall gefunden. Er hatte besondere Erbietungen gemacht. Sie waren zurückgewiesen. Dennoch war Ludwig XIV. in dieser Richtung

[1]) Barozzi e Berchet: Relazioni etc. Ser. II. Francia t. III, p. 533. Dort sagt Nani im Jahre 1695: Ho sin dal principio della rottura conosciuto le massime del ministero concluse all' uscirne.

nach allen Seiten unermüdlich. Darin gerade lag eine hauptsächliche Stärke seiner Politik, nämlich die Ausnutzung von fremden Leidenschaften aller Art, höheren und niederen.

Ein sehr wichtiges Mittel dafür jedoch war nach und nach ihm völlig entschwunden. Die Kriegesanstalten nahmen fast alle seine Geldmittel in Anspruch. Dies hatte seine besondere Tragweite gegenüber dem Reiche. Ludwig XIV. konnte nicht mehr, wie er zur Zeit der Reunionen namentlich bei Friedrich Wilhelm von Brandenburg gethan, vor deutschen Fürsten und ihren Ministern durch sein Geld den überzeugenden Beweis führen, daß, wie der Widerstand Opfer fordern würde, der Nicht-Widerstand sogar Vortheile gewähre. Dies Mal vielmehr lieferten England und Holland den klingenden Nachweis, daß der Widerstand sich der Mühe verlohne.

In besonders hohem Grade wurden dann die Mittel Ludwigs XIV. beschränkt durch die Misernte von 1693. Die nächste Folge war, wie wir gesehen, der offene Verzicht auf die Velleität des Schisma, der gallicanischen Nationalkirche. Die weitere Folge waren neue Friedensvorschläge, die, wie immer sonst sie beschaffen sein mochten, dennoch schon die Absicht kund gaben, den König Jacob fallen zu lassen.

Zu gleicher Zeit erreichte die Trennungs-Politik Ludwigs XIV. einen besonderen Erfolg, der noch für lange den Augen der Verbündeten verborgen blieb. Es war die innerliche Lossagung des Herzogs Victor Amadeus von der großen Allianz, durch das Abkommen vom November 1693.

Demgemäß haben wir hier zunächst mit kurzen Strichen den savoyischen Krieg des Sommers 1694 zu beleuchten.

Victor Amadeus beharrte in seiner kriegerischen Stellung, für welche er das Geld der Verbündeten bezog. Die Aufgabe, die er sich gestellt, mochte schwierig sein; aber er löste sie. Im März 1694 berief er den kaiserlichen Heerführer Caprara, so wie den spanischen, Leganez, zum Kriegsrathe. Er eröffnete ihnen, daß er genaue Nachrichten habe über die Stärke des französischen Heeres unter Catinat. Er legte sie vor. Er zog daraus den Schluß der Aufforderung zur besonderen Vorsicht. Die Generale waren im Stande, nach ihrem Wissen die

Richtigkeit der Angaben von Victor Amadeus in Zweifel zu ziehen [1]). Sie waren nicht im Stande dieselben offen als das zu erklären was sie waren, nämlich falsch und fingirt. Die Macht des Marschalls Catinat war nicht entfernt eine solche, wie Victor Amadeus sie angab. Dazu verringerte sie sich täglich, weil die Soldaten, namentlich die ihm zugewiesenen Irländer, aus Mangel an Sold und Unterhalt, ihm entliefen [2]).

Dem Beginne des Lügenspieles von Victor Amadeus entsprach der Fortgang. Der Kaiser und der König von Spanien unterhielten durch ihre eigenen Mittel ihre Truppen in Italien: Victor Amadeus die seinigen durch das Geld von England und Holland. Es kam ihm darauf an dort einen guten Eindruck zu machen. Er hatte seit dem Beginne des Krieges die Barbets oder Waldenser, welche für ihn kämpften, thatsächlich wieder zu Gnaden angenommen. Die Edicte jedoch, welche er auf die Forderung von Ludwig XIV. und Louvois im Beginne des Jahres 1686 wider sie erlassen, waren formell noch nicht aufgehoben. Es geschah im Mai 1694. In dem Eingange dieses Widerrufes erklärte er, daß er jene harten Edicte erlassen habe auf das wiederholte und nachdrückliche Andringen einer fremden Macht. Es folgte dann die Erklärung des Widerrufs, und zwar in Rücksicht auf die Verwendung des Königs von Groß-Britannien und der Generalstaaten, zugleich dann die Herstellung der Waldenser in alle Rechte und Freiheiten, deren sie früher genossen [3]). Das mochte namentlich den Ohren der Engländer angenehm erklingen. Allein Victor Amadeus selbst hatte hier für den Erlaß seiner Edicte so wie für den Widerruf derselben den Einfluß fremder Mächte hervorgehoben: wie stand es um die Waldenser, wenn einmal wieder Victor Amadeus zu der Ueberzeugung gelangte, oder vielmehr sie offen einbekannte, daß dennoch Frankreich ihm größere Vortheile biete als England und Holland? — Im Jahre 1694 tauchte diese Frage in London und im Haag noch nicht auf. Sie kam später.

Die Waldenser bewiesen ihre Dankbarkeit durch regen Kampfeseifer in kleinen Gefechten. Jeder größeren Unternehmung stellte der

---

[1]) Wagner t. II, p. 265.

[2]) Sylvius t. IV, b. 38, p. 120.

[3]) Das Edict vom 20. Mai 1694 bei Sylvius t. IV, b. 37, p. 70.

Herzog Victor Amadeus seine Bedenken entgegen. Der Kaiser drängte, daß wenigstens ein Angriff auf Casale unternommen würde. Man berieth. Der Prinz Eugen von Savoyen, welcher damals an die Stelle des abberufenen Caprara getreten war, berichtete dem Kaiser: aus den Reden wie aus den Handlungen des Herzogs, seines Vetters, habe er die feste Ueberzeugung gewonnen, daß weder für diesen Feldzug noch auch für die Folgezeit, eine nachdrückliche Kriegführung zu erwarten stehe [1]).

Dem Berichte des Prinzen Eugen auf der einen Seite entsprach auf der anderen durchaus derjenige des Marschalls Catinat. Er und Tessé versuchten wiederholt den Herzog zum Abschlusse eines Vertrages zu bewegen, gemäß den Verabredungen vom December 1693. Victor Amadeus wich aus. Im Uebrigen aber erkannte Catinat ihm dasjenige Lob zu, dessen er in Frankreich würdig war. Am 26. August meldet Catinat dem Könige: „Der Herzog von Savoyen erfüllt nach Kräften die Erwartungen, die er uns von seinem künftigen Verhalten in Aussicht gestellt. Dazu kommt, daß eine hoch gestellte Persönlichkeit uns Nachrichten zukommen läßt, allem Anscheine nach im Einverständnisse mit dem Herzoge oder einem seiner Minister. Denn diese Nachrichten haben sich bisher als zutreffend erwiesen, und kündigen uns die Bewegungen der Feinde im voraus an" [2]).

Diese beiden Berichte, des kaiserlichen Generals und des Marschalls Catinat, enthalten die Charakteristik wie des Herzogs Victor Amadeus, so des savoyischen Feldzuges von 1694. Man zog hin, man zog her. Die von Seiten des Kaisers geforderte Unternehmung gegen Casale, die endlich doch erfolgte, wird später uns beschäftigen.

Immerhin war Ludwig XIV. bei dem Verhalten des Herzogs von Savoyen desselben noch nicht sicher. Victor Amadeus gebot doch immer über eine starke Kriegesmacht. Es stand in seiner Hand sie mit Nachdruck zu verwenden wider Frankreich. Allein, daß er es einstweilen nicht that, daß er dagegen durch sein Verhalten einen erheblichen Theil der Kriegesmittel der Allianz lahm legte, sicherte ihm jedenfalls einen Anspruch auf den Dank des Königs von Frankreich.

---

[1]) Wagner t. II, p. 269.

[2]) Mémoires de Tessé t. I, p. 56.

Der völlige Friede mit Savoyen mochte dem letzteren erwünschter sein; dennoch war auch so sein Vortheil bei diesem Handel nicht gering.

Aehnlich wie auf Victor Amadeus war vom Anfang an das Vertrauen der Verbündeten auf den König von Spanien nicht ein unbedingtes. Freilich waren die Gründe verschiedener Art. Wenn hier und da bei den Verbündeten eine Wolke des Mistrauens wider Victor Amadeus aufstieg: so betraf sie die doch nicht so völlig unbekannte Versatilität seiner Person. Wenn man zweifelte, ob Carl II. von Spanien ausharren werde: so entsprang dieser Zweifel aus der Kunde der Unzuverlässigkeit seiner Umgebung. Nun hatte aber Carl II. von allen Mitgliedern der großen Allianz sich am lautesten und nachdrücklichsten ausgesprochen wider die französischen Vorschläge in Stockholm und Kopenhagen. Nicht als ob die anderen Mächte eine Neigung gehabt hätten, sich auf dieselben einzulassen. Von Seiten des Kaisers ward hervorgehoben, daß die Vorschläge, welche Frankreich bald hier, bald da kund gebe, nicht gleich lauteten, daß keine Bürgschaft gewährt werde für die Echtheit, daß Frankreich sich dadurch nicht binde, daß alles bezwecke die Lockerung und Trennung der Allianz [1]). Wilhelm III. und Heinsius waren zu Anfang geneigt sich in so weit einzulassen, daß ein gemeinschaftlicher Gegenvorschlag überreicht würde. Das hauptsächliche Motiv dafür war jedoch nicht positiv eine Bereitwilligkeit, sondern die Besorgnis, daß, bei der Kundbarkeit jener Vorschläge durch ganz Europa, ein Schweigen auf dieselben als Bestätigung dienen könne des Gerüchtes, welches auch so schon von französischer Seite emsig ausgestreut werde, daß nämlich das einzige Streben des Oraniers sei die Verlängerung des Krieges [2]). In Folge jenes spanischen Circular-Schreibens hielt indessen der Kaiser fest am Widerspruche. Demgemäß ließen auch Wilhelm III. und Heinsius, wenigstens einstweilen, ab von ihrem Plane eines Gegenvorschlages. Als der schwedische Gesandte im Haag, Lilienroth, im Juni 1694 bei Heinsius auf einen solchen gemeinsamen Gegenvorschlag drang, erwiederte der Rathspensionär: „Die Verbündeten sind fast einstimmig

---

[1]) Verschiedene kaiserliche Rescripte an Stratemann und Auersperg, namentlich dasjenige vom 18. Juni.

[2]) Stratemanns Bericht vom 15. Juni. — Ein zusammenfassender Bericht in den Robethon Papieren. St. A. H.

darin überein gekommen, daß sie sich nicht einlassen können auf eine Friedensverhandlung, ohne vorher ein festes und sicheres Fundament zu haben; ja sogar, daß sie auch nicht sich verstehen wollen zu irgend einem Schritte wider diese Bedingung. Demnach werden die Verbündeten niemals anders sich erklären, als wenn zuerst Frankreich sich erklärt" [1]).

Die Worte prägen das Princip des Zusammenhaltens in der vollsten Schärfe aus. Es dürfte die Frage sein, ob Heinsius damals selbst glaubte, dies Princip so klar und bestimmt aufrecht halten zu können. Daß dies von ihm selber und Wilhelm III. thatsächlich nicht geschah, wird später sich ergeben. Noch weniger aber durften sie von der Persönlichkeit des absoluten Herrschers von Frankreich erwarten, daß dieser anders als etwa in der tiefsten Noth zu dem geforderten Schritte sich entschließen, oder daß er verzichten werde auf die Versuche der Anknüpfungen bald hier, bald dort.

Die Noth Frankreichs im Sommer 1694 allerdings war unsäglich. Sie stieg mit jedem Tage. Zu dem Hunger kamen die Krankheiten. Man berechnete im nächsten Jahre, daß die Bevölkerung von Frankreich seit dem Beginne des Krieges um zwei Millionen Menschen abgenommen, namentlich durch den Hunger und die Krankheiten in Folge desselben. Weite Strecken des Landes lagen unbebaut und öde [2]).

Die Noth war groß, aber nicht hinreichend groß, um den Sinn des einen Mannes zu beugen, dessen Thun die Schuld trug an diesem Jammer. Die Personen, die des engeren Vertrauens des Königs sich erfreuten, waren Chamlay, Pontchartrain und die Frau von Maintenon. Wir erinnern uns, daß Pontchartrain es gewagt Vorstellungen zu erheben für die Nachgiebigkeit, daß sie scheiterten an dem Willen des Königs die Stadt Straßburg zu behalten. Wir kennen Chamlay als die Brandfackel dieses Krieges von Anfang an. Der König verweilte täglich viele Stunden bei der Frau von Maintenon. Dort, in ihrer Gegenwart, vernahm er die Vorträge seiner Minister. Man sagte,

---

[1]) Auerspergs Bericht an den R. V. Kanzler, 21. Juni.

[2]) Barozzi e Berchet: Relazioni etc. Francia t. III. p. 523. Finalbericht von Pietro Venier, von 1695.

daß die Maintenon völlig Herrin sei über den Willen des Königs [1]). Diese Meinung wird durch die That in so fern nicht bestätigt, daß die Maintenon die Erfüllung ihres ersten und hauptsächlichen Wunsches, der Erklärung der Heirath, nicht durchsetzen konnte. Demgemäß blieb das Verhältnis unaufrichtig und unwahr, mit allen Consequenzen dieser Unwahrheit.

Ludwig XIV. war im Beginne 1694 von Versailles nach Marly übergesiedelt. Im Mai wählte er Trianon. Der Aufenthalt dort gewährte, im Verhältnisse zu Versailles, einen besonderen Vortheil. Der König war dort befreit von dem in Versailles unvermeidlichen Anblicke der allgemeinen Noth. Denn das Schloß zu Versailles, weil stets offen, war sowohl in den Höfen wie auf den Treppen mit Bettlern erfüllt [2]). In Trianon vernahm Ludwig XIV., im Mai und Juni 1694, die Nachrichten der Erfolge von Noailles in Catalonien.

Dorthin vor allem war die Aufmerksamkeit Ludwigs XIV. gerichtet, und zwar nach einem festen Plane, der, wenn auch nicht ausdrücklich in Schrift uns überliefert, an den Thatsachen selbst augenscheinlich vorliegt.

Das endliche und letzte Ziel alles Thuns und Trachtens von Ludwig XIV. war die Erlangung des spanischen Erbes für sein Haus. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß bei dem Könige Carl II. selbst in dieser Richtung nichts zu erreichen war. Dennoch haben wir, namentlich von Ruzzini, vernommen, daß diejenigen französischen Stimmen, welche als das beste Mittel zur Lösung aller Schwierigkeiten die Berufung eines Enkels von Ludwig XIV. nach Madrid empfahlen, nicht mehr ungehört verklangen. Wir haben dann das auffallende Verhalten des Admirals Tourville gegenüber der Stadt Malaga gesehen. Es war sichtlich darauf berechnet, einen für Frankreich günstigen Eindruck auf die Spanier zu machen, sie zu gewinnen.

Dem Plane schien nun nicht zu entsprechen die nachdrückliche Offensive, die der Marschall Noailles im Frühlinge des Jahres 1694 unternahm, noch weniger die Ernennung desselben zum Vicekönige

---

[1]) A. a. O.: si è resa intieramente padrona del regio volere.

[2]) Palmquist, 21. Mai: D'ailleurs S. M. ne voit pas à Trianon ce grand nombre de pauvres, qui remplissent les cours et même les degrés de Versailles. — Eben so Pietro Venier, bei Barozzi e Berchet: Francia t. III, p. 528.

von Catalonien. Damit wurde — so mochte es Manchem scheinen — die Absicht des Behaltens angekündigt. Allein der formelle Act des Besitzergreifens selbst gibt einen Fingerzeig, daß dies doch nicht so ernstlich gemeint war, daß auch hierbei selbst gerechnet wurde auf das Wohlgefallen der Spanier. Wir erinnern uns, daß der französische Vicekönig Noailles vor dem Altare des Domes von Gerona die Privilegien von Catalonien beschwor. Dies entsprach weder dem Herkommen, welches die Franzosen damaliger Zeit als das salische Gesetz bezeichnen, noch besonders den Traditionen Ludwigs XIV. Was er gewann, das mußte französisch werden. Er hatte Straßburg erlangt, wie er behauptete, durch die freiwillige Uebereinkunft der Stadt mit ihm. In dem sogenannten Vertrage, durch welchen der damalige Rath die Stadt verrieth, waren die Privilegien und überhaupt die Verfassung der Stadt gewahrt. Die Worte boten gegen den Willen des Königs eine schwache Schutzwehr. Die Bedeutung der ehemals freien Reichsstadt Straßburg, deren Macht und Reichthum einst im sechszehnten Jahrhunderte der Italiener Machiavelli bewundernd angestaunt, bestand fortan darin, eine starke französische Festung zu sein, unterthan in aller Beziehung dem Willen des Königs, und zunächst seines Commandanten in derselben. Anders stand es mit Catalonien. Nicht ein Vertrag brachte es in die Macht des Königs von Frankreich, sondern die Gewalt der Waffen, das sogenannte Recht der Eroberung. Unter solchen Umständen war das freiwillige Beschwören der Fueros von Catalonien ein so auffallender Schritt des Entgegenkommens, daß darin einerseits die Andeutung lag: der König von Frankreich beabsichtige darum dennoch nicht, Catalonien zu einer französischen Provinz zu machen; andererseits der Hinweis auf die Zukunft: ein französischer Prinz als König über Spanien werde regieren gleich wie die angestammten Könige des Hauses Habsburg gethan.

Aber zu welchem Zwecke denn die nachdrückliche Offensive gerade gegen Spanien? — Der Zweck leuchtet herdurch aus jenen Worten des Königs an den Erzbischof von Paris, daß Spanien, welches die Schläge in der Ferne leichter verschmerze, empfindlicher getroffen werde durch diejenigen in der Nähe. Daß Carl II. versuchen werde dagegen sich empor zu raffen, war vorauszusehen. Eben so wahrscheinlich aber war nach der langen Erfahrung, daß dies nicht gelingen, daß der gute

Wille Carls II. erlahmen werde in der Ausführung, daß dann, wenn für die Granden von Spanien die Gefahr näher und näher heran dränge, in Madrid ein völliger Umschlag zu erwarten stehe. Wenn aber dieser Umschlag erfolgte, wenn Spanien eben so bereitwillig sein werde zum Frieden, wie es kurz zuvor den äußersten Widerstand proclamirt: so stand es dann in der Hand des Königs von Frankreich, durch die Rückgabe alles Eroberten um sich den Glanz der Großmuth zu breiten, und dadurch sich den Weg zu bahnen zur Verwirklichung jenes Planes, den er seit Jahren durch seine Agenten in Spanien verkünden ließ als die erstrebenswerthe Lösung der spanischen Successions-Frage, nämlich die Berufung des Herzogs von Anjou nach Madrid.

Ludwig XIV. nahm also, um zurückgeben zu können. Der ganze Plan ist möglich und durchführbar nur bei einem Herrscher, der selber keine Schranke seines Willens kennt, und dessen Werkzeuge diesem Willen keine Schranke entgegen zu setzen wagen.

Einstweilen war nun dieser Plan durchkreuzt durch das Erscheinen der holländisch-englischen Flotte im Mittelmeere. Aber auf wie lange? — Würden die verbündeten Mächte dauernd die Kosten und Gefahren einer so ungeheuren Ausrüstung auf sich nehmen wollen oder können? — Das war die Frage der nächsten Zukunft. Diese Ausdauer hing auf Seiten der verbündeten Mächte ab von dem Zusammenwirken vieler Factoren; auf Seiten Frankreichs stand sie in der Hand eines einzigen Mannes.

Es ist bei der Stellung der beiden Könige gegen einander, Ludwigs XIV. und Wilhelms III., nicht genug zu beachten, daß der erstere in seinem Willen immer frei war, in so fern wenigstens, daß er sich einer Unfreiheit desselben nicht bewußt wurde — daß dagegen Wilhelm III. auch dort nicht lediglich nach eigenem Ermessen handeln konnte, wo er den ferner Stehenden als völlig frei erscheinen mochte, nämlich im Felde.

Wir haben dies zu ersehen an den Thatsachen.

Die Armeen in Belgien lagen einander gegenüber, in fast gleicher Stärke, diejenige der Verbündeten mit allem Nothwendigen wohl versehen, die französische darbend, hungernd. Als einmal gemäß dem Cartelle, welches zwischen den kriegführenden Mächten aufgerichtet war,

hundert französische Gefangene zurückgeschickt werden sollten, warfen sich die meisten derselben auf die Knie und flehten: man möge sie lieber in der Gefangenschaft behalten als sie dahin zurücksenden, wo sie doch vor Hunger sterben müßten. Die Zahl der Desertionen war groß. Man schätzte sie auf tausende [1]).

Daß unter diesen Umständen von Seiten der Franzosen nichts unternommen wurde, war erklärlich. Ein schwedischer Offizier, der, nachdem er den Feldzug zuerst bei der französischen Armee angesehen, dann diese Studien bei den Verbündeten fortsetzte, sagte aus: das französische Lager sei doppelt verschanzt, so stark wie eine Festung. Der Marschall Luxemburg habe sich geäußert: es sei besser sich in alle Sicherheit zu stellen; denn nicht bloß sei der Prinz von Oranien stärker, sondern auch gar zu keck, und es falle ihm oft auf einmal ein zu schlagen. — Der König lachte sehr über diese Aeußerung [2]). Viele unter seinen eigenen Offizieren dagegen vermißten dies Mal gar sehr diese Keckheit, die Luxemburg ihm zuschrieb. England und Holland, sagten sie, hätten so viele Mittel aufgewendet, um eine stattliche Armee ins Feld zu bringen und den Krieg mit Nachdruck zu führen. Nun sei die Armee da, stark und wohl ausgerüstet, wie niemals eine zuvor. Aber Woche um Woche verrinne, und die Haltung sei weniger entschieden, weniger bereit zum Schlagen als im Jahre zuvor. Das Murren über die Thatlosigkeit erstreckte sich hoch hinauf. Die Herzöge von Württemberg und Holstein-Plön waren unter den Unzufriedenen [3]).

Der König wußte sehr wohl um diese Unzufriedenheit. Er gab durch den Prinzen Vaudemont, einen Angehörigen des Hauses Lothringen, damals im Dienste der Krone Spanien, welcher höher noch in seinem Vertrauen stand als Dykvelt und Portland, dem Grafen Auersperg einige Gründe seines Verhaltens an. „Jedermann, sagte der König, findet es auffallend, daß eine der feindlichen sehr überlegene Armee nichts Nachdrückliches unternimmt, und demgemäß schreit man wider die Führung. Aber diese guten Leute sehen die Sache von außen an, und nicht in sie hinein. Sie zählen die Bataillone und die Schwa-

---

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 16. Juli.

[2]) Desgleichen vom 16. August.

[3]) Fast alle Berichte Auerspergs im Juli und August melden Aeußerungen dieser Unzufriedenheit.

dronen. Allerdings ist diese Zahl groß. Allein durch die Schlacht von Landen ist in die Mannschaft der Schrecken gefahren, und sitzt noch so tief in den Gemüthern, daß ich genug ausgerichtet zu haben glaube, wenn sie sich an den Gedanken gewöhnen, daß die Franzosen dennoch nicht so furchtbar sind, daß sie nur in der Uebermacht angreifen und im anderen Falle sich verbergen." „An Generalen freilich, fügte er dann hinzu, fehlt es nicht auf unserer Seite; aber es mangelt an Muth und Erfahrung. Dieser Feldzug dagegen dient mir zur Vorbereitung auf den nächsten, und dann hoffe ich die Erfolge der diesjährigen Haltung zu ernten" [1]).

Die Ansicht des Königs als des in dieser Sache allein Kundigen dürfte unanfechtbar sein. Allein die Frage ist, ob er damit die Gründe seines Verhaltens vollständig angegeben.

Als einen sehr wichtigen Grund, den er nicht direct aussprach, sahen Andere an sein Misfallen an dem Verhalten des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern, ja sein Mistrauen in denselben. Es geschah häufig, daß die Wachen auf Proviant-Karren von Brüssel her nach dem feindlichen Lager stießen. Die Führer zeigten dann Pässe vom Kurfürsten vor, auf welche hin man sie fahren lassen mußte. Der König sendete Dykvelt und Portland mit einer Beschwerde darüber zum Kurfürsten. Dieser erwiederte: er habe aus Höflichkeit dem Dauphin, dem Herzog von Maine und anderen neun Personen diese Pässe bewilligt. Allein er wolle beschränken. Einige Tage später ließ er dem Könige melden: er könne als Statthalter von Belgien auf das ihm gebührende Recht der Ertheilung solcher Pässe nicht verzichten. Der König war sehr aufgebracht. Er ließ durch Dykvelt an den Grafen Bergeyck schreiben, daß durch diese Proviant-Karren, die man stündlich antreffe, dem Feinde nicht bloß Lebensmittel zugeführt würden, sondern auch Kundschaft. Hinfort würden daher die Pässe nicht mehr respectirt werden. Der Kurfürst mußte nachgeben. Auf die Vermittelung Anderer ward dann das Compromis getroffen, daß der König die Pässe für den Dauphin und den Herzog von Maine nachließ [2]).

---

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 26. September.

[2]) Desgl. vom 16. Juli.

Es fehlte nicht an anderen Anlässen, welche darthaten, daß der moralische Credit des Kurfürsten sank. Es handelte sich um die Einhebung der Contributionen in Flandern. Der Kurfürst ersuchte den König um den Auftrag dazu, mit der Zugabe einer Abtheilung Cavallerie. Der König erwiederte, daß die Erfahrung des Jahres zuvor gegen jedes Detachiren spreche. Er lehnte ab. Eben so stark indessen mochte bei dem Könige ein anderer Grund wirken. „Der Kurfürst, sagte Vaudemont zu Auersperg, hofft auf diese Weise Geld zusammen zu raffen, nicht um es zum Dienste des Königs von Spanien zu verwenden, sondern um dasselbe im kommenden Winter in Lustbarkeiten durchzubringen. Ich meinerseits bin nicht im Stande das zu verhindern, weil der Kurfürst mir gegenüber den Vorwand hat, daß zuerst seine Bayern im spanischen Dienste bezahlt werden müssen. Dann legt er die bayerischen Truppen in die Quartiere im Lande umher und behält selber das Geld." Andererseits empfand der Kurfürst den Abschlag tief. Wenn der König einen Anderen damit beauftrage, ließ er sich verlauten: so beweise das den Haß und das Mistrauen des Königs gegen ihn [1]).

Dieses Mistrauen war da in mehr als einer Beziehung. „Es ist mir sehr befremdlich, sagte der König eines Tages zu Dykvelt, daß der Kurfürst, der doch die entschiedene Abneigung des Königs von Spanien gegen ein Eingehen auf die von Frankreich gemachten Vorschläge kennt, beständig darauf dringt, daß Friede gemacht werden müsse." Aehnliche Reden wurden täglich am kurfürstlichen Hofe in Brüssel vernommen. „Man hofft dann, fügt Auersperg hinzu, sich mit mehr Ruhe divertiren zu können. Dies Verhalten erregt Widerwillen und Verachtung."

Es kam dahin, daß der König einmal eine Persönlichkeit, welche der Gesandte nicht nennt, bezeichnete mit den Worten: un vilain, un vautrien. „Das sind Ausdrücke, fügt Auersperg hinzu, deren der König sich wenig bedient, wenn nicht die Nothwendigkeit sie ihm auferlegt" [2]).

Wir erinnern uns, daß die Ausführung des für den Frühling 1694 entworfenen Planes unterblieb, weil der König, den die lange

---

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 12. August.
[2]) Bericht an den R. V. Kanzler, vom 2. October.

Dauer des Parlamentes in England zurückhielt, dem Kurfürsten die Oberleitung nicht anvertrauen wollte. Wenn jedoch nun dem Könige im Felde ein Unglück widerfuhr, so gelangte das Commando der verbündeten Streitkräfte an den Kurfürsten als den zweiten im Range. Die Besorgnis, die aus der Erwägung dieser Sachlage erwuchs, war, wenn auch nicht offen ausgesprochen, nach der Ansicht des kundigen Beobachters ein mitwirkendes Motiv in der Seele des Königs gegen ein Treffen [1]).

Andere wußten noch andere Gründe aufzufinden, die auf den König einwirkten. Gegen Ende Juli beschloß er, auf das Zureden der Herzöge von Württemberg und Holstein-Plön, und wider das Abrathen von Portland und Dykvelt, das Lager zu verlegen nach Bonmale, von der Geete also an die Mehaigne zu marschiren. Man meinte, dann könne es zu einer Action kommen. Täglich ward die Sache erörtert. Die General-Offiziere im Hauptquartiere standen einander gegenüber wie zwei Parteien, deren Losungswort war Schlagen oder Nicht-Schlagen. Der Prinz Vaudemont suchte zu vermitteln. Die Partei des Schlagens warf die Schuld, daß ihr Wunsch nicht erfüllt ward, auf Portland und Dykvelt, besonders auf den ersteren. Man fand dafür persönliche Gründe. „Er weiß, hieß es, wie sehr der König im Falle des Schlagens sich aussetzt. Es ist seine Pflicht nicht von der Seite des Königs zu weichen. Das gefällt ihm nicht. Sein Glück ist gemacht. Er möchte lieber es genießen." „Das, fügt Auersperg hinzu, ist das Urtheil vieler kundigen Personen, und ich halte es für wahrscheinlich" [2]).

Wie immer dies sein möge, sowohl Portland wie Dykvelt hatten noch andere Gründe zum Abrathen. Jener hatte Rücksicht zu nehmen auf das Urtheil über ihn in England. Dieser, als der Militär-Deputirte der Generalstaaten, war in ähnlicher Lage gegenüber Holland.

Die Ansicht der in England überwiegenden Partei der Whigs prägt sich aus in den Worten des Staats-Secretärs Shrewsbury: „Eine Niederlage würde für unsere Angelegenheiten so sehr viel nachtheiliger sein als ein Sieg vortheilhaft sein könnte, daß ein Treffen,

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 16. August.

[2]) Bericht vom 12. Juli.

wenn es ohne Schaden der Ehre zu vermeiden ist, nicht gewagt werden darf" [1]). Shrewsbury richtete diese Worte an Portland, am 10./20. Juli. Auch wenn Portland anderer Ansicht gewesen wäre: so durfte er doch dieses, wenn auch nur persönliche, Urtheil eines Hauptes der Whig-Partei nicht unberücksichtigt lassen. Da er aber in Betreff des Zweckes der Abmahnung derselben Ansicht war: so erhielt er durch dieselbe für seine Einwirkung bei dem Könige einen desto festeren Boden.

Eben dieselbe Rücksicht hatten sowohl Portland wie Dykvelt zu nehmen auf Holland. Der König Wilhelm hatte beide Männer empor gehoben und hielt sie. Darum aber waren sie in Holland noch nicht beliebt. Sie wußten, daß im Falle eines Unglückes auf sie zunächst der Haß des Volkes fallen würde. Namentlich nahmen sie Rücksicht auf die Stadt Amsterdam. Eines Tages drang der Herzog von Württemberg lebhaft in Portland: er möge seine Stimme geltend machen für ein Treffen. Es handele sich um Ehre und Reputation. Der Feind liege zwischen dieser großen Armee und der starken Besatzung von Lüttich. Der Sieg sei wie sicher. — Portland erwiederte: wenn der Herzog die Meinung von Amsterdam kennte, so würde er anders reden. Ueberhaupt aber komme eine Reihe von Bedenken in Betracht, welche der freien Entschließung Schranken setzten [2]).

Dies dürfte nicht dahin verstanden werden, als wenn in Amsterdam die oligarchische Partei wieder den Ausschlag gab. Dykvelt berichtete dem Grafen Auersperg eine Unterredung mit einem der Bürgermeister von Amsterdam. Den Aeußerungen desselben gemäß verlange die Stadt nichts als was der König. Es sei ihr noch allzu frisch im Gedächtnisse, daß sie durch ihre Uebereilung bei dem Friedensschlusse von Nymegen nicht bloß sich selber, sondern auch der ganzen gemeinsamen Sache wider Frankreich schweren Schaden zugefügt, indem sie dadurch nicht einen sicheren Frieden erworben, sondern die unersättliche Ambition des Königs von Frankreich nur noch gesteigert habe [3]).

Da nun in Betreff des Wagnisses einer entscheidenden Schlacht in Amsterdam ein ähnliches Urtheil vorherrschte, wie dasjenige, welches Shrewsbury von England her kund gab: so konnten Portland und

[1]) Correspondence of Shrewsbury p. 52, cf. p. 61.

[2]) Auerspergs Bericht vom 9. Juli.

[3]) Desgl. vom 6. August.

Dykvelt, bei der Gesinnung dieser reichen und mächtigen Stadt für den König, in ihren Abmahnungen von einem Treffen dieses Urtheil mit um so größerem Nachdrucke geltend machen. Wie die leitenden Persönlichkeiten in Amsterdam nicht Willens waren, sich von dem Könige zu trennen: so hatte auch er seinerseits, wie der Verlauf dieses Krieges wiederholt uns darthun wird, für ihre Wünsche stets ein geneigtes Ohr.

Durch das Zusammen-Wirken dieser verschiedenen Gründe, welche dem an sich selber zu einem entscheidenden Schlage geneigten Willen des Königs Wilhelm Hemmnisse aller Art entgegen stellten, geschah es, daß kein Feldzug dieses großen Krieges in Belgien so arm an wichtigen Actionen verlief, wie derjenige von 1694. Die einzige nennenswerthe That war der Wiedergewinn der Stadt Huy durch den Herzog von Holstein-Plön.

Werfen wir dagegen einen Blick auf die kleineren Vorfälle.

Die eigentliche französische Seemacht hatte das Meer verlassen. Sie barg sich in die Häfen von Brest und Toulon. Nur der unermüdliche Jean Bart errang fort und fort seine kleineren Erfolge, die freilich ihm erleichtert wurden durch die Eifersucht der Engländer und Holländer. Ein englisches Geschwader, welches keinen Flaggen-Offizier an Bord hatte, weigerte dennoch sich dem Commando des holländischen Flaggen-Offiziers de Vries zu unterstellen, und segelte heim[1]). De Vries, von den Engländern verlassen, von seinen eigenen Landsleuten nicht genügend unterstützt, ward am 29. Juni von Jean Bart geschlagen. Dieser führte im Triumphe eine reiche Getreideflotte in den Hafen von Dünkirchen ein.

Es war ein Sonnenstrahl des Glückes für die darbenden Franzosen, und doch für den Hunger der Millionen wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Und schon nahten für die Küstenstädte schlimmere Tage. Nach dem misglückten Angriffe auf Brest lief die verbündete Flotte im Juli zum zweiten Male aus, reich beladen mit allen damals erdenklichen Mitteln des Zerstörens. Sie bombardirte Dieppe bis zur völligen Vernichtung. Sie legte dann sich vor Havre de Grace und verbrannte zum großen Theile auch diese Stadt. Ein unsäglicher

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. Juli.

Schrecken fuhr in die Küstenbewohner von Frankreich. In Calais und Dünkirchen nahm man die Steine aus den Straßen, die Dächer von den Häusern, und bedeckte diese hoch mit Dünger. Namentlich auf Dünkirchen hatte die Flotte es abgesehen. Sie trug ein furchtbares Werkzeug der Zerstörung, Höllenmaschine genannt, mit 90 Centnern Pulver geladen. Es ward auf einem Fahrzeuge herangebracht. Dann jedoch war zum Flüchten der eigenen Mannschaft und für das lange Lauffeuer eine Viertelstunde erforderlich, und während dieser Viertelstunde nahm die eingetretene Ebbe das Fahrzeug wieder mit herab. So entsetzlich der Krach, so unschädlich war er. Dünkirchen kam mit der Furcht davon. Eben so Calais. Wie dort die Ebbe, so leistete hier ein Sturm den Franzosen hülfreichen Dienst. Die Flotte, kaum angekommen, mußte wieder das offene Meer suchen[1]). Es scheint, daß bei solchen Acten wie denjenigen gegen Dieppe und Havre mehr an eine Rache zu denken sei als an einen eigentlichen Kriegeszweck, ja daß auch in England selbst die Sache so aufgefaßt wurde. In London prägte man eine Medaille mit der Inschrift, daß an Dieppe und Havre Vergeltung geübt worden sei für Worms und Speier[2]). Es mochte immerhin richtig sein, daß die Engländer nur dem Beispiele folgten, welches Ludwig XIV. gegeben; aber es war zu bedenken, daß Ludwig XIV. mehr als die Verbündeten es in seiner Macht hatte, abermals zu vergelten, wenn auch nicht an England selbst.

Ereignisse solcher Art waren für den Gang des Krieges im Großen von geringer Bedeutung. Für diesen trat im Sommer 1694 in den Vordergrund die Sorge um Catalonien, oder genauer um Barcelona.

Wir erinnern uns, daß bereits im Herbste 1692 der Graf Windischgrätz und Don Quiros im Haag dem Könige von England den Vorschlag gemacht, daß die verbündete Flotte im nächsten Jahre im Mittelmeere überwintern möge. Das Unglück derselben in der Bucht von Lagos beim Cape St. Vincent im Sommer 1693 vereitelte damals den Plan. Nun aber, im Sommer 1694, beherrschte die

---

1) Hoffmanns Berichte im Monate September.

2) Wagner t. II, p. 284: Vangionum Nemetumque incendiis vices redditas esse.

verbündete Flotte dort das Meer. Demnach ward von Madrid und von Wien aus nachdrücklich der Wunsch erneuert.

Quiros hob in einem ausführlichen Schreiben an Dykvelt die Vortheile dieses Ueberwinterns hervor. Barcelona werde dadurch gesichert, überhaupt die ganze spanische und italienische Küste gedeckt. Die französische Flotte bleibe eingeschlossen zu einem Theile in Brest, zum größeren in Toulon. Die Fahrt englischer und holländischer Schiffe nach und von der Levante werde völlig frei, diejenige der französischen lahm gelegt. Die Kunde dieser Anwesenheit ergebe für die Türken den Beweis der Inferiorität Frankreichs gegenüber der großen Allianz, und sei darum ein Drücker auf sie zum Zwecke des Friedens mit dem Kaiser. Sobald aber die Macht des Kaisers im Osten frei werde, müsse Frankreich eingehen auf die Forderungen der großen Allianz. — So Don Quiros [1]).

Er erörterte dann die einzelnen Häfen Spaniens an der Ostküste. Port Mahon sei geräumig genug zur Aufnahme aller Schiffe, aber zu sehr entlegen. Man sei nicht sicher, von dort aus dem Admiral Tourville das Passiren der Straße von Gibraltar zu verwehren. Ueberhaupt aber entbehrten die Häfen an der Ostküste, wohin die großen Gallionen niemals kämen, der Vorrichtungen zum Carenniren und zum Herstellen großer Fahrzeuge. Nur der Hafen von Cadix sei geeignet in aller Beziehung, namentlich auch geräumig genug.

Der König Wilhelm erwog den spanischen Vorschlag, welcher lebhaft unterstützt wurde von dem Grafen Auersperg. Er aus sich war nicht abgeneigt, demgemäß auch Heinsius und die Generalstaaten [2]). Allein auch in diesem Falle war, namentlich in Betreff Englands, nicht die Neigung des Königs allein entscheidend. Er forderte das Gutachten des Rathes der Neun um die Königin, des Comites, wie es in der Correspondenz damals genannt wird. Es leuchtete dort ein, daß, wenn die Flotte vor dem Herbste zurückkäme, Frankreich volle Freiheit habe, gegen Barcelona und überhaupt an der spanischen Ostküste zu verfahren, als wäre die Flotte niemals ausgeschickt worden. Auf der anderen Seite standen die zahlreichen Schwierigkeiten und Gefahren

[1]) Schreiben von Don Quiros an Dykvelt, vom Juli 1694, in den Robethon-Papieren. St. A. H.

[2]) Auerspergs Bericht vom 6. August.

mit ihren Consequenzen. Man redete für, man redete wider, ohne zu einem festen Beschlusse zu kommen.

Der Staats-Secretär Trenchard machte über die verschiedenen Meinungen einen Bericht an den König. Es geschah am 2./12. August. Inzwischen legte Shrewsbury der Königin diesen Stand der Dinge vor. Sie war damit nicht zufrieden. Sie verlangte, daß in einer so wichtigen und schweren Angelegenheit dem Könige bestimmt und klar geantwortet werde. Shrewsbury müsse dem Könige sowohl seine eigenen Gedanken aussprechen, als auch die Ansichten der anderen Minister zusammen fassen. Shrewsbury fügte sich. Die Mitglieder des Rathes, meldete er, seien einig in dem einen Puncte, daß die Frage des Ueberwinterns der Flotte im Mittelmeere anheim zu stellen sei der Entscheidung des Admirals Russel, welcher allein vermöge die Vortheile und die Nachtheile richtig gegen einander abzuwägen. Der Bericht war datirt vom 3./13. August [1]).

Dieser Bericht, obwohl durch den guten Willen der Königin hervorgerufen, und, wie nicht zu bezweifeln sein dürfte, von Shrewsbury in entsprechender Gesinnung abgefaßt, würde dennoch den König Wilhelm in nicht geringe Verlegenheit gebracht haben. Denn er seinerseits ging von der Ansicht aus, daß der Admiral Russel abgeneigt sein werde, ja daß er, wenn nicht sofort der positive Befehl für sein Verbleiben im Mittelmeere an ihn ergehe, bereits die Rückfahrt angetreten haben könne. Deshalb entschloß sich der König Wilhelm, sofort auf den ersten von Trenchard eingesendeten Bericht zum raschen Handeln. Und zwar geschah dies, bevor der Bericht Shrewsburys vom 3./13. August an ihn gelangte. Es ist von Interesse, das Verfahren des Königs darin zu beobachten.

„Der Courier, schreibt er am 6./16. August an Shrewsbury, hat mir den Bericht Trenchards vom 2./12. eingeliefert. Ich weiß nicht, ob ich ihn ganz richtig verstehe; aber es scheint mir daraus hervorzugehen: der Rath der Neun ist für die Ueberwinterung von Russel in Cadix, wagt jedoch nicht dies offen auszusprechen, aus Besorgnis vor der Verantwortlichkeit. Ich hätte gewünscht, daß die Herren sich bei diesem Anlasse bestimmter ausgesprochen, und in der

---

[1]) Correspondence of Shrewsbury p. 66.

That waren sie dazu verpflichtet, um zu verhindern, daß gegen mich die Vermuthung eines Handelns lediglich nach eigener Meinung erhoben würde. Allein, da für ein abermaliges Berathen die Zeit zu kurz, so sehe ich mich in die Nothwendigkeit gesetzt, zu einer Entscheidung zu kommen. Deshalb habe ich beschlossen, an Russel den Befehl zu senden, mit seiner gesammten Flotte in Cadix zu überwintern. Gott verleihe, daß dies zum Guten ausschlage für die Wohlfahrt des Königreiches und unserer Bundesgenossen" [1]).

Wir bemerken, daß der König die Unschlüssigkeit des Rathes der Neun sich zu nutze macht, um die Entscheidung zu geben in seinem Sinne. Es dürfte daher die Frage sein, ob der Tadel gegen den Ministerrath ihm recht von Herzen gekommen, ob er nicht vielmehr innerlich mit dem Verhalten desselben sehr zufrieden gewesen sei.

Es liegt hier ein besonderer Zug in dem Charakter des Königs vor Augen, nämlich die Unschlüssigkeit Anderer zu überwinden durch das rasche Schaffen einer vollendeten Thatsache. Dieser Zug wird in einer eben so merkwürdigen Weise sich ergeben in einem noch ungleich wichtigeren Falle, vor Errichtung der Successions-Acte von 1701.

Als der Bericht Shrewsburys vom 3./13. August beim Könige eintraf, war der Befehl an Russel bereits entsendet, und zwar, wie der König dem Grafen Auersperg sagte, auf mehreren verschiedenen Wegen zugleich, so daß ein Verfehlen kaum denkbar erschien [2]).

Indessen war der König noch nicht aus aller Besorgnis. Sein Befehl an Russel lautete bestimmt genug. Demgemäß war der Rath der Neun genöthigt zu weiteren Instructionen für den Admiral. Die Fassung derselben fand nicht den Beifall des Königs. Er besorgte, daß dieselbe dem Admiral allzu weiten Spielraum belassen, ihm eine Handhabe zur Rückkehr geben würden. Die Königin handelte im Sinne des Gemahles, und demgemäß kam der gesammte Rath zu dem Beschlusse: die Instructionen für den Admiral seien in so positiver Weise zu fassen, daß ihm nicht ein Ausweg für den Entschluß zur Rückkehr übrig bleibe [3]).

---

[1]) Correspondence of Shrewsbury p. 68.

[2]) Bericht des Grafen Auersperg vom 28. August.

[3]) Correspondence of Shrewsbury p. 72.

Für lange Wochen indessen war der König in Sorge über das rechtzeitige Eintreffen. Dies um so mehr, je wichtiger ihm der Plan wurde. Denn die Nachrichten aus Frankreich brachten die Bestätigung, daß Ludwig XIV. diesen Plan ganz besonders fürchtete. Als endlich die lang ersehnte Meldung eintraf, daß der Befehl angelangt, im Anfange October, ergab es sich zugleich, wie sehr der König Recht gehabt mit seiner Eile. Der Befehl zur Ueberwinterung in Cadix traf den Admiral Russel vor Malaga. Dorthin war er gelangt bereits auf der Rückfahrt von Barcelona. Er hätte diese eher angetreten, wenn ihn nicht auf der Rhede von Barcelona der Gegenwind drei Wochen lang zurückgehalten. In diesem Falle wäre der ganze Plan vereitelt[1]). Nicht minder bewährte sich die Voraussicht des Königs, daß der Admiral, im Falle die Entscheidung bei ihm gestanden, einen Grund für die Rückkehr gefunden haben würde. Er machte aus seinem Verdrusse über die Sache auch dem Könige persönlich gegenüber kein Hehl.

An diesen Verbleib der verbündeten Flotte im Mittelmeere knüpfte sich sehr bald noch eine andere Hoffnung.

Der spanische Gesandte Quiros hatte in seinen Gründen für die Ueberwinterung der Flotte im Mittelmeere hervorgehoben, daß die Anwesenheit derselben einen moralischen Druck üben werde auf die Türken zum Frieden. Der Gedanke ward weiter erörtert. Wir erinnern uns, daß bereits sechs Jahre zuvor dem kaiserlichen Gesandten Kramprich im Haag von einigen Holländern der Vorschlag nahe gelegt war, eine Flotte vor Constantinopel zu senden, und durch das Bombardement dieser Stadt die Geneigtheit zum Frieden zu erzwingen. Auch dies Mal ward der Gedanke rege. Ein Mitglied der Admiralität von Amsterdam warf dem Grafen Stratemann die Aeußerung hin: vielleicht sei es möglich im nächsten Jahre die Flotte nach den Dardanellen weiter zu senden[2]). Noch bevor Stratemanns Bericht darüber in Wien eingetroffen, erhielt er von dem Kaiser die Weisung, dem Könige und den Generalstaaten die Bitte um die Entsendung eines Geschwaders gegen die Dardanellen vorzulegen. „Denn dieses, sagt der Kaiser, ist

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 5. October.

[2]) Stratemanns Bericht vom 27. August.

das rechte und vielleicht fast das einzige Mittel zu einem baldigen Frieden mit den Türken zu gelangen, und demgemäß dann mit geeinter Macht auch Frankreich zur Billigkeit zu nöthigen. Der König von England selber hat dies früher einmal anerkannt, auch sich nicht ungeneigt dazu erwiesen" [1]).

Bevor wir eingehen auf den Verlauf dieses Vorschlages, haben wir den Feldzug von 1694 gegen die Türken und überhaupt den Stand der Dinge dort kurz zu überblicken.

Die Angebote zur Friedensvermittelung, welche der König Wilhelm III. durch Heemskerk und Paget bei der Pforte hatte machen lassen, brachten keinen Erfolg. Die Neigungen der wichtigen Persönlichkeiten in Constantinopel für oder wider den Frieden mit dem Kaiser schwankten auf und ab. Jedoch der Einfluß des Franzosen Chateauneuf war überwiegend. Nur einmal erwuchs für Ludwig XIV. eine besondere Gefahr, daß dieser Bundesgenosse ihm entgehen könne. Wir erinnern uns der französischen Friedensvorschläge, die im Jahre 1693 öffentlich auftauchten, wenn auch nicht in einer beglaubigten Form. Von Wien, wie vom Haag aus, wurden diese gedruckten Vorschläge nach Constantinopel hin kund gegeben, damit die Pforte daran die Duplicität des Königs von Frankreich gegen sie erkenne. Die Türken wurden darüber sehr erregt. Mit Mühe gelang es der Kunst des Chateauneuf sie zu dem Glauben zu überreden, daß jene Vorschläge erdichtet seien. Das Verständnis der Politik Ludwigs XIV. in Constantinopel befand sich demnach etwa auf gleicher Höhe mit demjenigen von St. Germain. Von da an hielt Ludwig XIV. nur noch um so fester an dem Grundsatze, etwaige Vorschläge an die Verbündeten nur mündlich kund thun zu lassen [2]). Andererseits lieferte er den Türken den für sie handgreiflichen Beweis, daß er mit allem Nachdrucke sie unterstütze. Während Frankreich darbte und hungerte, erhielt der ungarische Rebell Tököly von Ludwig XIV.

---

[1]) Kaiserliches Rescript vom 8. September.

[2]) Riusci con pena di persuadere il contrario, e dar ad intendere che le stampe erano finte, ed inventate. Cosi si prese per documento di far successivamente li progetti solo in voce. So Pietro Venier in Barozzi e Berchet: Francia t. III, p. 559.

monatlich die ihm verheißenen 30,000 Livres nach wie vor pünktlich ausbezahlt[1]).

In den Namen dieses Tököly drängen sich alle Schrecknisse des ungeheueren sechszehnjährigen Türkenkrieges zusammen. „Er war, sagt der Venetianer Hieronymus Venier, der furchtbarste Blasebalg, das verworfenste Werkzeug dieses Krieges. Durch seine Untreue, seine Künste, seine Einflüsterungen, seine Ränke wurde der Beginn desselben angezettelt, entspann sich das Gewebe so großer Ereignisse. Er schürt auch ferner diesen Brand. Er nährt ihn, sei es durch Schmeicheleien, sei es durch Vorwände, und, weil er in der Erkenntnis seines ungeheueren Unrechtes auf Verzeihung nicht hofft, glaubt er seine Sicherheit nicht anders zu finden als in den Waffen. In der That war der Kaiser, aufgebracht über die Verwegenheit dieses schändlichen und berüchtigten Rebellen, lange Zeit hindurch nicht Willens zu verzeihen. Zur Zeit jedoch würde der Kaiser, wenn die Türken den Tököly halten wollen, sich den Umständen fügen, und die Persönlichkeit des Tököly würde dem Frieden kein Hindernis entgegen stellen"[2]). So Venier im Jahre 1692. Der Krieg währte noch sieben Jahre.

Im Frühlinge des Jahres 1694 ward auf den Betrieb der Sultanin der bisherige Großwesir entsetzt, weil er Neigung zum Frieden gehegt. An seine Stelle trat Ali Pascha. Die Kriegführung indessen entsprach derjenigen des Jahres zuvor, und zwar nicht bloß von türkischer, sondern auch von kaiserlicher Seite. Caprara, aus Savoyen abberufen, um den Oberbefehl gegen die Türken zu übernehmen, erkrankte. Erst im Spätsommer kam er zum Heere. Er fand dort dieselbe Nachlässigkeit in den Anstalten wie früher. Die Hülfstruppen aus Deutschland trafen erst im September ein, noch nach Caprara. Die Türken lagerten bei Salankemen, die kaiserlichen bei Peterwardein. Die wenigen Wochen des eigentlichen Feldzuges verliefen unter unsäglicher Mühsal von Wind und Wetter und Krankheit. Die steigende

---

[1]) So Pietro Venier p. 559. — Einzelnheiten über die Verhandlung von Heemskerk und Paget in Hammers Geschichte der Osmanen Bd. III, S. 865 u. f., und bei Sylvius t. IV, b. 37, p. 23, 55, 63, 73.

[2]) Fontes rerum Austriacarum. Bd. XXVII, p. 342. Finalbericht von Hieronymus Venier, im Jahre 1692.

Noth zwang endlich die Türken zum schleunigen, fluchtähnlichen Rückzuge. Und damit war der türkische Feldzug von 1694 zu Ende [1]).

Der König Wilhelm hatte selber den Rath gegeben, daß der Kaiser in Ungarn nur defensiv verfahren möge [2]). Er hegte nur noch geringe Hoffnung auf einen Erfolg des Angebotes seiner Vermittelung zum Frieden. Ja nach seiner Art die Dinge aufzufassen war er immer eher geneigt zur Besorgnis als zur Hoffnung. Eines Tages im September ließ er früh am Morgen bei dem Grafen Auersperg anfragen über Nachrichten aus Ungarn. Der Gesandte, zu dem Könige eilend, fand ihn sehr erregt, fast verstört über die Meldungen, die ihm von dort her zugekommen. Auersperg legte den Zustand der Dinge dort dar, und entwickelte seine Ueberzeugung, daß der Kaiser nichts zu fürchten habe. Der König athmete wie erleichtert auf, und sprach seine Wünsche für den Kaiser in so lebhafter Weise aus, daß der Gesandte dem Berichte beifügte: „Ich darf versichern, daß, wenn Gott uns diesen wohlgesinnten Fürsten erhält, das Kaiserhaus sich noch vieler guten Dienste von ihm erfreuen wird. Denn ihm liegt nichts so sehr am Herzen, als das Wohl der gemeinsamen Sache, und es fehlt nicht an ihm, sondern an der entsprechenden Treue derjenigen, denen es obläge seine Absichten auszuführen" [3]).

Demgemäß war der König nicht abgeneigt, dem Wunsche des Kaisers für die Entsendung eines Geschwaders nach den Dardanellen zu willfahren. Eben so Heinsius. Inzwischen war von Wien auch der Graf Kaunitz, den der König als kaiserlichen Botschafter bei der Republik, zum Ersatze für Stratemann, gewünscht, im Haag eingetroffen. Er drängte auf die Erfüllung dieses Wunsches. Für mehrere Wochen standen die Aussichten gut. Allmählich jedoch erhoben sich dagegen allerlei Bedenken. Die Interessen der Kaufleute wurden geltend gemacht. Kaunitz erneuerte sein Andringen. Heinsius erwiederte endlich: die Ausführung des Vorschlages sei unmöglich, weil die Türken Rache nehmen würden an dem Besitze der englischen und holländischen Kaufleute in der Levante. Kaunitz bestritt diese Gefahr. Heinsius dagegen beharrte. Man habe mit Barbaren zu thun, deren

[1]) Wagner t. II, p. 272 sqq.

[2]) Auerspergs Bericht vom 6. Juli.

[3]) Bericht vom 26. September.

Entschlüsse unberechenbar, und denen gegenüber jegliches Wagnis solcher Art gefährlich sei. Der Kaiser möge spanische Kriegsschiffe zu diesem Zwecke verwenden. Spanien sei der Allianz fünfzehn Kriegsschiffe zu stellen schuldig [1]).

In gleicher Weise redete der König. „Die verbündete Flotte, sagte er zu Kaunitz, reicht völlig aus, Spanien zu Wasser zu vertheidigen. Die spanischen Kriegsschiffe haben Freiheit nach der anderen Richtung zu handeln. Dazu ist die Krone Spanien mit den Türken jederzeit im Kriegszustande, hat daher nicht das Bedenken, welches England und Holland wegen des Handels haben müssen." Kaunitz hielt seinen Zweifel entgegen, ob Spanien vermögen werde die Schiffe zu stellen. Der König erwiederte: „Ich will noch weiter gehen. Wir wollen die etwa fehlenden Schiffe hergeben, die dann unter der spanischen Flagge zu segeln haben. Es kommt nur darauf an, daß die Krone Spanien die Hauptsache übernimmt" [2]).

Es ergingen von den verbündeten Mächten dringende Vorstellungen nach Madrid. Der König Wilhelm forderte Bericht ein vom Admiral Russel. Dieser meldete: von den zehn Kriegsschiffen, welche Spanien wirklich besitze, würden nicht sechs ausfahren können. Die Spanier wollten repariren. Aber Russel besah die Werfte und Magazine. „Es ist, meldete er, zum Repariren nichts Dienliches zu finden" [3]).

Und damit ging damals der Plan unter, an dessen Ausführung wichtigere Consequenzen hingen als an irgend einem der bisherigen Feldzüge dieses großen Krieges.

Die verbündete Flotte schützte Barcelona zu Wasser. Aber es stand mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß Ludwig XIV. um so viel stärker zu Lande angreifen werde.

Wir erinnern uns, daß der spanische Staatsrath geneigt war zum Zwecke der Vertheidigung die spanischen Truppen aus Italien abzuberufen. Dies unterblieb. Man wandte sich um Hülfe nach einer anderen Seite, und zwar nicht zunächst an den Kaiser. Diese

---

[1]) Kaunitz Bericht vom 9. December.

[2]) Desgl. vom 22. November.

[3]) Auerspergs Bericht vom 24. December.

Kundgebung ist von erheblicher Bedeutung für die damals in Madrid vorherrschende Richtung.

Der König Carl II. sandte durch Don Quiros ein Handschreiben an den Kurfürsten von Bayern in Brüssel. Der König sprach darin den Wunsch aus, zum Schutze für Catalonien 12,000 Mann fremder Truppen in Dienst zu nehmen, und ersuchte zunächst den Kurfürsten von Bayern um etwa 4000 Mann. Don Quiros für seine Person war kaiserlich gesinnt. Er theilte seinen Auftrag dem Grafen Auersperg mit. Dieser meldete ihn nach Wien [1]).

Bis dahin hatte der Kaiser auf die verschiedenen Andeutungen bei seinem Neffen von Spanien für die Sicherstellung der Succession nur ausweichende Antworten erhalten. Dieser Wunsch, zunächst bayerische Truppen nach Spanien zu ziehen, gab eine starke positive Andeutung. Wenn Carl II. sich entschließen würde zu einer Feststellung der Succession für den Fall seines Todes ohne Kinder: so war gemäß dieser Andeutung mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß er das Recht des kleinen Kurprinzen Joseph Ferdinand voranstellen würde. In diesem Sinne faßte es der Vater, der Kurfürst Max Emanuel in Brüssel. Es ward bemerkt, daß er sich in sehr gehobener Stimmung befand. Der Graf Auersperg rieth, daß man von Wien aus in Madrid zuvorkommen möge, durch ein Angebot von Truppen [2]).

Der Rath entsprach den eigenen Wünschen des Kaisers. Aber auch an den König Wilhelm trat die Sorge um Catalonien von der Landseite heran, und zwar hier noch in einer anderen Gestalt. Er sprach dieselbe zu Kaunitz aus. „Ich fürchte, sagte er, auf französischer Seite ganz besonders einen Entschluß, den, wie ich weiß, bereits Louvois vor einigen Jahren dringend angerathen, nämlich der Beschränkung der Streitkräfte. Und zwar zunächst die völlige Abrüstung zur See. Will oder kann Frankreich die Herrschaft zur See uns nicht mehr streitig machen: so kann es auch die für die Flotte verwendeten Kosten sparen. Die andere Seite des Entschlusses würde sein eine namhafte Reduction der Streitkräfte zu Lande. Auch diese ist thunlich, sobald

---

1) Auerspergs Bericht vom 26. Juli.

2) Desgl.

Frankreich auf weitere Eroberungen verzichten will. Durch die beiden Beschränkungen würde der König von Frankreich jährlich etwa 40 Millionen franz. Livres ersparen, und dennoch dabei ausreichende Mittel behalten für die Defensive, sowohl der Festungen zu Lande als am Meere." „Ich besorge, fügte Wilhelm III. hinzu, daß Frankreich zu diesem Entschlusse kommt, in Folge der Wahrnehmung, die dem Könige dort nicht entgehen kann, daß es die Absicht der Verbündeten ihn auszudauern. Faßt er nämlich jenen Entschluß, so ist diese Absicht von unserer Seite nicht durchzuführen. Vielmehr wird dann eher Frankreich uns ausdauern können. Deshalb ist für uns erforderlich von allen Seiten energische Offensive, um Frankreich zum Frieden zu zwingen" [1]).

Der König hob in solchen Fällen, wie immer, zuerst die schwache Seite Frankreichs gegenüber Savoyen und Piemont hervor. Dort, meinte er, müsse stärkerer Nachdruck entwickelt werden. Er sprach sich misvergnügt darüber aus, daß der Kaiser die italienischen Fürsten nicht schärfer zur Contribution heranziehe, allzu nachsichtig verfahre. Die verbündete Flotte im Mittelmeere werde dem Gebote des Kaisers an den Küsten von Italien den geeigneten Nachdruck geben [2]). Aus eben demselben Grunde des Wunsches einer directen Offensive wider Frankreich von Savoyen aus, hatte der König Einwendungen erhoben wider den Vorschlag des Kaisers, daß, damit doch etwas dort geschehe, Casale belagert werden möge [3]). Es war dem Könige dabei nicht klar geworden, daß er durch seine Einwände gegen den kaiserlichen Vorschlag nicht seinen eigenen Wunsch erreichte, sondern nur den Herzog Victor Amadeus unterstützte, dessen Bestreben es war, daß dort überhaupt nichts geschehen sollte. Die Einsicht in die Verschlagenheit dieses Herzogs, welcher mit seltenem Geschicke den Glauben an seine Ehrlichkeit auszubeuten wußte, blieb freilich dem Könige Wilhelm III. noch lange verschlossen.

Klarer dagegen blickte er ein in den Stand der Dinge in Spanien. Daß von einer Offensive von dieser Seite her gegen Frankreich nicht die Rede sein konnte, lag vor Augen. Es konnte sich nur

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 19. November.

[2]) Desgl. vom 9. November.

[3]) Wagner t. II, p. 268.

um die Defensive handeln. Für diejenige zur See war zunächst gesorgt. Aber es handelte sich um diejenige zu Lande. Und hier ist es sehr bemerkenswerth zu ersehen, wie der König Wilhelm III. bereits im Herbste 1694 die Dinge dort anschaute.

„Ich bin, sagte er zu dem Grafen Kaunitz, unzufrieden mit der Krone Spanien. Sie beharrt bei ihrer Forderung der Herstellung des pyrenäischen Friedens. Sie verlangt, daß wir bis zu diesem Ziele den Krieg fortsetzen. Sie selber jedoch thut nichts dazu, sondern vermeint, daß wir Andere alles für sie thun, für sie das Unmögliche erstreben sollen. Ich bin besorgt um Barcelona, und noch mehr um die Folgen, welche der Verlust von Barcelona nach sich ziehen würde. Denn an Barcelona hangt Saragossa. In diesem Falle sind die Güter der wichtigsten Granden von Spanien bedroht. Diese Herren, die zur Zeit in so überaus hohem Tone reden, könnten dann leicht dahin kommen, um den Frieden zu schreien und auf die Beschleunigung desselben zu dringen“ [1]).

Wir sehen demnach, daß der König Wilhelm III. den Plan Ludwigs XIV. in so weit völlig erkannte.

Aber es handelte sich um die Mittel der Abwehr. Und hier ist es von besonderer Wichtigkeit, das Verfahren des Königs Wilhelm III. zu beobachten.

Don Quiros erhielt den Auftrag den König von England zu bitten, daß von der Flotte einige Landungstruppen abgegeben würden. Der König war nicht bereitwillig. In der Republik, erwiederte er, sei es nicht der Brauch, Landungstruppen an Bord von Kriegsschiffen zu geben. Auf englischen Kriegsschiffen sei es nicht einmal möglich, weil dieselben um ein Drittel stärker bemannt zu sein pflegten als holländische. — So der König zu Don Quiros. Dem Grafen Kaunitz gegenüber äußerte er sich bei der Mittheilung in folgender Weise: „Die spanischen Minister wissen sehr wohl, daß ich dieses ihr Verlangen nicht zu erfüllen vermag. Sie haben es also gestellt nur in der Absicht, damit sie, im Falle des Verlustes von Catalonien, sagen können, sie hätten vom Könige von England und aller Orten Truppen begehrt, ohne sie erhalten zu können“. „Ich wünsche, fuhr der König

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 19. November.

fort, daß Spanien seine geringen Truppen von hier nach Barcelona ziehe. Denn, obwohl sie schwach sind, so sind es doch National-Truppen, die am ehesten auf dem Boden der Heimat verstärkt werden können. Allein jeder Vorschlag, der von mir kommt, ist in Madrid verdächtig. Deshalb habe ich dem Juden Belmonte, der als spanischer Resident in Amsterdam lebt, diesen Vorschlag als von ihm kommend in den Mund legen lassen" [1]).

Unverkennbar blickt aus diesen Aeußerungen eine Gereiztheit des Königs gegen die spanischen Minister hervor. Ob sie in dieser Weise begründet war, dürfte schwer sein zu entscheiden. Allein gewis ist, daß der König Ursache hatte zum Verdrusse über die Räthe Carls II. Wilhelm III. hatte nach Madrid hin kund gegeben, daß er kein Vertrauen setze in Gastanaga, den früheren Statthalter von Belgien, daß er Verdacht gegen ihn hege wegen des Verhaltens während der Belagerung von Mons durch Ludwig XIV., im April 1691. Das Kriegesgericht in Madrid hatte Gastanaga frei gesprochen, dem Könige Wilhelm den Verdacht jedoch nicht benommen. Diesen selben Gastanaga nun ernannte Carl II., auf Betrieb von Montalto und Monterey, zum Vicekönige von Catalonien [2]).

Es tritt uns demnach hier die Thatsache vor Augen, daß bereits von 1694 an zwischen dem Könige Wilhelm III. und den Räthen Carls II. von Spanien eine starke Abneigung obwaltete. Ob berechtigt, ob nicht, diese Abneigung ist ein Factor, der für die fernere Verschlingung des Knotens der europäischen Geschicke, die Frage der Succession in Spanien, schwer ins Gewicht fällt. Wenn die Räthe des Königs von Spanien die Absicht hatten, diese Frage in der Weise zu lösen, daß die spanische Monarchie nicht an das Haus Bourbon gelangte: so war es in jedem Falle, mochten sie nun geneigter sein für den Kaiser oder für Bayern, ihre erste Aufgabe in gutem Verständnisse zu sein mit dem Könige, welcher die Macht von England und Holland unter seiner Führung in die Wage legte. Der Verlauf der Dinge hat gezeigt und wird ferner zeigen, daß die spanischen Minister diese ihre Aufgabe nicht erkannten, oder, wenn sie dieselbe erkannten, nicht der Erkenntnis entsprechend handelten.

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 19. November.

[2]) Desgl. vom 30. November.

Die Säumigkeit, der Mangel an Entschluß, die Unklarheit über das Wollen und Nicht-Wollen in Madrid, schien allerdings immer zu steigen, und zwar im Angesichte der Gefahr. Don Quiros theilte dem Grafen Kaunitz mit, daß er am 13. August nach Madrid hin den Vorschlag gemacht, einige Regimenter Wallonen nach Catalonien zu entsenden. Er erhielt die Antwort am 23. December. Sie lautete bejahend, aber enthielt nicht eine Anweisung von Mitteln zu diesem Zwecke [1]). Die Thatsache ist eine abermalige Bestätigung jenes Urtheiles, welches Wilhelm III. einige Wochen früher dem Grafen Kaunitz gegenüber ausgesprochen.

Auf der anderen Seite jedoch war Kaunitz mit dem Verfahren des Königs gegenüber Spanien nicht einverstanden. „Ich bin dennoch der Ansicht, sagt er, daß der König außer den eigentlich spanischen Truppen auch von seiner eigenen Armee etwa sechs Bataillone nach Catalonien entsenden könnte. Der Abgang würde bei der Stärke derselben kaum bemerkbar sein. Und ich meine, daß der König es thun sollte. Denn nehmen wir an, es sei mit der Regierung in Spanien so übel bestellt, wie hier allgemein geglaubt wird: so dürfte man dennoch um der gemeinsamen Sache willen Catalonien nicht verloren gehen lassen. Denn der Verlust von Catalonien bringt der allgemeinen Sache wider Frankreich einen größeren Nachtheil, als durch die Armee von mehr als 100,000 Mann hier wieder gut gemacht werden kann. Es sind ja doch Viele der Ansicht, daß auch fortan von dieser großen Macht nicht mehr zu hoffen sei als in den Jahren bisher. Ich habe von sicherer Hand vernommen, daß der König niemals sich herbeilassen werde, eine Abtheilung der bisher ihm eigenen Truppen zu stellen unter das Commando seines Widersachers Gastanaga, und daß er darum, so sehr bekümmert er auch um Catalonien sei, lieber die Sache gehen lasse. Allein diese Erklärung scheint mir nicht auszureichen. Ich finde den König eben so schwierig in Betreff einer Entsendung an den Oberrhein. Man hält mir entgegen, daß Ew. K. M. im Beginne die Erklärung abgegeben, daß die Dienste, welche die Brandenburger hier leisten würden, angesehen werden sollen, als wären sie im Reiche geleistet. Unterdessen jedoch zahlen Ew. K. M.

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 23. December

an Kur-Brandenburg eigene Subsidien und weisen die Quartiere im Reiche an. Die Brandenburger aber stehen dauernd in Belgien, während der Markgraf Ludwig von Baden am Oberrheine niemals eine ausreichende Armee hat, um mit Nachdruck offensiv vorgehen zu können. Der König dagegen commandirt über mehr als 100.000 Mann, wenn gleich er nichts damit ausrichtet, weil der Feind wissend, daß er am Oberrheine nichts zu fürchten hat, seine hauptsächliche Macht hier herabschickt" [1]).

Die Klagen von Kaunitz über dieses Verhältnis brachten eben so wenig ein Ergebnis wie diejenigen seiner Vorgänger. Auch war ja der König formell nicht im Unrechte. Er forderte die Dienste der Brandenburger, für welche England und Holland zahlten. Daß auch der Kaiser seinerseits dafür zahlte, war eine Angelegenheit, die zunächst ihn und den Kurfürsten von Brandenburg anging. Wir erinnern uns, daß der letztere, auf die Aufforderung des Kaisers das Reichsheer am Oberrheine zu verstärken, nicht selber eine Entscheidung traf, sondern sich bereit erklärte der Mahnung des Kaisers zu folgen, wenn der König von England so entschiede. Es war vorauszusehen, daß der König nicht so entscheiden würde. Demnach blieb die Sache in dem für den Kurfürsten günstigen Kreislaufe, fruchtbringend, freilich weder für die allgemeine Sache, noch für seine Ehre, aber für seine Casse.

Jene Worte von Kaunitz charakterisiren den Feldzug des Jahres 1694 am Oberrheine. Die Wendung der Dinge in Dresden durch den Tod des Kurfürsten Johann Georg IV., den Beitritt seines Nachfolgers Friedrich August zu der großen Allianz, führte dem Reichsheere unter dem Markgrafen Ludwig von Baden 6000 Mann Sachsen zu. Bis zum Eintreffen derselben war die Offensive auch dies Mal wieder auf französischer Seite. Der Marschall de Lorge war bis Wiesloch vorgerückt und lag dort verschanzt. Durch den Zuzug der Sachsen war der Markgraf befähigt zum Angriffe. Er drängte die Gegner über den Rhein zurück. Dann ward es fühlbar, daß Schöning sich wieder in Dresden befand. Die Sachsen weigerten sich dem Markgrafen über den Rhein zu folgen. Sie beriefen sich auf ihre Befehle

[1]) Kaunitz Bericht vom 19. November.

aus Dresden. Der Markgraf ging auch so hinüber, ohne jedoch mit schwächeren Kräften etwas Nachhaltiges zu erreichen. Er kehrte zurück. Man beobachtete sich gegenseitig, und damit endete der Feldzug [1]). Die Heere begaben sich in die Winterquartiere.

Es war von den Verbündeten auf keinem der Schauplätze des Krieges ein besonderer Erfolg errungen. Dennoch erschien im allgemeinen der Stand der Dinge nach dem Feldzuge von 1694 nicht ein ungünstiger. Heinsius faßte diesen Stand übersichtlich zusammen in einer Anrede an den Congreß im Haag, am 15. October.

„Es scheint, sagte er, daß der Feldzug dieses Jahres zu Ende, und daß wir durch die Gnade Gottes endlich so weit gekommen sind, daß zu Lande die Verbündeten aller Orten, außer in Catalonien, dem Feinde das Haupt geboten und die Oberhand erlangt haben. Zur See aber haben wir es dahin gebracht, daß weder auf dem Oceane, noch im Mittelmeere der Feind uns die Herrschaft streitig zu machen wagt. Dazu kommt nun noch die gute Nachricht von dem schmählichen Rückzuge der Türken von Peterwardein, so daß wir Alle große Ursache haben, uns mit dem Kaiser darüber zu erfreuen. Mögen daher die sämmtlichen hohen Verbündeten sich angelegen sein lassen, während des Winters die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, damit wir endlich zu einem guten und ehrenhaften Frieden gelangen, der nicht anders zu erhalten ist als durch Macht und Stärke. Zwar der Verlust eines großen Theiles von Catalonien drückt schwer. Er wird jedoch ersetzt durch das Verbleiben der verbündeten Flotte im Mittelmeere. Möge nur auch der Kaiser besonders die Reichsstände auffordern das ihrige zu thun!“ [2]).

Die Worte von Heinsius, daß der Friede zu erhalten sei nur durch Macht und Stärke, erfordern unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir haben einzugehen auf die Schritte, die damals von beiden Seiten zur Anbahnung des Friedens gemacht wurden.

Wir erinnern uns der Anwürfe, die Ludwig XIV. gemacht, namentlich durch Avaux in Stockholm, durch Bonrepos in Kopenhagen. Wir haben gesehen, in welcher verschiedenen Weise diese Anwürfe bei

---

[1]) Wagner t. II. p. 283 sqq. — Ein zusammenfassender Bericht in den Robethon-Papieren. St. A. H.

[2]) Bericht des Grafen Stratemann vom 15. October.

den verbündeten Mächten aufgenommen wurden, übereinstimmend nur darin, daß die Vorschläge nicht genügten. Aber die Eröffnung war einmal da, und deshalb lag der Gedanke nahe, von Seiten der Verbündeten einen gemeinsamen Gegenvorschlag zu machen. Dies war der Plan des Königs von England und des Rathspensionärs. Wir haben dann vernommen, daß der nachdrücklichste Einspruch erfolgte von Seiten des Königs von Spanien, daß Carl II. in scharfen Worten namentlich jegliche Berührung der Frage der Succession in seiner Monarchie zurückwies. Der Plan eines gemeinsamen Gegenvorschlages mußte, wenn nicht völlig aufgegeben, doch zurückgestellt werden.

Es gab indessen eine neutrale Macht, welche festhielt an diesem Gedanken. Es war der König von Schweden, der sich besonders angelegen sein ließ, als Vermittler des europäischen Friedens anerkannt zu werden. Seine Hoffnung darauf war ungleich besser begründet als diejenige des Königs von Dänemark. Es war den Verbündeten bekannt, daß Dänemark sich zu Gunsten Frankreichs in den Krieg gestürzt haben würde, wenn es Schweden hätte mitziehen können, und daß Ludwig XIV. selbst, eben darum weil Schweden nicht willig war, dem dänischen Eifer für ihn die Zügel angelegt. Ganz besonders aber lag dem Kaiser die Thätigkeit Dänemarks im Reiche vor Augen. Der Zankapfel dort, oder richtiger vielleicht nur der Vorwand des Zankapfels, war die Verleihung der neunten Kurwürde an den Herzog Ernst August von Braunschweig-Lüneburg. An der Spitze der langen Reihe der Fürsten, welche Einspruch erhoben wider diese Verleihung, stand der König von Dänemark. Eine kleinere Zahl unter diesen Opponenten[1]), wie sie sich nannten, war bereit die Waffen gegen den Vollzug der Verleihung zu erheben, nämlich gegen die Einführung des neuen Kurfürsten in das kurfürstliche Collegium. Wiederum stand an der Spitze der König von Dänemark. Im Herbste des Jahres 1694 lud er die Opponenten ein, in Frankfurt a. M. zusammen zu treten. Die Einladung entwickelte großen Eifer für die Rechte der Reichsfürsten. Aber auch den verbündeten Mächten war dieser Eifer vollaus bekannt. Dem Kaiser lag damals vor ein aufgefangenes Schreiben

---

[1]) Les princes opposants in den politischen Correspondenzen jener Zeit, ohne Zusatz, bezeichnet die Widersacher gegen die neunte Kur.

von Ludwig XIV. an Bonrepos in Kopenhagen, enthaltend den Ausdruck des vollen Vertrauens in den König von Dänemark, und des Lobes für die Bereitwilligkeit, mit welcher er eingehe auf die Rathschläge von Bonrepos [1]). Demgemäß warnte der Kaiser die Opponenten vor dem Tage von Frankfurt. Jedenfalls erschien von den Opponenten Einer nicht, dessen Wort eine schwer wiegende Bedeutung hatte, der Markgraf Ludwig von Baden. Dänemark schlug in Frankfurt einen Bund vor, dessen Zweck sein solle der Widerstand gegen die neunte Kurwürde, und die Erzwingung des Friedens auf Grund der französischen Vorschläge. Aber in die Ohren der Fürsten und ihrer Gesandten erklang die Abmahnung des Kaisers, seine nachdrückliche Frage, ob sie sich zu Werkzeugen eines fremden Ehrgeizes machen wollten. Der Tag von Frankfurt zerging. Er trug dem Könige von Dänemark nur die eine bittere Frucht der Erkenntnis, daß fortan für ihn sehr geringe Aussicht war auf den Ruhm der Vermittelung eines europäischen Friedens [2]). Von der anderen Seite kam noch dazu, daß damals ein dänischer Capitän sich der englischen Flagge gegenüber in einer Weise benommen, welche das Nationalgefühl der Engländer lebhaft erregte, so daß, wenn nicht Dänemark eine Genugthuung gewährte, abermals die Gefahr eines Bruches emporstieg [3]).

Schweden dagegen, wo im Rathe des Königs Carls XI. der alte Benedict Oxenstjerna das Uebergewicht besaß, beharrte folgerecht in seinem Bestreben diese Vermittlung zu erlangen. Es suchte dieselbe thatsächlich auszuüben, auch bevor noch sie anerkannt war. Wir erinnern uns, daß der schwedische Gesandte Lilienroth im Haag einen Gegenvorschlag der verbündeten Mächte verlangte. Wir erinnern uns zugleich der Antwort von Heinsius, daß die Verbündeten nicht eher sich erklären würden, als bis zuvor Frankreich sich erklärt habe, auch nicht irgend einen Schritt thun würden wider diese Bedingung.

Unzweifelhaft entsprechen die Worte von Heinsius der Gesinnung der Verbündeten. Allein war von Frankreich her ein formeller Friedensvorschlag zu erwarten? — Es war nicht die Weise Ludwigs XIV. so zu verfahren, wenn nicht, wie in Nymegen, es in seiner Macht

[1]) Vom 1. Juli 1694.

[2]) Eine Reihe von Berichten in den Robethon-Papieren des St. A. H.

[3]) Schreiben des Königs an Heinsius, bei Grovestins t. VI, p. 429.

stand, die Annahme seines Vorschlages zu erzwingen. Noch weniger war auf einen solchen Vorschlag von seiner Seite zu rechnen, nachdem die Verbündeten die in öffentlicher Weise verbreiteten französischen Vorschläge von 1693 verwendet hatten in Constantinopel zum Drucke auf die Türken.

Dennoch war, von jenem Standpuncte der Verbündeten aus, eine Friedens-Verhandlung überhaupt nicht möglich ohne eine bestimmtere Kunde der Absichten Ludwigs XIV. Bei dem Bestreben diese Kunde zu erlangen, erhob sich eine Differenz der beiden wichtigsten Persönlichkeiten, des Kaisers und des Königs von England.

Der Kaiser war geneigt für die Anerkennung der Vermittelung des Königs von Schweden, dessen Haltung in dieser Sache sich alle Achtung erworben. Der König Wilhelm III. und Heinsius verkannten das nicht. Aber sie hielten den kaiserlichen Gesandten entgegen die weite Entfernung von Stockholm. Sie wiesen hin auf den Zeitverlust, auf die unvermeidliche Verzögerung, wenn die Antworten auf Vorschläge, welche Versailles in Stockholm mache, zu vereinbaren seien zwischen London, dem Haag, Wien und Madrid [1]).

Die weite Entfernung war für Wilhelm III. und Heinsius derjenige Grund, den sie offen geltend machten. Sie hatten noch andere, zuerst denjenigen des Mistrauens gegen Schweden. Wir haben schon früher aus einer Aeußerung des Gesandten Gabriel Oxenstjerna zu dem Grafen Windischgrätz vernommen, daß die Einigung der beiden Seemächte unter Ein Haupt in Stockholm gefährlich erschien. Dies Bedenken war seitdem dort nicht geschwunden. „Früher, hieß es, konnte Schweden die Sicherheit seiner Schifffahrt haben, wenn es nur mit einer der zwei Seemächte gut stand. Aber seitdem sie unter Einer Leitung sind, und nach der Art und Weise, in welcher sie den anderen Mächten gegenüber dies Zusammenwirken geltend machen, legt dies Verhältnis dem Könige von Schweden die Pflicht auf darüber zu wachen, daß die französische Seemacht nicht völlig unterliege, damit im Falle der Noth er eine Stütze habe, um die Freiheit des Handels und der Schifffahrt zu behaupten" [2]). — Demgemäß glaubten Wilhelm III.

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 15. November.

[2]) So eine Darlegung in den Anglicis des k. k. Archivs, vom 27. April 1694.

und Heinsius auf eine Unparteilichkeit Schwedens nicht rechnen zu dürfen.

Außer diesem Einwande gegen Schweden schimmert aus den Reden und Gegenreden zwischen Heinsius und den kaiserlichen Gesandten noch ein anderer Grund herdurch, nämlich die Besorgnis, daß bei einer Vermittelung durch Stockholm der Einfluß des Kaisers allzu überwiegend sein würde. Die Interessen des Reiches, welche der Kaiser direct vertrat, und diejenigen Spaniens, welche er zu schützen suchte, konnten mit denjenigen der Republik in Conflict gerathen.

Und dabei kommt vor allen Dingen der persönliche Standpunct des Oraniers in Frage.

Es war damals vielfach die Ansicht verbreitet, daß der König Wilhelm in seinem persönlichen Interesse den Krieg zu verlängern trachte. Man fügte hinzu, daß er ungern in England sich aufhalte, daß der Feldzug dagegen alljährlich ihm die Gelegenheit biete, sich nach dem Festlande zu begeben, daß er nirgends sich so wohl befinde, so heiter und so fröhlich erzeige wie im Kriegeslager [1]). Diese Thatsachen sind unzweifelhaft; aber sie beweisen noch nicht die Wahrheit jener Ansicht. Die Correspondenz des Königs dagegen thut dar, daß er damals den Frieden wollte. Nehmen wir, zum Erweise dessen, eine Aeußerung hier herauf, die der König einige Monate später machte, und zwar im Angesichte der vollen Willfährigkeit des Parlamentes von England für den Krieg. „Wenn der Friede, schreibt der König an Heinsius, geschlossen werden könnte mit der allgemeinen Uebereinstimmung aller Verbündeten: so würde ich mir Glück wünschen, auch wenn er nicht vortheilhaft wäre. Nur würde ich es nicht für recht halten, irgend einen der Verbündeten zum Frieden zu nöthigen, außer Spanien. Daß die Franzosen in alle Welt ausschreien, ich wolle nicht den Frieden — das setzt mich nicht in Erstaunen. Freilich nicht nach ihrer Weise will ich ihn, aber wohl auf vernünftige Bedingungen" [2]).

[1]) Daß in Frankreich diese Ansicht allgemein, sieht man bei dem venetian. Botschafter Pietro Venier p. 543. — Jedoch auch Auersperg war damals dieser Ansicht, im Berichte vom 26. Juli, und sagt dasselbe von Quiros.

[2]) Grovestins t. VI, p. 436. Vom 23. November/3. December.

Aber warum, wenn der König persönlich dem Kriegführen so geneigt, wenn das englische Parlament so bereitwillig war zu seiner Unterstützung, warum dann wünschte er den Frieden? — Nicht in England und nicht in seinen persönlichen Neigungen lag der Beweggrund, sondern in Holland. „Es ist wahr, berichtet der Graf Stratemann am 28. September aus dem Haag, daß man hier nach dem Frieden seufzt. Aber Keiner getraut sich offen davon zu reden.“ Der zweite Satz verträgt sich nicht mit dem ersten. Denn eine Wahrnehmung allgemeiner Art, die einem fremden Gesandten offen liegt, verbirgt sich nicht dem Blicke eines Einheimischen, dessen Standpunct ihn vor allen Anderen zur Beobachtung verpflichtet und befähigt. Wilhelm III. kannte die Friedenswünsche von Holland sehr genau. Und weil er sie kannte, darum theilte er sie.

Denn wir haben uns zu erinnern an den Grundgedanken in der Seele des Oraniers. Wie er den Zug nach England im Herbste 1688 unternommen nicht zunächst um seiner Person oder um Englands willen, sondern zunächst um Hollands willen, damit er sein Vaterland schütze gegen die Wiederholung des Jahres 1672, damit er England mit fortreiße zum Bunde wider den Friedensstörer von Europa — wie er damals den Krieg gewollt für den Schutz, die Sicherheit seines Vaterlandes: so war auch nun, nachdem doch in der Hauptsache dieses Ziel erreicht, der Wunsch des Vaterlandes nach dem Frieden bestimmend für sein eigenes Wollen. Der Oranier erstrebte die Herstellung des Friedens.

Und eben daran ergab sich auch seine Differenz in Betreff des Zieles von dem Kaiser. Als das Ziel forderte namentlich Spanien, gemäß dem Wortlaute des Vertrages der großen Allianz, die Herstellung des pyrenäischen Friedens. Der Kaiser, wenn er auch nicht diese Forderung seines Neffen von Spanien sich zu eigen machte, verlangte doch, daß Rücksicht darauf genommen werde. Gerade diese spanische Forderung aber reizte und erregte die Holländer. Sie fragten, ob sie endlos sich für Spanien schlagen sollten, während diese Macht selber thatlos zuschaue. Wir haben auch von Heinsius noch in seiner Unterredung mit Lilienroth, am 10. September 1692, die Ansicht vernommen, daß die Allianz die Herstellung des pyrenäischen Friedens fordere. Er und der König waren langsam und allmählich davon

zurück geglitten. Im Herbste 1694 waren sie bereits der Ansicht, daß die Herstellung des pyrenäischen Friedens unerreichbar, daß man sich zu begnügen habe mit der Herstellung der Friedensschlüsse von Münster und Nymegen als Grundlage.

Es kam für Wilhelm III. also darauf an zu erfahren, was von Frankreich her zu erwarten sei. Es bot sich dazu ein besonderer Anlaß. Ein Kaufmann aus Amsterdam, Namens Molo, der dort zugleich als Resident des Königs von Polen fungirte, begab sich nach Paris, um persönlich die Freilassung eines genommenen Schiffes zu erwirken. Dort wurden ihm Eröffnungen gemacht, daß der König erbötig sei zu Friedensberedungen, jedoch nur mündlich. Nach seiner Heimkehr berichtete Molo den Bürgermeistern von Amsterdam, und diese dem Könige. Er sendete Dykvelt nach Amsterdam. Dieser brachte mit der Bestätigung des guten Willens von Amsterdam für den König doch auch den Wunsch der Stadt zurück, daß der durch die Mittheilungen Molos eröffnete Weg zum Frieden betreten werde. Wilhelm III. faßte den gewünschten Entschluß, theils wegen der Sache an sich, mehr jedoch aus Rücksicht auf die Stadt Amsterdam [1]). Einige Monate später sprach er sich offen dem Grafen Auersperg darüber aus: er habe in diese Beredungen willigen müssen, weil einige Mitglieder der Generalstaaten den Verdacht gehegt: Frankreich biete mehr an, als ihnen kund gethan werde. Er habe daher diesem Verdachte nicht anders entgegen treten können, als durch das Eingehen auf eine solche Beredung [2]).

Molo begab sich wieder nach Paris. Er hatte keine Vollmacht, und als Creditiv lediglich ein Schreiben des Königs von Polen; aber er sandte seine Berichte an den Grafen Portland [3]). Er versichert darin die Willfährigkeit des Hofes von Versailles durch Abgesandte von seiner Seite, so wie andererseits von England und Holland, die

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 436. Der König an Heinsius, 23. Nov./3. Dec. 1694: Vous savez qu'en grande partie, cette négotiation a été entamée pour l'amour d'elle (de la ville d'Amsterdam).

[2]) Bericht des Grafen Auersperg vom 18. Januar 1695.

[3]) Eins dieser Schreiben, vom 12. Juli 1694, liegt mir vor. Borgomainero hatte sich eine Abschrift zu verschaffen gewußt und dem Grafen Kinsky mitgetheilt: con prego di no pigliarne copia e di no parlarne che al solo Imperatore.

Bedingungen eines allgemeinen Friedens bereden zu lassen. Die Wahl des Ortes auf holländischem Gebiete stelle er frei. Als Beweis des guten Willens hob Molo hervor, daß Croissy bereit sei, einzuschreiten gegen die Gehässigkeiten, die in Frankreich wider den König von England gedruckt wurden.

Der König Wilhelm III. ging ein. Als der Ort der Zusammenkunft ward Mastricht bestimmt. Dahin begab sich Dykvelt von der einen Seite, von der anderen die Franzosen Harlay und Callieres, versehen mit holländischen Pässen, im August 1694.

So geheim der König und Heinsius die Sache hielten: so konnte doch dem Grafen Auersperg, der sich im Hauptquartiere befand, der Vorgang im allgemeinen nicht verborgen bleiben. Er befragte Dykvelt, den er wiederholt selber als einen heftigen, aber rechtschaffenen Mann schildert. Dykvelt bat ihn dringend, jegliche Besorgnis vor einem Sonderfrieden fallen zu lassen. „Erwägen Sie, sagte er, daß dem Könige täglich die großen Verpflichtungen vor Augen schweben, die ihn an den Kaiser binden wegen des hochherzigen Entschlusses zu der großen Allianz; denn ohne die Allianz wäre ja unsere ganze Sache zergangen" [1]).

Eine Erklärung solcher Art mußte einstweilen genügen. Allein es blieb die Thatsache, daß, während der Kaiser mit dem Vorwissen des Königs von England durch Schweden eine authentische Erklärung von Frankreich her zu erlangen hoffte, der König von England sich auf einem Privatwege dieselbe zu verschaffen suchte.

Wir haben das Ergebnis in beiden Fällen kennen zu lernen, weniger wegen der Wichtigkeit desselben an sich, als weil daran die Zeiten und die Menschen sich charakterisiren. Folgen wir also dem Verlaufe der Dinge, zunächst auf dem Wege des Königs von England. Wir werden ersehen, daß auf demselben noch ein besonderes Zwischenspiel herantritt.

Es war augenscheinlich nicht das Interesse Ludwigs XIV., über die Thatsache der Zusammenkünfte in Mastricht zu schweigen. Das Gerücht von denselben ging aus. Es erhielt und bestätigte sich. Die kaiserlichen Gesandten im Haag wurden unruhig. Da England nicht

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 20. August 1694.

betheiligt war, so fiel die Aufgabe der genaueren Erkundigung dem Botschafter für den Haag zu, dem Grafen Kaunitz. Er trat vor den König mit der Bitte um Auskunft. Der König erwiederte: „Das Verlangen ist billig. Es soll Ihnen nichts verschwiegen werden. Ich sehe nur noch bestimmteren Nachrichten entgegen. Dann wird der Rathspensionär Ihnen alles mittheilen. Dagegen erwarte ich von Ihnen Auskunft über die Zusammenkunft, welche zu Steckborn bei Zürich in der Schweiz statt gehabt zwischen dem kaiserlichen Commissär Seilern aus Regensburg und dem französischen Abbé Morel". Der Botschafter stand überrascht. Er wisse nichts von einer solchen Zusammenkunft, erwiederte er[1]). Er begab sich zu Heinsius. Dieser redete in gleicher Weise wie der König. Eben dasselbe widerfuhr dann an beiden Orten dem kaiserlichen Gesandten für England, dem Grafen Auersperg. Sie meldeten es nach Wien.

Dorthin war auch so schon das Gerücht gedrungen. Der spanische Botschafter Borgomainero verlangte in scharfen Ausdrücken Auskunft von dem Grafen Kinsky, dem Hofkanzler für Böhmen, einem der Mitglieder des engeren Rathes. Auch Kinsky wußte nichts davon. Er befragte den Kaiser selbst. Leopold verneinte irgend einen Auftrag solcher Art gegeben zu haben, oder von dieser Besprechung in Steckborn etwas zu wissen[2]).

Andererseits jedoch wurden die Einzelnheiten der Zusammenkunft von Steckborn in bestimmter Weise berichtet. Borgomainero legte ein aus Zürich an ihn gerichtetes Schreiben darüber vor. Auch nachdem jene Erklärung des Kaisers allen Zweifel an ihm hinweg genommen, blieb doch die Frage übrig, ob denn so bestimmte Meldungen eines jeden positiven Haltes entbehrten.

Allerdings war die Thatsache richtig. Eine Besprechung hatte statt gefunden, ohne Vorwissen des Kaisers und der beiden Räthe, die zunächst seines Vertrauens sich erfreuten, der Grafen Kinsky[3]) und Windischgrätz. Sie war das Werk derjenigen Partei am Kaiserhofe,

---

[1]) Bericht vom 15. November.

[2]) Kinsky an den Grafen Auersperg, 15. December. — Eben dort sein Schreiben an Borgomainero, vom 4. Januar 1695.

[3]) Kinsky an Borgomainero: Was vorgegangen, sei geschehen senza cruce e senza luce.

die von Anfang an der Allianz mit Holland und England abgeneigt gegenüber gestanden. Eins der Häupter derselben war der Gouverneur des römischen Königs Joseph, der Prinz Salm, welcher durch seine Heirath mit Marie Louise, der ältesten Tochter des Pfalzgrafen Eduard, und demnach Urenkelin des Königs Jacob I., dem Hause Stuart näher gerückt war. Mit Salm ging sein Schwiegersohn Dietrichstein. Jedoch nicht allein diese Partei war betheiligt, sondern auch der Schwager des Kaisers, der Kurfürst von der Pfalz, und die Republik Venedig, welche Cornaro nach Steckborn entsendet [1]).

Der Plan dieser gesammten Partei war weder loyal, noch klug. Die Erfahrung in allen solchen Fällen bewies, daß auf eine Geheimhaltung von Seiten Frankreichs, dessen nächster Zweck immer die Erregung des Mistrauens unter den Verbündeten war, nicht gerechnet werden durfte. Harlay und Callieres hatten in Mastricht alles an Dykvelt berichtet: daher die genaue Kunde des Königs Wilhelm und des Rathspensionärs. Sobald aber einmal die Sache verlautete: so konnte der Kaiser auf eine Verhandlung, die ohne seine Vollmacht unternommen war, um seiner Verbündeten willen auch selbst dann nicht mehr eingehen, wenn die Ergebnisse ihn befriedigt hätten. Die einzige Consequenz der Zusammenkunft in Steckborn war daher ein Mistrauen unter den Mitgliedern der großen Allianz. Und weil Ludwig XIV. fast gleichzeitig die beiden Unterredungen hervorrief, diejenige von Steckborn und diejenige von Mastricht, dann aber den Inhalt der ersten den Theilnehmern an der zweiten mittheilen ließ: so hatte er mit jener ersten augenscheinlich keinen anderen Zweck als Mistrauen zu erregen.

Daß ein solches Mistrauen aufkeimen konnte, empfand Niemand tiefer als der Kaiser. Unter den Aufträgen, mit welchen er den Grafen Kaunitz nach dem Haag entsendet, stand oben an der Vorschlag der Erneuerung der großen Allianz. Und nun, nachdem bereits Kaunitz im Congresse im Haag diesen Vorschlag gemacht, stieg der Verdacht empor, daß der Kaiser, ohne Vorwissen seiner Verbündeten, mit dem gemeinsamen Feinde unterhandelt haben solle. Der Kaiser, der den eigentlichen Sachverhalt von Steckborn noch nicht kannte, sprach sich

---

[1]) Robethon-Papiere im St. A. H.

darüber zu seinen Gesandten Kaunitz und Stratemann im Haag aus mit folgenden Worten: „Es geht uns nicht wenig zu Gemüthe, daß wegen des dem Freiherrn Seilern für kurze Zeit gestatteten Urlaubes so unbillige Gedanken und so unverdienter Argwohn gegen uns laut geworden sind. Es hat doch die bisherige Erfahrung zur Genüge dargethan, wie heilig und unverbrüchlich wir allezeit Treue und Glauben, und demnach auch die Allianz gehalten, wie wir dieser Treue auch den Wiedergewinn der eigenen Festungen und Länder nachgesetzt. Auch haben wir ja unseren aufrichtigen Absichten und unserer Beständigkeit darin keinen besseren Ausdruck geben können, als durch den bereits angekündigten Vorschlag der Erneuerung der Allianz. Obwohl wir nun nicht zweifeln, daß gegenüber den Thatsachen unserer ferneren Schritte der ungegründete Verdacht sich völlig auflösen werde: so habt Ihr doch, wenn etwa der Rathspensionär oder ein Anderer dort die Sache wieder anregen sollte, ihm mit geziemendem Nachdrucke vorzustellen, daß uns darin Unrecht geschieht, und ihm zu versichern, daß die Alliirten von uns nichts Anderes zu erwarten haben als unverbrüchliches Festhalten an unseren Verträgen, und alle vertrauliche und aufrichtige Correspondenz, wie wir uns eben desselben zu ihnen versehen" [1]).

So der Kaiser. Er ließ durch Kaunitz weiter dem Könige melden, daß er die Sache untersuchen, daß er, wenn ein Schuldiger sich finde, ihn strafen werde.

Es ist undenkbar, daß der Kaiser nachher nicht zur völligen Kunde dieser Sache gekommen sein sollte, die wider sein Wissen und Wollen unternommen war. Dennoch ist von einer Strafe fortan nicht wieder die Rede. Was den Kaiser vermocht hat davon abzusehen, entzieht sich unseren Blicken; aber es liegt nahe anzunehmen, daß die betheiligten Persönlichkeiten, um diese Verzeihung zu erlangen, ihr volles Gewicht bei ihm in die Wage gelegt haben und haben legen müssen. Denn das Opfer, welches der Kaiser mit dieser Verzeihung brachte, war ein im hohen Grade persönliches. Das Vorgehen jener Partei, unberechtigt und unklug zugleich, warf einen Schatten auf die Aufrichtigkeit und Ehrenhaftigkeit des Kaisers selbst. Indem er sie dafür

[1]) Kaiserliches Rescript vom 7. December.

nicht strafte, tilgte er bei den Verbündeten auch den Verdacht nicht völlig aus. Es war der erste eigentliche Misklang zwischen dem Kaiser und Wilhelm III. Er verhallte; aber die Saite war einmal berührt.

Wie die Thatsache dieser Beredung zu Steckborn von französischer Seite nur auf die Aussaat von Mistrauen berechnet gewesen sein kann: so auch der Inhalt. Denn Ludwig XIV. hatte dort sich erboten, in voller und kräftigster Form auf die Ansprüche des Dauphins an das spanische Erbe zu verzichten, nicht jedoch zu Gunsten des Kaiserhauses, sondern mit dem Vorbehalte die Ansprüche des Kurprinzen von Bayern oder Anderer zu unterstützen. „Die Aufrichtigkeit der Zwecke Frankreichs dabei blieb zweifelhaft", fügt der Venetianer Ruzzini seinem Berichte hinzu [1]). Wir werden dem Erbieten später noch einmal wieder begegnen. Unzweifelhaft aber war als nächste Frucht, daß die Kunde dieses Erbietens in dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern eine Hoffnung auf Frankreich hervorrufen, die Misstimmung wider den Kaiser befördern würde.

Einstweilen war dieser Zwischenfall erledigt. Die Nachwirkungen desselben werden zu seiner Zeit uns vor Augen treten. Zunächst haben wir unsere Aufmerksamkeit zu wenden auf den Inhalt der Beredungen von Mastricht.

Dykvelt begann in Mastricht mit der Erklärung, daß nach den Erfahrungen von Nymegen die Verbündeten nur gemeinsam den Frieden unterhandeln, und daß jeder Bruch des Vertrages die Allianz aufs neue hervorrufen würde. Harlay und Callieres erwiederten, daß auch der König von Frankreich nur einen allgemeinen Frieden wolle.

Als Grundlage schlug Dykvelt vor die Herstellung der Friedensschlüsse von Münster und Nymegen, mit Satisfactionen für die einzelnen. Die beiden Franzosen erklärten sich im Principe damit einverstanden.

Dykvelt forderte die Herstellung Lothringens. Die Franzosen sagten zu.

Er verlangte die Rückgabe von Pignerol an Savoyen. Sie schlugen ab.

---

[1]) Fontes rerum Austriacarum. Bd. XXVII, p. 380. Ruzzinis Finalbericht von 1699: Se ben lasciasse incerta la sincerità de' suoi oggetti, essibi la Francia di rinonciar in ampla e validissima forma le ragioni del Delfino.

Er verlangte die Rückgabe von Straßburg und Luxemburg. Sie schlugen ab.

Er forderte die Anerkennung Wilhelms III. als Königs von England. Die beiden Franzosen erwiederten, daß, wenn man über alle andere Friedensbedingungen einig, dieser Artikel keine Schwierigkeit machen werde. Aber bis dahin werde Frankreich eine Erklärung zu Gunsten des Prinzen von Oranien nicht abgeben[1]).

Ueber diese letzte Antwort macht der Bericht von Seiten des Königs Wilhelm III. die folgende Bemerkung.

„Der König von England, der die Unwahrhaftigkeit des Königs von Frankreich kennt, hat Grund anzunehmen, daß Frankreich, wenn man über alle Bedingungen des Friedens überein gekommen, dann, anstatt gemäß dem jetzigen Versprechen den König von England sofort anzuerkennen, vielmehr diese Anerkennung verweigern und behaupten würde, daß das Hindernis des Friedens bestehe allein in dem jetzigen Könige von England. Er würde öffentlich ausstreuen, daß, nachdem alle Differenzen ausgeglichen, lediglich das persönliche Interesse des Prinzen von Oranien der Herstellung des Friedens entgegen stehe. Ein solches Verfahren von Seiten des Königs von Frankreich würde folgerecht dem bisher beobachteten entsprechen. Denn in diesem Sinne verkündigt er aller Orten, daß dieser Fürst sich nur durch den Krieg erhalte und ganz allein die Schuld trage an der Fortdauer desselben. Besonders sucht Frankreich diese Behauptung geltend zu machen bei den römisch-katholischen Mächten. Demgemäß ist mit Fug und Grund zu fordern, daß die Krone Frankreich sich im voraus durch eine formelle Erklärung zu dieser Anerkennung verbindlich mache."

Dies führt uns zu der Frage, wie dieselbe Angelegenheit von Wien aus in Stockholm behandelt wurde.

Dort übergab Avaux im Anfange September an Carl XI. die französischen Vorschläge, ähnlich denen, welche wir von Mastricht her vernommen, nicht unterzeichnet, überhaupt nicht formell ausgefertigt. Er fügte hinzu, daß, wenn man von den Vorschlägen einen öffentlichen

---

[1]) Ein Bericht in den Robethon-Papieren St. A. H. Der Bericht darf als den Gedanken des Königs Wilhelm entsprechend angesehen werden, um so mehr da einige Aeußerungen fast wörtlich mit denen des Königs zu Heinsius überein stimmen.

Gebrauch mache, etwa bei den Türken oder sonst, Frankreich sie verneinen werde. Die Vorschläge erwähnten nicht des Königs von England. Avaux gab dann schriftlich die Erklärung: „Der König von Schweden kann den Verbündeten versprechen, daß alle anderen Friedensbedingungen nichtig sein sollen, wenn sich nicht dabei befindet die Satisfaction des Prinzen von Oranien oder die Befriedigung von England" [1]). Auch dies Schriftstück trug weder Namen, noch Datum.

Demgemäß fügte Benedict Oxenstjerna im Namen Carls XI. jenen Vorschlägen hinzu: „Daß in diesen Vorschlägen der jetzige König von England nicht erwähnt wird, kommt daher, daß nach der Aussage des Grafen d'Avaux der König von Frankreich zur Zeit noch Bedenken trägt, sich darüber in öffentlichen Schriften auszusprechen, zumal da er noch keine Sicherheit hat, daß diese jetzige Unterhandlung zum Frieden führen wird, und da andererseits der König Jacob bei ihm Zuflucht gesucht und das Versprechen des Schutzes von ihm empfangen. Der französische Botschafter gibt jedoch die Zusage, daß das Friedenswerk daran keinen Anstoß erleiden, sondern daß sein König darin Auswege treffen werde zur vollen Befriedigung des Königs Wilhelm, wie denn auch der Botschafter bei seiner demnächstigen Rückkehr das Wort seines Königs darauf verpfänden wird" [2]).

Die Unbestimmtheit dieser Zusage erschien in Wien durchaus nicht befriedigend. Auf die Anfrage von Kinsky erwiederte Auersperg: „Gemäß der Ansicht von Heinsius wird man hier nie zugeben, daß Frankreich die Anerkennung des Königs in einen Zusatz-Artikel verweise. Der kaiserliche Hof würde durch das nachdrückliche Betreiben dieser Angelegenheit denjenigen von England zu Danke verpflichten. Der König kann nicht selber den sehr delicaten Punct zur Sprache bringen, weil Frankreich, um ihn gehässig zu machen, nicht ermangeln würde, sowohl eine Subsistenz für den König Jacob auszubedingen, als auch die Succession seines Sohnes zu verlangen. Das sind Puncte, über die der König von England mit Frankreich nicht verhandeln kann" [3]).

---

[1]) Actes de la paix de Ryswick t. I, p. 62. Es steht jedoch dort am unrichtigen Orte, nämlich nach dem kaiserlichen Präliminar-Artikel vom 12. Januar 1695, welchen es hervorgerufen hat.

[2]) Kinsky an Auersperg, 27. October.

[3]) Auersperg an Kinsky, 16. November.

In Betreff des ersten der hier zuletzt erwähnten Puncte hatte Wilhelm III. durch Dykvelt in Mastricht gesucht zuvorzukommen. Die Frage eines Rückzuges von Jacob II. nach Rom ward damals oft erörtert. Es wurden wiederholte Versuche gemacht, den Papst Innocenz XII. zu einer Einladung des Hauses Stuart nach Rom zu bewegen. Der Cardinal Howard wird bei diesen Versuchen genannt; jedoch dürfte darin keine Bürgschaft liegen, daß sie mit Vorwissen Jacobs II. gemacht seien. Innocenz XII. scheute sich, weil die Kosten, welche die Anwesenheit des königlichen Hofhaltes ihm auferlegen würde, wie seinen Vorgängern derjenige der Königin Christine von Schweden, ihm für seine Neigung zur Wohlthätigkeit sehr wenig übrig lassen konnte[1]. Dies Bedenken fiel hinweg in Folge der Beredung von Mastricht. Innocenz XII. eröffnete nämlich einige Monate später in einer Audienz dem spanischen Gesandten Carpio: im Falle des Friedensschlusses würde der König Jacob sich nach Rom begeben; denn der König Wilhelm würde ihm ein Jahrgeld von 100,000 £ zusichern[2]. So habe es Dykvelt in Mastricht gesagt. Wir werden später erfahren, daß von da an die Uebersiedelung Jacobs nach Rom vielfach gewünscht wurde.

Was den zweiten Punct betrifft, die Nachfolge des Sohnes von Jacob II. in England: so darf hier schon im voraus gesagt werden, was später in Anlaß der dahin zielenden Nachrichten klar zu stellen sein wird, nämlich daß niemals dieser Punct zwischen den Königen Wilhelm III. und Ludwig XIV. zur Verhandlung gekommen ist.

Der Fingerzeig Auerspergs traf bei dem Kaiser und seinen Räthen Kinsky und Windischgrätz auf günstigen Boden. Graf Starhemberg in Stockholm erhielt den Auftrag, dem Könige von Schweden zu eröffnen, daß einer Antwort der Verbündeten auf die Vorschläge von Avaux vorhergehen müsse von Seiten Frankreichs die unumwundene Anerkennung des regierenden Königs von Groß-Britannien. Sobald der König von Frankreich darüber sich ausspreche, und seine Friedensvorschläge kund gebe in authentischer Form,

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 37, p. 22; b. 38, p. 97.

[2]) Carpios Bericht an König Carl II., vom 19. Juni 1695: Que el Rey Guillermo le daria una pension de ciento mil libras esterlinas, con la qual podria pasar sin incommodar la Sede Apostolica.

werde die Antwort der Verbündeten sogleich erfolgen. Starhemberg ward zugleich mit dieser Antwort ausgerüstet [1]).

Es war vorauszusehen, daß Ludwig XIV. sich auf diese doppelte Forderung nicht einlassen, jedenfalls vor einer Antwort das Ergebnis des Feldzuges von 1695 abwarten werde. So faßten Kinsky und Windischgrätz die Sache auf. Sie hoben hervor, daß dieser ihr Weg durch Schweden, den der König von England selber früher anerkannt, der allein richtige sei. Auersperg hatte dem Könige den Wunsch kund zu thun, daß die Beredungen von Mastricht nicht fortgesetzt würden. Dem Wunsche war durch die That bereits entsprochen.

Die Verhandlungen in Mastricht stießen sich nicht so sehr an der Anerkennung des Königs Wilhelm III., als an der Herausgabe von Straßburg und Luxemburg. Wilhelm III. forderte die erstere Stadt. Ja Heinsius hegte damals die Besorgnis, daß der Kaiser sich auf ein Aequivalent für Straßburg einlassen werde. Auf die betreffende Frage erwiederte Kaunitz: „Der Kaiser verlangt vor allen Dingen die volle Rückgabe von Lothringen. Diese würde aber unvollständig sein, wenn das Herzogthum durch die französische Stadt Straßburg vom Reiche abgeschnitten wäre: also Lothringen und Straßburg" [2]). In Betreff Luxemburgs dagegen war das Interesse verschieden. „Der Kaiser und das Reich, sagte Wilhelm III. zu Heinsius, werden auch Luxemburg zurück verlangen. Unserem Interesse entspricht mehr ein Aequivalent."

„Um diese beiden Städte, sagt Wilhelm III., dreht sich die ganze Friedenssache. Ein Aequivalent wäre leicht zu finden, wenn Frankreich aufrichtig wollte" [3]).

Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV. in keinem Falle die Stadt Straßburg herausgeben wollte. Die Verhandlungen von Mastricht zergingen daher ohne Resultat. „Da der Feind nicht will, sagte der König Wilhelm, so bleibt nichts übrig als den Krieg mit dem stärksten Nachdrucke fortzusetzen" [4]).

---

[1]) Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 60. Das Schreiben für Schweden vom 12. Januar 1695. — Schreiben Kinskys an Auersperg von demselben Datum.

[2]) Bericht vom 19. November.

[3]) Grovestins t. VI, p. 437.

[4]) A. a. O. Vom 18./28. December.

Wenn Avaux in Stockholm, Harlay und Callieres in Mastricht, in Betreff der Anerkennung Wilhelms III., demnach der Preisgebung Jacobs II. von Seiten Frankreichs, die Wahrheit geredet haben: so war auch für Ludwig XIV. nicht das Interesse Jacobs II. das Hindernis des Friedens. Wir haben demnach zu sehen, wie Ludwig XIV. und seine Diener sich in Betreff dieser Angelegenheit verhielten gegenüber dem Hofe von St. Germain.

Die Frage, ob der Krieg enden werde mit der Anerkennung des Königs Wilhelm III. durch Frankreich, ward damals auch in Paris viel erörtert. Gemeiniglich ward sie bejaht [1]). Ob die Reden solcher Art auch hinein drangen in die stillen Räume von St. Germain, dürfte zu bezweifeln sein. Die moralische Abhängigkeit des unglücklichen Königspaares von ihrem vermeintlichen Wohlthäter schien, wenn möglich, sich noch zu befestigen. Sie hatten keine Beziehungen, noch Verbindungen mit anderen Höfen von Europa als nur noch mit demjenigen von Versailles, und alle ihre politischen Meinungen faßten sich zusammen in den einen Satz das zu thun, was der König von Frankreich wollte [2]). Jacob versicherte seinen Anhängern, daß er allen erdenklichen Grund habe, mit der Zuneigung seines theuersten Bruders, des Königs von Frankreich, durchaus zufrieden zu sein. Er verfaßte nach wie vor Denkschriften und Gutachten, und ließ sie durch Renaudot, den Redacteur der Pariser Zeitung, für Ludwig XIV. übersetzen [3]).

Dennoch mochte es in Versailles denkbar erscheinen, daß irgend ein Gerücht von den Friedensberedungen Eingang gefunden habe auch in diese stillen Hallen von St. Germain. Nach dem Scheitern derselben beeilte sich daher der Minister Croissy dem Renaudot Lob zu spenden für seine Thätigkeit, und abermals zu versprechen, daß der König von Frankreich die getreuen Anhänger Jacobs nicht verlassen werde. Nebenher berührte er die Friedenssache. „Uebrigens, sagte er, da nun alle Friedensgerüchte sich auflösen, und der König keine andere Absicht hat als den Krieg mit Nachdruck zu führen: so sollten unsere

---

1) Finalbericht von Pietro Venier p. 547. Im Jahre 1695.

2) E tutta la massima si riduce al fare quello vuole quello della Francia. So Pietro Venier p. 546. Er ist dabei durchaus nicht geneigt für Wilhelm III.

3) Macpherson's Original Papers. Vol. I, p. 500.

Freunde in England sich nicht entmuthigen lassen, und wenn sie den Erfolg erringen, daß sie im Parlamente eine erhebliche Bewilligung für den Prinzen von Oranien verhindern, so werden sie bald die Frucht ihres Eifers für ihren König ersehen in der mächtigen Unterstützung durch Seine Majestät."

So Croissy. Er mochte sich für sicher halten, daß auch ohne directe Unwahrheit von seiner Seite der Scharfblick des Königs Jacob jenes dunkele Wort der Friedensgerüchte nicht durchschauen werde. Dem Renaudot erschien das indessen nicht genug. Er fügte aus dem Seinigen mehr hinzu. „Was immer, schrieb er an Nairne, den Secretär der Königin Marie Beatrice, man Ihnen berichtet haben mag, Sie dürfen überzeugt sein, daß von unserer Seite kein Schritt gethan ist, dem nicht von der anderen wenigstens ein gleicher entsprochen hätte, und daß, wenn man behauptet, der König sei Willens, mit seinen Feinden abzuschließen, ohne sich um den König Jacob zu bekümmern, dies genannt werden muß eine große Lüge" [1]).

Diese Worte des Abbé Renaudot lassen eine Deutung zu, in welcher sie nicht als im directen Widerspruche mit der Wahrheit erscheinen. Aber sie waren darauf berechnet, daß der König Jacob und seine Umgebung diese Deutung nicht erkannten, noch weniger suchten, sondern nach wie vor beharrten in dem Glauben, daß der Zweck des Krieges für Ludwig XIV. sei die Herstellung des Königs Jacob.

Die Klarstellung dieser Dinge hat uns hinausgeführt bis an das Ende des Jahres 1694. Wir haben zurückzukehren bis zum Monate October, wo Heinsius im Congresse seine Ansicht aussprach, daß der Feldzug im Ganzen günstig verlaufen sei, und demgemäß aufforderte zum Beharren.

Die Gerüchte von den Beredungen in Mastricht, deren Geheimnis nur bei dem Könige und dem Rathspensionär sich befand, waren damals lebendig. Wir haben von dem Könige vernommen, daß er den Schritt gethan hauptsächlich wegen der Friedenswünsche von Holland. Aber die Form des Verfahrens misfiel. Viele Mitglieder der Generalstaaten murrten. „Man hat den beiden Franzosen Pässe auf Mastricht geschickt, sagten sie, ohne unser Vorwissen. Es

---

[1]) Macpherson's Original Papers. Vol. I, p. 501. Vom 30. December.

scheint, als wäre die Republik nicht mehr ein souveräner Staat, sondern eine dem Könige von England gehörige Provinz." Das Murren war gleich dem Nebel, welchen der erste Sonnenstrahl verscheucht. Am 2. November erschien der König in der Versammlung der Generalstaaten. Kein Murren ward vernommen, sondern dem Könige der Dank der ganzen Versammlung dargebracht für die bisher bewiesene große Sorgfalt. Er legte die Anforderungen für den Kriegesbestand des nächsten Feldzuges dar, entsprechend dem vorigen. Die Vorlage wurde dann an die einzelnen souveränen Provinzen eingeschickt. „An der Bewilligung des Ganzen, fügt der Graf Kaunitz seinem Berichte hinzu, ist nicht zu zweifeln" [1]).

Man hatte für den Feldzug von 1695 große Plane entworfen. Bereits im October sagte Dykvelt zu Auersperg: „Die Armee hat in diesem Feldzuge so wenig gelitten, ist so stattlich in die Winterquartiere eingerückt wie nie zuvor. Der kommende Feldzug soll daher im Januar beginnen und zunächst dauern bis in den März. Dann muß man den Truppen einige Wochen Ruhe gönnen, um nachher die Sache wieder mit Nachdruck aufzunehmen. Denn wir dürfen hoffen, ja überzeugt sein, daß dieser Feldzug der letzte sein wird." Diese Stimmung erhielt sich. „Mögen die Plane nur nicht, fügt Auersperg seiner Meldung hinzu, denen des verflossenen Jahres gleichen und unterbleiben müssen, weil man dem Kurfürsten von Bayern die Ausführung nicht anvertrauen darf". — Wir werden ein anderes Hindernis emporsteigen sehen, ungleich schmerzlicher für den König als sein Mistrauen in Max Emanuel von Bayern.

Unterdessen meldete Kaunitz im Congresse den kaiserlichen Vorschlag an, die Allianz von 1689 insgesammt zu erneuern. Der Vorschlag ward angenommen. Der brandenburgische Gesandte Schmettau verfaßte einen Entwurf des Vorwortes zu dieser Erneuerung, welcher die allgemeine Zustimmung fand. Auch der Kaiser sprach sein Lob aus, nur mit der einen Bedingung, daß dies Vorwort aus dem Französischen ins Lateinische übertragen werde. [2]) Es war einer der letzten Versuche die lateinische Sprache als die allgemein diplomatische

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 9. November.

[2]) Kaiserliches Rescript vom 7. December.

Europas zu erhalten. Der Kaiser mochte vielleicht nicht wissen, daß bereits seine eigenen Minister und Gesandten in ihren Privat-Correspondenzen mit einander sich der französischen Sprache zu bedienen pflegten.

Vom 29. October/8. November an war der König reisefertig. Aber der Wind war noch nicht günstig. Ungeachtet der englisch-holländischen Seeherrschaft war man bedacht auf die Sicherstellung gegen Jean Bart. Vier Kriegsschiffe mehr als gewöhnlich sollten den König geleiten. Am 8./18. November endlich blies der Wind nach Wunsch. Der König ging an Bord. Bereits um 11 Uhr Morgens am 9./19. landete er in Margate. Sein Gefolge verblieb in den Schiffen, welche die Themse hinauffuhren. Der Wind wehete so günstig, daß diese Schiffe um einen vollen Tag eher in London eintrafen, als der König auf dem Landwege. Die schnelle Fahrt dieses Geschwaders stand da wie beispiellos [1]).

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 23. November: der König traf ein Abends 10 Uhr am 10./20. November.

Actenstücke und kritische Bemerkungen.

Sechszehntes Buch.

Anlage I. Zu S. 20.

K. k. Archiv. Anglica. Schreiben des Kaisers Leopold an den König Wilhelm III., vom 20. Januar 1692, und Antwort des Königs vom 29. Februar 1692.

1.

Leopoldus etc. Monita curia Romana homines in Hybernia catholicos, praesertim vero ecclesiasticos, dire adhuc in odium fidei vexari et quidem usque ad necem etiam ipsam, officia nostra et operam apud Serenitatem Vestram efflagitat, ut illis liceat tandem indemnes dies tranquillosque peragere, nihil alterius passuris ex titulo suae religionis. Et quamvis nos interpretemur exaggeratam fortasse delationem fuisse, vel certe praeter et contra Serenitatis Vestrae intentionem aliquid potuisse hujusmodi evenire ad hanc diem, rebus ibidem nondum bene compositis: pro debito tamen muneris nostri, reipublicae studio, et gloriae Serenitatis Vestrae apud omnes firmandae, non ingratum Eidem censuimus fore, si exponeremus quod vehementissime rogamur. Exponere autem tantummodo satis superque futurum suadet nobis pientissima mens Serenitatis Vestrae, summaque illa prudentia, qua semper viguit et viget. Hinc fore speramus, ut Serenitas Vestra miseris cautum ex omni parte diligentissime velit, ut exarmet hostem calumniis, quibus infringere communem causam conatur, regnaque sua in omnimoda tranquillitate ac unanimi amantissimo obsequio perquam feliciter et constanter contineat. Porro votis nostris si qua umquam in re

in hac Serenitatem Vestram plenissime responsuram confidimus, quod nos inter affectus sui erga nos fraterni argumenta numeraturi, Serenitati Vestrae omnigenae felicitatis cumulum ex animo apprecamur.

2.

Guilelmus III etc. Subditos nostros Hibernicos et praecipue Ecclesiasticos qui religionem R. Catholicam sequuntur, dire adhuc in odium fidei vexari, C^{ae} V^{ae} M^{ti} gravi cum querela annuntiatum esse, ex literis V^{is} 30ma die m. proxime elapsi ad nos datis intelleximus. Nec minime nobis mirum videtur, delationem tam fabulosam omnique fide indignam ad C^{ae} V^{ae} M^{tis} aures pervenisse: dolos enim et irrequietas Galliae machinationes quis nescit? — Quemve latet communem istam totius Europae hostem et perturbatorem nullum non movere lapidem, ut arctissima confoederationis vincula resolvere possit? — Quod humanae opis aut ingenii non esse speramus. Pro ea tamen quae nobis cum C^{a} V^{a} M^{te} intercedit necessitudine, utque omnibus Galliae technis quantum in nobis est, obviam eamus, nostrum esse censuimus C^{am} V^{m} M^{tem} certiorem reddere, dictos subditos nostros vel eorum quemquam numquam ad mandata nostra, nec praeter et contra eadem (prout audivimus credimusque) religionis suae poenas dedisse, et, ne imposterum dent, nos (quibus nihil magis alienum est) curaturos esse pollicemur. Quin immo illis Regia nostra auctoritate legumque praesidio munitis licitum erit, aeque ac aliis nostris subditis, incolumitate, otio, caeterisque vitae commodis frui, tamdiu dum legibus nostris obtemperant, Nobisque fidem et obsequium solenni more testantur atque praestant. Quod hoc nobis deliberatum est, quodque hoc propositum nostrum ab omnibus qui mandatis nostris subjacent, quantum per leges et publica Regni decreta fieri potest, observabitur, C^{m} V^{m} M^{tem} pro benigno ipsius ergo nos animi sensu facile sibi persuasum habere nihil dubitamus. Inanes itaque reddantur hostium artes, et amicitia tot tantisque de causis inter nos caeterosque Principes confoederatos instituta magis in dies magisque augeatur. De caetero etc.

Anlage II. Zu S. 27.

K. k. Archiv. Anglica. Die Berichte des Grafen Stratemann, vom 1. und 8. Februar 1692.

1.

Vorgestern hat der König ganz unvermuthet dem Generallieutenant Grafen Marlborough (welchen man bisher wie einen favori angesehen) aller seiner officia, deren er sieben gehabt und die an 30,000 Reichsthaler ihm getragen, auf einmal abgenommen. Die Ursache wird noch secretirt. Er war Generallieutenant, Capitain der Garde, Oberst von einem Regiment zu Fuß, Gouverneur von einer Provinz, Kämmerer, Geheimer und Cabinets-Rath. Dazu hat er noch die durch Schombergs Tod erledigte Stelle eines General-Feldzeugmeisters und den Titel duke prätendirt, und, weil sie ihm nicht conferirt, sich malcontent erwiesen, und den König in verschiedenen Gesellschaften öffentlich der Undankbarkeit geziehen. Dies mag wohl eine, jedoch nicht die vornehmste Ursache sein. Er ist sonst derjenige, der unter dem Namen Churchill den König Jacob (der ihn aus nichts zum Generallieutenant ganz unmeritirter Weise gemacht) bei Salisbury nicht allein verlassen, zu diesem König übergelaufen, sondern jenen in seiner Feinde Hände, unterm Prätext ihn einen Posten recognosciren zu machen, liefern wollen. Von welcher Verrätherei der König Jacob von dem ihm zur nämlichen Zeit zugestoßenen starken Nasenbluten beschützt worden. Der Fall dieses Mannes, so sich allein durch Meineid und Undankbarkeit groß gemacht, ist von Groß und Klein mit Freuden angesehen.

2.

Bericht desselben vom 8. Februar.

Weil Marlborough nach der Einnahme von Kingsale nicht General-Feldzeugmeister geworden, hat er erstens die englischen Völker gegen die Regierung aufrührerisch zu machen gesucht, mit Vorwänden, daß alle hohen Kriegesämter allein für die Ausländer seien, als nämlich das Generalat in England und Schottland in Händen des duke of Leinster, Grafen von Schomberg; dasjenige in Irland unter Ginkel, dasjenige über die englischen Truppen in Flandern unter dem Grafen Solms, und daß diesem nach die National-Völker sich nichts zu getröften hätten. Zweitens hat er den König in öffentlichen Gesellschaften der Undankbarkeit taxirt, und daß er weder strafen noch belohnen könne. Drittens hat er vermittelst seiner Frau, so die erste Hofdame von der Prinzessin von Dänemark ist, die Königin mit der Prinzessin in Misverständnis zu bringen gesucht. Endlich hat er, was noch mehr ist, unangesehen der gegen den König Jacob geübten Verrätherei, sich mit demselben wieder zu reconciliiren gesucht.

Anlage III. Zu S. 32.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Grafen Stratemann vom 26. Februar 1692.

Zwischen dem k. Hof und der Prinzessin von Dänemark ist sonst eine sehr große Mishelligkeit vorhanden, aus Ursachen daß diese Prinzessin die Gräfin von Marlborough, ihre vornehmste Dame d'honneur (welche in des Grafen ihres Mannes Verbrechen Theil gehabt und das Misverständnis zwischen der Königin und der Prinzessin fomentirt), nicht von sich hinweg schaffen will, welches den königlichen Hof veranlaßt, derselben durch den Oberst-Kämmerer solches expresse anzubefehlen, wogegen sich die Prinzessin vernehmen lassen, daß bemelte Gräfin sich dem k. Befehle gemäß aus ihrem Hause retiriren solle, daß sie ihrerseits mithin aber auch nicht darin verbleiben wolle. Worauf sie in effectu ein Haus auf dem Land, 10 Meilen von hier, in Bestand genommen, um sich neben dem Prinzen ihrem Gemahl zu Ende dieser Woche, unangesehen daß sie hohen Leibes, dahin zu retiriren. Ueber welche seltsame conduite, daß sie eine Privat- und durchgehends gehaßte Dame der affection des Königs und der Königin vorzieht, man sich billig zu verwundern hat.

Anlage IV. Zu S. 94.

Das folgende Schreiben ist zwar bereits gedruckt in dem Werke Rankes: Französische Geschichte Bd. VI, S. 100. Wegen der Wichtigkeit der Sache jedoch möge zum Beweise dessen was im Texte gesagt ist, die betreffende Stelle hier folgen.

Die Herzogin von Orleans an die Prinzessin Sophie.

St. Cloud, den 4. September 1692.

— — E. L. sehen, daß ich kein unrecht habe, wenn ich glaube, daß itzige devotionen nur politique und Heucheleyen sein. Daß König Wilhelm weder verrätherisch noch cruel ist, sieht man aus allen seinen actionen woll, und ist woll sehr darin zu estimiren. Daß er unseren König hat warnen laßen, da hat man hier nie nichts von gesprochen. Contrari man macht hier das Geschrei gehen, daß der Kaiser die sach abgeschlagen, und J. M. gewarnt hätte, der König Wilhelm aber nicht. Ich habe dieses aber nie geglaubt. Daß er sein Schwieger Herr Vater salvirt sambt seine Gemahlin und Kint, ist gar zu augenscheinlich, umb daß man daran zweifeln könnte, und deswegen woll lobenswert. Ich muß gestehen, daß ich J. M.

güte nicht haben würde, und wenn man Leute ums Leben brächte, weil sie mir den Hals haben brechen wollen, ließe ich es in Gottes Nahmen geschehen, und bekümmerte mich gar nicht darum. Ich sehe wohl, daß des Kaisers sentiment mehr tugendhaft ist, das meine aber natürlicher, und ich kann nicht anders als natürlich sein. Ich habe lieb wer mich lieb hat, und hasse wer mich haßt u. s. w.

Siebenzehntes Buch.

Anlage I. Zu S. 197.

K. k. Archiv. Hollandica. Aus dem Berichte des Grafen Windisch-grätz aus dem Haag, vom 19. Mai 1693.

Wie man sicher weiß, hat sich der P. Heinsius ohne des Königs Gegenwart nicht getrauet, nec in puncto competentiae fori, noch auch in der Hauptsache selbst wider die zwei in dieser Provinz mächtigen Brüder, die van Halewyn, fortzukommen. Denn die Stadt Dortrecht, woher diese beiden Gebrüder und der eine zu den Generalstaaten, der andere zu dem committirten Rathe Deputirte waren, hat diese beiden Brüder reclamirt und vorgegeben, ihr natürlicher und ordentlicher Richter zu sein. Hingegen ist in hiesigen Landen bekannten Rechtens, daß in crimine laesae Majestatis das hiesige Hofgericht die cognition hat. Damit man also zur Entscheidung dieser Sach kommen möge, hat man die Staaten von Holland zusammen berufen, und der König in höchster Person sowohl Vor- als Nachmittags bis mitten in die Nacht die Versammlung der Staaten gehalten, da dann nach abgelegtem juramento man die capita accusata gegen diese zwei Brüder vor- und angebracht, und darüber per majora erkannt worden, daß die cognitio causae an das Hofgericht und nicht an die Stadt Dort gehöre. Daraus genugsamb abzunehmen, daß dieses crimen ungemein und pro crimine laesae Majestatis gehalten worden.

Aus dem Berichte des Grafen Windischgrätz vom 26. Mai 1693. Der König von England hat in der Versammlung der Staaten wohl bei zwei Stunden über die Sach beweglich, vernünftig und solchergestalt perorirt, daß die Stände darüber alle zum höchsten bewegt worden, hat ihnen auch mit mehrerem repräsentirt: sie wüßten, was er vor ein unbändiges Pferd ritte — damit England zu verstehen gebend — und daß meistentheils der Respect, den sie auf ihn haben müssen, weil er in diesen Provinzen wohl gelitten seye, die Engländer von allen Neuerungen

noch zurück hielte. Wenn er die Statthalterschaft dahier aufgäbe, oder deren privirt werden sollte, dürfte es in England auch bald mit ihm gethan seyn. Hat also den Justizrath in die Versammlung erfordern lassen, und ihn eine schleunige und scharfe Justiz über diesen Frevel zu administriren ernstlich ermahnt und anbefohlen, sehr heraus streichend, wie dergleichen Unternehmen denen Alliirten billig das höchste Nachdenken verursachen möchte, weil man, was zu Nymegen passiret, noch nicht vergessen u. s. w.

Achtzehntes Buch.

Anlage I. Zu S. 251.

Von hier an beginnt für mein Werk eine neue Quelle handschriftlicher Nachrichten, nämlich eine der Sammlungen der Papiere von Robethon. Er war ein ausgewanderter Hugenott, damals in Diensten des Königs Wilhelm. Eine eigentlich politische Bedeutung erlangte er erst später im Dienste von Hannover. Aber in seiner Stellung sammelte er sich von 1693 an verschiedene Papiere, theils indem er Abschriften nahm, theils auch indem er, mit und ohne Auftrag, eine Reihe von Correspondenzen unterhielt. Diese Papiere behielt er in seinem Privatbesitze, mit welchem sie vererbten. Im Jahre 1777 gelangten diese Papiere, in sechs Quartbände gebunden, durch letztwillige Schenkung eines J. A. Reich in den Besitz der Stadt Hannover. Ich benutze diesen Anlaß der Erwähnung dieser Sammlung, um dem Magistrate der königlichen Residenzstadt für die bereitwillig ertheilte Erlaubnis zur Benutzung dieser Papiere meinen ergebensten Dank auszusprechen.

Diese Robethon'sche Sammlung ist verschieden von einer anderen, welche aus der Zeit seiner amtlichen Stellung in Hannover stammt, und im Archiv des historischen Vereines für Niedersachsen zu Hannover aufbewahrt wird. In beiden Sammlungen, namentlich der letzteren, finden sich eine Reihe von Actenstücken, auf welche ein privatrechtlicher Anspruch des Diplomaten Robethon ursprünglich nicht statthaft sein mochte.

Um diese Sammlungen zu unterscheiden, werde ich da wo es erforderlich ist, dieselben anzugeben, die erstere bezeichnen als Robethon-Papiere. St. A. H.

Anlage II. Zu S. 263.

K. k. Archiv. Anglica. Beilage zum Berichte Hoffmanns vom 29. December 1693.

Das Schriftstück führt den Titel: Propositions de paix que la France fait insinuer. Der Wortlaut des fünften Artikels ist wie folgt: La France fait insinuer qu'elle ne peut pas parler la première de paix à l'égard de l'Angleterre, mais qu'elle consent que d'autres la mettent sur le tapis, tesmoignant de plus qu'elle n'a aucun engagement avec le Roy Jacques, ny traité qui l'oblige à rien, et que tout ce qu'elle a fait pour luy jusques icy, n'a esté que par un pur motif de générosité.

Der andere Satz lautet wörtlich wie folgt:

Quant aux affaires d'Angleterre, S. M. T. C., estant blessée dans la personne du Roy de la Gr. B., ne doute pas que le Roy de Suède et l'Empereur mesme ne se portent à proposer quelque expédient pour terminer ce différent, et au surplus le Roy T. C. n'a aucune prétension directe ny indirecte contre l'Angleterre, à la réserve de ce qu'on a pris sur luy pendant cette guerre.

Anlage III. Zu S. 278.

Das Schriftstück in holländischer Uebersetzung ist abgedruckt bei Sylvius t. IV, b. 37, p. 39, im lateinischen Original bei Lünig: negotiorum publicorum sylloge p. 1281. Wegen der Seltenheit dieses Werkes jedoch lasse ich die Hauptstelle hier folgen.

Praesertim tamen cum in apertum jam producatur ambitiosissima mens Regis Galliae, hujus Monarchiae vel partium ejusdem haereditati intemperanter inhiantis, et si profecto reliquae iniquissimae conditiones deessent, solummodo propter hanc aeque probrosam ac execrandam numquam certe ullas admitteremus, nec admittemus propositiones, quae de hac re vel levissimam mentionem inducunt, etiamsi omnes Foederati nostri simul vel sejunctim Pacem inirent, et Nobis omni sociali auxilio destitutis tota belli moles esset incubitura. Nam ingenti fiducia etiamnum a divina benignitate expectamus, Nos subditosque Nostros tandem Regia ex Nobis prole expetita beandos.

Anlage VI. Zu S. 290.

K. k. Archiv. Hollandica. Beilage zum Berichte des Grafen Stratemann vom 24. Januar 1694.

Extrait des ordres du Roy T. C. pour M. l'ambassadeur Bonrepos, communiqué au Roy de Dannemarc et de Norwègue etc.

Le Roy mon maistre approuve ce qui s'est passé de ce costé-cy au sujet de l'Angleterre, comme estant ses véritables intentions, c'est à dire que, si cette couronne veüt proposer des expédients dont les princes médiateurs veulent se charger, le Roy mon maistre sera bien aise de voir terminer par un mesme traitté les différens de l'Angleterre, Sa Majesté ayant tousjours prétendu dans les offres qu'Elle a fait communiquer à S. M. Danoise, d'y comprendre l'Angleterre sous les termes d'une paix générale.

Alphabetisches Namen- und Sachregister.

A.

B.

D.

E.

H.

J.

K.

L.

M.

N.

Q.

R.

S.

T.

U.

V.

W.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Universitäts-Buchdruckerei.

HUTM.